

Untersuchungen über das Volkssparwesen

Dritter Band

Herausgegeben vom
Verein für Sozialpolitik



Duncker & Humblot *reprints*

Schriften

des

Vereins für Sozialpolitik.

137. Band. Zweiter Teil.
Untersuchungen über das Volkssparwesen.

Dritter Band.



Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1913.

Untersuchungen über das Volksparwesen.

Herausgegeben

vom

Berein für Sozialpolitik.

Dritter Band.



Verlag von Duncker & Humblot.
München und Leipzig 1913.

Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
1. Die Entstehung der Spareinlagen auf dem Lande. Von Generalsekretär Dr. Grabein in Darmstadt.	1—63
2. Die Genossenschaften, insbesondere die Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch, und das deutsche Volksparwesen. Von Dr. Karl Lade, Gerichtsassessor, früher Sekretär des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften	65—113
3. Spareinrichtungen der Berufsvereine der Arbeiter. Von Amtsrichter Dr. Otto Heilborn in Berlin.	115—150
4. Wertpensionskassen, Knappschaftskassen und ähnliche Einrichtungen in ihrer Bedeutung für Geld- und Kreditwesen. Von Dr. Adolf Günther in Berlin	151—309

Die Entstehung der Spareinlagen auf dem Lande.

Von

Generalsekretär Dr. **Grabein** in Darmstadt.

Inhalt.

	Seite
Vorbemerkung	1
I. Höhe der Spareinlagenbestände auf dem Lande und ihre Verteilung auf die wirtschaftlichen und sozialen Klassen der Landbevölkerung	6
II. Die Entstehung der Spareinlagen auf dem Lande	17
1. Ersparnisse aus dem regelmäßigen Jahreseinkommen	17
2. Ersparnisse aus größeren, gelegentlichen Einnahmequellen	40
III. Zeitliche Schwankungen in der Höhe der Spareinlagen, Umfang und Ursachen von größeren Abhebungen	43
IV. Wirtschaftliche, soziale, sittliche Rückwirkungen der Spartätigkeit auf dem Lande	51
V. Kritik der Ergebnisse	59

Vorbemerkung.

Gemäß einer Vereinbarung mit dem Herrn Herausgeber dieser Untersuchungen beschränken sich die nachstehenden Ausführungen im wesentlichen auf das von den ländlichen Spar- und Darlehnskassen gebotene Material. Die Erfahrungen anderer für die Spartätigkeit der Landbevölkerung in Betracht kommender Sparanstalten sollen nur kurz gestreift werden. Die Darstellung beruht auf einer Erhebung, welche im Juni 1911 durch Versendung des nachstehenden Fragebogens an je 10 Spar- und Darlehnskassen in 15 Verbandsbezirken erfolgte. Der Fragebogen wies folgende 18 Fragen auf:

1. Wie hoch war bei Ihrer Spar- und Darlehnskasse die Summe der Spareinlagen insgesamt (Spareinlagen, Einlagen in lfd. Rechnung, Depositen, Anlehen gegen Schuldschein, sonstige als Spareinlagen zu betrachtende Einlagen) Ende 1900, 1905, 1910.
2. Welche Berufsgruppen sind an diesem Sparverkehr beteiligt?

	Gesamtzahl im Kassenbezirk	Darunter Spar= einleger	Betrag ihrer Spareinlagen Ende 1910
a. Selbständige Landwirte			
b. Landwirtschaftliche Dienstboten . .			
c. Arbeiter			
d. Industrielle Arbeiter			
e. Selbständige Gewerbetreibende, Be- amte usw.			
f. Kinder			

3. Ende 1910 betrug die Zahl der Sparkonten: bis zu Mk. 20,—, bis zu Mk. 50,—, bis zu Mk. 100,—, bis zu Mk. 500,—, bis zu Mk. 1000,—, bis zu Mk. 5000,—, über Mk. 5000,—. Betrag der größten Spareinlage:

4. Werden Spareinlagen regelmäßig z. B. wöchentlich, vierzehntägig, monatlich eingezahlt? Von welchen Berufsgruppen und in welchen wöchentlichen, vierzehntägigen, monatlichen Einzelbeträgen?
5. Erfolgen häufiger größere Einlagen aus gelegentlichen Einnahmen (z. B. Grundstücksverkäufen, Erbschaft usw.)?
6. Ist bei Ihrer Kasse der Verkauf von Sparmarken, Sparkarten, die Abholung von Spareinlagen, die Einrichtung der Heimsparkasse, Schul-Konfirmandensparkasse üblich und mit welchem Erfolge?
7. Welche Beträge pflegen bei Ihrer Kasse alljährlich Dienstboten, landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter zu ersparen, und wie hoch stellt sich etwa das bare Jahreseinkommen dieser Sparerkreise? (Es sind typische Beispiele über Größe der Ersparnisse und Einkommen erwünscht.)
8. In welchem Verhältnis steht die Summe der jährlichen Spareinlagen zu dem Jahreseinkommen bei anderen Sparerkreisen (selbständige Landwirte, Gewerbetreibende, Beamte usw.)?
9. Auf wieviel Sparfonten werden die Zinsen regelmäßig abgehoben und auf wieviel Sparfonten regelmäßig zugeschrieben?
10. In welchem Umfang und zu welchen Zwecken erfolgen größere Abhebungen von Spareinlagen (z. B. bei Verheiratung, Landankauf, Wegzug usw.).
11. Fließen in Ihrem Bezirk Spareinlagen auch anderen Sparinstituten zu, z. B. Kreis-, Gemeindesparkassen, Banken usw., im welchem Umfang und aus welchen Gründen?
12. Handelt es sich dabei um den Abfluß von größeren Einzelbeträgen, namentlich von solchen, welche in kleineren Teilzahlungen bei Ihrer Spar- und Darlehnskasse angesammelt wurden?
13. Welche Zinssätze waren Ende 1910 bei Ihrer Kasse für die einzelnen Arten von Spareinlagen und Darlehen in Kraft?
14. Welche Veränderungen dieser Zinssätze sind im verflossenen Jahrzehnt (1900—1910) zu verzeichnen gewesen und aus welchen Ursachen?
15. Welche Wirkung haben die Veränderungen der Zinssätze auf den Zu- und Abfluß von Spareinlagen ausgeübt?
16. Zeigten sich solche Rückwirkungen der Zinspolitik namentlich bei dem Zu- bzw. Abgang von größeren oder kleineren Spareinlagen?
17. Welches sind die Gründe für die Verschiedenheiten des Zuflusses und Abganges von Spareinlagen in den einzelnen Jahren?

18. Welche sonstige allgemeine Erfahrungen und Beobachtungen haben Sie bezüglich des Sparverkehrs in Ihrem Bezirk mitzuteilen? (Z. B. Einfluß auf die wirtschaftlichen, sozialen, sittlichen Verhältnisse des Bezirkes, geeignete Maßnahmen zur Förderung des Sparfinns usw.)

Von den 150 befragten Genossenschaften haben 119 Spar- und Darlehnskassen geantwortet und zwar: Gerbauen, Groß-Zenkeningfen, Bladiau, Laufischken, Rehlfhof, Balga, Raftenburg, Aulonon (Ostpreußen), Hohenkirch, Johannisdorf, Groß-Kruschin, Groß-Mehrau, Gruttschno (Westpreußen), Abtshagen, Gr. Soltikow, Eggesein, Sternin, Siedenbollentin, Kalkofen, Eventin, Sagard, Uesdom (Pommern), Lindenbrück, Janowitz, Schilberg (Posen), Büdgen, Segeles, Karstädt, Groß-Fahlenwerder, Blumenthal, Bergsdorf, Gennin, Cöthen, Carzig, Friedland (Brandenburg), Deutsch-Krawarn, Glas, Hennersdorf, Michalkowitz, Buschkau, Polkwitz, Nieder-Hartmannsdorf, Fellhammer, Landsberg D.-S., Schreiberhau (Schlesien), Tingleff, Tornesch, Oldendorf, Lunden a. Alsen, Ratzburg, Taarstedt, Schönberg, Langballig (Schleswig-Holstein), Großwelsbach, Niederlobitzkau, Cöthen, Günterode, Remkersleben, Köpfschau, Müdenberg, Pfassenschwende (Provinz Sachsen), Emshüben (Hannover), Nieder-Marsberg, Borghorst, Drolshagen, Hohenwepel, Hövelhof, Ottbergen, Buer (Westfalen), Oberaula, Langenschwarz, Raboldshausen, Niederklein, Begiesdorf, Hoheneiche, Hundelshausen, Segelhorst-Rhoden (Ngbz. Cassel), Welterod, Berndroth, Neesbach, Rennertshausen (Ngbz. Wiesbaden), Kölln (Kr. Saarbrücken), Oberweis, Lutzerath, Kinzenbach, Becond, Dieringhausen, Hamminkeln-Ringenburg, Burgbrohl, Weismes (Rheinprovinz), Neubeuern, Stammbach, Geisenhausen, Elmsen, Schönsee, Seeg, Weißenhorn, Hammelburg (rechtsrh. Bayern), Obernheim, Hinterweidenthal, Oggersheim, Limbach, Dannstadt, Rhodt, Fiedensfeld, Eisenberg, Herrheim, Mutterstadt (linksrh. Bayern), Michelstadt, Ulrichstein, Arheilgen, Mommernheim, Seligenstadt, Weisenau, Erbach i. D., Klein-Krozenburg (Großh. Hessen).

Es ist dem Verfasser ein herzliches Bedürfnis, den genannten Spar- und Darlehnskassen, sowie ihren Genossenschaftsverbänden für die freundliche, sachkundige und so überaus wertvolle Unterstützung seiner Bestrebungen auch an dieser Stelle aufrichtigsten Dank zu sagen.

I.

Höhe der Spareinlagenbestände auf dem Lande und ihre Verteilung auf die wirtschaftlichen und sozialen Klassen der Landbevölkerung.

Gemeinnützige oder Erwerbsinteressen haben in der Gegenwart für die Landbevölkerung eine reiche Fülle von Spargelegenheiten geschaffen. Ländliche Spar- und Darlehnskassen, Kreis-, Stadt-, Bezirks-, Amts-, Landgemeindesparkassen, Großbanken, Bankiers, städtische Kreditgenossenschaften, Fabrik-, Vereins-, Privatsparkassen entfalten einen nicht selten recht streitbaren Wettbewerb um die Spareinlagen der Landbevölkerung. Dazu gesellt sich die bunte Schar der Versicherungsgesellschaften, deren Geschäftstätigkeit, insbesondere die Lebens-, Militär-, Aussteuerverversicherung, gleichfalls als eine Förderung der Spartätigkeit im weiteren Sinne angesehen werden darf. Im fernerer bieten Wertpapiere aller Art, die Gewährung von Hypotheken und anderen Darlehen, vor allem die Erweiterung und Intensivierung des eigenen landwirtschaftlichen Betriebes gelegentlich auch wohl die Beteiligung an gewerblichen und sonstigen Unternehmungen Gelegenheit zu nutzbringender Anlage von Ersparnissen. Endlich findet sich bei der Landbevölkerung wie bei manchen für die moderne Geldwirtschaft noch nicht gewonnenen Elementen der Stadtbevölkerung auch bisweilen jene ursprüngliche Form der Spartätigkeit, welche die blanken Taler, das schimmernde Gold, die bunten Scheine in Schränken, Truhen, im Bettsack, im Strumpf oder in anderen „Safes“ anhäuft. Wie zumeist, so hat auch hier der vielfältige Wettbewerb segensreich insofern gewirkt, als er den Sparfinn der Landbevölkerung in tiefgehender Weise angeregt und gefördert hat. Im Laufe einiger Jahrzehnte sind so bei den erwähnten Sparanstalten zahlreiche Milliarden von der Landbevölkerung, oft Pfennig- und Groschenweise angesammelt worden. Eine ziffernmäßige Übersicht über die gegenwärtige Höhe der gesamten Spareinlagen der Landbevölkerung läßt sich nicht geben. Bei der großen Zahl der in Betracht kommenden Sparanstalten, die zumeist ihre Geschäftstätigkeit auf alle Berufskreise in Stadt und Land ausdehnen, muß der Versuch einer genauen statistischen Erhebung scheitern. Lediglich für die ländlichen Spar- und Darlehnskassen lassen sich sichere Angaben machen. Nach den für das Jahr 1910 vorliegenden statistischen Ergebnissen betrugen Ende 1910 bei 13 565 zur Statistik berichtenden Spar- und Darlehnskassen die Spareinlagen

1772 Millionen Mk., die Einlagen in laufender Rechnung 208 Millionen Mk., zusammen 1980 Millionen Mk.¹. Im weiteren Sinne können auch die Geschäftsguthaben, deren Höhe Ende 1910 bei 14 729 Spar- und Darlehnskassen 32 Millionen Mk. betrug, als Ersparnisse betrachtet werden. Für die Gesamtheit der Ende 1910 bestehenden 15 616 Spar- und Darlehnskassen wird man daher den Bestand an Spareinlagen obiger Art auf 2200 Millionen Mk. mit annähernder Bestimmtheit schätzen dürfen². Schon diese Ziffer gewährt eine eindrucksvolle Vorstellung von der hohen Bedeutung der ländlichen Spar- und Darlehnskassen für die Spartätigkeit auf dem Lande. Denn jener stattliche Spareinlagenbestand ist Dank einer mühseligen Kleinarbeit im Laufe weniger Jahrzehnte gewonnen worden. Es betrug nämlich der Spareinlagenbestand einschließlich der Einlagen in laufender Rechnung und Geschäftsguthaben

1890 bei	1900 Spar- und Darlehnskassen	90 Millionen Mk.
1900 „	10 000 „ „ „	600 „ „
1910 „	15 616 „ „ „	2200 „ „

Die Summe von 2200 Millionen Mk. ist mithin im Laufe zweier Jahrzehnte angesammelt worden; im letztem Jahrzehnt war bei den genossenschaftlichen Dorfbanken durchschnittlich ein alljährlicher Zuwachs von ca. 150 Millionen Mk. Spareinlagen aus den Kreisen der Landbevölkerung zu verzeichnen. Obwohl die Spar- und Darlehnskassen durch ihre im allgemeinen weitgehende Sicherheit, ihren günstigen Einlagenzinsfuß, durch ihre örtliche Lage sowie ihre vorteilhaften, bequemen Geschäftsbedingungen der Spartätigkeit auf dem Lande ganz besonders Rechnung tragen, sind sie doch nicht das einzige Sammelbecken, in welches sich die Spareinlagen der Landbevölkerung ergießen. Die Antworten der befragten Spar- und Darlehnskassen bekunden, daß auch gegenwärtig noch sehr erhebliche Be-

¹ Jahrbuch des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften für 1911, S. 463.

² Bei Hinzuzählung der polnischen Spar- und Darlehnskassen in den Provinzen Posen und Westpreußen würde sich diese Ziffer noch um mehr als 200 Millionen Mk. erhöhen. Wie aus der jüngst erschienenen Schrift von Dr. Pawlicki „Das Genossenschaftswesen in der Provinz Posen“ zu entnehmen ist, stammen die Ende 1909 schon 177 Millionen Mk. betragenden Spareinlagen in der Hauptsache aus landwirtschaftlichen Kreisen (vgl. S. 86). Da indes die polnischen Spar- und Darlehnskassen in der Statistik des Reichsverbandes und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse nicht als ländliche Kassen geführt werden, so erscheinen die bei ihnen vorhandenen Spareinlagen in der auf Seite 9 enthaltenen Statistik städtischer Kreditgenossenschaften.

träge an Spareinlagen der Landbevölkerung anderen Sparanstalten zufließen. In erster Linie sind es die öffentlichen Sparkassen, welche eine große Anziehungskraft auf die Spareinlagen der Landbevölkerung ausüben. An zweiter Stelle stehen städtische Kreditgenossenschaften (Vorschußvereine), weniger Banken und Bankiers, die übrigen Sparanstalten kommen, von örtlichen Ausnahmen abgesehen, in geringerem Maße in Betracht. Die Gründe für die starke Benutzung der öffentlichen Sparkassen, sowie der städtischen Kreditgenossenschaften als Sparstellen sind mannigfacher Art. Vornehmlich wird der Wunsch, die Größe der Spareinlagen der Kenntnis der Dorfgenossen, sowie der Steuerbehörde zu entziehen, als Beweggrund genannt. Im weiteren ist es die Mündelsicherheit der öffentlichen Sparkassen, welche ihnen auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Mündelgelber zuführt und auch auf sonstige Spareinlagen eine lebhaftere Anziehung ausübt. Ferner spielt die Anhänglichkeit an die vielfach älteren, öffentlichen Kassen bzw. Vorschußvereine eine oft mitentscheidende Rolle. Bei Dienstboten, Arbeitern und sonstigen Angestellten wirkt die Besorgnis mit, die Arbeitgeber könnten das Vorhandensein von Spareinlagen bei der Lohnbemessung berücksichtigen. Endlich versagt ein etwaig höherer Zinsfuß benachbarter Kassen oder Banken seine verlockende Wirkung nicht.

Über die Höhe der Spareinlagen aus ländlichen Kreisen bei den genannten Sparanstalten können, wie erwähnt, genaue ziffernmäßige Angaben nicht gemacht werden. Zweifelsohne handelt es sich jedoch dabei um bedeutende, den Spareinlagenbestand bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen zurzeit noch erheblich übertreffende Summen. Eine solche Schlußfolgerung ist schon angesichts der gewaltigen Spareinlagen allein bei den öffentlichen Sparkassen gerechtfertigt. Betrug doch Ende 1910 das Guthaben der Einleger bei den öffentlichen Sparkassen nach der zudem nicht erschöpfenden Reichsstatistik 15¹/₂ Milliarden Mk. Wieviel von diesem Milliardenbestand auf Ersparnisse der Landbevölkerung entfallen, entzieht sich genauer Feststellung, da die Statistik der öffentlichen Kassen über die Berufsstellung bzw. den Wohnsitz der Sparer nur vereinzelt Angaben enthält. Lediglich für die öffentlichen Sparkassen in Württemberg, Baden, Sachsen-Meiningen, sowie für einige städtische Kassen liegen Angaben vor. Bei der Württembergischen Sparkasse und den Oberamtskassen entfielen allein auf die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, nämlich auf die selbständigen Landwirte, landwirtschaftlichen Tagelöhner, Knechte, Mägde im Jahre 1899 nicht weniger als 44,27 Millionen Mk. = 19,9 % des gesamten Einlagenbestandes in Höhe von

223,9 Millionen Mk.¹. In Baden kamen von den Ersteinlagen neu hinzugegetretener Sparer allein auf Erwerbstätige in der Landwirtschaft

im Jahre 1902 : 5 870 601 Mk. = 23,5 % der Einlagen

" " 1906 : 7 332 657 " = 24,6 % " "

sowie in Sachsen-Meiningen

im Jahre 1900 : 1,16 Millionen Mk. = 28,3 % der Einlagen

" " 1906 : 1,06 " " = 20,7 % " "

Diese Ziffern bekunden eine überraschend weitgehende Übereinstimmung, so daß der Schluß naheliegt, sie als einigermaßen typisch für die Verhältnisse im Deutschen Reich zu betrachten. Erachtet man eine solche Verallgemeinerung als statthaft, zieht man ferner neben den landwirtschaftlichen die anderen Berufen angehörigen Kreise der Landbevölkerung in Betracht, dann dürfte es nicht sehr fehlgegriffen sein, wenn die Spareinlagen der Landbevölkerung bei den öffentlichen Kassen auf etwa $\frac{1}{4}$ der gesamten Sparguthaben, also auf rund 4 Milliarden Mk. veranschlagt werden. Ermöglicht die Statistik der öffentlichen Sparkassen wenigstens die Vorannahme wenn auch unsicherer Schätzungen, so müssen diese hinsichtlich des Anteils der Landbevölkerung an den Spareinlagen bei den städtischen Kreditgenossenschaften, Großbanken, Privatbankiers sowie bei den sonstigen nicht öffentlichen Privatsparkassen infolge fehlender Anhaltspunkte ausgeschlossen erscheinen. Zweifelsohne ist indes der Betrag solcher Spareinlagen namentlich bei den städtischen Kreditgenossenschaften nicht gering. Schon die Tatsache, daß sich unter den Mitgliedern solcher Genossenschaften 170 673 = 26,61 % Landwirte befinden², deutet auf das Vorhandensein reger Geschäftsbeziehungen zur Landbevölkerung hin. So wird demnach von dem Einlagenbestand städtischer Kreditgenossenschaften in Höhe von ca. 1800 Millionen Mk.³ sicherlich ein erheblicher Prozentsatz auf die Kreise der ländlichen Sparer entfallen. Relativ geringer dürfte die Beteiligung bäuerlicher Sparer an dem Einlagenbestand der Großbanken und privater Bankiers sein. Immerhin ist die Summe absolut nicht unbedeutend. Noch in jüngster Zeit haben verhängnisvolle Bankzusammenbrüche, wie der Niederdeutschen Bank in Dortmund, der Marienburger Bank in Westpreußen, privater Bankanstalten in der Altmark, im Rgbz. Hildesheim, im Allgäu usw. bekundet, daß die Vertrauensseligkeit, die Sucht nach hohen

¹ Reichsarbeiterblatt 1910, S. 130 ff., Sparkassenstatistik unter besonderer Berücksichtigung der Berufsstellung der Spareinleger.

² Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 1911, S. 147.

³ Ebda. S. V.

Zinsen, eine geschäftige Reflame in beträchtlichem Umfang auch Spareinlagen vom Lande heranzuziehen weiß. Da Ende 1911 allein 203 deutsche Großbanken über Depositen in Höhe von 4829 Millionen, sowie über Guthaben von Kreditoren in Höhe von 6605 Millionen Mk. verfügten¹, so dürfte immerhin der Betrag der Spareinlagen aus ländlichen Kreisen bei Banken und Bankiers eine absolut recht namhafte Summe erreichen. Relativ größer dürfte dieser Betrag bei den nicht öffentlichen, gesetzlich anerkannten Privatsparcassen sein, die Ende 1910 Guthaben der Einlagen im Betrag von 1237 Millionen Mk. aufweisen²; namentlich in Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau, Rheinprovinz wird die Landbevölkerung am Einlagenbestand von 577 Millionen Mk. einen nicht unwesentlichen Anteil haben. In welchem Umfang die Landbevölkerung ihre Ersparnisse zur Anlage in Wertpapieren, in Hypotheken oder sonstigen Darlehen an Dorfgenossen oder in der Nachbarschaft, zur Erweiterung des eigenen landwirtschaftlichen Betriebes, zur Beteiligung an gewerblichen oder anderen Unternehmungen verwendet hat, das entzieht sich jeglicher Schätzung. Ähnliches gilt von der Form der Spartätigkeit, welche sich in dem Abschluß von Lebens-, Militär-, Aussteuerversicherungen und anderer eine Fürsorge für die Person oder die Familie treffender Versicherungszweige zeigt. Wenn man erwägt, daß allein bei den Lebensversicherungsgesellschaften im Jahre 1910 die Prämieeneinnahmen 570 Millionen Mk., die angesammelten Prämienreserven 3720 Millionen Mk. betrug³, dann wird man auch bei sehr bescheidener Schätzung der Beteiligung der Landbevölkerung gewiß auf eine absolut nicht unbeträchtliche Summe kommen. Waren doch bei einer einzigen Lebensversicherungsgesellschaft, der Stuttgarter Lebensversicherungsgesellschaft A.-G., Ende 1910 13 227 Landwirte mit einer Versicherungssumme von über 104 Millionen Mk. versichert. Diese Ziffern mögen genügen, um eine Vorstellung davon zu geben, welche gewaltigen Summen von Spareinlagen eine beharrliche und intensive Spartätigkeit auf dem Lande in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffen hat. Ist auch eine genaue Ermittlung oder nur Schätzung des Gesamtbetrages der Ersparnisse auf dem Lande nicht möglich, so wird man ihn doch auf Grund der vorgetragenen Ziffern mit 8—9 Milliarden Mk. kaum überschätzt haben.

In welchem Maße nun die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen der Landbevölkerung zur Ansammlung dieser Spareinlagen bei-

¹ Deutscher Ökonomist 1912, S. 520. Die deutschen Banken im Jahre 1911.

² Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1912, S. 295.

³ Ebda. 1912, S. 374—375.

getragen haben, das ist die Frage, welche sich bei einer sozialpolitischen Würdigung zunächst aufdrängt. Die Statistik gibt auch in diesem Punkte keinen allgemeinen Aufschluß. Das gilt in erster Linie für die ländlichen Spar- und Darlehnskassen. Die Sammlung und Verarbeitung der Genossenschaftsstatistik ruht in der Hauptsache in den Händen der großen, zentralen Genossenschaftsverbände, und diese haben mit Rücksicht auf die erheblichen Schwierigkeiten und großen Kosten von einer Erhebung über die Berufsstellung der Sparer Abstand nehmen müssen. So wurde denn von dem Verfasser der Versuch gemacht, die von ihm befragten Spar- und Darlehnskassen zur Einsendung entsprechender Angaben zu veranlassen. Von den 119 Genossenschaften, die geantwortet haben, teilten 83 verwendbare Ziffern mit, ein Beweis, daß selbst besonders gut geleiteten Genossenschaften die Beantwortung der gestellten Fragen nicht immer möglich war. Die Ergebnisse dieser Erhebungen sind in der umstehenden Tabelle (s. S. 12) wiedergegeben.

Nach dieser Zusammenstellung entfallen auf die Spareinlagen der

selbständigen Landwirte	11 813 002 Mk.,
landwirtschaftlichen Dienstboten	1 191 310 "
landwirtschaftlichen Arbeiter	2 017 604 "
gewerblichen Arbeiter	4 607 581 "
Gewerbetreibenden, Beamten usw.	8 267 402 "
Kinder	1 632 203 "

Dem absoluten Betrag nach stehen die Spareinlagen von selbständigen Landwirten mit 11,8 Millionen Mk. oben an, ziemlich nahe kommen ihnen Gewerbetreibende, Beamte usw. mit 8,3 Millionen Mk. Einlagen, es folgen alsdann die gewerblichen Arbeiter mit 4,6 Millionen Mk., die landwirtschaftlichen Arbeiter mit 2,0 Millionen Mk., Kinder mit 1,63 Millionen Mk. und endlich landwirtschaftliche Dienstboten mit 1,19 Millionen Mk. Ersparnissen. Lehrreicher indes als diese absoluten Summen ist der relative Betrag für jeden einzelnen Einleger in den verschiedenen Spargruppen.

Es entfielen durchschnittlich auf jeden Sparer in der Gruppe der

selbständigen Landwirte :	1609 Mk. Sparguthaben,
landwirtschaftlichen Dienstboten	388 " "
landwirtschaftlichen Arbeiter	641 " "
gewerblichen Arbeiter	606 " "
Gewerbetreibenden, Beamten usw.	1226 " "
Kinder	172 " "

Bezirk	Zahl der berück- tigten Klassen	Zahl der Spareinleger						Kin- der
		selb- stän- dige Land- wirte	land- wirt- schaftl. Dienst- boten	land- wirt- schaftl. Ar- beiter	in- dustri- elle Ar- beiter	selb- ständige Ge- werbe- treib., Beamte usw.		
Ostpreußen	6	Mf. 991	Mf. 274	Mf. 245	Mf. 79	Mf. 396	Mf. 966	
Westpreußen	4	754	124	136	24	207	166	
Pommern	5	170	231	228	60	288	929	
Posen	2	240	25	77	41	58	26	
Brandenburg	7	352	243	507	47	352	598	
Schlesien	3	223	200	256	99	539	145	
Prov. Sachsen	5	244	69	54	52	174	247	
Schleswig-Holstein	6	372	206	73	105	290	563	
Westfalen	7	873	504	566	2038	1125	1540	
Reg.-Bez. Cassel	5	127	169	123	101	332	231	
" Wiesbaden	7	494	137	117	166	295	427	
Rheinprovinz	6	274	213	95	445	127	302	
Bayern, rechtsrh.	3	329	471	284	91	92	723	
" linksrh.	9	423	156	158	900	1102	1217	
Großherzogtum Hessen	8	1480	90	231	3355	1364	1398	
Gesamtsumme	83	7344	3112	3150	7603	6741	9478	

Die Reihenfolge der verschiedenen Sparerguppen ist hierbei etwa die gleiche geblieben; die Landwirte erscheinen mit 1609 Mf. Sparguthaben auf jeden Einleger als die stärksten Sparer, recht nahe kommen ihnen die Gewerbetreibenden, Beamten usw. mit 1226 Mf., es folgen in ziemlichem Abstand landwirtschaftliche Arbeiter mit 641 Mf., gewerbliche Arbeiter mit 606 Mf., landwirtschaftliche Dienstboten mit 383 Mf., Kinder mit 172 Mf. Ersparnissen auf jeden Einleger. Ob diese Ziffern als typisch für die Gesamtheit der vorhandenen 17 000 Spar- und Darlehnskassen angesehen werden dürfen, muß dahingestellt bleiben. Es ist dabei namentlich in Betracht zu ziehen, daß die in Frage kommenden Rassen besonders gut geleitet sind, eine den Durchschnitt überragende Rührigkeit in der Pflege des Sparfinns entfalten und daher wohl auch über den Durchschnitt hinausgehende Erfolge aufweisen. Es kommt das auch darin zum Ausdruck, daß auf jede der Rassen im Mittel 350 000 Mf. Spareinlagen entfallen, während der Reichsdurchschnitt nur 140 000 Mf. beträgt. Immerhin darf die relative Beteiligung der verschiedenen Berufs- und sozialen Gruppen doch als kennzeichnend für deren Sparfähigkeit angesehen werden. Die hier ermittelten Ergebnisse stehen vielfach im Einklang mit den Feststellungen, wie sie im ersten Band der „Untersuchungen über das Volks-

Betrag der Spareinlagen

selbstän- dige Land- wirte	landwirt- schaftliche Dienstboten	landwirt- schaftliche Arbeiter	industrielle Arbeiter	selbständige Gewerbe- treibende, Beamte usw.	Kinder
Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
582 152	60 671	79 575	24 446	284 636	102 482
1 374 796	23 821	49 044	13 769	588 472	61 013
282 269	38 701	59 193	16 420	399 484	56 070
309 081	7 336	49 462	30 143	86 878	4 949
322 852	66 111	203 347	36 415	264 389	125 770
351 689	34 598	104 424	77 732	757 842	12 732
512 550	13 841	9 532	11 960	176 349	10 123
955 187	62 637	32 622	57 599	544 222	77 556
1 480 074	190 865	802 286	1 668 298	938 707	175 382
195 531	79 308	99 787	75 581	331 227	32 510
475 687	63 090	30 785	54 582	218 078	71 141
510 277	88 130	51 522	370 220	276 120	144 247
1 256 072	344 102	282 974	93 033	161 266	341 132
1 239 491	93 378	100 772	780 409	2 132 377	189 420
1 965 294	24 721	62 279	1 296 974	1 104 355	227 676
11 813 002	1 191 310	2 017 604	4 607 581	8 267 402	1 632 203

sparswesen“ enthalten sind. So veröffentlicht z. B. Dr. Poppelreuter auf S. 16 seiner Untersuchung für 17 Spar- und Darlehnskassen des Landkreises Bonn die nachstehende Übersicht über die Beteiligung der verschiedenen Berufsgruppen an der Spartätigkeit. Es wiesen bei den genannten 17 Kassen Sparguthaben auf:

	Zahl der Sparer	Spar- guthaben	Durch- schnittl. pro Sparer
		Mt.	Mt.
Kleine Beamte	82	98 546	1202
Dienstboten	140	65 071	465
Arbeiter, unselbständige Handwerker	257	120 806	470
Selbständige Handwerker, Gewerbetreibende	323	297 637	921
Ädlerer	750	814 652	1086
Rentner	196	488 616	2493
Ländliche Tagelöhner	91	34 945	384
Schulpflichtige Kinder, einschl. Schulsparaffnen, Mündelgeld	363	45 231	124
Unbekannt, ohne Gewerbe, Verschiedene	52	47 251	908
Vereine, Sammlungen usw.	93	38 072	409
	2347	2 050 827	873

Die relative Beteiligung der verschiedenen Sparerguppen, wie sie im Durchschnittsbetrag für jeden Sparer zum Ausdruck kommt, deckt sich im ganzen ziemlich mit den Erhebungen für die 83 Klassen im Reich. Wenn bei den Landwirten (Äckerer) der Durchschnittsbetrag hinter den für die 83 Klassen im Reich, sowie namentlich für die 6 Klassen in der Rheinprovinz ermittelten Ziffern zurückbleibt, so wird man die Ursache hierfür in der starken Verbreitung des kleinbäuerlichen Betriebes im Landkreis Bonn erblicken dürfen. In den agrarischen Bezirken des preussischen Ostens tritt die Spartätigkeit der selbständigen Landwirte noch stärker hervor, wie das auch die nachstehenden, von Dr. Pawlicki für sechs polnische Genossenschaften mitgeteilten Ziffern zeigen¹. Es betrugen im Jahre 1908 bei sechs Klassen die Sparguthaben der

	Zahl der Sparer	Spar-guthaben	Durchschnittl. pro Sparer
		Mt.	Mt.
Grundbesitzer	433	537 068	1240
Handwerker, Kaufleute	250	213 690	855
Arbeiter	869	387 916	446
Sonstige Sparer	453	216 593	479
Sa.	2007	1 355 267	675

Neben der starken Spartätigkeit der Grundbesitzer, fast ausschließlich kleiner Landwirte, ist hier die Beteiligung der Arbeiter eine bemerkenswert hohe. Sie erklärt sich aus der eifrigen Pflege des Sparens durch die in landwirtschaftlichen oder industriellen Betrieben des Westens tätigen polnischen Wanderarbeiter.

Ein weiteres Material über die soziale Gruppierung der ländlichen Spareinleger findet sich für die schon erwähnten öffentlichen Sparkassen in Württemberg, Baden und Sachsen-Meiningen. Bei der Württembergischen Sparkasse und den dortigen Oberamtssparkassen betrug im Jahre 1899 bei den²

	Zahl der Sparer	Betrag ihrer Spar-guthaben	Auf jeden Einleger entfielen
		Mt.	Mt.
Selbständigen Landwirten	45 931	19 579 730	426
Landwirtschaftlichen Tagelöhnern	16 390	7 261 548	443
" Knechten	21 326	9 835 612	461
" Mägden	19 548	7 602 200	391

¹ Dr. Pawlicki a. a. O. S. 86.

² Reichsarbeiterblatt 1910, S. 131.

Diese um 14 Jahre zurückliegenden Ziffern sind für die Gegenwart, wo sich die Höhe der Einlagen bei den Sparkassen in Württemberg mehr als verdoppelt hat, absolut und relativ erheblich zu niedrig. Das erhellt aus einem Vergleich der Ziffern von 1899 mit den für 1905 für die Württembergische Sparkasse, der zentralen Privatsparanstalt Württembergs. Es betragen bei ihr:

	Zahl der Sparer		Spareinlagen		Auf jeden Einleger entfielen	
	1899	1905	1899	1905	1899	1905
			Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Selbständige Landwirte . .	1 570	7 421	448 774	3 427 760	285	462
Landwirtschaftl. Tagesöhner	8 992	10 880	4 587 816	6 887 858	510	633
" Knechte . .	12 330	13 477	6 224 762	8 795 762	504	652
" Mägde . .	6 798	5 837	2 619 185	3 120 555	385	534

Der Betrag der Spareinlagen hat sich in dem kurzen Zeitraum 1899—1905 absolut und relativ erheblich gesteigert. Auffällig ist, daß die Gruppe der selbständigen Landwirte den relativ geringsten Einlagenbestand aufweist. Ob sich hierin die Schwierigkeiten widerspiegeln, mit den der Kleinbäuerliche, nicht selten Zwergbetrieb Württembergs zu kämpfen hat, oder ob der württembergische Landwirt seine Ersparnisse mehr anderen Sparanstalten, etwa den 1300 dort bestehenden ländlichen Kreditgenossenschaften, zuführt, möge dabei unerörtert bleiben.

Interessante Einblicke in die Sparkraft und Spartätigkeit der landwirtschaftlichen Berufsgruppen gewährt weiter die Statistik der Ersteinlagen für neu hinzugetretene Spareinleger bei den öffentlichen Sparkassen in Baden und Sachsen-Meiningen. Es belief sich die Zahl der neu hinzutretenden Sparer und der Betrag ihrer Ersteinlagen in

Baden.

	Zahl der Sparer		Betrag ihrer Ersteinlagen		Betrag der Ersteinlagen auf jed. Sparer	
	1902	1906	1902	1906	1902	1906
			Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
a. Selbständige Landwirte	4653	5134	3 341 576	4 144 960	718	807
b. Abhängige	2546	2467	531 444	594 428	209	241
c. Angehörige von a . .	4615	6123	1 911 666	2 529 278	414	413
d. " " b . .	319	292	86 415	63 991	274	219

Sachsen-Meiningen.

	Zahl der Sparer		Betrag ihrer Ersteinlagen		Betrag der Ersteinlagen auf jed. Sparer	
	1900	1906	1900	1906	1900	1906
a. Selbständige Landwirte	1714	1620	Mf. 1 089 284	Mf. 1 010 053	Mf. 636	Mf. 623
b. Verwaltungspersonal .	25	15	13 973	8 714	558	581
c. Gehilfen, Arbeiter . .	451	315	65 306	49 838	145	158

Die Ziffern bekunden für diese beiden Staaten im Gegensatz zu Württemberg eine erheblich höhere Spartätigkeit der selbständigen Landwirte gegenüber den Arbeitern. Ähnlich, wie bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen, sind hier die Einlagen der Selbständigen mehrfach, etwa 3—4 mal so hoch wie die der landwirtschaftlichen Dienstboten und Arbeiter. Ganz besondere Beachtung verdient noch die den genannten Erhebungen zu entnehmende Feststellung, daß im Vergleich zu den übrigen Berufsgruppen die Sparkraft der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung eine bemerkenswert hohe ist. Es bezifferte sich nämlich der Durchschnittsbetrag der Ersteinlagen im Jahre 1906 bzw. 1905/06 bei den Sparern der Berufsgruppe:

	Baden	Sachsen-Meiningen
Landwirtschaft auf	523 Mf.	548 Mf.
der sonstigen Berufe auf . .	415 „	474 „

Die Erklärung dieser zunächst auffälligen Erscheinung liegt in der Tatsache, daß in der Landwirtschaft der Prozentsatz der Selbständigen erheblich höher ist als in den meisten übrigen Berufen. Da nun die Einlagen der Selbständigen zumeist relativ größer sind als die der Unselbständigen, so muß mithin die Berufsgruppe Landwirtschaft in bezug auf die relative Höhe der Spareinlagen anderen Berufsgruppen voranstellen. Indes auch bei Berücksichtigung dieser sozialen Unterschiede in der Zusammensetzung der verschiedenen Berufsgruppen bleibt die Spartätigkeit der landwirtschaftlichen Berufsgruppe eine beachtenswert starke. Denn es bezifferte sich der Betrag der Ersteinlagen im Jahre 1906 in Baden auf:

	a. Bei den Selbständigen	b. Bei den Abhängigen	c. Bei den Angehörigen von a	d. Bei den Angehörigen von b
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
In der Landwirtschaft. . . .	807	241	413	219
In den übrigen Berufen . . .	928	235	438	243

sowie in Sachsen-Meiningen 1905/06 auf:

	Bei den Selbst- ständigen	Bei dem Verwaltungs- personal	Bei Gehilfen, Arbeitern
In der Landwirtschaft.	Mt. 623	Mt. 581	Mt. 158
In den übrigen Berufen.	774	583	224

Erinnert man sich, daß die neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklung zweifelsohne die Vermögens-, Einkommens- und Lohnverhältnisse in Handel und Gewerbe wesentlich günstiger beeinflusst hat als in der Landwirtschaft, dann liegt in diesen Ziffern ein Zeugnis von dem Vorhandensein eines ausgeprägten, beharrlichen Sparsinns der Landbevölkerung, namentlich der selbständigen Landwirte. Es entspricht das der gewohnten Vorstellung, wonach mit dem Worte „Bauer“ sich zugleich der Begriff der Einfachheit, Genügsamkeit, der Sparsamkeit verbindet als Erbteil sowohl einer oft entbehrungsreichen Vergangenheit, wie auch als Folge noch bestehender, natürlicher, wirtschaftlicher Verhältnisse, tiefeingewurzelter Anschauungen und Sitten. In welcher Weise, mit welchen Mitteln die verschiedenen Berufe und sozialen Klassen der Landbevölkerung die Kunst des Sparens betreiben, wie die Entstehung der heute auf Milliarden sich beziffernden Spareinlagen auf dem Lande sich vollzieht, davon wollen die nachstehenden, auf Beispiele und Erfahrungen der genossenschaftlichen Praxis beruhenden Ausführungen eine Vorstellung vermitteln.

II.

Die Entstehung der Spareinlagen auf dem Lande.

1. Ersparnisse aus dem regelmäßigen Jahreseinkommen.

Wenn man unter „Sparen“ den Verzicht auf den Verbrauch an augenblicklich Überflüssigem oder Entbehrlichem zugunsten kommenden Bedarfes zu verstehen hat, dann muß die Rücklage aus dem regelmäßigen jährlichen Einkommen als die ursprünglichste und wichtigste Form der Entstehung der Spareinlagen gelten. Denn unregelmäßige Einnahmen- oder Vermögenszuwächse aus Erbschaft, Heirat namentlich aus Konjunkturgewinnen oder aus sonstigen gelegentlichen Quellen bedeuten für die einfacheren und stetigeren Verhältnisse des Landes doch zumeist eine

Ausnahme. Zudem sind sie zum teil wenigstens, wie Vermögenszuwächse aus Erbschaft, Heirat wiederum die Folge früherer aus dem regelmäßigen Einkommen gemachter Ersparnisse. So leitet die Frage nach der Entstehung der Spareinlagen zunächst zur Untersuchung der Frage, in welchem Umfange pflegt unsere Landbevölkerung alljährlich Rücklagen aus ihrem regelmäßigen Jahreseinkommen zu bewirken. Zweifelsohne wäre es eine bedeutsame und dankenswerte Aufgabe wissenschaftlicher Forschung, auf diese Frage eine allgemeine, ziffernmäßige Antwort zu finden. Die Lösung dieser Aufgabe kann jedoch nicht gelingen, da es sich um eine Gleichung mit zwei Unbekannten handelt. Weder die Höhe des Einkommens ließe sich mit irgendwelchem Anspruch auf wissenschaftliche Zuverlässigkeit berechnen, noch weniger aber der Betrag der aus dem regelmäßigen Einkommen stammenden jährlichen Spareinlagen. Schon die auf der Steuerstatistik beruhenden Schätzungen des Volkseinkommens versagen hier für eine genauere Berechnung, da erwiesenermaßen die Gesamtergebnisse der Veranlagung hinter der wirklichen Höhe von Einkommen und Vermögen zurückbleiben. Der statistische Rechenkünstler pflegt daher mit Zuschlägen zu arbeiten, aber so sagt kein Geringerer als Adolph Wagner. „Für jede Bemessung eines solchen Zuschlages fehlt es an Anhaltspunkten; die gewählte Zahl ist daher sehr willkürlich“¹. Im stärkeren Grade noch gilt diese Kritik für die üblichen Schätzungen der unteren, von der Einkommensteuer befreiten Einkommen, die gerade bei der Landbevölkerung relativ sehr zahlreich vertreten sind. Ob nun für den einkommensteuerfreien Zensiten auf dem Lande 600, 700, 800 Mk. oder mehr als Durchschnittseinkommen angenommen werden muß, dafür dürfte selbst der tiefgründigste Kenner unserer wirtschaftlichen Zustände schwerlich einwandfreies statistisches Material beibringen können². Bei der etwa 9 Millionen betragenden Ziffer einkommensteuerfreien Zensiten auf dem Lande würden sich hieraus aber schon recht erhebliche Differenzen von 1—2 Milliarden ergeben. Scharf, aber zutreffend hat einer unserer besten Finanzkenner Geheimrat Schwarz diese „wissenschaftlichen“ Methoden als ein „Jonglieren mit Milliarden“ bezeichnet³. Welche unüberwindlichen Schwierigkeiten sich fernerhin einer genauen Berechnung der jährlichen aus dem regelmäßigen Einkommen fließenden Ersparnisse unserer

¹ Reichstags-Drucksachen 1907/1909, Nr. 1043, S. 123.

² Die Preussische Einkommensteuerstatistik rechnete bis 1907 mit einem Durchschnittseinkommen der steuerfreien Zensiten von nur 450 Mk., seit 1907 indes 66²/₃ % mehr, nämlich 750 Mk.

³ Deutscher Ökonomist 1910, S. 221.

Landbevölkerung entgegenstellen, das dürften die früheren Ausführungen hinreichend bewiesen haben. Unter Verzicht auf den aussichtslosen Versuch einer allgemeinen Lösung der Frage sei sie in nachstehendem beleuchtet auf Grund der tatsächlichen Angaben und Betrachtungen, welche die mehrfach erwähnte Erhebung bei 119 ländlichen Spar- und Darlehnskassen zutage förderte. Auf die dort gestellten Fragen, welche Beträge pflegen alljährlich die einzelnen Spargruppen zu erübrigen und in welchem Verhältnis stehen die ersparten Beträge zu dem Jahreseinkommen dieser Sparer, haben eine ganze Reihe von Kassen recht beachtenswerte Angaben erstattet. Sie seien unter gesonderter Betrachtung der fünf verschiedenen Spargruppen in Kürze wiedergegeben.

a) Ersparnisse der selbständigen Landwirte.

Sowohl dem absoluten Betrag der Spareinlagen wie ihrer relativen Höhe nach steht die Gruppe der selbständigen Landwirte obenan. Trotzdem läßt die umstehende Tabelle erkennen, daß für diese wichtige Sparergruppe die Angaben am spärlichsten fließen; nur 20 von 119 Kassen haben ziffernmäßige Angaben erstattet. Diese Wahrnehmung kann nicht überraschen. Ist doch der Ertrag der Landwirtschaft und damit das Einkommen der Landwirte von einer überaus großen Fülle natürlicher wirtschaftlicher und persönlicher Faktoren abhängig. Selbst der mit den Personalverhältnissen seiner Dorfgenossen genau vertraute Rendant einer Spar- und Darlehnskasse vermag das Einkommen seiner Nachbarn nicht immer richtig abzuschätzen. Man schaut auf dem Lande wohl in des Nachbarn Stube und Topf, aber nicht immer in seinen Geldbeutel. Das haben mehrfach kreditgebende Spar- und Darlehnskassen zu ihrem Leidwesen praktisch erfahren. So ist es begreiflich, daß nur relativ wenige Spar- und Darlehnskassen sich zu dieser Frage geäußert haben und auch diese Angaben noch vielfach ziffernmäßige Bestimmtheit vermissen lassen. Die umstehende Tabelle läßt daher sehr starke Schwankungen in der Höhe der jährlichen Ersparnisse zwischen 5 — 40 % vom Einkommen und mehr erkennen. Bisweilen steigt dieser Prozentsatz scheinbar wider alle Gesetze der Arithmetik auf 100 % und darüber, denn aus Posen wird berichtet, daß dort — selbstverständlich nur in Ausnahmejahren — manche Landwirte mehr Ersparnisse erübrigen, als sie Einkommen versteuern. Will man aus den schwankenden und auch unsicheren Angaben einen Durchschnitt ziehen, dann lassen sich die jährlichen Ersparnisse der selbständigen Landwirte auf durchschnittlich etwa 15 % des Einkommens

Einkommensverhältnisse und Ersparnisse bei selbständigen Landwirten.

Name und Bezirk der Kasse	Jahres- einkommen	Jährliche Ersparnisse	Bemerkungen
Bladlau, Ostpreußen .	sehr verschieden	durchschnittl. 5—10 % des Einkommens	—
Rehhof, " .	1000 Mk. 5000 Mk.	vereinzelt 300—400 Mk. bis zu 2000 Mk.	—
Abtsbagen, Pommern .	sehr verschieden	etwa 20 % des Ein- kommens	—
Eggelin, " .	2000—3000 Mk.	300—800 Mk.	—
Erntin, " .	sehr verschieden	etwa 10 % des Ein- kommens	—
Siebenbollentin, " .	verschieden	durchschnittl. 10 % bis zu 50 %	—
Segeles, Brandenburg.	"	15—20 %	sofern schuldenfrei
Garzig, " .	"	5—30 %	—
Pfaffschwende = Volke- rode, Pr. Sachsen .	1500—2000 Mk.	200—300 Mk.	—
Hövelhof, Westfalen. .	1800 Mk.	340 Mk.	durchschnittlich
Hohenwepel, Westfalen .	verschieden	etwa 20 %	—
Segelhorst, Cassel . .		10—15 %	—
Oberweiß, Rheinprovinz	3000—4000 Mk.	bis 800 Mk.	—
Rinzenbach, " .	verschieden	mehr als $\frac{1}{10}$ — $\frac{1}{8}$	—
Dieringhausen, " .	bis 1500 Mk.	ca. 400 Mk.	—
Elmosen, Bayern . .	verschieden	30—40 %	—
Limbach, Rheinpfalz .	1500—1800 Mk.	300—400 Mk.	durchschnittlich
Mutterstadt, " . .	2000—6000 "	800—2500 Mk.	—
Arheilgen, Hessen. . .	2000—6000 "	etwa 10 %	—
Erbach, " . . .	2000—3000 "	300—500 Mk.	—

schätzen. Diese Durchschnittsziffer erscheint recht hoch. Man darf hierbei nicht vergessen, daß die berichtenden Gemeinden im Durchschnitt zu den wirtschaftlich bessergestellten gehören. Die schwere Schuldenlast, die in vielen Fällen auf den Schultern der Landwirte ruht, ist dort in vielen Fällen nicht oder doch nur in geringerem Maße vorhanden. Wo Schulden die Landwirte belasten, da ist auch nach den Mitteilungen der berichtenden Genossenschaften die Spartätigkeit eine begrenzte. So berichtet z. B. die Spar- und Darlehnskasse Siedenbollentin (Pommern), daß wegen der drückenden Schuldenlast, der hohen Löhne und der Rückwirkung der früheren ungünstigen Jahre nur wenige Landwirte sparen. In Brandenburg können nach den Angaben der Kasse Segeles nur die schuldenfreien Landwirte sparen; in Holstein haben nach den Mitteilungen der Kasse Lunden die meisten selbständigen Landwirte soviel für Amortisationsdarlehen und Lebensversicherung aufzubringen, daß zum anderweitigen Sparen wenig übrigbleibt. Im Bezirk der Kasse Ottbergen (Westfalen) konnten die Landwirte wegen der ungünstigen Ernten in den letzten Jahren

wenig zurücklegen. Im Bezirk der Spar- und Darlehnskasse Langenscheidt (Regbz. Cassel) fließen die Einnahmen sehr spärlich, das wenige, was erübrigt wird, dient in der Regel zur Vergrößerung des Besitzes, zu Bauten, Anschaffung von Maschinen usw. Ähnlich liegen die Verhältnisse in zahlreichen Weinbaugemeinden Südwestdeutschlands. Mommenheim (Rheinheffen) teilt mit: „In unseren beiden Gemeinden wird außer Ackerbau auch bedeutender Weinbau getrieben, welcher letzterer in den vergangenen Jahren einerseits durch Bekämpfung der Rebschädlinge und Rebkrankheiten große Unkosten verursachte, andererseits aber nur Mißernten zu verzeichnen hatte. Unsere Landwirte mußten sich daher in der Mehrzahl damit begnügen, ihre finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen und konnten nicht daran denken, Rücklagen zu erreichen.“ In der Weinbaugemeinde Rhodt (Rheinpfalz) waren angesichts der Mißernten der letzten Jahre die Winzer froh, wenn sie nur die Zinsen aufbringen konnten.

Bei günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen entfalten indessen die Landwirte nach den Berichten der Kassen häufig eine außerordentlich rege Spartätigkeit. Kleine und mittlere Landwirte, die einfach leben, auf die Einstellung fremder Arbeitskräfte nicht angewiesen sind und von den vielfältigen Wechselfällen des landwirtschaftlichen Berufslebens verschont bleiben, zeigen häufig eine geradezu erstaunlich hohe Sparkraft. Die Spar- und Darlehnskasse Rehlfeld (Ostpreußen) hat beobachtet, daß mancher kleine Landwirt von einem jährlichen Einkommen von 1000 Mk., jährlich 300—400 Mk. zurücklegt, allerdings nur vereinzelt. Landwirte mit größerem Betriebe und einem Einkommen von 5000 Mk. legen bis zu 2000 Mk. zurück. Von der Kasse Siedenbollentin (Pommern) wird mitgeteilt, daß Besitzer von ca. 70 Morgen jährlich 1200 Mk., solche von 100 Morgen 1600, solche mit 300 Morgen 3—4000 Mk. jährlich ersparen, d. h. bis zu 50 % ihres Einkommens. Eine andere pommersche Kasse, Gr. Solltkow, teilt mit, daß ein Landwirt, welcher ein Einkommen von ca. 900 Mk. versteuerte, in den letzten Jahren je 750, 640, 120 Mk. ersparte, ein anderer mit 1600 Mk. steuerpflichtigem Einkommen je 800, 300, 500, 400, 1200 Mk. In Schlesien sparen nach dem Berichte der Spar- und Darlehnskasse Gensersdorf kleinere Landwirte mit Grundbesitz bis zu 50 Morgen, „wie man so sagt jeden Pfennig. Einige derartige Landwirte, welche nebenbei noch Schulzinsen zu zahlen hatten, haben seit mehreren Jahren 1000 bis 1500 Mk. abbezahlt“. In Westfalen (Buer) legte ein Landwirt mit einem steuerpflichtigen Einkommen von 2000 Mk. in den 4 Jahren 1907 bis 1910 je 200, 0, 100, 1800 Mk. zurück, ein anderer mit 3000 Mk. steuerpflichtigem Einkommen erübrigte in den Jahren 1908 bis 1910 je

500, 0, 900 Mk. Bei der Kasse Emsbüren (Hannover) legen „Landwirte bedeutend mehr zurück als die Gewerbetreibenden, am besten bringen es die Rötter voran, welche ihren Betrieb ohne fremdes Personal bewerkstelligen können.“

Die Kasse Edelshausen (Regbz. Wiesbaden) berichtet: „Das Guthaben in laufender Rechnung eines gutgestellten Bauers erreichte von 1901—1910 die Höhe von 5152 Mk.; derselbe hat weiter noch ein Guthaben bei der Sparkasse zu Biedenkopf. Ein anderer Bauer tilgte von 1909—1911 eine Schuld von 2200 Mk., also jährlich durchschnittlich 700 Mk. bei einem Steuereinkommen von vielleicht 1200 Mk. Ein anderer Bauer legte 1901—1911 insgesamt 3334 Mk. zurück bei einem Steuereinkommen von vielleicht 1000—1200 Mk. Ein Kleinbauer und Tagelöhner ersparte 1904—1911: 2055 Mk., also durchschnittlich jährlich 250 Mk. und legte in gleicher Zeit für seinen Sohn 206 Mk. ein. Ein anderer Kleinbauer ersparte von 1906—1911 1410 Mk., also im Durchschnitt pro Jahr 235 M. und zwar je 120, 280, 130, 330, 200, 300 Mk.“ In der Pfalz machen Landwirte mit Einkommen von 2000—6000 Mk. Ersparnisse in Höhe von jährlich 800 bis 2500 Mk. Landwirte mit 40 bis 60 Morgen Grundbesitz legen bis zu 3000 Mk. jährlich zurück. Im allgemeinen zeigen sich demnach Landwirte, wenn sie nicht zu hoch verschuldet sind, als außerordentlich erfolgreiche Sparer — eine Wirkung ihres unermüdblichen Fleißes und ihrer einfachen Lebensführung. Indes darf nicht unbeachtet bleiben, daß die letzten Jahre, auf welche sich die Berichte der Kassen beziehen, für die Landwirtschaft im allgemeinen günstige waren, so daß auch aus diesem Grunde eine Verallgemeinerung der von den Kassen mitgeteilten Beobachtungen nicht ohne Einschränkung zulässig ist.

b) Ersparnisse der Gewerbetreibenden, Beamten usw.

Die Angaben über die zweitwichtigste Sparerguppe — Gewerbetreibende, Beamte usw. — lauten ähnlich. In der Tat bestehen auch zwischen ihnen und den selbständigen Landwirten mancherlei wirtschaftliche Wechselbeziehungen. Gewerbetreibende, Beamte usw. üben nicht nur in vielen Fällen selbst Landwirtschaft aus, sie sind zudem — das gilt wenigstens für viele Arten von ländlichen Gewerbetreibenden — von den Einkommens- und Wirtschaftsverhältnissen der Landwirte ihres Bezirkes in hohem Maße abhängig. Die Angaben der umstehenden Tabelle lassen erkennen, daß auch die Spertätigkeit dieser Berufsgruppe eine rege ist; allerdings scheint sie etwas hinter derjenigen der Landwirte zurückzustehen.

**Einkommensverhältnisse und Ersparnisse bei Gewerbetreibenden,
Beamte usw.**

Name und Bezirk der Kasse	Jahres- einkommen	Jährliche Ersparnisse	Bemerkungen
Bladiau, Ostpreußen .	verschieden	5—10 % des Ein- kommens	—
Abtshagen, Pommern .		weniger als $\frac{1}{5}$	—
Eggesein, „ .	2000—3000 Mk.	300—800 Mk.	—
Siedenbollentin, „ .	verschieden	10 % durchschnittlich bis 50 %	—
Eoentin, „ .	„	etwa 10 %	—
Deutsch = Krawarn, Schlesien	„	etwa 20 % bei Be- amten	—
Pfaffschwende = Volke- rode, Sachsen . . .	1500—2000 Mk.	200—300 Mk.	—
Hövelhof, Westfalen .	2400 Mk.	400 Mk.	Gewerbetreibende
	1800	200	Beamte
Ottbergen, „ .	verschieden	Eisenbahnbeamte sparen vereinigt bis 50 %	—
Hersfeldbach, Wiesbaden	1200 Mk.	bis zu 40 Mk. monatl. bei 1 Postboten	—
Oberweis, Rheinprov..	2000—2500 Mk.	bis 500 Mk.	Beamte
Kinzenbach, „ .	verschieden	$\frac{1}{10}$ — $\frac{1}{8}$ des Ein- kommens	—
Dieringhausen, „ .	bis 2800 Mk.	ca. 600 Mk.	Gewerbetreibende
	„ 3000	ca. 500	Beamte
Elmosen, Bayern . .	verschieden	30—40 %	Gewerbetreibende
	„	15—25 %	Beamte
Limbach, Rheinpfalz .	1500—3000 Mk.	500—800 Mk.	Gewerbetreibende
Hinterweidenthal, Rheinpfalz.	verschieden	bis 25 % des Gehalts	Beamte
Obernheim, Rheinpfalz	„	10—15 %	—
Michelstadt, Hessen . .	„	15 %	—
Mommenheim, „ . .	„	$\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$ ihres Ein- kommens	—
Erbach, „ . .	2000—3000 Mk.	400—600 Mk. .	Gewerbetreibende
	3000—5000 „	1000—1500 „	Beamte
Seligenstadt, „ . .	Einkommen meist unter 2000 Mk.	300 Einleger in 1910 = 42 712 Mk. erspart	—

Sofern man aus den wiederum sehr schwankenden Angaben der 23 Kassen einen Durchschnitt ziehen darf, so würden die Ersparnisse dieser Gruppe sich auf etwa 10—15 % des Einkommens belaufen, also etwas weniger als bei den Landwirten. In der Tat bestätigen die Mitteilungen der Genossenschaften, daß Gewerbetreibende und Beamte vielfach nicht in dem Maße sparen, vielleicht auch nicht sparen können wie selbständige Landwirte. Die Spar- und Darlehnskasse Rehlfeld (Ostpreußen) bemerkt: „Bei vielen Beamten ist der Sparsinn gerade nicht sehr ausgeprägt, da die Lebensansprüche ein bißchen hochgestellt sind, jedoch befinden sich auch

unter den Beamten ein guter Teil strebsamer Sparer.“ Die Spar- und Darlehnskasse Siedenbollentin (Pommern) berichtet, daß Gewerbetreibende wenig sparen, am schlechtesten sei der kleine Handwerker daran. Im Bezirk der Spar- und Darlehnskasse Janowitz (Posen) stecken die Gewerbetreibenden alles ins Geschäft, die Beamten sparen nur wenig, meist dann, wenn sie eine größere Geldsumme auf einmal erhalten. Interessant sind weiter die Mitteilungen der Kasse Schreiberhau (Schlesien): „Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die selbständig gewordenen Handwerker, Gewerbetreibenden usw. meist nicht mehr in der Lage sind so zu sparen, als es ihnen vorher möglich war. Ausgaben resp. Reparaturen für das Besitztum, Einlagen ins Geschäft, Krankheiten in der Familie, größerer Familienzunahme sind öfter die Ursache, daß früher gemachte Spareinlagen ganz oder teilweise abgehoben werden. Weiter sind dieselben öfter geneigt, in der Form einer größeren Lebensversicherung zu sparen resp. für die Familie zu sorgen.“ Nach den Beobachtungen der Kasse Emsbüren (Hannover) legen die Landwirte bedeutend mehr zurück als die Gewerbetreibenden; im Bezirk der Kasse Kölln (Rheinprovinz) sind die Gewerbetreibenden ganz dem Borgwesen verfallen. Beamte ohne Nebenerwerb oder Vermögen können bei mittlerer Familie keine nennenswerte Ersparnisse machen. Weisenau (Hessen) erklärt: „Beamte zeigen nicht den regen Sparsinn, den man bei Arbeitern antrifft. Ursachen hierfür: Spätere Versorgung durch Pension, Mehraufwand für Kleidung, Erziehung der Kinder; dann vielfach die hohen Prämien für Lebensversicherungen (speziell bei Privatbeamten).“

Nach den Berichten zahlreicher anderer Kassen ist indes die Spartätigkeit auch dieser Gruppe eine relativ hohe. So hat nach den Angaben der Kasse Gr.-Solltkow (Pommern) ein Mühlenbesitzer, der ein Einkommen von ca. 2000 Mk. versteuert, in den letzten Jahren je 400, 500, 500 Mk. zurückgelegt. Ein Schuhmacher, zugleich kleiner Landwirt, mit 900 Mk. steuerpflichtigem Einkommen, ersparte in den letzten Jahren je 440, 600, 200, 900 Mk. Die Spar- und Darlehnskasse Deutsch-Krawarn in Oberschlesien rühmt den Sparsinn der dortigen Hausierer, „von denen einige im Jahre 1910 bis 3000 Mk. zurücklegten. Dasselbe gilt von einigen Kaufleuten. Beamte, die hier Spareinlagen machen, zahlen ungefähr 20 % des Einkommens.“ In Schleswig-Holstein ersparte ein Beamter (Vater von vier Kindern) mit einem jetzigen Jahreseinkommen von 5000 Mk. in den Jahren 1900—1907 je 500, 493, 600, 550, 400, 1250, 200, 1342 Mk. Die Spar- und Darlehnskasse Ottbergen (Westfalen) berichtet, daß insbesondere die Bahnbeamten und Angestellten sehr fleißig sparen, nament-

lich wenn sie Haus und etwas Land haben. Sie können, wenn die Kinder herangewachsen sind, teilweise bis 50 % des Einkommens zurücklegen. In derselben Gemeinde hat ein Gewerbetreibender mit 2000 bis 2400 Mk. Einkommen in den Jahren 1907—1910 500, 0, 1000, 1000 Mk. zurückgelegt. Michelstadt (Hessen) bemerkt: „Gewerbetreibende, Beamte und deren Kinder hinterlegen die größten Ersparnisse bei uns, man darf eine Durchschnittsziffer von 15 % der Einnahmen ruhig einstellen.“ Mommenheim (Hessen) schätzt „die Ersparnisse der Handwerker auf ungefähr $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{3}$ ihrer Einkünfte. Die Beamten können bei der herrschenden Teuerung aller Lebensmittel Ersparnisse nicht machen.“ Erbach berichtet von Beamten, die bei einem Jahreseinkommen von 3000—5000 Mk. 1000—1500 Mk. ersparen konnten. Die Kasse Limbach (Rheinpfalz) teilt mit, daß 15 Gewerbetreibende mit 1500—3000 Mk. Einkommen je 500—800 Mk. jährliche Ersparnisse machten. Vier Beamte mit je 3000 Mk. Einkommen sollen für ihre Kinder jährlich je 600 Mk. zurücklegen. Nach den Angaben einer anderen pfälzischen Kasse macht sich besonders in den Beamtenkreisen das Streben geltend, vom Einkommen zu ersparen, in einzelnen Fällen bis 25 % des Gehalts. Die Spar- und Darlehnskasse Herxheim (Pfalz) führt das Beispiel eines unverheirateten Spediteurs an, der bei 2500 Mk. Einkommen im Jahre 1910 nicht weniger als 1700 Mk. zurücklegte. Im Bezirk der Spar- und Darlehnskasse Mutterstadt (Pfalz) machen Metzger, Wirte, Bäcker, Schmiede, Kaufleute und die Putzmakerinnen die meisten Ersparnisse, Beamte nur dann, wenn sie Nebenbezüge haben.

c) Ersparnisse der gewerblichen Arbeiter.

Eine intensive Spartätigkeit entfaltet auch die dritte Sparergruppe, die der gewerblichen Arbeiter. Die umstehend von 26 Kassen gemachten Angaben bekunden, daß häufig in diesen Kreisen das Bestreben, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch fortgesetzte Spartätigkeit zu verbessern, ein außerordentlich reges ist. So wird denn in zahlreichen Fällen eine geradezu bewunderungswürdige Spartätigkeit entfaltet. Die Spar- und Darlehnskasse Rehlfeld (Ostpreußen) gibt die Ersparnisse industrieller Arbeiter mit 600—1200 Mk. Einkommen auf jährlich 100—400 Mk. an. Bauhandwerker legten bei einer Pommerschen Kasse vereinzelt bis zu 450 bzw. 500 Mk. und mehr zurück. Die Kasse Groß-Soltikow (Pommern) berichtet von einem Arbeiter, der bei 700 Mk. Lohn in den letzten Jahren je 150, 40, 280, 100 Mk. zurücklegte. Jugendliche, bei ihren Eltern wohnende Arbeiter ersparen bis zu $\frac{1}{2}$ und $\frac{2}{3}$

Einkommensverhältnisse und Ersparnisse bei gewerblichen Arbeitern.

Name und Bezirk der Kasse	Jahres= einkommen	Ersparnisse	Bemerkungen
Kehhof, Ostpreußen . .	600—1200 Mk.	100—400 Mk.	—
Hohentirch, Westpreuß.	800—900 "	bis 200 "	—
Siebenbollentin, Pommern	über 1000 "	100—450 "	Bauarbeiter
Aggefin, Pommern . .	ca. 1500 "	200—300 "	—
Cöthen, Brandenburg .	650—1000 "	50—215 "	—
Günterode, Sachsen . .	600 "	bis 200 "	—
Mützenburg, " . . .	900—1350 "	300—450 "	—
Körschau	1350 "	100—150 "	Maurer
Vorghorft, Westfalen .	900—1200 "	400 "	—
Hohenwepel, " . . .	600—800 "	250—400 "	ledig
Hundelshausen, Cassel.	1200 "	300 "	—
Hoheneiche, Wiesbaden	1000—1800 "	100—200 "	—
Hersbach, "	1000—1250 "	60—360 "	—
Kinzenbach, Rheinprov.	—	—	Zigarrenarbeiterinnen 600 Mk. 50—60 Mk.
Dieringhausen, " . .	bis 1800 "	bis 500 "	—
Weismes, "	900—1200 "	150—200 "	jüngere Ziegeleiarbeiter 750—800 Mk. 60 bis 80 Mk., ältere Ziegelei- arbeiter 1000 bis 1200 Mk. 150 bis 200 Mk.
Ellmosen, Bayern . .	900—1200 "	100—200 "	—
Limbach, Rheinpfalz .	1000—1500 "	240—600 "	—
Dannstadt, "	1400—1500 "	320—400 "	—
Hinterweidenthal, Rheinpfalz	1200 "	40—500 "	—
Oggersheim, Rheinpfalz	1200—1800 "	50—500 "	—
Mutterstadt, " . . .	1200—1600 "	200—400 Mk. bzw. 8—900 Mk.	wo erwachsene Kinder mitarbeiten
Freckenfeld "	verschieden	400—600 Mk.	Bahnarbeiter
Arheilgen, Hessen . .	1200—1500 Mk.	bis 200 Mk. und vereinzelt bis 580 Mk.	—
Seligenstadt, " . . .	—	500 Industrie- arbeiter ersparten 1910: 27180 Mk.	—
Kl.-Kroßenburg	900—1500 "	50—150 Mk.	—

des Lohnes. Aus Schlesien teilt die Spar- und Darlehnskasse Hennesdorf mit, daß lebige Maurergefellen mit ca. 600 Mk. Einkommen bis zu 200 Mk. und darüber ersparen. In Schreiberhau bewirkt der lebhaftere Fremdenverkehr, daß sparsame Dienstmädchen in Gast- und Logierhäusern mit größerem Fremdenverkehr bis 300 Mk. pro Jahr sparen; Kellner und Kellnerinnen haben schon bis 1000 Mk. pro Jahr gespart. Haushälter in Hotels und Gasthäusern sind mit 400—600 Mk. Spar-

einlage pro Jahr vertreten. Dienstboten in Stellen ohne Trinkgeld durch den Fremdenverkehr sparen 50—80 Mk. pro Jahr. Sparfame industrielle Arbeiter mit nicht zu großer Familie legen 200—300 Mk. pro Jahr ein. Die Kasse Behnsdorf (Provinz Sachsen) teilt folgende Beispiele mit:

Berufe	Wochen- lohn	Ersparnisse in Mark					Bemerkungen
		1906	1907	1908	1909	1910	
1. Maurer	20	200	200	150	200	120	—
2. Steinbrucharbeiter . .	24	—	300	500	200	300	Kinder klein
3. Zimmermann	20	—	150	150	150	150	„
4. „	20	240	265	130	390	200	unverheiratet, wohnt bei den Eltern

In Hövelhof (Westfalen) liefern die auswärts arbeitenden Ziegler durchschnittlich 500 Mk. ab. Die besten Arbeiter hätten für die Zeit vom 1. April bis November etwa 800 Mk. Ersparnisse übrig; sie lebten in der Fremde außerordentlich sparsam, vermieden alle unnötigen Geldausgaben und ließen z. B. Fleisch und Butter sich von Hause schicken. Die Spar- und Darlehnskasse Buer (Westfalen) berichtet von einem Bergarbeiter mit einem Einkommen von 1600—2000 Mk., welcher in den Jahren 1907—1910 je 700, 550, 650, 400 Mk. zurücklegte. In der Rheinprovinz (Kinzenbach) machen junge Zigarrenarbeiterinnen mit einem Verdienst von ca. 600 Mk. relativ geringe Ersparnisse, 50—60 Mk.; junge Dampfziegelarbeiter mit 750—800 Mk. Einkommen ersparen nur 60—80 Mk., ältere Dampfziegelarbeiter mit 1000—1200 Mk. Einkommen legen 150—200 Mk. zurück. Ein geradezu überraschendes Beispiel von den Erfolgen fortgesetzter Spartätigkeit wird aus Stambach (Bayern) berichtet. Es handelt sich um eine Arbeiterfamilie mit fünf Kindern; „sie befand sich vor 15 Jahren noch in sehr geringen Verhältnissen. Der Vater besorgt die Landwirtschaft, die Kinder arbeiten in den zwei am Platz befindlichen Fabriken (Weberei bzw. Plüschfabrik). Sie können ihren ganzen Verdienst erübrigen und die Familie hat jetzt 15 000 Mk. bei dem Spar- und Darlehnskassenverein stehen.“ Seligenstadt (Großherzogtum Hessen) berichtet: „Von den uns zufließenden Spareinlagen ersparten 500 Industriearbeiter im Jahre 1910 27 180 Mk. So spart ein Industriearbeiter, der jetzt 21 Mk. Wochenlohn hat und dessen Ehefrau etwas verdient, pro Woche regelmäßig 3 Mk. Seine Einlage stieg auf 2500 Mk.; hierfür und mit einer kleinen Erbschaft kaufte er sich ein Häuschen, und

heute hat er wieder 1200 Mk. Spareinlage.“ Die Spar- und Darlehnskasse Hinterweidenthal in der Rheinpfalz berichtet von einem Industriearbeiter mit 1200 Mk. Einkommen, welcher in den letzten Jahren je 350, 300, 400 Mk. ersparte. Bei der Kasse Mutterstadt (Pfalz) machen industrielle Arbeiter mit 1200—1600 Mk. Einkommen bei kleiner Familie oder gar keiner Ersparnisse von 200—400 Mk. Dort, wo erwachsene Kinder mitverdienen, steigen die Ersparnisse auf 800—900 Mk. Die Spar- und Darlehnskasse Freckenfeld (Rheinpfalz) rühmt wiederum die Spartätigkeit der Bahnarbeiter, manche legten 400—600 Mk. jährlich ein. Ein Bahnarbeiter hat sich in zehn Jahren über 8000 Mk., ein anderer über 7000 Mk. erspart. Gewiß dürfen diese Fälle nicht als typisch gelten, es fehlt andererseits auch nicht an Beispielen, daß trotz guten Verdienstes wenig oder gar nichts erübrigt wird. So kommt aus Schleswig-Holstein die Klage, daß namentlich jugendliche Arbeiter trotz guten Verdienstes wenig sparen. Im allgemeinen ist indes die Spartätigkeit der industriellen Arbeiter nach den Angaben der Kassen eine oft bewunderungswürdig beharrliche und umfangreiche.

d) Ersparnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter.

Nicht minder lebhaft ist der Spar Sinn bei den landwirtschaftlichen Arbeitern entwickelt. Wie die Angaben von 26 Kassen in der nebenstehenden Tabelle vor Augen führen, sind die Ersparnisse landwirtschaftlicher Arbeiter relativ recht beträchtlich. Sie steigen in einzelnen Fällen bis 50 % des Einkommens; bei ihren Eltern wohnende Arbeiter liefern sogar bis zu $\frac{2}{3}$ ihres Lohnes ab. Die Spar- und Darlehnskasse Siedenbollentin (Pommern) berichtet z. B. von einem landwirtschaftlichen Arbeiter mit kleinem Haus und Landbesitz, der jährlich bis 500 Mk. Ersparnisse abliefern; Frau und Kinder helfen mitverdienen und die drei Kinder geben wöchentlich je 50 Pf. zur Konfirmandensparkasse. Die Spar- und Darlehnskasse Groß-Soltikow (Pommern) führt das Beispiel eines Arbeiters an, der bei 700 Mk. Einkommen in den letzten Jahren je 300, 100, 150, 110, 20 und 100 Mk. zur Kasse gebracht hat. Die Kasse Schildberg (Posen) berichtet, daß die landwirtschaftlichen bzw. industriellen Wanderarbeiter, die bei ihrer Beschäftigung in den westlichen Provinzen Tagelöhne von 3—6 Mk. verdienen, vielfach 300 bis 600 Mk. jährlich ersparen. Im Bezirk der Kasse Segeletz (Brandenburg) fließen namentlich die Einnahmen aus dem kleinen landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, insbesondere aus der Schweinehaltung, der genossen-

Einkommensverhältnisse und Ersparnisse bei landwirtschaftlichen Arbeitern.

Name und Bezirk der Kasse	Einkommen	Ersparnisse	Bemerkungen
Bladiau, Ostpreußen . .	700—1000 Mk.	100 Mk.	durchschnittlich
Rehhoi, " . .	700—900 "	100—300 Mk.	—
Aglonen, " . .	ca. 500 "	125 Mk.	—
Hohenkirch, Westpreußen	700—800 "	bis 150 Mk.	—
Siedenbollentin, Pom- mern	750—1000 "	50—200 Mk.	—
Kallfofen, Pommern . .	600—1050 "	100—150 "	—
Abtsbagen, " . .	750—900 "	40—200 "	—
Segeleß, Brandenburg .	900—1000 "	80—120 "	etwa die Hälfte sind Sparer
Cöthen, " . .	375—930 Mk. bar	22—64 "	—
Gennin, " . .	bis 1500 Mk. und mehr	bis 500 und 1000 Mk.	Verdienst u. Erspar- nisse von Schnitter- familien
Cargig, " . .	leb. 300—500 Mk. bar verh. 400—600 "	100—150 Mk. 50—160 "	—
Landsberg, Schlesien . .	600—900 Mk. "	120 Mk.	—
Mückenbergl, Sachsen . .	600 Mk.	75 "	nur 1 Arbeiter
Lunden, Schlesw.-Holst.	450—500 Mk., da- neben Kost	180 "	Durchschnitt von 9 Arbeitern
Hövelhof, Westfalen . .	800 Mk.	240 "	—
Borghorft, " . .	900	160 "	—
Hohenwepel, " . .	600—800 Mk.	250—400 Mk.	falls lebig
Langenschwarz, Cassel .	—	ca. 80 %	bei 11000 Mk. Ge- samteinkommen 9000—10000 Mk. erspart
Segehorst, " . .	650—750 Mk.	150—200 Mk.	—
Hoheneiche, Wiesbaden .	180—300 "	10—60 "	—
Oberweiß, Rheinprovinz.	600 Mk. bar	70—300 "	—
Dieringhausen, " . .	bis 1000 Mk.	bis 200 Mk.	—
Elmosen, Bayern . . .	900—1200 "	100—200 "	—
Dannstadt, Rheinpfalz .	800—900 Mk. bar	200—300 "	—
Sinterweidenthal, " . .	900—1100 Mk.	70—480 "	—
Arheilgen, Hessen . . .	500—700 "	bis 100 "	wenig Sparfynn

schaftlichen Dorfbank zu. Die Spar- und Darlehnskasse Gennin (Brandenburg) berichtet, daß landwirtschaftliche Arbeiterfamilien (Schnitter) mit einem Familienjahresverdienst von 1500 Mk. in vereinzeltten Fällen Ersparnisse bis 500 Mk., Vorschnitter bis zu 1000 Mk. jährlich erübrigen. „Ortsbeschäftigte Deputatfamilien mit einem Durchschnittsverdienst von 1000 Mk. sind bisher Nichtsparer und bleiben in der Regel nur so lange im landwirtschaftlichen Betriebe, bis die mitgebrachten Schulden getilgt sind“. Die Spar- und Darlehnskasse Blumenthal (Brandenburg) bemerkt, daß landwirtschaftliche Arbeiter auch vielfach noch namhafte Ein-

lagen auf das Konto ihrer Kinder bei Schul-, Konfirmanden-, Heimsparcassen usw. machen. Die Kasse Behnsdorf (Prov. Sachsen) berichtet von einer landwirtschaftlichen Arbeiterfamilie, die in den Jahren 1901: 200 Mk., 1902: 150, 1903: 250, 1904: 200, 1905: 75, 1906: 300, 1907: 330, 1908: 250, 1909: 60, 1910: 250 Mk. ersparte. Die Spar- und Darlehnskasse Hinterweidenthal (Rheinpfalz) weiß von einem Arbeiter mit 1000 Mk. Einkommen zu berichten, der in den letzten Jahren je 245, 320, 480 Mk. erspart hat. Abweichend hiervon bemerkt die Spar- und Darlehnskasse Mutterstadt (Rheinpfalz), daß landwirtschaftliche Arbeiter so gut wie gar keine Ersparnisse machen, deren Sparguthaben stammten meist aus früherer Zeit, aus anderer Beschäftigung oder aus Erbschaften her. Die Ursache liegt wohl darin, daß dort die landwirtschaftliche Lohnarbeit wenig Gelegenheit zu auskömmlichem Verdienst bietet und in der Tat wird das Einkommen landwirtschaftlicher Arbeiter dort nur auf 500—600 Mk. angegeben. Ähnlich berichtet M o m m e n h e i m (Rheinhessen). Im allgemeinen muß indes die Spartätigkeit als rege bezeichnet werden. Wenn das Sparguthaben von 3150 sparenden landwirtschaftlichen Arbeitern durchschnittlich 641 Mk. beträgt und damit den Durchschnittsbetrag für gewerbliche Arbeiter — 606 Mk. — noch überragt, so deutet diese Ziffer eine recht günstige Entwicklung des Sparsinnes bei den landwirtschaftlichen Arbeitern an. Anknüpfend an die Bemerkung der Spar- und Darlehnskasse B l u m e n t h a l ist im weiteren noch zu beachten, daß landwirtschaftliche Arbeiter vielfach erhebliche Einlagen auf das Konto ihrer Kinder bewirkt haben, woraus sich auch der relativ hohe Einlagenbetrag von 172 Mk. pro Kind erklärt.

e) Ersparnisse der landwirtschaftlichen Diensthboten.

Relativ am stärksten ist der Sparsinn bei der letzten Gruppe, den landwirtschaftlichen Diensthboten, entwickelt. Aus der nachstehenden Tabelle ist zu entnehmen, daß die Ersparnisse der Diensthboten bei den berichtenden 55 Kassen in zahlreichen Fällen 40—50 % des Lohnes und mehr ausmachen. Die Angaben der Kassen bestätigen zunächst die allgemein bekannte Tatsache, daß namentlich weibliche Diensthboten zu den fleißigsten Sparern gehören und ihre männlichen Kollegen im Umfang des Sparens bei weitem übertreffen. Im Bezirk der Kasse R e h h o f erübrigen sparfame weibliche Diensthboten jährlich 50—100 Mk. Die Kasse S i e d e n b o l l e n t i n (Pommern) berichtet von einer Dienstmagd, die bei 180 Mk. Lohn in den letzten Jahren je 100, 60, 30, 100 Mk. ersparte. Im Bezirk der Kasse S a g a r d sparen Dienstmägde

Einkommensverhältnisse und Ersparnisse bei landwirtschaftlichen Dienstboten.

Name, Bezirk der Kasse	Einkommen bzw. Baarlohn	Ersparnisse	Bemerkungen
Bladlau, Ostpreußen . .	140—180 Mk. bar	80 Mk.	durchschnittlich
Rehhof, " . .	Knechte 500—600 Mk. einschl. Beföstigung	100—200 Mk.	—
	Mägde 400—500 Mk. einschl. Beföstigung	50—100 "	—
Altonen, " . .	120—135 Mk. bar	65—80 "	—
Hohenkirch, Westpreußen	500—600 Mk. einschl. Beföstigung	bis zu 100 "	—
Johannisdorf, "	Mägde 150—200 Mk.	vereinzelt bis 50 Mk.	von Knechten bis- her keine Ein- lagen gemacht
Siedenkollentin, Pomm.	Knechte 180—300 Mk. bar Mägde 120—180 Mk. bar	40—80 Mk.	durchschnittlich
Kalkofen, "	180—300 Mk.	50 Mk.	—
Abtsbagen, "	150—300 Mk.	30—180 Mk.	—
Eggewin, "	ca. 200 Mk.	20—100 "	—
Sagard, "	Mägde ca. 150 Mk.	40—50 "	—
Lindenbrück, Posen . .	200—400 Mk.	100 "	—
Zanowitz, " . .	200—400 Mk.	100—120 "	—
Segeletz, Brandenburg .	Knechte 300 Mk. Mägde 180—200 Mk.	100 " 90—100 "	fremde Dienst- boten sparen we- nig od. gar nicht
Bergsdorf, " . .	Knechte 300 Mk. Mägde 180 Mk.	50—70 " 80—120 "	—
Göthen, " . .	105—360 Mk.	5—120 "	—
Gennin, " . .	Knechte 250—300 Mk. Mägde 200—250 Mk.	nichts gespart 3. Teil 50 Mk.	—
Carzig, " . .	100—210 Mk.	30—80 Mk.	—
Deutsch-Krawarn, Schlef.	120 Mk.	40 Mk.	durchschnittlich
Hennersdorf, "	verschieden	50 % vereinzelt 75 %	—
Günterode, Sachsen . .	ungefähr 300 Mk.	50—150 Mk.	—
Müdenberg, " . .	150—300 Mk.	20—80 "	—
Röschkau, " . .	männliche 300 Mk. weibliche 185 Mk.	50—60 " 70—80 "	—
Lunden, Schlesw.-Holst.	240—500 Mk.	24 "	Durchschnitt von 28 Dienstboten
Langballig, "	ca. 300 Mk.	60—200 "	—
Niedermarsberg, Westfal.	männliche 400—500 Mk. weibliche 180—210 Mk.	sparen nicht 60—180 Mk.	—
Sövelhof, "	210—360 Mk.	180 Mk.	durchschnittlich
Borghorst, "	180—300 "	150 "	—
Embsüren, Hannover .	120—400 "	50 %—75 %	—
Hohenwepel, Westfalen .	300 "	150—180 Mk.	—
Niederlein, R.-B. Caffel	360 "	bis zu 100 Mk. bei fast allen, bis zu 200 Mk. bei einzelnen	—
Naboldhausen, "	300 "	150—200 Mk.	—

Name, Bezirk der Kasse	Einkommen	Ersparnisse	Bemerkungen
Langenschwarz, Reg.-Bz. Caffel	weibliche 150—280 Mf.	75—90 %, vereinzelt 95 %	bei 5000—6000 Mf. Lohn wurden insgesamt 4000 Mf. gespart
Welterod, "	männliche 450 Mf. weibliche 240 "	250 Mf. 100—120 Mf.	} je 1 Beispiel
Reesbach, "	männliche 600 " weibliche 350 "	300—500 " 100—300 "	
Hoheneiche, Wiesbaden	männliche 360—600 Mf. weibliche 120—240 Mf.	50—120 " 20—100 "	—
Kloppenheim, "	240 Mf. 450—500 Mf.	100 " 150 "	} nur je 1 Fall
Oberweis, Rheinprovinz	weibliche 300 Mf.	50, 70, 100 Mf.	
Luzerath, "	männliche 300—400 Mf. weibliche 210—240 Mf.	bis zu 300 " bis zu 200 "	—
Düringhausen, "	bis 360 Mf.	bis zu 120 Mf.	
Hamminfeld, "	männliche 360—450 Mf. weibliche 240—300 Mf.	50—150 Mf. 50—150 Mf.	—
Burgbrohl, "	weibliche 200 Mf.	bis 100 Mf.	—
Geisenhausen, Bayern	fehlt Angabe	100, 150, mitunter 200 Mf.	—
Elmosen, "	200—250 Mf.	150 Mf.	Durchschnitt
Stammbach, "	fehlt Angabe	100—150 Mf.	40—50 Dienstboten
Limbach, Rheinpfalz	200—250 Mf.	50—80 "	5 Dienstboten
Dannstadt, "	weibliche bis zu 300 Mf.	110—170 "	durchschnittlich
Hinterweidenthal, Rheinpfalz	400—450 Mf.	80—315 "	—
Obernheim, Rheinpfalz	weibliche 200—250 Mf.	100—200 "	i. d. Stadt dienend
Oggersheim, "	" 180—250 "	60—100 "	—
Mutterstadt, "	" 220—240 "	80—100 "	meistens
Rhodt, "	" 200—300 "	56—160 "	—
Arheilgen, Hessen	250—300 Mf.	bis 100 "	wenig Sparfynn
Mommenheim, "	200—300 Mf.	70—150 "	—
Erbach, "	männliche 500 Mf. weibliche 200 Mf.	100—200 " 50—80 "	—
Weisenau, "	weibliche 400 Mf.	165 "	—

mit etwa 150 Mf. Jahreslohn jährlich 40—50 Mf. Die Kasse Stern in (Pommern) teilt mit, daß vereinzelt Dienstboten ihren ganzen Lohn zurücklegen, sofern sie eben von Haus aus noch einige Unterstützung erfahren. In Hennesdorf (Schlesien) hat eine Dienstmagd im Jahre 1900 von 160 Mf. 123 Mf. erspart. Im Bezirk der Kasse Taarstedt (Schleswig-Holstein) legte eine Dienstmagd mit jetzt 300 Mf. Lohn in den Jahren 1903—1910 je 10, 25, 75, 80, 70, 25, 175, 120 Mf. zurück. Die Kasse Behnsdorf (Prov. Sachsen) führt nachstehende drei Beispiele an: Es sparten drei Dienstmädchen bei einem Lohne von 150—200 Mf., auch zum Teil noch etwas höher:

	1905	1906	1907	1908	1909	1910	Bemerkungen
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	
1. Einzahlung . . .	125	150	75	100	100	—	Eltern im Ort
2. " . . .	—	50	100	60	60	—	Bormund
3. " . . .	—	50	100	115	135	145	Eltern bezahlen Kleidung mit

In Emsbüren (Hannover) sind Mägde mit 1500 Mk. Ersparnissen nicht selten anzutreffen. Die Spar- und Darlehnskasse Buer berichtet von einer Dienstmagd, die bei 240 Mk. Lohn in den Jahren 1907—1910 je 70, 10, 160, 50 Mk. zurückgelegt hat. In Stambach (Bayern) pflegen 40—50 Dienstboten von ihrem Jahreslohn auf Lichtmeß je 100 bis 150 Mk. zurückzulegen. In Geisenhausen sogar bis 200 Mk. Die Spar- und Darlehnskasse Rhodt (Pfalz) berichtet von einem Mädchen, das bei 200 Mk. Lohn in den Jahren 1906—1910 157, 132, 95, 56, 85 Mk. ersparte. Infolge der Anschaffung einer Nähmaschine und sonstiger Ratenzahlungen gingen die Ersparnisse in den letzten Jahren zurück. Ein anderes Mädchen aus der gleichen Gemeinde ersparte 1906—1909 bei 240—260 Mk. Lohn je 66, 104, 105, 160 Mk. Wiederholt wird mitgeteilt, daß auch auswärts in der Stadt dienende Mädchen der heimischen Kasse namhafte Sparbeträge senden. Im Bezirk der Kasse Nieder-Marsberg (Westfalen) senden Mädchen in der Stadt jährlich 100 bis 120 Mk. Der Spar- und Darlehnskasse Hinterweidenthal (Pfalz) schicken in der Stadt dienende Mädchen mit 200—250 Mk. Lohn jährlich 100—200 Mk. Die Kasse Eckelshausen (Rgbez. Wiesbaden) berichtet von einem in Frankfurt a. M. bediensteten Mädchen, das in den Jahren 1906—1910 sogar 1500 Mk. erübrigte.

Die männlichen Dienstboten stehen durchschnittlich in der Spartätigkeit zurück, und finden sich öfters Klagen über mangelnden Sparfinn. Johannisdorf (Westpreußen) berichtet, daß Knechte trotz hohen Lohnes wenig sparen. Schildberg (Posen) erklärt, daß Dienstboten fast gar nichts ersparen, und ähnliche Äußerungen begegnen bei den Kassen Segeletz (Brandenburg), Behnsdorf (Prov. Sachsen). Segeletz berichtet, daß von auswärts zugezogene Dienstboten wenig oder gar nichts ersparen, auch wenn man ihnen zu Weihnachten ein Sparbuch schenkt. Die Spar- und Darlehnskasse Nieder-Marsberg (Westfalen) erklärt, „männliche Dienstboten verziehen nach Ablauf ihres Dienstjahres, nehmen ihren Lohn mit, soweit er nicht verpulvert ist.“ Die Spar- und Dar-

lehnskasse Oldendorf (Holstein) erhält von den Dienstboten nur wenig Einlagen, sie läßt es indes dahingestellt, ob die Dienstboten nicht bei Nachbarassen einlegen. Die Spar- und Darlehnskasse Freckenfeld (Pfalz) klagt, daß namentlich die jugendlichen Dienstboten nur wenig sparen.

Diesen ungünstigen Urteilen stehen indes wiederum zahlreiche Beispiele eifrigen und erfolgreichen Sparens gegenüber. Rehlfeld (Ostpreußen) berichtet von sparsamen Knechten, die 100—200 Mk. jährlich einlegen. Bei der Kasse Siedenbollentin (Pommern) hat ein Knecht mit 210 Mk. Lohn in den letzten Jahren erspart 130, 70, 100, 100, 50 Mk. In Tornesch (Schleswig-Holstein) ersparte ein Knecht in den zehn Jahren 1901—1910 1670 Mk.; sein Lohn stieg in dieser Zeit von 140 auf 460 Mk. In Laarstedt (Schleswig-Holstein) erübrigte ein Knecht mit einem jetzigen Einkommen von 520 Mk. in den Jahren 1903—1910 je 40, 40, 120, 190, 130, 140, 50, 50 Mk. In Emsbüren (Hannover) sind Knechte mit 3000 Mk. Ersparnissen nicht selten anzutreffen, Personen, die sich nicht am Sparen beteiligen, kaum vorhanden. Bei der Kasse Hohenwepel (Westfalen) sparen Dienstboten mit einem baren Einkommen von 300 Mk. jährlich 150—180 Mk. In Welterod (Ngbbez. Cassel) legte ein Knecht mit 450 Mk. Lohn jährlich 250 Mk. zurück. In Hinterweidenthal ersparte ein Knecht mit 450 Mk. Lohn in den drei Jahren 1908—1910 je 315, 300, 225 Mk. Die Kasse Eckelshausen erwähnt das Beispiel eines Knechtes, der in neun Jahren 2964 Mk. ersparte.

Gewiß sind solche Beispiele nicht typisch. Immerhin bekundet doch die Tatsache, daß von 3112 landwirtschaftlichen Dienstboten bei den berichtenden 83 Kassen 1191310 Mk. Spareinlagen angesammelt sind, das Vorhandensein eines regen Sparsinnes bei den landwirtschaftlichen Dienstboten. Denn ein Durchschnittsbetrag von 383 Mk. ist bei dem vergleichsweise bescheidenen baren Lohn und der relativ kurzen Dauer der Spartätigkeit der zumeist in jugendlichem Alter stehenden Dienstboten ein nicht unansehnlicher Betrag.

f) Förderung der regelmäßigen Spartätigkeit durch Kleinspareinrichtungen.

Die vorstehenden Angaben lassen bei fast allen Klassen der Landbevölkerung eine beharrliche intensive Spartätigkeit zutage treten. Hieraus indes allgemeine Schlüsse auf die Verhältnisse von über 20 Millionen Landbewohnern zu ziehen, wäre umsomehr voreilig, als die berichtenden Kassen in der Hauptsache besonders gut geleitete Genossenschaften sind, die

durch ihre Geschäftsführung und Geschäftseinrichtungen zu einer besonders hohen Entwicklung des Sparsinns beigetragen haben. Ist doch bei diesen Klassen vielfach ein ganzes System von Einrichtungen geschaffen worden, um das Sparen zu erleichtern und den Sparsinn zu fördern. Das gilt namentlich für die Pflege des Kleinsparwesens, für die Erleichterung des Sparens in kleinen regelmäßigen Raten.

Für die Erweckung und Förderung der Spartätigkeit der hier in Betracht kommenden minderbegüterten Kreise der Landbevölkerung ist die Begünstigung eines solchen Kleinsparwesens von wesentlicher Bedeutung. Man wird die rege Entwicklung des Sparsinns daher auf diese Einrichtungen mit zurückführen können. In der Tat haben nach den gemachten Angaben der Verkauf von Sparmarken, Spartarten, die Abholung von Spareinlagen, Heimsparcassen, Schul-Konfirmandensparcassen, die Einrichtung von Annahmestellen, sowie die jederzeitige Annahme von Spareinlagen bei den berichtenden Klassen vielfältigen Eingang gefunden¹. Am verbreitetsten sind die Schul- und Konfirmandensparcassen, Spareinrichtungen, bei denen alle acht, vierzehn Tage oder monatlich der Lehrer von den Schülern kleinere Beträge, vielfach gegen Verkauf von Sparmarken, einzieht und in bestimmten Zeitabschnitten alsdann die angesammelten Beträge an die Spar- und Darlehnskasse abliefern. Sehr häufig begegnet auch der Sparmarkenverkauf bzw. die regelmäßige Abholung von kleineren Sparbeträgen von —,50, 1,—, 2,—, 3,—, 5,— Mk. zumeist wöchentlich aus dem Haus der Sparer. Namentlich in Hessen ist diese Einrichtung stark verbreitet. So berichtet z. B. die Kasse Weisenau: „Von der Mehrheit der Sparer werden die Einlagen erspart durch wöchentliche Kartenabnahme, wie dies in Frage 6 eingehend geschildert ist. Stark benutzt wird diese Karteneinrichtung von der Arbeiterbevölkerung unserer Gemeinde, die von dem Wochenlohn einen bestimmten Betrag —,50, 1,—, 2,—, 3,— und 5,— Mk. zurücklegt. Der Gesamterlös der verkauften Sparkarten schwankt zwischen 60—70 000 Mk. pro Jahr. Monatliche Einlagen werden meistens von Beamten und Angestellten geleistet. Einlagen Ende Dezember und Anfang Januar rühren vielfach von den in Fabriken üblichen Weihnachtsgratifikationen her.“ Eine überraschend schnelle Einführung haben in

¹ Eingehende Auskunft über diese Einrichtungen und ihre Erfolge gibt Bd. X der vom Reichsverband herausgegebenen Deutschen landwirtschaftl. Genoss.-Bibl.: Preisarbeiten über die Frage: „Durch welche Mittel läßt sich die Belebung des Sparsinns bei der ländlichen Bevölkerung und die Förderung des Sparbetriebes unserer Spar- und Darlehnskassen am zweckmäßigsten und wirksamsten ausgestalten“. Darmstadt 1907.

den letzten Jahren die Heimsparcassen sich verschafft d. h. Sparbüchsen, bei denen mechanische Vorkehrungen — Verschuß, Plombierung, Verschußstreifen usw. — eine Öffnung der Kasse durch den Sparer selbst verhüten, und die Entleerung der Büchse durch den Kendanten der Kasse stattfindet. Im Laufe von vier Jahren sind in ländlichen Genossenschaftskreisen von einem einzigen allerdings sehr billigen Modell — sein Preis beträgt nur 20 Pfennig — über 234 000 Stück abgesetzt worden. Die Einrichtung von Annahmestellen in räumlich mehr ausgedehnten Kassenbezirken, sowie die jederzeitige Annahme von Spareinlagen, auch dort, wo die ordentlichen Kassenstunden vielleicht nur einmal wöchentlich stattfinden, bilden eine Ergänzung dieser systematischen Bestrebungen zur Förderung des regelmäßigen Sparens in kleineren Beträgen. Die Verbreitung und der Erfolg solcher Einrichtungen ist erklärlicherweise bedingt durch die verschiedenartigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Kassenbezirken. Regelmäßige acht-, vierzehntägige, monatliche Spareinlagen können eben nur von solchen Sparern gemacht werden, welche über regelmäßige Einnahmen zu den bezeichneten Zeitabschnitten verfügen. Daher scheidet die wichtigste Spargruppe, die selbständigen Landwirte für eine solche regelmäßige Spartätigkeit zumeist aus, weil die Einnahmen des landwirtschaftlichen Betriebes zeitlich sehr unregelmäßig fließen. Landwirte pflegen daher zumeist zu unbestimmten, wechselnden Zeiten — sehr häufig nach dem Drusch, im November, Dezember — meist größere Sparbeträge in runden Summen einzulegen. Indes berichten eine Reihe von Spar- und Darlehnskassen im Großherzogtum Hessen auch von regelmäßigen wöchentlichen Einlagen seitens der Landwirte in kleinen Beträgen von —10 Mk. aufwärts bis zu 3,— und 10,— Mk. Auch tritt ein solcher Kleinsparbetrieb bei Landwirten noch insofern in Erscheinung, als sie ihren Kindern für die Schul- und Konfirmandensparcassen kleine Beträge regelmäßig überweisen. Ähnliches gilt für manche Kreise der Gewerbetreibenden, deren Einnahmen vielfach auch starken zeitlichen Schwankungen unterliegen. So kommen dann für das regelmäßige Sparen kleiner Beträge vornehmlich gewerbliche, landwirtschaftliche Arbeiter, fernerhin Beamte und Dienstboten in Betracht, sofern letztere nicht ihren Lohn alljährlich oder vierteljährlich ausgezahlt erhalten. Von den genannten Spargruppen ist die der gewerblichen Arbeiter nicht nur die zahlreichste, sondern nach Art ihrer Entlohnung, vorwiegend acht- oder vierzehntägig, auch am meisten zur Zurechtlegung von Ersparnissen in kleinen Raten befähigt. So erklärt es sich, daß die Kassen im Westen und Süden mit ihrer stärker verbreiteten industriellen Arbeiterbevölkerung in größerer Zahl von einer regelmäßigen

Spartätigkeit in kürzeren Zeitabschnitten zu berichten wissen als diejenigen im Osten und Norden mit seinem stärker ausgeprägten landwirtschaftlichen Typus. Indes fehlt es auch hier an Beispielen erfolgreichen regelmäßigen Sparens in kürzeren Zeitabschnitten nicht. Die Spar- und Darlehnskasse Groß-Lenkeningken (Ostpreußen) berichtet, daß von Kindern, Diensthoten und Besitzern wöchentlich im Durchschnitt 1125 Mk. gespart wurden, ein stattlicher Erfolg bei 231 Sparern. In Eggesin (Pommern) pflegen drei Gewerbetreibende vierzehntägige oder monatliche Einlagen von 5,—, 10,— und 20,— Mk. zu bewirken. Bei der Kasse Fellihammer (Schlesien) pflegen die in Fabriken und Bergwerken beschäftigten Arbeiter allmonatlich nach den Lohntagen Einlagen zu machen. Interessant sind die Angaben der Kasse Schreiberhau (Schlesien): „Da unsere Gemeinde fast ausschließlich vom Fremdenverkehr lebt und die Haupteinnahmen in die Monate Juli, August, September fallen, so sind auch die Einlagen bei unserer Kasse am stärksten in diesen Monaten. Ferner bringen auch die ersten Monate jedes Quartals fast regelmäßig größere Einzahlungen, die dann meist von Beamten, Diensthoten usw. gebracht werden. Für 1910 stellen sich die einzelnen Monate wie folgt: Januar 45 495,— Mk., Februar 15 303,— Mk., März 16 412,—, April 59 819,— Mk., Mai 12 818,— Mk., Juni 24 486,— Mk., Juli 94 284,— Mk., August 80 794,— Mk., September 111 263,— Mk., Oktober 104 996,— Mk., November 22 175,— Mk., Dezember 13 923 Mk. Unsere Sparer sind zumeist Hotel-, Gasthaus- und Logierhausbesitzer, selbständige Gewerbetreibende, Handwerker, Angestellte und Kinder. Im Hauptberuf wird Landwirtschaft nur in ca. 10 Fällen betrieben. Industrie nur durch die Glasfabrik Josephinenhütte, die ca. 300 Beamte und Arbeiter beschäftigt.“ Weit größer ist die Zahl der Mitteilungen über regelmäßige kleinere Einlagen aus dem Westen und Süden. So pflegen in Hövelhof (Westfalen) die auswärtigen Ziegler häufig monatliche Beträge bis zu 60 Mk. zu senden, in Borghorst (Westfalen) machen Fabrikarbeiter wöchentlich bzw. vierzehntägig Spareinlagen von 10—30 Mk., in Buer (Westfalen) erfolgen häufig monatliche Einlagen der Bergarbeiter von 10—50 Mk., doch kommen auch größere allmählich angesammelte Einlagen von 100 Mk. zur Anlage. In überraschend kurzer Zeit hat hier die Heimsparkasse guten Anklang gefunden. Vom Oktober 1908 bis Ende 1909 kamen 375 Büchsen mit 22 329 Mk. Inhalt, durchschnittlich pro Büchse 59,50 Mk. zur Einlieferung; bis Ende 1910 steigerte sich ihre Zahl auf 516 mit 44 052 Mk. Inhalt, auf jede Büchse 85,27 Mk. Bei der Kasse Hohenwepel (Westfalen) pflegen die Bahnarbeiter häufig

regelmäßige monatliche Einzahlungen von 20—40 Mk. zu leisten. Die Beamten alle Vierteljahre. In Niedermarsberg (Westfalen) sind durch die monatliche Abholung von Spareinlagen gute Erfolge erzielt worden; die abgeholten Beträge beziffern sich durchschnittlich auf 2000 Mk. im Monat, bei 430 erwachsenen Sparern ein recht gutes Ergebnis. In Oberaula (Rgßz. Cassel) pflegen eine Reihe von Arbeitern und Beamten monatlich bis 50 Mk. zurückzulegen, in Langenschwarz (Rgßz. Cassel) finden sich industrielle Arbeiter mit regelmäßigen monatlichen Einlagen von 20—30 Mk. Die Spar- und Darlehnskassen Kölln, Kinzenbach, Dieringhausen (Rheinprovinz) berichten von monatlichen Einlagen namentlich der Arbeiter in Höhe von 5—40 Mk. Gut bewährt hat sich in Kinzenbach die wöchentliche Abholung. Hieran sind 130—140 Sparer beteiligt, von denen wöchentlich etwa 90—100 Mk. erspart werden; jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen zahlen etwa 0,50—1,— Mk., ältere Arbeiter 1—4 Mk. wöchentlich. In der Rheinpfalz machen bei der Spar- und Darlehnskasse Limbach die zahlreichen Berg- und Hüttenarbeiter monatliche Einlagen von 20—50 Mk., Dannstadt berichtet von landwirtschaftlichen Diensthöten mit monatlichen Einlagen von 15 Mk., in Oggersheim machen industrielle Arbeiter regelmäßige Ersparnisse von 5—10 Mk. wöchentlich, 5—20 Mk. vierzehntägig, 10—30 Mk. monatlich; Beamte zahlen monatlich zwischen 50—100 Mk. ein. Ähnlich erwähnen die Kassen in Herzheim, Eisenberg, Mutterstadt, Freckenfeld vierzehntägige bzw. monatliche Ersparnisse seitens dortiger Fabrikarbeiter, Diensthöten, Bahnangestellten in Höhe von 5—10 bzw. 20—40 Mk. Eine besondere Verbreitung und nachhaltigen Erfolg hat die wöchentliche Abholung von Spareinlagen gegen Verkauf von Sparkarten bei den Kassen im Großherzogtum Hessen gefunden. In dem Arbeitervorort Griesheim bei Darmstadt sind neben 15 selbständigen Landwirten, 60 Gewerbetreibenden, 15 Kindern, 300 industrielle und 10 landwirtschaftliche Arbeiter an diesem Sparsystem beteiligt. Die Einnahmen hieraus betrugen im Jahre 1910: 47 145 Mk., bei der Kasse Seligenstadt 58 262 Mk. gegenüber 19 396 Mk. Bareinlagen, bei der Kasse Weisenau jährlich zwischen 60—70 000 Mk. Die Abholung erfolgt zumeist Sonntags durch einen oder mehrere Erheber, die verkauften Sparkarten lauten auf Beträge von —,10, —,20, —,50, 1,—, 2,—, 3,— und 5,— Mk. Vierteljährlich werden die Karten beim Rechner abgeliefert und die angesammelten Beträge den Sparern gutgeschrieben.

Ganz besonders erleichtert wird ein regelmäßiges Sparen in kleinen und kleinsten Raten durch die Einrichtungen der Schul-Konfirmanden=

Heimspargassen der Schuljugend. Nur zum Teil handelt es sich dabei um Ersparnisse der Schulkinder aus eigener Erwerbsarbeit, in der Hauptsache stellten diese Formen des Sparens vielmehr eine ergänzende Spartätigkeit der Eltern dar. So erklären sich die relativ hohen Beträge, welche seitens der Kinder angesammelt sind und die sich im Durchschnitt auf 172 Mk. für jedes sparende Kind stellten. Die Entwicklung dieser Spareinrichtungen ist nach den Berichten der Kassen vielfach eine außerordentlich hohe und erfolgreiche. In einem pommerischen Dorf mit 600 Seelen liefern z. B. 81 Schulkinder wöchentlich 32,80 Mk. ein und kamen im Laufe eines Jahres von 54 ausgegebenen Heimspargassen 31 mit einem Inhalt von 824,58 Mk. zurück. In Fellshammer (Schlesien) erbrachten 240 Heimspargassen jährlich 4000—5000 Mk., in Buer (Westfalen) ergaben im Jahre 1909 375 Heimspargassen eine Einnahme von 22 329 Mk., im Jahre 1910 576 eine solche von 44 052 Mk. Der relativ hohe Durchschnittsbetrag bekundet, daß es sich hier vornehmlich um die Spartätigkeit Erwachsener handelt. In Ottbergen (Westfalen) sind durch Kauf von Sparmarken in den kleinsten Beträgen, zumeist 2-, 5-, 10-Pfennig-Marken von 136 Schulkindern in den drei Jahren 1908—1910 schon 3109 Mk. erspart worden. In pfälzischen Gemeinden werden als Ersatz für Militär- und Aussteuerversicherung von den Eltern vielfach namhafte Beträge bis zu 15 Mk. auf das Konto ihrer Kinder eingezahlt. Ungünstig berichten über den Erfolg derartiger Spareinrichtungen für die Schuljugend nur sehr wenige Kassen, vornehmlich die Spar- und Darlehnskasse Deutsch-Krawarn in Oberschlesien. Von 100 ausgegebenen Heimspargassen wurden nur 16 zurückgeliefert. Als Grund wird angeführt, daß die Eltern — zumeist auswärts weilende Hausierer oder Maurer sich wenig um die Beaufsichtigung ihrer Kinder zu kümmern vermögen. Bemerkenswert als Bestätigung der Tatsache, daß die Spartätigkeit der Kinder indirekt zumeist eine solche der Eltern darstellt, ist die Mitteilung der pommerischen Kasse Groß-Soltikow, daß viele Kinder keine regelmäßigen monatlichen oder vierteljährlichen Einlagen machen könnten, „weil die Eltern nicht immer bei ihrer Einnahme etwas absetzen können“. Im allgemeinen haben hiernach diejenigen Sparerkreise, welche über regelmäßige Einnahmen verfügen, sich schon in großem Umfang an die regelmäßige Einzahlung von Spareinlagen in kleineren Raten gewöhnt. Freilich finden sich unter ihnen auch noch öfters Sparer, welche die Ansammlung einer runden Summe 50, 100 Mk. oder mehr abwarten, ehe sie ihre Ersparnisse zur Dorfbank bringen. Beobachtungen derart finden sich in den Mitteilungen der Spar- und Darlehnskassen Langenschwarz (Hgbz. Cassel),

Bern droth (Rg bz. Wiesbaden), Dannstadt und Mutterstadt (Rheinpfalz). Hier erfolgen häufig auch seitens industrieller oder landwirtschaftlicher Arbeiter Einlagen innerhalb längerer zeitlicher Zwischenräume in runden Summen von 50 oder 100 Mk. Dort wo landwirtschaftliche Dienstboten ihren Lohn jährlich ausbezahlt erhalten, erfolgen wie z. B. die Spar- und Darlehnskassen Karstadt (Brandenburg), Geisenhausen, Schönsee, Ellmosen (rechtsrh. Bayern) berichten, seitens der Dienstboten größere jährliche Einlagen von 100—150 Mk. Endlich ergibt es sich aus der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes mit seinen starken zeitlichen Schwankungen in den Einnahmen, daß die Landwirte zumeist größere Einlagen je nach ihren zeitweiligen Einnahmen zu wechselnden Zeiten zur Kasse bringen. Im ganzen betrachtet, hat indes die regelmäßige Einlage kleiner Sparbeträge namentlich bei den Klassen mit regelmäßigem Lohn- und Gehaltseinkommen schon eine recht ansehnliche Verbreitung genommen.

2. Ersparnisse aus größeren, gelegentlichen Einnahmequellen.

Rücklagen aus dem Lohn und Gehalt, aus den regelmäßigen Einnahmen des landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebes bilden für die große Mehrheit der Sparer auf dem Lande die häufigste und wichtigste Quelle ihrer Spartätigkeit. Indes fehlt auch auf dem Lande nicht der Eintritt gelegentlicher größerer Einnahmen, welche die Möglichkeit zu gelegentlichen Einlagen in größeren Summen bieten. Sehr häufig scheinen indes derartige Einlagen nach den Berichten der Kassen nicht zu sein. Von 95 Kassen, welche sich hierzu äußern, verneinen 15 das Vorkommen derartiger Einlagen, 37 nennen sie „selten, vereinzelt, nicht häufig“, 26 Kassen bejahen die Frage ohne eine Angabe über die Häufigkeit des Vorkommens und nur 14 Kassen — darunter allein sechs aus der Rheinpfalz — bezeichnen solche Einlagen als „nicht selten, häufiger, häufig öfters“ vorkommend. Die Gründe für die relativ geringe Häufigkeit solcher Einlagen mögen zum Teil in den stabileren Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen der Landbevölkerung zu suchen sein. Das gilt in erster Linie für Einlagen aus dem Erlös für Grundstücksverkäufe. Wo infolge der herrschenden Wirtschaftsverhältnisse und Vererbungssitten der Besitzwechsel ein geringer ist, da können Spareinlagen aus Grundstücksverkäufen auch keine große Rolle spielen. Umgekehrt ist es erklärlich, daß in Gebieten mit starkem Besitzwechsel, wie z. B. in der Rheinpfalz, nicht weniger als sechs Kassen das Vorkommen derartiger Einlagen als häufig bezeichnen. Aber noch eine andere ausschlaggebende Ursache kommt in Betracht. Aus

den Berichten der Spar- und Darlehnskassen ist mehrfach zu entnehmen oder doch zu folgern, daß größere Spareinlagen aus gelegentlichen Einnahmequellen ihren Weg zu anderen Sparanstalten insbesondere zu den öffentlichen Sparkassen finden. Das gilt in erster Linie für die Erbschaften von Minderjährigen, die nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zumeist bei den mündelsicheren öffentlichen Sparkassen angelegt werden. Infolge dieser gesetzlichen Bestimmungen wird für namhafte Summen eine Anlage bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen unmöglich gemacht. Daß bei erreichter Großjährigkeit diese Beträge der heimischen Spar- und Darlehnskasse zugeführt werden, scheint nur vereinzelt der Fall zu sein, da lediglich drei Kassen derartige Erfahrungen mitteilen. So berichtet die Spar- und Darlehnskasse Dannstadt in der Rheinpfalz: „Es kommt des öftern vor, daß Mündelgelder, wenn sie von dem gerichtlichen Kuratel befreit sind, von der Bezirksverzinskasse abgehoben und unserer Kasse übergeben werden. Dafür kommen sechs Kontis in Betracht mit je 1000—2000 Mk. Einlagen.“ Ähnlich bemerkt die Spar- und Darlehnskasse Becond in der Rheinprovinz: „Bei Großjährigkeit fließen die Mündelgelder von der Kreissparkasse uns sofort zu. Wäre es nur überall so!“ Dieser Wunsch der rheinischen Spar- und Darlehnskasse bezeugt, daß ein solcher Rückfluß häufig unterbleibt und damit ein namhafter Betrag an größeren Spareinlagen den ländlichen Kreditgenossenschaften entzogen wird. Neben den Mündelgeldern sind es nicht selten sonstige größere Einlagen, die öffentlichen Sparkassen, Vorschußvereinen und anderen Sparanstalten zufließen. Größere Landwirte, Gewerbetreibende und andere kapitalkräftige Kreise pflegen aus Tradition und Anhänglichkeit an ältere Institute, namentlich aber aus dem Wunsch, den Besitz größerer Spareinlagen der Kenntnis der Nachbarn zu entziehen, vielfach solche größere Einlagen anderen Sparanstalten, als den heimischen Dorfkassen, zuzuwenden. Auch die Anlage größerer Ersparnisse in Wertpapieren ist hierbei zu erwähnen. So bemerkt z. B. die Spar- und Darlehnskasse Bebiesdorf (Rhgz. Cassel): „Die meisten Besitzer von größeren landwirtschaftlichen Betrieben sind Nichtmitglieder, die auch ihr Geld in Wertpapieren, Obligationen anlegen.“ Angesichts dieser Verhältnisse können die Mitteilungen der ländlichen Spar- und Darlehnskassen von dem Vorkommen und dem Umfang größerer Spareinlagen aus gelegentlichen Einnahmequellen nur eine unvollständige Vorstellung vermitteln. Somit sich in den Berichten der Spar- und Darlehnskassen Angaben über den Ursprung solcher größeren gelegentlichen Einnahmen finden, werden als Quelle bezeichnet:

Grundstücksverkäufe	von 31 Klassen
Erbschaften	„ 18 „
Holzverkäufe	„ 2 „
Zurückgezahlte Darlehen	„ 2 „
Heirat, Zuzug, Flurentscheidung bei Manövern von je	1 Klasse.

Hiernach sind Grundstücksverkäufe und Erbschaften der häufigste Anlaß zur Gewinnung größerer Spareinlagen und spielen namentlich in Süd- und Westdeutschland angesichts des dort herrschenden lebhaften Besitzwechsels Grundstücksverkäufe die erste Rolle. Von den zehn Klassen in der Pfalz äußern sich acht in diesem Sinne. Es berichtet z. B. die Spar- und Darlehnskasse im pfälzischen Industriedorf Eisenberg: „In den letzten Jahren sind aber die meisten und größten Einzahlungen erfolgt im Januar jedes Jahres herrührend aus Terminen von dem riesigen Besitzwechsel der letzten Jahre. Durch diese Verkäufe wurden oft riesige Preise für früher fast wertlose Länderstriche erzielt (225—300 Mk. für die Dezimale = 34 qm). Aus diesen Erlösen sind viele Gelder unserer Kasse zugeflossen und stehen für die nächste Zeit aus Verkäufen im letzten Jahre noch reichlich in Aussicht.“

Über Zahl und Höhe solcher Einlagen enthalten die Berichte der Klassen nur spärliche Angaben. Die Kasse Kalkofen (Pommern) bemerkt, daß seit ihrer im Jahre 1903 erfolgten Gründung in drei Fällen aus Grundstücksverkäufen, in vier Fällen aus Erbschaften größere Einlagen erfolgt seien. Abtschagen (Pommern) erwähnt, daß in einzelnen Fällen aus Grundstücksverkäufen oder Erbschaften Beträge von 10 000, 12 500, 18 000 Mk. eingelegt wurden. Bei der Kasse Buer (Westfalen) wurden im Jahre 1910 in 20 Fällen aus Grundstücksverkäufen, in 10 Fällen aus Erbschaften, in 20—30 Fällen infolge Zuzugs oder Rückzahlung von privaten Darlehen größere Einlagen festgestellt. Die Kasse Kintzenbach (Rheinprovinz) erwähnt, daß im Jahre 1910 in 45 Fällen größere Einlagen von 300—1300 Mk. aus den vorgenannten Einnahmequellen erfolgten und die Kasse Herrxheim in der Pfalz bemerkt, daß solche Einlagen vorkämen bis zum Höchstbetrag von 30 000 Mk. Wie erwähnt sind alle solche Angaben recht lückenhaft. Gerade in diesem Punkte wäre eine Untersuchung der Tätigkeit anderer Sparanstalten, namentlich der öffentlichen Sparkassen geboten. Für eine dahingehende Betrachtung fehlen indes statistische oder sonstige geeignete Unterlagen, so daß auf den Versuch einer Lösung der Frage verzichtet werden muß.

III.

Zeitliche Schwankungen in der Höhe der Spareinlagen, Umfang und Ursachen von größeren Abhebungen.

Die Spartätigkeit muß notwendigerweise zeitlichen Schwankungen unterliegen, welche mit der wechselnden Sparfähigkeit in ursächlicher Verbindung stehen. Schon die Statistik der öffentlichen und privaten Sparanstalten, sowie der städtischen Kreditgenossenschaften erbringt dafür bemerkenswerte Belege. Es betrugen bei den öffentlichen und privaten Sparanstalten:

	Neueinlagen u. Zinszuschreibungen Millionen Mk.	Abhebungen Millionen Mk.	Überschuß Millionen Mk.
1905	3464	2677	787
1906	3641	2907	734
1907	3739	3241	598
1908	3991	3357	634
1909	4651	3530	1121
1910	5053	3946	1107

Die Wirtschaftskrisis der Jahre 1907, 1908 hat demnach ein erhebliches Zurückgehen des Einlagenüberschusses gezeitigt, während umgekehrt das erneute Aufblühen des Wirtschaftslebens seit dem Jahre 1909 einen gewaltigen, bisher unerreichten Zuwachs gebracht hat. Bei Fortlassung der Zinszuschreibungen erscheinen die zeitlichen Schwankungen noch stärker. Danach belief sich der Überschuß der Neueinlagen über die Abhebungen im Jahre 1907 nur auf 91 Millionen Mk., während er 1909 auf 647 Millionen Mk. gestiegen war. Ebenso scharf tritt der Einfluß der Wirtschaftskrisis bei der Spareinlagenbewegung städtischer Kreditgenossenschaften zutage. Es betrug der Zuwachs an Spareinlagen bei den zur Statistik berichtenden städtischen Kreditgenossenschaften im Jahre

1905: 59 Millionen Mk.
1906: 64 " "
1907: 31 " "
1908: 42 " "
1909: 68 " "
1910: 92 " "

Die Krisis des Jahres 1907 verminderte den jährlichen Zuwachs um mehr als 50 Prozent. Weniger stark von den Verhältnissen des allgemeinen Wirtschaftslebens abhängig erscheint die Bewegung der Spareinlagen bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen.

Es betrug bei den zur Statistik berichtenden Kassen des Reichsverbandes die Zunahme der Spar- und Kontokorrenteinlagen:

im Jahr 1905: 92 Millionen Mk.

"	"	1906: 133	"	"
"	"	1907: 103	"	"
"	"	1908: 166	"	"
"	"	1909: 149 ¹	"	"
"	"	1910: 220	"	"

Die allgemeine Geld- und Wirtschaftslage des Krisenjahres 1907 kommt mithin auch hier in einem merklichen Rückgang des Spareinlagenzuflusses zum Ausdruck, immerhin ist dieser doch wesentlich geringer als bei den vorgenannten beiden Gruppen von Sparanstalten. Die Berichte der Spar- und Darlehnskassen werfen auf die Ursachen und Begleiterscheinungen solcher Schwankungen im Zufluß der Spareinlagen einige Streiflichter. Soweit die Einlagen aus der Landwirtschaft in Betracht kommen, ist dabei der Ausfall der Ernte in quantitativer und qualitativer Hinsicht, der Stand der landwirtschaftlichen Produktpreise, Viehseuchen, Verbesserung im landwirtschaftlichen Betrieb von wesentlichem Einfluß. Wie die Kasse Siedebollentin (Pommern) mitteilt, „brachte der wirtschaftliche Aufschwung in der letzten Zeit zunächst erhöhte Spareinlagen und Einlagen im Kontokorrentverkehr, im zweiten Jahre erfolgten größere Abhebungen. Diese wurden benutzt, um wirtschaftliche Verbesserungen und Neuanschaffungen zu machen, welche bei den für die Landwirtschaft schlechten Zeiten zurückgestellt werden mußten, namentlich wurden viele landwirtschaftliche Maschinen angeschafft.“ Die Spar- und Darlehnskasse Großfahlenwerder (Brandenburg) bemerkt „der Zufluß entsteht durch guten Verdienst der landwirtschaftlichen Arbeiter und durch gute Viehpreise von den kleineren Besitzern. Aus den entgegengesetzten Gründen entsteht der Abfluß.“ Aus Schleswig-Holstein berichtet die Spar- und Darlehnskasse Tornesch: „In den letzten Jahren haben in unserem Kassenbezirk die Schweinemästereien derartig zugenommen, daß viele Spareinlagen zurückgezogen wurden. Das zurückgezogene Geld wurde zur Anlage von Ställen, Anschaffung von Schweinen und für Futter verwandt. Durch die Schweinepest und Klauenseuche ist die Mast jetzt unsicher geworden und meistens aufgegeben, infolge dessen fließen die Gelder zurzeit wieder ein.“ Aus Westfalen teilt die Spar- und Darlehnskasse Hövelhof mit: „Der Zu- und Abfluß von Spareinlagen hängt bei uns hauptsächlich

¹ Für 1909 sind die Angaben mit Rücksicht auf die bayerischen Kassen unvollständig.

mit der Konjunktur der Landwirtschaft und soweit es die Ziegler betrifft, mit denjenigen der Industrie zusammen. Wenn die Vieh- und Fleischpreise hohe sind, wenn die Baulust der Städte rege ist, dann fließen die Spareinlagen reichlicher; im anderen Falle sind die Einlagen merklich dürftiger und die Abhebungen zahlreicher. Außerdem sind seit 5 Jahren die Abholungen größer gewesen, weil man hieselbst allgemein die früher vielfach sehr dürftigen Wohnungen und Stallungen zeitgemäß umgestaltet.“ Die Kasse Borchorst in Westfalen bemerkt: „Die Lage der Landwirtschaft trägt am meisten dazu bei. Nach den Mißernten von 1890 und 1891 war der Abfluß genau so stark, wie in diesem Jahre.“ Hundelshausen (Regbz. Cassel) bemerkt: „Ganz besonders wird eine gute Kirschenernte gespürt, weil da eine ganze Reihe Leute Spareinlagen von dem Erlös für verkaufte Kirschchen machen.“ Die pfälzischen Kassen heben mehrfach den Ausfall der Weinernte als bestimmend für die Größe des Spareinlagenzuflusses hervor: „Der Ausfall der Ernte ist der Hauptgrund des verschiedenen Zuflusses und dabei macht sich wieder der Ausfall der Weinernte besonders bemerkbar“, so äußert sich die Kasse Obernheim und ähnlich Freckenfeld und Rhodt. Da die Erwerbsverhältnisse in der Landwirtschaft häufig einen entscheidenden Einfluß auf viele Zweige des ländlichen Gewerbes ausüben, so geht auch der Spareinlagenzufluß aus diesen Kreisen vielfach parallel mit den wechselnden Konjunkturen in der Landwirtschaft. Soweit mit der Landwirtschaft nicht verknüpfte Industriezweige in Betracht kommen, äußern deren schwankende Konjunkturen eine Rückwirkung auf die Gestaltung des Einlagenzuflusses. Nach den Mitteilungen der Kasse Buer in Westfalen „schwanken in der Hauptsache die Zuflüsse und Abflüsse von Spareinlagen bei unserer Kasse in dem Maße, in welchem die Löhne der Vergleute zu- oder abnehmen.“ Die Spar- und Darlehnskasse Kinzenbach in der Rheinprovinz äußert sich ähnlich: „Im Jahre 1908 machte sich der Niedergang besonders der Eisenindustrie und des Baugewerbes dadurch bemerkbar, daß sich die wöchentlichen Gesamtbeträge aus dem Sparkartenverkauf um 20—25 Mk. verminderten. Als sich im nächsten Jahre diese Industriezweige wieder hoben, wurde der Ausfall durch die schlechten Lohnverhältnisse in der Tabakindustrie bewirkt. Erst jetzt macht sich ein langsames Aufsteigen wieder bemerkbar.“ Bei der Kasse Weisenau (Hessen) trat im Jahre 1908 infolge der damals in vielen Industriezweigen herrschenden Arbeitslosigkeit eine geringe Abnahme der Spareinlagen zutage, auch bei der Kasse Klein-Krozenburg bewirkte der schlechte Geschäftsgang in der Zigarrenindustrie in den Jahren 1909 und 1910 eine rückläufige Bewegung der Einlagen. Aus

der Rheinpfalz teilt die Kasse Odernheim mit: „Vor einigen Jahren noch stand die Steinindustrie hier in hoher Blüte und gab vielen Arbeitern Gelegenheit zu reichlichem Verdienst. Seit etwa zwei Jahren befindet sich dieser Industriezweig in einem fortlaufenden Niedergang (er ist bis jetzt nahezu verschwunden), und derselbe macht sich dann auch durch den sehr verminderten Zufluß an Geldern seitens der industriellen Arbeiter fühlbar. Auch der Rückschlag auf die Einlagen der Gewerbetreibenden blieb damit nicht aus.“

Stärker noch als bei den Ersparnissen aus den regelmäßigen Einnahmen sind erklärlicherweise die Schwankungen bei den Zuflüssen aus unregelmäßigen Einnahmen, aus Grundstücksverkäufen, Erbschaften, Heirat usw. Wie an anderer Stelle schon ausgeführt, sind indes solche Einlagen bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen im allgemeinen nicht sehr häufig und daher auch die Mitteilungen der Kassen über diesen Punkt spärlich. Daß in einzelnen Fällen aber solche Momente eine sehr erhebliche Rolle spielen, geht aus nachstehender Mitteilung der Spar- und Darlehnskasse Hinterweidenthal (Rheinpfalz) hervor: „Im Jahre 1910 wurden etwa 40 000 Mk. mehr Spareinlagen einbezahlt, da infolge eines Bahnneubaues ca. 60 000 Mk. für abgetretene Grundstücke in die Gemeinde flossen, wovon der Hauptteil uns zugeführt wurde.“ Da die genannte Kasse Ende 1910 über 216 784 Mk. Spareinlagen verfügte, war also dieser Zufluß von sehr erheblicher relativer Bedeutung.

Unter den Faktoren, welche einen Einfluß auf den Zu- und Abfluß von Spareinlagen äußern, sei hier noch der Lage des allgemeinen Geldmarktes und der Zinspolitik besonders gedacht. Es ist begreiflich und wird auch durch die früher genannten Ziffern bewiesen, daß in Zeiten aufsteigender Konjunktur und eines hohen Zinsfußes auf dem allgemeinen Geldmarkt die Spareinlagen der Landbevölkerung die Tendenz zeigen, von den ländlichen Spar- und Darlehnskassen und öffentlichen Sparkassen abzufließen und sich höher verzinslichen Anlagen zuzuwenden. Volkswirtschaftlich könnte ein solches Rückgreifen auf die Reservoirs der ländlichen Spareinlagen vorteilhaft insofern erscheinen, als damit der industrielle und kommerzielle Aufschwung gefördert wird. Indes stehen dem doch auch mancherlei gewichtige Bedenken gegenüber. Wenn man erwägt, daß dadurch nicht selten eine übertriebene, ungesunde Hochkonjunktur unterstützt wird, wenn man erwägt, daß die Früchte mühsamer Arbeit und opferreichen Entfagung oft recht zweifelhaften, unsicheren Anlagen zugeführt werden, wenn man erwägt, daß damit bedeutende Kapitalien einer befruchtenden Wirkung für das Land entzogen werden, dann erscheint ein

solcher Abfluß von Spareinlagen in einem ungünstigen Lichte. Es ist daher verständlich, daß die ländlichen Spar- und Darlehnskassen, schon aus geschäftlichen Gründen, bemüht sind, den Abfluß von Spareinlagen in Zeiten allgemeiner Geldteuerung zu verhüten. Das wirksamste Mittel zur Erreichung dieses Zwecks ist die Anpassung der Zinssätze an die allgemeinen Geldmarktverhältnisse, vornehmlich aber an diejenigen konkurrierender, benachbarter Sparanstalten und Banken. Von diesem Mittel haben denn auch die ländlichen Spar- und Darlehnskassen während der Geldteuerung in den Jahren 1906—1908 häufig Gebrauch machen müssen. Indessen nicht überall; die Berichte der Kassen lassen vielmehr erkennen, daß nicht selten infolge der Einsicht und Treue der Mitglieder, sowie fehlender Konkurrenz auch in jenen Jahren eine Zinserhöhung vermieden werden konnte. Eine ganze Reihe Kassen teilten mit, daß sie seit langen Jahren den Zinsfuß ohne Nachteil für die Bewegung der Spareinlagen unverändert gelassen haben; so beträgt z. B. bei der Spar- und Darlehnskasse Seligenstadt (Hessen) der Zinsfuß für Spareinlagen seit dem Jahre 1872 $3\frac{1}{2}$ %. In zahlreichen anderen Fällen sahen sich aber die Spar- und Darlehnskassen während jener Jahre zu Zinserhöhungen, häufig von $3\frac{1}{2}$ auf 4 % gezwungen, welche Maßnahme dann fast durchweg eine günstige Wirkung zeitigte. So wuchsen z. B. bei der Spar- und Darlehnskasse Johannisdorf (Westpreußen) infolge der Erhöhung der Zinssätze auf $4\frac{1}{2}$ und 5 % die Spareinlagen im Jahre 1908 von 222 000 auf 373 000 Mk., also um fast 70 %. Die Spar- und Darlehnskasse Michalkowitz (Schlesien), welche wegen der Konkurrenz benachbarter Kassen noch im Januar 1910 den Zinsfuß auf 4 bzw. $4\frac{1}{2}$ % erhöhte, hat in den letzten $1\frac{1}{2}$ Jahren eine Vermehrung der Spareinlagen um 128 000 Mk., von 110 000 auf 238 000 Mk., zu verzeichnen. Bei der Spar- und Darlehnskasse Niedermarsberg (Westfalen) brachte die Zinserhöhung von $3\frac{1}{2}$ auf 4 % im Jahre 1908 eine Erhöhung der Spareinlagen von 180 789 auf 327 291 Mk. Die von der Spar- und Darlehnskasse Ellmosen (rechtsrh. Bayern) wegen örtlicher Konkurrenzverhältnisse im Jahre 1910 bewirkte Zinserhöhung von $3\frac{1}{2}$ auf 4 % hatte zur Folge, daß der Abfluß von Geldern nicht nur aufhörte, sondern auch von auswärts erhebliche Summen zufließen. Ähnliche Wirkungen zeigten sich in der Pfalz bei den Kassen Limbach, Oggersheim, Geryheim, Mutterstadt. Kassen, welche nicht rechtzeitig Zinserhöhungen vornahmen, mußten vielfach einen merklichen Abfluß namentlich von größeren Spareinlagen wahrnehmen. So erlebte die Kasse Rehlfeld (Ostpreußen) im Jahre 1907, daß „wegen des hohen Reichsbankdiskonts überall

Name der Kasse	Es wurden abgehoben		
	Grundstücks- kauf	Hauskäufe, Umbauten, Neubauten	Verheiratung
	Mk.	Mk.	Mk.
Lautschitten	9 905	4 000	3 800
Hohenfisch	12 000	—	10 000
Tornesch	8 000	25 000	24 000
Taarstedt	4 400	10 100	13 300
Langenschwarz	5—6 000	3—4 000	15—20 000
Kinzenbach	10 740	—	1 125
Dieringhausen	12 000	—	4 000
Ellmosen	10 420	—	3 935
Herrheim	40 636	54 756	—
Summe	91 941—92 941	96 856—97 856	75 160—80 160
	21 160	—	—

Darlehen gekündigt, Kredite geschmälert wurden und die Folge war, daß vielfache Abhebungen von Spareinlagen stattfanden, um bedrängten Freunden und Bekannten zu helfen“. Bei der Kasse Behnsdorf (Sachsen) fielen infolge der Zinsherabsetzung von $3\frac{1}{2}$ auf $3\frac{1}{4}$ % die Spareinlagen von 51993 Mk. auf 41999 Mk. in den Jahren 1903—1905; sie erhöhten sich von 63526 Mk. im Jahre 1908 auf 95798 Mk. im Jahre 1909 infolge der Zinserhöhung von $3\frac{1}{2}$ auf 4%. Die Kasse bemerkt hierzu, daß „infolge der Herabsetzung des Zinsfußes die größeren Posten abgehoben wurden. Nach der Heraufsetzung des Zinsfußes auf 4 % bleiben die größeren Posten, wenn sie nicht in der eigenen Wirtschaft gebraucht werden, für gewöhnlich stehen. Die Verzinsung mit 4 % hat aber auch viele neue Sparere herangezogen“. Je stärker die Spareinlagen bei den ländlichen Spar- und Darlehnskassen anwachsen, je mehr der Wettbewerb benachbarter Sparanstalten sich fühlbar macht, je mehr durch die fortschreitende Dezentralisation des Netzes der Sparkassen und Großbanken, sowie durch die Verbesserung aller Verkehrsmittel auch die Landbevölkerung in immer innigere Berührung mit dem allgemeinen Geldmarkt tritt, eine desto größere Aufmerksamkeit werden in Zukunft die ländlichen Spar- und Darlehnskassen einer zweckentsprechenden Zinspolitik zuwenden müssen, allerdings ohne in den Fehler zu weitgehender Zinstreiberei zu verfallen. Diese im geschäftlichen Interesse gebotene Forderung liegt ebenso sehr im Interesse der ländlichen Sparere, um ihnen eine sichere Anlage zu gewährleisten, wie schließlich im Interesse der Volkswirtschaft, um eine gesunde Verwendung der Spareinlagen sicherzustellen.

Sieht man von den durch besondere Verhältnisse bedingten, zeitlichen

zu folgenden Zwecken

Erbschaft	Wegzug	Schulden- tilgung	Gewährung von Darlehen	für Sonstiges
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
—	—	—	—	—
—	5 000	—	—	—
—	3 200	—	—	—
—	4 500	14 992	21 500	13 985 ¹
—	1—2 000	—	—	—
—	2 425	—	—	900 ²
—	18 000	—	—	—
12 366	4 600	2 615	6 300	16 482 ³
37 742	21 054	2 000	4 000	1 500 ⁴
50 108	59 779—60 779	19 607	31 800	32 867
—	—	—	—	—

Schwankungen von Zufluß und Abfluß der Spareinlagen ab, so erscheinen als Ursachen für die Abhebungen größerer Beträge in normalen Jahren: Grundstückskäufe, Hauskäufe, Umbauten, Neubauten, Anschaffung von Wirtschaftsinventar, Verheiratung, Erbschaft, Selbständigmachung in der Landwirtschaft, im Gewerbe oder Handel, Zins=Terminzahlungen, Rückzahlungen von Hypotheken und sonstigen Schulden, Wegzug, Anlage in Wertpapieren oder Gewährung von Darlehen an Private, Unglücksfälle in der Wirtschaft oder in der Familie. Wenn auch allgemeine ziffernmäßige Angaben nicht vorliegen, so lassen doch die erläuternden Mitteilungen der Klassen und eine Reihe von ihnen angeführter Ziffern darauf schließen, daß in der Hauptsache die Abhebung größerer Einlagenbeträge zu produktiven Zwecken erfolgt.

Soweit die Klassen ziffernmäßige Angaben gemacht haben, sind sie in der obenstehenden Tabelle zusammengestellt. Man ersieht hieraus, daß die Abhebungen vornehmlich zu Land- und Hausankäufen, Um- bzw. Neubauten, zwecks Verheiratung, Wegzug, Erbschaft, zur Anschaffung von Maschinen, Vieh usw. erfolgen, also in der Hauptsache zu produktiven Zwecken. Die Sparsamkeit erreicht in solchen Fällen ihren erstrebten und wünschenswerten Zweck, Stufen zu bilden für das wirtschaftliche und soziale Emporsteigen der Sparer.

¹ Für Weiterbildung 800 Mk., für Kurkosten 200 Mk., für Erweiterung des Geschäftes 1700 Mk., für Hinterlegung einer Kaution 1500 Mk., für häusliche Ausgaben 3500 Mk., für anderweitige Spareinlagen 6285 Mk.

² Zum Viehankauf.

³ Zum Ankauf von Maschinen und dergl.

⁴ Zur Anschaffung einer Maschine.

Weniger günstig wird in den Kreisen der ländlichen Spar- und Darlehnskassen die Abhebung größerer Spareinlagenbeträge, um sie anderen Anlagestellen zuzuführen, beurteilt werden. Derartige Erscheinungen sind öfters beobachtet worden, namentlich zwecks Anlage von größeren ersparten Beträgen in zumeist höher verzinslichen Hypotheken. Wahrnehmungen dieser Art teilen z. B. die Kassen Rehhof, Karrstädt, Cöthen, Genin, Carzig, Sternin, Remkersleben u. a. mit. Ob es möglich und zweckmäßig ist, einen solchen Abfluß durch Erhöhung der Zinssätze zu verhüten, kann hier unerörtert bleiben. In zahlreichen Fällen treten Abhebungen ein infolge Wegzuges der Sparer, da einmal die Sparer die unmittelbare Verfügung über ihre Ersparnisse bei einer Sparstelle ihres neuen Wohnortes vorziehen, zum anderen der Umzug auch vielfach mit nicht unerheblichen Kosten verknüpft ist. Indessen fehlt es nicht an entgegengesetzten Beispielen, wonach Sparer die Einlagen nicht nur bei der Kasse ihrer Heimat belassen, sondern ihr auch weiterhin Einlagen überweisen. Abhebungen zu konsumtiven Zwecken, zur Bestreitung des persönlichen und Haushaltsbedarfes werden nur vereinzelt erwähnt. Es würde hieraus der Schluß auf recht günstige, geordnete wirtschaftliche Verhältnisse der Sparer zu ziehen sein, indes wird man nicht verkennen dürfen, daß im ganzen die Berichterstattung der Kassen zu summarisch gehalten, um solche Schlußfolgerungen widerspruchslös zu rechtfertigen. Sowohl die Höhe der jährlichen Abhebungen, wie die durch Monographien festgestellte Stückelung der Abhebungen in kleinere Posten machen es wahrscheinlich, daß doch auch nicht selten Abhebungen zu persönlichen, Haushalts- und Wirtschaftsbedarfszwecken erfolgen. Der Umfang der Abhebungen sei durch die für ca. 4200 Spar- und Darlehnskassen des Neuwieder Generalverbandes vorliegenden Ziffern veranschaulicht. Es betragen die Ein- und Rückzahlungen von Sparkassengeldern:

Im Jahre	Einzahlungen	Rückzahlungen	Bestand am Jahreschluß
	Mf.	Mf.	Mf.
1908	167 297 965	115 188 474	452 081 985
1909	177 093 454	125 797 747	498 378 720
1910	183 996 620	137 475 649	538 125 111

Ein anschaulicheres Bild, als diese allgemeinen Ziffern, geben die von Dr. Poppelreuter für eine Reihe ländlicher Kassen des Kreises Bonn mitgeteilten Zahlen¹. Es betragen:

¹ M. a. D. S. 55 ff.

	Die Gesamteinzahlungen von Spargelbern		Die Gesamtabhebungen von Spargelbern	
	Potenzahl	Betrag	Potenzahl	Betrag
Überhaupt	1089	M. 425 275	855	M. 266 374
Hiervon bei:				
kleinen Beamten	62	11 371	29	7 350
Dienstboten	102	9 386	39	4 526
Arbeitern	231	27 791	163	18 795
Handwerkern, Gewerbetreibenden	135	51 200	83	33 437
Rentnern	61	42 667	72	29 858
ländlichen Tagelöhnern	52	6 841	35	4 505
Ärtern	446	216 019	434	167 903

Die Rückzahlungen erreichen bei allen Sparergruppen eine erhebliche Höhe, relativ am geringsten sind sie bei den Dienstboten mit 48,2 %, am höchsten bei den Ärtern mit 77,7 % der Einzahlungen. Während die Spareinlagen der Dienstboten überwiegend den Charakter wirklicher „Ersparnisse“ zeigen, tritt bei den übrigen Berufskreisen, namentlich aber bei den Landwirten der Depositencharakter der Spareinlagen stark hervor. Wie Dr. Poppelreuter ziffernmäßig nachweist, sind neben größeren Abhebungen zu produktiven landwirtschaftlichen Zwecken, auch kleinere Abhebungen zu persönlichen, zu Haushalts- und Wirtschaftsbedarfszwecken nicht selten, namentlich bei den Kleingütlern. Indes überwiegt doch nach den Feststellungen des genannten Autors die Verwendung zu produktiven Zwecken, namentlich zum Landkauf¹. So erreicht auch hier das Sparen seinen eigentlichen Zweck, das zukünftige wirtschaftliche Wohl und das soziale Emporsteigen des Sparenden zu fördern.

IV.

Wirtschaftliche, soziale, sittliche Rückwirkungen der Spartätigkeit auf dem Lande.

Die vorangegangenen Ausführungen ließen erkennen, daß im allgemeinen bei der Landbevölkerung ein starker Sparfönn, ein beharrliches Streben durch Sparsamkeit wirtschaftlich und sozial emporzusteigen, ausgeprägt ist. Fern von den so zahlreichen Gelegenheiten zu überflüssigen oder entbehrlichen Geldausgaben, wie sie das Stadtleben in reichster Fülle

¹ U. a. D. S. 90 werden eine Reihe von ziffernmäßigen Beispielen der Abhebung von 2000, 1500, 600 M. usw. zum Zweck des Landankaufs angeführt. In einem Falle sogar 31000 M., welche Summe allerdings aus Erbschaft stammte.

bietet, ist der Landbevölkerung die alte, gesunde Lebensweisheit erhalten geblieben, daß nur eine planmäßige, unausgesetzte Spartätigkeit das Ererbte zu wahren, das Erworbene zu mehren und damit wirtschaftliches und soziales Vorwärtskommen zu sichern vermag. Die grabuelle Entwicklung des Sparsinns ist in den einzelnen Bezirken, sowie bei den einzelnen Schichten der Landbevölkerung eine unterschiedliche. Am stärksten tritt sie in Erscheinung bei den Kreisen der landwirtschaftlichen Dienstboten, landwirtschaftlicher, industrieller Arbeiter, kleinbäuerlicher Landwirte. Aber auch wirtschaftlich günstiger gestellte Kreise — Mittel-Großbauern, Gewerbetreibende, Beamte — werden vom Sparsamkeitssinn ihrer Umgebung in bemerkenswerter Weise beeinflusst. Wie eine solche umfassende, ausdauernde Spartätigkeit zur Hebung der wirtschaftlichen, sozialen, sittlichen Verhältnisse auf dem Lande wirksam beiträgt, dafür erbringen die Berichte der Spar- und Darlehnskassen zahlreiche Belege. Eine Reihe besonders bemerkenswerter Äußerungen aus den verschiedenen Gebieten mögen das veranschaulichen. Um diesen mitten aus der Praxis stammenden Mitteilungen nichts von dem Reiz der Ursprünglichkeit, von der Anschaulichkeit unmittelbarer Beobachtung zu nehmen, seien sie im Wortlaut wiedergegeben.

Die Spar- und Darlehnskasse Rehlfeld (Ostpreußen) betont, daß „die Bequemlichkeit, welche den Sparern geboten ist, hier gleich am Orte einzahlen zu können, der Wetteifer unter Dienstmädchen und Kindern, den andern nicht zurückzustehen, den Sparsinn anregt. Ist erst ein kleines Kapital angesammelt, dem die Zinsen am Jahreschlusse zugeschrieben werden, dann wird mit Freude weiter gespart. Bei etwaiger Verheiratung ist dann so viel angesammelt, daß die nötigsten Wirtschaftseinrichtungen angeschafft werden können. Man kann auch beobachten, daß die Sparer nicht so ein müßiges leichtsinniges Leben führen. Die landwirtschaftlichen Arbeiter, welche einige hundert Mark gespart haben, kaufen sich dann ein Häuschen mit etwas Land oder Garten, und zahlen die Spargelder ein, wogegen wir erforderlichenfalls den tüchtigen Leuten mit Personal-, sowie auch mit Realkredit zur Seite stehen, und kommen die Leute dann durch allmähliche Entschuldung in ganz gute Verhältnisse.“

Die Spar- und Darlehnskasse Aglonen (Ostpreußen) stellt eine erfreuliche Belebung des Sparsinns und zwar in erster Linie bei den jungen Leuten — Besitzer- bzw. Rätnerjöhnen und Töchtern fest. „Dieselben zeigen meist einen großen Sparsinn, und im Laufe der Jahre bringen es sehr viele zu einem recht ansehnlichen Guthaben. Bei der Verheiratung (bzw. Selbständigmachung) werden die Einlagen in der Regel abgehoben. In den Generalversammlungen werden die Genossen stets ermahnt, ihre

Dienstboten und Kinder zum Sparen anzuhalten, und die Worte scheinen nicht vergeblich zu sein.“

Im Bezirk der Kasse Schildberg (Posen) führen namentlich „die sparenden landwirtschaftlichen und industriellen Sachseingänger ein genügsames und farges Leben, um allmählich der Hoffnung auf Selbständigmachung durch Ankauf eines Stück Landes und Bau eines eigenen Häuschens näherzukommen“.

Die Spar- und Darlehnskasse Carzig (Brandenburg) stellt die allgemeine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und eine Belebung des Gemeinns in der Gemeinde fest: „Durch die Einrichtung der Kasse 1895 war die Möglichkeit gegeben, schon 1899 eine Genossenschaftsmolkerei zu schaffen. Bei Wirtschaftsverkäufen und Aufteilungen wird meistens die Spar- und Darlehnskasse benutzt, sei es durch Einzahlungen der erhaltenen Kaufgelder oder Entnahme ersparter Kapitalien zur Auszahlung. Das Streben, Eigentum zu erwerben und sich unabhängig zu machen, nimmt zu. Der Einfluß wucherischer Geldmänner und Händler ist ganz bedeutend zurückgegangen. Der Sparsinn ist stetig gewachsen, besonders bei den kleinen Leuten und unter den Kindern. Die Lebenshaltung ist in allen Schichten eine bessere geworden. Der Gemeinnsinn und die Wohlfahrtspflege haben sehr an Boden gewonnen. Die Gemeinde ist opferwilliger geworden für gemeinnützige Anstalten, z. B. für die Schule. Ein Vorwärts- und Aufwärtstreben ist überall zu erkennen.“

Der Spar- und Darlehnskassenverein Emsbüren in Hannover verweist auf das Entstehen zahlreicher Neubauten und die Urbarmachung von Ödland: „In den letzten Jahren sind hier viele Neubauereien entstanden (im vorigen Jahre etwa 20) teils von hiesigen Anfängern, teils von früheren Feuerleuten, alle diese waren fleißige Spareinleger und imstande den größten Teil der Kosten selbst zu bestreiten; das Fehlende wurde diesen von der hiesigen Kasse bewilligt. Überhaupt ist, was Urbarmachung von Ländereien anbetrifft, in den letzten Jahren sehr viel geleistet worden. Ein Dampfpflug war kurz nacheinander schon dreimal hier tätig. Die Sparsamkeit nimmt namentlich auch bei der jüngeren Generation erfreulich zu. Mancher legt dadurch die Grundlage zu seiner späteren Selbständigkeit. Im allgemeinen hat sich der Wohlstand namentlich bei der Landbevölkerung bedeutend gehoben.“

Die Spar- und Darlehnskasse Drolshagen in Westfalen verzeichnet eine allgemeine Hebung der wirtschaftlichen und sittlichen Verhältnisse der Gemeinde: „Bis zur Gründung der Kasse im Jahre 1874 war die Land-

bevölkerung sehr stark verschuldet und befand sich in der Gewalt von Wucherern, die unerhört hohe Zinsbeträge und =Leistungen für gewährte Darlehen aus den Schuldnern herauspreßten. Nach Gründung des Vereins, der unter mäßigen Zinsen Darlehen an würdige Amtseingeseffene bewilligte, hat sich der allgemeine Wohlstand gehoben. Sodann sind die sozialen und sittlichen Verhältnisse bedeutend bessere geworden, indem die Trunksucht durch angeregten Sparsinn eingedämmt und dadurch auch teilweise andere Laster wie Diebstahl, Unfittlichkeit usw. auf ein Minimum herabgedrückt wurden.“

Der Spar- und Darlehnskassenverein Buer in Westfalen schildert, wie dank der Tätigkeit der Kasse die dortigen Bergleute aus schlechten Wirtschaftern zu fleißigen Sparern erzogen worden: „In unserem Bezirke kann man sehr oft beobachten, daß die Bewohner, solange sie das Sparen nicht kennen, mit allerlei Widerwärtigkeiten zu tun haben. Der Vater, die Söhne, nicht selten die ganze Familie scheint danach zu streben, möglichst schon am Lohnntag, oder doch in den ersten paar Tagen nach letzterem den ganzen Verdienst verbraucht zu haben. Und so ist es eine unaussbleibliche Folge, daß Schulden bei dem Kolonialwarenhändler, Bäcker, Metzger usw. gemacht werden. Trunksucht, Zank und Streit sind weitere Begleiterscheinungen von der wenig haushalterischen Gepflogenheit solcher Familien. Für einige Zeit sehen die Gläubiger geduldig zu, dann aber gehen sie gegen den Schuldner vor, auch wohl gerichtlich, jedoch meistens erfolglos. Wird dem Schuldner das Drängen der Gläubiger auf die Dauer zu lästig, so greifen die ersteren zu dem Mittel des Fortzuges aus der Gemeinde. Ganz anders aber sieht es aus in den Familien, in welchen man Sparen kennt. Hier sind Fälle bekannt, in denen bei einer geringen Einnahme immerhin einige Mark zur Kasse gebracht werden. Vor dem Schuldenmachen hüten sich solche Leute ängstlich. Die ganze Familie lebt in Frieden miteinander. Sind die Kinder herangewachsen und helfen verdienen, so zeigen sie bald, daß auch sie gelernt haben zu sparen. Um nun gerade diejenigen Leute zur Sparsamkeit heranzuziehen, die am wenigsten Neigung dazu haben und auch Kindern Gelegenheit zu geben, aller kleinste Beträge zurückzulegen, hat der Vereinsvorstand die Heimsparkassen eingeführt. Da diese Büchsen auf die Jugend sowohl, als auch auf die Erwachsenen den Reiz der Neuheit ausüben, so hat mancher infolge dieser Einrichtung den Anfang zum Sparen gefunden, und ist alsdann der Sparbetrieb bei ihm erhalten geblieben.“

Ähnliche Mitteilungen über die erzieherische Wirkung namentlich auf die Industriearbeiter erstatten einige rheinische Kassen. Nach den Ausführungen der Spar- und Darlehnskasse Kinzenbach wird dadurch, „daß die Spargelegenheit jetzt im Dorfe ist, von der

Arbeiterbevölkerung mehr gespart, besonders da es in kleinen Beträgen angelegt werden kann und so der Gelegenheit, unnötig wieder ausgegeben zu werden, baldigst entzogen wird. Unseren Bauersleuten braucht man ja durchschnittlich das Sparen nicht zu lehren. Doch bleiben jetzt viel weniger wie früher eingenommene Geldbeträge vom Viehverkauf und dgl. kürzere oder längere Zeit ohne Nutzen still im Kasten liegen, sondern werden durch den „laufenden Rechnungsverkehr“ bald wieder dem Verkehr zugeführt. Durch die günstige Gelegenheit, durch den Sparkartenverkauf kleinere Beträge ohne jede Bemühung zu Hause anlegen zu können, werden alljährlich rund 5000 Mk., namentlich von Arbeitern gespart, die zum größten Teil sonst überhaupt nicht gespart worden wären. So sparen auf leichte Weise Kinder Beträge für ihre Konfirmation, junge Arbeiter für ihre Militärdienstzeit, Arbeiter und Arbeiterinnen für ihre Verheiratung und Gründung des Hausstandes, auch ältere Arbeiter ihre Zinsen für aufgenommene Darlehen usw. oder auch für die Winterjchlachtung oder für einen Notpfennig im Alter. Mancher hat es uns gegenüber schon offen ausgesprochen, daß er ohne diese Gelegenheit nichts gespart haben würde, sondern daß diese kleinen wöchentlichen Beträge sonst unbemerkt mit ausgegeben wären.“

Ähnlich berichtet eine andere rheinische Kasse, Dieringhausen: „Der Sparfynn war bis 1895 bei Gründung unserer Kasse wenig entwickelt, da die Sparkassen zu weit ab und die Wegeverbindungen ungünstig waren. Die Lust zum Sparen wächst von Jahr zu Jahr in sehr erfreulicher Weise, besonders in den Kreisen der industriellen Bevölkerung unseres Sparbezirktes. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in den 16 Jahren wesentlich gebessert. Durch fleißiges Sparen ist mancher Arbeiter dazu gekommen, soviel zurückzulegen, daß er sich ein schuldenfreies Haus mit Garten erwerben konnte. Der Verbrauch an alkoholhaltigen Getränken ist in hiesiger Gegend merktlich zurückgegangen. Die Lebenshaltung ist durchweg solider, auch die sittlichen Verhältnisse sind bessere geworden.“

Die Kasse H und e l s h a u s e n (Cassel) betont die Belebung des Sparfinnes und ihren Erfolg, der sich in der Erwerbung von Haus und Land bekundet. Dabei wird besonders auf die sittlichen und gesundheitlichen Rückwirkungen der verbesserten Wohnungsverhältnisse hingewiesen. „Die Wohnungsnot war früher hier sehr groß. Die Folge davon war, daß in sittlicher Hinsicht ein schlechter Einfluß ausgeübt wurde. Jetzt haben die Leute nun große, luftige Wohnräume. Es sind nun nicht mehr so viele Menschen in einem Raume zusammengepfercht. Das übt auf die sittlichen Zustände einen wohlthuenden Einfluß aus. Ferner ist es auch in

gesundheitlicher Hinsicht von großem Vorteil. Die Leute sind durch ihre ersparten Groschen wirtschaftlich viel besser gestellt. Wollen sie sich ein Stück Vieh kaufen, so haben sie Geld auf Lager. Sie sind also vom Handelsmann nicht mehr abhängig.“

Die Spar- und Darlehnskasse Edelhausen (Wiesbaden) berichtet: „Durch größere Darlehen gegen Sicherheitshypotheken hat es unsere Kasse einer großen Anzahl von Arbeitern ermöglicht, ein eigenes Haus zu bauen und die Tilgung der Schulden in monatlichen oder mehrwöchentlichen Beträgen zu bewirken. Es leuchtet ein, daß diese Einrichtung ebensosehr zur Weckung des Sparsinns wie zur Erleichterung der Schuldentilgung dient. Einer unserer Schuldner bekam so in 10 Jahren sein Haus schuldenfrei und konnte dabei noch den Kredit zum Ankauf eines Ackers benutzen. Andere, die ein altes baufälliges und für die gewachsene Familie durchaus unzureichendes Haus niederreißen und durch einen kostspieligen Neubau ersetzen mußten, bekennen dankbar, daß dies ohne Hilfe unserer Genossenschaft nicht möglich gewesen sei. Auch hier tritt die wirtschaftliche, sittliche und soziale Bedeutung unserer Arbeit einleuchtend zutage.“

Besonders bemerkenswert und eingehend sind die Mitteilungen aus der bayerischen Rheinpfalz. Der Spar- und Darlehnskassenverein Dannstadt teilt eine Reihe typischer Beispiele erfolgreichen Sparens mit: „Seit meiner beinahe 18jährigen Tätigkeit als Sparkassenrechner bin ich mit allerhand Sparern zusammengelernt. Im allgemeinen darf ich wohl behaupten, daß die gänzlich Besitzlosen am schwersten zum Sparen zu bringen sind. Sie begnügen sich mit der Lazzaronimoral: Wir bringen doch kein Schiff aufs Meer oder wir werden doch keine Millionäre, und damit schlagen sie alle Arten Ermahnungen in den Wind. Wenn ich die Spareinleger — Erwachsene sowohl als Kinder — mir näher ansehe, so kann ich die Wahrnehmung machen, daß sie aus Kreisen stammen, die neben Fleiß an Einfachheit und Sparsamkeit von Haus aus gewöhnt sind. Ein typisches Beispiel unter vielen: Eine arme Witwe mit zwei kleinen Mädchen sieht sich ihres Ernährers beraubt und muß nun ihr Dasein als Wäscherin fristen und nebenbei auch noch als Näherin etwas verdienen. Im Jahre 1896 machte sie ihre erste Einzahlung von 480,— Mk., welche Summe sie sich nach und nach erspart und zu Hause verwahrt hatte. Alle Jahre brachte sie nun 200—300 Mk. in kleineren Teilzahlungen, die Zinsen wurden regelmäßig beigeschrieben, Abhebungen erfolgten nicht, so daß dieselbe Ende 1910 über ein Kapital von 4319,16 Mk. verfügen konnte. Ihre beiden Töchter brachten im Jahre 1901 ihre ersten Ersparnisse, die eine 100,— Mk.,

die andere 90,— Mk. Auch diese beiden Kontis wurden durch regelmäßige jährliche Ersparnisse, sowie Beischreibung der jährlichen Zinsen auf rund 1800 Mk. bzw. 1600 Mk. Ende 1910 gebracht. Zum Beweise meiner Behauptungen möchte ich nun auch die Sparverhältnisse der Großeltern anführen. Selbige haben im Jahre 1895 ihre ersten Ersparnisse von 300 Mk. gebracht. Im Jahre 1902 konnten sie einem Sohne 600 Mk. Heiratsgut mitgeben und beim Tode des Großvaters verblieben der überlebenden Witwe noch rund 600 Mk. für Altersversorgung. Ähnliche Beispiele haben wir bei unserer Kasse noch etliche zwanzig zu verzeichnen. Es fehlt aber auch nicht die Rehrseite der Mebaille. Wir haben größere Vermögen von 40, 60 und 80 000 Mk. im Laufe unserer Amtszeit zerrinnen gesehen.“

Der Spar- und Darlehnskassenverein Herrheim „übte auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirkes den größten Einfluß aus. Durch die Erleichterung der Abzahlung auf Schuld (von 1,— Mk. an) auf Zinsen und Kapital wurde es ermöglicht, daß auch der Ärmste von Schuld frei werden kann. Vielen wurde es möglich, durch Ansammeln geringer Beträge ein ansehnliches Sümchen zur Erwerbung eines eigenen Heims auf eigenem Boden oder zur Erwerbung eines Stück „Gutes“ zusammenzubringen. Durch die Übernahme von Zessionen, Kauffchillingen und Güterzielen kamen die Leute aus den Händen derer, welche nebst dem Nachlaß (Provision) höhere Zinsen forderten (6 % und 7 %). Unsere Mitglieder bekennen offen, daß sie ihre gehobene Lage zum großen Teil — nebst deren außergewöhnlichem Fleiß — der Mithilfe unseres Vereins verdanken. Die Verhältnisse unserer Fabrikbevölkerung haben sich bedeutend gehoben. Junge Mädchen ersparten sich bis zu ihrer Verheiratung mitunter bis zu 3000 Mk. Unternehmende Fabrikarbeiter errichten gutgehende kleine Zigarrenfabrikbetriebe einer mit 8—12, ja sogar einer mit 40 Arbeitern. Bauern, die früher zwei oder drei Familien zusammenwohnten, wurde durch Gewährung von Darlehen ermöglicht, sich selbst ein Anwesen zu erwerben oder zu erbauen. Vor zehn Jahren zählte unsere Ortschaft 700 Häuser, jetzt etwa 830. Diese, sowohl in landwirtschaftlicher als industrieller Beziehung, sehr rege Tätigkeit war nicht ohne Einfluß auf die soziale Hebung der ganzen Bevölkerung. Die Ernährungsweise, Kleidung, Wohnungsverhältnisse wurden bedeutend verbessert und verfeinert, gestaltete sich mitunter luxuriös. Die sittlichen Verhältnisse, besonders durch bessere Wohnungsverhältnisse sind unverkennbar besser geworden. Die Leute fühlen heute durch ihren Verein ihre finanzielle Unabhängigkeit von anderen.“

Der Spar- und Darlehnskassenverein Mutterstadt schildert das Emporsteigen der Industriebevölkerung: „Junge Leute, Söhne von Arbeitern oder von Kleinbauern, die in der Industrie beschäftigt sind und welche sich nicht zu frühe, erst mit 26 oder 27 Jahren verheiraten, ersparen sich bis dahin meistens 2000—2500 Mk. Diese Summe findet dann zum Ankauf eines Wohnhauses oder zur Errichtung eines Neubaus Verwendung. Solche Arbeiter erbauen Wohnungen, die 5000—6000 Mk. kosten; den benötigten Rest empfangen sie von unserer Kasse gegen Kredit und Bürgschaft oder auf Kredithypothek. Kräftige Impulse zum Sparen empfangen Arbeiter in den Anfangsjahren der Ehe dadurch, daß sie den Mut haben, Schulden zu machen, insofern sie ein Grundstück oder ein eigenes Haus erwerben. Ihre Ersparnisse werden alsdann zu Zins- und Terminszahlungen verwendet. Es sind uns Fälle bekannt, wo der Spareifer den jungen Ehemann veranlaßt, kein Wirtshaus zu besuchen.“ Ähnliche Äußerungen begegnen seitens der Spar- und Darlehnskassen in Hessen. Michelstadt stellt fest, daß durch die Spar- und Darlehnskasse eine Menge kleiner Leute aus den Händen der Wucherer gerettet seien. „Die Leute bekennen offen, daß sie sich glücklich preisen, endlich einmal durch wöchentliches Sparen in den Stand gesetzt worden zu sein, die sogenannten Halsabschneider abzütteln zu können.“

Die Kasse Seligenstadt berichtet: „Wenn in Seligenstadt jährlich etwa 15 neue Wohnhäuser gebaut werden, so steht es fest, daß für 12 davon das Kapital in unserer Kasse angesammelt wurde. In den meisten Fällen sind es Arbeiter, die von ihrem Wochenlohn allsonntäglich einige Mark auflegen und so den Grundstock zum Arbeiterwohnhaus im Werte von ca. 5000 Mk. sammeln. Die Kasse gewährt oft auch die Hypotheken und zwecks Aufbringung der nötigen Hypothekzinsen werden wieder Sparkarten gesammelt. Weiter gewährt die Kasse Darlehen auf Schuldscheine und entreißt so die in Not geratenen Mitglieder und Einwohner aus den Händen von Wucherern. Leicht und sicher wirkt dann wieder der Sparkartenverkauf, der nicht genug empfohlen werden kann.“

Die Kasse Weisenu macht namentlich über die Förderung des Hausbaues nähere ziffernmäßige Angaben: Sie bemerkt, daß durch das wöchentliche Abholen von Spareinlagen „das Zusammenbringen von Geldern für Miete, Winterkartoffeln, Kohlen, Konfirmationsanschaffungen, Ausstattungen, Ackerfeld, Bauplätze und Arbeiterwohnhäuser erleichtert wird. Bei Anschaffung eines eigenen Heims konnte unsere Kasse schon manchem Arbeiter, der ihr als guter Sparer bekannt war, durch Übernahme von Rauffchillingsgeldern unter die Arme greifen.

Wir lassen hierzu ein paar Beispiele folgen. Erworben wurden die Häuser in den Jahren von 1902 bis 1910 mit einer Anzahlung von 1000—3000 Mk.

Die Aufstellung gibt an den Beruf des Eigentümers, Anschaffungswert, erste Hypothek, Anzahlung, Rauffschilling und den Restbetrag des Rauffschillings am 1. Oktober 1911.

Name und Beruf	Kaufpreis	Anzahlung	I. Hypothek	Rauffschilling	Rest des Rauffschillings am 1. Okt. 1911
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
J. D., Küfer	12 000	1000	8000	3000	2000
P. K., Maurerpolier . . .	9 000	1000	5500	2500	1000
E. K., Schreiner	3 500	—	—	3500	2600
J. D., Bahnwärter . . .	8 000	1000	4500	2500	1500
M. K., Vorarbeiter . . .	8 000	1000	4500	2500	—
J. B., Tagelöhner . . .	8 000	1000	4500	2500	1500
G. P., Vorarbeiter . . .	8 000	1000	4500	2500	—
S. B., Former	5 500	—	—	5500	5000
P. K., Maurer	12 000	3800	7000	1200	600
F. E., Aufseher	12 700	1500	8500	2700	700
K. G., Aufseher	12 000	1000	8500	2500	1500
T. G., Maurer	8 000	1500	4000	2500	1600
D. S., Zigarrenmacher . .	11 000	1300	8000	1700	1300
M. E., Buchhalter . . .	12 500	1000	8500	3000	500
Summe	—	—	—	38 100	19 800

Die Rauffschillinge sind mithin schon fast zur Hälfte getilgt. Auch bei den von uns gewährten I. und II. Hypotheken zeigt sich, indem wir Rückzahlungen schon von 10,— Mk. an entgegennehmen, eine starke Tilgung. Manchem Arbeiter gelingt es mit der Zeit, sich auf diese Weise ein schuldenfreies Anwesen zu schaffen.“

V.

Kritik der Ergebnisse.

Die vorstehenden Ausführungen vermögen, wenigstens von der Größe der Ersparnisse aus dem regelmäßigen Jahreseinkommen, eine gewisse Vorstellung zu vermitteln. Es ist aus ihnen zu entnehmen, daß weite Kreise der Landbevölkerung oft eine erstaunliche, man darf sagen, geradezu bewunderungswürdige Spartätigkeit entwickeln. Von einem meist nur bescheidenen Einkommen werden vielfach 10—15 %, nicht selten 20—30 %, bisweilen 50 % und mehr erübrigt. Daß diese Angaben nicht ohne Einschränkung verallgemeinert werden dürfen, daß aus den schwankenden An-

gaben der Klassen keine bestimmten Durchschnittsziffern gezogen werden können, ist wiederholt betont worden. Immerhin wird sich die Frage aufwerfen, inwieweit die Mitteilungen der Klassen mit anderen Beobachtungen und Feststellungen in Einklang zu bringen sind. An einwandfreien Zeugnissen über das Verhältnis der Ersparnisse zum Einkommen fehlt es nun allerdings fast gänzlich. Wie schwierig fast unmöglich zuverlässige allgemeine statistische Feststellungen sind, war schon einleitend bemerkt, aber auch monographische Untersuchungen über diese Frage sind in ihren Ergebnissen zweifelhaft. Das gilt auch von der umfassendsten und sorgfältigsten Arbeit auf diesem Gebiete der vom Kaiserlichen Statistischen Amt im Jahre 1909 herausgegebenen „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reich.“ In dieser mit weitgehendster Sorgfalt durchgeführten Erhebung, welche sich auf eingehende Jahreshaushaltsrechnungen von 826 Familien erstreckt, finden sich unter den Ausgabeposten auch Angaben über die gemachten Ersparnisse. Danach betrugen die Ersparnisse durchschnittlich bei 826 Haushaltungen mit 2192 Mk. Durchschnittseinkommen: 25,68 Mk. und zwar betrugen die durchschnittlichen Ersparnisse:

bei 522 Arbeitern	mit 1835 Mk. Durchschn.-Eink.: 17,57 Mk.
„ 36 Privatangestellten	„ 2442 „ „ 71,10 „
„ 79 Lehrern	„ 3294 „ „ 33,48 „
„ 139 mittl. Beamten	„ 2862 „ „ 44,62 „
„ 67 Unterbeamten	„ 2084 „ „ 17,94 „

Im Durchschnitt der 826 Familien beziffern sich die Ersparnisse auf etwa 1,2 % des Einkommens, sie steigen selbst bei der stärksten Sparergruppe, den 36 Privatangestellten, auf noch nicht ganz 3 %. Im Verhältnis zum Einkommen bemessen sich die Ersparnisse bei einem Einkommen:

bis zu	2000 Mk. auf 11,58 Mk. = 0,7 %
von 2000—3000	„ „ 28,91 „ = 1,2 %
über	3000 „ „ 60,79 „ = 1,6 %

Wie die Erhebung indes mehrfach ausdrücklich betont, sind die Angaben über die Höhe der Ersparnisse unvollständig und daher zu niedrig. Einmal ist aus mannigfachen psychologischen und sonstigen Gründen das Einkommen, insbesondere der Bezug von Nebeneinkünften zu gering angegeben, so daß sich bei zahlreichen Haushaltungen Fehlbeträge bzw. nur geringfügige Überschüsse ergeben¹. Im weiteren zeigt sich auch hier

¹ Eb a. S. 18.

jene naheliegende Scheu, den Umfang der Ersparnisse bekanntzugeben. Aus all diesen Gründen bleiben die Angaben der Erhebung sehr weit hinter der Wirklichkeit zurück. Die Berechtigung dieses Schlusses ergibt sich aus folgender Überlegung. Nach ungefähren Schätzungen beträgt das gesamte Einkommen der Personen mit weniger als 3000 Mk. etwa 22 Milliarden Mk.¹, so daß sich nach den Durchschnittsziffern der Erhebung die jährlichen Ersparnisse dieser Volksschichten auf nur etwa 240 Millionen Mk. beziffern würden. Angesichts der Tatsache, daß im Jahre 1910 allein die Ersparnisse bei den öffentlichen und privaten Sparkassen um jährlich 1107 Millionen Mk. und bei den Kreditgenossenschaften um 350 Millionen Mk., in Summa 1457 Millionen Mk., wuchsen, und von diesen 1457 Millionen Mk. Ersparnisse zweifelsohne ein sehr großer, ja der größte Teil auf Spareinleger mit weniger als 3000 Mk. Einkommen entfällt, ist der Anteil der Ersparnisse mit nur 1,2 % vom Einkommen ganz sicher mehrfach unterschätzt. So bietet also die erwähnte Erhebung keinerlei Anhaltspunkte, um das Verhältnis zwischen Einkommen und Ersparnissen abzuschätzen. Man bleibt daher auf jene allerdings unsicheren allgemeinen Schätzungen angewiesen, deren Ergebnisse indes in diesem Falle zutreffender sind als anscheinend genaue Einzelerhebungen. Versuche, den Umfang der jährlichen Ersparnisse bzw. den jährlichen Zuwachs des Volksvermögens festzustellen, sind verschiedentlich unternommen worden. Schon für das Jahr 1886 hat Becker die jährliche Vermehrung des Volksvermögens in Deutschland durch reale Ersparnisse auf rund 2,5 Milliarden geschätzt². Schmoller erscheint diese Schätzung zu niedrig, er erhöht sie auf $1\frac{1}{2}$ —2 % des von ihm auf rund 200 Milliarden berechneten Volksvermögens d. h. auf 3—4 Milliarden Mk. Heiligenstadt weist darauf hin, daß in den drei Jahren 1902—1905 nach der Preussischen Steuerstatistik das Vermögen der Zensiten mit mehr als 3000 Mk. Einkommen durchschnittlich um jährlich 1854 Millionen gestiegen sei. Er schätzt daher den jährlichen Vermögenszuwachs für Preußen auf $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mk., für ganz Deutschland auf rund

¹ Reichstagsdrucksachen 1907/1909, Nr. 1043, S. 112. Hier wird für Preußen das steuerpflichtige Einkommen in den Steuerstufen von 900—3000 Mk. auf 6591 Millionen Mk. für 1907 angegeben, das steuerfreie Einkommen unter 900 Mk. auf 6243 Millionen Mk. geschätzt. Es ergibt sich hiernach für die Einkommen bis zu 3000 Mk. ein Gesamtbetrag von 12834 Millionen Mk. für Preußen bzw. von 21,3 Milliarden Mk. für das Deutsche Reich. Da seit dieser Schätzung einige Jahre verflossen sind, wird die oben angenommene Ziffer von 22 Milliarden Mk. für die Gegenwart nicht zu hoch gegriffen sein.

² Schmollers Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Teil II, S. 184.

$3\frac{3}{4}$ Milliarden Mk.¹. Andere Schätzungen gehen auf 4—5 Milliarden Mk. hinauf. Rechnet man für die Gegenwart mit letzteren Ziffern, dann erscheint im Vergleich zum Volkseinkommen der jährliche Vermögenszuwachs recht erheblich, er beziffert sich auf 11,5—16,6 Prozent des auf 30—35 Milliarden berechneten Volkseinkommens.

Es ist dies eine Ziffer, welche sich den Mitteilungen der ländlichen Spar- und Darlehnskassen über die relative durchschnittliche Höhe der jährlichen Ersparnisse der Landbevölkerung ziemlich nähert. Da es sich jedoch bei den Angaben der Kassen vornehmlich um die Spartätigkeit der minderbemittelten Volksschichten handelt, so ist allerdings ein Vergleich mit dem gesamten Vermögenszuwachs noch nicht beweiskräftig. Den Vermögenszuwachs bei den Einkommen unter 3000 Mk. schätzt Heiligenstadt nun auf rund 1 Milliarde Mk. Für die Gegenwart dürfte indes diese Ziffer zu niedrig sein. Da allein bei den öffentlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften im Jahre 1910 ein Anwachsen der Spareinlagen um etwa 1457 Millionen Mk. festzustellen ist, so wird man den jährlichen Vermögenszuwachs für die Zensiten mit weniger als 3000 Mk. Einkommen auf gewiß $1\frac{1}{2}$ Milliarden veranschlagen dürfen. Man geht auch kaum fehl mit der Annahme, daß dieser Vermögenszuwachs zum geringsten Teil aus Wertzuwachs, sondern in der Hauptsache aus Ersparnissen von Einkommen her stammt. Da das Einkommen der Zensiten mit weniger als 3000 Mk. Einkommen sich auf etwa 22 Milliarden berechnet, so beziffern sich danach die Ersparnisse dieser Kreise auf etwa 7 % vom Einkommen. Welche absolute Summe und welcher Prozentsatz dabei auf die Ersparnisse der minderbemittelten Kreise der Landbevölkerung entfällt, das kann mit irgendwelchem Anspruch auf annähernde Sicherheit weder berechnet, noch geschätzt werden. Wohl aber ist die Annahme gerechtfertigt, daß die Quote der Ersparnisse sich relativ höher stellt als in den entsprechenden Schichten der Gesamtbevölkerung. Die billigeren Lebensverhältnisse, die seltenere Gelegenheit zu entbehrlichen oder überflüssigen Gelbtausgaben, der einfachere Zuschnitt des häuslichen und geselligen Lebens eröffnen auf dem Lande die Möglichkeit zu relativ größeren Ersparnissen, als in der Stadt. Diese allgemeinen, wenn auch unsicheren Schätzungen, legen damit den Schluß nahe, daß die Angaben der Kassen, wonach sich häufig die Ersparnisse auf 10—15 % des Einkommens berechnen, sehr wohl eine typische, allgemeine Bedeutung beanspruchen dürfen. Ins-

¹ Heiligenstadt, Der deutsche Geldmarkt. Schmollers Jahrbücher für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. 1907. S. 1546/47.

besondere werden sie vielfach für solche Bezirke zutreffen, wo infolge intensiver Tätigkeit der ländlichen Spar- und Darlehnskassen der Sparsinn nachhaltig entwickelt ist. Wo Nebeneinkünfte namentlich aus eigenem landwirtschaftlichen Betriebe vorhanden sind, da ist es verständlich, daß die Überschüsse auf 20, 30, selbst 50 % des Lohnes oder Gehaltes anwachsen und nicht minder erscheint die sehr umfangreiche Spartätigkeit der Dienstboten wirtschaftlich begründet. Nach alledem darf den Mitteilungen der berichtenden Spar- und Darlehnskassen doch wohl eine allgemeine Bedeutung beigelegt werden, wenn auch aus ihren zahlenmäßigen Feststellungen keine genauen Durchschnittsziffern gezogen werden können.

Zugleich bekunden die Ziffern, welche außerordentlich hohe Bedeutung für die Erweckung und die Pflege des Sparsinns unter der Landbevölkerung den ländlichen Kreditgenossenschaften beizumessen ist. Widerspruchlos wird man feststellen dürfen, daß diese von der Landbevölkerung selbst geschaffenen und selbst verwalteten Sparanstalten dank ihrer engen räumlichen und persönlichen Berührung mit den Sparern, ihrer bequemen, vorteilhaften Einrichtungen namentlich für das Kleinsparwesen, dank ihrer opferwilligen, von idealen Zielen mitbeherrschten Verwaltung, am umfassendsten und nachhaltigsten das Sparen zu fördern vermögen. Wer in der Förderung des Sparens der minderbemittelten Kreise der Landbevölkerung eine notwendige Voraussetzung ihres wirtschaftlichen und sozialen Emporsteigens, ein Mittel zur Seßhaftmachung der Landbevölkerung, zur Förderung innerer Kolonisation, einen Hebel für die Ausbreitung technischer Fortschritte in der Landwirtschaft erblickt, der wird eine weitere Zunahme und mehr noch innere Erstarkung der vorhandenen 17 000 ländlichen Spar- und Darlehnskassen nur willkommen heißen. Nicht minder lebhaft aber wird er wünschen, daß alle fehlerhaften Maßnahmen oder Unterlassungen, welche das Vertrauen zu den genossenschaftlichen Sparanstalten etwa vermindern könnten, durch das rechtzeitige und nachdrückliche Eingreifen der berufenen Organisationen nach Möglichkeit verhütet werden.

Die Genossenschaften, insbesondere die Kredit=
genossenschaften nach Schulze-Delitzsch
und
das deutsche Volksparwesen.

Don

Dr. Karl Lade,

Gerichtsassessor, früher Sekretär des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe
beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Inhalt.

Allgemeines:	Seite
Genossenschaftswesen und Sparen, Zweck der Untersuchung, Rundfrage, Ergebnis	67
I. Tabellenanlage:	
Gruppierung der Ergebnisse und Erklärung der Tabellenanlage . . .	70
II. Kreditgenossenschaften:	
Geschäftsguthaben (Wesen, Zunahme, Herkunft, Dividende, Verwendung)	72
Spareinlagen und Depositen (Unterschied, Bestand, Zu- und Abnahme, Zinsfuß, Zinspolitik)	75
Die Herkunft der Spar- und Depositengelder (Größenklasse der Konten)	79
Die Verwendung der Guthaben-, Spar- und Depositengelder und der aus ihnen erzielten Gewinne	80
Sicherheit und Liquidität der Kreditgenossenschaften	85
Förderung der Spartätigkeit.	91
III. Konsumgenossenschaften:	
Geschäftsguthaben und Spargelder, Betrag, Herkunft, Verwendung, Reingewinn, Liquidität	93
IV. Baugenossenschaften:	
Geschäftsguthaben und Spargelder, Höhe, Bewegung, Herkunft, Verwendung, Reingewinn, Sicherheit	97
V. Gewerbliche Genossenschaften:	
Geschäftsguthaben und Spargelder bei Rohstoff-, Magazin-, Werk- und Produktivgenossenschaften	103
VI. Schlußwort:	
Gesamtüberblick	106
Tabellen	108

Allgemeines.

Genossenschaftswesen und Sparen! Auf den ersten Blick scheint beides wenig miteinander zu tun zu haben; jedenfalls ist bei keiner Genossenschaftsart, nicht einmal bei den Kreditgenossenschaften, die Pflege des Sparverkehrs Selbstzweck. Das bestimmungsgemäße Betätigungsfeld der Genossenschaften liegt auf ganz anderen Wirtschaftsgebieten (Warenein- und Verkauf, Kreditgewähr, Wohnungsbeschaffung, u. ä.). Trotzdem hat die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse dahin geführt, daß die Genossenschaften eine bedeutsame Stellung in der Reihe der Anstalten einnehmen, welche den Sparverkehr teils um seiner selbst willen, teils aus anderen Gründen pflegen. Schon Schulze-Delitzsch hat immer wieder darauf hingewiesen¹, wie der Zwang zur allmählichen Einzahlung des für die Mitgliedschaftsdauer unkündbaren Geschäftsguthabens auch das ärmste Genossenschaftsmitglied zur Bildung eines eigenen Kapitals führe, und er hat stets betont, daß die aus diesem Zwange sich ergebende Gewöhnung zum Sparen mit ihren wohlthätigen wirtschaftlichen und sittlichen Folgen mit zu den größten Segnungen des Genossenschaftswesens gehöre. Schon die in Form von Geschäftsguthaben bei den Genossenschaften angesammelten Gelder sind also wirtschaftlich als Spareinlagen der Genossen anzusprechen, d. h. als Geld, welches der Einleger zur Kapitalbildung aus seiner Wirtschaft herauszieht und aufammelt, sei es als Rücklage für besondere Fälle oder zwecks Erzielung eines Kapitalgewinnes. Um welche Summen es sich bei den Geschäftsguthaben handelt, zeigt beispielsweise das Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften für 1911, wonach sich der Guthabenbetrag von 952 zur Statistik berichtenden Kreditgenosschaften Ende 1911 allein schon auf 226 Millionen Mark belief. Aber

¹ Vgl. Schulze-Delitzschs Reden und Schriften. Berlin 1909. Bd. I, S. 73, 123, 129, 188, 247.

auch dem eigentlichen Sparverkehre haben sich die Genossenschaften in steigendem Maße zugewandt. Ihr eigenes Vermögen reicht schon lange nicht mehr zur Deckung ihres Anlage- und Betriebsmittelbedarfes aus. So sind die Genossenschaften und zwar nicht nur die Kreditgenossenschaften denn gezwungen, fremde Gelder für ihre Zwecke heranzuziehen. Theils geschieht dies durch Ausgabe von Namensschuldverschreibungen, Hausanteilscheinen oder Aufnahme von Anlehen, ganz besonders aber durch die Pflege des Sparverkehrs. Schon daraus erhellt die Bedeutung der Genossenschaften für das Sparen und die Kapitalbildung des deutschen Volkes. Ihre Beteiligung an der Untersuchung des Vereins für Sozialpolitik über das Volkssparwesen war daher selbstverständlich. Für die Genossenschaften Schulze-Delitzsch'scher Richtung hat sich der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften G. V. dieser Aufgabe unterzogen, dem im Jahre 1912 977 Kreditgenossenschaften, 292 Konsumvereine, 201 Baugenossenschaften und 65 gewerbliche Genossenschaften aus allen Theilen des Deutschen Reiches angehörten. Die später zu besprechenden Untersuchungsergebnisse beziehen sich daher, soweit nicht ausdrücklich anderes angegeben, ausschließlich auf Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes.

Zweck der Untersuchung war, ein Bild von der Bedeutung der Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften in ihrer Gesamtheit für das Volkssparwesen zu gewinnen, nicht aber Einzelverhältnisse darzustellen. Um die hierzu erforderlichen umfangreichen Grundlagen zu gewinnen, wurden vom Allgemeinen Verband an rund 560 Kreditgenossenschaften, 130 Konsumvereine und 150 Baugenossenschaften ausführliche Fragebogen versandt. Die Berücksichtigung der Konsum- und Bauvereine rechtfertigt sich durch den bereits oben dargelegten Umstand, daß auch diese Genossenschaftsarten sowohl durch die Ansammlung von Geschäftsguthaben, wie durch die Annahme von Spargeldern eine nicht zu unterschätzende Rolle im Sparverkehre spielen. Auf den letztgenannten Tätigkeitszweig weist häufig schon die Bezeichnung der Genossenschaften als „Bau- und Sparverein“ oder „Konsum- und Sparverein“ hin, wobei es für den vorliegenden Zweck zunächst gleichgültig ist, ob diese Genossenschaften den Sparverkehr eingeführt haben, um sich die nötigen Anlage- und Betriebsmittel zu beschaffen oder nur, um ihren Mitgliedern eine bequeme Spargelegenheit zu bieten.

Die an die Genossenschaften gerichteten Fragen bezogen sich auf deren Mitgliederzahl am Ende des Geschäftsjahres 1910, auf die Höhe des einzelnen Geschäftsanteiles und der statutarisch auf diesen zu leistenden

Einzahlungen, auf die Zulässigkeit und den tatsächlichen Erwerb mehrerer Geschäftsanteile bei Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht, sowie auf die Gesamthöhe der an den Jahresenden 1900—1910 jeweils eingezahlt gewesenen Geschäftsguthaben. Des weiteren enthielt der Fragebogen für folgende fünf Konten: Spargelder, Depositen, Aufnahme gegen Schuldscheine, Hausanteilscheine und unkündbare Einlagen, gesonderte Spalten, in denen für jedes der Jahre 1900—1910 die Gesamtstückzahl der einzelnen Konten sowie die Anzahl der neueröffneten und erloschenen Konten anzugeben war. Desgleichen wurde nach dem Gesamteinlagebestand auf diesen Konten am 1. Januar 1900 sowie nach der jedesmaligen Zu- bzw. Abnahme dieser Einlagen in den Jahren 1900—1910 gefragt. Die Ausdehnung dieser Erhebungen auf ein ganzes Jahrzehnt versprach wertvolle Vergleichsmöglichkeiten für eine längere zusammenhängende Zeitspanne, und gleichzeitig erlaubt der gewählte Zeitraum, in welchen die beiden letzten größeren deutschen Wirtschaftskrisen der Jahre 1900/01 und 1907/08 fallen, den Einfluß solcher Krisenzeiten auf die Spartätigkeit der Genossenschaften zu untersuchen. Auf die Größenklasse, Anzahl der Ein- und Rückzahlungsposten, Zinsfuß, Verzinsungsart, Zinsengutschrift sowie Gesamtbetrag der Ein- und Rückzahlungen bei jedem der erwähnten Konten bezogen sich weitere Fragen des Bogens. Alle diese letztgenannten Angaben wurden für das Rechnungsjahr 1910 gewünscht. Endlich wurde noch zum Auskunft über den zulässigen Mindest- und Höchstbetrag der Einzahlungen und den Höchstbetrag der Spar- usw. Guthaben sowie über etwaige Maßnahmen zur Förderung der Spartätigkeit gebeten.

Als Ergänzung des durch die Fragebogen zu beschaffenden Materials war das regelmäßig erscheinende Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes¹ gedacht, dessen reicher statistischer Inhalt ebenfalls auf eingehenden jährlichen Erhebungen bei den Verbandsgenossenschaften beruht. Neben dem Jahrbuch erübrigte die Stellung mancher weiteren Fragen, die man vielleicht in dem Fragebogen vermißt, der Umstand, daß in dem Genossenschaftsgesetz insbesondere den Kreditgenossenschaften für ihre geschäftliche Tätigkeit Schranken gezogen sind, welche auch ohne besondere Befragung sichere Rückschlüsse z. B. auf die Verwendung der Spargelder u. ä. zulassen. Die späteren Darlegungen sind daher aus alle den genannten Quellen geschöpft.

Das Ergebnis der Erhebung ist im allgemeinen als recht günstig zu bezeichnen. Allerdings reicht das von den Baugenossenschaften und

¹ Verlag von J. Guttentag-Berlin W., Genthinerstr. 38.

Konsumvereinen eingegangene Material nicht aus, um eine so ins einzelne gehende Darstellung von deren Geschäftsguthaben- und Sparverkehr zu geben, wie sie die Anlage des Fragebogens angestrebt hat. Um allgemeingültige Durchschnittsziffern zu gewinnen, hätte es weit mehr Angaben bedurft. Dennoch wird es möglich sein, wenigstens in großen Zügen die Bedeutung der beiden erwähnten Genossenschaftsarten für das deutsche Sparwesen zu würdigen.

Für die Kreditgenossenschaften hat dagegen die Rundfrage soviel brauchbare Nachweisungen ergeben, daß die Aufstellung umfangreicher Tabellen möglich wurde. Haben doch von 560 befragten Kreditgenossenschaften 427 ausgefüllte Bogen zurückgesandt. Selbstverständlich sind nicht in jedem Bogen alle Fragen beantwortet. Nicht nur die Schwierigkeit für viele Genossenschaften, für zehn zurückliegende Jahre die große Menge der geforderten Einzelziffern festzustellen, ist der Grund für manche Unvollkommenheit, sondern hinzu tritt die Tatsache, daß manche Genossenschaft erst nach 1900 gegründet wurde, für die ersten Jahre also keine Zahlen liefern konnte. Diesem Umstande mußte durch die Anlage der Einzeltabellen Rechnung getragen werden.

I.

Tabellenanlage.

(Seite 108 ff.)

In den Tabellen sind die Ergebnisse der Rundfrage nach politisch-geographischen Gesichtspunkten geordnet, indem die einzelnen Genossenschaften entsprechend ihrer Staatszugehörigkeit zu Gruppen vereinigt worden sind. Für die beiden größten Bundesstaaten, Preußen und Bayern, hat eine weitere Unterteilung nach Verwaltungsbezirken stattgefunden. Dabei mußten allerdings teilweise die Genossenschaften verschiedener Provinzen bzw. Regierungsbezirke zu einer Gruppe zusammengefaßt werden, weil dort die Anzahl der berichtenden Genossenschaften nicht groß genug war, um für einen Verwaltungsbezirk Durchschnittsziffern erhalten zu können. Ähnliche Gründe waren auch für die gemeinsame Behandlung der Thüringischen Staaten und der beiden Mecklenburg maßgebend. Alle diese Zusammenfassungen sind aber ebenfalls nach geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Letztere waren auch bestimmend für die gesonderte Behandlung von Groß-Berlin sowie die weitere Teilung der

Provinz Hessen-Nassau in ihre beiden Regierungsbezirke. Die Beziehung der Ziffern des Regierungsbezirks Wiesbaden, in welchen die Angaben zwei mit der größten deutschen Kreditgenossenschaften (Frankfurt und Wiesbaden) enthalten sind, auf den Regierungsbezirk Cassel hätte ein irreführendes Bild ergeben und wäre auch dem geschichtlichen Werdegang der Provinz nicht gerecht geworden. Nicht enthalten sind in den Tabellen die Kreditgenossenschaften von Württemberg und den Reichslanden, da an diese, weil nicht zum Allgemeinen Verband gehörig, keine Fragebogen versandt wurden.

Um dem am Schlusse der Einleitung erwähnten Umstande gerecht zu werden, daß nicht zu jeder Spalte gleich viel Genossenschaften berichtet haben, ist jeder Tabellenziffer in kleinem Druck die Zahl der Vereine angefügt, auf deren Angaben sie beruht. Wenn also z. B. in Tabelle I bei Baden für das Jahresende 1901 eine Guthabensumme von 8 499 501 Mk. aufgeführt ist, so bedeutet die beigefügte kleine Ziffer 38, daß sich die Gesamtzahl aus den Einzelguthabensummen von 38 badischen Kreditgenossenschaften zusammensetzt. Das gleiche gilt für die übrigen Tabellen. Man hätte allerdings auch einen anderen Weg bei Aufstellung der Tabellen einschlagen können, indem man nur die Genossenschaften berücksichtigt hätte, die sämtliche Fragen der gleichen Tabelle beantwortet haben. Sicherlich wären dann die Einzelziffern viel leichter zu vergleichen gewesen als bei der hier gewählten Art, wo bei Vergleichung der einzelnen Summen stets die Anzahl der berichtenden Genossenschaften mit zu beachten ist. Dem stand aber entgegen, daß das eingegangene Material doch nicht so groß war, um lediglich aus lückenlosen Bogen eine bis auf Provinzen und Regierungsbezirke zurückgehende Statistik aufstellen zu können, es hätten vielmehr dann die Angaben auf einige Gebiete oder auf eine Anzahl einzelner Genossenschaften beschränkt werden müssen. Damit wäre aber der Rundfrage viel von ihrer Bedeutung genommen worden, denn es handelte sich ja nicht darum, für einige Genossenschaften oder für dieses oder jenes Gebiet Einzeluntersuchungen anzustellen, sondern angestrebt wurde eine möglichst typische Darstellung der Bedeutung, welche die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften für das Sparwesen des gesamten deutschen Staatsgebietes besitzen. Darum mußte soviel Material als möglich zu der Statistik herangezogen werden. Das rechtfertigt den hier gewählten Weg, welcher die größtmöglichste Verwendung des eingegangenen Materials erlaubte.

II.

Kreditgenossenschaften.**Geschäftsguthaben.**

Schon eingangs ist die innere Verwandtschaft der Geschäftsguthaben mit Spareinlagen des betreffenden Genossen gestreift worden, die hier noch etwas näher begründet werden soll. Auszugehen ist von dem Begriffe des Geschäftsanteils, worunter das Genossenschaftsgesetz den statutarisch bestimmten Betrag versteht, bis zu dem sich ein Genossenschaftsmitglied mit Einlagen bei der Genossenschaft beteiligen kann. Dieser Kapitalbetrag braucht nicht sofort bei dem Eintritt in eine Genossenschaft eingezahlt zu werden, sondern es ist statthaft und üblich, den Geschäftsanteil durch allmähliche Einzahlungen und Zuzufuhr von Dividen den zu seiner vollen Höhe aufzufüllen. Die so auf den Geschäftsanteil geleisteten oder gutgeschriebenen Beträge nennt man das Geschäftsguthaben des betreffenden Genossen. Die Geschäftsguthaben gehören zu dem Vermögen der Genossenschaft. Insofern unterscheiden sie sich in nichts von dem Aktienkapital einer A. G. oder dem Stammkapital einer G. m. b. H., solange keine Mitglieder aus der Genossenschaft ausscheiden. Sobald aber ein Genosse seine Mitgliedschaft kündigt, entsteht für die Genossenschaft gleichzeitig die Verpflichtung, dem betreffenden Mitglied sein Geschäftsguthaben herauszuzahlen. Diese einzigartige Bestimmung verleiht, von der Genossenseite aus betrachtet, den Geschäftsguthaben, obwohl sie Genossenschaftsvermögen werden, den Charakter einer mit Einlagezwang versehenen Ansammlung von eigenem Kapital, das während der Mitgliedschaft des Genossen unkündbar ist, bei seinem Ausscheiden aber fällig wird. Das Geschäftsguthaben ähnelt demnach sehr einer Spareinlage mit besonders gestalteter Kündigungsfrist, eine Ähnlichkeit, die noch dadurch erhöht wird, daß die Guthaben den alleinigen oder wenigstens teilweisen Maßstab für die Dividendengewähr aus dem Jahresgewinn bilden, also auch eine sparginsartige Leistung vorhanden ist. Es ist daher gerechtfertigt, die Geschäftsguthaben wirtschaftlich Spareinlagen gleichzustellen. Tatsächlich gibt es auch Gegenden in Deutschland, wo die Bevölkerung ihr Geld nicht etwa einem Sparkonto zuführt, sondern wo oft sämtliche Glieder einer Familie Mitglied einer Genossenschaft nur zu dem Zwecke werden, ihr Geld als Geschäftsguthaben anlegen und den Dividendengewinn dafür einstreichen zu können.

Tabelle I gibt die Gesamtsummen der Geschäftsguthaben an den

jeweiligen Jahresenden des Berichtszeitraumes wieder. Die Zahlen zeigen für alle Landesteile ein ziemlich gleichmäßiges Anwachsen der Guthaben, die mit 108 Millionen Mk. bei 361 Kreditgenossenschaften Ende 1910 eine ansehnliche Höhe erreicht haben. Ende 1911 betrug die Geschäftsguthabensumme bei 952 berichtenden Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes mit insgesamt 620 Tausend Mitgliedern 226 Millionen Mk.

Besonders bemerkenswert ist, daß auch in den Krisenjahren die Zunahme der Geschäftsguthaben keine Verminderung erlitten hat. Es liegt dies neben der fortdauernden Dividendenzuschrift bis zur Auffüllung des Geschäftsanteiles wohl daran, daß die Einzahlungen zu den statutarisch festgesetzten Zeiten erfolgen müssen, Krisenzeiten also anders wie bei Spareinlagen den Zufluß nicht hemmen können, und daß gleichzeitig die Einzelbeiträge so niedrig gehalten sind, daß sie auch bei schwierigeren Wirtschaftsverhältnissen erübrigt werden können. Die dadurch bewirkte Aufsparrung von kleinen und kleinsten Beträgen ist eine der größten Segnungen der Guthabensammlung, da diese sonst größtenteils wegen ihrer Kleinheit nicht zurückgelegt, sondern anderweit verbraucht würden. Das alles zeigt deutlich, daß schon allein der Geschäftsguthabenverkehr den Kreditgenossenschaften eine bedeutsame Stellung im deutschen Sparwesen zuweist.

Die Frage, welchen Bevölkerungsschichten die Guthabengelder entstammen, ist leicht zu beantworten, wenn wir die Zusammensetzung der Genossenschaftsmitglieder kennen, da ja nur solche Geschäftsguthaben einzahlen können. Nun verteilten sich Anfang 1912 die 641 429 Mitglieder von 1005 Kreditgenossenschaften Schulze-Delitzsch'scher Richtung prozentual auf folgende Erwerbskreise:

Selbständige Landwirte, Gärtner, Förster, Fischer.	26,61 %
Gehilfen und Arbeiter bei der Land-, Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischfang.	2,42 %
Fabrikanten, Bergwerksbesitzer und Bauunternehmer . . .	3,90 %
Selbständige Handwerker	22,80 %
Fabrikarbeiter, Bergarbeiter, Handwerksgehilfen.	7,00 %
Selbständige Kaufleute und Händler	10,32 %
Handlungskommiss und sonstige kaufmännische Gehilfen . .	1,52 %
Fuhrherren, Schiffseigentümer, Gast- und Schankwirte . . .	4,78 %
Briefträger, untere Eisenbahn-, Telegraphen- oder Post- beamte, Eisenbahnarbeiter, unselbständige Schiffer, Kellner	3,51 %
Dienstmänner, Dienstboten	0,79 %
Ärzte, Apotheker, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Kirchen-, Staats- und Gemeindebeamte	7,57 %
Rentiers, Pensionäre u. andere Personen ohne Berufsausübung	8,78 %

Den verhältnismäßig größten Anteil am Gesamtbestande haben also die selbständigen Landwirte, denen in geringem Abstände die selbständigen Handwerker folgen. Diese beiden Berufsgruppen machen zusammen mit den selbständigen Kaufleuten und Händlern mehr als die Hälfte des Mitgliederstandes aus, so daß man wohl sagen kann, daß die Guthabengelder von den breiteren Schichten des Mittelstandes, dem ja auch noch ein großer Teil der übrigen Mitgliederklassen angehört, aufgespart werden. Örtlich entstammen die Gelder dem Sitze der Kreditgenossenschaft und ihrer näheren Umgebung, da die Rechtsform und der wirtschaftliche Zweck der Genossenschaften auswärtiger Mitgliedschaft entgegensteht.

Den Gewinn, welchen die Geschäftsguthaben ähnlich wie Sparzinsen den Genossen in Form der Dividende abwerfen, läßt nachstehende Aufstellung über die Dividendenhöhe bei 906 Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes für das Geschäftsjahr 1911 erkennen. Es zahlten an Dividenden:

	Prozente der Guthaben										
	2	2 1/2	3	3 1/2	4	4 1/2	4 2/3	4 3/4	5	5 1/2	5 2/3
Anzahl der Genossenschaften (906) . .	2	1	10	1	56	12	1	1	213	39	1

	Prozente der Guthaben										
	6	6 1/2	6 2/3	7	7 1/2	8	8 1/3	9	10	18	25
Anzahl der Genossenschaften (906) . .	359	20	3	118	6	43	1	3	14	1	1

Die Geschäftsguthaben verzinzen sich durchschnittlich also besser, als wenn die betreffenden Geldbeträge als Spargelder selbst mit langer Kündigungsfrist angelegt würden. Man darf hierbei aber nicht vergessen, daß die Verzinsung oft keine gleichbleibende ist, sondern je nach der Höhe des jährlichen Reingewinnes schwankt.

Die Zwecke, zu denen die Geschäftsguthaben verwendet werden, sowie die Kreise, denen sie von den Genossenschaften aus zufließen, sind die gleichen wie bei der Weiterverwendung der von den Kreditgenossenschaften angesammelten Spar- und Depositengelder. Dieser Punkt soll daher einheitlich weiter unten behandelt werden.

Spareinlagen und Depositen.

Zum Verständnis der in nachfolgender Untersuchung durchgeführten Trennung von Spareinlagen und Depositen ist von dem bankmäßigen Sprachgebrauch auszugehen, wonach unter Spargeldern solche Rücklagen zu verstehen sind, welche der Einleger aus seinen Anlage- und Betriebsmitteln zum Zwecke der Kapitalbildung ausscheidet; die Depositen bleiben dagegen Bestandteil des umlaufenden dauernd genutzten Betriebskapitals des Einlegers und stellen somit einen zeitweiligen Betriebsüberschuß dar, der in Geldform verwandelt nur vorübergehend einer Bankanstalt anvertraut wird, um bald wieder abgehoben und im Wirtschaftsbetriebe des Einlegers verwandt zu werden. Daraus folgt, daß Spareinlagen ruhigere, oft auch langfristige Gelder sind, wogegen die Depositenkonten größere Bewegung zeigen, vielfach auch der Verfügung im Scheck- und Überweisungsverkehr unterliegen, was bei reinen Sparkonten nicht der Fall zu sein pflegt. Bei der Kontenbenennung der Kreditgenossenschaften ist diese Unterscheidung allerdings nicht streng durchgeführt. So verwenden viele Genossenschaften überhaupt nur die Bezeichnung „Sparkonto“, während andere, z. B. eine große Zahl der Genossenschaften von Ober-, Mittel- und Unterfranken nur „Depositen“ kennen, in beiden Fällen ohne Rücksicht auf die Art der Geldeinlagen. Wo aber beide Konten nebeneinander vorkommen, gelten die eben angeführten Unterscheidungsmerkmale in der Regel auch für die Genossenschaften. Eine Reihe von Genossenschaften führt nach Kündigungsfristen getrennt mehrere Spar- und Depositenkonten. Leider haben aber nur ganz wenige diesen Umstand bei Beantwortung der Rundfrage berücksichtigt, die meisten haben vielmehr nur das Gesamtergebnis aller ihrer verschiedenen Sparkonten mitgeteilt. Dadurch, wie wegen der Tatsache, daß manche Genossenschaften die Kündigungsfrist nach der Höhe des jeweils abzuhebenden Betrages abgestuft haben, war es unmöglich, die Ergebnisse der Erhebung nach der Fälligkeit der Konten zu gruppieren. Dagegen ist die Trennung von Spar- und Depositengeldern durchgeführt worden, schon mit Rücksicht auf die Genossenschaften, welche beide aufgeführt haben. Maßgebend für diese Unterscheidung konnte mangels anderer genauer Anhaltspunkte natürlich nur die von den Genossenschaften selbstgewählte Bezeichnung sein, wenn dadurch auch manches Konto, das seinem Wesen nach nur Spargelder umfaßt, unter die Depositen geraten ist und umgekehrt. Daß die Depositen trotzdem überwiegend echte Depositengelder betreffen, geht aus dem Vergleich der Anzahl der Ein-

und Rückzahlungsposten auf Spar- und Depositenkonto (Tab. VIII, IX) hervor. Die größere Beweglichkeit, nach dem eben Gesagten ein Merkmal der Depositen, findet sich tatsächlich auf dem Depositenkonto. Nicht enthalten sind unter den Depositen Kontokorrent- und besondere Scheckgelder, da diesen nicht der Charakter von Sparguthaben zukommt; wenigstens war in den Fragebogen ausdrücklich die Berücksichtigung derartiger Konten ausgeschlossen. Wo solche trotzdem erkennbare Aufnahme gefunden hatten, wurden die Zahlen nicht für die Tabellen verwandt.

Über Bestand, Ab- und Zunahme der Spar- und Depositenkonten nach Stückzahl und Höhe innerhalb der Jahre 1900—1910 geben die Tabellen II—VII ein so eingehendes Bild, daß besondere Darlegungen hier entbehrlich sind. Wenn die einzelnen Summen wegen der schwankenden Anzahl der berichtenden Genossenschaften leider auch nicht direkt miteinander verglichen werden können, so ist die stetige Fortentwicklung des Depositen- und Sparverkehrs doch deutlich zu erkennen. Die Stückzahlen (Tab. IV, VII) sind, wenn man die einzelnen Landesteile betrachtet, allgemein in einer gesunden Aufwärtsbewegung begriffen und dementsprechend hat auch die Eröffnung neuer Konten ständig zugenommen. Daß sich daneben auch die Zahl der Löschungen von Konten vermehrt hat, findet seine Erklärung in der wirtschaftlichen Lage der Einzahler, welche, wie noch gezeigt wird, vorwiegend den Kreisen des kleinen Mittel- oder Arbeiterstandes angehören, die bei Selbständigmachung, Geschäftserweiterung, Ausstattung der Kinder usw. oft ihre ganzen Spareinlagen abzuheben gezwungen sind. Ein ähnliches Bild wie die Stückzahlen bieten die Nachweisungen über die Höhe des Bestandes und der Bewegung der Einlagen (Tab. II, III, V, VI). Erst diese Summen geben einen rechten Begriff von der außerordentlichen Bedeutung der Kreditgenossenschaften als Sparanstalten. Die 601 Millionen Mk. Spargelder, über welche nach Tabelle die 363 berichtenden Kreditgenossenschaften Ende 1910 zum mindesten verfügten (in Wirklichkeit ist die Summe bedeutend höher, da besonders für die früheren Jahre die Zunahmeziffern sehr vieler Genossenschaften fehlen), bedeuten, daß sich der Einlagebestand dieser Genossenschaften in einem Jahrzehnt mehr als verdreifacht hat. Diese Entwicklung — desgleichen übrigens die Vermehrung der Kontenanzahl — ist also weit günstiger wie bei den öffentlichen Sparkassen, deren Einlagen nach dem statistischen Jahrbuche für das Deutsche Reich in dem gleichen Zeitraume von 8,8 Milliarden nur auf 15,5 Milliarden gestiegen sind. Bedauerlicherweise fehlt noch immer eine Statistik, aus welcher der gesamte Spargeldbestand einer größeren Reihe von Kreditgenossenschaften zu erkennen wäre.

Die bestehenden Nachweisungen fassen alle die Spareinlagen teils mit Scheckgeldern und teils mit Anleihen zusammen, welche in der Form von Namensschuldverschreibungen oder ähnlichen Anteilscheinen aufgebracht werden und daher nicht in dem üblichen Sinne Spargelder darstellen. Immerhin mag eine solche Zusammenstellung für 952 Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes hier folgen, da sie wenigstens ahnen läßt, um welche Beträge es sich hier handelt.

Bei Genossenschaften	Ende 1911 waren an fremden Geldern angelegt		
	mit mehr als dreimonatlicher Kündigungsfrist	Sofort rückzahlbar (Scheck-Sparfassen- gelder)	Sonstige fremde Gelder
	Mk.	Mk.	Mk.
952	546 424 690	472 798 022	46 695 771

(Hypothekenschulden sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.)

Die Fortentwicklung des Spar- und Depositenverkehrs bei den Kreditgenossenschaften in dem Berichtsjahrzehnt ist natürlich keine gleichmäßige gewesen. Insbesondere haben die Wirtschaftskrisen von 1900/01 und 1907/08, wie zu erwarten, ihren merkbaren Einfluß ausgeübt, indem fast durchgängig in diesen Jahren die Abnahme und Löschungen von Konten größer, die Zunahme und Neueröffnungen geringer geworden sind. Vielfach erstreckt sich diese Wirkung sogar auf die Jahre 1902 und 1909, was eine gewisse langsame Fortpflanzung allgemeiner Wirtschaftskrisen auf die Kreise der genossenschaftlichen Sparer als Grund vermuten läßt.

Über den Zinsfuß der Kreditgenossenschaften für Spar- und Depositengelder erbrachte die Rundfrage nur teilweise verwertbare Angaben. Dies liegt daran, daß, wie schon erwähnt, viele Genossenschaften ihre Konten mit verschiedener Kündigungsfrist bei Beantwortung der Fragebogen zu einem einheitlichen Konto zusammengezogen haben und demgemäß auch entweder nur die verschiedenen Zinssätze oder sogar nur die Zinsspannung angegeben haben, ohne zu bemerken, für welche Einlagen die verschiedenen Sätze gelten. Andere Genossenschaften wieder ändern ihren Zinsfuß im Laufe des Jahres den Schwankungen des Reichsbankdiskontes entsprechend oder gewähren Mitgliedern höhere Zinsen als Nichtmitgliedern. Alle diese Angaben waren nicht zu verwerten, wenn man genaue Ergebnisse erhalten wollte. Allerdings haben auch eine Anzahl Genossenschaften ihre Konten genau geschieden und für jedes die Verzinsungsart angegeben. Doch reicht die Zahl dieser Genossenschaften

nicht als Unterlage zu einer allgemeingültigen Aufstellung für die betreffenden Gebietsteile aus. Immerhin war es wenigstens für einige Landesteile möglich, auf breiterer Grundlage für das Geschäftsjahr 1910 eine Darstellung der Zinssätze solcher Kreditgenossenschaften zu geben, welche nur ein einheitliches Sparkonto haben. Darüber gibt nachstehende Zusammenstellung Auskunft.

Der Zinsfuß für Sparguthaben in Prozent betrug im Jahre 1910 bei nachstehender Anzahl von Genossenschaften:

Landesteile	2 1/2	3	3 1/4	3 1/3	3 1/2	3 3/5	3 3/4	4	4 1/4	4 1/2	5	Bezieh- tende Ge- nos- sen- schaften
Prov. Ostpreußen	—	1	—	1	6	—	1	3	—	—	—	12
Groß-Berlin	—	1	—	—	2	—	—	5	—	1	1	10
Prov. Pommern	—	1	—	—	6	—	1	4	—	—	—	12
„ Schlesien	—	8	3	—	24	—	2	4	—	—	—	41
„ Sachsen	—	2	3	—	9	—	2	5	—	—	—	21
„ Schleswig-Holstein	—	—	—	—	2	—	1	11	1	—	—	15
Reg.-Bez. Wiesbaden	1	—	2	—	7	2	—	—	—	—	—	12
„ Ober-, Mittel-, Unterfranken	—	3	—	—	5	—	—	—	—	—	—	8
Großhzt. Baden	—	—	—	—	4	—	1	27	1	—	—	33
„ Hessen	—	1	—	—	8	—	—	2	—	—	—	11
Thüringische Staaten	—	5	1	2	15	7	3	—	—	—	—	33
	1	22	9	3	88	9	11	61	2	1	1	208

Ergänzend sei hierzu bemerkt, daß die Zinssätze auch der Genossenschaften, welche sie nur summarisch angegeben haben, sich vorwiegend auf der gleichen Höhe halten, die sich aus der Tabelle für die Genossenschaften gleicher Gebiete als vorherrschend ergibt. Das ist ein Zeichen dafür, daß die Tabelle auf typische Bedeutung Anspruch machen darf. Aus ihr geht hervor, daß in den verschiedenen Teilen des Reiches recht verschiedene Zinssätze bevorzugt werden. Es hängt dies mit der Zinspolitik der Genossenschaften zusammen. Diese sollten, um ihren Mitgliedern möglichst billigen Kredit zu verschaffen, an sich niedrige Sparzinsen bevorzugen. Dem wirkt aber der Zwang entgegen, durch einen hohen Zinsfuß möglichst viel Spargelder anlocken zu müssen. Der tatsächliche Zinsfuß ergibt sich daher aus dem Ausgleich dieser widerstreitenden Umstände. Natürlich sind auch die allgemeinen, besonders aber die örtlichen Geldmarktverhältnisse für die Zinsbemessung von Einfluß. So zwingt oft die Konkurrenz der städtischen oder Kreisparcassen die Genossenschaften zur Änderung ihres Zinsfußes. Eine verhältnismäßig große Freiheit in ihrer Zinspolitik wird den Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch hauptsächlich dadurch gesichert, daß

diese zwar in der Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank eine Art Geldausgleichsstelle haben, aber in ihrer überwiegenden Mehrzahl weder Zentralkassen angehören noch auf Grund der Ausschließlichkeitserklärung mit der Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse) arbeiten, daher sich auch nicht von diesen Anstalten den Zinsfuß diktieren zu lassen brauchen.

Die Herkunft der Spar- und Depositengelder.

Die Herkunft der Geschäftsguthaben konnten wir leicht aus der beruflichen Zusammensetzung der Genossenschaftsmitglieder feststellen, bei den Spar- und Depositengeldern versagt dieses Mittel, da ja auch die Gelder von Nichtmitgliedern in weitem Umfange von den Genossenschaften herangezogen werden. Hier geben aber die Tabellen VIII, IX über die Größe der Konten und die Höhe der Einzahlungsposten wertvolle Fingerzeige. Danach bestanden bei 390 Genossenschaften im Geschäftsjahre 1910 385 993 Sparkonten. Von diesen Konten waren mehr als ein Viertel nicht höher als 60 Mk., rund ein Sechstel belief sich auf 600—1500 Mk., die Mehrzahl der übrigen lag zwischen den Grenzzahlen 60 und 1500 Mk., so daß beinahe fünf Sechstel der Konten 1500 Mk. nicht überschritten. Von sämtlichen Einzahlungsposten blieben, wenn man berücksichtigt, daß von 370 Genossenschaften nur 358 die Einzahlungen unter 20 Mk. gesondert aufgeführt haben, fast ein Viertel hinter 20 Mk. zurück. Bei den Depositen liegen die Verhältnisse etwas anders, doch übersteigen auch bei ihnen zwei Drittel sämtlicher Konten nicht 1500 Mk. Diese Zahlen erlauben wohl den Schluß, daß die Mehrzahl der Spareinleger den minderbemittelten Kreisen des Arbeiter- und kleinen Mittelstandes angehören, ein Ergebnis, welches den für die Geschäftsguthaben ermittelten Verhältnissen entspricht. Örtlich rühren die Spar- und Depositengelder vom Sitz der Genossenschaft und seiner näheren Umgebung her. Für die Einlagen der Mitglieder ergibt sich das schon aus dem S. 74 Ausgeführten, gilt aber auch für andere Einleger, da die Anlage der Gelder bei einer Kreditgenossenschaft in erster Linie ein gewisses Maß von Vertrauen auf die Sicherheit der Genossenschaft und ihrer haftenden Mitglieder sowie auf die geschäftliche Tüchtigkeit ihrer Leiter voraussetzt. Allzu große räumliche Trennung steht aber in der Regel solchem Vertrauen entgegen. Auch wäre es bei dem dichten Netz von Sparanstalten, das Deutschland überzieht, nicht recht verständlich, wenn eine beträchtliche Anzahl Sparer unter Umgehung der heimischen Spargelegenheit seine Gelder einer entfernten Kreditgenossenschaft zuführen würde.

Die Verwendung der Guthaben-, Spar- und Depositengelder und der aus ihnen erzielten Gewinne.

Die Verwendung, welche die Spar- und Depositengelder finden, ergibt sich aus der Zweckbestimmung der Kreditgenossenschaften, das Kreditbedürfnis ihrer Mitglieder zu fördern, sowie aus der Vorschrift des § 8 Genoss.-Ges., daß, abgesehen von der Anlage müßiger Bestände, Darlehen nur an Genossenschaftsmitglieder gegeben werden dürfen. Berücksichtigt man weiter, daß nach den meisten bundesstaatlichen Steuergesetzen die Kreditgenossenschaften durch einen Geschäftsverkehr mit Nichtmitgliedern einkommensteuerverpflichtig werden, und daß die Spargeldannahme von Nichtgenossen als Geschäftsverkehr mit Nichtmitgliedern angesehen wird, sobald diese Spargeldannahme das zur Befriedigung des Kreditbedürfnisses der Genossenschaftsmitglieder erforderliche Maß überschreitet, so kommt man zu dem Schluß, daß schon zur Vermeidung der Einkommensteuerverpflicht die Spar- und Depositengelder von den Genossenschaften zur Darlehnsverleihung an ihre Mitglieder verwandt werden. Damit ist denn auch bekannt, welchen Bevölkerungsschichten die Spar- und Depositengelder zufließen, da wir bereits oben (S. 73) einen zahlenmäßigen Nachweis über die Berufsgliederung der Genossenschaftsmitglieder gegeben haben. Die Gelder kommen also vornehmlich den selbständigen Landwirten, Handwerkern und Kaufleuten, kurz dem kleinen Mittelstande, und zwar des Ortes zugute, an dem die Kreditgenossenschaft ihren Sitz hat, da ihm, beziehungsweise seiner Umgebung die darlehnsbedürftigen Mitglieder entstammen.

Die Zwecke nun, zu welchen die Kreditgenossenschaften ihr Geld ausleihen, sind verschieden. Das eigentliche Betätigungsfeld der Kreditgenossenschaften bildet die Verleihung von Personalkredit. Zu seiner Befriedigung sind sie ursprünglich entstanden und für ihn eignen sie sich ihrer ganzen Verfassung nach am besten. Zur Einräumung von Realkredit fehlt den Genossenschaften die erforderliche sichere, kapitalistische Grundlage. Hinsichtlich ihres eigenen Vermögens liegt das an dem gesetzlichen Zwang, ausscheidenden Mitgliedern ihr Guthaben herauszuzahlen. Die Genossenschaften sind also mit dem Hauptteil ihres eigenen Vermögens abhängig von dem jeweiligen Mitgliederstande, dessen Wechsel zu erheblichen Schwankungen im Vereinsvermögen führen kann. Die fremden Gelder der Genossenschaften setzen sich vornehmlich aus kleinen Spareinlagen zusammen, sind daher jederzeit der Kündigung innerhalb kurzer Fristen ausgesetzt. Da nun ein gewissenhafter Schuldner keine längeren Kredite gewähren soll als ihm selbst von seinen Gläubigern zugetanden werden,

so müssen sich die Genossenschaften in ihren Geldbeziehungen dem leicht kündbaren Charakter der zu ihrer Verfügung stehenden Mittel anpassen. Sie können daher wohl auf kürzere Fristen Betriebskapitalien ausleihen, die sich bei den Schuldnern bestimmungsgemäß bald wieder in Geld umwandeln, nicht aber Hypothekengelder, die zur Abzahlung von Kaufschulden oder Meliorationen dienen und deren Herausziehung aus dem Grundstück niemals sofort, sondern nur durch langsame Amortisation möglich ist. Dennoch hat die fortschreitende Verteuerung der Hypotheken auf dem Geldmarkt dazu geführt, daß die Kreditgenossenschaften sich in steigendem Maße dem Hypothekengeschäft zuwenden. Davon zeugt auch die nachstehende Tabelle über die verschiedenen Formen genossenschaftlicher Darlehns-gewähr in den letzten 30 Jahren. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß in den hypothekari-schen Darlehen auch die Kaufschillings-, Steiggelder- und Güterzieler-geschäfte sowie der Protokollhandel enthalten sind, also Geschäftszweige, die nicht als reine Realkredit-gewähr anzusprechen sind, sondern zwischen dieser und dem Personalkredit die Mitte halten. Auch Kontokorrentkredite gegen hypothekari-sche Sicherstellung mögen teilweise den Hypothekenkrediten zugerechnet sein. Die in der Tabelle verzeichneten Beträge entstammen natürlich nicht ausschließlich Spar- und Depositengeldern, sondern in ihnen sind auch die ausgeliehenen Geschäftsguthaben und Reserven sowie sonstige Betriebsmittel der Genossenschaften enthalten, da alle diese Gelder unterschiedslos das genossenschaftliche Betriebskapital ausmachen. Das macht jedoch für die vorliegende Frage keinen Unterschied.

(Siehe Tabelle auf Seite 83.)

Trotz Anwachsens der Hypothekenkredite überwiegt aber das Personalkredit-geschäft auch heute noch bei weitem. Auch sind nicht alle Genossenschaften in gleicher Weise an den in der letzten Tabelle genannten Geschäftszweigen beteiligt, wie aus nachfolgender Aufstellung über die dem Allgemeinen Ver-bande angehörenden Genossenschaften hervorgeht:

Es wurden tatsächlich gewährt:

1. Kredite gegen Vor-schußwechsel in 1911 von 620 Genossenschaften,		
in 1910	"	620
in 1909	"	616
in 1908	"	622
in 1907	"	624
in 1906	"	547
in 1905	"	622
in 1904	"	624

2. Kredite gegen Schuldscheine	in 1911 von 344 Genossenschaften,
	in 1910 " 340 "
	in 1909 " 313 "
	in 1908 " 304 "
	in 1907 " 313 "
	in 1906 " 307 "
	in 1905 " 286 "
	in 1904 " 294 "
3. Kredite gegen Hypotheken	in 1911 von 433 Genossenschaften,
	in 1910 " 418 "
	in 1909 " 343 "
	in 1908 " 266 "
	in 1907 " 276 "
	in 1906 " 284 "
	in 1905 " 262 "
	in 1904 " 280 "
4. Kredite gegen Diskonten	in 1911 von 728 Genossenschaften,
	in 1910 " 711 "
	in 1909 " 687 "
	in 1908 " 684 "
	in 1907 " 688 "
	in 1906 " 665 "
	in 1905 " 625 "
	in 1904 " 619 "
5. Kredite im Kontokorrent	in 1911 von 646 Genossenschaften,
	in 1910 " 625 "
	in 1909 " 613 "
	in 1908 " 590 "
	in 1907 " 568 "
	in 1906 " 552 "
	in 1905 " 524 "
	in 1904 " 516 "

Im Jahre 1911 betrieben unter den 952 Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes die aufgeführten Geschäftszweige überhaupt:

831	Genossenschaften das Vorstufgeschäft,
572	" " Hypothekengeschäft,
748	" " Diskontengeschäft,
703	" " Kontokorrentgeschäft.

Die Zahlen sind naturgemäß höher als die in den vorstehenden Tabellen, in denen nur die Genossenschaften behandelt sind, die in dem betreffenden Geschäftsjahr wirklich entsprechenden Kredit bewilligt haben.

Aus allen diesen Ziffern im Zusammenhalt mit der im Eingange dieses Abschnittes dargestellten Berufsgliederung der Darlehnsnehmer geht

Es gewährten Kredite:

Genossen- schaften	Gegen Vor- schußwechsel	Gegen Schuldscheine	Gegen Diskonten	Gegen Hypothek	Im Konto- orrentgeschäft
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
30: 906	550 354 469	100 524 412	299 223 447	8 985 902	488 438 097
31: 902	532 968 608	101 423 835	312 746 182	9 543 995	515 322 354
32: 905	536 303 180	104 612 590	332 260 637	7 101 578	522 089 450
33: 922	533 680 710	110 630 235	342 690 941	9 813 018	516 802 368
34: 879	502 578 532	115 834 538	360 233 549	14 135 015	524 170 984
35: 896	507 086 768	103 769 859	391 429 805	11 329 381	520 225 116
36: 881	482 008 838	99 453 696	387 391 720	11 631 709	542 085 461
37: 886	500 051 243	94 079 685	388 828 614	18 262 273	600 635 382
38: 901	489 233 057	95 538 628	389 198 723	20 269 898	597 329 006
39: 1002	513 501 909	105 566 588	346 045 661	18 691 391	530 559 356
40: 1072	530 112 705	109 918 764	407 039 685	14 831 522	579 671 515
41: 1076	557 316 959	91 396 840	352 890 036	13 698 082	546 308 613
42: 1075	573 003 153	91 357 716	317 022 477	13 841 713	543 809 461
43: 1038	567 484 002	96 074 664	319 445 326	10 501 647	525 308 011
44: 1047	586 852 571	94 459 056	316 388 365	11 840 869	540 471 758
45: 1068	582 258 958	107 439 996	339 611 409	12 225 957	617 769 465
46: 1055	562 546 703	103 806 058	397 582 141	17 998 965	591 754 069
47: 872	545 867 938	93 725 730	473 813 773	16 564 426	652 302 281
47: 977	549 511 435	112 964 179	485 889 187	17 601 263	729 842 072
48: 862	562 633 102	104 410 883	508 594 223	18 791 278	712 835 785
48: 962	565 356 306	124 259 417	526 217 202	19 809 225	791 648 131
49: 875	646 010 157	101 517 739	558 495 740	22 430 027	799 476 144
49: 980	648 191 897	123 881 234	574 133 338	27 764 190	883 974 463
50: 870	643 671 958	130 814 412	603 463 063	15 826 584	883 079 847
50: 975	646 069 425	153 478 963	621 962 749	16 647 751	970 940 425
51: 904	685 731 884	139 011 754	661 004 100	15 348 257	1 024 450 702
51: 1013	688 053 700	164 661 935	678 011 680	18 834 135	1 113 598 467
52: 899	681 607 495	146 067 074	664 167 136	20 148 378	980 733 080
52: 1003	684 082 323	169 986 936	678 206 496	21 923 086	1 067 695 008
53: 911	664 956 588	152 519 399	725 956 244	23 643 752	925 111 465
53: 1016	675 224 054	174 669 798	747 187 140	24 814 394	1 023 963 819
54: 908	725 150 855	170 523 683	773 047 865	27 767 764	1 005 909 073
54: 1010	727 054 091	193 414 202	793 042 426	33 621 961	1 112 247 151
55: 921	740 332 090	179 112 345	848 698 100	27 571 348	1 138 604 451
55: 1020	742 671 121	200 304 015	867 104 418	32 580 587	1 251 942 111
56: 915	799 925 158	179 762 451	941 684 738	29 667 039	1 251 573 094
56: 1016	802 108 963	201 228 858	964 303 524	35 280 869	1 372 706 937
57: 917	836 920 299	187 131 786	1 000 832 802	27 594 091	1 423 279 102
57: 1016	839 264 931	210 112 915	1 024 098 534	30 413 911	1 541 762 952
58: 914	881 287 408	192 756 898	984 552 694	17 448 126	1 432 650 632
58: 1022	882 587 337	215 542 908	1 007 886 468	20 286 205	1 554 229 733
59: 914	889 579 522	202 173 926	1 005 557 376	54 949 978	1 540 912 396
59: 1011	891 219 441	220 822 914	1 025 210 531	60 562 609	1 645 539 902
60: 939	949 746 883	230 967 978	1 058 242 609	112 204 143	1 664 759 202
60: 1035	951 141 876	248 407 158	1 081 132 888	127 779 912	1 783 300 154
61: 952	1 004 750 323	256 759 446	1 130 184 352	119 046 964	1 917 190 988
61: 1051	1 010 753 044	274 334 704	1 154 467 482	134 998 455	2 073 199 286

(Die schräg gedruckten Zahlen enthalten die Geschäftsergebnisse der Verbands-
genossenschaften, vermehrt um die Berichtszahlen der Kreditgenossenschaften Württembergs
und der Reichslande.)

Hervor, daß die Spar- und Depositengelder der Genossenschaften vornehmlich dem ortsanfässigen erwerbstätigen Mittelstande als Anlage- und Betriebskredit zugeführt werden.

Über das Beteiligungsverhältnis ihrer Mitglieder an der Kreditentnahme haben für das Jahr 1911 865 Kreditgenossenschaften mit 543 980 Genossen berichtet, von denen 354 852 an der Kreditgewähr teilgenommen haben, das sind 65,23 % des Mitgliederstandes jener Genossenschaften. Für die Vorjahre lauten die betreffenden Zahlen: 1910: 66,81 %; 1909: 66,86 %; 1908: 67,03 %; 1907: 67,93 %; 1906: 69,09 %; 1905: 61,31 %; 1904: 61,58 %; 1903: 66,2 %; 1902: 66,5 %. Ein Drittel aller Genossenschaftsmitglieder nimmt also lediglich eine Gläubigerstellung gegenüber der Genossenschaft ein, welcher Umstand der letzteren die Darlehnsgewähr an die zwei Drittel kreditjuchende Mitglieder wesentlich erleichtert.

Für die Verwendung der Geschäftsguthaben gilt ganz das gleiche wie für die Verwendung der Spargelder, soweit die Guthaben nicht neben den Reserven zur Beschaffung von Geschäftsräumen, Inventar oder Wertpapieren aus Gründen der Liquidität gebraucht werden. Denn wie alle anderen verfügbaren Mittel werden auch die Guthaben dem einzigen Zweck der Genossenschaft, der Befriedigung des mitgliedschaftlichen Kreditbedarfes, dienstbar gemacht.

Der Reingewinn, welchen die Genossenschaften aus dem Spar- und Depositengeschäft erzielen, läßt sich nicht gesondert erfassen, da diese bei ihren Passivgeschäften die Herkunft der Gelder natürlich nicht berücksichtigen. Eine solche Trennung ist aber für die Frage nach der Verwendung dieses Reingewinnes auch nicht erforderlich, da die gesamte Gewinnsumme gleichartig behandelt wird. In welcher Weise, zeigt nachstehende Aufstellung über die Verteilung des von 952 Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes im Geschäftsjahre 1911 erzielten Reingewinnes:

Zuschreibungen zu den Reservefonds . . .	6 256 331 Mk.
Gewinnanteile an die Genossen	12 351 553 „
Zu Volksbildungs- oder anderen gemeinnützigen	
Zwecken	150 264 „
Zu anderen Zwecken im Interesse der Genossen-	
schaften (Jubiläen, Abhaltung von Verbands-	
tagen usw.)	549 966 „
Zu Tantiemen	630 239 „
Gewinnvorträge auf das nächste Jahr . . .	780 836 „

Gesamtreingewinn 1911 . 20 719 189 Mk.

Über die Hälfte des Gewinnes fließt also den Mitgliedern als Gut-haben dividende zu, deren durchschnittliche Bemessung bereits auf S. 74 nachgewiesen ist, kommt also, soweit die Spareinleger Genossen sind, den Einlegerkreisen selbst, sonst wenigstens gleichartigen Berufsständen zugute. Denn wie oben gezeigt, entstammen auch die fremden Einleger vorwiegend dem Arbeiter- oder erwerbstätigen Mittelstande. Aber auch die übrigen Teile des Reingewinnes fördern zum mindesten mittelbar die Interessen der Einleger. Von den Zuwendungen zu den Reserven und von den Gewinnvorträgen gilt dies insofern, als diese Summen die geschäftliche Grundlage zur Heranziehung weiterer Kreditmittel bilden. Die aus dem Gewinn bedachten gemeinnützigen Veranstaltungen kommen ebenfalls meistens dem Arbeiter- und Mittelstande zugute, da sie neben der allgemeinen Volksbildung vielfach z. B. die Abhaltung von Handwerker- und Genossenschaftskursen zum Gegenstande haben. Wie die diesbezüglichen Zuwendungen ständig steigen, zeigt die Vergleichung der von den zur Statistik berichtenden Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes seit 1886 jährlich zu gemeinnützigen Zwecken aufgewandten Mittel.

Für V o l k s b i l d u n g s- und g e m e i n n ü t z i g e Zwecke wurden aufgewendet:

1886: 35 033 Mk.,	1887: 40 845 Mk.,	1888: 40 790 Mk.,
1889: 48 695 "	1890: 40 558 "	1891: 53 065 "
1892: 47 661 "	1893: 68 556 "	1894: 78 268 "
1895: 87 105 "	1896: 70 461 "	1897: 75 841 "
1898: 69 703 "	1899: 75 253 "	1900: 69 394 "
1901: 68 885 "	1902: 72 138 "	1903: 86 586 "
1904: 79 169 "	1905: 87 159 "	1906: 95 831 "
1907: 98 306 "	1908: 119 221 "	1909: 132 886 "
1910: 123 391 "	1911: 150 264 "	

In diesen Zahlen spricht sich die wachsende Erkenntnis von den gemeinnützigen Aufgaben der Kreditgenossenschaften aus.

Abschließend kann also festgestellt werden, daß sowohl die Guthaben-, Spar- und Depositengelder selbst als auch der ihnen entstammende Reingewinn den gleichen Berufsständen des Genossenschaftsitzes, teilweise sogar denselben Personenzirkeln zufließen, dem die Einleger angehören.

Sicherheit und Liquidität der Kreditgenossenschaften.

Die Untersuchung würde unvollständig sein, wollte sie nicht auch auf die in der Überschrift genannten Punkte eingehen. Denn die volkswirtschaftliche Bedeutung einer Sparorganisation kann nur dann voll er-

faßt werden, wenn neben der Gestaltung des Sparverkehrs selbst auch geprüft wird, welche Sicherheit die Organisation den Spareinlegern bietet, insbesondere, ob sie jederzeit imstande ist, den Einzahlern auf Verlangen ihre Gelder herauszuzahlen. Letzterer Punkt ist für Kreditgenossenschaften ganz besonders wichtig, da deren Spargläubiger, wie gezeigt, in der Hauptsache keine Kapitalisten sind, sondern Erwerbskreisen zugehören, deren Existenz unter Umständen bei verzögerter Auszahlung zurückgeforderter Gelder auf dem Spiele steht.

In erster Linie läßt die Höhe des eigenen Vermögens und sein Verhältnis zu den fremden Mitteln einen Rückschluß auf die Sicherheit der Genossenschaften zu. Denn auch für diese sind ausreichende eigene Mittel unerlässlich als die allein sichere Geschäftsgrundlage, welche auch schwierige Geldmarktverhältnisse in Zeiten politischer oder wirtschaftlicher Krisen zu überdauern erlaubt. Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht, wie sich seit 1900 die eigenen und fremden Mittel der Genossenschaften vermehrt haben und wie sich ihr gegenseitiges Verhältnis geändert hat.

Rechnungs- jahr	Zahl der be- stehenden Ge- nossenschaften	Mit- glieder- zahl	Eigenes Vermögen			Fremde Gelder (Anleihen, Spar- gelder, Konto- forrentfremder, Hypoth.-Schul- den, Akzeptver- bindlichkeiten)	Verhältn. d. eig. Vermögens zum fremd. Kapital
			a. Geschäfts- guthaben der Mitglieder	b. Reserven	Gesamt- summen von a und b		
			Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	‰
1900	870	511 061	133 264 449	44 987 176	178 261 625	609 926 058	29,23
1900	975	555 049	149 417 348	49 252 702	198 670 050	653 373 525	30,40
1901	904	526 874	142 678 499	50 157 007	192 835 506	669 278 227	28,81
1901	1013	573 873	159 877 175	54 724 107	214 601 282	717 892 833	29,89
1902	899	533 888	147 732 657	54 145 507	201 878 164	701 315 431	28,79
1902	1003	581 546	165 184 997	58 862 868	224 047 865	748 950 818	29,91
1903	911	542 108	149 755 048	57 335 469	207 090 517	736 549 946	28,12
1903	1016	593 201	168 188 869	62 530 908	230 719 777	790 769 596	29,18
1904	908	523 419	156 264 617	61 530 319	217 794 936	802 334 252	27,15
1904	1010	570 026	174 910 071	66 915 653	241 825 724	859 843 346	28,12
1905	921	539 993	165 797 202	66 435 941	232 233 143	858 987 974	27,04
1905	1020	586 595	184 703 436	72 091 152	256 794 588	918 575 165	27,96
1906	915	550 485	176 883 561	72 040 847	248 924 408	919 770 234	27,06
1906	1016	598 314	195 955 064	77 829 702	273 784 766	983 988 173	27,82
1907	917	557 451	183 973 033	76 067 260	260 040 293	949 625 256	27,38
1907	1016	606 085	204 141 114	82 145 316	286 286 430	1 011 396 067	28,14
1908	919	577 987	194 234 676	82 938 977	277 173 653	986 861 647	28,09
1908	1022	627 192	215 092 833	89 249 982	304 342 815	1 039 344 140	28,73
1909	914	579 741	205 313 942	89 298 607	294 612 549	1 060 825 337	27,77
1909	1011	624 804	224 016 209	94 552 828	318 569 037	1 127 356 382	28,26
1910	939	600 387	216 330 103	94 187 564	310 517 667	1 145 014 688	27,12
1910	1035	645 342	235 744 035	99 710 875	335 454 910	1 219 325 828	27,51
1911	952	620 660	226 039 554	99 472 586	325 512 140	1 222 701 922	26,62
1911	1051	671 797	247 294 344	105 799 673	353 094 017	1 315 156 134	26,85

(Die schräg gedruckten Zahlen enthalten die Geschäftsergebnisse der Verbandsgenossenschaften, vermehrt um die Berichtszahlen von Kreditgenossenschaften Württembergs und der Reichslande.)

Abgesehen von einer größeren Schwankung in dem Krisenjahr 1907/08 verschlechtert sich das Verhältnis der eigenen zu den fremden Mitteln stetig. Das findet seine Erklärung in dem starken Zustrom fremder Gelder, mit dem die ständige Vermehrung des eigenen Vermögens nur schwer Schritt halten kann. Fremde Gelder abzuweisen oder durch Herabsetzung des Zinsfußes abzuschrecken, würde den Genossenschaften schwer fallen, da sie diese Mittel infolge des stets wachsenden mitgliedschaftlichen Kreditbedürfnisses benötigen. Es bleibt daher nur die Stärkung der eigenen Mittel durch Erhöhung der Geschäftsanteile übrig. Daß dies geschieht, zeigen die jährlichen Erhebungen des Allgemeinen Verbandes über die Höhe der Anteile. So bleiben bei den Genossenschaften mit unbeschränkter Haftpflicht die Geschäftsanteile hinter 300 Mk. zurück: 1908 bei 23,12 %; 1909 bei 21,73 %; 1910 bei 21,50 %; 1911 bei 20,96 %. Bei den Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht ist allerdings nur eine geringe Verschiebung der Geschäftsanteilsgröße nach oben zu verzeichnen. Nimmt man sämtliche Kreditgenossenschaften ohne Rücksicht auf die Haftarten zusammen, so belief sich der Geschäftsanteil auf 300 Mk. und darüber: 1906 bei 680; 1907 bei 692; 1908 bei 702; 1909 bei 708; 1910 bei 729; 1911 bei 740 Genossenschaften. Ein Fortschritt ist also jedenfalls bemerkbar. Natürlich darf nicht übersehen werden, daß die Erhöhung von Geschäftsanteilen wegen der allmählichen Auffüllung ihre Wirkung erst nach längerer Zeit bemerkbar machen kann. Allgemein darf man jedenfalls sagen, daß das Verhältnis des eigenen zum fremden Vermögen bei den Kreditgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch ein befriedigendes ist, zumal, wenn man in Betracht zieht, daß hinter dem eigenen Vermögen der Genossenschaften noch die Haftpflicht ihrer Mitglieder steht.

Ein weiterer Maßstab für die Sicherheit der Kreditgenossenschaften ist die mehr oder weniger sichere Art der Weitergabe der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel; denn nur wenn die Forderungen der Genossenschaft vollwertig sind, gilt das auch von den Forderungen der Genossenschaftsgläubiger. Daß die Mittel der Genossenschaften zu Darlehen verwandt werden und auf welche verschiedene Kreditformen sich die Darlehensgewähr verteilt, ist schon oben (S. 80 ff.) gezeigt. Hier interessiert die Sicherheit der Darlehensanlage. Die Gesamtsumme der von den Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes auf festes Ziel (gegen Vorschußwechsel, Schuldschein, Hypothek) neu gewährten Kredite betrug im Jahre 1911: 466 473 472 Mk. (Die Tabelle S. 83 enthält auch die Prolongationen.) Diese Kredite teilten sich nach ihrer Sicherstellung wie folgt:

1. die Kredite ohne besondere Sicherstellung betrugen 3,32 %
(1910: 2,89 %; 1909: 1,89 %; 1908: 3,69 %; 1907: 3,44 %;
1906: 2,76 %; 1905: 2,87 %; 1904: 2,75 %; 1903: 2,42 %;
1902: 5,20 %; 1901: 2,90 %),
2. die Kredite gegen Bürgschaft betrugen 76,39 % (1910: 77,24 %;
1909: 78,76 %; 1908: 74,72 %; 1907: 74,50 %; 1906: 75,22 %;
1905: 76,87 %; 1904: 77,21 %; 1903: 76,65 %; 1902: 77,60 %;
1901: 79,90 %),
3. die Kredite gegen Faustpfand betrugen 16,41 % (1910: 16,43 %;
1909: 13,96 %; 1908: 21,59 %; 1907: 22,06 %; 1906: 22,02 %;
1905: 20,25 %; 1904: 20,04 %; 1903: 20,93 %; 1902: 17,20 %;
1901: 17,20 %),
4. die Kredite gegen hypothekarische Sicherstellung betrugen
3,88 % (1910: 3,44 %).

Das Deckungsverhältnis bei den gewährten Krediten auf festes Ziel war hiernach unter Anfügung der entsprechenden Verhältnissätze in den Vorjahren das folgende:

	Gedekte	Ungegedekte
	Kredite	
im Jahre 1911	96,68 %	3,32 %
„ „ 1910	97,11 „	2,89 „
„ „ 1909	98,11 „	1,89 „
„ „ 1908	96,31 „	3,69 „
„ „ 1907	96,56 „	3,44 „
„ „ 1906	97,24 „	2,76 „
„ „ 1905	97,12 „	2,87 „
„ „ 1904	97,25 „	2,75 „
„ „ 1903	97,58 „	2,42 „
„ „ 1902	94,80 „	5,20 „
„ „ 1901	97,10 „	2,90 „

Die ungegedekten Kredite haben also zwar in den beiden letzten Jahren eine kleine Zunahme erfahren, bilden trotzdem aber nur einen verschwindend kleinen Teil der Gesamtdarlehen. Also auch in dieser Richtung befriedigt die Zuverlässigkeit genossenschaftlicher Geschäftsführung.

Die Sicherheit der den Genossenschaften anvertrauten Spargelder scheint demnach gegeben. Ob das gleiche auch von der jederzeitigen Abhebbarkeit gilt, d. h. ob die Genossenschaften liquide sind, muß die Gegenüberstellung der fremden und der verfügbaren Genossenschaftsmittel überhaupt, insbesondere aber der Vergleich der kurzfristigen Verbindlichkeiten mit den zahlungsbereiten Genossenschaftsanlagen ergeben.

Die verfügbaren Mittel betrugen bei 952 Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes im Jahre 1911:

Kassenbestände	25 646 641 Mk.
Eigene Wertpapiere	101 671 477 „
Primadiskonte	20 365 044 „
Lombarddarlehen	52 534 248 „
Guthaben bei Banken und Vereinen	64 988 687 „
Geschäftswechsel der Mitglieder (zum halben Betrag)	107 274 030 „
	372 480 127 Mk.

Die Geschäftswechsel sind nur zu ihrem halben Betrage eingesetzt nach dem Vorgange von Melzer in seiner beachtenswerten Schrift „Das Depositenwesen in Deutschland“¹. Ob diese Schätzung nicht etwas zu vorsichtig ist und ob die Geschäftswechsel der Genossenschaften nicht doch in weiterem Umfange jederzeit zu den üblichen Sätzen diskontierbar sind, ist schwer zu sagen, da zahlenmäßige Unterlagen von allgemeiner Bedeutung nach der Natur der Sache nicht zu beschaffen sind. Immerhin mag hier Melzer gefolgt werden, da bei seiner Berechnung in Rücksicht auf die überwiegend bankmäßige Entwicklung der Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes eine Überschätzung der Liquidität jedenfalls vermieden und ein Ausgleich für etwaige unter die Lombarddarlehen und Vereinsguthaben aufgenommenen Beträge geschaffen wird, die tatsächlich nicht als verfügbare anzusprechen sind.

Entwicklung des Giroverbandes.

Jahr	Ges. Zahl d. Giro- u. Inkassopläte	Ges. Stückzahl der eingegangenen Wechsel	Gesamtsumme der Wechsel	Gesamtumsatz auf Girokonto
			Mk.	Mk.
1900	1093	476 853	149 644 156	259 667 458
1901	1132	502 708	158 551 207	280 462 185
1902	1126	520 024	152 934 787	277 534 409
1903	1222	516 434	156 632 512	383 198 347
1904	1360	549 256	191 491 008	326 811 782
1905	1627	615 275	221 392 000	414 880 000
1906	1700	641 131	247 702 000	512 256 453
1907	1787	688 580	269 590 000	650 091 000
1908	1803	761 175	287 227 000	711 132 000
1909	1863	827 311	285 800 000	729 737 000
1910	1903	792 916	297 503 000	748 138 000
1911	1952	773 636	302 653 000	790 736 000

¹ Verlag Gustav Fischer, Jena 1912.

Einen gewissen Rückschluß auf Güte und Kurzfristigkeit der genossenschaftlichen Wechselanlage gestatten übrigens die Zahlen über die Entwicklung des Giroverbandes der Dresdner Bank, dem 617 Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes und 62 andere Kreditgenossenschaften angehören und der den Zweck hat, neben dem Geldausgleich das Inkasso von auf die Niederlassungsorte der Mitglieder gezogenen Wechseln zu vereinfachen und zu verbilligen.

Die übrigen Betriebskapitalanlagen der vorerwähnten 952 Genossenschaften verteilten sich auf:

Geschäftswechsel der Mitglieder (zum halben Betrag)	107 274 030	Mf.
Kontokorrentdebitoren	490 910 510	"
Vorschußwechsel und Schuldscheine		
a) ohne besondere Sicherstellung	8 456 332	"
b) gegen Bürgschaft	386 673 968	"
Hypotheken, Rauffschillinge, Güterzieler u. ä.	131 794 969	"
Zur Deckung von Forderungen erworbene Immobilien	27 462 307	"
Einnahmerezte und durchlaufende Posten	11 983 814	"
insgesamt	1 164 555 930	Mf.

Demgegenüber betrugen die fremden Mittel der gleichen Genossenschaften:

1. Anlehen a) mit länger als dreimonatlicher Kündigungsfrist	546 424 690	Mf.
b) sofort rückzahlbar (Scheckgelder)	472 798 022	"
c) sonstige fremde Gelder	46 695 771	"
2. Kontokorrentkreditoren	129 396 860	"
3. Akzeptverbindlichkeiten	9 383 938	"
4. Hypothekenschulden	8 380 168	"
insgesamt	1 213 079 449	Mf.

Die als verfügbarsbereit bezeichneten Genossenschaftsmittel betragen demnach 30,7 % sämtlicher fremden Verbindlichkeiten.

Vergleicht man die Höhe der kurzfristigen Schuldkonten, von deren Begleichungsmöglichkeit die Liquidität der Genossenschaften im engeren Sinne abhängt d. h. also die Summe der Posten 1 b und c, 2, 3 (658 274 591 Mf.) mit den leicht greifbaren Anlagen der Genossenschaften, welche dazu um die Lombarddarlehen vermindert werden müssen, da die

Weiterlombardierung von deren Unterlagen nicht immer erlaubt ist, so ergibt sich, daß die flüssigen Mittel der Genossenschaften 48,6 % ihrer kurzfristigen Verbindlichkeiten betragen. Hält man diesen Satz zusammen mit der Tatsache, daß auch die nicht als zahlungsbereit bezeichneten Anlagen der Genossenschaften zum großen Teil nicht allzu schwer zu realisieren sind, sowie daß die Genossenschaften durch die Genossenschaftsabteilung der Dresdner Bank in steter Verbindung mit dem offenen Geldmarkt stehen, so kann man wohl die Liquidität der Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes als eine vorzügliche bezeichnen.

Sicherheit und Liquidität entsprechen demnach allen billigerweise zu stellenden Anforderungen.

Förderung der Spartätigkeit.

Mannigfaltige Maßnahmen sind von den Kreditgenossenschaften getroffen, durch welche diese die Spartätigkeit der Bevölkerung anzuregen und zu heben suchen. Hierbei ist stets im Auge zu behalten, daß die Kreditgenossenschaften den Sparverkehr nicht um des Sparens willen pflegen, sondern in erster Linie, um sich die zur Befriedigung des Kreditbedarfes ihrer Mitglieder nötigen Mittel zu beschaffen. Darüber hinaus können die Genossenschaften überhaupt nicht für die Dauer Spargelder annehmen, weil das Genossenschaftsgesetz den Kreditgenossenschaften die Darlehensgewähr an Nichtmitglieder anders als zur vorübergehenden Anlegung von Geldbeständen oder zur Unterbringung müßiger Mittel verbietet. Innerhalb dieses Rahmens suchen natürlich die Genossenschaften auch aus allgemeinen erzieherischen Gründen den Spartrieb der Bevölkerung zu wecken, eine Aufgabe, auf die sie, wie erwähnt, ja schon Schulze-Delitzsch hingewiesen hat.

Unter den Genossenschaften, welche die Frage nach Einrichtungen zur Förderung der Spartätigkeit beantwortet haben, sind nur wenige, die auf alle Mittel verzichten können, weil ihnen die Gelder, wie eine Genossenschaft schreibt, ohnehin in reichem Maße zufließen. Die meisten suchen vielmehr auf diese oder jene Weise den Zufluß der Spareinlagen zu vermehren. Zu diesem Zweck ist man in erster Linie auf eine möglichst günstige Ausgestaltung der Sparbedingungen bedacht durch Einführung täglicher Verzinsung (5)¹ oder eines Zinsfußes, der den am Orte üblichen übersteigt (4). Weiter gehören hierher die Annahme auch kleinster Beträge (6), teilweise von 20 Pf. ab, die Errichtung von Pfennigsparkassen (7), die Nichteinhaltung der Kündigungsfrist

¹ Die eingeklammerten Ziffern bedeuten die Anzahl der Genossenschaften, welche über die betreffende Einrichtung berichtet haben.

in ruhigen Zeiten (3), bei Einzahlungen auf das Postcheckkonto der Genossenschaft die Nichtberechnung eines Gebührenanteils für den Einleger (1) sowie die Prämienengewähr an die eifrigsten Sparer des Jahres. Um der erwerbstätigen Bevölkerung die Einzahlung ihrer Ersparnisse zu erleichtern, wird bei der Bestimmung der Kassenstunden auf die Lohn- und die Freizeit der Sparer Rücksicht genommen, indem die Schalter auch abends (1) oder Samstag nachmittags (2) offen gehalten werden, wofür dann teilweise an einem anderen Nachmittag der Woche die Kasse geschlossen bleibt (1). Zur weiteren Bequemlichkeit der Einleger diene die Einrichtung von besonderen Geldannahmestellen (3) und von Verkaufsstellen für Spararten oder Sparmarken. Letztere lauten auf ganz kleine Beträge (20, 50 Pf. bis 2 Mk.), welche die Genossenschaft als Spareinlagen nicht annimmt (4). Die Ausgabe von Sparmarken erleichtert es da dem Sparer, auch diese kleinen Beträge zurückzulegen und sie, wenn er eine genügende Anzahl Marken zusammen hat, seinem Sparkonto gutschreiben zu lassen. Einige Genossenschaften haben den Sparmarkenvertrieb mit dem Abholverfahren vereinigt. Bei letzterem geht der Kassenbote wöchentlich oder monatlich entweder bei allen Genossen oder nur bei solchen, die sich dem Abholverfahren angeschlossen haben, herum und kassiert etwaige Ersparnisse ein (16) oder verkauft Sparmarken (1). Wo die fälligen Geschäftsguthaben bei den Mitgliedern selbst einkassiert werden, geschieht die Abholung von Spargeldern gleichzeitig damit (1). Schulsparbanken sind von sieben Genossenschaften eingerichtet, während die Verteilung von Haussparkassen 83 Genossenschaften erwähnen, von denen 58 Ende 1910 13 905 Sparbüchern ausgeliehen hatten.

Betreffen die bisher geschilderten Maßnahmen nur die günstige Ausgestaltung des Sparkassenverkehrs als solchen, so entfalten viele Genossenschaften auch darüber hinaus eine besondere Werbetätigkeit. Durch Anschläge im Kassenlokal (1), auffallende Firmenschilder (1), Flugblätter (1), Anzeigen in Tagesblättern (25), monatliche Bilanzveröffentlichung und Besprechungen in Zeitungen sucht man die Sparer heranzuziehen und den Sinn für das Sparen zu wecken. In gleicher Richtung bewegen sich mitunter die persönlichen Bemühungen der Genossenschaftsmitglieder, besonders von Vorstand und Aufsichtsrat (1).

Rein erzieherische Zwecke verfolgen wohl die kostenlose Ausgabe von Sparbüchern an Kinder unter 14 Jahren (1), die Stiftung für eine Schülerbücherei in der Hoffnung auf Empfehlung durch die Lehrer (1), das Abholverfahren nur für Schulkinder (1) sowie die Gewährung eines höheren Zinsfußes für Dienstlöhne.

Mit dem Erfolg der genannten Mittel scheinen die Genossenschaften im allgemeinen zufrieden zu sein. Nur bezüglich der Heimsparfassen äußern sich einige Genossenschaften im entgegengesetzten Sinn, indem sie jeden Nutzen verneinen. Die weit überwiegende Anzahl hält aber gerade die Haussparfassen für ein außerordentlich wertvolles Mittel zur Heranziehung von Spareinlagen. So sind in Gumbinnen im Jahre 1910 408 Sparbüchsen 40 000 Mk. entnommen worden, in Landsberg a. W. ergaben 132 Büchsen innerhalb 9 Monaten 5400 Mk.

II.

Konsumgenossenschaften.

Auch die Bedeutung der Konsumvereine für das deutsche Sparwesen spiegelt sich in den beiden Konten, Guthaben und Spargelder, wider. An sich hat der Sparverkehr allerdings nichts mit dem Wesen und der Zweckbestimmung der Konsumvereine zu tun und seine Pflege lediglich zur Heranziehung von Mitteln zum Geschäftsbetrieb erscheint nicht einwandfrei. Denn als Anlagekapital können die Spareinlagen wegen ihrer Kurzfristigkeit nicht in Betracht kommen, als Betriebskapital werden die Gelder bei einer nach genossenschaftlichen Grundsätzen geregelten Geschäftsführung, insbesondere bei grundsätzlicher Durchführung der Barzahlung, infolge des Anwachsens der Guthaben und Reserven schon bald nicht mehr nötig sein. Manchen Vereinen sind daher erfahrungsgemäß die Spargelder wegen der Schwierigkeit, die Zinsen herauszuwirtschaften, recht lästig geworden. Wo trotzdem der Sparverkehr eingeführt worden ist, haben dem teilweise soziale Absichten zugrunde gelegen. So nehmen einzelne Vereine überhaupt keine Spareinlagen durch Barzahlung an, sondern beschränken sich darauf, die stehengebliebenen, den Geschäftsanteil übersteigenden Dividenden- und Rabattbeträge den Mitgliedern als Spareinlage gutzuschreiben. Andere Vereine, die den Grundsatz der Barzahlung nicht durchführen zu können glauben, nehmen Spareinlagen an, um dann in deren Höhe Warenkredite zu gewähren und sich so vor Ausfällen zu sichern. Auch die Annahme von Spargeldern zwecks nachheriger Verrechnung auf fällige Guthabeneinzahlungen kommt vor. Immerhin pflegt eine Reihe von Genossenschaften den Sparverkehr ohne diese Einschränkungen, sei es, weil am Orte der Genossenschaft andere Spargelegenheiten fehlen oder sei es, um ihre Betriebsmittel zu vermehren.

Die Höhe der Guthaben und Spareinlagen der dem Allgemeinen Verbands angehörigen Konsumvereine ergibt sich ebenso wie

weitere hier interessierende Geschäftsverhältnisse aus nachstehender Zusammenstellung:

Rechnungsjahr	Verrichtende Ge- nossenschaften	Mit- glieder- zahl	Ge- schäfts- guthaben der Mit- glieder	Reserve- fonds	Fremde Gelder (Anleihen, Spareinla- gen, Hypo- thekenschul- den, Haus- anteile)	Unter d. fremden Geldern waren		Rein- gewinn (seit 1909 ohne die Rabatt- rück- gewähr)
						bei Genossen- schaften	Spargelder mit Kündi- gungsfrist bis zu 4 Wochen	
1903	251	248 004	4 162 290	2 644 878	3 500 979	33	1 035 779	5 730 858
1904	252	255 916	4 245 738	2 868 760	3 078 418	31	967 415	5 976 881
1905	260	238 097	4 306 785	2 881 805	3 662 776	31	1 042 206	6 231 170
1906	265	246 945	4 443 690	3 057 779	4 043 431	30	1 000 994	6 475 886
1907	271	252 618	4 657 051	3 227 097	4 437 197	31	935 036	6 975 216
1908	266	257 082	4 665 081	3 217 880	4 184 920	26	910 869	7 100 989
1909	265	262 522	4 692 506	3 411 442	4 443 118	30	727 989	7 273 356
1910	271	270 437	4 861 641	3 759 266	4 720 160	32	668 453	6 902 963
1911	273	276 645	4 938 941	3 905 203	4 963 549	29	680 282	7 018 491

Auf das einzelne Mitglied entfielen also 1911 im Durchschnitt 17,85 Mk. Geschäftsguthaben. Die Grundlage der Guthaben, die statutarisch festgesetzte Höhe des Geschäftsanteils, betrug bei 228 von den 273 Verbandsgenossenschaften 15—30 Mk. im Jahre 1911, einen geringeren Anteil hatten 26, einen höheren 19 Genossenschaften. Die Spareinlagen sind in einem langsamen Rückgang begriffen. Da trotzdem die fremden Gelder zugenommen haben, so scheinen die Konsumvereine sich neuerdings ihre Betriebsmittel mehr auf andere Weise zu beschaffen.

Während wir die Frage nach der Herkunft der Spar- und Guthabengelder bei den Kreditgenossenschaften getrennt behandeln mußten, ist dies bei den Konsumvereinen nicht nötig. Wo die Spareinlagen, wie oben geschildert, nur aus Dividendengutschriften bestehen, versteht sich das von selbst. Aber auch bei Vereinen, die bare Einlagen annehmen, dürfte der Hauptteil der Sparer unter den Mitgliedern zu suchen sein. Denn bei den zahlreichen andersartigen Spargelegenheiten dürften nur wenig Nichtgenossen ihre Ersparnisse einem Konsumverein bringen, der von Haus aus ganz anderen als Sparzwecken dient und daher ein Vertrauen vom Spargläubiger fordert, das in der Regel nur dem Boden eines Mitgliedschaftsverhältnisses entwachsen kann. Die Spareinleger dürften sich also in der Hauptsache mit dem Mitgliederkreis decken. Dieser setzte sich bei 264 Verbandsgenossenschaften mit 273 253 Mitgliedern zusammen aus:

	Anfang 1912	Anfang 1911
I. Selbständige Landwirte, Gärtner, Förster, Fischer	3,99 %	4,08 %
II. Gehilfen und Arbeiter bei der Landwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei	3,86 %	4,20 %
III. Fabrikanten, Bergwerksbesitzer und Bauunternehmer	1,90 %	1,98 %
IV. Selbständige Handwerker	10,59 %	10,80 %
V. Fabrikarbeiter, Verarbeiter, Handwerksgehilfen	29,96 %	29,60 %
VI. Selbständige Kaufleute und Händler	6,02 %	6,19 %
VII. Handlungscommis und sonstige kaufmännische Gehilfen.	2,02 %	1,98 %
VIII. Fuhrherren, Schiffseigentümer, Gast- und Schankwirte	3,17 %	3,20 %
IX. Briefträger, untere Eisenbahn-, Telegraphen- oder Postbeamte, Eisenbahnarbeiter, unselbständige Schiffer, Kellner	16,16 %	16,74 %
X. Dienstmänner, Dienstboten	1,52 %	1,50 %
XI. Ärzte, Apotheker, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Staats- und Gemeindebeamte . . .	10,96 %	10,84 %
XII. Rentiers, Pensionäre und andere Personen ohne Berufsübung	9,85 %	8,89 %

Der Anteil der Arbeitergruppen II, V, IX und X beträgt also 52,04 % des Mitgliederbestandes, dem erst in weitem Abstände die anderen Berufsklassen, insbesondere die selbständigen Handwerker und die Angehörigen der Gruppe XI folgen. Da von letzteren kaum anzunehmen ist, daß sie ihre Ersparnisse in größerem Umfange den Konsumvereinen zur Verfügung stellen, wenigstens nicht als kurzfristige Spareinlagen, sondern höchstens in der Form von Hausanteilscheinen, so ist wohl die Arbeiterklasse als Hauptspargläubigerin der Konsumvereine anzusehen, während für die Guthaben natürlich auch die anderen Berufsklassen anteilig als Einzahlher in Betracht kommen. Als sicher ist anzunehmen, daß sowohl die Spar- wie die Guthabengläubiger vom Orte des Konsumvereinsitzes stammen, da Wesen und Zweck der Konsumvereine auswärtige Mitgliedschaft noch mehr wie bei anderen Genossenschaftsarten ausgeschlossen erscheinen lassen. Das gilt wenigstens von den Konsumvereinen des Allgemeinen Verbandes, die sich bis jetzt von der Zentralisationsbewegung ferngehalten haben, welche von einzelnen Bezirkskonsumvereinen aus die Gegend mit einem Netz von Verkaufsstellen überziehen will.

Die Verwendung der Spargelder und Guthaben erfolgt regelmäßig im Geschäftsbetrieb der Konsumvereine. Vereinzelt betreiben die

Vereine wohl auch Darlehnsgeschäfte in engen Grenzen oder legen die Spargelder, wenn sie genügend Betriebskapital haben, bei Banken oder in Wertpapieren an. In der Hauptsache arbeiten die genannten Gelder aber im Geschäft mit. Wie sie dort verwandt werden, ob als Anlagekapital zur Einführung der Eigenproduktion, zum Erwerb eines eigenen Geschäftshauses oder als Betriebskapital zur Beschaffung von Warenvorräten, das ließe sich nur im Einzelfalle sagen, wo man weiß, zu welchem Zwecke der Spargeldverkehr eingeführt ist. Die Guthaben dienen selbstverständlich alle den erwähnten Geschäftserfordernissen. In jedem Falle kommen aber die Gelder den Mitgliedern und den mit diesen sich bedeckenden Spareinlegern zugute. Denn da die Konsumgenossenschaften kein von den Interessen ihrer Mitglieder verschiedenes Erwerbsunternehmen sind, so fördern alle im Geschäft arbeitenden Gelder wenigstens mittelbar die Wirtschaft der Genossen.

Der Reingewinn aus den Geschäftsguthaben und Spargeldern läßt sich nicht von dem Gesamtreingewinn trennen, zu dem auch die Reserven und sonstige fremde Gelder beitragen. Dieser Unterscheidung bedarf es hier aber ebensowenig wie bei den Kreditgenossenschaften, zumal der überwiegende Teil des Gewinnes den Mitgliedern als Guthaben- und Einkaufsdividende oder in Form der Rabattrüdgewähr zufließt. So wurden von dem Reingewinn des Geschäftsjahres 1911 (vgl. Tabelle am Anfang) 166 574 Mk. als Kapitaldividende und 6 437 350 Mk. als Einkaufsdividende, zusammen also 6 603 942 Mk. an die Mitglieder verteilt. Auf die Guthaben bezogen entspricht das einer Jahresdividende von 133,71 %. Daneben sind noch von 58 Vereinen 1 171 751 Mk. Rabatte zurückgewährt worden. Es handelt sich also um ganz beträchtliche Summen, welche durch die Konsumvereine gerade den am wenigst bemittelten Bevölkerungsschichten auf diese Weise zufließen. Von dem Reste des Gewinnes führten 166 Genossenschaften 108 138 Mk. den Reserven und 123 Genossenschaften 75 549 Mk. Volksbildungs- und gemeinnützigen Zwecken zu.

Für die Feststellung der Zinsen, welche die Konsumvereine auf Spareinlagen gewähren, fehlen leider die Unterlagen und ebensowenig können hier für die Vereine, welche den Sparverkehr pflegen, getrennt die Sicherheits- und Liquiditätsverhältnisse festgestellt werden. Es interessieren aber auch die entsprechenden Zahlen von sämtlichen berichtenden Genossenschaften schon wegen der Guthaben wie wegen des Rückschlusses auf die in die Zahlen eingeschlossenen Vereine mit Sparverkehr.

Die oben für Ende 1911 nachgewiesenen fremden Konsumvereinsgelder setzten sich zusammen aus:

530 931	Mf.	Anlehen (1910: 504 822 Mf.)	bei 35 Genossen-
			schaften,
680 282	„	Spareinlagen (1910: 668 453 Mf.)	bei 29 Ge-
			nosenschaften,
3 046 219	„	Hypothekenschulden (1910: 2 921 743 Mf.)	bei
			88 Genossenschaften,
706 117	„	Hausanteile, Hausobligationen (1910: 625 142 Mf.)	bei 39 Genossenschaften.
4 963 549	Mf.		

Dem standen an eigenem Vermögen (Geschäftsguthaben und Reserven) 8 844 144 Mf. gegenüber. Das gesamte Betriebskapital der 273 Konsumvereine bestand also aus 64,05 % eigenem Vermögen und 35,95 % fremden Geldern. Die bereiten Mittel der 273 Genossenschaften (Kasse, Wertpapiere, kurzbefristete Bankguthaben) beliefen sich Ende 1911 auf 5 493 866 Mf. Die kurzbefristeten Verbindlichkeiten (Geschäftsguthaben ausscheidender Mitglieder, Spareinlagen, Barkautionen, Warenschulden, auszahlende Rabatte, Dividenden, Tantiemen usw.) betrugen zusammen 9 541 071 Mf. 57,58 % der letztgenannten Verbindlichkeiten waren demnach durch flüssige Mittel gedeckt. Im allgemeinen sind also Sicherheit und Liquidität der Konsumvereine als gut zu bezeichnen und das erlaubt wohl den Rückschluß, daß eine gesonderte Betrachtung der Vereine mit Spareinlagen zu ähnlichen Ergebnissen führen würde.

So bilden die Konsumvereine eine bedeutungsvolle Spargelegenheit besonders für die Arbeiterbevölkerung ihrer Niederlassung. Die Verwendung der Einlagen und Gewinne kommt den Gläubigern fast restlos zugute, die Sicherheit und stete Rückzahlbarkeit der Guthaben und Spargelder scheint gewahrt.

IV.

Baugenossenschaften.

Spareinlagen sind auch bei den Baugenossenschaften neben den Geschäftsguthaben für unsere Untersuchung zu berücksichtigen, obwohl die Pflege des Spargeldverkehrs gerade bei Baugenossenschaften den größten Bedenken begegnet. Denn diese nehmen Spareinlagen nur an, um ihre Anlage- und Betriebsmittel zu stärken. Da die genannten Mittel entsprechend Zweck und Tätigkeitsgebiet der Bauvereine in Grundstücken und Häusern angelegt werden, ja werden müssen, da eine andere Anlage völlig zwecklos wäre, so folgt daraus, daß die kurzfristigen Spargelder sich bei den

Genossenschaften in dauernde, schwer realisierbare Anlagen verwandeln, was für Sparer und Genossenschaft gleich gefährlich ist. Daher hat der Allgemeine Verband stets den Baugenossenschaften von der Gelddbeschaffung durch Annahme von Spareinlagen dringend abgeraten und die Ausgabe unkündbarer Anteilscheine empfohlen. Wo aber trotzdem der Sparverkehr gepflegt wird, soll nach einem Beschluß des Allgemeinen Genossenschaftstages zu München 1912¹ dafür gesorgt werden, daß für wenigstens 50 % der Spargelder Deckung in flüssigen Mitteln vorhanden ist.

Das Maß, in welchem die Baugenossenschaften den Spargeldverkehr pflegen, ergibt sich neben anderem aus folgenden Vergleichszahlen:

(Tabelle siehe Seite 99.)

Eine allzu große Zunahme der Spargelder ist also nicht zu verzeichnen, immerhin sind aber bedeutende Beträge bei den Baugenossenschaften untergebracht.

Über die Bewegung der in der vorigen Tabelle aufgeführten Spar-konten geben nachstehende Zahlen Auskunft:

Der Spareinlagebestand am Ende des Vorjahres erfuhr			
im Geschäfts- jahr	Zugang	Abgang	
		durch Rückzahlung	durch Über- tragung auf Ge- schäftsguthaben
	Mk.	Mk.	Mk.
1911	3 114 266	1 490 916	387 632
1910	3 273 448	1 609 466	236 385
1909	2 892 061	1 687 261	161 518
1908	1 904 980	1 179 105	104 825

Besonders ruhige Gelder sind also die Spareinlagen bei den Baugenossenschaften nicht, ein Grund mehr, welcher gegen die Pflege des Sparverkehrs spricht.

Auf die Herkunft der Spargelder läßt ebenso wie über die der Geschäftsguthaben die Zusammensetzung der Baugenossenschaftsmitglieder schließen, da diese aus ähnlichen Gründen, wie bei den Konsumvereinen ausgeführt, wohl den Hauptteil der Sparer stellen. Zwar erfreuen sich die Baugenossenschaften vielfach der Förderung außenstehender Kreise, z. B. der Arbeitgeber der Mitglieder. Doch dürfte deren finanzielle Unter-

¹ Vgl. Mitteilungen über den 53. Allgem. Genossenschaftstag, Berlin 1912, S. 116 ff.

Aktiva	Geschäfts= guthaben der Mitglieder	Reservefonds	Mangelteile fremde Gelder	Unter den fremden Geldern Spareinlagen
Mrk. 61 557 686 61 813 337 74 393 945 80 180 501 (bei 142 berichtenden Genossenschaften) 106 880 576 (bei 186 berichtenden Genossenschaften) 123 075 596 (bei 175 berichtenden Genossenschaften) 100 639 350 (bei 149 berichtenden Genossenschaften) 119 996 657 (bei 187 berichtenden Genossenschaften)	Mrk. 7 954 259 7 842 250 8 583 171 17 779 872 25 840 778 27 197 891 26 851 840 29 471 507 32 811 384 41 618 563 43 355 646	Mrk. 1 041 832 796 116 926 207 1 360 824 (bei 234 berichtenden Genossenschaften) 2 786 003 (bei 286 berichtenden Genossenschaften) 3 261 316 (bei 298 berichtenden Genossenschaften) 2 995 431 (bei 403 berichtenden Genossenschaften) 3 908 286 (bei 478 berichtenden Genossenschaften) 5 598 287 7 325 598 7 722 870	Mrk. 52 093 991 50 919 047 61 979 372 77 642 493 124 020 473 204 676 928 215 663 858 (bei 427 berichtenden Genossenschaften) 231 735 205 (bei 466 berichtenden Genossenschaften) 330 118 058 (bei 612 berichtenden Genossenschaften) 362 598 548 (bei 627 berichtenden Genossenschaften) 177 678 639 (bei 437 berichtenden Genossenschaften)	Mrk. ? ? ? ? ? ? ? ? 7 096 469 (bei 42 von 158 be= richtenden Genossen= schaften) 10 298 836 (bei 47 von 159 be= richtenden Genossen= schaften) 11 752 162 (bei 48 von 190 be= richtenden Genossen= schaften) 12 428 688 (bei 53 von 204 be= richtenden Genossen= schaften)

stützung durch Übernahme von unkündbaren Schuldscheinen oder Hausanteilscheinen, aber wohl nur sehr selten durch Einzahlung von Sparguthaben erfolgen. Bei 178 berichtenden Baugenossenschaften setzten sich nun die Mitglieder im Jahre 1911 wie folgt zusammen:

I. Selbständige Landwirte, Gärtner, Förster, Fischer .	125 Mitglieder
II. Gehilfen und Arbeiter bei der Land-, Forstwirtschaft, Gärtnerei und Fischfang	180 "
III. Fabrikanten, Bergwerksbesitzer und Bauunternehmer	1 178 "
IV. Selbständige Handwerker	2 661 "
V. Fabrikarbeiter, Bergarbeiter, Handwerksgefallen . .	21 028 "
VI. Selbständige Kaufleute und Händler	1 317 "
VII. Handlungscommis und sonstige kaufmännische Gehilfen	1 513 "
VIII. Fuhrherren, Schiffseigentümer, Gast- und Schankwirte	474 "
IX. Briefträger, untere Eisenbahn-, Telegraphen- oder Postbeamte, Eisenbahnarbeiter, unselbständige Schiffer, Kellner	13 077 "
X. Dienstmänner, Dienstboten	461 "
XI. Ärzte, Apotheker, Lehrer, Künstler, Schriftsteller, Kirchen-, Staats- und Gemeindebeamte	6 193 "
XII. Rentiers, Pensionäre und andere Personen ohne Berufsübung	5 045 "
Insgesamt	53 252 Mitglieder

Mit 34 133 Köpfen oder 64,10 % sind demnach die abhängigen handarbeitenden Berufsclassen II, V, IX, X am stärksten unter den Baugenossenschaftsmitgliedern vertreten. Von ihnen dürfte darum ein großer Teil der Spareinlagen herrühren, an denen aber anders wie bei den Konsumvereinen wohl auch die Angehörigen der anderen Berufsclassen besonders von III, XI, XII in größerem Umfange beteiligt sind. Denn die Hoffnung, bald in den Besitz eines Hauses oder einer Wohnung zu kommen, veranlaßt, wie anzunehmen ist, auch die letztgenannten Kreise, ihr Geld bei der Baugenossenschaft anzulegen, wogegen bei den Konsumvereinen ein ähnlicher Grund fehlt. Immerhin bleibt dies eine aus der Eigenart baugenossenschaftlicher Mitgliedschaft geschöpfte Vermutung. Die Guthabeneinleger verteilen sich selbstverständlich auf alle angeführten Berufsgruppen. Daß die Mitglieder und damit auch die Spareinleger an dem Sitz beziehungsweise in der Gegend der Genossenschaft ansässig sind, bedarf bei Bauvereinen keiner näheren Darlegung.

Verwandt werden die Guthaben und Spargelder entsprechend dem Zwecke ihrer Heranziehung zu Grundstücksankäufen und Häuserbauten.

Ein Teil der Guthaben und Spargelder, welcher im Interesse der Liquidität flüssig zu erhalten ist, muß natürlich in Wertpapieren oder bei Banken angelegt werden. Mit dieser Beschränkung dienen Guthaben und Spareinlagen der Befriedigung des Wohnbedürfnisses der Mitglieder, kommen also den Einzahlern oder deren Berufsgenossen zugute.

Der Gesamtreingewinn, in dem auch die Erträgnisse der Guthaben und Spareinlagen stecken, belief sich im Jahre 1911 bei 204 berichtenden Genossenschaften mit 14 064 568 Mk. Geschäftsguthaben auf 1001 687 Mk. Von diesem Gewinn wurden zugewiesen:

397 594,—	Mk. den Reserven,
486 227,—	„ Dividende auf die Geschäftsguthaben,
8 950,—	„ Mietdividende,
28 439,—	„ zu sonstigen Zwecken,
80 477,—	„ Gewinnvortrag.
1 001 687,—	Mk.

Im Vergleich zu den bisher behandelten Genossenschaftskonten kommt also bei den Bauvereinen nur eine recht mäßige Dividende zur Ausschüttung. So verteilten

17	Genossenschaften	3	%,
24	„	3 $\frac{1}{2}$	%,
121	„	4	%,
3	„	5	%.

Die Dividenden der übrigen bewegten sich in ähnlicher Höhe. Der Grund für diese Erscheinung liegt in dem verhältnismäßig geringen eigenen Kapital der Baugenossenschaften, dann aber auch in den gesetzlichen Bestimmungen, welche Baugenossenschaften als gemeinnützige Unternehmungen von Gerichts- und Stempelfskosten sowie Steuern freistellen, wenn die Dividende statutarisch auf 4 %, in Ausnahmefällen 5 %, beschränkt wird. Welche Zinsen die Baugenossenschaften ihren Spargläubigern gewähren, konnte nicht in größerem Umfange festgestellt werden.

Was die Sicherheit der Baugenossenschaften anlangt, so liegen hierfür in der ersten Tabelle dieses Abschnittes, bei 204 Genossenschaften außerdem noch nähere Anhaltspunkte vor. Letzterer gesamtes Betriebskapital bestand Ende 1911 aus:

14 064 568,—	Mk. Geschäftsguthaben der Mitglieder,
3 712 642,—	„ Reserven.
17 877 210,—	Mk. eigenes Vermögen.

106 515 963,—	Mk. Hypotheken,
2 496 806,—	„ unkündbaren Schuldverschreibungen,
2 360 506,—	„ Anzahlungen der Hausanwärter,
2 044 813,—	„ Anlehen,
12 428 688,—	„ Spareinlagen,
2 770 572,—	„ Kredite auf Baumaterialien und andere Schulden.
128 617 348,—	Mk. fremde Gelder.

Das entspricht also einem Verhältnis von 12,20 % eigenen und 87,80 % fremden Mitteln. (1910: 12,22 % und 87,78 %; 1909: 11,86 % und 88,14 %; 1908: 11,24 % und 88,76 %; 1907: 11,89 % und 88,11 %; 1906: 12,67 % und 87,33 %; 1905: 12,84 % und 87,16 %.) Der geringe Umfang des eigenen Vermögens liegt in der Eigenart des baugenossenschaftlichen Wirkens begründet. Wollten die Baugenossenschaften mit dem Hausbau warten, bis sie die Grundstücks- und Baukosten aus eigenen Mitteln zahlen könnten, so würden die Mitglieder ungeduldig werden und austreten. Auch erscheinen die Verhältnisse in einem bedeutend günstigeren Lichte, wenn man erwägt, daß ein großer Teil der fremden Gelder aus Hypothekendarlehen des Reiches und der Bundesstaaten besteht, daher den Genossenschaften auf lange Zeit belassen und nur durch Amortisation getilgt wird. Auch die unkündbaren Schuldverschreibungen zählen zu den der Genossenschaft durchaus sicheren Geldern.

Zur Beurteilung der Liquidität der Baugenossenschaften fehlen bis jetzt noch die Unterlagen, welche allgemeingültige Schlüsse erlaubten. Selbst die Zusammenstellung aus den Bilanzen usw. im Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes genügen hierfür nicht, da die Baugenossenschaften zur Erhaltung ihrer Liquidität oft Vorkehrungen getroffen haben, welche nur bei einer besonderen diesbezüglichen Untersuchung zahlenmäßig zu erfassen wären. So hat z. B. einer der größten, den Sparverkehr pflegenden Bauvereine für erstklassige Banken schon jetzt Sicherungshypotheken in Höhe von 600 000 Mk. eintragen lassen, wogegen sich diese Banken verpflichtet haben, jederzeit im Bedarfsfalle dem Bauverein diese Summe zur Verfügung zu stellen. In der Bilanz hat diese Abmachung keinen Ausdruck gefunden und wie diesen mag es noch viele ähnliche Fälle geben. Eine Statistik aufzumachen, bei der Beträge über eine halbe Million zuungunsten der Liquidität einfach unter den Tisch fallen, hat aber wenig Zweck. Darum muß in diesem Punkte die Untersuchung mit einem Fragezeichen schließen.

V.

Gewerbliche Genossenschaften.

Nach Schulze-Delitzsch'schen Grundsätzen werden auch die Mehrzahl der gewerblichen Rohstoff-, Magazin-, Werk- und Produktionsgenossenschaften, desgleichen auch die Wareneinkaufsvereine der Händler geleitet. Der Vollständigkeit wegen ist ihrer daher ebenfalls hier zu gedenken, obwohl für die statistische Erfassung ihrer Rolle im eigentlichen Sparverkehr bis jetzt noch ziemlich alle Unterlagen fehlen. Indessen stellen ja allein schon die Geschäftsguthaben, wie früher ausgeführt, in gewissem Sinne mitgliedschaftliche Spareinlagen dar. Die nachfolgenden Tabellen sollen daher in erster Linie über die Bewegung der Geschäftsguthaben Aufschlüsse geben. Daneben finden sich aber auch Zahlen, die wenigstens gewisse Rückschlüsse auf den Sparverkehr sowie die Liquiditätsverhältnisse der Genossenschaften zulassen. Die dem Allgemeinen Verbands angehörigen gewerblichen Genossenschaften sind hierbei gesondert aufgeführt, da nur auf sie die näheren Erläuterungen sich beziehen.

Gewerbliche Rohstoff- und Magazingenossenschaften und Wareneinkaufsvereine¹ der Händler.

Jahr	Z a h l			Aktiva	Geschäftsguthaben der Mitglieder	Reservefonds	Angelegene fremde Gelder
	der bestehenden Genossenschaften	der vertickten Genossenschaften	der Mitglieder				
				Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1901	269	22	1 209	2 354 783	614 108	233 598	1 257 168
1902	309	20	1 083	2 326 636	584 967	217 195	1 343 926
1903	374	18	1 032	2 342 287	569 416	193 981	1 358 817
1904	410	20	1 090	2 283 343	573 621	199 858	1 266 236
1905	299	127	6 227	7 146 751	1 196 408	495 412	4 597 740
1906	330	175	7 767	8 469 415	1 812 336	489 139	4 610 184
1907	380	226	11 133	15 549 901	2 777 783	803 941	8 238 923
1908	572	248	13 860	15 202 028	3 226 272	953 182	7 293 591
1909	606	266	14 754	16 588 980	3 986 078	1 094 728	7 447 956
1910	869	389 ²	22 150	25 838 236	6 447 484	1 868 217	6 803 625
1911	934	403 ³	22 798	28 245 802	6 831 067	1 908 186	11 017 497
1911 davon:							
Rohstoffgenossensch.		23	1 225	1 448 873	484 851	180 460	405 435
Magazingenossensch.		8	681	959 780	207 828	91 088	470 096

dem Allgemeinen Verbands angehörend.

¹ Seit 1910. ² einschl. 102, ³ einschl. 98 Wareneinkaufsvereine der Händler.

Gewerbliche Produktivgenossenschaften.

Jahr	Zahl			Aktiva	Geschäfts- guthaben der Mitglieder	Reserve- fonds	An- geliehene fremde Gelder
	der be- stehenden Genossen- schaften	der be- richtenden Genossen- schaften	der Mit- glieder				
				Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1901	303	15	2 093	2 905 146	466 321	328 045	1 588 158
1902	323	11	763	2 125 702	528 509	168 133	1 013 709
1903	345	21	3 141	3 956 220	629 103	404 374	2 371 258
1904	368	24	4 124	4 366 046	690 405	397 228	2 417 175
1905	210	30	3 917	4 719 250	709 214	565 832	2 804 504
1906	230	36	5 199	5 415 088	845 189	558 175	3 382 837
1907	275	44	7 100	6 401 136	962 972	762 152	3 748 359
1908	290	60	9 464	8 873 151	1 561 681	785 415	4 792 056
1909	329	64	11 147	10 098 832	1 974 694	702 911	5 405 029
1910	415	68	11 892	13 439 339	2 720 681	885 377	7 421 578
1911	454	73	14 688	17 195 673	3 694 979	1 567 269	10 464 729
1911 davon		13	568	3 819 620	1 158 963	209 538	1 995 078

dem Allgemeinen Verbands angehörnd.

Gewerbliche Werkgenossenschaften.

Jahr	Zahl			Aktiva	Geschäfts- guthaben der Mitglieder	Reserve- fonds	An- geliehene fremde Gelder
	der be- stehenden Genossen- schaften	der be- richtenden Genossen- schaften	der Mit- glieder				
				Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
1905	206	25	3325	6 018 919	509 364	156 181	1 749 841
1906	341	48	3833	7 533 771	592 767	356 657	3 581 962
1907	390	43	3736	5 251 511	603 807	363 055	3 378 914
1908	447	50	3463	5 039 495	524 702	398 151	3 553 524
1909	673	66	3974	6 093 038	743 835	762 258	3 868 216
1910	766	60	3906	5 221 794	585 474	818 148	3 430 803
1911	944	56	3993	6 076 653	701 708	1 554 840	4 089 429
1911 davon		11	2192	2 254 617	289 575	652 118	1 145 520

dem Allgemeinen Verbands angehörnd.

Die Guthabensummen steigen also fortgesetzt und betrugen bei sämtlichen angeführten gewerblichen Genossenschaften Ende 1911 schon über 11 Millionen Mt. Desgleichen sind auch die fremden Gelder in fortgesetzter Steigerung begriffen. Ob und wieviel von diesen Geldern auf Spareinlagen entfallen, läßt sich mit voller Bestimmtheit nicht sagen. Für die Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes ist allerdings eine weitere Zerlegung der fremden Gelder möglich. Diese setzten sich zusammen aus:

Ende des Geschäftsjahres 1911	Rohstoffgenossenschaften	Wertgenossenschaften	Magazingenossenschaften	Produktivgenossenschaften
Anleihen u. Spareinlagen	Mf. 290 799 bei 18 Genossenschaften	Mf. 936 238 bei 9 Genossenschaften	Mf. 128 170 bei 5 Genossenschaften	Mf. 1 058 603 bei 11 Genossenschaften
Hypotheken	108 636 bei 3 Genossenschaften	209 282 bei 6 Genossenschaften	290 026 bei 2 Genossenschaften	936 475 bei 8 Genossenschaften
Hausanteile	6 000 bei 1 Genossenschaft	—	51 900 bei 1 Genossenschaft	—
Gesamtsumme der fremden Mittel.	405 435	1 145 520	470 096	1 995 078

Welcher Betrag von den unter „Anleihen und Spareinlagen“ angeführten Geldern auf die reinen Spareinlagen entfällt, war leider nicht zu ermitteln. Es darf aber vermutet werden, daß diese Summen nicht ganz gering sind. Denn früher war es bei vielen gewerblichen, insbesondere bei Rohstoffgenossenschaften üblich, die Mitglieder außer zu den Zahlungen auf den Geschäftsanteil statutarisch auch zur Leistung von sogenannten unkündbaren Einlagen zu verpflichten, die ganz wie Spareinlagen verzinst wurden und sich von solchen nur durch den Zahlungszwang und die Unkündbarkeit während der Mitgliedschaftsbauer unterschieden. Nach der neueren Rechtsprechung ist eine derartige Statutenverpflichtung unzulässig. Dadurch wurden die Genossenschaften, soweit sie nicht aus Unkenntnis die alte Bestimmung unverändert ließen, gezwungen, die unkündbaren Einlagen in Sparkonten umzuwandeln, um die eingezahlten Gelder nicht entbehren zu müssen bzw. um auch fernerhin sich die nötigen Mittel beschaffen zu können. Aus letzterem Grunde pflegen auch die Genossenschaften den Sparverkehr, welche ihn unmittelbar bei sich eingeführt haben. Wieviele überhaupt sich seiner bedienen, ist bedauerlicherweise ebenfalls nicht festzustellen. Eine eingehendere Darstellung der Geschäftsverhältnisse wie bei den vorher behandelten Genossenschaftsarten erübrigt sich also hier, weil mangels zahlenmäßiger Erfassung des Spargeldverkehrs ja doch jede Beziehungsmöglichkeit fehlt. Es sei daher in Rücksicht auf die Geschäftsguthaben nur noch kurz erwähnt, daß unter den Verbandsgenossenschaften an Kapitaldividende in Prozenten der Geschäftsguthaben von dem Reingewinn aus 1911 durchschnittlich ausgeschüttet haben: Wertgenossenschaften 6,43 %; Magazingenossenschaften 2,62 %; Produktivenossenschaften 7,27 %. Bei den Rohstoffgenossenschaften schwankt bei 17 die Kapitaldividende zwischen 4 % und 6 % der Geschäftsguthaben, eine verteilte 50 %, eine 75 %. Daneben fließen den Genossen noch weitere

Gewinnanteile zu, für deren Bemessung andere Maßstäbe als die Guthaben entscheidend sind. Die Geschäftsguthaben und die Spargelder, soweit solche vorkommen, entstammen bei den gewerblichen Genossenschaften natürlich dem Gewerbestand, welchem die Mitglieder der betreffenden Genossenschaft angehören. Den gleichen Personen kommen auch diese Gelder samt dem Gewinn daraus wieder zugute, da sie lediglich zu Genossenschaftszwecken Verwendung finden.

VI.

Schlusswort.

Ein Rückblick auf die gesamten Untersuchungsergebnisse zeigt, daß ein sehr beträchtlicher Teil der deutschen Sparkapitalien in Form von Geschäftsguthaben, Spar- oder Depositengeldern bei den Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften angelegt und von diesen verwaltet wird. Diese Spargelder entstammen vorwiegend der Arbeiterklasse oder dem erwerbstätigen Mittelstande der Gegend, in welcher die Genossenschaft ihren Sitz hat. Den gleichen Berufskreisen, vielfach sogar denselben Personen kommt die Verwendung der Spareinlagen und der aus ihnen erzielten Gewinne in Gestalt von Betriebsdarlehen oder Konsum-, Wohn- und Produktions-erleichterungen wieder zugute. Sicherheit und Liquidität der Genossenschaften gehen, soweit darüber Sicheres festzustellen war, allgemein betrachtet zu Ausstellungen keinen Anlaß.

Alles das gilt, wie schon eingangs erwähnt und hier nochmals besonders betont werden soll, nur für die im Allgemeinen Verbande zusammengeschlossenen Genossenschaften, soweit das Gegenteil nicht besonders hervorgehoben ist oder sich aus den eingefügten Tabellen von selbst ergibt. Inwieweit die Ergebnisse auf die zahlreichen Genossenschaften nach Schulze-Delitzsch übertragen werden können, die außerhalb des Allgemeinen Verbandes stehen, dafür fehlt heute noch der zahlenmäßige Maßstab.

Von den Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes darf aber gerade im Hinblick auf ihre Rolle im deutschen Volkssparwesen gesagt werden, daß sie über ihre engere Zweckbestimmung hinaus der sozialen genossenschaftlichen Gesamtaufgabe gerecht werden, mitzuwirken an dem Ausgleich des Klassenkampfes, an der Versöhnung zwischen Kapital und Arbeit. Eben damit sind sie, wie Schmoller einmal gesagt hat, „einer der großen Dämme geworden, welcher, in den Strom unserer sozialen Entwicklung hineingebaut, mit dazu beigetragen hat, und noch ferner dazu beitragen wird, die Auflösung unserer Gesellschaft in Proletariat einerseits, Kapitalisten und Großunternehmer anderseits zu hemmen, den Mittelstand zu erhalten.“

Tabellen.

Tabelle I.

Staaten und Landesteile	Summe der Geschäftsguthaben			
	1900	1901	1902	1903
Preußen:	16	17	17	17
Prov. Ost- und Westpreußen . .	4 305 480	4 516 163	4 671 456	4 844 017
„ Brandenburg (ohne Groß- Berlin)	24 6 053 877	25 6 331 282	27 6 586 968	27 6 797 052
Groß-Berlin	16 4 490 900	16 5 038 259	16 5 614 219	16 6 353 698
„ Pommern	14 2 301 607	14 2 417 031	14 2 517 832	14 2 626 285
„ Posen	8 1 855 695	8 2 027 313	8 2 153 694	8 2 281 656
„ Schlesien	54 6 932 007	54 7 139 065	54 7 364 508	53 7 440 019
„ Sachsen	19 2 277 005	20 2 339 792	20 2 388 726	21 2 430 773
„ Schleswig-Holstein einschl. Oldenburg u. Hansestädten	18 3 396 747	18 3 410 619	18 3 378 519	19 3 371 839
Prov. Hannover, Westfalen und Rheinland	6 1 365 088	6 1 444 845	6 1 560 217	6 1 653 702
Prov. Hessen-Nassau, Reg.=Bez. Cassel	5 571 766	5 575 920	5 666 793	5 739 598
Prov. Hessen-Nassau, Reg.=Bez. Wiesbaden	14 4 695 835	15 4 921 418	15 5 162 368	15 5 373 274
Bayern:	22	22	22	22
Reg.=Bez. Rheinpfalz	6 254 701	6 423 124	6 466 601	6 596 849
„ Ober-, Mittel-, Unter- franken	15 1 280 637	15 1 317 199	15 1 381 196	15 1 427 690
„ Ober-, Niederbayern u. Schwaben	6 3 412 821	6 3 598 805	6 3 589 115	7 3 527 612
Sachsen	4 442 660	4 488 821	4 513 804	4 547 088
Baden	37 7 987 512	38 8 499 501	39 8 923 264	39 9 221 345
Hessen	15 4 499 363	15 4 762 052	15 5 014 862	15 5 252 694
Mecklenburg-Schwerin und Strelitz	7 2 278 662	7 2 344 489	7 2 306 923	7 2 296 472
Braunschweig	3 90 594	3 94 294	3 95 607	3 96 861
Thüringische Staaten . . .	30 2 662 434	30 2 764 339	30 2 873 867	30 2 961 510
Insgesamt bei berichtenden Vereinen	67 155 391 333	70 454 331 338	73 225 539 341	75 840 034 343

an den Jahresenden in Mark

1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
¹⁹ 6 158 499	¹⁹ 6 400 564	¹⁹ 6 792 781	¹⁹ 7 221 449	¹⁹ 7 528 582	¹⁹ 7 846 709	¹⁹ 8 258 747
²⁷ 7 016 128	²⁸ 7 492 959	²⁸ 7 675 067	²⁸ 7 948 060	²⁸ 8 554 840	²⁸ 9 014 761	²⁸ 9 500 513
¹⁶ 7 002 552	¹⁶ 8 195 984	¹⁶ 9 516 261	¹⁶ 10 502 018	¹⁶ 11 267 685	¹⁶ 11 503 751	¹⁶ 11 899 805
¹⁴ 2 769 828	¹⁴ 2 920 514	¹⁴ 3 012 583	¹⁴ 3 146 586	¹⁴ 3 230 639	¹⁴ 3 400 434	¹⁴ 3 646 538
⁸ 2 281 703	⁸ 2 437 694	⁸ 2 538 621	⁸ 2 650 144	⁸ 3 011 240	⁸ 3 103 064	⁸ 3 293 299
⁵⁴ 7 661 878	⁵⁴ 7 855 782	⁵⁴ 8 192 871	⁵⁴ 8 565 904	⁵⁵ 9 123 642	⁵⁶ 9 730 946	⁵⁷ 10 385 187
²² 2 533 045	²² 2 642 536	²³ 2 754 129	²³ 3 030 386	²³ 3 273 000	²³ 3 474 687	²³ 3 711 815
¹⁹ 3 552 937	¹⁹ 3 695 040	²⁰ 3 984 103	²⁰ 4 513 794	²⁰ 4 927 240	²⁰ 5 224 560	²⁰ 5 726 375
⁶ 1 827 144	⁶ 2 042 362	⁷ 2 676 921	⁷ 2 840 937	⁷ 3 070 045	⁷ 3 274 242	⁷ 3 441 607
⁵ 859 553	⁵ 1 016 416	⁵ 1 279 410	⁵ 1 292 183	⁵ 1 425 835	⁵ 1 533 921	⁵ 1 639 108
¹⁵ 5 673 621	¹⁵ 5 933 243	¹⁵ 6 167 899	¹⁵ 6 355 037	¹⁵ 6 582 224	¹⁵ 6 858 667	¹⁵ 7 007 789
²² 6 728 464	²² 6 920 229	²² 7 039 658	²² 7 123 029	²² 7 189 727	²² 7 352 969	²² 7 576 246
¹⁵ 1 484 180	¹⁵ 1 537 044	¹⁵ 1 576 143	¹⁶ 1 683 797	¹⁶ 1 672 746	¹⁶ 1 760 944	¹⁶ 1 830 208
⁷ 3 410 279	⁸ 3 440 189	⁸ 3 422 815	⁸ 3 379 929	⁸ 3 348 860	⁸ 3 342 769	⁸ 3 371 481
⁴ 603 402	⁴ 636 008	⁴ 672 324	⁴ 736 423	⁴ 825 240	⁴ 1 005 156	⁴ 1 157 612
³⁹ 9 532 200	³⁹ 10 028 663	⁴⁰ 10 495 818	⁴¹ 11 031 978	⁴¹ 11 512 929	⁴¹ 11 839 807	⁴¹ 12 250 065
¹⁵ 5 487 207	¹⁵ 5 650 000	¹⁵ 5 834 977	¹⁵ 6 289 600	¹⁵ 6 473 784	¹⁵ 6 658 135	¹⁵ 6 835 299
⁷ 2 339 586	⁷ 2 363 824	⁷ 2 456 350	⁷ 2 474 974	⁷ 2 560 972	⁷ 2 624 721	⁷ 2 729 225
³ 95 560	³ 96 452	³ 96 537	³ 101 268	³ 106 498	³ 111 139	³ 118 166
³¹ 3 060 464	³¹ 3 180 355	³¹ 3 342 013	³¹ 3 592 216	³² 3 787 957	³³ 4 059 049	³³ 3 732 545
80 078 230	84 485 858	89 527 281	94 479 712	99 479 685	103 720 431	108 111 630
348	350	354	356	358	360	361

Tabelle VIII.

Staaten und Landesteile	Die am Schluß des Rechnungsjahrs		
	Gesamtschaften	bis 60 Mrk.	über 60 bis 150 Mrk.
Preußen:			
Provinz Ost- und Westpreußen	22	5 144	3 825
„ Brandenburg (ohne Groß-Berlin). . . .	33	10 299	5 410
„ Groß-Berlin	14	3 619	1 498
„ Pommern	18	4 445	1 939
„ Posen	9	1 958	1 781
„ Schlesien	62	20 044	11 190
„ Sachsen	32	5 863	3 681
„ Schleswig-Holstein (einschl. Großherzogtum Oldenburg und Hansestädte)	19	4 034	1 944
„ Hannover, Westfalen und Rheinland . .	8	4 958	2 150
„ Hessen-Raffau: Reg.-Bez. Cassel	5	2 480	1 143
„ „ „ Wiesbaden	14	5 061	2 034
Bayern:			
Reg.-Bez. Rheinpfalz	22	2 587	1 935
„ Ober-, Mittel-, Unterfranken	14	920	621
„ Ober-, Niederbayern und Schwaben . .	6	705	444
Sachsen	3	685	408
Baden	42	6 517	4 535
Hessen	17	6 156	3 344
Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	6	2 416	1 549
Braunschweig	6	1 022	445
Thüringische Staaten	38	11 026	4 798
Insgesamt bei berichtenden Vereinen {	390	100 139	54 674

Tabelle II.

Staaten und Landesteile	Bestand der Sparkassenkonten am 1. Januar 1900	Zunahme der Sparkassenkonten in den Jahren											Reinzunahme von 1900 bis Ende 1910	Gesamtzunahme und Gesamtabnahme (Tab. III)
		1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910		
Preußen:	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Provinz Ost- und Westpreußen	¹⁸ 6 438 758	¹² 280 930	¹⁷ 908 969	¹⁶ 1 114 331	¹⁷ 734 913	¹⁸ 1 058 346	¹⁹ 1 988 416	²⁰ 2 023 578	¹⁶ 1 275 955	¹³ 872 490	²¹ 2 326 998	²¹ 2 548 891	20 371 001	21 572 575
„ Brandenburg (ohne Groß-Berlin)	³³ 21 218 431	²⁰ 1 223 899	²² 1 405 461	²⁵ 1 101 302	²⁸ 1 293 189	²⁹ 1 652 952	²⁹ 2 050 318	²⁵ 1 380 362	¹⁸ 832 549	¹⁹ 1 202 399	²⁶ 2 660 816	³¹ 2 992 182	36 862 749	1 201 574
Groß-Berlin	¹⁴ 7 584 871	¹⁰ 1 039 694	¹¹ 1 325 914	¹¹ 1 950 055	⁹ 2 505 208	¹² 3 358 774	¹¹ 3 637 646	¹³ 3 452 591	⁶ 468 211	⁶ 554 216	¹⁰ 3 464 571	¹⁰ 4 209 879	29 960 060	39 013 860
„ Pommern	¹⁹ 8 697 860	¹² 556 369	⁹ 535 090	¹³ 836 259	¹⁴ 933 365	¹⁶ 868 761	¹⁵ 1 084 299	¹⁵ 890 514	¹² 458 006	¹⁰ 450 774	¹⁵ 1 135 812	¹⁶ 1 125 679	16 081 321	2 151 111
„ Posen	⁸ 5 062 195	⁶ 299 335	⁶ 312 793	⁷ 258 935	⁸ 665 826	⁶ 440 042	⁷ 535 391	⁶ 385 096	⁴ 235 084	⁸ 856 406	⁵ 544 197	⁸ 907 613	9 308 803	33 551 630
„ Schlesien	⁵⁸ 29 386 343	³⁹ 1 414 896	³⁷ 2 194 304	³⁹ 2 192 329	⁴⁴ 2 203 151	⁴⁴ 2 214 077	⁴⁸ 2 621 573	⁴⁹ 2 854 307	⁴² 2 743 031	⁵⁰ 3 214 672	⁵² 4 991 402	⁵⁸ 5 914 354	59 608 049	3 591 570
„ Sachsen	²⁷ 13 248 914	¹⁷ 744 456	¹⁶ 891 484	¹⁹ 822 588	²⁰ 1 377 781	¹⁹ 1 377 312	¹⁹ 1 006 723	²⁵ 2 271 778	²⁴ 1 162 650	¹⁷ 1 055 041	²⁶ 1 748 103	²⁴ 1 933 993	25 887 081	17 572 788
„ Schleswig-Holstein (einschl. Großherzogtum Oldenburg und Hansestädte)	¹⁸ 15 050 118	¹⁶ 658 441	¹³ 740 022	¹⁶ 1 192 915	¹⁷ 1 063 521	²⁰ 1 692 854	¹⁷ 1 590 758	¹⁴ 1 352 783	¹⁶ 1 622 097	¹⁵ 1 378 332	²¹ 2 680 215	²¹ 3 268 905	30 860 289	8 491 467
„ Hannover, Westfalen und Rheinland	⁸ 16 194 660	⁷ 2 037 195	⁶ 1 268 956	⁵ 592 404	⁶ 530 770	⁶ 1 332 224	⁸ 1 881 734	⁷ 1 077 788	⁷ 906 499	⁶ 893 598	⁶ 1 188 412	⁷ 2 133 309	26 202 394	10 502 913
„ Hessen-Rhaffau: Reg.-Bez. Cassel	⁵ 2 532 711	³ 559 580	³ 192 922	⁴ 412 080	⁴ 685 638	⁵ 747 283	⁵ 832 478	⁵ 915 764	⁴ 512 576	⁴ 102 427	⁵ 795 878	⁴ 192 597	7 952 939	1 194 110
„ „ „ Wiesbaden	¹⁴ 7 970 151	¹³ 856 767	¹³ 932 318	¹⁴ 1 281 573	¹³ 1 359 451	¹³ 1 080 970	¹² 758 909	¹⁵ 584 508	¹⁰ 673 370	¹² 895 565	¹⁶ 1 661 419	¹⁵ 1 332 810	18 905 140	61 944 439
Bayern:														2 336 390
Reg.-Bez. Rheinpfalz	²² 3 737 747	⁷ 333 706	⁷ 478 650	⁸ 191 949	⁹ 463 389	⁷ 379 290	¹⁰ 894 007	⁹ 540 918	⁷ 480 126	¹⁰ 993 060	¹¹ 1 287 426	¹³ 1 303 020	10 911 277	27 640 823
„ Ober-, Mittel- und Unterfranken	¹³ 3 476 634	⁷ 113 955	¹⁰ 162 289	⁸ 189 626	⁸ 198 404	¹⁰ 218 734	⁶ 153 281	⁹ 207 189	¹⁰ 273 491	⁹ 342 080	⁸ 221 119	⁹ 284 070	5 245 648	1 753 742
„ Ober-, Niederbayern und Schwaben	³ 345 184	³ 38 342	⁴ 53 283	³ 72 579	⁴ 125 020	⁴ 162 760	⁵ 199 055	⁵ 120 980	⁴ 99 220	⁴ 133 174	⁶ 380 999	⁵ 306 257	1 193 661	32 290 961
Sachsen	² 778 163	² 63 246	² 63 156	² 106 068	² 62 906	³ 297 286	³ 349 849	³ 485 068	³ 601 358	³ 173 353	³ 900 681	³ 940 493	4 821 627	1 430 672
Baden	³⁸ 22 516 148	⁴⁰ 2 787 263	³⁸ 3 316 141	³⁶ 2 301 150	³⁸ 2 972 483	³⁸ 2 929 655	³⁹ 3 423 372	³⁵ 2 557 816	³⁴ 2 744 696	³⁹ 3 822 851	⁴⁰ 3 873 555	³⁹ 4 624 622	55 982 594	30 037 549
Hessen	¹⁵ 10 940 352	¹² 557 502	¹⁶ 1 157 747	¹⁶ 1 349 098	¹⁵ 1 218 421	¹³ 1 491 809	¹⁵ 1 348 253	¹² 764 040	¹³ 1 215 840	¹³ 989 686	¹³ 1 545 292	¹³ 893 839	21 979 625	3 835 155
Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	⁷ 6 207 763	⁴ 36 908	⁵ 269 477	⁵ 107 398	⁵ 144 082	⁷ 325 190	⁷ 327 134	⁷ 270 725	⁴ 94 858	⁴ 109 342	⁶ 279 836	⁷ 288 511	7 969 743	8 481 934
Braunschweig	⁵ 807 635	⁴ 154 415	⁴ 102 090	² 54 074	⁶ 124 416	⁶ 92 139	⁶ 151 728	⁴ 70 604	⁴ 112 058	⁵ 149 183	⁴ 194 565	⁵ 239 350	1 986 013	528 995
Thüringische Staaten	³⁶ 8 808 658	²² 542 231	²⁶ 546 612	²⁸ 766 018	²⁹ 904 819	²⁸ 1 035 508	²⁶ 994 255	³² 1 212 337	²⁷ 852 965	²⁴ 741 088	³² 1 202 490	³³ 1 503 778	18 463 837	19 387 811
Insgesamt bei berichtenden Vereinen {	191 003 296 363	14 299 130 256	16 857 678 265	16 892 731 277	19 566 753 296	22 755 966 304	25 829 179 307	23 418 746 303	17 364 640 265	18 929 737 271	33 083 786 326	36 944 152 352	410 553 851	436 945 794 26 391 943
														410 553 851

Tabelle III.

Staaten und Landesteile	Abnahme der Sparkassenkonten in den Jahren										
	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Preußen:	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Provinz Ost- und Westpreußen	⁵ 93 513	¹ 10 000	³ 36 198	³ 27 214	³ 29 071	³ 55 469	² 56 791	⁶ 368 728	⁷ 496 701	¹ 4 000	¹ 23 889
" Brandenburg (ohne Groß-Berlin)	¹¹ 311 733	¹¹ 100 336	⁷ 45 063	⁴ 155 578	⁴ 72 289	⁴ 170 208	⁷ 212 933	¹⁴ 724 628	¹⁴ 196 187	⁷ 143 300	² 18 856
Groß-Berlin	³ 70 905	² 2 227	² 37 923	⁴ 293 068	² 21 505	³ 85 688	¹ 1 332	⁸ 665 241	⁸ 2 301 355	⁴ 87 858	⁴ 24 468
" Pommern	⁵ 146 823	⁹ 169 775	⁴ 50 109	⁴ 31 024	³ 136 080	⁴ 82 628	³ 80 879	⁶ 314 845	⁹ 243 183	⁴ 87 492	⁴ 148 629
" Posen	² 298 795	¹ 115 278	¹ 16 348	—	² 216 914	¹ 238 166	² 84 665	³ 88 486	—	² 135 458	—
" Schlesien	¹⁴ 251 550	¹⁹ 402 678	¹⁶ 194 214	¹¹ 99 240	¹³ 288 235	¹¹ 188 146	⁸ 207 495	¹⁵ 377 301	⁹ 223 060	⁶ 88 078	² 16 393
" Sachsen	⁸ 249 018	⁸ 172 585	⁶ 208 944	³ 122 795	⁶ 181 792	⁷ 145 961	⁷ 127 207	⁴ 143 224	¹¹ 173 106	² 100 984	³ 128 126
" Schleswig-Holstein (einschl. Großherzogtum Oldenburg und Hansestädte)	⁴ 148 939	⁶ 326 947	³ 167 314	³ 158 012	—	³ 87 860	⁶ 108 223	⁴ 227 345	⁶ 206 032	—	—
" Hannover, Westfalen und Rheinland	¹ 16 895	² 71 341	³ 331 195	² 810 606	¹ 49 349	—	¹ 507 541	¹ 705 702	² 902 949	² 214 222	¹ 225 355
" Hessen-Raffau: Reg.-Bez. Cassel	¹ 22 816	¹ 19 094	—	—	—	—	—	¹ 43 085	¹ 83 000	—	¹ 361 000
" " " Weßbaden	¹ 1 965	² 12 861	¹ 10 107	² 9 158	² 9 007	² 120 997	—	⁷ 198 386	⁵ 107 594	—	² 12 596
Bayern:											
Reg.-Bez. Rheinpfalz	² 37 728	² 12 669	¹ 12 130	¹ 987	¹ 136	¹ 409	¹ 7 964	⁴ 86 022	² 10 689	² 3 277	—
" Ober-, Mittel- und Unterfranken	³ 33 333	² 25 132	⁴ 79 970	⁴ 23 646	² 83 551	⁵ 161 391	³ 40 768	² 14 731	² 4 295	³ 41 716	⁴ 86 691
" Ober-, Niederbayern und Schwaben	—	—	¹ 19 872	¹ 142 549	¹ 116 965	¹ 192 674	¹ 154 289	² 146 143	² 39 688	—	¹ 31 012
Sachsen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Baden	—	⁴ 119 318	⁶ 534 150	⁴ 82 470	⁵ 85 445	² 162 440	⁷ 328 007	⁹ 266 074	⁵ 140 721	⁴ 66 325	⁵ 102 208
Hessen	³ 114 406	—	—	² 50 526	⁴ 40 673	² 8 806	⁵ 187 640	⁴ 157 074	⁴ 85 652	⁴ 19 872	⁴ 827 605
Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	³ 17 657	² 115 266	² 102 979	² 84 033	—	—	—	³ 99 176	³ 61 780	¹ 10 590	—
Braunschweig	—	¹ 27 123	³ 49 164	—	—	—	² 55 197	² 98 951	¹ 17 231	² 12 059	¹ 6 519
Thüringische Staaten	¹⁰ 102 497	⁷ 65 008	⁵ 54 408	³ 17 867	² 8 619	⁵ 111 023	² 29 581	⁴ 72 488	⁹ 112 236	² 26 275	³ 46 920
Insgesamt bei berichtenden Vereinen {	1 918 573 76	1 767 638 81	1 950 088 68	2 108 773 53	1 339 631 51	1 811 866 54	2 190 512 53	4 797 630 99	5 405 459 100	1 041 506 46	2 060 267 38

Tabelle IV.

Staaten und Landesteile	Es wurden an Sparkassenkonten neu eröffnet im Jahre:											Es erloschen an Sparkassenkonten im Jahre:											Die Stückzahl der Sparkassenkonten betrug Ende des Jahres:										
	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Preußen:																																	
Provinz Ost- und Westpreußen	¹⁵ 2 287	¹⁷ 2 416	¹⁶ 2 855	¹⁸ 2 732	²⁰ 3 447	¹⁹ 4 185	²¹ 4 609	²¹ 4 258	²⁰ 4 597	²⁰ 6 040	²¹ 6 421	¹⁵ 1 574	¹⁵ 1 498	¹⁷ 1 656	¹⁷ 1 841	²⁰ 2 119	²¹ 2 132	¹⁹ 2 502	²⁰ 2 763	¹⁹ 2 906	²⁰ 3 090	²⁰ 2 832	¹⁶ 10 370	¹⁶ 11 059	¹⁷ 12 108	¹⁷ 12 725	¹⁹ 18 048	¹⁹ 19 789	¹⁹ 21 671	¹⁹ 22 960	¹⁹ 24 324	¹⁹ 26 770	¹⁹ 29 922
" Brandenburg (ohne Groß-Berlin)	²⁴ 2 170	²⁷ 2 459	²⁸ 2 616	²³ 2 816	²⁸ 2 862	²⁸ 2 689	²⁸ 2 853	²⁸ 2 700	²⁸ 2 903	²⁷ 3 165	²³ 3 280	²⁶ 2 020	²⁶ 1 850	²⁸ 2 086	²⁹ 2 006	²⁹ 2 124	²⁸ 2 166	²⁹ 2 119	²⁹ 2 310	²⁹ 2 342	²⁹ 2 408	²⁹ 2 280	³⁰ 27 281	³¹ 30 132	³² 31 002	³² 31 640	³² 32 383	³² 33 184	³² 33 978	³² 34 511	³² 35 226	³² 36 407	³⁴ 39 821
Groß-Berlin	¹¹ 2 186	¹² 2 376	¹² 2 679	¹² 3 133	¹² 3 725	¹² 4 720	¹² 6 016	¹² 7 300	¹² 6 481	¹² 8 016	¹³ 8 180	¹¹ 888	¹² 1 538	¹² 1 431	¹² 1 422	¹² 1 572	¹² 2 008	¹² 2 694	¹² 4 081	¹² 5 228	¹² 4 117	¹³ 4 160	¹² 9 620	¹² 10 286	¹³ 11 551	¹³ 13 219	¹³ 15 277	¹³ 17 986	¹³ 21 239	¹³ 24 452	¹⁴ 25 741	¹⁵ 30 095	¹⁵ 34 176
" Pommern.	¹⁸ 1 731	¹⁸ 1 403	¹⁸ 1 569	¹⁸ 1 661	¹⁸ 1 738	¹⁸ 1 898	¹⁸ 1 944	¹⁸ 2 015	¹⁸ 2 008	¹⁸ 2 100	¹⁸ 2 069	¹⁸ 1 425	¹⁸ 1 620	¹⁸ 1 452	¹⁸ 1 415	¹⁸ 1 391	¹⁸ 1 370	¹⁸ 1 523	¹⁷ 1 555	¹⁷ 1 759	¹⁸ 1 426	¹⁸ 1 870	¹⁹ 14 031	¹⁹ 14 134	¹⁹ 14 451	¹⁹ 14 926	¹⁹ 15 441	¹⁹ 15 975	¹⁹ 16 627	¹⁹ 17 015	¹⁹ 17 207	¹⁹ 17 684	¹⁹ 17 859
" Posen	⁶ 1 439	⁶ 1 018	⁶ 984	⁷ 1 167	⁷ 1 244	⁷ 1 293	⁷ 1 181	⁸ 1 233	⁸ 1 393	⁸ 1 479	⁹ 1 793	⁶ 739	⁶ 694	⁷ 794	⁷ 946	⁷ 1 094	⁷ 940	⁸ 915	⁸ 1 016	⁸ 1 177	⁸ 1 119	⁹ 1 089	⁷ 6 739	⁷ 6 979	⁷ 7 055	⁸ 8 124	⁸ 8 215	⁸ 8 460	⁸ 8 626	⁸ 8 810	⁸ 9 005	⁸ 9 255	⁹ 10 082
" Schlesien	⁴⁹ 5 588	⁵¹ 5 396	⁵¹ 5 185	⁵¹ 5 677	⁵¹ 6 658	⁵² 7 050	⁵² 7 431	⁵² 7 913	⁵³ 7 844	⁵⁴ 9 217	⁵⁵ 10 432	⁴⁷ 4 537	⁵⁰ 5 514	⁵⁰ 4 663	⁵⁰ 4 540	⁵⁰ 4 570	⁵¹ 4 785	⁵¹ 5 149	⁵¹ 5 552	⁵² 5 254	⁵⁴ 5 674	⁵⁵ 5 599	⁵¹ 49 580	⁵¹ 49 445	⁵¹ 50 045	⁵¹ 51 084	⁵³ 56 092	⁵³ 58 557	⁵³ 60 228	⁵³ 62 059	⁵⁴ 64 560	⁵⁵ 68 004	⁵⁵ 72 787
" Sachsen	²⁶ 1 985	²⁶ 2 087	²⁶ 2 013	²⁷ 2 091	³⁰ 2 082	³⁰ 2 127	³¹ 2 419	³¹ 2 577	³¹ 2 528	³¹ 2 466	³¹ 2 514	²⁶ 1 451	²⁶ 1 448	²⁶ 1 585	²⁶ 1 347	³⁰ 1 603	²⁹ 1 510	³⁰ 1 343	³¹ 1 712	³⁰ 1 926	³¹ 1 666	³¹ 1 911	²⁶ 19 068	²⁶ 19 730	²⁶ 20 077	²⁸ 20 736	²⁹ 21 572	³⁰ 22 228	³¹ 23 014	³¹ 24 385	³¹ 25 042	³¹ 25 922	³¹ 26 648
" Schleswig-Holstein (einschl. Großherzogtum Oldenburg u. Hansestädte)	¹⁴ 1 100	¹³ 934	¹⁴ 948	¹⁴ 1 012	¹³ 1 082	¹⁴ 1 190	¹⁴ 1 184	¹⁴ 1 576	¹⁴ 1 676	¹⁴ 1 779	¹⁵ 1 921	¹³ 722	¹⁴ 833	¹³ 882	¹³ 726	¹³ 775	¹³ 832	¹³ 748	¹³ 966	¹³ 876	¹³ 1 084	¹³ 977	¹⁴ 8 244	¹⁴ 8 312	¹⁴ 8 285	¹⁵ 8 615	¹⁵ 8 974	¹⁵ 9 387	¹⁵ 9 833	¹⁷ 12 013	¹⁷ 12 904	¹⁷ 13 687	¹⁹ 18 150
" Hannover, Westfalen und Rheinland	⁷ 4 731	⁷ 2 867	⁷ 2 212	⁷ 1 838	⁷ 1 942	⁷ 1 788	⁷ 3 674	⁷ 2 434	⁷ 3 064	⁷ 2 695	⁷ 2 940	⁷ 3 055	⁷ 2 055	⁷ 2 027	⁷ 1 344	⁷ 1 311	⁷ 993	⁷ 2 632	⁷ 1 864	⁷ 2 002	⁷ 2 668	⁷ 2 255	⁸ 10 825	⁸ 11 667	⁸ 11 873	⁸ 12 372	⁸ 13 099	⁹ 13 955	⁹ 15 705	⁹ 16 379	⁹ 17 411	⁹ 17 481	⁹ 18 292
" Hessen-Nassau: Reg.-Bez. Cassel . .	⁵ 875	⁵ 709	⁵ 815	⁵ 895	⁵ 941	⁵ 1 021	⁵ 1 213	⁵ 1 159	⁵ 1 195	⁵ 1 296	⁵ 1 147	⁵ 506	⁵ 519	⁵ 543	⁵ 542	⁵ 522	⁵ 653	⁵ 683	⁵ 754	⁵ 823	⁵ 834	⁵ 1 042	⁵ 4 952	⁵ 5 142	⁵ 5 412	⁵ 5 765	⁵ 6 184	⁵ 6 550	⁵ 7 075	⁵ 7 480	⁵ 7 852	⁵ 8 314	⁵ 8 419
" " " Wiesbaden	¹³ 3 109	¹⁴ 3 110	¹⁴ 3 240	¹³ 3 482	¹³ 3 566	¹³ 3 651	¹³ 3 779	¹⁴ 4 181	¹⁴ 4 187	¹⁴ 4 243	¹⁵ 4 344	¹³ 1 368	¹³ 1 573	¹³ 1 799	¹⁴ 1 749	¹³ 2 168	¹⁴ 2 126	¹³ 2 519	¹³ 2 778	¹³ 3 113	¹⁴ 3 156	¹⁴ 3 041	¹³ 15 147	¹⁴ 16 556	¹⁴ 18 055	¹⁴ 19 776	¹⁴ 21 132	¹⁴ 22 702	¹⁴ 23 979	¹⁴ 25 353	¹⁴ 26 372	¹⁴ 27 324	¹⁴ 28 651
Bayern:																																	
Reg.-Bez. Rheinpfalz	²² 851	²² 870	²² 752	²² 762	²² 804	²² 1 321	²² 1 026	²² 1 706	²² 2 264	²² 2 049	²² 2 403	²² 563	²² 548	²² 601	²² 536	²² 454	²² 810	²² 760	²² 838	²² 1 046	²² 854	²² 986	²² 4 388	²² 4 718	²² 4 760	²² 5 086	²² 5 382	²² 6 446	²² 6 712	²² 7 580	²² 8 798	²² 10 023	²² 11 034
" Ober-, Mittel- und Unterfranken . .	⁹ 290	⁹ 288	⁹ 288	⁹ 314	⁹ 316	⁹ 344	⁹ 346	⁹ 366	¹⁰ 401	⁹ 421	¹⁰ 406	⁷ 115	⁹ 300	⁹ 236	⁹ 198	⁹ 238	⁹ 223	⁹ 265	⁹ 270	⁹ 317	⁹ 253	¹⁰ 277	¹² 2 508	¹² 2 483	¹² 2 561	¹² 2 677	¹² 2 794	¹² 2 891	¹² 2 959	¹³ 3 074	¹³ 3 141	¹³ 3 333	¹³ 3 471
" Ober-, Niederbayern und Schwaben	³ 161	³ 139	³ 149	⁴ 182	⁴ 252	⁵ 336	⁵ 552	⁵ 450	⁵ 500	⁵ 548	⁵ 594	¹ 71	² 74	³ 74	³ 95	³ 84	⁵ 109	⁴ 143	⁵ 252	⁵ 251	⁵ 255	⁵ 236	⁴ 607	⁴ 653	⁴ 776	⁵ 809	⁶ 900	⁶ 1 104	⁶ 1 496	⁶ 1 709	⁶ 2 000	⁶ 2 245	⁶ 2 639
Sachsen	³ 206	³ 197	³ 187	³ 199	³ 225	³ 226	⁴ 421	⁴ 449	⁴ 368	⁴ 438	⁴ 521	³ 99	³ 160	³ 140	³ 119	³ 131	³ 124	⁴ 238	⁴ 249	⁴													

Tabelle V.

Staaten und Landesteile	Bestand der Depositen= konten am 1. Januar 1900	Zunahme der Depositenkonten in den Jahren											Reinzunahme von 1900 bis Ende 1910	Gesamtzunahme und Gesamtabnahme (Tab. VI)
		1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910		
Preußen:	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Provinz Ost- und Westpreußen	¹¹ 3 916 475	⁸ 824 069	⁸ 705 066	⁶ 625 951	⁸ 341 476	⁹ 876 782	¹⁰ 875 755	⁹ 723 066	⁷ 297 646	⁸ 1 192 932	⁷ 1 177 677	¹⁰ 1 385 382	12 451 036	12 942 477
„ Brandenburg (ohne Groß-Berlin)	⁸ 2 077 924	⁴ 52 659	² 33 045	⁵ 118 329	⁷ 159 104	⁶ 161 007	⁶ 124 008	⁵ 88 660	⁷ 462 526	¹⁰ 908 604	⁷ 359 540	⁷ 508 716	4 350 019	491 441
„ Groß-Berlin	² 467 828	² 389 489	² 33 000	¹ 81 618	⁴ 478 669	³ 346 713	³ 382 247	⁴ 732 796	⁴ 2 426 742	⁶ 3 236 428	⁴ 1 993 283	⁴ 1 013 557	10 314 350	5 054 122
„ Pommern	³ 1 829 610	³ 517 889	³ 266 100	¹ 69 138	² 29 085	² 240 143	³ 193 164	³ 74 986	² 252 676	³ 209 721	³ 106 588	⁴ 376 012	3 165 291	704 103
„ Posen	—	¹ 72 500	¹ 90 778	¹ 63 587	—	¹ 52 006	¹ 36 920	¹ 59 260	¹ 52 215	¹ 166 597	² 111 866	² 177 402	818 872	11 632 370
„ Schlesien	¹³ 1 549 697	⁹ 268 787	⁷ 227 430	⁷ 316 451	⁸ 607 391	¹⁰ 199 122	⁹ 419 411	¹² 866 010	¹³ 1 012 789	¹¹ 363 737	¹² 738 016	¹³ 884 348	6 062 865	1 318 020
„ Sachsen	¹ 271 926	¹ 122 016	—	—	—	¹ 6 658	—	¹ 19 840	¹ 59 659	¹ 58 832	² 57 021	¹ 2 323	497 342	4 165 112
„ Schleswig-Holstein (einschl. Großherzogtum Oldenburg und Hansestädte)	⁶ 2 874 318	⁴ 450 939	⁵ 239 363	⁴ 372 099	² 276 191	² 34 180	³ 142 225	⁴ 764 646	⁵ 198 458	⁵ 596 048	⁶ 674 329	⁵ 823 448	6 609 454	999 821
„ Hannover, Westfalen und Rheinland	¹ 698 348	—	—	¹ 64 744	¹ 76 057	—	—	¹ 8 312	¹ 20 177	—	—	¹ 104 901	440 526	883 131
„ Hessen-Rhaffau: Reg.-Bez. Cassel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	64 259
„ „ „ Wiesbaden	¹ 719 150	¹ 50 869	¹ 69 440	¹ 13 620	¹ 51 235	¹ 59 920	¹ 73 405	¹ 41 405	¹ 80 615	¹ 122 687	¹ 98 620	¹ 148 325	1 520 883	7 453 189
Bayern:														
Reg.-Bez. Rheinpfalz	²² 8 491 195	¹⁴ 1 258 597	¹⁰ 1 729 130	¹⁵ 1 116 699	¹³ 1 419 361	¹⁶ 1 277 402	¹⁴ 778 860	¹³ 678 034	¹³ 1 273 116	¹³ 937 911	¹⁴ 1 156 062	¹⁵ 1 123 320	18 140 128	1 390 324
„ Ober-, Mittel- und Unterfranken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	598 275
„ Ober-, Niederbayern und Schwaben	² 1 202 983	² 431 222	¹ 4 790	¹ 59 710	—	² 133 980	⁴ 267 402	³ 352 977	³ 271 224	² 148 320	² 211 299	³ 166 745	2 507 418	100 933
Sachsen	¹ 3 813 584	¹ 269 448	—	¹ 74 517	¹ 388 760	¹ 740 752	¹ 559 039	—	—	¹ 310 411	¹ 445 783	¹ 217 925	6 360 026	7 446 244
Baden	² 941 255	¹ 15 395	² 40 065	¹ 66 772	² 82 711	¹ 29 475	¹ 60 404	¹ 15 955	⁴ 207 151	³ 40 373	³ 221 674	⁴ 234 410	1 738 745	836 790
Hessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	972 539
Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	532 013
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	—	¹ 6 423	¹ 10 544	¹ 49 253	¹ 77 760	¹ 24 604	168 584	—
Thüringische Staaten	⁵ 540 711	⁴ 134 598	³ 49 082	² 19 108	² 18 018	² 73 766	² 49 073	² 145 620	³ 116 082	⁴ 403 940	² 48 811	³ 57 119	1 457 310	1 655 928
Insgesamt bei berichtenden Vereinen {	29 395 004	4 858 477	3 487 289	3 062 343	3 928 058	4 231 906	3 961 913	4 577 990	6 741 620	8 795 794	7 478 529	7 248 537	76 602 349	87 767 460
	78	55	45	47	51	57	58	61	66	70	66	75		11 164 611
														76 602 849

Tabelle VI.

Staaten und Landesteile	Abnahme der Depofitenkonten in den Jahren										
	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Preußen:	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Provinz Ost- und Westpreußen	¹ 5 130	¹ 432	² 186 228	¹ 91 230	—	—	¹ 6 000	³ 167 870	—	¹ 34 551	—
„ Brandenburg (ohne Groß-Berlin)	⁴ 99 715	⁵ 66 012	³ 51 434	¹ 13 450	² 42 749	³ 160 384	³ 144 615	² 23 791	¹ 9 496	³ 65 133	⁴ 27 324
Groß-Berlin	¹ 9 100	¹ 39 400	² 68 799	¹ 10 479	² 94 141	² 169 807	² 154 561	³ 198 679	¹ 83 730	² 115 086	³ 374 238
„ Pommern	—	—	² 296 007	¹ 32 587	¹ 35 000	¹ 110 886	¹ 90 888	² 125 139	¹ 71 000	² 221 079	¹ 17 235
„ Posen	—	—	—	¹ 64 259	—	—	—	—	—	—	—
„ Schlefien	⁵ 211 333	⁶ 73 196	⁷ 176 904	⁷ 78 351	³ 15 898	⁶ 118 030	² 38 912	³ 80 219	⁶ 374 283	⁶ 92 556	⁶ 130 642
„ Sachfen	—	¹ 12 688	¹ 195	¹ 11 799	—	¹ 14 165	¹ 19 689	¹ 8 802	¹ 32 836	—	¹ 759
„ Schlefwig-Holftein (einfchl. Großherzogtum Olden- burg und Hanfeftädte)	¹ 7 171	—	¹ 24 935	³ 104 727	³ 149 260	³ 171 012	² 192 921	¹ 65 037	¹ 75 553	—	² 46 174
„ Hannover, Weftfalen und Rheinland	¹ 232 511	¹ 37 974	—	—	¹ 89 465	¹ 93 963	—	—	¹ 75 801	¹ 2 299	—
„ Heffen-Naffau: Reg.-Bez. Caffel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ „ „ Wiesbaden	¹ 8 408	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bayern:											
Reg.-Bez. Rheinpfalz	² 24 753	⁷ 78 818	¹ 6 017	⁴ 81 836	¹ 28 273	³ 67 173	⁴ 1 018 274	⁴ 318 604	⁵ 634 002	⁴ 532 205	² 309 604
„ Ober-, Mittel- und Unterfranken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
„ Ober-, Niederbayern und Schwaben	—	¹ 17 183	¹ 262 472	² 84 766	¹ 43 335	—	¹ 65 540	¹ 33 290	² 26 736	² 209 700	¹ 212
Sachfen	—	¹ 244 043	—	—	—	—	¹ 175 937	¹ 40 213	—	—	—
Baden	¹ 39 531	—	¹ 41 521	—	¹ 18 884	² 24 227	¹ 5 313	—	¹ 78 170	¹ 3 281	¹ 5 968
Heffen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Braunfchweig	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Thüringifche Staaten	—	¹ 34 000	² 18 450	² 10 340	¹ 22 200	² 10 078	² 41 945	—	—	² 60 935	¹ 670
Inſageſamt bei berichtenden Vereinen {	637 652 17	603 746 25	1 132 962 23	583 824 24	539 205 16	939 725 24	1 954 595 21	1 061 644 21	1 461 607 20	1 336 825 24	912 826 22

Schriften 137. II.

Tabelle VII.

Staaten und Landesteile	Es wurden an Depositenkonten neu eröffnet im Jahre											Es erfolgten an Depositenkonten im Jahre											Die Stückzahl der Depositenkonten betrug Ende des Jahres											
	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	
Preußen:																																		
Provinz Ost- und Westpreußen.	⁹ 703	⁹ 710	⁸ 584	⁹ 560	⁹ 583	¹¹ 781	¹¹ 734	¹¹ 1071	¹¹ 1375	¹¹ 1174	¹² 1268	¹⁰ 400	⁹ 561	¹⁰ 628	⁹ 487	⁹ 439	¹⁰ 499	¹⁰ 477	¹⁰ 574	¹⁰ 637	¹⁰ 578	¹¹ 566	¹² 3095	¹² 3391	¹¹ 3004	¹² 3326	¹² 3383	¹² 3649	¹² 3874	¹² 4330	¹² 5183	¹² 5749	¹² 6251	
„ Brandenburg (ohne Groß-Berlin). . . .	⁶ 462	⁷ 481	⁷ 448	⁸ 466	⁷ 439	⁸ 537	⁸ 518	⁹ 660	¹⁰ 835	⁹ 697	⁹ 718	⁵ 437	⁶ 444	⁶ 406	⁸ 376	⁷ 406	⁷ 492	⁷ 479	⁹ 488	⁸ 486	⁹ 475	⁹ 591	⁷ 1004	⁷ 1031	⁸ 1091	⁸ 1172	⁸ 1212	⁸ 1255	⁸ 1301	⁹ 1491	¹⁰ 1811	¹⁰ 2052	¹¹ 2522	
Groß-Berlin	⁴ 157	⁵ 246	⁵ 120	⁷ 120	⁷ 145	⁷ 139	⁷ 259	⁸ 485	⁸ 760	⁸ 732	⁸ 474	³ 30	⁵ 282	⁵ 153	⁷ 102	⁶ 122	⁷ 97	⁷ 152	⁸ 288	⁸ 370	⁸ 448	⁸ 375	³ 696	³ 666	⁴ 644	⁶ 710	⁶ 722	⁶ 747	⁶ 811	⁷ 1004	⁷ 1374	⁷ 1655	⁸ 1908	
„ Pommern	³ 43	³ 48	⁴ 118	⁴ 136	⁴ 137	⁵ 164	⁵ 142	⁶ 209	⁶ 160	⁶ 124	⁶ 129	² 16	² 26	³ 39	³ 133	³ 105	⁵ 44	⁴ 89	⁵ 180	⁴ 155	⁵ 119	⁵ 183	³ 352	³ 356	⁴ 764	⁴ 842	⁴ 834	⁵ 875	⁵ 995	⁶ 1113	⁶ 1153	⁶ 1100	⁶ 1074	
„ Posen.	¹ 23	¹ 32	¹ 29	¹ 20	¹ 11	¹ 17	¹ 18	¹ 39	¹ 43	² 38	² 46	—	¹ 4	¹ 6	¹ 8	¹ 19	¹ 10	¹ 13	¹ 10	¹ 11	¹ 16	² 17	¹ 23	¹ 51	¹ 74	¹ 86	¹ 78	¹ 85	¹ 90	¹ 119	¹ 151	² 158	² 202	
„ Schlesien	¹³ 334	¹² 341	¹⁴ 465	¹⁴ 429	¹⁴ 390	¹⁴ 457	¹⁴ 592	¹³ 653	¹⁶ 637	¹⁹ 699	¹⁹ 881	¹⁰ 170	¹¹ 289	¹² 332	¹² 319	¹² 329	¹³ 378	¹² 350	¹³ 456	¹⁵ 432	¹⁴ 393	¹⁸ 479	¹³ 711	¹³ 751	¹⁴ 879	¹⁴ 920	¹⁴ 1045	¹⁴ 1093	¹⁴ 1310	¹⁵ 1588	¹⁶ 1862	¹⁹ 2156	¹⁹ 2550	
„ Sachsen.	¹ 35	¹ 15	¹ 19	¹ 16	² 26	² 19	³ 20	² 16	³ 31	³ 36	³ 43	¹ 12	¹ 9	¹ 6	¹ 17	¹ 11	¹ 12	¹ 17	¹ 13	¹ 49	² 16	² 15	¹ 117	¹ 123	¹ 136	² 138	² 153	² 160	³ 163	³ 166	³ 148	³ 165	³ 193	
„ Schleswig-Holstein (einschl. Großherzogtum Oldenburg und Hansestädte)	³ 97	³ 82	³ 79	³ 96	³ 78	⁴ 97	⁵ 174	⁶ 277	⁶ 411	⁶ 344	⁷ 461	³ 91	³ 76	³ 83	³ 74	³ 77	³ 105	⁵ 62	⁶ 161	⁶ 127	⁶ 196	⁶ 130	³ 457	³ 463	³ 459	³ 481	³ 482	⁴ 476	⁵ 649	⁵ 676	⁶ 944	⁶ 1030	⁷ 1199	
„ Hannover, Westfalen und Rheinland . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	¹ 274	¹ 249	¹ 229	¹ 213	¹ 231	¹ 228	¹ 224	¹ 214	¹ 210	¹ 200	¹ 192	
„ Hessen-Raffau: Reg.-Bez. Cassel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
„ „ „ Wiesbaden	¹ 117	¹ 129	¹ 101	¹ 108	¹ 109	¹ 111	¹ 92	¹ 110	¹ 176	¹ 169	¹ 192	¹ 47	¹ 47	¹ 69	¹ 43	¹ 45	¹ 69	¹ 61	¹ 78	¹ 47	¹ 53	¹ 78	¹ 1264	¹ 1346	¹ 1378	¹ 1443	¹ 1507	¹ 1549	¹ 1580	¹ 1617	¹ 1738	¹ 1854	¹ 1968	
Bayern:																																		
Reg.-Bez. Rheinpfalz	²² 833	²² 759	²² 741	²² 913	²² 897	²² 925	²² 735	²² 920	²² 1065	²² 786	²² 729	²² 510	²² 514	²² 605	²² 589	²² 635	²² 573	²² 713	²² 668	²² 713	²² 867	²² 751	²² 4745	²² 5110	²² 5246	²² 5565	²² 5800	²² 6062	²² 6066	²² 6320	²² 6672	²² 6713	²² 6679	
„ Ober-, Mittel- und Unterfranken	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	¹ 23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	¹ 23	
„ Ober-, Niederbayern und Schwaben	¹ 1453	¹ 2351	¹ 938	² 861	² 957	³ 1168	³ 1200	³ 1350	² 1370	³ 1414	³ 1571	¹ 784	¹ 2456	¹ 1408	² 927	² 994	² 1055	³ 995	³ 1154	³ 1227	³ 1395	³ 1442	² 2135	² 2066	² 1599	³ 1523	³ 1505	⁴ 1673	⁴ 1764	⁴ 1981	⁴ 2129	⁴ 2116	⁴ 2206	
Sachsen	¹ 500	¹ 400	¹ 380	¹ 330	¹ 500	¹ 360	¹ 350	¹ 400	¹ 500	¹ 510	¹ 500	¹ 300	¹ 340	¹ 360	¹ 410	¹ 370	¹ 340	¹ 370	¹ 350	¹ 377	¹ 350	¹ 366	¹ 3323	¹ 3383	¹ 3403	¹ 3303	¹ 3433	¹ 3453	¹ 3433	¹ 3483	¹ 3606	¹ 3766	¹ 3900	
Baden	³ 62	³ 93	³ 43	³ 71	³ 162	³ 99	⁴ 122	⁵ 133	⁵ 164	⁴ 114	⁵ 151	² 75	² 74	² 66	² 51	² 80	² 66	² 59	² 43	² 73	³ 65	³ 45	⁴ 847	⁴ 857	⁴ 851	⁴ 848	⁴ 932	⁴ 1028	⁵ 1018	⁶ 1097	⁶ 1178	⁶ 1214	⁶ 1307	
Hessen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Braunschweig	—	—	—	—	—	—	¹ 22	¹ 13	¹ 27	¹ 38	¹ 56	—	—	—	—	—	—	—	¹ 2	¹ 3	¹ 4	¹ 5	—	—	—	—	—	¹ 22	¹ 53	¹ 77	¹ 111	¹ 162		
Thüringische Staaten	⁵ 139	⁴ 75	⁴ 32	⁴ 39	⁴ 57	³ 53	⁴ 71	⁴ 128	⁴ 174	⁴ 71	⁵ 100	⁵ 59	⁴ 49	³ 29	³ 33	⁴ 42	³ 23	⁴ 32	⁴ 55	⁴ 36	⁴ 45	⁵ 68	⁵ 557	⁴ 342	⁴ 345	⁴ 351	⁴ 366	⁴ 396	⁴ 429	⁴ 502	⁴ 640	⁴ 666	⁴ 692	
Insgesamt bei berichtenden Vereinen {	4958	5762	4097	4165	4491	4927	5049	6467	7528	6946	7342	2931	5171	4190	3569	3674	3763	3869	4515	4743	5020	5111	18597	20185	20102	20921	21683	22729	23729	25854	26876	30705	33028	
	73	73	75	80	80	85	90	93	97	100	105	66	69	71	75	74	78	80	87	87	90	97	79	78	81	86	86	89	93	98	101	105	109	

Schriften 137. II.

nungsjahres 1910 offenstehenden Sparkassen= fielen in folgende Größenklassen						Es betrug im Rechnungsjahr 1910 auf Sparkassenkonten die Zahl der		
über 150 bis 300 Mf.	über 300 bis 600 Mf.	über 600 bis 1500 Mf.	üb. 1500 bis 3000 Mf.	üb. 3000 bis 10 000 Mf.	über 10 000 Mf.	Gin- zahlun- gen	Rück- zahlun- gen	dabon Gin- zahlungen unt. 20 Mf.
4 153	3 615	3 793	2 102	809	120	²⁰ 31 655	²⁰ 20 630	²⁰ 10 533
4 728	5 780	7 287	3 773	2 317	234	³² 46 084	³² 28 621	³² 7 799
1 603	1 427	1 744	935	688	154	¹⁰ 66 909	¹⁰ 41 976	¹⁰ 5 694
2 316	2 548	3 002	1 469	926	118	¹⁹ 18 994	¹⁹ 16 366	¹⁸ 2 723
1 420	1 570	1 671	908	583	116	⁹ 13 643	⁹ 9 210	⁹ 3 915
10 686	12 181	13 177	5 895	3 455	404	⁶¹ 106 445	⁶² 57 900	⁵⁹ 30 612
3 179	4 270	4 735	2 608	2 010	351	²⁸ 28 634	²⁸ 17 740	²⁸ 5 440
1 510	1 837	2 186	1 469	1 474	260	¹⁸ 24 551	¹⁸ 14 542	¹⁸ 6 168
1 867	1 979	2 429	1 834	1 557	322	⁸ 33 191	⁸ 29 252	⁸ 6 486
1 080	1 124	1 240	670	588	94	⁵ 11 182	⁵ 10 609	⁵ 2 369
1 979	2 593	3 329	1 313	673	61	¹⁵ 43 447	¹⁵ 30 135	¹⁴ 6 151
1 408	1 661	1 819	941	808	182	¹⁴ 18 223	¹⁴ 7 522	¹⁴ 5 677
636	700	959	481	260	21	¹⁴ 4 010	¹⁴ 2 688	¹⁰ 833
375	351	345	196	148	20	⁶ 5 192	⁶ 1 790	⁶ 1 579
405	380	542	295	272	29	² 4 400	² 1 141	² 2 953
4 248	4 641	6 466	4 097	3 672	719	⁴³ 40 324	⁴² 24 226	⁴⁰ 7 828
2 990	3 285	4 128	2 183	1 505	206	¹⁶ 29 425	¹⁶ 21 675	¹⁶ 7 463
1 422	1 608	1 380	385	118	2	⁷ 17 363	⁷ 10 962	⁵ 1 581
403	466	479	212	117	12	⁶ 4 737	⁶ 2 523	⁶ 1 500
3 974	4 052	4 114	1 793	1 026	94	³⁷ 31 523	³⁸ 20 852	³⁸ 7 899
50 382	56 068	64 625	33 579	23 006	3520	579 932 370	369 460 371	125 143 358

Tabelle IX.

Staaten und Landesteile	Die am Schluß des Rechnungsjahrs		
	bei Ge- nosfen- schaften	bis 60 Mr.	über 60 bis 150 Mr.
Preußen:			
Provinz Ost- und Westpreußen	12	229	233
„ Brandenburg (ohne Groß-Berlin)	11	305	236
„ Groß-Berlin	6	94	60
„ Pommern	5	63	20
„ Posen	2	47	21
„ Schlesien	19	639	297
„ Sachsen	2	51	7
„ Schleswig-Holstein (einschl. Großherzogtum Oldenburg und Hansestädte)	8	574	250
„ Hannover, Westfalen und Rheinland . .	1	76	16
„ Hessen-Nassau: Reg.-Bez. Cassel	—	—	—
„ „ „ Wiesbaden . .	1	—	—
Bayern:			
Reg.-Bez. Rheinpfalz	16	402	406
„ Ober-, Mittel-, Unterfranken	—	—	—
„ Ober-, Niederbayern und Schwaben . .	5	74	289
Sachsen	1	900	350
Baden	6	196	194
Hessen	—	—	—
Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	—	—	—
Braunschweig	1	65	11
Thüringische Staaten	5	82	51
Insgesamt bei berichtenden Vereinen {	101 —	3797 —	2441 —

nungsjahres 1910 offenstehenden Depositen= fielen in folgende Größenklassen						Es betragen im Rechnungsjahr 1910 auf Depositionskonto die Zahl der		
über 150 bis 300 Mf.	über 300 bis 600 Mf.	über 600 bis 1500 Mf.	üb. 1500 bis 3000 Mf.	üb. 3000 bis 10 000 Mf.	über 10 000 Mf.	Einzahlungen	Rückzahlungen	davon Einzahlungen unter 20 Mf.
288	630	1382	983	938	213	¹⁰ 5 627	¹⁰ 4 856	⁶ 74
333	371	536	297	206	39	¹¹ 5 912	¹¹ 8 933	⁷ 354
52	130	225	323	286	140	⁶ 4 734	⁶ 4 428	³ 47
38	69	149	110	129	38	⁵ 5 282	⁵ 6 043	² 9
9	25	33	21	28	18	² 1 105	² 1 348	¹ 25
168	252	398	272	275	76	²⁰ 16 891	²⁰ 16 461	¹³ 1068
6	9	17	12	40	12	² 336	² 414	¹ 7
198	292	494	278	407	144	⁷ 3 920	⁷ 3 339	⁵ 590
14	15	29	16	19	7	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
324	759	747	112	24	2	¹ 193	¹ 85	—
454	907	1656	1238	1138	326	¹⁵ 7 998	¹⁶ 7 089	¹² 761
—	—	—	—	—	—	—	—	—
422	486	507	326	181	12	³ 2 105	³ 1 729	—
350	450	650	550	550	100	¹ 7 604	¹ 4 180	¹ 660
91	190	289	174	156	37	⁷ 2 571	⁷ 1 978	² 244
—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	10	16	6	5	2	¹ 741	¹ 649	¹ 42
73	89	253	285	102	14	⁴ 773	⁴ 842	¹ 19
2836	4684	7481	5003	4484	1180	65 792	62 374	3900
—	—	—	—	—	—	⁹⁵	⁹⁶	⁵⁵

Schriften 137. II.

Spareinrichtungen der Berufsvereine der Arbeiter.

Don

Amtsrichter Dr. **Otto Heilborn**=Berlin.

Inhalt.

	Seite
Einleitung.	117
Berufsvereine der Arbeiter	118
Spareinrichtungen und Sparkassen	118
Vermögensbestände	119
I. Sparkassen und Spareinrichtungen im engeren Sinne	121
Christliche Gewerkschaften.	122
Freie Gewerkschaften	122
Hirsch-Dundersche Gewerksvereine.	122
Katholische Arbeitervereine (Sitz Berlin)	123
Union Ganymed	124
Werksvereine	124
Katholische Gesellenvereine	125
Katholische Jugendvereine.	126
Süddeutsche katholische Arbeitervereine	126
Evangelische Arbeitervereine	127
Eisenbahnbedienstete	128
Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion	129
Ergebnis	129
II. Produktivgenossenschaften	130
III. Baugenossenschaften.	132
IV. Konsumvereine	134
V. Vermögensanlagen	138
Bei Banken	139
Bei Genossenschaften.	140
Bei Konsumvereinen	141
Bei Baugenossenschaften	141
Bei Gewerkschaftshäusern.	142
In Staatspapieren	143
In Kommunalpapieren	144
In Wertpapieren	145
In Hypotheken	146
Auf Scheckkonto	147
Bei Sparkassen	147
Als Kassenbestände	149
Schluß	149

Einleitung.

Als ich die Bearbeitung dieses Unterabschnitts übernahm, ging ich von denselben Erwägungen aus, welchen Dr. Heinz Potthoff in einem Aufsatze über „Spareinrichtungen der Arbeitnehmersverbände“ Ausdruck gegeben hat¹: Ich sagte mir, daß infolge der vereinfachten Form und leichten Möglichkeit, „Sparfassen“ oder „Spareinrichtungen im weiteren Sinne“ zu errichten, gerade die Berufsvereine der Arbeiter sich diesen Weg, die wirtschaftliche Kraft ihrer Mitglieder zu stärken und sie dadurch im Leben im allgemeinen wie im Arbeitskämpfe im besonderen widerstandsfähiger zu machen, nicht entgehen lassen würden.

Diese Erwägungen waren für mich bei der Arbeit zielgebend und, als nach langen, mühevollen Vorbereitungen² das Material stoßweise einging, glaubte ich, der mir gestellten Aufgabe Genüge tun zu können: Je mehr ich aber bei der Sichtung des eingegangenen Stoffes vorschritt, je länger ich Verwertbares von Unbrauchbarem sonderte, um so mehr minderten sich meine Hoffnungen und Erwartungen und ich stand schließlich vor einem Ergebnis, daß ich mit Potthoff (a. a. O.) mich fragte, ob sich eine besondere Darstellung des Sparwesens dieser Vereine lohnte.

Wenn ich trotzdem zu einer Bejahung gelangte, so bestimmte mich einmal der Umstand, daß auch geringfügiges und lückenhaftes Material ein — vielleicht zum Teil negatives — Bild der Lage zu geben vermag, sowie ferner der Wunsch, durch die Lücken der Darstellung den Weg zu weisen, auf welchem künftighin — es mag dahingestellt bleiben, ob mit mehr Erfolg — weiter gearbeitet werden kann.

Die für diese Abhandlung grundlegende und den Umfang bestimmende Frage war die Bestimmung der Begriffe „Berufsvereine der Arbeiter“ und „Spareinrichtungen“:

¹ Soziale Praxis Nr. 41 vom 14. Juli 1910.

² Hunderte von Briefen und Fragebogen wurden abgesandt, auf welche nur teilweise — siehe weiter unten — Antworten eingingen.

Berufsvereine der Arbeiter.

„Berufsvereine der Arbeiter“ im engen Sinne sind solche Organisationen, welche durch Zusammenfassung von Angehörigen desselben Berufs oder verwandter Berufe¹ die wirtschaftliche und soziale Hebung ihrer Mitglieder erstreben und dieses Ziel mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln, im Notfalle auch mit der Waffe des Streiks, zu erreichen suchen: Hierher gehören die „freien“ Gewerkschaften, die „christlichen“ Gewerkschaften und die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine.

Für die vorliegende Untersuchung wird der Begriff weiter auszudehnen und es werden auch solche Vereine einzubeziehen sein, welche sich aus Arbeitern zusammensetzen, Arbeiterinteressen zu fördern suchen, aber das Gebiet des Arbeitskampfes mit mehr oder minder Vorsicht betreten oder ganz ausschalten: Hierher gehören Staatsarbeiterverbände, evangelische und katholische Arbeiterverbände, katholische Fachabteilungen, Werkvereine und sonstige neutrale Organisationen.

Ganz auszuschneiden waren nur solche Vereine, bei welchen Arbeiter und Beamte ununterschiedlich vereint sind und das Beamtenelement das Gepräge gibt, und ferner Organisationen, bei welchen die Mitgliedschaft von der Genehmigung der Arbeitgeber abhängt, es sich also lediglich um Unterstützungseinrichtungen der Arbeitgeber handelt: Beide Kategorien können nicht mehr als „Berufsvereine der Arbeiter“ gelten, selbst wenn man den Begriff sehr weit faßt.

Spareinrichtungen und Sparkassen.

„Spareinrichtungen“ im allgemeinen und „Sparkassen“ im engeren sind Institute, welche dem Einleger Gelder zu einem Satze verzinsen, ihm auch die Rückzahlung zu jeder Zeit oder nach bestimmter Kündigungsfrist gestatten, während die Sparkasse selbst über die eingezahlten Gelder innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen frei verfügen kann. Die Einlage von Geldern in Sparkassen seitens des einzelnen ist das Ergebnis einer Handlungsweise, welche man „Sparen“ nennt: Der Sparer nimmt den oder einen Teil der ihm zur Verfügung stehenden Mittel, welchen er nicht zum alsbaldigen Verbrauch benötigt, und legt ihn an, um ihn nach Bedarf wieder für sich abzuheben.

¹ „Berufsverbände“, neuerdings teilweise zu „Industrieverbänden“ zusammengefaßt.

Diese Anlage wirkt in doppelter Beziehung kapitalbildend: Einmal schafft sich der Einleger allmählich eine Summe, welche er als Kapital für seine besonderen Zwecke verwenden kann, andererseits entsteht bei den Sparkassen eine Anhäufung von Einlagen, welche als Kapital Anlage finden sollen und finden: Diese Geldmengen werden dann den verschiedenen Zweigen der Produktion zugeführt und wirken dadurch weiter produktionssteigernd und kapitalbildend.

Geht man von dieser produktionssteigernden und kapitalbildenden Funktion der „Spareinlagen“ aus, so kommt man zu dem Schluß und der Möglichkeit, auch noch andere Einrichtungen wirtschaftlicher Natur der Kategorie des „Sparens“ und der „Spareinrichtungen im weiteren Sinne“ einzureihen:

Wenn „Berufsvereine der Arbeiter“ oder ihre Mitglieder sich an Genossenschaften beteiligen, so verwenden sie einen Teil ihrer Einnahmen zur baldigen oder späteren Befriedigung ihrer Bedürfnisse, sei es, daß sie sich billigeren Einkauf sichern (Konsumvereine), sei es, daß sie den Bau- und Wohnungsmarkt zu beeinflussen suchen (Baugenossenschaften)¹, oder sei es schließlich, daß sie — bisher allerdings noch in geringem Umfange — durch „Produktivenossenschaften“ ganz unmittelbar in die Produktion eingreifen; in allen drei Fällen sparen sie: Sie geben Geld hin, um dafür in näherer (Konsumvereine) oder späterer (Bauvereine, Produktivenossenschaften) Zukunft ein Äquivalent zu erhalten.

Sie wirken in allen Fällen kapitalbildend, indem sie auf die Produktion Einfluß gewinnen oder zu gewinnen suchen durch Schaffung und Unterstützung von Unternehmungen.

Aus den vorstehend angeführten Gründen ist die Beteiligung der „Berufsvereine der Arbeiter“ und ihrer Mitglieder an den drei genannten wirtschaftlichen Organisationsformen im Rahmen des auch hier nicht sehr ergiebigen Materials für die Betrachtung herangezogen worden.

Schließlich sind der Untersuchung auch eingefügt worden die „Vermögensbestände“ der Berufsvereine.

Vermögensbestände.

Diese „Vermögensbestände“ setzen sich fast ausnahmslos² aus den Beiträgen zusammen, welche die Mitglieder den Vereinen entrichten: Die

¹ Sehr oft findet sich die Verbindung verschiedener Zwecke in „Spar- und Bau-“ oder in „Spar-, Bau- und Konsumvereinen“.

² Verhältnismäßig geringfügig sind die Erträge aus Zeitungen und Druckschriften.

Beiträge sind „Spargelder im weiteren Sinne“, denn sie gelangen wieder an sie, die Arbeiter — wenn auch nicht immer in gleichem Maße, wie eingelegt — in der Form von Unterstützungen jeglicher Art zurück¹; der Unterschied von den „Spargeldern im engeren Sinne“ besteht darin, daß sie nicht jederzeit und in der eingelegten Höhe zurückerstattet werden, sondern daß die Rückgabe nach Maßgabe der statutarischen Bestimmungen erfolgt².

Die Art und Weise, in welcher die „Vermögensbestände“ der Verbände und Vereine angelegt sind, gibt aber weiter auch einen Anhalt dafür, in welcher Weise diese „Spargelder der Arbeiter“ den verschiedensten Zweigen der Produktion zugeführt werden.

Der ursprüngliche Plan des Verfassers war, auch die einzelnen Unterstützungszweige zu behandeln; von dieser Absicht ist jedoch aus verschiedenen Gründen Abstand genommen worden: Einmal war eine erschöpfende Behandlung des Gebiets nicht möglich, ohne den zur Verfügung stehenden Raum um das Vielfache zu überschreiten, ferner wäre die Arbeit zu sehr aus dem Rahmen der Enquete herausgetreten und schließlich ist das eingegangene oder sonst zur Verfügung stehende Material nicht so lückenlos gewesen, daß eine abgekürzte und trotzdem vollständige Darstellung möglich gewesen wäre³.

Diese Untersuchung umfaßt nach dem Angeführten eine Darstellung der „Spareinrichtungen im engeren Sinne“ und der „Vermögensanlagen“ der Berufsvereine sowie ferner ihre Beteiligung an „Konsum-, Bau- und Produktionsgenossenschaften“.

Zum Schluß der einleitenden Worte mögen noch einige Angaben darüber Platz finden, in welcher Weise die einzelnen Berufsvereine Material zur Verfügung gestellt haben:

Am reichhaltigsten waren die Eingänge seitens der „freien“⁴ Gewerkschaften, der „christlichen“ Gewerkschaften, der Hirsch-Dunderschen

¹ Die Summen, welche für Agitation und Verwaltung verwendet werden, dienen indirekt demselben Zweck, kommen auch der Höhe nach gegenüber den anderen Ausgaben nicht wesentlich in Betracht.

² Auch wo die Leistung von Unterstützungen „freiwillig“ ist, liegt derselbe materielle Endeffekt vor.

³ Die von den Berufsvereinen für die Unterstützungseinrichtungen angesammelten Bestände finden übrigens auch in den in der Arbeit behandelten „Vermögensbeständen“ ihren Ausdruck.

⁴ Leider war unter anderen von den großen Verbänden der Bauarbeiter und der Zimmerer Auskunft nicht zu erlangen, von den Transportarbeitern nur in geringem Umfange.

Gewerkvereine, der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), der süd-deutschen katholischen Arbeitervereine, der katholischen Gesellenvereine, der Arbeitervereine vom „Werk Augsburg“ und von den „Siemens-Werken“ und der „Union Ganymed“.

Spärlicher liefen Angaben von anderen „Werkvereinen“, „wirtschafts-friedlichen“ Verbänden, Eisenbahnvereinen sowie seitens der evangelischen Arbeitervereine ein, bei letzteren trotz liebenswürdigen Entgegenkommens des Herrn Pfarrer Lic. Weber=München=Glabbach.

Keine Angaben machten trotz vorheriger Zusage die „vaterländischen Arbeitervereine“, während der Werkverein Krupp=Essen auf eine höfliche Anfrage überhaupt nicht antwortete.

I.

Sparkassen und Spareinrichtungen im engeren Sinne.

Nur vereinzelt finden sich „Spareinrichtungen“ bei den Berufsvereinen der Arbeiter im „engeren“ Sinne, d. h. bei den „freien“ und den „christlichen“ Gewerkschaften sowie bei den Hirsch=Dunderschen Gewerkvereinen, während die konfessionellen Arbeitervereine und die sonstigen genannten Organisationen eine größere — absolut genommen aber auch noch gering zu nennende — Zahl von Sparkassen aufweisen.

Die Gründe für das beinahe gänzliche Fehlen von Spareinrichtungen bei den Berufsvereinen im engeren Sinne sind darin zu erblicken, daß sie in erster Reihe ihre Aufmerksamkeit dem Arbeitsmarkte, den Arbeitskämpfen zuwenden:

In der Hauptsache dient die Aufbringung der Mittel der direkten Stärkung der Organisationen; man will stark sein, um dem anderen Partner — den Arbeitgebern — gegenüber friedlich oder im Kampfe Vorteile für die Verbandsangehörigen abzugewinnen oder Nachteile von letzteren abzuwehren zu können.

Das Ganze tritt in den Vordergrund und man vernachlässigt demgegenüber die wirtschaftliche Stärkung des einzelnen, wie sie durch das „Sparen“ erfolgt.

Da sich allmählich die Arbeitgeberverbände immer mehr im Verhältnis zu den Arbeiterorganisationen stärker entwickelt haben, ist keine Änderung im Verhältnis der Berufsvereine der Arbeiter im „engeren“ Sinne zu den „Spareinrichtungen“ zu erwarten.

Einrichtungen von „Sparkassen“ innerhalb der Verbände mit der Ermächtigung, im Notfalle, d. h. im Arbeitskämpfe die Mittel der Spar-

kassen angreifen zu können, würden dem Wesen der „Spareinrichtungen“ im eigentlichen Sinne widersprechen, da das Typische der „Spargelder“ darin besteht, daß sie als Ganzes unangreifbar sind, jeder Zeit Deckung haben müssen und dem Einleger sofort oder nach kurzen Fristen zur freien Verfügung stehen.

Christliche Gewerkschaften.

Bei den „christlichen Gewerkschaften“ nimmt nur der „Gewerkverein der Heimarbeiterinnen“ Beträge von zehn Pfennigen beginnend an, welche er mit 3 % verzinst¹.

Der „Bayrische Eisenbahnerverband“ hat 1909 seine „Spar- und Darlehnskasse“ wegen Unrentabilität liquidieren müssen.

Freie Gewerkschaften.

Bei den „freien Gewerkschaften“ haben vier Verbände Spareinrichtungen².

Bei den „Gemeindearbeitern“ haben zwei Filialen Sparkassen für Urlaubsgelder³, während bei den „Kupferschmieden“ Filialkassen mit insgesamt 36 623 Mk. Spargeldern vorhanden und bei den Bezirksverbänden noch 2600 Mk. Spargelder angelegt sind.

Die „Brauerei- und Mühlenarbeiter“ haben bei verschiedenen Zahlstellen Sparkassen und ferner bei der Gesellschaftsbrauerei Augsburg 320 000 Mk. Spareinlagen.

Der „Buchbinderverband“ berichtet, daß in manchen Betrieben vom Personal verwaltete und eingerichtete Sparkassen bestehen, in welche Beträge bis zu einer Mark pro Woche eingezahlt werden, deren Auszahlung meistens zu Weihnachten stattfindet.

Hirsch-Dundersche Gewerkvereine.

Von den „Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen“ machen drei Organisationen Mitteilungen⁴:

¹ Soweit nichts anderes angegeben ist, gelten alle aufgeführten Zahlen für das Jahr 1910.

² Angaben über die großen Verbände der Bauarbeiter, Zimmerer und Transportarbeiter fehlen, wie schon ausgeführt ist.

³ Zahlen fehlen.

⁴ In verschiedenen Satzungen (§ 46 bei den Bergarbeitern, § 44 bei den Fabrik- und Handarbeitern, § 45 bei graphischen Berufen usw.) sind Bestimmungen

Die „Textilarbeiter“ haben Spareinrichtungen bei den Lokalkassen; Gesamthöhe wie Einzelbeträge der Spargelder sind unbekannt.

Bei den „Holzarbeitern“ wurden im Verlande 75 454 Mk., in den Verwaltungsstellen 26 207 Mk. gespart.

Bei den „Töpfern“ werden die Zahlen mit 35 415 Mk. und 137 Mk. angegeben: hier zahlt jedes Mitglied in den örtlichen Verwaltungsstellen 5—10 Pfennig pro Woche, welche im Gegensatz zu den regelmäßigen Mitgliedsbeiträgen sein Eigentum bleiben.

Katholische Arbeitervereine (Sitz Berlin).

Eingehendere Angaben machen die „Katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)“:

In Tangermünde gibt es eine sogenannte „Zigarrensparkasse“: Jedes Mitglied zahlt dem Boten, welcher Zigarren bringt, 50 Pfennige wöchentlich zur Sparkasse. Es werden jährlich 12 000 Mk. gespart, welche bei der „Magdeburger Privatbank“ deponiert sind: die Verzinsung der Spareinlagen beträgt im ersten Jahre $3\frac{1}{2}$ %, später 4%.

In Heiligenstadt ist eine Mietsparkasse eingerichtet, welcher 34 Mitglieder angehören; sie bezweckt eine Erleichterung bei der Aufbringung von Miet- und Pachtzins.

In Fürstenberg a. O. sind Erwachsene wie Kinder beteiligt; es finden Einzahlungen bis zu 3 Mk. pro Woche statt. Guthaben von 100 bis 200, ja bis 1200 Mk. sind vorhanden.

In Elbing ist Anschluß an den Kreisparverein genommen: 1910 sparten 35 Mitglieder; sie hatten zusammen 1710 Mk. gespart. Verlosungen von Prämien in Höhe von 3, 10, 20, 30 und 100 Mk. fanden statt.

Im Bezirk Reichenbach a. d. Eule hatten zehn Vereine 10 217,88 Mk. Ersparnisse; diese Ersparnisse waren angelegt

- mit 274,20 Mk. auf der Bank,
- „ 6400 Mk. in Wertpapieren,
- „ 1548,67 Mk. bei Raiffeisenkassen,
- „ 692,70 Mk. bei städtischen Sparkassen,
- „ 1300 Mk. bei Darlehnskassen.

gegeben, welche auf die Förderung des Genossenschaftswesens unter den Gewerkschaftsmitgliedern hingen; wenn auch in erster Reihe „Produktivgenossenschaften“ und „Konsumvereine“ gemeint sind, so gehören doch auch „Sparvereine“ hierher.

„St. Sebastian“ zu Berlin hatte 1910: 75 (1909: 57) Sparer mit einem Bestand von 8471,24 Mk.: Hiervon waren 8350 Mk. in Neuen Berliner Pfandbriefen angelegt. Die Mindesteinlage beträgt 5 Mk., der Zinsfuß $3\frac{1}{2}\%$.

Bei den „katholischen Arbeitervereinen“ (Sitz Berlin) sind auch einzelne Angaben über „privates Sparen der Mitglieder“ gemacht, welche allerdings zum Teil wohl nur auf Schätzungen beruhen und jedenfalls auf Vollständigkeit Anspruch weder erheben wollen noch können.

So haben in Welzow sechs Mitglieder 5000 Mk. in der Sparkasse; aus Saargemünd werden 3—4000 Mk. privater Ersparnisse gemeldet. In Fürstenwerder (Westpreußen) sind 17500 Mk. Guthaben von achtzig Sparern bei der Darlehnskasse (Raiffeisen) eingezahlt. In Gleiwitz und im Bezirk Reisse sind die Ersparnisse bei Stadt- und Kreissparcassen, bei Vorschußvereinen, Raiffeisenkassen und bei Spar- und Darlehnskassen angelegt. In Marienburg werden Sparmarken zu 25 und 50 Pfennigen abgegeben, welche eine jährliche Gesamtsumme von 2—3000 Mk. erbringen.

Union Ganymed.

Der deutsche Kellnerbund „Union Ganymed“ hatte 1910 252823 Mk. Einzahlungen bei 155597 Mk. Rückzahlung von Spareinlagen.

Die Statuten der „Spar- und Darlehnsbank“ enthalten u. a. folgende Bestimmungen:

Während der ersten fünf Mitgliedsjahre ist monatlich mindestens eine Mark einzuzahlen. Die Höhe der Einlagen ist beliebig, jedoch sind nur 300 Mk. dividendenberechtigt, während der überschießende Betrag mit $3\frac{1}{2}\%$ fest verzinst wird. Spareinlagenbuch: Quittungsmarken über Sparbeträge eingetragen und gestempelt. Bei Sterbefällen und nach dreijähriger Mitgliedschaft werden Spareinlagen und Gewinnanteile voll ausbezahlt, sonst nur zum Teil. Darlehen, welche mit 6% zu verzinsen sind und deren Bewilligung vom freien Belieben abhängt, werden bis zu drei Vierteln des Guthabens, aber nicht unter 10 Mk., gewährt.

Werkvereine.

Von „Werkvereinen“ machen Angaben „Werk Augsburg“, „Hamburg-Amerika-Linie“, „Ludwig Loewe“ und „Siemens-Werke“.

Das Vermögen des „Arbeitervereins Werk Augsburg“ ist 1910 zu einem Drittel (1909 zu einem Viertel) bei der Sparkasse des Werks Augsburg angelegt.

Die Sparkasse der „Hamburg-Amerika-Linie“ ist eine reine Arbeitgebereinrichtung, da sie der sozialpolitischen Abteilung der Hapag untersteht.

Bei „Ludwig Loewe“ gibt es eine Sparabteilung des Werkvereins mit 102 Mitgliedern, deren Einlagen von 5380 Mk. die Firma, bei der sie angelegt sind, wie das Aktienkapital d. h. 1910 mit 16 % verzinst.

Jedes Werk der „Siemens-Werke“ hat seinen eigenen Unterstützungsverein:

Der Spar- und Unterstützungsverein des „Werner-Werks“ (Siemens & Halske) hatte 1910 in der Beitragskasse 167 806 Mk., in der Sparkasse 9957 Mk. Bestand¹ und 3427 Mk. Reservefonds: Von diesen 181 190 Mk. waren 179 970 Mk. bei „Siemens & Halske“ gegen 5 % Verzinsung angelegt.

Beim Spar- und Unterstützungsverein der „Siemens-Schuckert-Werke“ betrug am 31. März 1911 das Beitragskonto 175 411 Mk., das Sparkonto 32 350 Mk., das Unterstützungskonto 14 734 Mk.: Von diesen 222 496 Mk. waren 220 705 Mk. bei „Siemens-Schuckert“ angelegt.

Katholische Gesellenvereine.

Bei den „Katholischen Gesellenvereinen“ sind zu unterscheiden die „Vereinsparkassen“ und die „Wanderparkasse des Verbands“:

1908 gab es in Deutschland 539 „Vereinsparkassen“ mit 1 572 770 Mk. Jahreseinklage und 5 216 010 Mk. Gesamtbestand²: Die Annahmestellen befinden sich im Vereinshaus, Vereinslokal; auch kleine Beträge können eingezahlt werden; die Einzahlung erfolgt zu bestimmten Stunden, besonders bald nach Lohnauszahlung. Eine selbständige Verwaltung der Gelder ist selten, meistens zieht man den Anschluß an eine öffentliche Sparkasse oder Bank vor.

Bei den „Verbandsparkassen“ wieder gibt es zwei Arten: Kassen im Anschluß an eine öffentliche Sparkasse und selbständige Sparkassen: Bei ersteren werden die Sparbeträge ins Kassenjournal und dem Sparer ins Interimsquittungsbuch eingetragen, während die Bücher der öffentlichen Sparkasse vom Vereinskassierer in Verwahrung genommen werden. Bei den „selbständigen Sparkassen“ hat jeder Sparer im Hauptbuch ein

¹ 55813 Mk. Einzahlungen und 45896 Mk. Auszahlungen.

² Von 59 Vereinen der Erzdiözese Freiburg i. Br. hatten 44 Vereine 1908 312836 Mk. Guthaben: der geringste Bestand waren 77 Mk. (Mosbach), der höchste 107936 Mk. (Freiburg i. Br.).

Konto: Die Summe der Sparguthaben mit Zinsen einerseits, die Anlagen mit Zinsen anderseits ergeben den Gewinn der Sparkasse. Beträge über 50 Mk. müssen acht, solche über 100 Mk. vierzehn Tage vorher gekündigt werden.

Die „Wandersparkasse“ des Verbandes ist 1910 eingerichtet: Zahlstelle kann jeder Lokalverein sein. Sparkarten¹, in welche Sparmarken (zu 50 Pfennigen, 1, 2, 3 und 5 Mk.) eingeklebt werden können². Die Rückzahlung erfolgt an jeder Stelle³. Eine Verzinsung der Einlagen findet nicht statt. Sind keine örtlichen Zahlstellen vorhanden, so ist Übersendung an die Zentralstelle in Köln notwendig.

Katholische Jugendvereine.

Die Sparkassen der „Katholischen Jugendvereine“ können deshalb hier Platz finden, weil sie keine selbständigen Einrichtungen, vielmehr entweder der Ortssparkasse oder der Kasse des Gesellen- oder Arbeitervereins angeschlossen sind⁴. Die Kassen der „Katholischen kaufmännischen Jugendvereine“ sind an die Zentralkasse der „Katholischen kaufmännischen Vereine“ angegliedert, während die Krankengeldzuschußkassen der Krankengeldzuschußkasse der katholischen Arbeitervereine und christlichen Berufsverbände in Düsseldorf (besondere Abteilung für Jugendliche) angeschlossen sind.

Bei den Sparkassen folgt man entweder dem Quittungs- oder dem Sparmarkensystem.

Besonderheiten existieren noch für „Militärsparkassen“: So erfolgt beispielsweise bei der Militärkasse der „Marianischen Jünglingskongregation“ zu Gelsenkirchen bei Befreiung vom Militärdienst die Auszahlung in Form eines Sparkassenbuchs.

Süddeutsche katholische Arbeitervereine.

Vom „Verbande süddeutscher katholischer Arbeitervereine“ ist folgendes zu erwähnen⁵:

¹ Sie sind mit Zahlungsbedingungen, Angabe der Zahlstellen und Markenfeldern versehen.

² Auf jede Marke ist der Name des Zahlers zu schreiben.

³ Legitimationspapier.

⁴ Nähere Angaben — insbesondere Zahlen — fehlen.

⁵ Das Vermögen ist größtenteils in Obligationen, bei Banken, städtischen Sparkassen und Darlehnskassen angelegt.

Der Bericht für 1909 empfiehlt die „Heimsparkassen“. Die Sparmarken werden in Vereinsversammlungen, durch Zeitungsträger, Geschäftsleute usw. vertrieben.

Nur 49 Sparkassen haben Reservefonds; 40 Vereine sind Darlehnskassen, 8 Raiffeisenvereinen angeschlossen und haben keine Sparkassen.

Die Zahl der Vereine mit Sparkasse betrug 1907: 185, 1909: 205; die Zahl der Einleger war 1907: 12 843, 1909: 13 672; die Guthaben der Mitglieder¹ waren 1907: 1 863 629 Mk., 1909: 2 064 493 Mk.; Sparmarken hatten eingeführt 1909: 157 Vereine.

Evangelische Arbeitervereine.

Die Zahl der „Spareinrichtungen“ bei den „Evangelischen Arbeitervereinen“ kann auch nicht mit annähernder Sicherheit angegeben werden², da die Unterlagen zum großen Teile fehlen und die Antworten auf Ersuchen um Übersendung von Material, wie schon oben ausgeführt, spärlich eingelaufen sind: Nach ihren Mitteilungen hatten Sparkassen die Vereine zu Fürth, Döhren, Breslau, Stettin, Chemnitz, Oschaz, Treysa, Kassel, Schneinsberg, Kirchhain, Aachen, Eberbach, Lahr und Waldkirch. In Oschaz ist es eine Weihnachtssparkasse³, in Treysa, Aachen, Eberbach sind Pfennigsparkassen vorhanden, während Lahr eine Jugendsparkasse, Stettin eine Konfirmandensparkasse und Chemnitz eine Konfirmanden- und eine Jugendsparkasse haben⁴.

Von Zahlen sind folgende der Mitteilung wert:

In Breslau sparten etwa 1000 Personen im Jahre 1910 68 000 Mk.; die Abholung der Beiträge erfolgt wöchentlich.

In Stettin hat die Konfirmandensparkasse 2500 Mk. Vermögen; der Mindestbeitrag sind 10 Pfennige, es werden Marken zu 10 und 50 Pfennigen ausgegeben. Die Auszahlung erfolgt mit der Vollenbung des vierzehnten Lebensjahres; bei früherem Austritt werden die eingezahlten Beträge nebst Zinsen zurückgezahlt nach Abzug von 50 Pfennig Verwaltungskosten.

In Chemnitz betrug das Vermögen der „Konfirmanden- und Jugendsparkasse“ 1910: 223 870 Mk.; an Aussteuer an Konfirmanden wurden ausgezahlt 27 229,56 Mk., während vorzeitig ausgeschiedene

¹ Von 151 berichtenden Vereinen.

² Der „Evangelische Arbeiterbund“ (Bochum) und der „Bund evangelischer Arbeitervereine Bayerns“ haben keine Spareinrichtungen.

³ Mit 15 448 Mk. Vermögen.

⁴ Der Verein in Chemnitz ist auch am Spar- und Bauverein beteiligt.

Mitglieder 1866,12 Mk. erhielten; die „Konfirmandensparkasse“ hatte 1910: 1490 (1909: 1423) Mitglieder, 7548 (7219) Bücher und 13 825 (10 902) Mk. Einlagen.

Eisenbahnbedienstete.

Die „Spar- und Darlehnskassen der Eisenbahnangestellten in Preußen“ gehören im eigentlichen Sinne nicht hierher, weil die Mitgliedschaft bedingt ist von der Zugehörigkeit zu einem Eisenbahnernverein, diesen Vereinen aber sowohl Beamte wie Arbeiter angehören können, man also hier nur sehr bedingt von „Berufsvereinen der Arbeiter“ reden kann¹.

Es besteht eine Verbandskasse der „Spar- und Darlehnskassen des Allgemeinen Verbandes der Eisenbahnvereine“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Kassel: Alle überflüssigen Gelder sind der Verbandskasse zuzuführen, bei welcher auch der Bankkredit zu nehmen ist; die Verbandskasse ihrerseits führt wieder Geld der Zentralgenossenschaftskasse zu.

Am 30. Juni 1907 hatten zwölf Kassen² 20 614 Mitglieder, 669 523 Mk. Guthaben und 687 643 Mk. Spareinlagen.

Es sind zu unterscheiden:

- a) Spareinlagen mit „jederzeitiger Abhebung“: 4 % Zinsen und
- b) fest „gesperrte“ Spareinlagen: 3½ % Zinsen unveränderlich (z. B. zur Aussteuer, zum Studium, zum Militärdienst).

Von Einzelheiten sei erwähnt, daß im Bezirk Bromberg der Geschäftsanteil 20 Mk., die Höchstzahl der Anteile 50 beträgt; Spareinlagen werden bis zur doppelten Höhe des Geschäftsanteils angenommen.

Im Bezirk Hannover darf der Höchstbetrag jedes gewöhnlichen Buches 5000, jedes „gesperrten“ Buches 3000 Mk. nicht übersteigen.

Oft findet man eine Vereinigung von „Spar-, Bau- und Kreditzwecken“ in derselben Organisation: Diese Vereine sind aus zwei Gründen hier nicht zu behandeln: Einmal läßt sich schwer eine Trennung der den verschiedenen Zwecken gewidmeten Mittel nachweisen und ferner gehören die Mitglieder den mannigfachsten Berufen an, ohne daß gerade die Arbeiter stark oder überhaupt überwiegen. Eine Ausnahme bilden eine

¹ Vgl. die Einleitung: Trotzdem sind die folgenden Angaben gemacht, weil die Spareinrichtungen in erster Reihe mit Rücksicht auf die Arbeiter und ihnen angepaßt geschaffen sind.

² In zwölf Eisenbahndirektionsbezirken.

Reihe von Vereinen, von denen als der bedeutendste und typischste der „Konsum-, Spar- und Bauverein Produktion zu Hamburg“¹ eingehender besprochen sei.

Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion.

Hier ist unter den Sparern die Arbeiterklasse in ganz überwiegender Mehrheit; hier findet sich auch ferner eine Trennung von „Spartätigkeit“ und „Konsumverein“, indem die Spargelder nicht im Konsumgeschäft angelegt sind. Von Interesse sind folgende Angaben über die Spargelder:

	1909:	1910:
Einzahlungen ²	2 312 124 Mk.	4 764 285 Mk.
Auszahlungen ²	1 867 020 „	3 704 781 „
Zinsen	137 918 „	168 321 „
Zahl der Konten . . .	12 060 „	16 207 „
Gesamtsumme der Konten .	4 361 080 „	5 588 906 „

Ergebnis.

Das Ergebnis der Darstellung des zur Verfügung stehenden Materials für „Spareinrichtungen im engeren Sinne“ ist ein dürftiges, wie schon in der Einleitung ausgeführt worden ist: die Ansätze sind gering, ein einheitlicher Zug selbst bei Organisationen, die auf gleichem Boden stehen, fehlt.

Eine systematische Bearbeitung des Stoffes ist unterblieben, da einmal die Grundlagen dafür nicht breit genug sind, weil ferner von vielen Verbänden Angaben nicht zu erlangen waren und weil eine trotz dieser Mängel versuchte Systematik unzweifelhaft zu Fehl- und Trugschlüssen geführt haben würde.

Wirklich erschöpfendes Material wird sich nur dadurch beschaffen lassen, daß sämtliche Verbände bis zu den kleinsten Vereinen und Zahlstellen hinab Ermittlungen aufstellen, was jetzt, wie mehrfach mitgeteilt wurde, wegen des damit verbundenen Aufwands an Arbeit und Kosten nicht geschehen konnte.

¹ Infolge der hamburgischen Steuergesetzgebung für Konsumvereine hat die „Produktion“ für die Konsumgeschäfte eine besondere „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ eingerichtet.

² Einzahlungen bis 500 Mk. und Auszahlungen bis 200 Mk. erfolgen bei den Verkaufsstellen, während höhere Einzahlungen an die Girokassen der Deutschen, Dresdner und Kommerz- und Diskontobank zu richten sind; größere Auszahlungen finden im Hauptkontor statt, falls sie nicht den Verkaufsstellen vorher angezeigt sind.

Schriften 137. II.

Angaben über das „private Sparen der Mitglieder“ werden auch dann noch lückenhaft und unerheblich sein: denn alle Anfragen, welche auf Vorhandensein von Spargeldern gerichtet sind, werden mit dem unüberwindlichen Mißtrauen zu kämpfen haben, welches in Arbeiterkreisen dagegen herrscht, daß diese Angaben Steuerzwecken dienstbar gemacht werden könnten, ein Mißtrauen, welches zugenommen hat, seitdem durch die Einkommensteuernovelle die Auskaufspflicht der Arbeitgeber statuiert worden ist.

II.

Produktivgenossenschaften.

Da „Produktivgenossenschaften“ überhaupt in Deutschland bisher nur schwache Verbreitung gefunden haben, so ist es begreiflich, daß auch die in Berufsvereinen organisierte Arbeiterschaft auf diesem Gebiete nur unbedeutende Anfänge aufzuweisen hat.

Vereinzelt finden sich Angaben, daß „Mitglieder“ der Berufsvereine angeschlossen sind¹. Beteiligungen seitens der „Verbände“ finden wir bei den christlichen Gewerkschaften bei „Holzarbeitern“² und „Textilarbeitern“, während bei den „freien Gewerkschaften“ „Brauerei- und Mühlenarbeiter“³, „Buchbinder“⁴, „Buchdruckereihilfsarbeiter“⁵, „Glasarbeiter“⁶ und „Schneider“⁷ anzuführen sind; hier sind auch örtliche Verwaltungsstellen interessiert, so bei „Fabrikarbeitern“⁸ und „Kupferschmieden“⁹.

Insgesamt wird die Höhe der Beteiligungen bei den „freien Gewerk-

¹ Bei den „christlichen Gewerkschaften“ sind „Bergarbeiter“ und „Textilarbeiter“ sowie „Holzarbeiter“ (35—40 Mitglieder mit 20—25 000 Mk.), bei den „Eirisch-Dunderschen Gewerkschaften“ „Textilarbeiter“ und „Holzarbeiter“, bei den „freien Gewerkschaften“ die „Bäcker und Konditoren“ (mit 150 Mitgliedern) zu nennen. Die „katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)“ geben Mitglieder an für Gdrliß (4 mit je 500 Mk. Beteiligung), für Glaesa (Herstellung von Kartoffelflocken) und Heibau (bei einer Genossenschaftsmolkerei).

² 21 000 Mk.

³ 331 000 Mk. bei der Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

⁴ 25 000 Mk.

⁵ 20 000 Mk.

⁶ 2000 Mk.

⁷ 4000 Mk.

⁸ 6600 Mk.

⁹ 1000 Mk.

schaften“ auf 399 600 Mk. für 1910 angegeben, wovon auf örtliche Verwaltungsstellen nur 7600 Mk. entfallen¹.

Aus diesen Ansätzen läßt sich erkennen, daß Anfänger für Beteiligungen an genossenschaftlicher Produktion am ehesten dort Aussicht auf Weiterentwicklung haben, wo es sich um Herstellung von Wohnungs- und Genußmitteln (Backwaren, Fleisch, Bier, Zigarren) handelt, bei welchen der genossenschaftliche Absatz infolge des begrenzteren Kundenfreies und der mit Wahrscheinlichkeit abzuschätzenden Abnehmerzahl annähernd zu berechnen ist.

Daneben und manchmal auch überwiegend mag der Gedanke zur Verwirklichung beitragen, auf solche Weise durch Streik oder Aussperrung arbeitslos gewordene Berufsgenossen unterzubringen (z. B. bei Bräuern, Schneidern, Textil- und Holzarbeitern)².

Von wesentlicher Bedeutung für die Produktion, für Kapitalanlagen, sind diese Anfänge nicht gewesen; eine Ausnahmestellung nehmen in dieser Hinsicht nur die von den „Konsumvereinen“ geschaffenen Produktionsstätten ein³: Da der „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ und sein Hauptorgan „die Großeinkaufsgesellschaft zu Hamburg“ ihre Mitglieder zum größten Teil aus den Kreisen der „freien Gewerkschaften“ rekrutieren⁴, so seien hilfsweise einige Zahlen aus den Betrieben des Konsumvereins „Produktion“ und der „Großeinkaufsgesellschaft“ angeführt:

Bei der „Produktion“ betrug 1910 der Jahresumsatz:

a) der Schlächtereier: 3 865 404 Mk.,

b) der Bäckerei und Konditorei: 1 536 656 Mk.,

¹ Zu berücksichtigen ist allerdings, daß für die „Verwaltungsstellen“ nur wenige Angaben vorliegen.

² So fordern die Statute der „Gewerkvereine der Bergarbeiter“ (§ 46), der „Fabrik- und Handarbeiter“ (§ 44) und der „Graphischen Berufe, Maler und Lackierer“ (§ 45) zur Förderung der Gründung von Genossenschaften auf; der letztgenannte § 45 lautet: „Die letzteren — Produktionsgenossenschaften — sollen insbesondere bei beträchtlichen Aussperrungen und Arbeitseinstellungen zur Beschäftigung der arbeitslosen Mitglieder benutzt werden.“

³ Die von den Konsumvereinen errichteten Betriebe dienen der genossenschaftlichen Produktion ebenso wie die von „Produktionsgenossenschaften“ geschaffenen Anlagen; daher die obenstehenden Ausführungen.

⁴ Die „christlichen Gewerkschaften“ haben auf ihrer Tagung zu Dresden im Oktober 1912 beschlossen, ihren Mitgliedern die Beteiligung an dem ihnen nahe stehenden „Verbande westdeutscher Konsumvereine“ zu empfehlen. — Die „Christlich-Deutschen Gewerkvereine“ sind wohl hauptsächlich bei dem „Verbande deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ interessiert.

- c) der Kaffeerösterei: 465 433¹ Pfund Kaffee,
- d) des Kohlengeschäfts: 202 700 Mk.,
- e) der Mineralwasserfabrikation: 200 000 Flaschen und 2818 Syphons mit 14567,23 Mk. Jahreserlös.

Bei der „Großeinkaufsgesellschaft“ hatten 1910 einen Umsatz:

- a) die Seifenfabrik in Gröba von 2 900 106¹/₄ kg im Werte von 1 367 834,17 Mk.;
- b) die Zigarrenfabriken in Frankenberg, Hamburg und Hiderhain²: an Zigarren 30 113 000 für 1 477 389 Mk., an Tabakfabrikaten von 668 180 Mk.

Das sind, wenn man von Bäckerei und Schlächtereien abzieht, besonders auf dem Gebiete der Kaffeerösterei und Seifenfabrikation nicht zu verachtende Ansätze zur genossenschaftlichen Produktion. Wenn den „Konsumvereinen“ und „freien Gewerkschaften“ durch die geplante Volksversicherungsgesellschaft „Volksfürsorge“ nur große Mittel aus Arbeiterkreisen im Betrage von vielen Millionen zufließen werden, so ist mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß ein Teil dieser Kapitalien direkt oder indirekt durch Beteiligung oder hypothekarische Beleihung der „Produktion auf genossenschaftlicher Grundlage“ ein weiteres Feld der Betätigung eröffnen wird.

III.

Baugenossenschaften.

Es ist verständlich, wenn die beruflich organisierte Arbeiterschaft versucht, auf den Baumannt einen gewissen Einfluß zu erlangen: Sie hat auf diese Weise die Möglichkeit, für geräumigere und billigere Wohnungen zu sorgen, als sie ihnen, durch Terrainspekulation und hohe Grundstückspreise beeinflusst, das Großkapital und die von diesem mehr oder minder abhängigen, außerdem unter der ungünstigen Lage des Hypothekenmarktes leidenden Hausbesitzer zu gewähren imstande sind.

So finden wir öfters Beteiligung der Verbände wie der Verbandsmitglieder an Baugenossenschaften, wenn auch hier wieder genauere Angaben fehlen. Bei den „freien Gewerkschaften“ sind zu nennen die „Brauerei- und Mühlenarbeiter“³ und „Gastwirtsgehilfen“⁴, bei den

¹ Aus 569 109 Pfund geröstet.

² In diesen Fabriken waren 1910 565 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt.

³ 4000 Mk.

⁴ 75 000 Mk.

„Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen“ „Textilarbeiter“¹ und „Holzarbeiter“¹, bei den „christlichen Gewerkschaften“ „Holzarbeiter“², „Bauarbeiter“³ und „Textilarbeiter“³, während bei den „Katholischen Arbeitervereinen (Sitz Berlin) die Vereine zu Trier, Königshütte⁴ und Waldburg durch Mitglieder beteiligt sind.

Häufiger begegnet man einer Beteiligung an Baugenossenschaften bei solchen Verbänden, welche weniger gewerkschaftlichen Zwecken als der reinen Wohlfahrt ihrer Mitglieder zu dienen bestrebt sind d. h. welche die Beeinflussung des Arbeitsmarktes aus ihrem Tätigkeitsgebiet mehr oder minder ausschließen, um sich hauptsächlich der Verbesserung der sonstigen wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder zu widmen: Hierher gehören u. a. die „evangelischen Arbeitervereine“⁵ und die Arbeiter staatlicher Einrichtungen⁶.

Wie schon oben ausgeführt, findet man oft die Zwecke, zu sparen und für billige Wohnungen zu sorgen, vereint, wie sich das auch äußerlich in der Bezeichnung „Spar- und Bauverein“ prägt⁷.

¹ Höhe unbekannt.

² 80—100 Mitglieder mit 8—10000 Mk.

³ Höhe unbekannt.

⁴ In Königshütte drei Mitglieder mit je 500 Mk. Einlage, im Waldburger Bezirk 76 Mitglieder mit 16600 Mk. Beteiligung.

⁵ So im Pommerschen Provinzialverband; im Schleswig-Holsteinischen Provinzialverband 5500 Mitglieder. — Im Posener Verband Beteiligung am deutschen Arbeiterwohnungsverein zu Bromberg. — Zu erwähnen sind ferner noch die Vereine zu St. Gallenberg (Kurheffen), Freiburg i. Br.

⁶ Im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld werden von den Eisenbahnvereinen Darlehen bis zur Höhe von 1000 Mk. zur Erbauung von Wohnhäusern gegen hypothekarische Sicherstellung gewährt. Das gleiche gilt von den Vereinen im Eisenbahndirektionsbezirk Bromberg, bei denen bis zur Höhe von 10000 Mk. gegangen werden kann. — Es sei an dieser Stelle auch der zu den „christlichen Gewerkschaften“ gehörige „Bayrische Eisenbahnerverband“ genannt: Er gründete, ohne unmittelbar beteiligt zu sein, sämtliche 40 Baugenossenschaften des Eisenbahnpersonals, welche 300 Häuser mit 2500 Wohnungen gebaut haben (Geschäftsanteil: 100 Mk.; Einzahlung: mindestens 2 Mk. monatlich).

⁷ So ist z. B. der „Evangelische Arbeiterverein zu Chemnitz“ am „Spar- und Bauverein“ beteiligt, ebenso der „Evangelische Arbeiterverein zu Altona“ am „Altonaer Spar- und Bauverein“. Der schon mehrfach zitierte „Spar-, Konsum- und Bauverein Produktion“ zu Hamburg hat besondere Wohnungsfonds: Die darauf eingezahlten Beträge werden wie Spargelder verzinst und gewähren dem Besitzer Vorzugsrechte bei Vermietung von Genossenschaftswohnungen (1910 gab es 1083 Konteninhaber; der Hausbesitz hatte 1909 einen Wert von 997141 Mk.).

Die Bewegung ist noch in der Entwicklung begriffen, wird sich aber unter dem Druck der schlechten Wohnungsverhältnisse, welche besonders für die Arbeiterschaft bestehen, noch weiter ausweiten: Auch hier sei, wie schon bei den „Produktiven Genossenschaften“, darauf hingewiesen, daß vermutlich die „Volksfürsorge“ imstande sein wird, reichere Mittel in Gestalt von Hypotheken der in den „freien Gewerkschaften“ organisierten Arbeiterschaft zu Bauzwecken zur Verfügung zu stellen.

IV.

Konsumvereine.

Konsumvereine erfüllen auf doppelte Weise den Zweck, den Spartrieb der Mitglieder zu fördern: Sie ermöglichen ihnen einmal durch den gemeinsamen Großbezug von Waren billigere Einkaufsmöglichkeiten und lassen ihnen dadurch einen Teil ihres Einkommens für Sparzwecke frei; auf der anderen Seite beteiligen sie die Mitglieder durch Dividenden usw. am Reingewinn und führen ihnen auf diese Weise ersparte Bargelder zu.

Aber nicht nur auf den Sparsinn der Mitglieder wirken die Konsumvereine fördernd ein, sie dienen demselben Zweck auch in der Volkswirtschaft: Durch den Bargeldverkehr führen sie ihren Unternehmungen jederzeit flüssige Geldmittel zu, welche sie dank der Möglichkeit der Verwirklichung des Grundsatzes „großer Umsatz, kleiner Verdienst“ gewinnbringend anzulegen vermögen.

Es läßt sich allerdings schwer feststellen, inwieweit Berufsvereine der Arbeiter oder ihre Mitglieder an Konsumvereinen beteiligt sind, weil eine genaue Schichtung der Konsumvereinsmitglieder nach dem Beruf und damit die Höhe der Beteiligung der Arbeiter noch nicht gegeben ist.

In Betracht kommen werden in erster Reihe direkte Beteiligungsziffern der Verbände und ihrer Mitglieder an Konsumvereinen und ergänzend Zahlen aus den Konsumvereinsverbänden, deren ganz überwiegende Mehrheit den Arbeiterkreisen angehört: Das sind einmal der „Verband westdeutscher Konsumvereine“, welcher den „christlichen Gewerkschaften“ nahesteht, und ferner der „Zentralverband deutscher Konsumvereine“, verkörpert durch die „Großeinkaufsgesellschaft zu Hamburg“, welcher zu den „freien Gewerkschaften“ enge Fühlung hat.

Zunächst sei kurz angegeben, von welchen Verbänden positive Angaben gemacht werden konnten:

Bei den „christlichen Gewerkschaften“¹ antworteten Bayrische Eisenbahner, Holzarbeiter und Bergarbeiter, bei den „freien Gewerkschaften“² Bäcker und Konditoren, Buchdruckereihilfsarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Maschinisten, Schneider, Steinseker, Transportarbeiter, bei den „Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen“ Textilarbeiter, Holzarbeiter und Töpfer, von den „Wertvereinen“ Siemens³ und „Werk Augsburg“⁴ und schließlich die „Katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)“⁵ und einige evangelische Arbeitervereine.

Die Berichte, welche eingegangen, sind zum großen Teil ungenau: Sie gewähren weder über die Gesamthöhe der Beteiligung noch über die Anteile der einzelnen Arbeiter genügende Aufklärung, sie trennen nur selten zwischen Guthaben der Mitglieder, der Verbände und der örtlichen Verwaltungsstellen.

In manchen Vereinen sind besondere Kohlenkassen⁶ für gemeinsamen

¹ „Holzarbeiter“: 1000—1200 Mitglieder, Anteile meistens 25—50 Mk. Die „Bergarbeiter“ rechnen mit 10 000 Mitgliedern, welche an Konsumvereinen beteiligt sind. Der „Bayrische Eisenbahnerverband“ führt Konsumvereinsmitglieder für München und Nürnberg auf.

² „Bäcker und Konditoren“: 5000 Mitglieder mit 2090 Mk. — „Buchbinder“: Im Verbands 50 000 Mk., in den örtlichen Verwaltungsstellen 5860 Mk. Beteiligung. — „Buchdruckereihilfsarbeiter“: 35 000 Mk. im Verbands. — „Dachdecker“: 10 000 Mk., „Maschinisten“: 250 000 Mk., „Brauerei- und Mühlenarbeiter“: 6000 Mk. im Verbands. — „Schneider“: 150 600 Mk. im Verbands und 20 000 Mk. in örtlichen Verwaltungsstellen. — „Steinseker“: 8225 Mk. im Verbands und 7652 Mk. in örtlichen Verwaltungsstellen. — Genauere Einzelheiten geben die „Transportarbeiter“ an: Bei ihnen gehörten im Oktober 1910 von 77 770 antwortenden männlichen Mitgliedern: 19362, von 3079 antwortenden weiblichen Mitgliedern: 1373 Konsumvereinen an. Die Gesamtbeteiligung an Konsumvereinen beträgt für die „freien Gewerkschaften“ — natürlich nur nach der vorliegenden, zweifellos große Lücken aufweisenden Zahlen — bei den Verbänden 284 225 Mk., bei den örtlichen Verwaltungsstellen 42 601 Mk.

³ Bei den „Siemens-Werken“ hat jedes Werk seinen eigenen Konsumverein (Trennung der Einnahmen aus Mittagsportionen und Warenverkehr).

⁴ Der Arbeiterverein vom Werk Augsburg gab 1908/09 7%, 1909/10 9% Dividende.

⁵ Im ganzen Angaben über 4 Vereine und 3 Bezirke: So in Görtlich: 100 Mitglieder mit Einlagen von je 30 Mk., Fürstenberg a. O.: 6—8 Mitglieder, Gleiwitz (Zahl unbekannt), Bezirk Heiligenstadt: 4 Orte, Bezirk Waldburg: 40 Mitglieder mit 1200 Mk.

⁶ Bei den „evangelischen Arbeitervereinen“ werden Kohlenkassen zu Frankfurt a. M., Griesheim und Höchst a. M. gemeldet. Die „christlichen“ bayrischen Eisenbahner haben Kohlenkassen in den meisten Vereinen: 1910 700 Waggon Kohlen und 200 Waggon Kohlen Umsatz mit 10—30 Pfennigen Gewinn pro Zentner.

Bezug eingerichtet, in andern wieder findet gemeinsamer Einkauf von Kohle, Kaffee oder Tee statt¹; teilweise sind Mitglieder an Rabattvereinen² beteiligt. Vereinzelt finden sich besondere Konsumvereinsabteilungen³.

Die angeführten Zahlen und Tatsachen lassen keinen sichern Schluß zu, in welcher auch nur annähernden Höhe die Berufsvereine und ihre Mitglieder an Konsumvereinen beteiligt sind; es seien daher zum Schluß noch, wie schon eingangs angedeutet, einige Angaben über die großen, der organisierten Arbeiterschaft nahestehenden Verbände gemacht, über den „Verband westdeutscher Konsumvereine“ und über die „Großeinkaufsgesellschaft des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“.

Der erstere hatte 1909, wie schon sein Name sagt, in Westdeutschland, hauptsächlich im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, 39 377 Mitglieder in 70 Vereinen und erzielte bei einem Umsatz⁴ von 12 460 497,37 Mk. einen Überschuß einschließlich der statutengemäßen Rückvergütungen von 952 839,98 Mk.⁵.

Von der „Großeinkaufsgesellschaft“⁶ erscheinen folgende Angaben erheblich:

Bei einer Zahl von 675 Gesellschaftern⁷ im Jahre 1910 betrug der Warenumsatz 88 649 649 Mk.^{8 9}, der Reingewinn 1 015 757 Mk.¹⁰.

Besonderer Erwähnung wert sind folgende Zahlen aus dem Geschäfts-

¹ „Evangelische Arbeitervereine“: Lahr und Waldheim: Kaffee und Kohle, Gleiwitz: Kaffee und Tee, Treppe: Kohle.

² So z. B. „Bayrischer Eisenbahnerverband“ (christlich): 10—30 Mk. Jahresgewinn; „Kathol. Arbeiterverein Reife“. — Die „Evangel. Arbeiterinnenvereine“ zu Döhren, Hannover und Linden sind an der Kohlenkasse des Gauverbandes, sechs katholische Arbeitervereine im Bezirk Lissa an Einkaufsgenossenschaften beteiligt.

³ So die „Evangelischen Arbeitervereine“ zu Lörrach, Malsburg, Pforzheim, Säckingen und Wehr.

⁴ In den einzelnen Vereinen erreicht der Umsatz eine Höhe von 9416,32 Mk. bis 4265 709,04 Mk.

⁵ Die Rückvergütungen hatten eine Höhe von 2—11%; als Höchstfuß wurden 8% empfohlen.

⁶ Die „Großeinkaufsgesellschaft“ vermittelt und verfinnbildlicht am besten den Umsatz des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine“.

⁷ 1909: 633; 1908: 560; 1907: 499.

⁸ 1909: 74 915 813 Mk.; 1908: 65 778 277 Mk.; 1907: 59 886 220 Mk.

⁹ Am 1. Januar 1910 übernahm die „Großeinkaufsgesellschaft“ die Tabakarbeitergenossenschaft, am 1. Juli 1910 eröffnete sie die Seifenfabrik zu Gröba.

¹⁰ 1909: 852 681 Mk.; 1908: 544 785 Mk.; 1907: 504 109 Mk.

betriebe der „Bankabteilung“¹ der Gesellschaft, welche am 2. Januar 1909 begründet wurde:

Der Gesamtumsatz betrug 1910: 347 520 929 Mk.²,
 der Umsatz auf Girokonto im Debet: 62 410 598 Mk.³,
 „ „ auf Girokonto im Kredit: 63 329 534 Mk.⁴,
 „ „ auf Postscheckkonto: 54 593 749 Mk.⁵,
 „ „ auf Wechselkonto: 27 974 522 Mk.⁶,
 „ „ auf Effektenkonto: 2 821 853 Mk.⁷,
 „ „ auf das Bankeinlagenkonto: 9 212 931 Mk.⁸.

Diese Zahlen der „Bankabteilung“, welche einen Teil der Summen darstellen, die von den Konsumvereinsmitgliedern d. h. also hauptsächlich Angehörigen der Berufsvereine gespart werden, werden eine bedeutende Steigerung erfahren, sobald die „Volksfürsorge“ in Tätigkeit getreten sein wird, denn diese schon mehrfach erwähnte Aktiengesellschaft, deren Aktienkapital von einer Million Mark je zur Hälfte von dem „Zentralverband deutscher Konsumvereine“ und „den der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbänden“ übernommen ist, — auch hier zeigt sich der äußerst nahe Zusammenhang zwischen diesen Konsumvereinen und den „freien Gewerkschaften“ —, wird bei ihrem Geschäftsbetriebe sich als Bank der Unterstützung der „Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft“ bedienen und dadurch der „Großeinkaufsgesellschaft“ eine starke Vermehrung ihrer Mittel und damit ihrer den Konsumvereinen dienenden Tätigkeit gestatten⁹.

¹ Sie übernahm zunächst die Bankeinlagen und Darlehenskonto der Warenabteilung nebst einigen Hypothekenkonto und Anlagen von Scheckkonto für zunächst 85 Vereine.

² 1909: 243 267 551 Mk.

³ 1909: 33 131 614 Mk.

⁴ 1909: 33 164 424 Mk.

⁵ 1909: 33 194 619 Mk.

⁶ 1909: 5 786 240 Mk.

⁷ 1909: 5 786 240 Mk. (Bestand des Effektenkontos: 1909: 206 823 Mk., 1910: 1 371 912 Mk.).

⁸ 1900: 5 541 877 Mk.

⁹ Ergänzend und hilfsweise seien einige Zahlen aus dem „Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion“ zu Hamburg angeführt: Der Reingewinn betrug 1910: 181 547 Mk. (1909: 172 555 Mk.). Von 49 312 (41 875) Mitgliedern waren 29 795 (25 459) gelernte, 11 273 (9 713) ungelernte Arbeiter und 4 150 (3 201) Ehefrauen und Witwen.

V.

Vermögensanlagen.

Die „Vermögensbestände“, welche die „Berufsvereine der Arbeiter“ angesammelt haben, stellen, wenn man den Begriff etwas weit auslegt, „Spareinlagen im weiteren Sinne“ dar: Wie schon an anderer Stelle¹ ausgeführt ist, setzt sich das Vermögen dieser Organisationen fast ganz aus den Geldern zusammen, welche ihnen durch Beiträge und Eintrittsgelder ihrer Mitglieder zufließen. Die Mitglieder „sparen“ diese Beiträge, um sie bei den verschiedensten Gelegenheiten in irgendeiner Unterstützungsform zurückzuerhalten² oder um durch Ausbau der Organisation im Arbeitskampfe bessere Bedingungen zu erhalten und dadurch ihre Lebensstellung zu verbessern oder sie wenigstens vor Verschlechterungen zu bewahren, auch im letzteren Falle „sparen“ sie.

Die Anlage der Vermögensmassen gibt in mannigfacher Weise einen Fingerzeig, in welcher Form die Art von Spargeldern den verschiedensten Zweigen der volkswirtschaftlichen Produktion zugeführt, zugänglich gemacht werden.

Eine systematische Darstellung soll versucht werden, wenn auch, wie sich bei den einzelnen Abschnitten zeigen wird, manche Lücken³ in Erscheinung treten und Schlußfolgerungen infolgedessen erschweren werden. So fehlen oft Zahlenangaben, es wird nur über die Art der Anlagen⁴ berichtet; an anderer Stelle sind die Bestände von Verbänden und Unterstützungsassen nicht getrennt, dritte geben einen Teil ihrer Vermögensanlagen unter „Sonstiges“⁵ an; Bankeinlagenkonto sind teilweise nicht getrennt

¹ In der Einleitung: Eine teilweise Wiederholung der Ausführungen ließ sich nicht vermeiden.

² 1910 gaben für Unterstützungen aller Art (Reise-, Umzug-, Arbeitslosen-, Kranken-, Invaliden-, Sterbefall-, Notfall-, Streik- und Gemäßregeltenunterstützung) und Rechtsschutz aus: „Freie Gewerkschaften“: 39 117 666 Mk.; „Christliche Gewerkschaften“: 1 639 206 Mk.; „Ditsch-Dunderische Gewerksvereine“: 2 393 775 Mk.

³ Als Beispiel sei angegeben, daß bei den „Freien Gewerkschaften“ zehn Verbände mit einem Vermögen von 7 205 856 Mk. nicht berichtet, bezüglich der Ortsassen nur „Buchbinder“ und „Holzarbeiter“ Angaben gemacht haben.

⁴ So bei den „Evangelischen Arbeitervereinen“ und bei einem Teile der „Katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)“. Manchmal fehlt sogar die Angabe der Art der Anlage, so bei dem „Evangelischen Arbeiterbund (Böckum)“.

⁵ So z. B. bei einer Anzahl der sonst sehr gut berichtenden „Freien Gewerkschaften“.

aufgeführt¹; schließlich finden sich fast nirgends Angaben über die Verzinsung des Kapitals².

Im folgenden soll in zwölf Abschnitten eine Trennung der Vermögensbestände nach der Verschiedenheit ihrer Anlage versucht werden: Bei Banken, Genossenschaften, Konsumvereinen, Baugenossenschaften, Gewerkschaftshäusern, in Staatspapieren, in Kommunalpapieren, in sonstigen Wertpapieren, bei Sparkassen, auf Scheckkonto und als Kassenbestände.

Bei Banken.

Die Angabe „bei Banken angelegt“ muß verschieden aufgefaßt werden: Soweit es sich um geringe Beträge bei großen Verbandsvermögen³ handelt, werden vermutlich Gelder gemeint sein, welche jederzeit abgerufen werden können und zur Deckung der laufenden Geldbedürfnisse dienen sollen, während bei größeren Summen⁴ die Annahme gerechtfertigt ist, daß es sich um Wertpapiere handelt, welche bei Banken hinterlegt sind.

Eine Zusammenstellung der Beträge der berichtenden Verbände ergibt folgendes:

a) „Freie Gewerkschaften“⁵ 5 832 891 Mk.

b) „Christliche Gewerkschaften“⁶ 1 493 050 „

Übertrag . . . 7 325 941 Mk.

¹ So bei dem „Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Holzarbeiter“.

² In einzelnen Fällen läßt sich die Höhe der Verzinsung erkennen, wenn die Art der Wertpapiere genau angegeben ist (Staatspapiere, Pfandbriefe).

³ So z. B. bei der „Union Ganymed“.

⁴ So bei den „freien“ wie bei den „christlichen“ Gewerkschaften, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß beide bei der großen Zahl ihrer Mitglieder größerer Beträge, die jederzeit flüssig gemacht werden können, bedürfen.

⁵ Ziffern aus den einzelnen Verbänden: „Bäcker- und Konditoren“: 70 000 Mk.; „Bergarbeiter“: 230 000 Mk.; „Bildhauer“: 6463 Mk.; „Brauerei- und Mühlenarbeiter“: 235 866 Mk.; „Blumenarbeiter“: 4500 Mk.; „Buchbinder“: 88 476 Mk.; „Bureauangestellte“: 35 000 Mk.; „Fabrikarbeiter“: 884 014 Mk.; „Gärtner“: 7000 Mk.; „Gemeindearbeiter“: 138 Mk.; „Glaserarbeiter“: 100 000 Mk.; „Kürschner“: 80 000 Mk.; „Lithographen“: 204 964 Mk.; „Maler“: 137 000 Mk.; „Metallarbeiter“: 2 247 760 Mk.; „Porzellanarbeiter“: 36 518 Mk.; „Schneider“: 3427 Mk.; „Schuhmacher“: 491 500 Mk.; „Steinarbeiter“: 172 209 Mk.; „Buchdruckereihilfsarbeiter“: 15 000 Mk.; „Dachdecker“: 110 000 Mk.; „Gastwirtsgehilfen“: 11 000 Mk.; „Glaser“: 60 000 Mk.; „Holzarbeiter“: 22 500 Mk.; „Hutmacher“: 45 000 Mk.; „Kupferschmiede“: 87 000 Mk.; „Lederarbeiter“: 28 983 Mk.; „Schneider“: 16 600 Mk.; „Steinmetzen“: 95 000 Mk.; „Textilarbeiter“: 260 000 Mk.; „Töpfer“: 131 273 Mk.

⁶ Einzelziffern: „Bayrische Eisenbahner“: 50 600 Mk.; „Holzarbeiter“: 13 000 Mk.; „Bauarbeiter“: 303 757 Mk. (größtenteils bei Banken); „Textilarbeiter“: 313 499 Mk.; „Metallarbeiter“: 812 204 Mk.

	Übertrag . .	7 325 941 Mk.
c)	Hirsch-Dunderscher Gewerkverein ¹ .	10 356 "
d)	„Union Ganymed“	57 420 "
e)	„Verein reichstreuher Mansfelder Berg- und Hüttenleute“	50 276 "
	Zusammen ² : 7 443 993 Mk.	

Wenn man dazu die nahestehenden Konsumvereine hinzufügt, so sind noch zu erwähnen:

f)	„Verband westdeutscher Konsumvereine“	658 548 Mk.
g)	„Großeinkaufsgesellschaft“	921 293 "

Zusammen: 1 579 841 Mk.

Diese Summen arbeiten bei den Banken mit und dienen damit mittelbar den von den Banken verfolgten volkswirtschaftlichen Zielen.

Bei Genossenschaften.

Für eine Beteiligung der Verbände an Genossenschaften im allgemeinen ohne Angabe der Art finden sich Angaben nur bei den „freien Gewerkschaften“ mit 2 418 843 Mk.³ und in geringem Maße bei den „christlichen Gewerkschaften“ mit 23 000 Mk.⁴.

Auch hier ist im allgemeinen nicht mitgeteilt, bei welcher Genossenschaft das Geld angelegt ist, nur vereinzelt werden genauere Angaben gemacht⁵: So haben die Stuckateure 130 000 Mk. bei der Sparkasse der „Produktion“, die „Fleischer“ und „Lagerhalter“ je 20 000 Mk., die „Bäcker“ 50 000 Mk. und die „Schuhmacher“ 425 475 Mk. bei der „Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft“ stehen: Die letzteren Beträge könnten auch bei

¹ „Holzarbeiter.“

² Der „Evangelische Arbeiterbund (Bochum)“ und der „Verband deutscher Post- und Telegraphenarbeiter und Handwerker“ geben nur „Anlage bei Banken“ ohne Zahlen an.

³ Einzelziffern: „Bäcker- und Konditoren“: 193 000 Mk.; „Bergarbeiter“: 840 000 Mk.; „Brauerei- und Mühlenarbeiter“: 331 000 Mk.; „Buchbinder“: 25 000 Mk.; „Bureauangestellte“: 12 000 Mk.; „Fabrikarbeiter“ (örtliche Verwaltungsstellen): 18 560 Mk.; „Gemeindearbeiter“: 204 578 Mk.; „Glasarbeiter“: 2 000 Mk.; „Lithographen“: 30 000 Mk.; „Steinarbeiter“: 30 000 Mk.; „Buchdruckereihilfsarbeiter“: 55 000 Mk.; „Gastwirtsgehilfen“: 4 000 Mk.; „Hutmacher“: 5 300 Mk.; „Schneider“: 44 800 Mk.; „Textilarbeiter“: 28 000 Mk.

⁴ „Bauarbeiter“: 21 000 Mk.; „Textilarbeiter“: 2 000 Mk.

⁵ Die folgenden Angaben beziehen sich nur auf „freie Gewerkschaften“.

Banken, die 130 000 Mk. der „Stukkateure“ bei den „Sparcassen“ aufgeführt werden¹.

Bedauerlich ist es, daß Feststellungen nicht getroffen werden konnten, ob, wenn auch in weniger erheblichem Umfange, eine Beteiligung an „Produktiven Genossenschaften“ stattfindet und ob bejahendenfalls Beteiligungsziffern in den aufgeführten Zahlen mit enthalten sind.

Bei Konsumvereinen.

Bezüglich der „Konsumvereine“ liegen bejahende Antworten nur für die „freien Gewerkschaften“ vor, welche eine Gesamtsumme von 1 595 594 Mk. ergeben².

Die Gründe hierfür sind darin zu suchen, daß die „freien Gewerkschaften“, wie sie öfters ausgeführt haben, in der Konsumvereinsorganisation den „dritten“ Zweig der modernen Arbeiterbewegung neben dem „politischen“ und dem „gewerkschaftlichen“ erblicken und demgemäß sie auch direkt zu fördern suchen, wie sie auch ihre Mitglieder den Konsumvereinen zuführen. Die „christlichen Gewerkschaften“ haben auch begonnen, sich in der gleichen Richtung einzusetzen, doch sind größere Erfolge — wohl auch wegen der Kürze der Zeit — noch nicht ersichtlich.

Bei Baugenossenschaften.

Das gleiche Bild wie bei den „Konsumvereinen“ ergibt sich bei den „Baugenossenschaften“: Auch hier sind nur die „freien Gewerkschaften“³ mit 178 603 Mk. anzuführen d. h. einem recht geringfügigen Betrage.

Vermutlich wird auch hier eine andere Entwicklung einsetzen, sobald, wie schon ausgeführt, die „Volksfürsorge“ in Tätigkeit getreten sein wird.

¹ Die „Blumenarbeiter“ haben 150 Mk. bei der „Druckereigenossenschaft Zittau“ stehen.

² Einzelziffern: „Bäcker und Konditoren“: 23 000 Mk. (ein Teil der oben — S. 140 Anm. 3 — angeführten 173 000 Mk.); „Blumenarbeiter“: 5000 Mk.; „Brauerei- und Mühlenarbeiter“: 6000 Mk.; „Buchbinder“: 55 860 Mk.; „Fabrikarbeiter“: 833 967 Mk.; „Gärtner“: 20 000 Mk.; „Gemeinbearbeiter“: 188 287 Mk.; „Kürschner“: 27 000 Mk.; „Maschinisten“: 25 000 Mk.; „Schneider“: 50 542 Mk.; „Steinarbeiter“: 10 000 Mk.; „Dachdecker“: 10 000 Mk.; „Friseur“: 5500 Mk.; „Gastwirtsgehilfen“: 2000 Mk.; „Glaser“: 20 000 Mk.; „Suttmacher“: 5000 Mk.; „Lagerhalter“: 14 000 Mk.; „Schmiede“: 1600 Mk.; „Steinmeger“: 27 000 Mk.; „Textilarbeiter“: 50 000 Mk.; „Zigarrenfortierer“: 81 600 Mk.

³ Einzelziffern: „Gastwirtsgehilfen“: 5000 Mk.; „Brauerei- und Mühlenarbeiter“: 4000 Mk.; „Fabrikarbeiter“ (örtliche Verwaltungsstellen): 4602 Mk.; „Gemeinbearbeiter“: 75 000 Mk.; „Lithographen“: 90 000 Mk.

Denn „Baugenossenschaften“, welche bei dieser Gesellschaft Unterstützung finden, werden auch von den gewerkschaftlichen Verbänden leichter als Geldanlage benutzt werden.

Im übrigen wird sich die Beteiligung der Arbeiterorganisationen, welche große Kapitalien zur Verfügung haben — und das sind in erster Reihe die Verbände, welche den Streik unter ihre Kampfmittel aufgenommen haben —, immer in gewissen engen Grenzen halten: die Kapitalien müssen in der Hauptsache flüssig sein oder ohne große Mühe flüssig gemacht werden können, da sie sonst für den Fall großen Bedarfs, d. h. bei umfassenden Ausständen oder Aussperrungen nicht verwendbar sind und in dieser Verwendbarkeit ihr Hauptzweck zu erblicken ist.

Bei Gewerkschaftshäusern.

Begreiflicherweise sind die Berufsvereine, wenn auch nicht mit hohen Beträgen an den „Gewerkschaftshäusern“ beteiligt.

Angaben liegen vor seitens

- | | |
|--|-------------|
| a) der „freien Gewerkschaften“ ¹ mit | 414 963 Mk. |
| b) der „christlichen Gewerkschaften“ ² mit . . | 4 000 „ |
| c) der „Sirsch-Dunderschen Gewerkvereine“ mit ³ | 48 600 „ |
| d) des „Verbandes der Post- und Telegraphen- | |
| arbeiter“ ⁴ mit | 10 000 „ |
| e) der „Union Ganymed“ ⁵ mit | 509 912 „ |

Zusammen: 977 745 Mk.

¹ Einzelziffern: „Bäcker und Konditoren“: 19 000 Mk.; „Bergarbeiter“: 3000 Mk.; „Brauereiarbeiter“: 5300 Mk.; „Buchbinder“: 32 510 Mk.; „Bureauangestellte“: 330 Mk.; „Fabrikarbeiter“: 86 439 Mk.; „Kürschner“: 2000 Mk.; „Lithographen“: 43 500 Mk.; „Notenstecher“: 1500 Mk.; „Schneider“: 15 600 Mk.; „Steinarbeiter“: 5000 Mk.; „Dachdecker“: 14 000 Mk.; „Gastwirtsgehilfen“: 23 000 Mk.; „Glaser“: 5000 Mk.; „Handlungsgehilfen“: 18 334 Mk.; „Kupferschmiede“: 10 000 Mk.; „Lagerhalter“: 10 000 Mk.; „Steinmetzen“: 35 000 Mk.; „Textilarbeiter“: 30 000 Mk.; „Töpfer“: 35 700 Mk.; „Xylographen“: 1100 Mk.; „Zigarrensortierer“: 18 650 Mk.

² „Holzarbeiter.“

³ „Hauptkasse“: 5000 Mk.; „Holzarbeiter“: 5000 Mk.; „Töpfer“: 1600 Mk.; „Maschinenbauer“: 5000 Mk. (32 000 Mk. für „Eigenhaus“).

⁴ Beim „Genesungsheim“ zu Charlottenburg.

⁵ Grundstück in London 167 412 Mk.; Grundstück in Leipzig 330 000 Mk. (Grundstückinventarkonto: 12 500 Mk.).

Diese Beteiligung ist weniger direkt wirtschaftlicher Natur, sie erfüllt in erster Reihe den Zweck, die Verwaltung der Organisationen zu unterstützen, ihnen die Möglichkeit eines eigenen Heims zu schaffen, wenn auch daneben der Repräsentationsgedanke öfters eine Rolle mitspielen mag¹.

In Staatspapieren.

Die berichtenden Verbände und Vereine scheiden größtenteils in Staatspapiere, Kommunalpapiere (Anleihen, Pfandbriefe) und sonstige Wertpapiere; einige dagegen führen unterschiedslos alle Gattungen von Wertpapieren unter dem Sammelbegriff „Wertpapiere“² auf.

Die Trennung hat den Vorteil, daß festgestellt werden kann, welche Beträge dem staatlichen und kommunalen Anleihebedürfnis zur Verfügung gestellt sind und welche weiteren Mittel in sonstigen (industriellen und kommerziellen) Werken angelegt sind.

Nach den Berichten haben von ihrem Vermögen in „Staatspapieren“³ angelegt:

a) „Freie Gewerkschaften“ ⁴		8 721 329 Mk.
b) „Christliche Gewerkschaften“ ⁵		536 200 „
c) „Kirch=Dundersche Gewerkvereine“ ⁶	. .	184 659 „
Übertrag . .		<u>9 442 188 Mk.</u>

¹ Die „Bergarbeiter“ („freie Gewerkschaften“) geben den Wert „eigener Grundstücke“ auf 477 000 Mk. an.

² So z. B. die „Zentralsterbekasse der katholischen Gesellenvereine“, die „Kranken- und Sterbekasse der evangelischen Arbeitervereine“ (München-Gladbach), der „Gutenbergbund“.

³ Hierher gehören natürlich auch die Papiere des „Reichs“.

⁴ Einzelziffern: „Xylographen“: 28 000 Mk.; „Bäcker- und Konditoren“: 19 000 Mk.; „Bergarbeiter“: 3000 Mk.; „Brauereiarbeiter“: 5300 Mk.; „Buchbinder“: 32 570 Mk.; „Bureauangestellte“: 330 Mk.; „Fabrikarbeiter“: 86 439 Mk.; „Kürschner“: 2000 Mk.; „Lithographen“: 43 500 Mk.; „Notenstecher“: 1500 Mk.; „Schneider“: 15 600 Mk.; „Steinarbeiter“: 5000 Mk.; „Buchdruckereihilfsarbeiter“: 10 000 Mk.; „Gastwirtsgehilfen“: 75 000 Mk.; „Holzarbeiter“: 2 372 860 Mk.; „Suttmacher“: 201 185 Mk.; „Lederarbeiter“: 51 700 Mk.; „Textilarbeiter“: 100 000 Mk.; „Töpfer“: 6000 Mk.

⁵ Einzelziffern: „Bayerische Eisenbahner“: 457 400 Mk.; „Holzarbeiter“: 500 Mk.; „Textilarbeiter“: 50 000 Mk.; „Heimarbeiterinnen“: 28 300 Mk.

⁶ Einzelziffern: „Hauptkasse“: 29 300 Mk. (3 1/2% Konjols); „Holzarbeiter“: 59 000 Mk. (3 1/2% Reichsanleihe); „Zuschußkasse der Holzarbeiter“ (67 469 Mk. 3 1/2% und 7318 Mk. 4% Reichsanleihe); „Töpfer“: 15 000 Mk.

	Übertrag . .	9 442 188 Mk.
d)	„Evangelische Arbeitervereine Bayerns“ .	3 900 „
e)	„Einzelne evangelische Arbeitervereine“ ¹ .	11 000 „
Rechnet man dazu noch die Summen der Verbände, welche nur „Wertpapiere“ angeben, was allerdings nur bedingt geschehen kann, so kommen noch folgende Zahlen hinzu:		
f)	„Zentralkasse der katholischen Gefellenvereine“	59 801 „
g)	„Kranken- und Sterbekasse der evangelischen Arbeitervereine zu München-Gladbach“	122 324 „
h)	„Gutenbergbund“ ²	540 000 „
Zusammen:		10 179 213 Mk.

Da die großen Zentralverbände der Bauarbeiter, Transportarbeiter und Zimmerer³ und eine ganze Reihe kleinerer Verbände und Vereine nicht berichtet haben, so kann unter Berücksichtigung der unter f bis h angeführten Zahlen schätzungsweise angenommen werden, daß zwischen 11 und 12 Millionen Mk. Vermögen der Arbeiterberufsvereine in Papieren des Reichs und der Staaten angelegt sind.

In Kommunalpapieren.

Unter „Kommunalpapieren“ sind hier nicht nur Anleihen der Städte und sonstiger Kommunalverbände aufzuführen, es sind für die vorliegende Darstellung auch die Pfandbriefe der Landschaften herangezogen worden; da letztere der Deckung des Kreditbedürfnisses des ländlichen Grundbesitzes dienen, so haben auch — obwohl sie nicht Kommunalpapiere sind — die Pfandbriefe der Hypothekenbanken hier Platz gefunden, weil sie zum großen Teil für die Städte wirtschaftlich denselben Zweck verfolgen wie die landschaftlichen Pfandbriefe für das Land.

¹ Vermögen der Weihnachtsparkasse und der Kasse „Hilfe in der Not“ des Schleswig-Holsteinischen Provinzialverbandes evangelischer Arbeitervereine. (Sonstige Angaben fehlen.)

² Gehört zu den „Christlichen Gewerkschaften“.

³ Diese drei Verbände gehören zu den „freien Gewerkschaften“. — Vor allem fehlen sonst noch Angaben über die „konfessionellen Arbeitervereine“ und einen Teil der „neutralen“ Organisationen.

Die festgestellten Zahlen lauten:

a) „Freie Gewerkschaften“ ¹		673 044 Mf.
b) „Christliche Gewerkschaften“ ²		315 500 „
c) „Hirsch-Dundersche Gewerkvereine“ ³		478 365 „
d) „Union Ganymed“ ⁴		239 000 „
e) „Verband der Post- und Telegraphenarbeiter“ ⁵		10 000 „

Zusammen: 1 715 909 Mf.

Rechnet man einen Teil der bei den „Staatspapieren“ zu „f bis h“ aufgeführten Beträge hinzu und schätzungsweise einen Teil des Vermögens der nicht berichtenden Verbände, so ergeben sich vielleicht 2 bis 2½ Millionen Mf., welche den kommunalen Bedürfnissen im allgemeinen und dem Bedarf des Grundbesitzes im besonderen zugeführt sind: Die an sich wünschenswerte Trennung der beiden Bedarfsquellen hat sich mangels dahingehender Angaben nicht durchführen lassen.

Zu Wertpapieren.

Zunächst sind hier anzuführen die Summen, welche getrennt von den „Staats- und Kommunalpapieren“ gemeldet sind:

a) „Christliche Gewerkschaften“ ⁶ mit		551 900 Mf.
b) „Union Ganymed“ ⁷ mit		230 535 „

Übertrag 782 435 Mf.

¹ Einzelziffern: „Bildhauer“: 43 978 Mf.; „Bureauangestellte“: 123 670 Mf.; „Buchdruckereihilfsarbeiter“: 53 000 Mf.; „Buchdrucker“: 4 154 396 Mf. (nicht ganz genau); „Buchbinder“: 178 000 Mf. (davon in örtlichen Verwaltungsstellen: 56 000 Mf.).

² Einzelziffern: „Bayrische Eisenbahner“: 28 000 Mf.; „Holzarbeiter“: 15 000 Mf.; „Textilarbeiter“: 272 500 Mf.

³ Einzelziffern: „Maschinenbauer“: 237 380 Mf. 3½% ostpreussische Pfandbriefe, 134 455 Mf. 3½% Neue Berliner Pfandbriefe und 110 550 Mf. 4% Neue Berliner Pfandbriefe.

⁴ Hier sind einmal Angaben gemacht, wie sie überall erwünscht gewesen wären: 38 500 Mf. 3½% Plauener Stadtanleihe; 4500 Mf. Leipziger Stadtanleihe; 11 000 Mf. Sächsisch-Kommunalbankanleihe; 20 000 Mf. Raumburger Stadtanleihe; 10 000 Mf. 4% Leipziger Hypothekbankpfandbriefe; 20 000 Mf. Deutsch-Wilmersdorfer Kommunalanleihe; 20 000 Mf. 4% Deutsche Schutzgebietanleihe; 10 000 Mf. 4% Leipziger Stadtanleihe; 40 000 Mf. 4% Rheinische Provinzialanleihe; 35 000 Mf. 3½% Hessische Landeshypothekbankpfandbriefe.

⁵ Stadtanleihe von Charlottenburg.

⁶ „Bergarbeiter“: Effektenkonto (mündelsicher).

⁷ Effektenkonto.

	Übertrag	782 435 Mk.
c) „Arbeiterverein vom Werk Augsburg“ ¹ mit	110 107	„
Ferner seien nochmals die Zahlen angegeben, wo allgemein „Wertpapiere“ im Vermögensbestand angegeben sind:		
d) „Zentralsterbefasse der kath. Gesellenvereine“	59 801	„
e) „Kranken- und Sterbefasse der evangel. Arbeitervereine“	122 324	„
f) „Gutenbergbund“	540 000	„
	Zusammen	1 664 667 Mk.

Daß die als „Wertpapiere“ allgemein bezeichneten Anlagen meistens den Kategorien der Staats- und Kommunalpapiere angehören werden, ergibt die oft in den Satzungen der Verbände wiederkehrende Bestimmung, daß das Vermögen „mündelsicher“ angelegt sein soll.

Eine Spezialisierung der Anlagestellen fehlt auch hier, so daß sich nicht feststellen läßt, welchen Zweigen von Handel und Industrie Mittel zugeflossen sind.

Zum Schluß seien hier nochmals alle Beträge zusammengestellt, welche unter den Abschnitten F bis H aufgeführt worden sind:

I. Staatspapiere	9 457 088 Mk.
II. Kommunalpapiere	1 715 909 „
III. Wertpapiere allgemein	1 614 667 „
	<u>12 787 664 Mk.</u>

Rechnet man schätzungsweise die nicht berichtenden Verbände und Vereine hinzu, so ergibt sich für die Berufsvereine der Arbeiter eine Anlage ihres Vermögens in Wertpapieren von 14—16 Millionen Mk.

In Hypotheken.

Über Anlagen in „Hypotheken“ machen nur die „freien“² und die „christlichen“³ Gewerkschaften Angaben⁴: Es läßt sich nicht feststellen, an

¹ Aktien und Obligationen vom „Werk Augsburg“. — Bei den „Werkvereinen“ werden oft die Vermögensbestände einschließlich der Reservefonds bei den Firmen angelegt (Spar- und Unterstützungsverein der Siemens-Werke, Arbeiterverein von „Schwarztopf-Wildau“, „Sanitas“, „Ludwig Loewe“ und den „Berliner Motorwerken“). Es findet entweder feste Verzinsung statt (z. B. Siemens 5%) oder Verzinsung wie bei den Aktien des Unternehmens nach Höhe der Dividende (z. B. bei Loewe).

² Einzelziffern: „Buchdruckereihilfsarbeiter“: 27 000 Mk.; „Buchdrucker“: 860 800 Mk.; „Kürschner“: 71 700 Mk.

³ Einzelziffern: „Bayrische Eisenbahner“: 217 000 Mk.; „Metallarbeiter“: 143 950 Mk. (in dieser Zahl sind auch „Darlehen“ mit enthalten).

⁴ Bei den „freien Gewerkschaften“ sind noch folgende Zahlen ohne nähere

welcher Stelle sie stehen und zu welchem Zinsfuße sie geliehen sind, wenn auch die Vermutung dafür spricht, daß es sich meist um „erste“ Hypotheken handeln, der Zinsfuß also $4\text{—}4\frac{3}{4}\%$ betragen wird.

Die Anlageziffern lauten für:

- | | |
|---------------------------------------|-------------|
| a) „Freie Gewerkschaften“ . . . | 959 500 Mk. |
| b) „Christliche Gewerkschaften“ . . . | 361 950 „ |

Zusammen 1 320 450 Mk.

Diese Zahl wird, was die „freien Gewerkschaften“ anlangt, vermutlich stark emporzuschellen, sobald die „Volksfürsorge“ ihren Geschäftsbetrieb ausgedehnet haben wird, da die von ihr ausgeliehenen Hypothekengelder teils direkt, teils indirekt dem Vermögen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder entstammen werden.

Auf Scheckkonto.

Gelder, welche die Berufsvereine der Arbeiter auf Scheckkonto liegen haben, sollen der Befriedigung der laufenden Bedürfnisse dienen, soweit sie nicht durch die Kassenbestände Ausgleich finden.

Die Beträge, welche hier gemeldet sind, sind recht geringfügiger Natur, was seine Erklärung vermutlich darin findet, daß die meisten Verbände diesen Posten nicht gesondert aufgeführt haben, er vielmehr unter den „Anlagen bei Banken“ seine nicht besonders erwähnte Stellung gefunden hat.

Die „freien“ Porzellanarbeiter haben 12 571 Mk., die „Christlichen“ Holzarbeiter 3000 Mk. auf Postscheckkonto¹ stehen, während die „Christlichen“ Bergarbeiter ein Scheckkonto von 112 588 Mk. bei der Essener Kreditanstalt haben².

Bei Sparkassen.

Wie leicht verständlich, ist ein Teil der Vermögen bei Sparkassen angelegt: Diese Anlageart ist namentlich für örtliche Verwaltungsstellen,

Angabe gemeldet; in ihnen sind vermutlich noch Hypotheken mit enthalten: „Lagerhalter“: 15 000 Mk.; „Gemeinbearbeiter“: 16 000 Mk.; „Steinmeger“: 80 000 Mk.; „Notenstecher“: 40 000 Mk.; „Textilarbeiter“: 420 000 Mk.; „Buchbinder“: 13 178 Mk.; „Bergarbeiter“: 73 000 Mk.; „Müller“: 100 000 Mk.; „Fabrikarbeiter“: 98 696 Mk.; „Schneider“: 41 640 Mk.; „Metallarbeiter“: 1 627 807 Mk.; „Schuhmacher“: 55 500 Mk.; „Blumenarbeiter“: 634 Mk.

¹ Weil die Anlage sicher sein, ihre Flüssigmachung jederzeit möglich sein muß.

² Vergleichsweise sei angeführt, daß die „Großeinkaufsgesellschaft“ 1910 ein Wechselkonto von 13 719 112 Mk. hatte.

Ortsvereine geeignet wegen der bequemerer Art der Anlage, wegen der leichteren Möglichkeit der Abhebung und ferner, soweit es sich um kleinere Beträge handelt, was in erster Reihe bei Geldern von Zahlstellen und dergleichen der Fall sein wird.

Auch kleinere Vereine und Verbände werden eher zu den ihnen nahestehenden Sparkassen als zu Banken gehen, deren Geschäftsbetrieb ihnen weniger übersichtlich erscheint als die ihnen durch lokale und persönliche Beziehungen näherstehende Sparkasse.

Für einzelne Arten der Berufsvereine¹ seien folgende Zahlen² angegeben:

a) „Freie Gewerkschaften“ ³		1 999 280 Mk.,
b) „Christliche Gewerkschaften“ ⁴		1 216 569 „
c) „Hirsch=Dunderfche Gewerkvereine“ ⁵		75 093 „
d) „Evangelischer Arbeiterbund“ (Breslau) ⁶		77 663 „
e) „Kranken= und Sterbefasse der evangel. Arbeitervereine“		14 396 „
f) „Arbeiterverein vom Werk Augsburg“ ⁷		62 160 „
g) „Zentralsterbefasse der kath. Gesellenvereine“		1 811 „
h) „Verband der Post- und Telegraphenarbeiter“		6 000 „
i) „Verband der Eisenbahnhandwerker usw.“ ⁸		275 000 „

Zusammen 3 727 972 Mk.

Die Sparkassen vertreten hierbei die Stelle, die sonst bei anderen Verbänden in erster Reihe die Banken innehaben.

Ungefähr fünf Millionen vom Vermögen der Arbeiterberufsvereine arbeitet bei den „Sparkassen“ mit.

¹ Die „Katholischen Arbeitervereine“ (Sitz Berlin) melden meistens Anlage ihres Vermögens bei Sparkassen, so zu Fürstenberg a. O., Rauenburg a. Queis, Saargemünd, in den Bezirken Koblenz, Magdeburg, Lissa, Waldenburg und Meisse.

² Vgl. auch oben Kapitel II über „Sparkassen“ und die dort aufgeführten Ziffern.

³ Einzelziffern: „Brauereiarbeiter“: 350 532 Mk.; „Gastwirtsgehilfen“: 4000 Mk.; Kupferschmiede“: 18 000 Mk.; „Tapezierer“: 316 648 Mk.; „Bergarbeiter“: 1310 000 Mk.

⁴ Einzelziffern: „Heimarbeiterinnen“: 4317 Mk. (in den Zahlstellen); „Bergarbeiter“: 774 252 Mk.; „Bauarbeiter“: 180 000 Mk. (zum größten Teil); „Holzarbeiter“: 320 000 Mk.

⁵ Einzelziffern: „Töpfer“: 29 222 Mk.; „Bauhandwerker“: 5177 Mk.; „Hauptkasse“: 40 694 Mk.

⁶ Davon kleiner Teil „bei Banken“.

⁷ Sparkasse des „Werks Augsburg“.

⁸ Sparkasse Trier.

Als Kassenbestände.

Über die Bestände der Kassen an Bargeld fehlen fast durchweg genaue Angaben, so daß sich eine Zusammenstellung nicht empfiehlt: Denn da zweifellos sämtliche Kassen der Verbände wie der Ortsvereine (Zahlstellen) einen gewissen Barbestand besitzen, so müßten bei einer genauen Berichtserstattung ganz andere Summen sich ergeben, als unten¹ aufgeführt werden konnten. Allerdings darf man hier auch nicht übersehen, daß infolge der Verbindungen der Verbände und Vereine mit Banken und Sparkassen, insbesondere den dort gehaltenen Konten, jederzeit der jeweilige Geldbedarf flüssig gemacht werden kann. Die Barbestände der Kassen werden auch in der Regel möglichst bald bei Banken und ähnlichen Instituten angelegt werden, um rasch eine Verzinsung des Geldes herbeizuführen und es nicht ungenutzt liegen zu lassen. Auf letztere Tatsache weisen auch die Satzungen verschiedener Organisationen hin, welche die Anlegung eines baren Kassenbestandes, sobald er einen bestimmten Betrag — bald 30, bald 100 Mark — übersteigt, verlangen.

Schluß.

Wie schon in den einleitenden Worten ausgeführt worden ist, würde sich eine Darstellung, welche nur die „reinen Spareinrichtungen der Berufsvereine“ umfaßt hätte, nicht gelohnt haben: Die Aufführung des gebotenen d. h. zur Verfügung stehenden Materials hat diese Behauptung gerechtfertigt.

Die Hinzufügung der Beteiligung der Vereine an den verschiedenen Genossenschaftsarten sowie die Angaben über Anlage der Vermögensbestände der Vereine und Verbände haben ebenfalls kein völlig umrissenes Bild des Bestehenden geben können, weil auch bei letzteren die Berichte nur bis zu einem gewissen Grade² ausreichend gewesen sind.

¹ Bei den „christlichen Gewerkschaften“ geben nur die „Metallarbeiter“ einen Bestand von 61 307 Mk. an. Von den „Hirsch-Dunderschen Gewerkvereinen“ liegen folgende Zahlen vor: „Hauptkasse“: 2645 Mk.; „Holzarbeiter“: 26 207 Mk. (25 207 Mk. der Lokalkassen); „Bauhandwerker“: 283 Mk.; „Maschinenbauer“: 86 174 Mk. (einschließlich besonderer Fonds); „Töpfer“: 3121 Mk. (937 Mk. der Lokalkassen). — Bei den „freien Gewerkschaften“ fehlen besondere Angaben: die berichtenden Verbände führen unter „sonstiger“ Anlage 3 893 717 Mk. an, rechnet man hiervon 959 506 Mk. für Hypotheken und 12 571 Mk. auf Postsparkonto ab, so werden unter den restlichen 2 921 646 Mk. vermutlich in erster Reihe auch Kassenbarbestände enthalten sein.

² Bezüglich der „Sparkassen“ und „Genossenschaften“ liegen, so weit die Ber-

Die Gesamtheit der dargestellten Tatsachen läßt aber doch gewisse „Tendenzen“ erkennen, wenn auch die Schlußfolgerungen nur mit Vorsicht zu ziehen sind und nur „relativen“, nicht „absoluten“ Anspruch auf Richtigkeit oder auch nur Wahrscheinlichkeit erheben.

Die Beteiligung an Sparkassen ist desto stärker, je weniger die Verbände sich dem eigentlichen Arbeitskampfe widmen, während umgekehrt das materielle Interesse an Genossenschaften aller Art um so mehr steigt, je mehr die Verbände die Stärkung der wirtschaftlichen Gesamtstellung ihrer Angehörigen im Auge haben („Freie“, „Christliche“, „Hirsch-Dundersche“).

Die „Vermögen“ sind in erster Reihe in Papieren des Reichs, des Staats und der Kommunen angelegt, was sich zum Teil aus Sorge für die „Sicherheit“ der Bestände erklärt; in zweiter Reihe stehen die Bank-einlagen, dann folgen die Sparkassen und erst in weitem Abstände schließen sich Hypotheken an.

Soweit eine Beeinflussung der Produktion durch die „Spargelder der Berufsvereine einschließlich der Vermögensbestände“ erfolgt, findet sie in der Hauptsache auf indirektem Wege statt, indem sie durch Einlagen bei Banken und Sparkassen, durch Anlagen in Anleihen der Staaten und Kommunen den Geldinstituten und Staaten die Möglichkeit gibt, ihrerseits die Produktion zu fördern.

Eine direkte Förderung der Produktion findet man bisher nur in geringem Umfange bei der Beteiligung an Genossenschaften und der Gewährung von Hypotheken: Doch sind gerade auf den beiden letzten Gebieten erst Ansätze vorhanden, welche einer weiteren Entwicklung fähig sind und sich auch mit Sicherheit weiter entwickeln werden.

bände berichtet haben, ziemlich vollständige Angaben vor, dagegen ist das gleiche nicht bei den „Vermögensbeständen“ der Fall: So beträgt das Gesamtvermögen der „freien Gewerkschaften“ 1910: 52575505 Mk., das der berichtenden Verbände: 45369649 Mk.; über 26205263 Mk. sind Angaben gemacht. Bei den „christlichen Gewerkschaften“ lauten die entsprechenden Zahlen: 6113710 Mk. Vermögen mit Angaben über 3566476 Mk. Bei den „Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen“ wird bei 2001074 Mk. Vermögen über 1511319 Mk. berichtet. Im ganzen sind für die Darstellung der „Vermögensbestände“ ungefähr 50% des Bestandes die materielle Unterlage gewesen.

Werkpensionskassen, Knappschaftskassen
und ähnliche Einrichtungen in ihrer Bedeutung
für Geld- und Kreditwesen.

Von

Privatdozent Dr. **Adolf Günther** (Berlin).

Inhaltsübersicht.

	Seite
§ 1. Vorbemerkung	153
I. Private Wertpensionskassen.	
§ 2. Allgemeines	156
A. Die innere Struktur der Kassen.	
§ 3. 1. Übersicht über das Material	157
§ 4. 2. Allgemeines über die Organisation der Kassen	164
§ 5. 3. Grundvermögen der Kassen	164
§ 6. 4. Mitgliedschaft	169
§ 7. 5. Beitragsleistungen	175
§ 8. 6. Rechtsstellung beim Ausscheiden aus dem Dienst, insbesondere Beitragsrückgewähr	180
§ 9. 7. Leistungen der Kassen, insbesondere Bewegung des Mitglieder- und Pensioniertenstandes	186
§ 10. 8. Allgemeines über die Verwaltung	193
B. Die Geschäftsergebnisse der Kassen.	
§ 11. 1. Übersicht über das Material	194
§ 12. 2. Die Vermögensansammlung	197
§ 13. 3. Satzungsbestimmungen über die Vermögensanlage	204
§ 14. 4. Die tatsächliche Anlage der Kapitalien	209
§ 15. 5. Die Kapitalanlage; Ergebnisse	222
§ 16. 6. Zinsfuß und Kursrückgang	234
§ 17. 7. Verwaltungskosten und Unkosten	240
II. Pensionskassen der Gemeindeverwaltungen.	
§ 18. 1. Allgemeines	245
§ 19. 2. Die Frage des Rechtsanspruches	246
§ 20. 3. Einiges über das finanzielle Gebaren der Kassen	247
III. Knappschaftskassen.	
§ 21. 1. Allgemeines	251
§ 22. 2. Übersicht über das Material	252
§ 23. 3. Vermögensansammlung	254
§ 24. 4. Vermögensanlage	263
§ 25. 5. Die Anlage der Kapitalien. Ergebnisse	286
§ 26. 6. Einiges über Verzinsung und Kursverluste	296
§ 27. Schluß	300

Vorbemerkung.

§ 1.

Die Werkpensionenkassen sind im letzten Jahrzehnte Gegenstand einer lebhaften Auseinandersetzung gewesen, in deren Mittelpunkt ihre sozialpolitische Funktion stand; nach Ansicht zahlreicher Sachkenner verläuft diese nicht immer in rein charitativer Richtung, äußert sich jedenfalls bei den sozialen Kämpfen als Machtfaktor zugunsten der Unternehmer und läßt in Anschluß daran zahlreiche schwierige juristische Fragen, die an die Lohnneinbehaltung und den Begriff des sittlich Erlaubten anknüpfen und zunächst durch reichsgerichtliche Entscheidung eine teilweise Erledigung gefunden haben, erstehen¹. Nicht in diesem Sinne stehen die Einrichtungen hier zur Debatte.

Es handelt sich vielmehr, dem Generalplan der vom Verein für Sozialpolitik unternommenen Erhebung gemäß, um ein anderes: Die verschiedenen Formen, in denen die Werkpensionenkassen auftreten, haben, ihrem versicherungstechnischen Zwecke gemäß, fast stets ein Gemeinsames: die Vermögensansammlung. Insofern fügen sie sich, ungeachtet ihres nicht eigentlich auf Kreditvermittlung gerichteten Zweckes, der großen Zahl von Geldinstituten ein, die, unmittelbar oder mittelbar, als Sammel-

¹ Verfasser hat im Jahre 1905 in seiner vom Verein für Sozialpolitik herausgegebenen Arbeit („Die Wohlfahrts-Einrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland“, Bd. 114 der „Schriften“) eine eingehende Kritik an gewissen Kasseneinrichtungen geübt. Die Debatte war von Brentano, Herkner, Mombert eingeleitet, später von Jacobsohn, Kohler, Ehrenberg (Göttingen), Lotmar, Prof. Löwenfeld, Ph. Löwenfeld, Laporte, Göke, W. Zimmermann, v. Blume, Neufkamp u. a. bestritten worden und auch Verfasser hat hierzu noch wiederholt das Wort genommen. Die teils versicherungstechnischen, teils juristischen Gesichtspunkte haben durch die Diskussion eine gewisse Klärung erfahren, die Interessengegensätze freilich, die zwischen den organisierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, wurden nur noch schärfer herausgearbeitet. Das Thema ist heute in seinen Hauptteilen nach der rein wissenschaftlichen Seite hin erschöpft, so daß sich schon deshalb ein Eingehen an dieser Stelle verbietet. Um so mehr ist dies angesichts der völlig anderen Problemstellung, wie sie hier vorliegt, geboten. Nur insoweit es sich um die vermögensrechtliche Wertung der Kassen für die Versicherten handelt, wird die Streitfrage gelegentlich in durchaus unpolemischer Weise gestreift werden müssen.

stätten großer Kapitalien für den Kredit wichtig werden. Und zwar sind die rein geldlichen Beziehungen, die von ihnen ausgehen, doppelte: einmal in ihrer Wirkung auf die Allgemeinheit, wobei sie sich grundsätzlich nicht zu sehr (hauptsächlich wohl durch die Verpflichtung zu größtmöglicher Vorsicht) von anderen Geldinstituten unterscheiden, dann in ihrer Wirkung auf die Privatwirtschaft des einzelnen Versicherten. Nach diesen beiden Richtungen ist die Betrachtung auseinanderzuhalten.

Die Fragen, die in erster Richtung entstehen, haben es einmal mit den Kapitalien zu tun, welche durch die Kassen dem freien Verkehr möglicherweise entzogen werden. Möglicherweise: denn eine besonders wichtige Unterfrage wird hierbei sein, ob die Anlage der Gelder vielleicht im Betriebe des Arbeitgebers erfolgt, damit also¹ nur eine rein rechnerische Herausnahme aus dem Verkehr vorliegt. Neben Höhe und Anlage des Kapitals und der Höhe der Verzinsung sind wichtige Fragen in der allgemeinen Organisation der Kassen, insbesondere in dem Verhältnis von Arbeitgeber- und Versichertenbeiträgen und in der Verwaltung (Mitverwaltung der Versicherten, Verwaltungskosten) gegeben. Hier wird an der Frage der Rechtsstellung des Versicherten, die hernach, unter dem privatwirtschaftlichen Gesichtspunkte, noch zu erörtern sein wird, nicht völlig vorübergegangen werden können: soweit Beiträge Auscheidender zurückbezahlt werden, ist zu untersuchen, in welcher Höhe sie das Budget belasten. Was sonst hierher gehört, kann hier nicht aufgezählt werden.

Die Fragestellung, welche die Werkpensionskasse als Kreditinstitut für den einzelnen Versicherten würdigt, geht von durchaus anderen, mehr privatrechtlichen und, wie erwähnt, privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Hier ist einschlägig, inwieweit bei der heute bestehenden Freizügigkeit und fast jederzeit möglichen Kündbarkeit des — mit dem Versicherungsvertrag aufs engste verbundenen — Arbeitsverhältnisses überhaupt die von der Kasse an sich angestrebte „Versicherung“, d. i. Sicherstellung für Schadens- und Bedürfnisfälle des Arbeitnehmers, erreicht wird. Angesichts der oben gestreiften umfangreichen Literatur zu dieser Frage, angesichts ferner der Gegensätzlichkeit der Anschauungen, vor allem aber, weil nur haushaltsstatistische Forschungen hier sichere Ergebnisse zeitigen können, ihrer ganzen Problemstellung nach aber hier nicht Raum haben, wird hierbei nur ganz kurz verweilt werden können. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Betrachtung der Werkpensionskassen in ihrer Wirkung als Geldinstitute.

¹ Wenigstens zunächst, bis der Beharrungszustand eintritt.

Die im Nachfolgenden untersuchten Kassen sind nur ein Ausschnitt aus der großen Zahl der tatsächlich bestehenden, die kaum geschätzt werden kann. Das Material verdankt Verfasser zum größten Teil der von der R. Bayr. Universitätsbibliothek in München angelegten Sammlung. Für die gütige Überlassung spricht er dem Direktor, Herrn Dr. Wolff, seinen verbindlichen Dank aus. Einiges war noch von den früheren einschlägigen Arbeiten des Verfassers her vorhanden. In der Hauptsache ist dies Material freilich veraltet, und auch gegenüber den Beständen der R. Universitätsbibliothek ist zu bemerken, daß sie meist nur bis 1910 reichten¹. Die Sammelwerke von Post, Albrecht, Dammer, ferner der Zentralstelle für Volkswohlfahrt bieten an sich manches Verwertbare, doch sind sie zumeist in noch höherem Grade dem Veraltungsprozeß unterworfen. War Vollständigkeit von vornherein ausgeschlossen, so war es doch innerhalb des genannten Materials möglich, einigermaßen in die Tiefe zu dringen und über die Bedeutung der Werkpensionskassen für den Kredit und Geldverkehr Unterlagen zu gewinnen, die der früheren erschöpfenden Darstellung ihrer sozialpolitischen Wirkung zur Seite treten und das Bild erst vollständig gestalten.

Es handelt sich zunächst nur um die Werkpensionskassen deutscher privater Unternehmer, die, in freier Entschließung entstanden, in öffentlich-rechtlichen Bestimmungen keine anderen Grundlagen haben als die verwaltungsrechtlichen Bestimmungen des Aufsichtsamtes für Privatversicherung und jene Bestimmungen, die sie als Versicherungsträger der staatlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung erscheinen lassen. Kasseneinrichtungen der deutschen Stadtverwaltungen, für die ein umfangreiches Material vorliegt, sind anschließend in aller Kürze darzustellen. Die meisten Fragen des Geld- und Kreditwesens scheiden bei ihnen, da es sich nur in seltensten Fällen um selbständige Kassen handelt, aus. An dritter Stelle wird die Untersuchung auf die Knappschaftskassen² übergreifen, die zufolge ihrer Unterlagen in den Vergesetzen in juristischer Beziehung unter einen ganz anderen Gesichtspunkt fallen, freilich als Geldinstitute sehr ähnlicher Beurteilung unterliegen wie die privaten Kassen. Gerade in dieser letzteren Richtung treten hin-

¹ Die Arbeit ist schon 1910 begonnen worden, mußte dann, zunächst, weil die Gesamterhebung hinausgeschoben wurde, weiterhin wegen sonstiger dringender Arbeiten des Verfassers längere Zeit liegen bleiben.

² Insofern dies Kapitel nicht bereits von Jüngst behandelt ist; es handelt sich insbesondere um eine Anzahl, von ihm nicht oder nicht ausgiebig behandelter Kasseneinrichtungen.

gegen die städtischen Kasseneinrichtungen zurück, da bei ihnen in viel geringerem Maße selbständige Vermögensbildung erfolgt, die Versicherungsleistungen vielmehr meist aus laufenden Etatsmitteln bestritten werden. — Allgemein ist noch zu sagen, daß eine scharfe Fassung des Begriffs „Wertpensionskassen“ vermieden wurde. Auch bei Kranken- und allgemeinen Unterstützungskassen kann es zur Vermögensansammlung kommen, die die Einbeziehung in den Rahmen der Darstellung zuläßt.

Nach dem Plane der Arbeit ist hiermit in dem ersten Hauptteil, der die Wertpensionskassen privater Unternehmer vom Standpunkt des Geldmarktes und Geldverkehrs aus würdigt, einzutreten.

I.

Private Wertpensionskassen.

§ 2.

Allgemeines.

Die privaten Wertpensionskassen sind in der Weise abzuhandeln, daß einmal die innere Struktur der Kassen vorwiegend auf Grund ihrer Satzungsbestimmungen darzulegen ist, zweitens die Geschäftsergebnisse der Kassen möglichst für eine Reihe von Jahren vorzuführen sind.

Dabei ist im ersten Abschnitt von vornherein auf diejenigen Gesichtspunkte, die auch für den folgenden wichtigsten Teil, die Geschäftsergebnisse, grundlegend sind, Rücksicht zu nehmen. Die Satzungen stellen die Grundlage für das finanzielle und sonstige Gebaren der Kassen dar, sind allerdings auch insofern von Bedeutung, als sie das Wesen der Versicherungseinrichtungen allgemein charakterisierten. Um auch dieser letzteren Richtung Genüge zu tun, mußte etwas weiter ausgeholt werden, als der Hauptzweck der Arbeit erforderte, mußte insbesondere kurz auf Mitgliedschaft, Beitragszahlung, Leistungen, Verwaltung eingegangen werden.

In diesem ersten Teil sind aber auch schon wiederholt einzelne Tatsachen aus den Geschäftsergebnissen herübergenommen worden. So waren die Leistungen der Kassen an der Zahl der Mitglieder und der Pensionierten zu messen, war der finanzielle Effekt von Beitragsrückerstattungen zu beleuchten und damit ein objektiver Maßstab für die bekannte Streitfrage zu geben. In noch höherem Maße aber mußte der zweite Teil auf Satzungsbestimmungen zurückgreifen; alles z. B., was die Statuten über Anlage der Kapitalien sagen, ist hierher übernommen worden. Hinsichtlich der finanziellen Verhältnisse ist dann auf das bereits im ersten Ab-

schnitt über Grundvermögen und Beiträge Gesagte zurückzuverweisen. Das Material für beide Teile der Untersuchung ist nicht durchwegs das gleiche. Während gegen 80 Kasseneinrichtungen, die in der Übersicht in § 3 im einzelnen aufgeführt wurden, hinsichtlich ihrer Satzungen untersucht werden konnten, beschränkt sich der Bestand an Geschäftsberichten im zweiten Teil auf 29 Kasseneinrichtungen, wobei allerdings in den allermeisten Fällen auf eine größere Reihe von Jahren, die mit 1909 oder 1910 abschließen, zurückgegriffen werden konnte. Fast immer sind die Statuten dieser letzteren Kassen bereits im ersten Teil mit aufgeführt, so daß mit der Beschränkung auf sie eine recht vollständige Darstellung möglich war.

Auch hinsichtlich der Satzungsbestimmungen konnten nicht stets alle 80 Kassen des ersten Teiles herangezogen werden, da über zahlreiche Punkte nicht in jedem einzelnen Falle Nachrichten vorhanden sind. Doch war die Zahl der über jede einzelne Frage orientierenden Kassen stets so groß, daß die Unterlagen, jedenfalls für den Hauptzweck der Abhandlung, die Darstellung der finanziellen Seite, genügen dürften.

A. Die innere Struktur der Kassen.

§ 3.

1. Übersicht über das Material.

Ein Material von 80 Kasseneinrichtungen der verschiedensten Art bildet den Grundstock der Untersuchung. Eine allgemeine Übersicht mag gleichzeitig zwei Gesichtspunkte einbeziehen: einmal die nominelle Stellung der Kasse im Rechtsverkehr: ob juristische Person, ob sogenannter „Kleiner Verein“ im Sinne des Aufsichtsgesetzes usw.; es handelt sich dabei nicht um sich ausschließende Begriffe, sondern vornehmlich um die Festlegung der vermögensrechtlichen Stellung nach der Seite hin, ob ein Kapital endgültig investiert ist, oder aber, ob es im Betrieb der Unternehmung weiterarbeitet. Für den Kredit ist das selbstverständlich eine besonders wichtige Frage, da Kasseneinrichtungen der letzteren Art, die gar nicht selten sind, nur wenig Mittel dem Geldverkehr entziehen, also nur sehr bedingt als Kreditinstitute angesprochen werden können. Die zweite gleich hier mitzubehandelnde Frage ist die nach der Zweckbestimmung der Einrichtung; je nachdem die einzelnen Versicherungszwecke, die hernach darzustellen sind, ausschließlich oder vorwiegend gegeben sind, wird der Kapitalisierungsprozeß und demgemäß die Vermögensbildung eine größere oder geringere Rolle spielen.

Es handelt sich um folgende Einrichtungen:

I. Rassen mehr genossenschaftlichen¹ Charakters.

Rasse	Stichwort über die Organisation	Zweck ²
1. Gebr. Arnholtscher Pensionsverein, Dresden	} „Kleiner Verein“ (§ 53 Gesetz v. 12. 5. 1901)	{ Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung
2. Krankenhilfs-, Begräbnis- und Aussteuerkasse Werk Augsburg		
3. Pensionsverein der vorm. Gräfl. Einsiedelschen Eisenwerke, Gröba i. Sa.	} juristische Person	{ Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
4. Arbeitervereinigung = Pensionskasse, Falkenau i. P. (G. Liebermann).		
5. Pensionskasse der Beamten der Firma Kalle u. Co., A.-G., Biebrich a. Rh.	} desgl.	{ desgl.
6. Unterstützungsverein von Arbeitern und Arbeiterinnen der Siemens-Schuckert- und Siemens-Halske-Werke, Charlottenburg.		
7. Pensionskasse der Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen	} desgl.	{ Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
8. Pensions-, Witwen- u. Waisenkasse der Angestellten der Allg. Berliner Omnibus-A.-G.		
	durch den Vorstand verwaltet	desgl.

Zu dieser ersten Gruppe von Rasseneinrichtungen ist eine Anmerkung zu machen, die in geringerem Maße auch für einzelne später aufzuführende Rassen gilt. Es handelt sich hier in mehreren Fällen um Rassen sogenannter „gelber“ oder „wirtschaftsfriedlicher“ Arbeitervereine, um jene Bewegung also, die, im allgemeinen unter Verzicht auf den Streik³, die Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer friedlich ausgleichen will. Den einschlägigen Rassen ist, obwohl der Zusammenhang mit den Unternehmungen meist augenscheinlich ist, eine gewisse organisatorische Selbständigkeit eigen,

¹ Es handelt sich nur um den Versuch einer äußerlichen Abgrenzung; eine innere Verschiedenheit der Rassen liegt nicht vor.

² In dieser Rubrik ist stets nur der Hauptzweck der Versicherungskasse namhaft gemacht.

³ Abgesehen freilich von der „Berliner“ Richtung. Vgl. im übrigen die vom Verfasser bearbeitete Darstellung der wirtschaftsfriedlichen Vereine und ihres Rassenwesens im 6. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt, 1913.

die schon in der juristischen Stellung der Kasse als Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, auch als sogenannter „Kleiner Verein“ im Sinne des Auffichtsgesetzes zum Ausdruck kommt.

II. Sonstige Wertpensionskassen.

Kasse	Stichwort über die Organisation	Zweck
1. Unterstützungskasse der Zeche „Adler“ in Kupferdreh . . .	mit der Firma vereinigt	Allgemeine Unterstützungszwecke
2. Versorgungskasse der chemischen Werke vorm. H. u. E. Albert, Amöneburg	desgl.	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung an Arbeiter und Meister
3. Arbeiter-Pensionsstiftung der Badischen Anilin- u. Sodafabrik, Ludwigshafen	Stiftung, selbständige Vermögensverwaltung	Invalidenunterstützung
4. Pensions- u. Unterstützungskasse der Baildonhütte, D.-S.	juristische Person	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
5. Pensions-, Witwen- und Waisenkasse der Bergischen Stahlindustrie zu Remscheid	Verwaltung durch die Firma bzw. Vorstand	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung für Beamte
6. Arbeiter-Pensions-, Witwen- u. Waisenkasse der Bergischen Stahlindustrie zu Remscheid	desgl.	Zuschüsse zur staatlichen Invalidenversicherung und Hinterbl.-Unterstützung
7. Arbeiter-Pensionskasse der Herrschaft Beuthen-Siemnionitz, Hüttenwerk, D.-S. .	juristische Person	Invaliden-, Hinterbliebenen-, Kinder- und allgemeine Unterstützung
8. Pensions- u. Unterstützungskasse für die Beamten und Arbeiter der Hofmühle T. Wienert in Plauen	Verwaltung durch die Firma	Unterstützung von Beamten u. Arbeitern sowie deren Hinterbliebenen in Ergänzung der Reichsversch.
9. Hildegard Bleichert-Kasse, Leipzig-Gohlis	nach dem Reichsgef. vom 12. Mai 1901	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung der Beamten und Arbeiter
10. Arbeiter-Pensionskasse der Bismarck-Hütte	juristische Person	Invaliden-, Hinterbliebenen- u. allgemeine Unterstützung
11. A. Vorfig, Beamten-Pensionskasse	Verwaltung durch den Vorstand	Alters-, Invaliden- u. Hinterbliebenenunterstützung
12. Zechen-Unterstützungskasse der Zeche Braßert	mit dem Werk verbunden	Allgemeine und Hinterbliebenenunterstützung
13. Zechen-Unterstützungskasse der Steinkohlenzechen Carl Hugo, Trompette, Vereinigte Caroline und vereinigte Petersburg	desgl.	desgl.
14. Zechen-Unterstützungskasse der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerk- und Hütten-A.-G.	desgl.	desgl.
15. Zechen-Unterstützungskasse der Zeche Adolf v. Hanfemann	desgl.	desgl.

II. Sonstige Werkpensionskassen. (Fortsetzung.)

Rasse	Stichwort über die Organisation	Zweck
16. Zechen - Unterstützungskasse der Hedwigs-Wunisch-Grube	mit dem Werk verbunden	Allgemeine und Hinterbliebenenunterstützung
17. Zechen - Unterstützungskasse Langenbrahm		
18. Zechen - Unterstützungskasse des Bergwerks Neu-Effen .		
19. Zechen - Unterstützungskasse der Zeche Dahlbusch		
20. Zechen - Unterstützungskasse der Zeche Holland		
21. Zechen - Unterstützungskasse der Zeche Vereinigte Sälzer-Neuad		
22. Zechen - Unterstützungskasse Graf Schwerin		
23. Zechen - Unterstützungskasse Zeche Viktor		
24. Zechen - Unterstützungskasse Zeche Werne		
25. Zechen - Unterstützungskasse Zeche Zollverein		
26. Pensionskasse für die Angestellten der Badischen Anilin- u. Sodafabrik Ludwigshafen	desgl.	Pension an die nicht der Beamtenpensionskasse angehörigen Beamten
27. Pensionskasse für die Beamten der Donnersmarchhütte, Zabrze D.-S.	verwaltet durch den Nendant der Gesellschaftskasse	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
28. Invaliden- und Altersversorgungskasse für Beamte und Arbeiter der Firma H. Dietel, Wilkau	verwaltet durch den Vorstand	
29. Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die gewerblichen Anlagen der Donnersmarchhütte, Zabrze D.-S. . .	juristische Person	desgl.
30. Unterstützungskasse für Invaliden, Witwen u. Waisen der Arbeiter der Fabrik Fr. Chr. Fichtenscher, Zwickau .		
31. Rentenzuschußkasse ¹ d. Frankfurter Sozietäts-Druckerei, Frankfurt a. M.	verwaltet durch die Firma bzw. den Vorstand	Zuschuß zur Reichs-Invalidenrente
32. Genzsch u. Genzschke Invalidenkasse, Hamburg. . . .	desgl.	

¹ Ergänzung der „Sonnemannkassen“, die zunächst durch die Firma verwaltet sind; Erwerb der juristischen Persönlichkeit ist vorgesehen.

II. Sonstige Wertpensionskassen. (Fortsetzung.)

Kasse	Stichwort über die Organisation	Zweck
33. Pensions- u. Unterstützungskasse der Oberschleifischen Eisenindustrie A.-G. f. Bergbau und Hüttenwesen, Abt. für Drahtwaren, Gleisw. .	juristische Person	Invaliden-, Hinterbliebenen- und Begräbnisunterstützung
34. Pensionierung der Angestellten der A.-G. für Fabrikation v. Eisenbahnmaterial, Görliq.	verwaltet durch die Direktion	Ruhegeld
35. Ernst Stelzer = Pensionskasse der Chemischen Fabrik Th. Goldschmidt, Essen-Ruhr . .	juristische Person	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
36. Fürsorgeeinrichtung für die Angestellten der Firma Gebr. Depner u. Co., G. m. b. H., Bosen	verwaltet durch die Firma	Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenunterstützung
37. Pensions- u. Unterstützungskasse des Eisenwerks Hermannshütte, D.-S.	juristische Person	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
38. Pensions- u. Unterstützungskasse für die Arbeiter der Hohenlohe-Werke, A.-G. zu Hohenlohehütte, D.-S. . . .	desgl.	Invaliden- und Hinterbl. Unterstützung im Anschluß an den früheren Hohenloheschen Knappschaftsverein
39. Hoffmanns Pensions- und Unterstützungskasse, Salzuflen	desgl.	Allgemeine Unterstützungen an Mitglieder und deren Hinterbliebenen
40. Kaiser-Wilhelm- u. Augusta-Stiftung für Arbeiter-Invaliden und Waisen der Fabriken von Meister, Lucius u. Brüning, Höchst a. M. .	desgl.	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
41. Pensionskasse für Arbeiter, deren Witwen und Waisen, Firma Kalle u. Co., Dieblich a. Rh.	verwaltet durch die Firma	desgl.
42. Pensionskasse von Fr. Karcher u. Cie., m. b. H., Bedingen a. Saar	verwaltet durch den Vorstand	desgl.
43. Pensionskasse der Vereinigten Königs- und Laurahttte . .	desgl.	desgl.
44. Versorgungskasse für die Angestellten der Firmen M. du Mont Schauberg in Köln und Straßburg, Sitz Köln . . .	verwaltet durch den Vorstand	desgl. für die Redakteure und Verwaltungsbeamten der Firmen
45. Invalidenkasse der Firma M. du Mont Schauberg in Köln	juristische Person	Invalidenunterstützung und Sterbegeld

II. Sonstige Werkpensionskassen. (Fortsetzung.)

Kasse	Stichwort über die Organisation	Zweck
46. Pensionskasse der Aufseher der Farbwerke vorm. Meister, Lucius u. Brüning, Höchst a. M.	verwaltet durch den Vorstand	Invalidenunterstützung
47. Pensionsfonds für die Beamten u. Arbeiter des Ragoß-Union-Schmirgeldampfwerks Frankfurt a. M.	desgl. zusammen mit Vertretern der Versicherten	Pensionsgewährung
48. Stiftung zugunsten der Witwen u. Waisen von Meistern und Arbeitern der Ragoß-Union, Frankfurt a. M. . .	desgl.	Hinterbliebenenunterstützung
49. Pensionskasse für die Angestellten der Firma Wolf, Netter u. Jacobi	Berein, verwaltet durch den Kassenvorstand	Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenunterstützung
50. Pensionseinrichtung des Arbeiterpersonals d. Firma L. C. Dettler, Altona-Bahrenfeld .	verwaltet durch die Firma	Dienstalters- u. Invalidenunterstützung
51. Invaliden-, Witwen- und Waisen-Pensionskasse der Firma Dr. C. Otto u. Co., Dahlhausen.	juristische Person	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
52. Invaliden-, Witwen- und Waisen-Unterstützungskasse der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.G.	juristische Person	desgl.
53. Stiftung für Alters- und Invalidenrentenempfänger d. Firma Franz Richter, Döbeln	verwaltet durch den Stadtrat zu Döbeln i. S.	Zuschuß z. staatlichen Alters- und Invalidenrente
54. Unterstützungskasse des Arbeiterpersonals der Firma Franz Richter, Döbeln. . .	Stiftung, verwaltet durch einen Ausschuß	Allgemeine Unterstützung
55. Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für die Beamten der Köchlingschen Eisen- und Stahlwerke, Bocklingen . .	Gemäß Gesetz vom 12. Mai 1901	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
56. Pensionskasse für die Angestellten der Firma Schäffer u. Budenberg, Magdeburg-Buckau	juristische Person	Alters-, Invaliden- u. Hinterbliebenenunterstützung
57. Arbeiter-Pensions-, Witwen- und Waisenkasse der Firma Schlüter u. Co., Schüttorf .	verwaltet durch die Firma	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
58. Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schöller, Bücklers u. Co., Düren	Verwaltet durch den Vorstand der Betriebskrankenkasse	desgl.

II. Sonstige Werkpensionskassen. (Fortsetzung.)

Kasse	Stichwort über die Organisation	Zweck
59. Invalidenkasse für die Fabriken von H. A. Schöller Söhne, Düren	vermaltet durch den Vorstand der Krankenkasse	Invalidenunterstützung
60. Witwen- und Waisenkasse für die Meister und Arbeiter der Firma H. A. Schöller Söhne, Düren	desgl.	Hinterbliebenenunterstützung
61. Pensionskasse der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Schröder'sche Papierfabrik zu Göltern i. S.	Stiftung nach §§ 80, 88 BGB.	Alters-, Invaliden- u. Hinterbliebenenunterstützung
62. Arbeiter- und Beamten-Pensions-, Witwen- und Waisen-kasse von Siemens u. Halske, Berlin	vermaltet durch die Firma	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
63. Arbeiter- und Beamten-Pensions-, Witwen- und Waisen-kasse der Siemens-Schuckert-Werke, Nürnberger Werk . .	desgl.	desgl.
64. Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für die Fabriken der Deutschen Spiegelglas-A.-G., Freuden	juristische Person	desgl.
65. Invalidenfonds der Firma W. Spindler in Berlin und Spindlersfeld	vermaltet durch die Firma	desgl.
66. Friedrich-August-Stiftung d. Firma Thiele u. Steinert, Freiberg i. S.	desgl.	Pensions- und allgemeine Unterstützungen
67. Ziele-Windlersche Invaliden-Kasse, Rattowitz	juristische Person	Verpflichtungen des früheren Knappschaftsvereins
68. Dr. Traumsche Privatunterstützungskasse, Harburger Gummiwerke	vermaltet durch die Firma	Invaliden- und Hinterbliebenenunterstützung
69. Invaliden-, Witwen- und Waisenkasse für die Eisen- und Stahlwerke der Union-A.-G. zu Dortmund	juristische Person	desgl.
70. Beamten-Pensionskasse der Firma Billeroy u. Boch, Mettlach	„Kleiner Verein“	desgl.
71. Pensionskasse für die Beamten der Firma Voith in Heidenheim	Versicherungsver-ein auf Gegen-seitigkeit	desgl.

§ 4.

2. Allgemeines über die Organisation der Kassen.

Eine ganze Reihe von Gesichtspunkten, die für die Kasseneinrichtungen wichtig sind und sie in ihrer privat- und volkswirtschaftlichen Bedeutung zum Teil erst begründen — ohne stets unmittelbar für die Kreditfrage, der diese Abhandlung in erster Linie gilt, wichtig zu sein —, sind hier zusammenzufassen. Auch wenn dabei tunlichst Kürze angestrebt wird, kann das Eingehen auf versicherungstechnische Einzelheiten nicht ganz vermieden werden.

Es handelt sich in der Hauptsache um folgende Fragen:

- I. Ursprung der Kasse, ihre Fonds, Aufnahme von Mitgliedern (ob Zwangsmitgliedschaft, ob außerordentliche Mitgliedschaft, ob besondere Aufnahmebedingungen).
- II. Art der Beitragsleistung und ihre Höhe. Ferner Eintrittsgelder und sonstige Einnahmequellen.
- III. Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse bei Ausscheiden aus der Kasse bzw. aus dem Betriebe der dotierenden Firma. Rückleistung geleisteter Beiträge¹.
- IV. Rechte der Mitglieder auf Kassenleistungen.
- V. Allgemeine Bestimmungen, insbesondere über die Verwaltung der Kassen, Teilnahme der Mitglieder hieran und Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten.

§ 5.

3. Grundvermögen der Kassen.²

1. Arnhold'scher Pensionsverein. Die Handelsgesellschaft Gebr. Arnhold stiftete einen Gründungsbeitrag in Höhe von 75 000 Mk., angelegt in verschiedenen festverzinslichen Wertpapieren.

¹ Wie schon in der Vorbemerkung ausgesprochen wurde, kann es sich im Rahmen des Themas nicht um ein näheres Eingehen auf die Rechtslage der aus Betrieb und Kasse ausscheidenden Mitglieder handeln, noch weniger um nachträgliche Stellungnahme zu der langwierigen Auseinandersetzung über die hieraus entstandenen Fragen des Rechts und der Versicherungstechnik. Der Standpunkt des Verfassers ist dargelegt in seinen Arbeiten: Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 114, Preuß. Jahrbücher Mai 1906, „Wohlfahrtseinrichtungen“ und „Betriebs-einrichtungen“, München 1909, Deutsche Technikerzeitung 1910, Kritische Vierteljahrsschrift 1909, Schmollers Jahrbuch 1910 und Gewerbe- und Kaufmannsgericht 1910. Vgl. ferner unten § 8.

² Alle Angaben über Anlage des Grundvermögens sind gesperrt gedruckt.

2. Einsiedelscher Pensionsverein. Grundstock der Pensionskasse ist das Vermögen der vormaligen Hilfskasse des Knappschaftsvereins der Eisenwerke.

3. Arbeitervereinigung Falkenau. Das Stammvermögen, zu dem der Beamtenunterstützungsfonds zählt, wurde von der Firma schenkungsweise hergegeben und ist in voller Höhe von 136 000 Mk. in Grundstücken angelegt¹.

4. Kallesche Beamtenpensionskasse. Die Dotation der Firma beträgt 50 000 Mk. Daneben hat die Firma für die ersten fünf Jahre des Bestehens der Kasse die Zahlung der fälligen Pensionen übernommen.

5. Unterstützungsverein von Siemens-Schuckert und Siemens-Halske. Als Gründungs- und Reservefonds dienen 20 000 Mk. Nähere Vorschriften über Erhöhung dieser Fonds: dieser ist jedenfalls auf die doppelte Höhe der Jahresausgabe von fünf Jahren zu bringen.

6. Beamtenpensionskasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik. Die Firma gab das Grundkapital von 200 000 Mk.

7. Krankenhilfskasse vom Arbeiterverein Werk Augsburg. Gründungszuschuß seitens der Firma 3000 Mk.

8. Albertsche Kasse. Gründungsfonds 200 000 Mk.

9. Arbeiterpensionsstiftung der Bad. Anilin- und Sodawerke. 100 000 Mk. Stiftung, von denen nur die Zinsen verwendet werden dürfen. Die Firma verpflichtete sich, ab 1909 jährlich weitere 100 000 solange zu gewähren, bis die Kasse den Stiftungszwecken entspricht.

10. Kasse der Baildonhütte. Es wurden Bestände einer älteren Kasse mit allen Rechten und Pflichten übernommen.

11. Pensionskasse der Bergischen Stahlindustrie. 50 000 Mk. Grundvermögen.

12. Arbeiterkasse der Bergischen Stahlindustrie. Bestand am 30. Juni 1901 198 777 Mk. Die Firma unterhält die Kasse unter jederzeit widerruflichen Bedingungen.

13. Bienertsche Kasse. 150 000 Mk. Kapital, das niemals angegriffen werden soll. Weitere 50 000 Mk. sind durch Rücklage von einem Drittel der Zinsen anzusammeln.

¹ Es besteht daneben ein kleiner Barbestand von 4037 Mk.

14. Bleichert'sche Kasse. Das bisherige Vermögen der Fabrikunterstützungskasse für Monteure und Arbeiter wurde übernommen.

15. Vorjög'sche Beamtenkasse. Kapitalisation nach näheren Bestimmungen: Einem Sicherheits- (Reserve-) Fonds sind 15 % der rechnungsmäßigen Prämie zu überweisen.

16. Unterstützungskasse der Zeche Holland. Vor dem 1. Oktober 1905 bestand eine freiwillige Werkseinrichtung.

17. Beamtenpensionskasse der Donnerßmarchhütte. Übernahme des Vermögens der früheren freien Unterstützungskasse der Firma mit allen Rechten und Pflichten, ferner der Versicherungsverträge mit der Versicherungs-Aktiengesellschaft Nordstern.

18. Dietel'sche Kasse. Vermögen im Jahre 1902 272857,50 Mk. Jährliche Zuwendung seitens der Firma 2000 Mk.

19. Arbeiterpensionskasse der Donnerßmarchhütte. Abgezweigt aus der bestehenden Krankenkasse.

20. Kasse der Frankfurter Sozietäts-Druckerei. Als Ergänzung der unter dem Namen Sonnemann-Kassen bestehenden Einrichtungen mit 20 000 Mk. Grundkapital von der Firma gegründet.

21. Genzsch & Heyse'sche Kasse. 1869 mit Grundkapital von 1200 Mk. gegründet, bis 1884 gemeinsam mit der Hauskrankenkasse geführt. Kapital muß auf dem Mindestbetrag von 100 Mk. pro Mitglied erhalten bleiben.

22. Kasse der Oberschlesischen Eisenindustrie. Frühere Kassenbestände übernommen. Von den Beiträgen sind mindestens 40 % zu kapitalisieren.

23. Stelzer'sche Kasse (Goldschmidt'sche Kasse). Grundkapital der Firma 10 000 Mk.

24. Hepner'sche Einrichtung. Kein Kapital, sondern Versicherung der Angestellten bei einer Versicherungsgesellschaft.

25. Hohenlohe'sche Kasse. Früher Fürstlich Hohenlohe'scher Knappschaftsverein. 42 000 Mk. Kapital durch die Firma.

26. Hoffmann'sche Kasse. 5000 Mk. seitens der Firma.

27. Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung der Höchster Farbwerke. 150 000 Mk. Grundkapital.

28. Kalle'sche Arbeiterpensionskasse. 93 000 Mk. seitens der Firma.

29. Karcher'sche Kasse. Schenkung der Firma von 500 Mk. (1888).

30. Pensionskasse der Ber. Königs- und Laura-Hütte. Übernahme der Bestände der früheren Arbeiterunterstützungskasse in Höhe von 46 996,82 Mk. Die Hütte gewährte eine einmalige Abfindung von 100 000 Mk. für Aufnahme der Mitglieder der in Betracht kommenden neuen Betriebe.

31. Kasse von M. du Mont Schauberg. Dotation 30 000 Mk. im Jahre 1889, 50 000 Mk. im Jahre 1902, 25 000 Mk. im Jahre 1903.

32. Aufseherpensionskasse der Höchster Farbwerke. Dotation 100 000 Mk.

33. Kasse der Nagos-Union. Kapital 100 000 Mk., die Eigentum der Firma bleiben.

34. Stiftung der Nagos-Union. Die Firma trägt sämtliche Kosten.

35. Ottosche Kasse. Stammvermögen (bzw. Reservefonds) 75 000 Mk. seitens der Firma, hinzu kommen die Jahresüberschüsse und Zuwendungen der Firma oder Dritter.

36. Kasse der Oberschlesischen Eisenbahn-Bedarfs-Aktiengesellschaft. Die Einnahmeüberschüsse, die jährlich mindestens 20 000 Mk. betragen, sind als Reservefonds anzusammeln, bis 3 Millionen erreicht sind.

37. Richtersche Stiftung. 15 000 Mk. Stiftung, zu der etwaige Überschüsse zu schlagen sind.

38. Unterstützungskasse von Richter. 15 000 Mk., ungeschmälert zu erhalten, seitens der Firma.

39. Röhlingsche Kasse. Von dem Überschusse fließen 10 % so lange in einen Sicherheitsfonds, bis derselbe 10 % der Prämienreserve beträgt. Daneben ist ein Dispositionsfonds zu bilden.

40. Kasse von Schäffer & Budenberg. Ein sich nach der technischen Bilanz ergebender Überschuß ist einem besonderen Fonds (Reservefonds) zu überweisen; die Rücklage hat 10 % der rechnungsmäßigen Prämien zu erreichen.

41. Schliffersche Kasse. 200 000 Mk. Grundkapital von der Firma, das nicht angetastet werden darf. Überschüsse sind bis 30 000 Mk. anzusammeln und pupillarisch in leicht realisierbaren Werten anzulegen. Das ganze Stiftungskapital samt den Reserven bleibt Eigentum der Firma¹.

¹ „Damit die Vertretung dieser Vermögensobjekte Dritten gegenüber außer Frage gestellt ist“.

42. Kasse von Schöller, Büdlers & Co. Schenkung der Firma 8000 Mk., im Bestand zu erhalten.

43. Invalidenkasse von H. A. Schöller Söhne. Bestand der alten Unterstützungskasse wurde übernommen, zusammen mit dem Geschenk der Firma von 3000 Mk. zu erhalten.

44. Witwen- und Waisenkasse von H. A. Schöller Söhne. Schenkung von 60 000 Mk. seitens der Firma, in 3% deutscher Reichsanleihe.

45. Kasse der Schröderschen Papierfabrik. Die Firma schenkte 70 000 Mk. in mündelsicheren Staatspapieren. Darf nicht angegriffen werden. Aus etwaigen Überschüssen ist ein Reservefonds zu bilden.

46. Kasse von Siemens & Halske, Berlin. Kapital am 12. Oktober 1872 142 500 Mk., Schenkung am 12. Oktober 1897 1 Million Mk., spätere Schenkungen. Verwendung nur im Falle der Auflösung der Kasse.

47. Kasse der Siemens-Schuckertwerke. Das Kapital setzt sich aus folgenden Posten zusammen: 1. Am 1. April 1903 1 585 932,96 Mk. aus der Pensionskasse der Siemens-Halske A.-G., Berlin. 2. Am 1. Mai 1904 912 500,94 Mk. aus der Arbeiterpensionskasse der Elektr. A.-G. vorm. Schuckert & Co., Nürnberg. 3. Besondere Zuwendungen.

48. Kasse der Deutschen Spiegelglas-Aktiengesellschaft. Das Vermögen der älteren Kranken-, Witwen- und Waisenkasse wurde mit 184 414,86 Mk. übernommen. Überschüsse sind als Reservefonds bis zur Höhe von 15% der rechnungsmäßigen Prämienreserve anzusammeln.

49. Spindlerscher Invalidenfonds. Die früheren Fonds (Invalidenfonds von 989 864 Mk. und Unfallfonds von 117 961 Mk.) wurden 1900 vereinigt. Die von den Unterstützungen nicht in Anspruch genommenen Zinsen usw. werden kapitalisiert.

50. Friedrich-August-Stiftung von Thiele & Steinert. Die Firma wendete 30 000 Mk. zu für eine Beamtenpensionskasse, 20 000 Mk. für eine Unterstützungskasse für Arbeiter und Arbeiterinnen.

51. Thiele-Windlersche Kasse. Übernahme des Bestandes des früheren Thiele-Windlerschen Knappschaftsvereins an barem Geld, Hypotheken, geldwerten Papieren und ausstehenden Forderungen.

52. Traunsche Privatunterstützungskasse. 1904 Vermögen von 35 000 Mk.

53. Kasse der Union in Dortmund. Übernahme des Vermögens (an Kapital und Grundstücken) der früheren Pensionskassen für die Eisen- und Stahlwerke der Union. Von diesem Vermögen wurde zunächst das zur Deckung der bei Errichtung der neuen Kasse vorhandenen Ansprüche erforderliche Kapital gesondert und besonders verwaltet. — Außerdem wird ein Reservefonds begründet.

54. Kasse von Billeroy & Boch. Die Firma übernimmt die Verpflichtung, Fehlbeträge zu zahlen. Überschüsse sind in einen Sicherheits- (Reserve-) Fonds zu vereinigen, bis dieser 10 % des erforderlichen Deckungskapitals erreicht.

55. Voith'sche Kasse. Überschüsse sind als Rücklage (Reservefonds) anzusammeln, bis dieser 20 % des rechnungsmäßigen Deckungskapitals erreicht oder wieder erreicht.

§ 6.

4. Mitgliedschaft.

1. Arnhold'scher Pensionsverein. Zur Teilnahme sind berufen die namhaft gemachten Firmen sowie durch Beschluß des Vorstands Gesellschaften und Einzelaufleute. Versichert sind sämtliche männliche und weibliche Angestellte, welche festen Monatsgehalt beziehen und in den Verein aufgenommen sind. Ausgenommen vorübergehend Beschäftigte, Arbeiter, Lehrlinge.

2. Krankenhilfskasse des Arbeitervereins Werk Augsburg. Mitglieder können alle Mitglieder des Arbeitervereins und dessen Angestellte werden. Ab 1. April 1909 nur vor vollendetem 45. Lebensjahre.

3. Einsiedel'scher Pensionsverein. Berechtigt zur Mitgliedschaft sind die Beamten der Aktiengesellschaft Lauchhammer, verpflichtet ohne Beitrittsklärung alle Arbeiter.

4. Arbeitervereinigung Falkenau. Verpflichtet sind alle bei der Firma angestellten volljährigen Beamten und Arbeiter.

5. Kalle'sche Kasse. Alle vor dem 1. Januar 1900 angestellten Beamten über 20 Jahre sind berechtigt, alle später angestellten, nicht über 50 Jahre alten, verpflichtet, der Kasse beizutreten. Weibliche Angestellte sind stets nur berechtigt. Beamte von Firmen, an welchen die Firma Kalle beteiligt zu sein erklärt, können, wenn sie bisher Mitglieder der Kasse waren, dies bleiben, und zwar zu besonderen Vereinbarungen.

6. Unterstützungsverein der Siemens-Halske-Werke. Mitglied kann jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der Werke auf Grund schriftlicher Beitrittserklärung werden¹.

7. Beamtenpensionskasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik. Beamte (auch Direktoren) der Firma sind, wenn über 21 Jahre alt, berechtigt und verpflichtet, beizutreten. Befreit sind von der Verpflichtung Beamte, die der Invalidenversicherung unterliegen. Über 60 Jahre alte sind ausgeschlossen. Auswärtige Beamte der Firma können nur auf Antrag der Direktion Mitglied werden.

8. Albertsche Kasse. Mitglieder sind zunächst nur die Meister und Arbeiter der chemischen Fabrik zu Amöneburg. Solche, die von anderen Unternehmungen der Firma in das Hauptwerk übertreten, werden unter Berechnung früherer Dienstzeit bei der Firma aufgenommen.

9. Kasse der Baildonhütte. Sämtliche Arbeiter, Aufseher und Werkmeister sind zur Mitgliedschaft verpflichtet.

10. Pensionskasse der Bergischen Stahlindustrie. Berechtigt sind alle im 21.—45. Jahre Stehenden. Außerordentliche Mitgliedschaft kann innerhalb vier Wochen nach Ausscheiden aus dem Betrieb verliehen werden².

11. Kasse der Herrschaft Beuthen-Siemianowiz. Verpflichtet sind alle männlichen Arbeiter und Aufseher in den Betrieben der Firma, wenn dauernd beschäftigt, über 16 Jahre alt und nicht über 40 Jahre alt, ferner körperlich und geistig gesund³.

12. Bienertsche Kasse. Verpflichtet alle Beamten und Arbeiter ohne Ausnahme.

13. H. Bleichert-Kasse. Alle in der Fabrik beschäftigten Personen sind, wenn der Gehalt bis 120 Mk. beträgt, zum Beitritt berechtigt und verpflichtet. Personen mit höherem Gehalt sind hierzu berechtigt.

14. Arbeiterpensionskasse der Bismarckhütte. Verpflichtet sind alle männlichen Arbeiter, soweit 16—40 Jahre alt und körperlich und geistig gesund. Beamte und Meister, soweit sie mehr als

¹ Mitglieder dürfen keiner Arbeiterorganisation angehören, die in außerhalb der Firma stehenden Betrieben beschäftigte Arbeiter umfaßt, auch keine dieser Organisationen in irgendeiner Weise unterstützt.

² S. unten § 8.

³ Vor oder nach der Aufnahme wird ärztliche Untersuchung vorgenommen.

6²/₃ Mk. täglichen Arbeitsverdienst haben, sind berechtigt. Besondere Bestimmungen für körperlich Reduzierte¹.

15. Vorsigische Beamtenkasse. Verpflichtet sind die Personen von 21—45 Jahren, die bei Gründung der Kasse im Dienste der Firma standen und gegen festes Gehalt und sechswöchentliche Kündigung angestellt waren. Bei anderen Anstellungsbedingungen Zulassung möglich. Außerordentliche Mitgliedschaft nach Ausscheiden aus dem Dienste².

16—29. Verschiedene Zechenunterstützungskassen (in § 3 aufgeführt). Unterstützt werden alle Mitglieder der Belegschaft.

30. Pensionskasse für die Angestellten der Bad. Anilin- und Sodafabrik. Berechtigt und verpflichtet sind alle mit festem Jahresgehalt bis 3600 Mk. oder mit Wochenlohn zu insgesamt 1600 Mk. jährlich³ Angestellten.

31. Beamtenpensionskasse der Donnersmarchhütte. Die bei Gründung angestellten Beamten sind berechtigt, zukünftig beitretende verpflichtet, beizutreten. Außerordentliche Mitglieder sind auf ihre Erklärung hin solche, die nach zehnjähriger Mitgliedschaft gegen ihren Willen aus dem Dienst entlassen werden⁴. Gesundheit Bedingung.

32. Dietelsche Kasse. Berechtigt und verpflichtet sind alle Beamte, Werkmeister und Arbeiter.

33. Kasse für die gewerblichen Anlagen der Donnersmarchhütte. Verpflichtet sind alle Arbeiter und Aufseher über 16 Jahre, außer denjenigen, die der alten Knappschaftskasse angehört haben. Alter: 16—40 Jahre und Gesundheit Bedingung. Außerordentliche Mitgliedschaft bei freiwilligem Ausscheiden und Entlassung aus nicht besonders bemerkten Gründen².

34. Arbeiterpensionskasse der Firma Kalle. Verpflichtet ist jedes Pflichtmitglied der Betriebskrankenkasse der Firma. Berechtigt zum Beitritt sind die Beamten.

35. Genzich & Hensesche Kasse. Verpflichtet sind alle Angestellten mit Ausnahme des Kontorpersonals und der Lehrlinge.

¹ Mit Krampfadern Behaftete, Personen mit Leistenbruch oder Einäugige.

² S. unten § 8.

³ Ausschließlich Gratifikation und Wohnungsgeldzuschuß.

⁴ S. unten § 8. Bemerkenswert ist die Fassung, wonach die Hütte bei Neuanstellungen die Verpflichtung übernimmt, den Beitritt zur Kasse zur Bedingung für die Aufnahme in den Betrieb zu machen.

Außerordentliches Mitglied kann bleiben, wer bei Ausscheiden aus der Firma 520 Wochenbeiträge geleistet hat¹.

36. Kasse der Oberschlesischen Eisenindustrie. Verpflichtet sind alle männlichen Arbeiter, Aufseher, Kontor- und Kassaboten, Meister im Alter von 15—45 Jahren, soweit gesundheitlich geeignet. Außerordentliche Mitgliedschaft ähnlich wie oben unter 33¹.

37. Kasse der Angestellten der Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale, Görlitz. Berechtigt und verpflichtet sind alle Beamten und Arbeiter, die den Bestimmungen des Invaliden-Versicherungsgesetzes unterliegen.

38. Stelzer'sche (Goldschmidt'sche) Kasse. Verpflichtet sind alle Meister und Arbeiter über 16 Jahre bei 12 Mk. wöchentlichem Mindestverdienst. Außerordentliche Mitgliedschaft im Falle des freiwilligen oder zwangsweisen Ausscheidens¹.

39. Hepner'sche Kasse. Freiwilliger Beitritt.

40. Kasse der Eisenwerke Herminenhütte. Verpflichtet sind dauernd beschäftigte Arbeiter, Aufseher, Werkmeister im Alter von 16—40 Jahren, soweit gesund. Außerordentliche Mitgliedschaft bei freiwilligem Ausscheiden¹.

41. Hohenlohe'sche Kasse. Verpflichtet alle männlichen Arbeiter von 16—45 Jahren, soweit gesund. Außerordentliche Mitgliedschaft bei freiwilligem Ausscheiden¹.

42. Hoffmann'sche Kasse. Alle im Dienste der Firma Stehenden sind zum Beitritt verpflichtet, wenn unter 45 Jahre alt und gesund. Außerordentliche Mitgliedschaft, wenn der Austritt aus der Firma nach vollendetem fünften Mitgliedsjahre erfolgt¹.

43. Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung der Höchster Farbwerke. Unterstützungsberechtigt alle Aufseher und Arbeiter nach fünf Jahren Beschäftigung.

44. Kalle'sche Arbeiterpensionskasse. Berechtigt und verpflichtet alle über 17 Jahre alten Arbeiter.

45. Karcher'sche Kasse. Die bei Inkrafttreten der Kasse Beschäftigten sind berechtigt, später Eintretende verpflichtet, der Kasse beizutreten². Außerordentliche Mitgliedschaft bei freiwilligem Ausscheiden¹.

46. Pensionskasse der Ver. Königs- und Laurahütte. Berechtigt und verpflichtet sind die auf den im preussischen Staats-

¹ S. unten § 8.

² Fassung ähnlich wie oben bei 32.

gebiet belegenen Betrieben beschäftigten Unterbeamten und Arbeiter, soweit nicht einer Knappschafts- oder anderen Pensionskasse angehörig. Nur berechtigt die landwirtschaftlich Beschäftigten. Bedingung: Alter 16—40 Jahre, Beschäftigung von einjähriger Dauer auf der Hütte und Beitragsleistung zur Krankenkasse, gesundheitliche Eignung. Ausgeschlossen Reichsfremde und Frauen.

47. Versorgungskasse von M. du Mont Schauberg. Voraussetzung für den Beitritt ist Mindestgehalt von 1200 Mk. jährlich. Nach Vollendung des 45. Jahres besondere Bedingungen.

48. Invalidenkasse von M. du Mont Schauberg. Verpflichtet sind alle über 2 Mk. täglich verdienenden männlichen Beschäftigten der Firma. Außerordentliche Mitgliedschaft bei freiwilligem Austritt¹. Bedingung: 18.—45. Lebensjahr und gesundheitliche Eignung.

49. Aufseherpensionskasse der Höchster Farbwerke. Alle Aufseher sind zum Eintritt berechtigt und verpflichtet.

50. Beamtenpensionskasse der Naros-Union. Berechtigt alle Beamten und Arbeiter.

51. Stiftung der Naros-Union. Jeder Meister und Arbeiter, der sechs Jahre ununterbrochen bei der Firma angestellt war, wird, wenn verheiratet oder Witwer mit mindestens einem Kind, von der Firma auf den Todesfall versichert.

52. Pensionskasse für die Angestellten von Wolf, Netter & Jacobi. Jeder Kaufmann und technische Angestellte männlichen und weiblichen Geschlechts im Alter von 21—40 Jahren ist zum Beitritt verpflichtet.

53. Kasse von Detter, Altona. Die Vergünstigung kann Neueintretenden gewährt werden, sie gilt für alle zur Zeit der Errichtung beschäftigten Arbeiter.

54. Pensionskasse der Angestellten der Allg. Berl. Omnibusgesellschaft. Verpflichtet sind alle Angestellten bis 45 Jahre. Bei einem Alter von über 45 Jahren nur in besonderen Fällen Aufnahme, nach 55 Jahren nicht mehr.

55. Ottosche Kasse. Alle Meister und Arbeiter sind zum Beitritt verpflichtet, wenn gesundheitlich geeignet und unter 50 Jahre alt. Außerordentliche Mitgliedschaft bei Kündigung seitens der Firma, wenn mehr als 15 Jahre bei der Firma beschäftigt¹.

¹ S. unten § 8.

56. Kasse der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft. Verpflichtet sind alle männlichen Arbeiter, Vorarbeiter, Meister, Werksführer und Aufseher bis 2000 Mk. Jahreseinkommen¹. Ständige Mitgliedschaft nach einjähriger Beschäftigung. Gesundheitliche Eignung ist durch Attest der Krankenkasse nachzuweisen. Außerordentliche Mitgliedschaft von Personen, denen gekündigt wurde².

57. Richtersche Kasse. Unterstützungsberechtigt sind alle in Not geratenen Arbeiter der Firma.

58. Röchlingsche Beamtenpensionskasse. Kein Zwang zum Beitritt für die bei Gründung der Kasse bereits beschäftigten Personen, dagegen für die Neueintretenden; Alter 20—40 Jahre, gesundheitliche Eignung. Außerordentliche Mitgliedschaft bei freiwilligem Ausscheiden².

59. Kasse von Schäffer & Budenberg. Verpflichtung aller Angestellten (auch in ausländischen Zweiggeschäften; die Firma kann hiervon entbinden), wenn zwischen 16—45 Jahren alt und gesundheitlich geeignet. Außerordentliche Mitgliedschaft bei Ausscheiden nach 15 Beitragsjahren².

60. Schlickersche Kasse. Verpflichtet sind alle Arbeiter.

61. Kasse von Schöller, Bücklers & Co. Desgleichen.

62. Invalidentasse von H. Schöller Söhne. Desgleichen für alle im Kreise Düren wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen.

63. Kasse der Schröderschen Papierfabrik. Mitglieder sind alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die ununterbrochen zehn Jahre in der Papierfabrik arbeiteten. Ebenso die bereits mit Pension Bedachten.

64. Kasse der Deutschen Spiegelglas-Aktiengesellschaft. Aufgenommen werden Personen unter 40 Jahren.

65. Spindlerscher Invalidenfonds. Anspruch haben alle Beschäftigten.

66. Friedrich-August-Stiftung von Thiele & Steinert. Desgleichen.

67. Siemens-Halske-Kasse. Desgleichen².

68. Siemens-Schubert-Kasse. Desgleichen².

69. Tiele-Windlersche Kasse. Verpflichtet sind alle männlichen Arbeiter. Außerordentliche Mitgliedschaft bei Kündigung eines über sechs Jahre beschäftigten Mitglieds². Im übrigen Altersgrenze 17—40 Jahre, ferner ist Bedingung einjährige Beschäftigung und gesundheitliche Eignung.

¹ Einschließlich Lantienen und Naturalbezüge.

² S. unten § 8.

70. Kasse der Union, Dortmund. Grundsätzliche Verpflichtung, aber Ausnahmen für bestimmte Kategorien¹.

71. Beamtenpensionskasse von Billeroy & Boch. Verpflichtet ist jeder Beamte von 100 Mk. Gehalt aufwärts und im Alter von 25—40 Jahren. Außerordentliche Mitgliedschaft bei Ausscheiden aus dem Dienste².

72. Boitsh'sche Kasse. Beamte mit 100 Mk. Gehalt und einem Alter von 21 Jahren sind zum Beitritt verpflichtet. Außerdem besondere Bestimmungen auch über außerordentliche Mitgliedschaft².

§ 7.

5. Beitragsleistungen.

Neben dem in § 5 besprochenen Grundvermögen der Kassen sind die Beitragsleistungen der dotierenden Firmen und (einschließlich des Eintrittsgeldes) der Mitglieder (zu denen allerdings die Firmen selbst in zahlreichen Fällen gehören) für das finanzielle Gebaren der Versicherungseinrichtungen entscheidend. Nur dieses steht hier zur Debatte, die rechtlichen Gesichtspunkte, unter denen die Firmenbeiträge stehen, müssen ausscheiden. Nur soviel: das reine Versicherungsprinzip, das nach den gebräuchlichsten Begriffsformulierungen, ob man nun die Schaden-, Bedürfnis- oder eine andere Theorie zugrunde legt, stets die Tragung der Kosten durch die Gesamtheit der Versicherten in sich schließt, erscheint in einem wesentlichen Teile durchbrochen; dies gilt auch da, wo ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit besteht und die Firma Vereinsmitglied ist. Wichtige Eigenschaften der Vereinsmitgliedschaft gehen nicht auf sie über. Im übrigen ist diese Beteiligung Dritter, Nichtversicherter, Grundsatz fast der gesamten staatlichen Sozialversicherung, er steigert sich in der staatlichen Unfallversicherung sogar zur alleinigen Belastung der Dritten (Arbeitgeber), so daß eine auffällige Besonderheit der Werkpensionskassen nicht vorliegt.

Die Übersicht über die Beitragsleistung in den vorliegender Untersuchung sich anbietenden Kassen ergibt das Folgende¹.

¹ Über Doppelversicherung ist bestimmt: Jedes Mitglied hat bei Vermeidung einer Strafe bis zu 5 Mk. binnen 6 Tagen nach dem Beginne der Mitgliedschaft dem Vorstande Anzeige von seiner oder seiner Familienangehörigen anderweiter Versicherung einer Pension oder laufender Unterstützung zu machen.

² Näheres § 8.

1. Arnhold'scher Pensionsverein¹. Die Firma zahlt 8 % des jährlichen Gehalts der versicherten Angestellten, letztere 2 %, dann bei Gehaltserhöhung 4 % der jährlichen Zulage bis zum Gehalt von 6000 Mk., einschließlich Tantiemen, Provisionen, nicht aber Gratifikationen. Eintrittsgeld 4 % des Gehalts.

2. Einsiedel'scher Pensionsverein. Für die in Klassen eingeteilten Mitglieder sind 5—7 % ihres Durchschnittseinkommens zu zahlen, von denen Versicherte und Firma (A.-G. Sauchhammer) je die Hälfte tragen.

3. Pensionskasse Arbeitergemeinschaft Falkenau. Mitglieder zahlen 2 % des jährlichen Gehalts bis 2500 Mk.

4. Beamtenpensionskasse von Kalle. 4 % vom festen Gehalt bis zur Höhe von 4800 Mk. Von jeder Gehaltserhöhung 5 % mit gleicher Grenze.

5. Siemens-Halske Unterstützungsverein. Jedes männliche erwachsene Mitglied zahlt 20 Pf. wöchentlich, jedes weibliche und jugendliche 10 Pf. Kleine Eintrittsgebühr (25 Pf.).

6. Beamtenpensionskasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik. 4 % vom festen Jahresgehalt bis 4500 Mk., bei Erhöhung des Gehalts 25 % ev. 1½ faches des Jahresbetrags.

7. Kasse der Baildonhütte. Monatlich 1,50—2,80 Mk., 2 Mk. Aufnahmegebühr. Die Firma gewährt 100 % der Mitgliederbeiträge.

8. Kasse der Bergischen Stahlindustrie. 4 % des jährlichen pensionsberechtigten Gehalts. Eintrittsgeld in Höhe eines Monatsgehalts bis 500 Mk., ebenso von jeder späteren Beitragserhöhung.

9. Kasse der Herrschaft Beuthen-Siemianowiz. 2 Mk. Eintrittsgeld. — In vier Klassen monatlicher Beitrag 1,60—4 Mk. — Die Firma zahlt 180 % der Beiträge, bei den Mitgliedern, die in Zinkhütten beschäftigt sind, 240 %.

10. Hildegard Bleichert-Kasse. Beitrag 1 % des Verdienstes bis höchstens 4 Mk. täglich; bei Aufnahme 1½ faches eines durchschnittlichen Tagesverdienstes mit gleicher Grenze. — Die Firma zahlt das Dreifache der Mitgliederbeiträge.

¹ Soweit nicht besonderes bemerkt, handelt es sich um die Beiträge der Arbeiter bzw. Angestellten. Vom Grundvermögen und seinen Zinsen ist hier ebenso wie von gelegentlichen Zuwendungen der Firma stets abgesehen. — Hier sind ferner Kranken- und Unterstützungskassen, die auf ganz anderer Grundlage als die Pensionskassen beruhen, weggelassen.

11. Kasse der Bismarckhütte. In drei Klassen 1—2 Mk. monatlicher Beitrag, 2 Mk. bei Aufnahme. Die Firma zahlt 50 % der Mitgliederbeiträge.

12. Borfigsche Beamtenkasse. 4 % des jeweiligen Dienst-einkommens bis 6000 Mk. (einschließlich nur Tantiemen); bei Aufnahme und Gehaltserhöhung ein Viertel eines Monatsgehalts, höchstens 125 Mk. Die Firma zahlt 300 % der Mitgliederbeiträge.

13. Beamtenpensionskasse der Donnersmarchhütte. Beitrag 5 % des pensionsfähigen Dienst-einkommens zwischen 1800 und 5000 Mk. ausschließlich Nebenbezüge. 5 % bei Aufnahme und bei Gehalts-erhöhungen. Die Firma gewährt $7\frac{1}{2}$ %¹.

14. Kasse für die gewerblichen Anlagen der Donners-marchhütte. Beiträge in vier Klassen 0,50—1,30 Mk. 2 Mk. Ein-schreibgebühr. Die Gewerkschaft zahlt 100 % der Mitgliederbeiträge.

15. Fikentscherische Kasse. Beitrag 1 % vom Lohne bzw. Gehalt, der bis höchstens 4 Mk. täglich gerechnet wird. Erhöhung bis 2 % möglich. Die Firma zahlt 100 % der Mitgliederbeiträge.

16. Genzsch & Henselische Kasse. Mitglieder 10 Pf. die Woche, ebenso die Firma.

17. Pensionskasse der Oberschlesischen Eisenindustrie. Beitrag 3 % vom wirklichen Arbeitsverdienst bis 1800 Mk., bei Auf-nahme 1,50 Mk. Die Firma zahlt 100 % des Mitgliedsbeitrags.

18. Goldschmidtische Kasse (Ernst Stelzer-Kasse). Beitrag 2 % wöchentlich vom Arbeitsverdienst bis 2000 Mk. (40 Mk.). Firma zahlt 50 % der Mitgliederbeiträge.

19. Hepnersche Fürsorgeeinrichtung. Angesichts des be-sonderen Charakters (s. o. § 5) besondere Bestimmungen für die einzelnen Versicherten².

20. Kasse der Herminenhütte. In drei Klassen Beiträge von 2,35—4,30 Mk. monatlich. 2 Mk. bei Aufnahme. Die Hütte zahlt 100 % der Mitgliederbeiträge.

21. Kasse der Hohenlohe-Werke. Beitrag des Mitglieds und der Werke je 3,35 Mk. monatlich. 3 Mk. Aufnahmegebühr (mit Ausnahme der Mitglieder der bisherigen Knappschaftskasse).

¹ Außerdem fließen in die Kasse die von der Lebensversicherungs-A.-G. Nordstern zu zahlenden Versicherungssummen.

² Ziel ist die Versicherung einer Lebensversicherungssumme von 2000 Mk., einer Invalidenrente von 200 Mk. mindestens bei privaten Lebensversicherungs-gesellschaften.

22. Hoffmannsche Kasse. Beitrag 8 % des Verdienstes einschließlich Nebenbezüge, soweit dies mindestens 9 Mk. wöchentlich, höchstens aber monatlich 250 Mk. beträgt. 25 % bei Gehaltserhöhung von Beamten. Bei Aufnahme Hälfte eines Tagesverdienstes.

23. Karchersche Kasse. Beitrag 1 % vom Verdienst bis 3000 Mk., einmal 6 Mk. bei sich verheiratenden Mitgliedern. Zumendung der Firma 100 % des Mitgliederbeitrags.

24. Kasse der Ver. Königs- und Laura-Hütte. Beitrag in vier Klassen 2—5 Mk. Aufnahmegebühr 1—2,50 Mk.

25. Versorgungskasse von Du Mont Schauberg. Beitrag je nach Gehalt 3—7 %. Auch pensionierte Mitglieder zahlen 3 % des Ruhegehalts, solange versorgungsberechtigte Angehörige vorhanden sind. Bei jeder Gehaltserhöhung bis 8000 Mk. verfällt der 1. Monatsgehalt. Beiträge der Firma werden besonders berechnet.

26. Invalidenkasse von Du Mont Schauberg. Beitrag in vier Klassen wöchentlich 0,21—0,48 Mk. für die bei Gründung der Kasse vorhandenen, 0,24—0,60 Mk. für neu beitretende oder in eine höhere Gehaltsklasse übertretende Mitglieder; noch höhere Beiträge (0,42—0,99 Mk.), wenn diese letzten Mitglieder über 35 Jahre alt sind. Die Mitglieder zahlen zwei Drittel, die Firma ein Drittel dieser Sätze.

27. Aufseherpensionskasse der Höchster Farbwerke. Beitrag der Mitglieder 4 Mk. monatlich.

28. Kasse von Wolf, Netter & Jacobi. Beitrag 4 % bis 6000 Mk. Gehalt, bei Gehaltserhöhung einen Monatsbetrag.

29. Pensionskasse der Angestellten der Allg. Berliner Omnibusgesellschaft. Beitrag des Mitglieds 4 % des jeweiligen Dienst Einkommens (einschließlich Wohnungsgeldbentschädigung). Beitrag der Firma 100 % des Mitgliedsbeitrags.

30. Ottosche Kasse. 1 % Beitrag vom Arbeitsverdienst, kann auf 1½ % erhöht werden. Die Firma zahlt dasselbe.

31. Kasse der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfsgesellschaft. Beitrag 3 % des Verdienstes, Firma 2 %. 3 Mk. Eintrittsgeld.

32. Röchlingsche Kasse. 5 % Beitrag bis 4800 Mk. Höchstgehalt ausschließlich Nebenbezüge. Die Firma zahlt 100 % der Mitgliederbeiträge.

33. Kasse von Schäffer & Budenberg. 4½ % Beitrag bis 4500 Mk. Dienst Einkommen einschließlich Naturalbezügen, ebenso die Firma. Ferner 4 % Aufnahmegebühr.

34. Kasse von Schöller, Bücklers & Co. Beitrag in sechs Klassen nach Wochenverdienst. Die Firma gewährt dasselbe.

[35. Kasse von Siemens & Halske. Keine Beiträge der Beamten und Arbeiter. Die Firma zahlt für jeden Beamten 30 Mk., jede Beamtin 18 Mk., jeden Bediensteten 15 Mk., jede Arbeiterin 9 Mk. jährlich.]

[36. Kasse der Siemens-Schuckert-Werke. Keine Beiträge der Versicherten, für die die Firma (nach obiger Einteilung) 60, 36, 30, 18 Mk. jährlich bezahlt.]

37. Kasse der Deutschen Spiegelglas-Aktiengesellschaft. Beitrag 2—3 % monatlich, Eintrittsgeld mit Abstufung nach dem Alter 5—30 Mk. Die Firma zahlt 100 % der Mitgliederbeiträge.

38. Tiele-Windlersche Kasse. Beitrag in drei Klassen monatlich 1,25—2,50 Mk., Firma 100 % der Mitgliederbeiträge.

39. Traunsche Kasse. Firma und Versicherte zahlen dasselbe¹.

40. Kasse der Union. Beitrag 0,31 und 1,04 % für die Mitglieder der früheren und die neu beitretenden Mitglieder. Aufnahmegebühr ein Durchschnittstagesverdienst. Die Firma zahlt ein Drittel der Mitgliederbeiträge.

41. Beamtenkasse von Villeroy & Boch. Beitrag 6 % vom Jahresgehalt bis 6000 Mk. Die Firma zahlt 100 % der Mitgliederbeiträge. Eintrittsgeld ein halbes Monatsgehalt.

42. Voithsche Kasse. Beitrag 5—6 % vom Gehalt bis 5000 Mk. Firma 5 %.

Überblickt man die Gesamtheit der ca. 40 hier in Frage kommenden Kassen mit Beitragsleistung der Versicherten, so ergibt sich folgendes (wobei auf Eintrittsgelder und Zahlungen anlässlich von Gehaltserhöhungen nicht eingegangen werden kann):

Die in Prozenten des Arbeitsverdienstes festgelegte Beitragshöhe variiert ganz außerordentlich, hauptsächlich im Rahmen von 1—8 %. Dabei ist der erreichbare Verdienst meist begrenzt, häufig mit 4500—6000 Mk. Einen Durchschnitt zu berechnen, ist angesichts der verschiedenartigen Nebenbestimmungen und angesichts der ungleichen Lage der Versicherten in den einzelnen Betrieben zwecklos. Doch läßt sich sagen, daß eine Belastung mit 4—5 % der festen Dienstbezüge recht häufig ist (in etwa einem Duzend Fällen).

Nicht selten ist der Beitrag auch in Mark angegeben und dann nach

¹ 1904 je 18 500 Mk.

(meist unter Zugrundelegung des Einkommens, wiederholt aber auch des Alters gebildeten) Klassen abgestuft. Hier ist eine große Verschiedenheit, die sich einheitlicher Betrachtung in noch höherem Maße entzieht, als die prozentuale Beitragsleistung.

In allen Fällen ist zwischen Beamten- und Arbeiterpensionsklassen zu unterscheiden.

Auch der Beitrag der Firma ist nicht gleichmäßig. Doch findet er sich in voller Höhe (100 %) der Versichertenbeiträge in etwa einem Drittel der Fälle, wobei der Einfluß der staatlichen Invalidenversicherung, die ja häufig mit den Klassen organisch verbunden ist, deutlich wird. Es finden sich aber auch Beitragsleistungen bis hinauf zu 300 % und bis hinab zu $33\frac{1}{3}$ % der Versichertenbeiträge. In wenigen Fällen gibt die Satzung keine Auskunft über die Leistungen der Firma, in zahlreichen sind diese nicht von vornherein fest begrenzt, sondern werden dem jeweiligen Bedürfnis angepaßt.

Auf Grund der bloßen, den Satzungen entnommenen Daten über Beitragsleistungen und Grundvermögen können naturgemäß allgemeine Schlüsse nach der doppelten hier interessierenden Richtung, Stellung der Klassen im volkswirtschaftlichen und im privatwirtschaftlichen Verkehr, nicht gezogen werden. Für ersteren sind vor allem wichtig: die Zahl der Versicherten, ihr Altersaufbau, ihre Familienverhältnisse, ihre Versicherungsansprüche und die hierfür nötigen Rücklagen (Prämienreservefonds); für die Beurteilung aber der privatwirtschaftlichen Bedeutung der Klassen, d. h. ihres Wertes für die Versicherten und gleichzeitig der Belastung der letzteren durch die Beiträge, wären allgemein lohnstatistische, vor allem aber haushaltsstatistische Unterlagen nötig, die an dieser Stelle nicht gegeben werden können. Die hierfür anzuwendende Methode ist bekanntlich gänzlich verschieden und kann sich in die vorliegende Untersuchung unmöglich einfügen. Eines aber ist zu sagen: Entscheidend ist für die Beurteilung nicht zuletzt das Maß der Sicherheit, mit der die Versicherten auf dereinstige Realisierung ihrer, an den jederzeit kündbaren, „freien Arbeitsvertrag“ gebundenen Pensionsansprüche rechnen können; mit anderen Worten, die Rechtsstellung des aus dem Dienste ausscheidenden Mitglieds.

§ 8.

6. Rechtsstellung beim Ausscheiden aus dem Dienste, insbesondere die Beitragsrückgewähr.

Schon in der Vorbemerkung ist angedeutet worden, daß auf die juristisch-versicherungstechnischen Fragen, die das Ausscheiden aus dem

Dienste der die Kasse dotierenden Firma im Gefolge hat, hier nicht eingegangen werden kann. Eine Einigung ist zunächst theoretisch kaum zu erzielen; praktisch ist hingegen eine Satzungsänderung bei verschiedenen Kassen im Sinne einer Verbesserung der Rechtsstellung des Ausgeschiedenen festzustellen. Bekanntlich kann diese vorzugsweise in der doppelten Richtung erfolgen, daß einmal die vom Versicherten selbst geleisteten Beiträge ganz oder teilweise, gelegentlich auch mit Zinsen, oft aber umgekehrt um den Betrag eines Zuschusses zu den Verwaltungskosten gekürzt, zurückgezahlt werden; dabei findet sich auch häufig ein Hinausschieben der Rückzahlung um etwa ein Jahr nach Ausscheiden aus dem Dienste; zum anderen kann der Versicherte seine Ansprüche auf die vollen oder auf Teilleistungen der Kasse durch freiwillige Weiterversicherung (außerordentliche Mitgliedschaft, deren Fälle oben in § 6 aufgezählt sind) aufrechterhalten; hierbei handelt es sich entweder um die bis zum Ausscheiden erworbenen Rechte, die gegen eine Verwaltungs- (Rekognitions-) Gebühr erhalten werden oder um die vollen Ansprüche, wobei dann der frühere Arbeitgeberbeitrag auch vom Versicherten zu übernehmen ist.

Wie hoch man nun die Versicherungsleistungen bewertet, welche Rolle sie in der Verbrauchswirtschaft des Versicherten spielen, hängt von der größeren oder geringeren Beständigkeit seines Dienstvertrags, mit dem der Versicherungsvertrag verbunden ist, ebenso aber auch von seiner Rechtsstellung nach eventuellem Ausscheiden aus der Kasse ab. Von Prof. Kohler ist das Sicherheitsgefühl, das die Kasse während der Dauer des Arbeitsvertrags gewähre, sehr hoch, von dem im übrigen mit Kohler übereinstimmenden Prof. Ehrenberg niedrig eingeschätzt worden (vgl. die Gutachten zum Kruppischen Wertpensionskassenprozeß). Vielleicht wird man sagen dürfen: soweit die Kasse das Eingehen eines sonstigen Versicherungsvertrags unnötig erscheinen läßt oder, wegen der Doppelbelastung mit Beiträgen, geradezu ausschließt, ist das Versicherungsbedürfnis, wenn nicht für den Fall der Lösung des Arbeitsverhältnisses befriedigende Maßnahmen getroffen sind, nicht genügend gewahrt.

Die Frage ist nicht nur in ihrer privatwirtschaftlichen, sondern auch in ihrer volkswirtschaftlich-finanziellen Tragweite von Bedeutung. Das Rückzahlungskonto ist unter Umständen für das finanzielle Gebaren der Kasse, ihren sicheren Abschluß, nicht ohne Einfluß. Jacobsohn ging soweit, die Rückzahlung von Beiträgen wegen der dadurch entstehenden Belastung als zumeist unmöglich zu bezeichnen. Für die privatrechtlichen Fragen ist dies natürlich belanglos, dagegen kann hier, wo die finanziellen Gesichtspunkte obenanstehen, nicht ganz daran vorübergegangen werden. Es ist auf

Grund der Geschäftsberichte in Zusammenhalt mit den einschlägigen Satzungen zu prüfen, welche Rolle Beitragsrückzahlungen im Haushalt verschiedener Kassen, deren Statut sie vorsehen, gespielt haben.

Boitische Kasse. Der Abschluß für 1909 verzeichnet 7376,05 Mk. Rückzahlungen für aufgelöste Versicherungen. Es handelt sich um 31 Fälle (bei 207¹ Versicherten); die Satzung sieht vor, daß die Beiträge ohne Zinsen zurückerstattet werden, daneben kennt sie auch die außerordentliche Mitgliedschaft. Von dieser scheint im Berichtsjahre kein Gebrauch gemacht worden zu sein.

Die 7376,05 Mk. machen von der Bilanz, die mit 109 031,79 Mk. abschließt, nur wenige Prozent aus.

Kasse von Billeroy & Boch. Die Rückzahlungen für ausgeschiedene Mitglieder bewegen sich in folgender Höhe:

	Rückzahlung	Gesamtausgabe
1907: (9 ² Mitglieder bei 404 Versicherten ³)	2 529,70 Mk.	82 327,62 Mk.
1908: (4 ⁴ " " 408 ")	1 421,43 "	81 503,93 "
1909: (3 ⁵ " " 418 ")	1 802,90 "	94 280,63 "

Die Rückzahlungen betragen hier kleine Bruchteile der Gesamtausgaben.

Nach der Satzung werden bei Kündigung seitens eines seit fünf Jahren im Dienste stehenden Mitglieds die Hälfte der Beiträge, bei Entlassung die vollen Beiträge, in jedem Falle ohne Zinsen zurückgewährt.

Kasse von Wolf, Netter & Jacobi. 1909 wurden an ausgeschiedene Mitglieder 1656,27 Mk. bei 21 194,21 Mk. Gesamtausgaben vergütet.

Nach der Satzung handelt es sich um die Hälfte der Beiträge ohne Zinsen.

Kasse von Schäffer & Budenberg.

Jahr	Rückzahlungen	Gesamtausgaben
1904 ⁶	{ 3 275,66 Mk. 25,68 " }	12 074,53 Mk.
1905	2 714,33 "	13 304,06 "
1906	4 895,90 "	24 851,67 "
1907	3 016,64 "	32 337,60 "
1908	{ 3 704,85 " (1907 ausgeschieden) 3 444,29 " (1908 ") }	15 020,23 "

¹ Zu Anfang 1909; am Schluß 225.

² Aber wohl nicht alle erhielten die Beiträge zurück.

³ Am Jahreseschluß.

⁴ Insgesamt schieden 11 Mitglieder anders als zufolge Tod und Pensionierung aus.

⁵ Insgesamt wieder 11.

⁶ In diesem Jahre ist auch ein Posten von 1743,65 Mk. „Überweisung an die Firma der ihr vertraglich zukommenden Rückkaufsbeiträge p. 1902 und 1903 für ausgeschiedene Mitglieder“ (Satz. §§ 19 u. 6) unter Ausgaben aufgeführt; da die Firma auf die Auszahlung verzichtete, so ist der gleiche Posten als Extrazusendung

Nach den Satzungen werden Beiträge an Ausgeschiedene, wenn sie weniger als fünf Jahre im Dienste standen, mit 75 %, im übrigen in voller Höhe zurückgewährt.

Röchling'sche Kasse.

Jahr	Rückzahlungen ¹	Gesamtausgabe ²	Ausgetreten
1900/01	1 049,63 Mk.	11 668,08 Mk.	13 Mitglieder
1901/02	649,00 "	1 463,50 "	11 "
1902/03	4 297,65 "	9 255,43 "	? "
1903/04	1 169,08 "	4 196,25 "	15 "
Gesamtausgabe einschl. Vermögensanlage ²			
1904 (2. Halbjahr)	2 102,— "	45 046,05 Mk.	16 "
1905	4 830,75 "	93 625,50 "	24 "
1906	3 012,11 "	352 900,22 "	29 "
1909	6 001,— "	170 092,44 "	51 "

Nach der Satzung werden Beiträge bei freiwilligem Ausscheiden nur für die Zeit über fünf Jahre Mitgliedschaft, nun aber ganz ohne Zinsen, zurückerstattet (daneben ist außerordentliche Mitgliedschaft möglich, von der aber wiederum wenig Gebrauch gemacht worden zu sein scheint). Bei Entlassung erfolgt volle Rückzahlung, erfolgte sie aber nach § 75 B. 1, 2 oder 4 des Handelsgesetzbuchs, so werden nur die vom sechsten Jahre Mitgliedschaft ab geleisteten Beträge zurückgewährt.

Arnhold'scher Pensionsverein. Das Konto der ausgeschiedenen Versicherten von 1909 4023,91 Mk. bei 927 723,29 Mk. Bilanz. 35 Versicherte sind freiwillig, 24 zufolge Entlassung ausgeschieden. Die Rückzahlungen waren 1909 9783,02 Mk.

Anspruch auf Rückzahlung besteht satzungsgemäß bei freiwilligem Ausscheiden.

Kasse der Münchener Rückversicherung.

Jahr	Rückzahlungen für vorzeitig aufgelöste Versicherungen	Ausgeschiedene Mitglieder	Bilanz
1905	1 912,35 Mk. ³	9	1 516 080,83 Mk.
1907 ⁴	7 108,89 "	4	1 928 056,60 "
1908	8 981,05 "	20	2 303 996,77 "
1909	15 477,38 "	21	2 706 868,81 "

Satzungsgemäß erfolgt Rückgewähr regelmäßig, in bestimmten Fällen mit 4 % Zinsen; nur bei freiwilligem Ausscheiden vor Ablauf der ersten vier Mitgliedsjahre erfolgt keine Rückzahlung.

auch unter Einnahmen gebucht. 1906 beträgt der Posten 1628,82 Mk., im übrigen findet er sich in den Bilanzen nicht.

¹ An Eintrittsgeldern und Beiträgen.

² Natürlich ohne Vergleichswert.

³ Die Kasse wurde hernach wesentlich umgestaltet.

⁴ 1906 keine Nachweise für Rückzahlungen vorhanden.

Pensionskasse der Beamten der Bad. Anilin- u. Sodafabrik.

Jahr	Beitrag= rückzahlungen	Ausgeschiedene Mitglieder	Gesamtausgabe
1905	11 795,12 Mk.	24	59 488,46 Mk.
1906	19 912,34 "	25	74 741,82 "
1907	8 366,19 "	16	66 931,58 "
1908	15 866,94 "	25	77 864,08 "
1909	5 116,80 " ¹	10	74 809,05 "

Satzungsgemäß sind aus dem Dienste Auscheidenden die vollen Beiträge ohne Zinsen zurückzuerstatten.

Pensionskasse Werk Augsburg.

Jahr	Rückzahlungen	Ausgeschiedene Mitglieder	Bilanz
1906	1 485,51 Mk.	141	409 822,74 Mk.
1907	7 728,71 "	141	103 099,48 ² "
1908	6 825,35 "	?	150 582,51 ² "
1909	6 355,94 " ³	?	105 561,32 ² "

Kasse der Angestellten der Berliner Allg. Omnibusgesellschaft.

Jahr	Zurückgezahlte Beiträge ⁴	Gesamtausgabe
1906	172,04 Mk.	18 211,35 Mk.
1907	191,— "	58 616,42 "
1908	262,29 "	57 638,37 "
1909	606,20 "	88 428,44 "

Die Satzung bestimmt: Nach einem Jahre Mitgliedschaft werden drei Viertel, nach drei Jahren die gesamten Beiträge ohne Zinsen zurückgewährt. Da der Abgang sehr groß ist (1906: 1760; 1907: 1919; 1908: 1538; 1909: 1258), so ist anzunehmen, daß fast alle Ausgeschiedenen auf das erste Mitgliedsjahr entfallen.

Einsiedelscher Pensionsverein.

Jahr	Rückzahlungen	Gesamtausgabe	Gesamtzahl der Ausgeschiedenen ⁶
1904 ⁵	1 705,13 Mk.	157 296,06 Mk.	?
1905	2 318,93 "	166 866,56 "	645
1906	3 633,25 "	179 330,21 "	642
1907	4 185,31 "	198 096,88 "	761
1908	11 369,75 "	239 161,83 "	508
1909	18 860,61 "	240 507,74 "	684

¹ Andere Angabe 6886,80 Mk.

² Ohne Prämienreservefonds.

³ Einschließlich 5433,44 Mk. Rückzahlung wegen nachträglichem Verzicht auf Nachzahlung pro 1906.

⁴ Gleichhohe Beträge wurden an die Gesellschaft zurückbezahlt.

⁵ Nur in zwei früheren Jahren werden kleinere Rückzahlungen berichtet: 1899: 1100,25 Mk. und 1903: 384,72 Mk. Es erklärt sich dies anscheinend aus einer Satzungsänderung (siehe auch im Text) im Jahre 1898.

⁶ Nicht durch Tod oder Invalidität.

Nach der Satzung erhalten die Mitglieder ihre Beiträge, soweit sie nach dem 1. April 1898 bezahlt worden waren, voll zurück.

Kasse der Herrschaft Beuthen = Siemianowiz. 1909 wurden für 8814 Mk. (bei 189 787,11 Mk. Ausgabe einschließlich 110 352,13 Mk. Kapitalsanlage) Beiträge zurückgezahlt¹.

Beamtenpensionskasse der Bergischen Stahlindustrie. Zurückgezahlte Beiträge nebst Zinsen 1907/08 89,60 Mk., 1908/09 764,65 Mk.

Satzungsgemäße Rückzahlung mit 3 % Zinsen.

Bienert'sche Kasse. 1906 21 Mk. zurückgezahlte Beiträge; die Bilanzen der übrigen Jahre führen diesen Posten nicht auf.

Pensionskasse der Aufseher der Höchster Farbwerke. 1909 300 Mk. für Rückzahlung; in den Aufstellungen der Vorjahre nicht nachweisbar.

Satzungsgemäß volle Rückgewähr².

Bei insgesamt 16 Kassen lassen sich die finanziellen Wirkungen der gänzlichen oder teilweisen Beitragsrückgewähr, meist auf mehrere Jahre zurück, verfolgen. Die Beträge lassen sich sehr schwer vergleichen, da die Abschlüsse der einzelnen Kassen recht verschiedenartig aufgemacht sind, häufig die Kapitalsanlagen als Ausgaben mit einschließen und so keinen Vergleichsmaßstab gewähren. Aber auch die Unterstützungsausgabe ist je nach Alter, Struktur der Kasse und Altersaufbau ihrer Mitglieder recht verschieden, so daß sie ebenfalls kaum einen Anhaltspunkt gewährt. Wenn in den Übersichten die Gesamtausgaben bzw. Bilanzsummen aufgenommen sind, so gibt dies meist wenigstens innerhalb der einzelnen Kassen einen annähernden zeitlichen Vergleichsmaßstab.

Im allgemeinen wird man nicht von sehr hohen Belastungen der Kassen durch die Beitragsrückgewähr reden können. Jedenfalls sind die Verluste zufolge Kursrückganges der Effekten³ oft ungleich höher. Man stelle etwa die Beitragsrückerstattungen den Kursverlusten bei der Kasse der Angestellten der Allg. Berl. Omnibussgesellschaft gegenüber:

Jahr	Zurückzahlungen	Kursverluste
1906	142,04 Mk. ⁴	6 840 Mk.
1907	191,— " ⁴	22 951 "
1908	262,29 " ⁴	— "
1909	606,20 " ⁴	4 026 "

¹ Eine anscheinend etwas ältere Satzung der Kasse schließt allerdings den Anspruch auf Rückzahlung aus.

² Ausnahme nur bei Verbrechen oder Verrat von Fabrikgeheimnissen.

³ Näheres § 16.

⁴ Stets fließt der gleiche Betrag an die Firma zurück; doch kann dies kaum im gleichen Sinne als Beitragsrückvergütung angesehen werden.

Der Kursverlust (neben dem sich allerdings auch ansehnliche Gewinne finden) ist bei der Beamtenpensionskasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik gleichfalls ungleich höher als die Beitragsrückvergütungen. Beide Beträge bewegen sich wie folgt:

Jahr	Rückzahlung	Kursdifferenz (Verluste = —)
1905	11 795,12 Mk.	— 3 847 Mk.
1906	19 912,34 "	— 43 167 "
1907	8 366,19 "	— 92 194 "
1908	15 860,94 "	+ 25 624 "
1909	5 116,80 "	+ 5 227 "
Zusammen 1905—1909	61 057,79 Mk.	— 108 357 Mk.

Kasse der Münchener Rückversicherung.

Jahr	Rückzahlung	Abschreibung auf Wertpapiere
1907 ¹	7 108,89 Mk.	76 393,50 Mk.

Kasse von Schäffer & Budenberg.

Jahr	Rückzahlung	Kursverlust	
1904	3 301,34 Mk.	1 476,40 Mk.	
1905	2 714,33 "	3 225,55 "	
1906	4 895,90 "	11 924,30 "	
1907	3 016,64 "	22 278,— "	
1908	{ 3 704,85 " für 1908 Ausgeschlossen }		Kursgewinn
	{ 3 444,29 " " 1909 " }		6 726,— Mk.
Zusammen 1904—1908	21 077,35 Mk.	32 178,25 Mk.	

Diese Hinweise dürften, an der Hand mehrerer auf Jahre zurückverfolgter Bilanzen, zeigen, daß die durch Kursverluste bedingten Abschreibungen sehr häufig weit über die Ausgaben zufolge Beitragsrück erstattungen hinausgehen. Somit ist es zum mindesten nicht wahrscheinlich, daß versicherungstechnisch nicht ohne Beitragsrückerhaltung auskommen sei².

§ 9.

7. Leistungen der Kassen, insbesondere Bewegung des Mitglieder- und Pensioniertenstandes.

Für die hier nebenher zu untersuchende Wirkung der Kasseneinrichtungen in privatwirtschaftlicher Richtung auf den Verbrauchshaushalt der einzelnen

¹ Nur dieses Jahr eignet sich für die Gegenüberstellung; in den folgenden sind Gewinne in Höhe von 44 000 Mk. gemacht worden, aber nicht nur durch Kursgewinn, sondern auch und wohl in besonderem Maße durch Hypothekenprovisionen.

² Dies betont z. B. der Bericht der Kasse vom Werk Augsburg 1907, S. 121.

Versicherten sind die Kassenleistungen neben der Beitragsfrage und der Stellung des ausscheidenden Mitglieds grundlegend. Aber es ist schon darauf hingewiesen worden, daß ohne eingehende Kenntnis der Reallohnverhältnisse, also ohne parallellaufende lohn-, preis- und haushaltsstatistische Untersuchungen eine irgendwie tiefer gründende Forschung auf diesem Gebiete aussichtslos ist. Die Vornahme aber jener Paralleluntersuchungen verbietet sich im Rahmen dieser Arbeit durchaus.

Wenn trotz dieser Einschränkung die Kassenleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden, so geschieht es vornehmlich aus dem schon oben in § 2 angedeuteten Grunde: es gilt, als Unterlage für die finanztechnische Untersuchung des nachfolgenden Abschnitts, ein Gesamtbild über die Struktur der Kassen zu gewinnen. Naturgemäß soll auch nicht unterlassen werden, soweit dies ohne Ausgreifen möglich ist, dies und jenes zur Frage der privatwirtschaftlichen Bedeutung des hier behandelten Versicherungswesens beizufuehren.

Hierher kann man eine Übersicht rechnen, die, auf Grund der Geschäftsberichte der Kassen zustande gekommen, Aufschluß über die Pensionierten möglichst für mehrere Jahre zu geben bemüht ist. Hier seien die Kassen, über deren Pensioniertenstand berichtet wird, zusammengestellt, und zwar ist der Zahl der Pensionierten jene der Mitglieder¹ anzureihen. Aus verschiedenen Gründen sind in diese Übersicht auch Kassen aufgenommen, die nur über ihren Mitgliederstand berichten.

1. Aufseherpensionskasse der Höchster Farbwerke.

Ende des Jahres	Mitglieder	Pensionäre	Witwen	ausgeschieden	hinzuge treten
1909	234	27	—	3	21
1908	216	18	8	—	—
1907	191	19	5	—	—
1906	195	14	5	—	—
1905	186	13	5	—	—

2. Genzich & Heyfesehe Kasse.

Durchschnittlicher Mitgliederstand ²	1905/06:	108 männliche Personen,
"	"	1906/07: 104 " "
"	"	1907/08: 108 " "
"	"	1908/09: 105 " "
"	"	1909/10: 106 " "

¹ Und zwar möglichst nach Scheidung in neuzugegangene, abgegangene und permanente.

² Stets außer den Empfängern von Invalidengeld.

3. Goldschmidt'sche Kasse (Ernst Stelzer).

Berichtsjahr	Zugang	Abgang	Stand am Schlusse
1905/06	450	446	349
1906/07	347	218 ¹	133
1907/08	552	622 ²	412
1908/09	420	398 ³	434
1909/10	657	484 ⁴	607

4. Beamtenpensionskasse der Bergischen Stahlindustrie. 89 Mitglieder (mit 73 Ehefrauen und 140 Kindern, letztere sämtlich unter 20 Jahren). Seit dem ersten Geschäftsjahr 1897/98 ist die Mitgliederzahl von 50 auf 90 gestiegen. Einschließlich einer Witwe sind vier Pensionäre vorhanden⁵.

5. Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung der Höchster Farbwerke.

Jahr	Zahl der Stiftungs- mitglieder	Neu- beigetretene	Pensioniert	Gestorben	Aus dem Dienste aus- geschieden	Zahl der Ende des Jahres vorhandenen			
						In- validen	Witwen	Waisen	Doppel- waisen
1905	2353	243	22	28	106	95	167	208	20
1906	2372	157	23	22	93	110	180	205	19
1907	2512	228	22	15	51	118	186	201	16
1908	2655	217	28	22	24	126	218	231	18
1909	2817	225	27	16	20	144	225	217	14

6. Kasse der Münchener Rückversicherung.

Jahr	Versicherte			Pensionierte				Abgang Mit- an aktiven 7 gliedern	Zugang Mit- an aktiven 7 gliedern
	aktive Mitglieder	Ehefrauen	Kinder	Invaliden	Witwen	Waisen	zusammen		
1906 ⁶	645	399	524	15	16	20	51	52	165
1907	687	441	622	19	19	21	59	26	68
1908	718	494	651	20	23	23	66	50	81
1909	709	512	682	22	27	22	71	43	34

¹ 2 durch Tod. ² 3 durch Tod. ³ 1 durch Tod. ⁴ 2 durch Tod.

⁵ Aus dem Geschäftspensionsfonds für Beamte werden außerdem 5 Pensionäre und 4 Witwen unterstützt.

⁶ Vorher fanden durch Ausscheiden der Gesellschaften Providentia, Universale und Allianz organisatorische Änderungen statt.

⁷ Ohne Ehefrauen und Kinder.

7. Beamtenkasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik.

Jahr	Zahl der aktiven Mitglieder am Jahresende	Zugang	Abgang durch Ausscheiden	Pensioniert	Gestorben	Stand an Pensionierten		
						Pensionierte	Witwen	Waisen ¹
1904	619	—	—	—	—	—	—	—
1905	630	43	24	5	3	19	14	11
1906	674	77	25	4	4	22	17	22
1907	739	85	16	3	1	25	18	21
1908	776	71	26 ²	3	1	27	18	20
1909	822	42 ²	12	5	4	30	22	17

8. Pensionskasse vom Werk Augsburg.

Mitgliederstand.

Ende 1906 bei Gründung	1100							
Zugang nach Gründung	92							
Abgang seit	141							
	1051	mit 931 Frauen und 1532 Kindern.						
Ende 1907	898	"	821	"	"	1150	"	"
Zugang 1907	15							
Abgang 1907	168							
Ende 1908	846	"	782	"	"	1056	"	"
Zugang 1908	9							
Abgang 1908	61							
Ende 1909	800	"	748	"	"	1038	"	"
Zugang	7							
Abgang	53.							

Pensionierte:

Invaliden Witwen Waisen

1906	—	1	—
1907	1	3	—
1908	7	4	2
1909	13	6	4

Auf 1 Mitglied entfiel an Vermögen:

1906	389 Mk.
1908	750 "
1909	920 "

9. Kasse der Angestellten der Allg. Berl. Omnibusgesellschaft. Vgl. über die Mitgliederbewegung oben in § 8 bei Beitragsrückgewähr. Am 31. Dez. 1909 waren Bezugsberechtigte vorhanden:

	Angestellte	Witwen	Halbwaisen	Vollwaisen	Insgesamt
1906	10	10	10	—	30
1907	20	6	5	—	31
1908	20	10	8	—	38
1909	27	12	16	5	60
Zusammen	77	38	39	5	159

¹ Erziehungsgeld.

² Ferner 4 bzw. 2 durch Militärdienst, die später wieder eintraten.

10. Einsiedelscher Pensionsverein. Die Entwicklung läßt sich über zwei Jahrzehnte hin verfolgen.

Jahr	Mitglieder	Rentenempfänger				Vermögen auf den Kopf der Mitglieder Mf.
		Invaliden	Witwen	Waisen	zusammen	
1890	1438	82	169	149	400	180,60
1891	1452	85	174	144	403	197,91
1892	1407	87	178	141	406	215,24
1893	1505	96	193	165	454	212,04
1894	1638	97	206	164	467	205,65
1895	1547	99	191	148	438	220,27
1896	1596	106	204	134	444	219,10
1897	1724	103	204	132	439	216,39
1898	1938	107	198	120	426	211,56
1899	1948	101	205	113	419	236,38
1900	1906	104	220	122	446	267,85
1901	1958	100	228	121	449	288,34
1902	2013	106	225	108	439	306,90
1903	2064	108	233	111	452	314,53
1904	2123	117	240	115	472	335,43
1905	2275	116	239	111	466	344,12
1906	2396	123	247	118	488	359,16
1907	2588	125	254	111	490	367,73
1908	2606	138	256	113	507	408,02
1909	2748	155	256	114	525	423,36

11. Hoffmannsche Kasse.

Jahr	Mitglieder- stand	Aus- geschieden	Pensioniert	Gestorben	Eingetreten	Pensionierte			
						In- validen	Witwen	Halb- waisen	Ganz- waisen
1905	1135	—	—	—	—	116	124	72	8
1906	1165 ¹	225 ²	10	6	279	112	133	65	8
1907	1178 ¹	196 ²	11	5	216	113	136	61	9
1908	1037 ¹	238 ²	14	5	113	116	140	54	7
1909	1055 ¹	127 ²	19	6	169	117	151	53	5

12. Boithsche Kasse.

1. Januar 1909	207 Mitglieder
1909 eingetreten	49 "
1909 ausgeschieden . . .	31 "
Ende 1909.	225 "

¹ Darunter einige freiwillige Mitglieder.

² Die größte Zahl durch Dienstaustritt, einige zufolge Nichtbezahlens der Beiträge oder freiwillig.

13. Beamtenkasse von Billeroy & Boch.

		Mit- glieder	Aus- geschieden	Pen- sioniert	Ge- storben	Ein- getreten	Pen- sionäre
1907	{ (1. Januar 1907)	418					
	{ (1. " 1908)	430	9	4	1	26	107
1908	(1. " 1909)	440	11	10	1	32	112
1909	(1. " 1910)	448	11	10	1	30	119

14. Kasse der Ber. Königs- und Laurahütte. Die Aufstellung umfaßt die Jahre 1885—1902.

Jahr	Mit- glieder	Inva- liden	Wit- wen	Wai- sen	Jahr	Mit- glieder	Inva- liden	Wit- wen	Wai- sen
1885	1329	149	223	210	1894	1521	197	277	172
1886	1350	164	234	215	1895	1396	215	278	174
1887	1339	171	232	190	1896	1388	209	295	186
1888	1421	180	239	174	1897	1502	206	294	181
1889	1489	187	242	164	1898	1520	205	296	187
1890	1434	190	246	170	1899	1774	195	304	187
1891	1572	188	247	160	1900	1789	195	320	198
1892	1516	189	251	148	1901	1757	192	328	190
1893	1435	196	254	141	1902	1816	201	344	204

15. Kasse von Schäffer & Budenberg.

Mitgliederentwicklung:									
1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908
252	281	311	314	302	306	316	341	368	352
Pensionäre ¹ :									
	1904	1905	1906	1907	1908				
	6	6	6	9	10				

16. Röchling'sche Kasse.

Mitgliederbewegung:			
	Stand	Eingetreten	Ausgetreten bzw. gestorben
1. Juli 1900.	89	—	—
1900/01	93	17	13
1901/02	101	19	11
1902/03	140	?	?
1903/04	156 ²	30	15
1. Juli bis 31. Dezember 1904	169 ²	29	16
1905	201 ²	58	26
1906	245 ²	73	29
1909	343 ²	66	52

¹ Daneben gab es einmalig Unterstüßte.

² Darunter einige außerordentliche Mitglieder.

17. Fikentscher'sche Kasse.

Stand an Pensionierten¹:

1905	14	Invaliden, 17	Witwen und	Waisen
1906	18	"	17	" " "
1907	19	"	20	" " "
1908	22	"	22	" " "
1909	22	"	24	" " "

18. Arnhold'scher Pensionsverein. Am 31. Dezember 1909 596 Versicherte, 19 Invaliden, 23 Witwen, 22 Waisen.

19. Schröder'sche Kasse.

1904/05	152	Mitglieder, 3	Eintritte, 1	Austritt, 4	Pensionierungen, 13	Pensionierte,
1905/06	152	"	6	"	5 Austritte, 1	Pensionierung, 12
1906/07	157	"	6	"	1 Austritt, 4	Pensionierungen, 14
1907/08	164	"	8	"	1	2
1908/09	166	"	8	"	—	6

20. Arbeiterpensionskasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik. Ende 1908 32, Ende 1909 61 Rentner.

21. Kasse der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft.

	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Zahlende Mitglieder .	5290	5769	5957	6150	5962	5766
Pensionierte "	388	445	459	449	461	478
Witwen	328	350	378	412	415	452
Kinder	1126	1372	1445	1482	1617	1556

22. Tiele-Windler'sche Invalidenkasse.

Jahr	Mitglieder							Pensionierte								
	Bestand am 31. Dezember	Neu aufgenommen und vom Militär zurück ²	In höhere Klassen aufgerückt, von andern Vereinen übernommen	Ausgeschieden wegen Austritt, Militär, Nichtzahlen von Beiträgen, Ausschluss	Gestorben	Als Invalid pensioniert		Bestand am 31. Dezember			Zugang			Abgang		
								Invaliden	Witwen	Waisen	Invaliden	Witwen	Waisen	Invaliden	Witwen	Waisen
1905	1090	—	—	—	—	—		184	255	170	—	—	—	—	—	—
1906	1063	141	6	149	10	11		188	257	165	11	11	27	7	9	32
1907	1043	140	8	141	3	13		187	254	146	13	15	9	14	18	28
1908	1072	149	30	99	10	14		185	264	149	14	20	28	16	10	25
1909	1075	110	13	80	12	12		179	271	139	12	24	17	18	17	27

¹ Daneben wurde Begräbnisbeihilfe gewährt.

² Dieser Rubrik entspricht eine andere: In höhere Klassen aufgerückt, auf andere Vereinswerke übertragen. Der Posten gehört wohl nur zum kleineren Teil hierher.

Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, die von 22 Kassen mitgeteilten Angaben über Mitglieder- und Rentnerbewegung (gelegentlich nur über eine von beiden) ohne weiteres auf bestimmte Grundsätze zurückzuführen. Ohne versicherungstechnische Unterlagen in jedem einzelnen Fall — wie sie in beschränkter Anzahl übrigens vorliegen —, ohne Berücksichtigung insbesondere des Alteraufbaues der Mitglieder ist es ganz unmöglich, Allgemeingültiges zu sagen. Ein Eingehen aber auf diese Details würde zu weit von dem hier maßgebenden Gesamtthema abführen. Die mitgeteilten Angaben wollen also nur als ein Beleg für die Entwicklung der Werkpensionskassen im allgemeinen gelten, insbesondere illustrieren sie die Leistungen der Versicherungseinrichtungen wenigstens nach der extensiven Seite hin.

In Zusammenhalt hiermit ist der Angaben zu gedenken, die sich in der Übersicht am Anfange (§ 3) finden und die den Zweck der einzelnen Kassen auf Grund der Satzungen klarstellen. Diese Übersicht ließe sich leicht dahin vervollständigen, daß die näheren Satzungsbestimmungen über Anspruch auf Pension, Karenzzeit, Höhe der Invaliden-, Witwen-, Halb- und Ganzwaisenpensionen, Pflichten der Pensionierten, eventuell Entziehung der Pension usw. angeführt würden. Dies scheint indessen wiederum reichlich weit vom Thema abzuführen; für die Würdigung der Kassen innerhalb des Geld- und Kreditverkehrs sind diese sehr zersplitterten Einzelbestimmungen kaum bedeutsam; für die privatwirtschaftliche Wertung aber bedarf es weniger der satzungsmäßigen Bestimmungen, als des Nachweises der tatsächlichen Auszahlungen. Aber auch hier liegen die Verhältnisse des Einzelfalles zu verschiedenartig, als daß die nominellen Pensionsbeträge, ohne gleichzeitige Kenntnissnahme ihrer Kaufkraft, der Preise und allgemein lokalen Verhältnisse, eine endgültige Belehrung brächten.

Es kann somit nur die Richtung angedeutet werden, in der sich Studien der letzten Art zu bewegen hätten; Ausgangspunkt für sie ist der Haushalt des einzelnen, und die Methode ist der großen Literatur über den Haushalt und Verbrauch, von Le Play, Engel und der angelsächsischen Statistik ausgehend und in der Statistik des Kaiserl. Statistischen Amtes fortgebildet, zu entnehmen.¹ —

§ 10.

8. Allgemeines über die Verwaltung.

Nachdem die in den Satzungen enthaltenen Grundsätze über Anlage der Kapitalien unten in Zusammenhang mit der tatsächlichen Vermögens-

¹ Verfasser hofft schon bald an der Hand von ca. 200 Jahreshaushaltsrechnungen Privatangestellter einen Beitrag zu dieser Frage liefern zu können.

anlage besprochen werden (§ 13), könnte es sich an dieser Stelle nur darum handeln, einen allgemeinen Überblick über Organisation und Verwaltung der Kassen, ohne Eingehen auf Details, zu geben. Denn nicht um die Morphologie des Unterstützungswesens schlechthin dreht es sich im Rahmen dieser Arbeit, wo stets die Bezugnahme auf die Stellung der Kassen als Geld- und Kreditinstitute geboten ist. Hierher gehören von den auf die Verwaltung bezüglichen Tatsachen vor allem die Verwaltungskosten; sie sind im zweiten Abschnitt an der Hand der Geschäftsergebnisse zu betrachten (§ 17).

Nun wird es gewiß auch für die genannten Beziehungen von Interesse sein, zu ermitteln, wer in jedem Falle der eigentliche Geschäftsführer ist, im besonderen, in welchem Maße die Versicherten zur Verwaltung des zum großen Teil von ihnen angesammelten Vermögens berufen sind. Das letztere Moment spielt vor allem in den — freilich nur wenigen — Fällen eine Rolle, in denen die Erträgnisse des Kassenvermögens auch zur Befriedigung des Personalkredits ihrer Mitglieder herangezogen werden können, ferner bei den — häufigeren — hypothekarischen Darlehen zugunsten des Wohnungsbedürfnisses wiederum der Mitglieder.

Aber das alles schlägt doch nur sehr gelegentlich in das eigentliche Thema ein. Im übrigen hat sich bereits die Übersicht in § 3 mit der juristischen Eigenschaft der einzelnen Kassen befaßt und damit einen, gewiß nur kleinen, Teil der Organisationsfragen vorweggenommen. Damit und mit den sonst zerstreuten Mitteilungen (vor allem über Kapitalanlage) muß diese Seite des Kassenwesens als erledigt betrachtet werden.

B. Die Geschäftsergebnisse der Kassen.

§ 11.

1. Übersicht über das Material.

Von folgenden Kasseneinrichtungen liegen Nachrichten — vielfach handschriftlicher Art — über die Geschäftsführung und die rechnerischen Ergebnisse vor:

1. Betriebskrankenkasse für die Fabriken der Aktiengesellschaft Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning, Höchst a. M. Rechnungsabluß für 1905, 1906, 1907, 1908, 1909. Pensionskasse ebenda, Berichte für 1905—1909. Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung der gleichen Firma, Berichte für 1905—1909.

2. Sparkasse der Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning, Höchst a. M. Rechnungsablage für 1905, 1906, 1907, 1908 und 1909.

3. Tiele-Winkler'sche Invalidenkasse. Statistische Übersicht für 1906, 1907, 1908, 1909.

4. Pensions- und Unterstützungskasse L. Bienert, Dresden-Blauen. Desgl. Krankenunterstützungskasse, Wöchnerinnenstiftung, König Friedrich-August-Stiftung. Abrechnung für 1906, 1907, 1908. Sonstige Wohlfahrtseinrichtungen der Firma, Abrechnung für 1909.

5. Gebr. Arnhold'scher Pensionsverein. Bericht für 1909.

6. Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützungskasse der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft in Friedenshütte. Nachweisung für 1905, 1906, 1907, 1908, 1909.

7. Pensionskasse der Schröder'schen Papierfabrik, Golzern. Rechnungsabschluß für 1904/05, 1905/06, 1906/07, 1907/08, 1908/09.

8. Pensions-, Witwen- und Waisen-, ferner Kranken-, Sterbe- und Unterstützungskasse für die Beamten der Bergischen Stahlindustrie, Remscheid. Bericht für 1905/06—1908/09.

9. Hoffmann's Pensions- und Unterstützungskasse. Bericht für 1906, 1907, 1908, 1909.

10. Arbeiterunterstützungskasse der Hedwigs- = Wunsch-, Ludwigs-, Glück-Grube. Übersicht für 1905—1909.

11. Arbeiterpensionskasse der Herrschaft Beuthen = Siemianowitz. Rechnungsabschluß für 1909.

12. Invalidenkasse der Genzsch & Heyse'schen Schriftgießereien in Hamburg. Rechnungsabschluß für 1905/06, 1906/07, 1907/08, 1908/09, 1909/10.

13. Pensionsverein der vorm. Gräflisch Einsiedel'schen Eisenwerke zu Gröba. Verwaltungsberichte für 1905—1909.

14. Pensions-, Witwen- und Waisenkasse der Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft zu Berlin. Jahresbericht für 1909.

15. Invalidenfonds der Firma W. Spindler. Jahresberichte für 1905—1909.

16. Arbeiter-, Witwen- und Waisenkasse, ferner Krankenhilfs-, Begräbnis- und Aussteuerkasse des Arbeitervereins vom Werk Augsburg. Geschäftsberichte für 1906—1909.

17. Ernst Stelzer-Pensionskasse der chemischen Fabrik von Th. Goldschmidt zu Essen (Ruhr). Jahresberichte für 1905/06, 1906/07, 1907/08, 1908/09, 1909/10.

18. Arbeiterpensionsstiftung der Badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen a. Rh. Jahresrechnung für 1908 und 1909. — Beamtenpensionskasse ebenda, Berichte für 1905—1909.

19. Pensionskasse der Beamten und Bediensteten der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft in München. Berichte für 1905—1909.

20. Pensionskasse für die Beamten der Firma J. M. Voith. Jahresbericht für 1909.

21. Beamtenpensionskasse von Billeroy & Boch zu Mettlach. Berichte von 1907—1909.

22. Pensionskasse für die Angestellten der Firma Schäffer & Budenberg, Magdeburg-Budau. Geschäftsberichte für 1904—1908.

23. Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für die Beamten der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke, Völklingen. Jahresrechnungen für 1900—1909.

24. Pensionskasse der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Jahresrechnung für 1902.

25. Pensionskasse für die Angestellten der Firma Wolf, Netter & Jacobi, Straßburg. Bericht für 1909.

26. Unterstützungskasse von Fikentscher in Zwickau. Berichte für 1905—1909.

27. Zechenunterstützungskasse des dem Phönix gehörigen Steinkohlenbergwerks Holland. Berichte für 1905/06—1908/09.

28. Dr. Traun u. Söhne, vormals Harburger Gummi-Ramm Co., Hamburg. Übersicht über die Wohlfahrtseinrichtungen.

29. Unterstützungskasse der Bergbaugesellschaft Neu-Essen. Übersicht für 1909.

Es handelt sich also um 29 Firmen, von denen mehrere mehr als eine selbständig organisierte Kasseneinrichtung besitzen. In sehr vielen Fällen ist es nun möglich, ein Jahrzehnt in die Darstellung einzuschließen; in einigen wenigen Fällen gehen die Berichte noch weiter zurück, in anderen umschließen sie eine geringere Zahl von Jahren. Im allgemeinen bricht die Berichterstattung mit den Jahren 1909 oder 1910 ab.

Das Material ist nicht gleichwertig. Immerhin können eine Reihe für die Beurteilung der Geschäftsführung der Kassen und für ihre Geltung als Kreditinstitute wichtiger Fragen Beantwortung finden.

§ 12.

2. Die Vermögensansammlung.

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist für das hier gesteckte Thema die Vermögensbildung. Sie erfolgt durch gelegentliche Zuwendungen der Firmen oder durch regelmäßige Überweisungen zum Reservefonds. Zieht man hier die letzteren als die regulären Formen der Vermögensansammlung in Betracht, so ergibt sich folgendes:

1a. Betriebskrankenkasse der Höchster Farbwerke.

Stand des Reservefonds Anfang 1905: 160 378 Mk. 61 Pf.

Zuführungen zum Reservefonds 1905: 3 396 „ 14 „

„ „ „ 1906: 9 999 „ — „

„ „ „ 1907: 5 705 „ 45 „

„ „ „ 1908: 30 051 „ 10 „

„ „ „ 1909: 45 744 „ 03 „

Das Vermögen bleibt Ende 1909 mit 200 071 Mk. 83 Pf. etwas hinter der Summe der einzelnen Zuwendungen zurück.

1b. Pensionskasse der Höchster Farbwerke.

Bestand des Vermögens Ende 1905: 378 220 Mk. 64 Pf.

„ „ „ „ 1906: 414 680 „ 66 „

„ „ „ „ 1907: 454 735 „ 64 „

„ „ „ „ 1908: 496 311 „ 41 „

„ „ „ „ 1909: 539 413 „ 89 „

1c. Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung der Höchster Farbwerke.

Gesamtvermögen Ende 1905: 1 880 663 Mk. 52 Pf.

„ „ 1906: 2 060 858 „ 67 „

„ „ 1907: 2 151 876 „ — „

„ „ 1908: 2 254 320 „ 37 „

„ „ 1909: 2 368 436 „ 70 „

2. Sparkasse der Höchster Farbwerke.

Gesamtspareinlagen Ende 1905: 737 358 Mk. 23 Pf.

„ „ 1906: 780 717 „ 98 „

„ „ 1907: 880 330 „ 14 „

„ „ 1908: 963 993 „ 34 „

„ „ 1909: 1 035 641 „ 18 „

3. Ziele-Windlersche Invalidenkasse zu Rattowitz.

Gesamtvermögen Ende 1906:	357 579	Mk.	66	Pf.
" " 1907:	377 406	"	36	"
" " 1908:	398 741	"	27	"
" " 1909:	580 279	"	86	"

4a. Bienertsche Pensions- und Unterstützungskasse.

Kapitalbestand Ende 1905:	212 022	Mk.	30	Pf.
" " 1906:	212 387	"	84	"
" " 1907:	211 787	"	44	"
" " 1908:	211 676	"	96	"

4b. Bienertsche Krankenunterstützung.

Bestand Ende 1905:	35 092	Mk.	74	Pf.
" " 1906:	35 110	"	04	"
" " 1907:	35 376	"	02	"
" " 1908:	35 462	"	01	"

4c. Bienertsche Wöchnerinnenstiftungskasse.

Bestand Ende 1905:	41 631	Mk.	88	Pf.
" " 1906:	42 278	"	52	"
" " 1907:	43 020	"	28	"
" " 1908:	43 844	"	48	"

4d. Bienertsche König Friedrich-August-Stiftung¹.

Bestand Ende 1905:	20 379	Mk.	69	Pf.
" " 1906:	20 700	"	58	"
" " 1907:	21 254	"	41	"
" " 1908:	21 691	"	98	"

5. Gebr. Arnhold'scher Pensionsverein.

Die Bilanz für 31. Dezember 1909 schließt mit 927 723 Mk. 29 Pf. ab.

6. Kasse der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-A.-G. in Friedenshütte.

Vermögensbestand Ende 1904:	1 997 959	Mk.	91	Pf.
" " 1905:	2 139 976	"	61	"
" " 1906 ² :	2 315 897	"	71	"

¹ Über verschiedene andere Wohlfahrtseinrichtungen liegen nur die Angaben für 1. Januar 1909 vor. Erwähnt sei der Vermögensbestand der Beamtenpensionskasse mit 296 236 Mk. 33 Pf. (1. Januar 1909).

² Seit 1907 in den Jahresabrechnungen nicht mehr angegeben.

7. Pensionskasse der Schröderschen Papierfabrik.

Stammkapital und Reservefonds:

am 1. Juli 1905:	75 000 Mk.	—	Pf.	und	1 732 Mk.	98 Pf.
" 1. " 1906:	74 344	" 65	" ¹	"	2 414	" 08 "
" 1. " 1907:	71 723	" 90	"	"	2 904	" 29 "
" 1. " 1908:	75 942	" 70	" ²	"	2 893	" 15 "
" 1. " 1909:	77 651	" 70	" ³	"	2 797	" 87 "

8 a. Pensions usw.-Kasse der Bergischen Stahlindustrie, Remscheid.

Gesamtvermögen am 1. Juli 1909	. 432 810 Mk.	71 Pf.
Im Vorjahre	 390 583	" 38 "

8 b. Kranken- usw.-Kasse der Bergischen Stahlindustrie Remscheid.

Gesamtvermögen am 1. Juli 1907:	7 786 Mk.	87 Pf.
" " 1. " 1908:	8 859	" 67 "
" " 1. " 1909:	10 940	" 15 "
Reservefonds " 1. " 1908:	8 490	" 31 "
" " 1. " 1909:	9 997	" 84 "

9. Hoffmanns Pensions- und Unterstützungskasse.

Kassenvermögen am:

1. Jan. 1907:	442 900 Mk.	18 Pf.	Zwei Stiftungen mit	76 485 Mk.	20 Pf.
1. " 1908:	472 936	" 13	" " " "	80 309	" 50 "
1. " 1909:	524 414	" 30	" " " "	84 325	" — "
1. " 1910:	566 776	" —	" " " "	91 578	" 75 "

10 a. Kasse der Hedwig=Wunisch=Grube.

10 b. Kasse der Ludwig=Glück=Grube.

Es sind nur Angaben über Einnahmen und Ausgaben vorhanden.

11. Pensionskasse der Herrschaft Beuthen=Siemianowiz.

Gesamtvermögen Ende 1909: 385 783 Mk. 67 Pf.

¹ Kursverlust.

² Zuwendung seitens des Fabrikbesizers; im übrigen wieder Kursverlust.

³ Kursgewinn.

12. Invalidenkasse der Genzsch & Heyse'schen Schriftgießerei.

Vermögensbestand am 1. März 1905:	16 123	Mk.	64	Pf.
" 1905/06:	17 523	"	72	"
" 1906/07:	19 672	"	04	"
" 1907/08:	20 440	"	04	"
" 1908/09:	21 076	"	66	"
" 1909/10:	22 131	"	72	"

13. Einsiedelscher Pensionsverein.

Vermögensbestand Ende 1904 ¹ :	713 114	Mk.	13	Pf.
" " 1905:	782 869	"	38	"
" " 1906:	860 544	"	17	"
" " 1907:	951 677	"	86	"
" " 1908:	1 063 302	"	34	"
" " 1909:	1 163 391	"	—	"

14. Kasse der Angestellten der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft.

Vermögensbestand am 1. März 1906:	300 000	Mk.	—	Pf.
" Ende 1906:	491 928	"	33	"
" " 1907:	723 933	"	44	"
" " 1908:	982 709	"	43	"
" " 1909:	1 209 173	"	73	"

15. Invalidenfonds der Firma Spindler.

Bestand am 1. Januar 1905:	1 343 559	Mk.	75	Pf.
" " 1. " 1906:	1 350 995	"	35	"
" " 1. " 1907:	1 373 957	"	70	"
" " 1. " 1908:	1 451 216	"	35	"
" " 1. " 1909:	1 451 216	"	35	"

¹ Für die vorausgehende Zeit gestaltete sich die Vermögensentwicklung folgendermaßen:

1890:	259 696	Mk.	90	Pf.	1897:	373 059	Mk.	14	Pf.
1891:	287 372	"	55	"	1898:	410 003	"	18	"
1892:	302 836	"	40	"	1899:	460 463	"	69	"
1893:	319 124	"	55	"	1900:	510 529	"	11	"
1894:	336 853	"	35	"	1901:	564 573	"	64	"
1895:	340 755	"	88	"	1902:	617 798	"	17	"
1896:	349 678	"	40	"	1903:	649 199	"	80	"

Bgl. für die Entwicklung des Knappschafftsvereins Lauthhammer unten § 23 ff.

16. Arbeiterverein vom Werk Hugsburg.

a) Pensionskasse („A. B. K.“).

Prämienreservefonds Ende 1906:	409 262	Mk.	74	Pf.
„ „ 1907:	497 269	„	57	„
„ „ 1908:	637 876	„	93	„
„ „ 1909:	734 570	„	51	„

b) Krankenkasse („K. K. K.“).

Gründungs fonds Ende 1906:	2287	Mk.	21	Pf.,	Reservefonds	81	Mk.	46	Pf.
„ „ 1907:	2275	„	37	„	„	286	„	39	„
„ „ 1908:	1926	„	72	„	„	741	„	69	„
„ „ 1909:	2936	„	56	„	„	2319	„	23	„

17. Kasse der Firma Goldschmidt, Essen.

Bestand am 30. April 1906:	116 038	Mk.	27	Pf.
„ „ 30. „ 1907:	137 680	„	50	„
„ „ 30. „ 1908:	162 682	„	68	„
„ „ 30. „ 1909:	188 225	„	36	„
„ „ 30. „ 1910:	221 531	„	03	„

18. Badische Anilin- und Sodafabrik.

a) Arbeiterpensionsstiftung.

Vermögen Ende 1908:	100 000	Mk.	—	Pf.
„ „ 1909:	184 478	„	05	„

b) Beamtenpensionskasse.

Gesamtvermögen Ende 1905:	3 965 241	Mk.	10	Pf.
„ „ 1906:	4 309 872	„	58	„
„ „ 1907:	4 637 007	„	94	„
„ „ 1908:	5 121 310	„	39	„
„ „ 1909:	5 612 992	„	89	„

19. Pensionskasse der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft.

Vermögen ¹ April 1906:	1 207 742	Mk.	50	Pf.	} + 95 000 Mk. ²
„ ¹ Ende 1906:	1 343 342	„	50	„	
„ „ 1907:	1 786 440	„	05	„	
„ „ 1908:	2 225 177	„	92	„	
„ „ 1909:	2 613 214	„	87	„	

¹ An Wertpapieren.

² Hypothekendarlehen. Näheres vgl. unter Anlage der Kapitalien.

20. Voith'sche Kasse.

Vermögen Ende 1908: 349 909 Mf. 98 Pf.¹

" " 1909: 423 614 " 55 "

21. Beamtenpensionskasse Billeroy & Boch.

Vermögensbestand Ende 1906: 877 815 Mf. 58 Pf.²

" " 1907: 974 009 " 78 "

" " 1908: 1 077 065 " 17 "

" " 1909: 1 172 770 " 45 "

22. Pensionskasse von Schäffer & Budenberg.

Vermögen Ende 1904: 366 426 Mf. 31 Pf.

" " 1905: 417 195 " 42 "

" " 1906: 516 765 " 90 "

" " 1907: 592 536 " 01 "

" " 1908: 690 721 " 89 "

23. Pensionskasse der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke.

Gesamtvermögen Ende 1904³: 387 597 Mf. 98 Pf.

" " 1905: 457 210 " 31 "

" " 1906: 543 697 " 29 "

" " 1909⁴: 847 383 " 57 "24. Pensionskasse der Vereinigten Königs- und Laurahütte. Vermögen Ende 1902: 491 682 Mf. 38 Pf.⁵¹ Hinzu 55 Mf. 54 Pf. barer Kassenbestand.² Ohne ausstehende Zinsen und Rückstände.³ Vermögensentwicklung der Vorjahre:

am 1. Juli 1900: 223 307 Mf. 49 Pf.

" 1. " 1901: 244 213 " 40 "

" 1. " 1902: 277 316 " 88 "

" 1. " 1903: 308 217 " 15 "

⁴ Für 1907 und 1908 nicht bekannt.⁵ Frühere Jahre:

1885: 67 380 Mf. 05 Pf. 1893: 189 552 Mf. 35 Pf.

1886: 78 749 " 79 " 1894: 215 487 " 79 "

1887: 89 796 " 04 " 1895: 233 089 " 99 "

1888: 97 856 " 52 " 1896: 234 889 " 81 "

1889: 106 723 " 45 " 1897: 249 053 " 98 "

1890: 123 506 " 10 " 1898: 255 758 " 23 "

1891: 145 462 " 23 " 1899: 279 722 " 71 "

1892: 165 203 " 40 " 1900: 433 640 " 70 "

1901: 470 422 Mf. 91 Pf.

25. Kasse von Wolf, Netter & Jacobi, Straßburg.

Vermögensbestand am 1. Januar 1909: 127 308 Mk. 45 Pf.
 " Ende 1909: 161 311 " 40 "

26. Fikentscher'sche Kasse, Zwickau¹.

27a. Zeichen=Unterstützungskasse Holland des Phönix,
 Schacht I/II.

Bestand am 1. Oktober 1906: 20 199 Mk. 20 Pf.
 " " 1. " 1907: 20 493 " 81 "
 " " 1. " 1908: 21 955 " 36 "
 " " 1. " 1909²: 22 514 " 68 "

b) Schacht III/IV.

Bestand am 1. Oktober 1906: 29 928 Mk. 11 Pf.
 " " 1. " 1907: 33 203 " 80 "
 " " 1. " 1908: 39 290 " 52 "
 " " 1. " 1909: 43 868 " 37 "

28. Traun'sche Kassen. (Früher Harburger Gummi-Kamm-Co.)

a) Krankenkasse.

Ende 1904: Kapitalbestand 32 566 Mk. 18 Pf. (fast regel-
 mäßige Steigerung seit 1885, wo der Kapitalbestand
 4325 Mk. 19 Pf. betrug).

b) Privatunterstützungskasse.

Ende 1904: 347 197 Mk. 08 Pf. (regelmäßige Steigerung
 seit 1880, wo der Bestand 84 523 Mk. 53 Pf. war).

c) Supplementar-Krankenkasse.

Ende 1904: Bestand 26 436 Mk. 64 Pf. (Steigerung seit
 1891, wo der Bestand 155 Mk. 10 Pf. war).

d) Traun-Stiftung.

Kapitalbestand am 1. Januar 1905: 120 000 Mk.³

29. Steinkohlenbergwerk Neu-Essen.

Bestand am 1. Oktober 1909: 28 552 Mk. 55 Pf. in Schacht-
 anlage Heinrich und 39 810 Mk. 61 Pf. in Schachtanlage Fritz.

¹ Keine Vermögensausweise.

² Hier auch für Schacht V.

³ Daneben bestehen kleinere Stiftungen.

§ 13.

3. Satzungsbestimmungen über die Vermögensanlage¹.

Gebr. Arnhold'scher Pensionsverein, Dresden. Die Anlage erfolgt zu $\frac{50}{100}$ gemäß § 1807 Abs. 1 BGB. über Anlegung von Mündelgeldern, zu $\frac{40}{100}$ gemäß § 59 Abs. 2 des Gesetzes über private Versicherungsgesellschaften.

Krankenkasse Werk Augsburg, Augsburg. Der Gründungsfonds ist bei der Fabriksparkasse des Werks Augsburg anzulegen, ebenso die Reserven.

Einsiedel'scher Pensionsverein, Gröbä i. Sa. Anlage nach §§ 59, 60 des Privatversicherungsgesetzes.

Arbeitervereinigung Falkenau i. Sa. Die Werte und Bestände müssen bei der Firma hinterlegt werden.

Pensionskasse der Firma Kalle & Co., Viebrich a. Rh. Der Kassenvorstand hat das Recht, das von der Firma der Kasse überwiesene Grundkapital sowie die Dotationen der Firma dieser zur Verwaltung zu überlassen, so lange die Firma geneigt ist, das Kapital mit 5 % zu verzinsen. Die aus den Zinsen, Beiträgen und Zuwendungen stammenden Vermögensbestände sind mündelsicher anzulegen.

Unterstützungsverein der Siemens-Schuckert- und Siemens-Halske-Werke, Charlottenburg. Das Vereinsvermögen ist mündelsicher anzulegen. Dem Vorstände ist gestattet, die flüssigen Mittel den Siemens-Schuckert-Werken G. m. b. H. gegen angemessene Zinsen und Sicherstellung mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu übergeben.

Beamten-Pensionskasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen. Anlage bei der Firma oder in Hypotheken, deutschen Staats- und Kommunalobligationen.

Unterstützungskasse der Zeche Adler, Kupferdreh. Getrennte Rechnungsführung durch die Zecheverwaltung.

Albertsche Kasse, Amöneburg. Anlage im Geschäftsbetrieb der Firma, Verzinsung mit 5 % jährlich.

Arbeiter-Pensionsstiftung der Bad. Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen. Das Stiftungsvermögen ist je nach Be-

¹ Es handelt sich nur um die satzungsmäßigen Bestimmungen. Die tatsächliche Anlage ist für eine etwas kleinere Zahl von Kassen unten auf Grund der Geschäftsberichte für mehrere Jahre darzulegen. Die statutarischen Bestimmungen sind vielfach gekürzt wiedergegeben.

schluß des Vorstandes der Firma bei dieser selbst, bei öffentlichen Sparkassen, bei der Kgl. Filialbank oder in mündelsicheren Papieren zinstragend anzulegen.

Kasse der Baildonhütte, D.=S. Bestände, die über vierteljährliche Zahlungsbeträge hinausgehen, müssen auf den Namen der Kasse nach Vorschrift der höheren Verwaltungsbehörde angelegt werden.

Kasse der Bergischen Stahlindustrie, Remscheid. Anlage gemäß §§ 1807/8 BGB.

Arbeiter=Pensionskasse der Bergischen Stahlindustrie, Remscheid. Die verfügbaren Gelder der Kasse sollen in erster Linie den Interessen der Arbeiter zwecks Hergabe von Darlehen zur Beschaffung guter Wohnungsgelegenheiten dienen. Das hierin nicht zur Verwendung kommende Kapital wird von der Gesellschaft mit 4 % verzinst.

Kasse der Herrschaft Beuthen=Siemianowitz, D.=S. Vermögen wird von den Inhabern der Firma verwaltet, über Einnahmen und Ausgaben gefondert Buch geführt.

Hildegard=Bleichert-Kasse, Leipzig. Das Vermögen wird von der Firma Bleichert verwaltet und mit 5 % verzinst.

Arbeiter=Pensionskasse der Bismarckhütte, D.=S. Anlage und gefonderte Aufbewahrung des Vermögens bei der Hütte. Die nicht zu den laufenden Ausgaben erforderlichen Bestände müssen mündelsicher angelegt, Wertpapiere bei öffentlichen Kassen hinterlegt werden. § 85 BGB.

Vorrigische Beamten=Pensionskasse, Berlin. Anlage nach den gesetzlichen Vorschriften über Anlage von Mündelgeld. Wertpapiere nach § 85 BGB. zu hinterlegen.

Zechen=Unterstützungskasse der Hedwig=Wunsch-Grube. Barbestände über 1000 Mk. dürfen nicht in der Kasse verbleiben, Ersparnisse sind in Staatspapieren, Kreis- oder Stadtparkassen anzulegen.

Zechen=Unterstützungskasse der Zeche Holland. Vermögen der Kasse war ursprünglich reines Eigentum der Zeche, wurde 1905 der auf gesetzlicher Unterlage beruhenden Unterstützungskasse zugeführt.

Beamten=Pensionskasse der Donnersmarkhütte, D.=S. Die Fonds und Bestände der Kasse werden bei der Hütte aufbewahrt und von deren Rendant verwaltet. Disponible Gelber sind gemäß § 29 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875¹ zinsbar anzulegen mit der

¹ Später in § 85 A. O. z. BGB. umgewandelt.

Maßgabe, daß bei Beleihung ländlicher Grundstücke eine Hypothek noch als sicher gelten soll, die innerhalb des 22¹/₂fachen Grundsteuerreinertrages zu stehen kommt.

Dietelsche Kasse, Wilkau. Kapital bleibt gegen eine Verzinsung von 5 % in Händen der Firma.

Pensionskasse der Donnersmarchhütte, D.=S. Die über die zur Deckung der laufenden Ausgaben vorhandenen Barbestände müssen in Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches usw. angelegt werden. Die Wertpapiere sind bei den Kassen der Aufsichtsbehörde niederzulegen.

Fikentscherische Kasse, Zwickau. Gefonderte Verwaltung der Vermögensbestände durch die Firma.

Rentenzuschußkasse der Frankfurter Sozietäts-Druckerei, Frankfurt a. M. Es steht der Firma frei, das Vermögen der Kasse entweder im Geschäft mit 3 % zu verzinsen¹ oder in guten, marktfähigen und festverzinslichen Wertpapieren oder Hypotheken anzulegen.

Genzsch & Heyse'sche Kasse, Hamburg. Das Kapital der Kasse muß bei der Sparkasse oder in Hamburger Hypotheken innerhalb des ersten Drittels der Grundsteuertare angelegt werden.

Kasse der Oberschlesischen Eisenindustrie, Gleiwitz. Anzulegen nach § 85 BGB.

Kasse der A.=G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial, Görlitz. Die Unterstützungsfonds werden von der Gesellschaft in derselben Höhe verzinst, wie die bei Banken angelegten Gelder der Gesellschaft selbst.

Goldschmidt'sche Kasse, Essen. Zeitweilig verfügbare Gelder bis zum Betrage von 4000 Mk. können auch bei der Firma gegen 4 % Jahreszins angelegt werden. Im übrigen erfolgt die zinsbare Anlage nach den Vorschriften über Mündelgeld, § 1807 f. BGB.

Kasse der Eisenwerke Herminenhütte. Die Bestände sind auf den Namen der Kasse nach Vorschrift der höheren Verwaltungsbehörde anzulegen, Wertpapiere bei dieser oder nach deren Anweisung niederzulegen.

Kasse der Hohenlohe-Werke A.=G., D.=S. Die zu laufenden Ausgaben nicht erforderlichen Gelder sind gemäß § 29 der Vormundschaftsordnung von 1875 sicher anzulegen.

Hoffmann'sche Kasse, Salzuflen. Verwaltung durch den Vorstand, mündelsichere Anlage.

¹ 1905 wurden erstmals 6000 Mk. gezahlt.

Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung von Meister, Lucius & Brüning, Höchst. Das Stiftungskapital bleibt vorderhand bei den Inhabern der Firma, welche es mit 5 % verzinsen, stehen. Binnen drei Jahren muß es getrennt vom Geschäft angelegt werden. — 75 % des Stiftungsfonds müssen nach den für Mündelgeld bestehenden gesetzlichen Bestimmungen angelegt werden.

Pensionskasse von Kalle & Co., Biebrich. Verzinsung durch die Firma mit 5 %.

Karchersche Kasse, Beckingen-Saar. Die Kassengelber gelten auch für sicher angelegt, wenn sie auf Hypotheken oder Immobilien von Mitgliedern ausgeliehen sind und der Wert der verpfändeten Grundstücke von drei Kassenmitgliedern ermittelt ist. Nur bis zur Hälfte des so ermittelten Wertes darf den Kassenmitgliedern an Kapital geliehen werden. Der Kassenvorstand kann jedoch nicht mehr als ein Drittel des Gesamtvermögens bei Kassenmitgliedern unter Bürgschaft von zwei anderen als zahlungsfähig bekannte Kassenmitglieder ausleihen.

Kasse der Vereinigten Königs- und Laurahütte, D.-S. Anlage auf den Namen der Kasse gemäß § 40 des Gesetzes vom 5. Juli 1883 sicherzustellen.

Versorgungskasse von Du Mont Schauberg, Köln. Die Ein- und Ausgänge des Kassenvermögens werden durch ein Kontokorrent bei der Firma verrechnet und mit 4 % im Soll und Haben verzinst. Der Vorstand ist berechtigt, das Kassenvermögen mündelsicher anzulegen, insbesondere in Reichs-, Staats- oder Kommunalpapieren. Die Wertpapiere sind von anderen Depots gesondert aufzubewahren. Hat das Vermögen (Kontokorrentguthaben) der Kasse 40 000 Mk. erreicht, so ist der Vorstand zur Anlage verpflichtet.

Invalidenkasse von Du Mont Schauberg, Köln. Zinsbare Anlage nach den Vorschriften über Mündelgeld. Wertpapiere sind bei der Reichsbank, der Seehandlung oder einer der gemäß § 85 des Ausführungsgesetzes zum BGB. von der Staatsbehörde als Hinterlegungsstelle bezeichneten Kasse zu hinterlegen. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auch andernwärts.

Pensionsfonds der Maxos-Union, Frankfurt a. M. Die Versicherungspolice bleiben Eigentum der Firma.

Pensionskasse von Wolf, Netter & Jacobi. Das Vermögen muß, mit Ausnahme eines zur Befriedigung der laufenden Jahresausgaben benötigten Betrages, in öffentlichen Sparkassen oder in sonstig mündelsicherer Weise angelegt werden.

Pensionskasse der Angestellten der Allg. Berliner Omnibus-Gesellschaft. Mündelsichere zinsbare Anlage nach den gesetzlichen Vorschriften. Wertpapiere nach § 85 des Ausführungsgesetzes zum BGB. zu hinterlegen oder mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde anderweitig aufzubewahren.

Kasse von Otto & Co., Dahlhausen. Anlage nach § 29 der Vormundschaftsordnung. Aufbewahrung der Wertpapiere nach Anweisung der Aufsichtsbehörde.

Kasse der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft. Die Barbestände der Kasse sind gesondert von den Beständen anderer Kassen zu halten; soweit sie nicht für die laufenden Ausgaben verbraucht werden, sind sie zinsbar anzulegen, wobei nach den Vorschriften über Mündelgelber zu verfahren ist. Wertpapiere und Dokumente sind feuer- und diebstahlsicher aufzubewahren oder bei der Reichsbank zu hinterlegen.

Richtersche Stiftung, Döbeln. Verwaltung durch den Stadtrat zu Döbeln gegen 5 % Vergütung.

Richtersche Unterstützungskasse, Döbeln. Verzinsung durch die Firma mit 5 %.

Pensionskasse von Schäffer & Budenberg, Magdeburg-Buckau. Anlage, soweit das Geld nicht für laufende Ausgaben erforderlich, nach den gesetzlichen Vorschriften über Mündelgelber. Aufbewahrung der Wertpapiere nach § 85 des Ausführungsgesetzes zum BGB.

Schliffersche Kasse, Schüttorf. Das Vermögen der Kasse bleibt, so lange es die Firma oder ihr Rechtsnachfolger für zweckmäßig halten, zu freier Verfügung der Geschäftskasse gegen 4 % Zinsen jährlich.

Kasse von Schöller, Bücklers & Co., Düren. Die Gelder werden von der Firma mit 5 % verzinst oder sind in Hypotheken, Prioritäten, staatlichen oder städtischen Anleihen anzulegen. Nur ein Teil kann der Firma überlassen werden.

Invalidenkasse von Schöller Söhne, Düren. Verwaltung durch die Firma und zwar durch den Vorstand der Fabrikkrankenkasse. Kassenführung unter besonderem Titel.

Kasse der Papierfabrik Holzern. Barbestände übernimmt und verzinst die Firma. Das Stiftungsvermögen ist mündelsicher vom Vorstand in Hypotheken, Wertpapieren, Pfandbriefen oder Stadtoptionen anzulegen.

Kasse von Siemens & Halske, Berlin. Die Gelder werden im Geschäftsbetriebe der Gesellschaft angelegt und mit 5 % ver-

zinst. Die Gesellschaft kann die verfügbaren Kassenbestände nach ihrem Ermessen in mündelsicheren Papieren anlegen.

Dieselbe, Nürnberger Werk. Ebenso.

Kasse der Deutschen Spiegelglas-M.=G. Die über die laufenden Beträge hinausgehenden Bestände der Kasse müssen auf ihren Namen entweder in einer von der öffentlichen Behörde genehmigten Sparkasse oder wie Mündelgelber angelegt werden, Wertpapiere sind nach Anweisung der Aufsichtsbehörde niederzulegen.

Invalidenfonds der Firma Spindler. Der Bestand befindet sich in Händen der Firma und wird mit 5 % verzinst. Der Betrag der Zinsen wird am Jahreschluß dem Konto gutgeschrieben.

Friedrich-August-Stiftung von Thiele & Steinert, Freiberg i. Sa. Das Kapital bleibt vorläufig unter Verwaltung der Firma und wird von dieser zu 4 % verzinst.

Ziele-Windlersche Kasse, Rattowitz. Die über die laufenden Ausgaben vorhandenen Barbestände werden auf den Namen der Kasse wie Mündelgelber sicher angelegt.

Pensionskasse für die Eisen- und Stahlwerke der Union. Die angesammelten Kassenbestände, soweit sie über den laufenden Bedarf hinausgehen, werden nach Beschluß des Vorstandes angelegt und zwar möglichst nach den Vorschriften über Mündelgelber. Zeitweilig verfügbare Gelder bis zum Betrage eines Viertels der Jahreseinnahme können auch bei der Union angelegt werden.

Beamten-Pensionskasse von Billeroy & Boch. Anlage nach §§ 59, 60 des Privatversicherungsgesetzes; Inhaberpapiere sind bei der Reichsbank zu hinterlegen.

Boithsche Kasse, Heidenheim. Das Vermögen der Kasse — abgesehen von den Zuwendungen der Firma, die bis auf weiteres im Geschäft verzinslich angelegt bleiben — darf nur in mündelsicheren Papieren angelegt werden. Die angekauften Wertpapiere sind bei der Reichsbank zu hinterlegen.

§ 14.

4. Die tatsächliche Anlage der Kapitalien¹.

Einer der wichtigsten Punkte der vorliegenden Untersuchung hat es mit der Anlage der verschiedenen Kapitalien zu tun. Die Bedeutung der

¹ Nachdem im vorigen Abschnitt die satzungsgemäßen Bestimmungen über die Kapitalsanlage gebracht wurden, sind hier die tatsächlichen Verhältnisse auf Grund der Geschäftsberichte einer etwas geringeren Zahl von Kassen für mehrere Jahre darzulegen.

Kassen für die weitverzweigten Fragen des Kredits wird sich gerade an dieser Stelle klarlegen lassen. Vor allem ist hierbei auch zu prüfen, inwieweit überhaupt eine selbständige Anlage stattfindet und inwieweit eine rein rechnerische Buchung vorliegt, indem das Kassenvermögen im Betriebe der dotierenden Firma verbleibt und hier fortarbeitet. Soweit das letztere zutrifft, ist die Bedeutung der Kasse für den Geldverkehr und Kredit recht gering. Dann wird oft nicht einmal das Vorhandensein eines baren, für die Kassenzwecke ausgeschiedenen Kapitals nachzuweisen sein, und damit entfallen selbstverständlich alle die Kapitalsanlage betreffenden Fragen. Ob eine Zuwendung seitens der Firma in dieser Form überhaupt den geplanten sozialpolitischen Zwecken entspricht, kann hier, wo nur die wirtschaftlich-finanzielle Seite des Problems in Frage steht, ununtersucht bleiben.

Zunächst ist, unter Einhaltung der in § 12 beobachteten Reihenfolge, ein Überblick über die Art und Weise der Kapitalsanlage bei jenen Kassen, über die entsprechende Nachweise vorliegen, zu geben. Ein besonderes Augenmerk ist hierbei Veränderungen, die sich möglicherweise im Laufe der Jahre in den Anlagegrundsätzen geltend machten, zu widmen. Über die Höhe der Zinsen ist noch in einem anderen Zusammenhange zu berichten.

1 a. Betriebskrankenkasse der Höchster Farbwerke. Ein Vermögensausweis in detaillierter Form findet sich nur für die Jahre 1906—1908. In jedem dieser Jahre entfällt der größte Teil des oben ziffernmäßig festgelegten Vermögens auf $3\frac{1}{2}\%$ Preussische Konjols und 4% Hypotheken. Bei den Konjols fanden infolge von Kursverlusten regelmäßig Abschreibungen statt. Dem Nominalbetrag von 74 000 Mk. entsprechen 1906 72 483 Mk., 1907 69 412 Mk. und 1908 69 967 Mk. Dagegen bestehen die Hypotheken jedesmal in der vollen Höhe von 55 000 Mk. Beträchtlich sind daneben die Guthaben bei der Firma: 1906 31 477,85 Mk., 1907 14 183,30 Mk. und 1908 28 234,40 Mk. Demgegenüber sind die Betriebsfonds in allen Fällen nur gering (2—5000 Mk.).

1 b. Pensionskasse der Höchster Farbwerke. Das Hypothekenkonto entwickelt sich wie folgt:

Ende 1905:	144 278	Mk.	60	Pf.,	hiervon	ab	24 989	Mk.	80	Pf.	Amortisation,
" 1906:	166 578	"	60	"	"	"	28 030	"	11	"	"
" 1907:	183 978	"	60	"	"	"	34 572	"	92	"	"
" 1908:	209 478	"	60	"	"	"	36 663	"	82	"	"
" 1909:	234 978	"	60	"	"	"	38 665	"	47	"	"

Jedes Jahr findet sich ein Hypotheken-Reservekonto für eventuell sich ergebenden Minderwert beim Verkauf von Immobilien. Seine Höhe ist 1905—1907 je 5000 Mk., 1908 und 1909 je 3250 Mk.

Das Effektenkonto umfaßt (1909) nur Staatspapiere und zwar $3\frac{1}{2}\%$ Reichs- und 3 % Sächsische Anleihe, erstere in Höhe von nominell 75 000, letztere in Höhe von nominell 50 000 Mk. Die Anleihen figurieren in den Büchern mit 78 487,50 Mk. und 44 213,20 Mk., zusammen (in jedem der einbezogenen Jahre) mit 122 700,70 Mk.

Der relativ größte Betrag entfällt auf das Guthaben bei den Farbwerken. Es entwickelt sich aufwärts wie folgt:

1905:	139 438 Mk. 78 Pf.
1906:	156 722 " 28 "
1907:	179 098 " 36 "
1908:	200 327 " 70 "
1909:	218 713 " 52 "

Wiederum (wie bei der Krankenkasse) sind die Barbestände mit wenigen Tausend Mark nicht beträchtlich.

1 c. Stiftung der Höchster Farbwerke. Das beträchtliche Gesamtvermögen setzt sich in den einzelnen Jahren folgendermaßen zusammen:

	1905 Mk.	1906 Mk.	1907 Mk.	1908 Mk.	1909 Mk.
1. Guthaben bei den Farbwerken ¹	463 894,10	324 791,09	200 460,86	263 559,70	328 515,62
2. Ausgeliehene Kapitalien ² . .	253 768,24	277 450,39	491 227,23	532 595,75	576 347,94
3. Ausgeliehene Kapitalien ³ . .	2 881,11	3 180,53	1 659,28	2 973,38	3 134,03
4. Effekten . . .	1 147 700,—	1 441 700,—	1 441 700,—	1 441 700,—	1 441 700,—
5. Zinsenausstände	3 345,45	3 668,40	3 841,37	3 921,38	7 833,41
6. Kassenbarbestand	9 074,62	10 068,26	12 987,26	9 570,16	10 905,70
Zusammen	1 880 663,52	2 060 858,67	2 151 876,—	2 254 320,37	2 368 436,70

Bemerkenswert ist hier vor allem die Höhe der gegen gerichtliche Sicherheit ausgeliehenen Summen. Es handelt sich um Darlehnsgefuche, wie man bestimmt annehmen kann, von Kassenmitgliedern. Die Rechenschaftsberichte weisen hierüber Näheres aus. Seitens des hierzu legitimierten Vorstands wurden insgesamt⁴ 1905 76 Darlehen im Betrag von ca.

¹ In laufender Rechnung; sichergestellt durch Einschreibung auf Liegenschaften.

² Gegen gerichtliche Sicherheit.

³ Gegen Handschein und Bürgen.

⁴ Einschließlich der wenig beträchtlichen Darlehen gegen Handschein und Bürgen.

30 000 Mk., 1906 88 zu über 50 000 Mk., 1907 65 zu mehr als 60 000 Mk., 1908 73 zu ca. 66 000 Mk., 1909 95 zu weit über 70 000 Mk. gegeben. Das bedeutet innerhalb kurzer Zeit eine starke Anspannung des Privat- (und, wie man hinzufügen darf, Konsumtiv-) Kredits.

2. Sparkasse der Höchster Farbwerke. Die überhaupt nur bedingt hierher gehörige Kasse berichtet, daß sie ihre Beträge bei den Farbwerken, von welchen sie bei der Reichsbank deponiert werden, anlegt. Es ist nur ein geringer Barbestand vorhanden.

3. Tiele-Windlersche Invalidenkasse. Der größte Teil des Vermögens ist in Effekten angelegt. Es sind dies:

	Insgesamt:	Zu 4%:	Zu 3½%:	Zu 3%:
1906	331 600 Mk.	6 600 Mk.	301 000 Mk.	24 000 Mk.
1907	347 600 "	6 600 "	317 000 "	24 000 "
1908	354 600 "	6 600 "	324 000 "	24 000 "
1909	534 600 "	21 600 "	489 000 "	24 000 "

Der amtliche Kurswert bzw. der Ankaufswert der Effekten betrug in den einzelnen Jahren zum Teil erheblich weniger: 321 516 Mk.; 324 363,70 Mk.; 333 815,25 Mk.; 502 874,50 Mk.

Daneben besteht ein Hypothekendarlehen: (1906) 24 970 Mk., (1907) 28 070 Mk., (1908) 43 350 Mk., (1909) 38 640 Mk. Der größere Teil dieses Darlehens bringt 5%, der kleinere 4½% Zinsen.

Im Jahre 1909 findet sich ferner ein Posten von 6 500 Mk. in Sparkassenbüchern. Der Barbestand bewegt sich um 1000 Mk.

4. Bienert'sche Kasse. Nichts Näheres bekannt.

5. Arnhold'scher Pensionsverein. Die Bilanz für 31. Dezember 1909 verzeichnet folgende Posten im Effektenkonto:

258 500,— Mk.	in deutschen Staatsanleihen ¹	250 545,— Mk.
251 000,— "	" " " Stadtanleihen.	242 046,65 "
226 800,— "	" " Pfandbriefen deutscher Hypothekenbanken	220 380,50 "
20 000,— "	" " Schuldverschreibungen inländ. Körperschaften	20 300,— "
83 500,— "	" " Obligationen industrieller Unternehmungen	81 686,25 "
15 000,— "	" " ausländischen Staatsanleihen	12 000,— "
10 000,— Kr.	" " Stadtanleihen.	8 160,— "
20 000,— "	" " Pfandbriefen ausländischer Hypothekenbanken	16 546,70 "

Neben diesem Effektenkonto besteht ein Guthaben bei der Firma Gebr. Arnhold in Höhe von 64 286,54 Mk.

¹ Sämtliche Wertpapiere sind höchstens zum Börsen- oder Marktpreise vom 31. Dezember 1909, jedoch nicht über Anschaffungspreis gesetzt. Stückzinsen sind zugeschlagen.

Das Vermächtnis des verstorbenen Herrn Arnhold ist zu 20 500 Mk. in 4 1/2 % Industrieobligationen im Werte von 19 808,10 Mk., zu einem kleinen Betrag in einem Guthaben bei der Firma Arnhold angelegt.

6. Kasse der Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft. Über die Vermögensanlage berichtet Genaues zuerst die Nachweisung für 1907. Hiernach sind vorhanden: Hypotheken für 1 185 890 Mk., Effekten im Nominalbetrage von 1 236 000 Mk. und im Kurswert von 1 156 680 Mk.

Der Hypothekenbestand hat sich 1908 auf 1 245 750 Mk., 1909 auf 1 447 950 Mk. gehoben. Der Nominalbetrag der Effekten ist in beiden Jahren 1 413 000 Mk., der Kurswert 1908 1 344 867,40 Mk. und 1909 1 338 188,50 Mk.

Über die Anlagen neuer Bestände sind wir auch für die Jahre seit 1905¹ unterrichtet; hiernach belief sich:

	1905	1907	1908	1909
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
die Begebung von Hypotheken auf	18 500,—	65 500,—	67 400,—	222 300,—
der Ankauf von Effekten auf . .	93 572,50	68 950,— ²	172 113,50 ³	—

Bemerkenswert ist, daß 1907 55 500 Mk. Hypotheken auf die Friedenshütte (den Besitz der dotierenden Firma) übernommen wurden; 10 000 Mk. wurden anscheinend einem Privaten geliehen; die Hypothekarbeleihung des Jahres 1908 gilt nur Privaten (8 an der Zahl), hierunter mehrfach kleine Beträge von 1—2000 Mk. Soweit ersichtlich, ist unter der großen Hypothekenanlage des Jahres 1909 eine Hypothek von 57 000 Mk. auf die Eisenhütte Friedrichshütte gelegt.

7. Kasse der Schröderschen Papierfabrik.

	1904/5	1905/6	1906/7	1907/8	1908/09
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
3 1/2 % Preuß. Konjols . . .	9 623,50	9 490,50	8 930,—	8 702,—	13 789,50 ⁴
3 % Sächf. Rente	1 324,50	1 323,—	1 258,50	1 243,50	1 281,—
3 1/2 % Leipz. Stadtanleihe .	26 579,50	26 235,—	24 645,—	24 327,—	25 175,—
3 1/2 % Reichsanleihe	1 520,25	1 499,25	1 407,—	1 372,50	2 375,— ⁴
4 % Ungar. Goldrente . . .	3 997,35	3 890,—	3 766,50	3 790,80	3 871,80
4 % Leipz. Hypoth.-Pfandbr.	4 124,—	4 100,—	3 992,—	3 940,—	4 066,—
4 % Landwirtsch. Kreditbriefe	4 120,—	4 096,—	4 014,—	3 996,—	4 070,—
4 % Hypotheken	24 350,—	24 350,—	24 350,—	24 350,—	24 350,—
3 1/2 % Preuß. Konjols . . .	—	—	—	4 580,—	— ⁴
3 1/2 % Reichsanleihe	—	—	—	915,—	— ⁴
Sparfasseneinlagen	862,48	1 550,08	1 297,04	1 500,15	1 449,87

¹ Nicht aber für 1906.

² Offenbacher Stadtanleihe.

³ 37 761 Mk. Schlesf. Pfandbriefe, 73 200 Mk. Waghener u. 61 152 Mk. Böhmer Anl.

⁴ Die 1907/8 neu aufgenommene Reichsanleihe und Preuß. Konjols sind 1908/9 bereits mit den älteren Beständen zusammen angegeben.

9. Hoffmannsche Kasse.

Vermögensanlage:	Ende 1906 Mk.	1907 Mk.	1908 Mk.	1909 Mk.
3% Deutsche Reichsanleihe (nom. 75 000 Mk.)	65 400,—	62 400,—	64 200,—	64 125,—
3½% Kur- u. Neumärkische Ritter- schaft (nom. 30 000 Mk.) . .	28 890,—	28 800,—	28 800,—	27 870,—
Salzfuhrer Stadtoobligationen . . }	16 600,— 8 575,—	28 775,—	28 425,—	28 225,—
Hypoth. Darlehen	230 200,—	245 450,—	270 090,—	279 140,—
Guthaben bei der Firma . . .	167 252,88	167 949,65	198 895,80	240 463,75
4% Hamburger Stadtanleihe . .	—	17 500,—	17 500,—	17 500,—

Die hypothekarischen Darlehen liegen in den einzelnen Jahren auf 44, 47, 52 bzw. 54 Objekten. In der Anlage hat sich am wesentlichsten das Guthaben der Firma Hoffmann geändert, das beträchtlich angewachsen ist. —

10. Kasse der Hedwigs- und Ludwigs- Gluckshütte. Keine Nachweisung.

11. Kasse der Herrschaft Beuthen-Siemianowig.

Anlage 1909: in Wertpapieren	1 000,— Mk.
„ Hypotheken	348 170,30 „
„ Spareinlagen	5 978,07 „
noch nicht angelegter Überschuß 1909 . .	30 635,30 „

12. Genzsch-Heyesche Schriftgießerei: Invalidenkasse. Die Anlage geschieht in Hypotheken und Spareinlagen. In einzelnen keine Ausweise. Hypotheken- und Sparkassenzinsen bewegen sich in annähernder Größe.

13. Einsiedelscher Pensionsverein.

Vermögensbestand:	Ende 1905 Mk.	1906 Mk.	1907 Mk.	1908 Mk.	1909 Mk.
Barbestand	835,11	945,45	1 009,99	910,93	1 746,68
Depositen bei der Reichs- hauptbank.	326 900,—	325 900,—	375 400,—	—	—
Depositen beim Kgl. Amts- gericht Riesa	6 000,—	6 000,—	6 000,—	—	—
Hypotheken	13 500,—	13 500,—	13 500,—	51 500,—	51 500,—
Einlagen i. d. Kreisparcasse	435 634,27	514 198,72	430 505,27	35 963,76	37 162,52
Depositen bei der A.-G. Lauchhammer	—	—	25 262,60	8 527,65 ¹	—
4% Schuldscheindarlehen an eine Gemeinde ² . . .	—	—	100 000,—	—	—
Desgl. an vier Gemeinden ³	—	—	—	500 000,—	498 000,—

¹ Nunmehr als Bankguthaben bei der A.-G. Lauchhammer bezeichnet.

² Die Gemeinde Briß.

³ Die Gemeinde Briß, die Städte Allenstein, Ems, Godesberg.

15. Invalidenfonds Spindler. Keine Nachweisungen. Es ist indessen anzunehmen, daß die Verwaltung des Kapitals bei der Firma in ihren Betrieben geschieht.

16 a. Pensionskasse Arbeiterverein Werk Augsburg¹. Ein großer Teil des Vermögens ist zu 4 1/2 % beim „Werk Augsburg“ angelegt; Ende 1906 waren es 305 524,05 Mk.; Ende 1907 278 271,05 Mk.; Ende 1908 296 936,25 Mk.; Ende 1909 425 095,80 Mk. Abgesehen von kleinen Bankguthaben finden sich auch Wertpapiere in größerem Umfange. Nach § 2 der Satzung muß das Beitrittsgeld der Firma (s. o.; es betrug bei Gründung der Kasse 140 000 Mk.) in der Sparkasse vom Werk Augsburg angelegt werden, während überschießende Beträge in mündelsicheren Papieren anzulegen sind. 1906 waren 150 000 Mk. solcher Wertpapiere zu beschaffen; es wurden 4 % deutsche Reichsschatzscheine gekauft; 1908 finden sich außerdem 144 257,15 Mk. bayr. Grundrenten, 1909 nur mehr ein Betrag von 127 285,72 Mk.

Im Jahre 1909 war eine Darlehns-gemährung von 400 000 Mk. für eine zu errichtende Baugenossenschaft in Aussicht genommen worden. Als 1. Hypothekendarlehen (3/5 des Baumertes) waren 365 000 Mk. vorgesehen.

16 b. Krankenkasse. Das Vermögen liegt in der Werksparnkasse.

17. Goldschmidtsche Kasse.

Kapitalanlage:	1905/06	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Sparkassen Guthaben	13 538,27	1 680,50	15 182,68	10 225,36	23 531,03
Wertpapiere ² :					
3 1/2 % Essener Stadtanleihe .	974,—	13 000,—	—	—	—
4 % Teltower Kreis-anleihe .	1 000,—	—	—	—	—
3 1/2 % Westf. Provinzialanleihe	3 924,—	—	6 937,—(4%)	—	—
Hypotheken (4 1/4 % ³)	96 500,—	123 000,—	140 500,—	178 000,—	198 000,—

18 a. Arbeiterpensionsstiftung der Bad. Anilin- und Sodafabrik. Das Vermögen besteht zu Beginn 1909 als Guthaben bei der Firma. (Stammkapital von 100 000 Mk.) Ende 1909 ist es wie folgt angelegt:

50 000 Mk. 4 % Pfälzische Hypothekenbank . .	= 50 450,— Mk.
50 000 „ 4 % Süddeutsche Bodenkreditbank. =	50 450,— „
50 000 „ 4 % Bayerische Vereinsbank . . .	= 50 450,— „
23 600 „ 4 % „ Handelsbank . . .	= 24 057,— „

¹ Das Vereinsvermögen selbst ist zumeist angelegt in Aktien und 4 % Obligationen der Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg; außerdem bei Banken und Sparkassen.

² Kurswert 30. April jeden Jahres.

³ Einige seit 1907 aufgenommene Hypotheken bringen 4 1/2 und 5 % Zinsen.

Neben einem kleinen Guthaben bei der K. Filialbank besteht ferner noch ein Guthaben bei der Firma in Höhe von 8103,65 Mk.

18 b. Pensionskasse der Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Vermögensanlage:	1905	1906	1907	1908	1909
Guthaben b. d. Anilin-	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
u. Sodafabrik .	3 584 943,55	2 576 447,08	2 572 823,39	2 597 648,69	2 606 547,19

Effekten:	1905	1906	1907	1908	1909
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
3 1/2 % Ludwigsbafener Stadtanleihe	49 150	94 200	90 000	91 800,—	92 800,—
3 1/2 % Mannheimer "	49 050	95 200	91 000	91 900,—	92 250,—
3 1/2 % Heidelberger "	48 900	95 500	90 500	91 900,—	92 000,—
3 1/2 % Stuttgarter "	—	95 900	91 000	92 000,—	93 400,—
3 1/2 % Freiburger "	49 250	95 000	90 700	91 800,—	92 800,—
3 1/2 % Wiesbadener "	—	95 100	90 600	92 400,—	93 400,—
3 1/2 % Pfälzische Hypothekenbank .	49 150	96 900	91 500	92 500,—	93 000,—
3 1/2 % Rheinische "	48 750	95 750	90 500	91 500,—	92 000,—
3 1/2 % Süddeutsche Bodenkreditbank	49 150	96 800	91 700	92 700,—	93 400,—
3 1/2 % Bayr. Hypoth. u. Wechselbank	31 456	97 000	92 000	94 000,—	94 500,—
3 1/2 % " " " "	2 946				
3 1/2 % Hessische Landeshypothekenbank	—	97 200	91 900	92 000,—	92 600,—
3 1/2 % Nürnberger Vereinsbank .	—	96 900	91 800	92 500,—	93 000,—
3 1/2 % Württemberg. Staatsanleihe	—	97 100	92 600	93 500,—	93 300,—
3 1/2 % Hessische Staatsanleihe .	—	96 300	92 500	93 300,—	93 000,—
3 1/2 % Westfälische Provinzialanleihe	—	83 506	91 250	92 500,—	92 400,—
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe .	—	98 000	93 400	94 500,—	94 200,—
3 1/2 % Badische Eisenbahnanleihe .	—	97 400	92 500	93 800,—	93 400,—
3 1/2 % Bayerische "	—	97 700	92 500	93 750,—	93 500,—
4 % Nürnberger Stadtanleihe .	—	—	98 400	100 000,—	100 000,—
4 % Charlottenburger Stadtanleihe	—	—	100 400	101 200,—	101 100,—
4 % Mainzer Stadtanleihe .	—	—	52 417	100 139,50	100 139,50
4 % Frankfurter Hypothekenbank .	—	—	99 000	100 262,—	100 262,—
4 % Hamburger Staatsanleihe .	—	—	50 150	100 525,—	100 525,—
4 % Deutsche Reichsanleihe .	—	—	—	148 950,—	148 950,—
4 % Preussische konsol. Staatsanleihe	—	—	—	148 950,—	148 950,—
4 % Württemberg. Hypothekenbank .	—	—	—	34 018,—	101 310,—
4 % Pfälzische Hypothekenbank .	—	—	—	—	101 200,—
4 % Hessische Landeshypothekenbank	—	—	—	—	101 400,—
4 % Darmstädter Stadtanleihe .	—	—	—	—	101 000,—
4 % Badische Eisenbahnanleihe .	—	—	—	—	102 000,—

Außerdem finden sich kleine Kontokorrent- und Depositenguthaben bei der K. Bayr. Filialbank.

Die obige Übersicht zeigt eine gewisse Beharrung gegenüber dem außer-

ordentlichen Wechsel, dem die Anlage anderer Kassenkapitalien unterlag. Das Guthaben bei der Firma ist seit 1906 annähernd gleich geblieben, während der in Effekten festgelegte Betrag rasch stieg. Der Effektenbestand wird auf der Filialbank aufbewahrt.

19. Pensionskasse der Münchener Rückversicherungs-
gesellschaft.

	Ende 1906	1907	1908	1909
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Bestand an Wertpapieren .	1 343 342,50	1 089 536,50	964 465,50	860 843,—
„ „ Hypotheken .	95 000,—	556 000,—	1 379 000,—	1 814 000,—

Hier liegt eine zielbewußte Veränderung der Anlage in dem Sinne vor, daß mehr und mehr der Nachdruck auf die hypothekarische Anlage gelegt wurde. Die beiden letzten hier einbezogenen Jahresberichte sprechen sich hierüber aus; hiernach hat sich die Umwandlung eines Teiles der Wertpapieranlagen zu Hypotheken als vorteilhaft erwiesen, da der Durchschnittszinsfuß der Anlagen von 3,66 % im Jahre 1907 auf 4,03 % im Jahre 1908 und auf 4,15 % im Jahre 1909 gestiegen ist. 1907 mußten von den Wertpapieren 76 393,50 Mk. abgeschrieben werden; durch Hypothekenabschlußprovisionen und Kursgewinn konnten dagegen 1908 34 000 Mk., 1909 weitere 10 000 Mk. erzielt werden.

Außer Effekten und Hypotheken verzeichnen die Bilanzen noch Bankguthaben in Höhe von 50 000—140 000 Mk. in den einzelnen Jahren.

20. Voith'sche Kasse. Der Jahresbericht für Ende 1909 ergibt, daß von den 423 670,09 Mk. Vermögen 165 000 Mk. bei der Firma im Geschäft verzinslich angelegt¹, 258 030,10 Mk. (Anschaffungswert) in mündel-fähigen Wertpapieren größtenteils bei der Reichshauptbank niedergelegt sind.

Daneben besteht ein kleines Guthaben bei der Bankkommandite Heidenheim und ein kleiner Barbestand.

Im Laufe des Jahres sind für 98 741,70 Mk. Wertpapiere gekauft und kleine Einzahlungen bei Sparkassen gemacht worden.

21. Pensionskasse Billeroy & Boch.

Vermögensanlage:	Ende 1907	1908	1909
3% Preussische Konfols. . . .	705 710,30 Mk. ²	834 710,30 Mk.	962 210,30 Mk.
Hierzu rückständige Zinsen . .	4 257,75 „	4 257,75 „	5 382,75 „
Guthaben bei der Kreissparkasse	105 914,98 „	109 621,97 „	113 458,70 „
„ „ „ Firma . . .	158 126,75 „	128 475,15 „	91 718,70 „

Das Guthaben bei der Firma ist zugunsten der Anlage in Preussischen Konfols bedeutend zurückgegangen.

¹ Es sind dies die Zuweisungen der Firma, die nach § 29, 2 der Satzungen im Geschäft angelegt bleiben. ² Augenblicklicher Kurswert.

22. Kasse von Schäffer & Budenberg.

Anlage:	1904 Mf.	1905 Mf.	1906 Mf.	1907 Mf.	1908 Mf.
3 % Preussische Konsole ¹	22 475,—	22 225,—	21 800,—	20 675,—	21 375,—
3 1/2 % „ „ ¹	306 064,—	338 822,20	427 170,—	523 580,—	616 023,50
3 1/2 % „ „ ²	22 690,25	46 111,30	29 460,—	40 420,—	43 562,—
Städtische Sparkassen. .	1 608,85	824,04	221,95	228,58	235,39
Guthaben bei der Firma	12 226,22	6 216,57	30 888,21	907,45	6 621,44

Außerdem finden sich Beträge für Stückzinsen und Barbestände.

Bemerkenswert sind die genauen Aufstellungen der Kassenberichte und Kursdifferenzen. Solche erwuchsen in folgender Höhe:

1904:	1 476,40 Mf.	1906:	11 924,30 Mf.
1905:	3 225,55 „	1907:	22 278,— „

1908 entstand ein Kursgewinn in Höhe von 6726 Mf.

Trotz der Verluste wurde eine Veränderung in der Kapitalsanlage nicht getroffen.

23. Böcklingische Kasse. Die bis 1900 zurück verfolgbare Vermögensverteilung ist sehr zersplittert. Sehr oft handelt es sich nur um geringe Beträge, so daß eine Aufzählung der einzelnen Posten in allen einzelnen Jahren zu weit führen würde. Es genügt die Zusammenstellung der in Frage kommenden Effekten (für 1909):

3 1/2 % Anleihe der Gemeinde Böcklingen . .	61 845,— Mf. ³
3 1/2 % Konsolidierte Preussische Staatsanleihe	{ 4 593,75 „
	{ 43 125,— „
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	14 928,— „
3 1/2 % Mindener Stadtanleihe	930,— „
3 1/2 % Mainzer „	2 721,— „
4 % Konsolidierte Preussische Staatsanleihe .	{ 40 960,— „
	{ 30 720,— „
4 % Badische Staatsanleihe	20 340,— „
Hypotheken	598 472,50 „

Neben einem bei der Spar- und Darlehnskasse der Gemeinde Böcklingen hinterlegten „Sicherheitsfonds“ von 8474,29 Mf. besteht außerdem ein erheblicher barer Kassenbestand von 20 274,03 Mf.

Im Laufe des Jahres hat vor allem die Hypothekenanlage Fortschritte gemacht; 87 984,57 Mf. wurden neu belegt gegenüber 72 405,55 Mf. in Wertpapieren.

¹ Augenblicklicher Kurswert; Guthaben im Staatsschuldbuch.

² In Budau verwaltet.

³ Kurswert.

Blickt man weiter zurück, so ergibt sich für 1900/01, daß das Vermögen von 244 213,40 Mk. in der Hauptsache und zu annähernd gleichen Beträgen in 4 % Pommerischen Hypothekenspfandbriefen und in 3½ % Anleihe der Gemeinde Bülkingen belegt war¹, während der Rest auf Preussische Konjols, Deutsche Reichsanleihe und Preussische Zentralpfandbriefe entfiel. 1901/02 finden sich größere Beträge² von Berliner Hypothekenspfandbriefen. In beiden Jahren hat die Kasse ein nicht unbedeutendes Guthaben bei der Firma³. In diesen und den nächsten Jahren sind zahlreiche kleine Anlagen, besonders in Pfandbriefen, zu verzeichnen.

Hypotheken finden sich 1904 in Höhe von 7837,50 Mk., 1905 bereits in Höhe von 36 608,50 Mk. und 1906 in Höhe von 381 862,91 Mk. In diesem Jahre bestand die Gesamtneuanlage von 346 564,41 Mk. in Hypotheken, nachdem für 1310 Mk. veräußert worden waren.

24. Kasse der Ver. Königs- und Laurahütte. Der für 1902 vorliegende Auszug aus der Jahresrechnung der Pensionskasse weist 34 000 Mk. Effekten und 348 400 Mk. Hypothekensforderungen auf. 1902 wurden für 24 500 Mk. Hypotheken begeben.

25. Kasse von Wolf, Netter & Jacobi. Das Vermögen wird 1909 folgendermaßen ausgewiesen:

Bei der Firma verzinslich angelegt . . .	{ 38 000,— Mk. ⁴
	{ 33 316,73 "
Wertpapiere, Wert beim Einkauf	83 536,50 "
Guthaben bei zwei Banken	{ 2 061,35 "
	{ 3 433,— "
" " der Sparkasse	804,90 "

Ferner kleiner Kassenbestand.

Der Effektenbestand umfaßt 3 und 3½ % Deutsche Reichsanleihe, 3 % Preussische, Sächsische und 3½ und 4 % Badische Staatsanleihe, 4 % Straßburger Stadtanleihe, 3½ % Elßässische Bodenkredit- und Rheinische Hypothekenspfandbriefe sowie 4 % Reichsschatzanweisungen.

26. Fikentscher'sche Kasse. Keine Nachweisungen.

27. Phönix-Kassen. Keine Nachweisungen.

28. Traunsche Kassen. Keine Nachweisungen.

29. Kassen der Gesellschaft Neu-Elfen. Keine Nachweisungen.

¹ 87 587,50 bzw. 80 500 Mk.

² 70 282,08 Mk.

³ 10 336,70 bzw. 14 363,35 Mk.

⁴ Drei Stiftungen der Firmeninhaber.

§ 15.

5. Die Kapitalsanlage; Ergebnisse.

Die in den beiden vorstehenden Paragraphen im einzelnen dargestellte Art der Kapitalsanlage läßt sich auf bestimmte Typen zurückführen, wobei die Frage, in welcher Weise Gesetzgebung und Verwaltung (Aufsichtsamt für Privatversicherung) auf das Geschäftsgebaren der Rassen einwirkt, in dem die Satzungsbestimmungen vorführenden § 13 schon wiederholt gestreift wurde.

Die wichtigsten Anlagearten sind:

1. Anleihen der verschiedensten Art, insbesondere
 - a) solche des Reichs und der Bundesstaaten,
 - b) solche von Stadtgemeinden und öffentlichen Körperschaften,
 - c) Pfandbriefe und ähnliche Papiere,
 - d) Obligationen, besonders von Banken und industriellen Unternehmungen,
 - e) Anleihen fremder Staaten, Städte und Banken.
2. Hypotheken.
3. Darlehen gegen anderweitige Sicherheit, reiner Personalkredit.
4. Sparcasseneinlagen.
5. Depositen bei Banken, denen die Anlage überlassen wird, besonders bei der Reichsbank.
6. Anlage im Betriebe der die Rasse dotierenden Firma.

Oben schon ist auf die grundsätzliche Bedeutung der Anlage für die Frage des Kredits und des Geldverkehrs hingewiesen, besonders betont worden, daß das Verbleiben des Kapitals im Betrieb der Firma die Gelder dem Kreditverkehr entzieht, bzw. lediglich als Kredit für das Unternehmen wirksam werden läßt. Bevor auf die verschiedenen angrenzenden Fragen eingegangen werden kann, soll das Material zusammenfassend gruppiert werden. Soweit die beobachtete, zumeist etwa fünfjährige Zeitstrecke, die leider nicht ganz auf den neuesten Stand gebracht werden konnte, Schlüsse zuläßt, scheint sich eine Entwicklung darzutun, daß einmal die Anlage in Hypotheken jener in Anleihen, bei der fast regelmäßig erhebliche Kursverluste zu beobachten sind, vorgezogen, zum zweiten die bei den hohen Geldbeträgen etwas primitive Form der Einlage in Sparcassen oder bei Banken, denen die Verwaltung verbleibt, mehr und mehr verlassen wird.

Greift man auf das in § 14 enthaltene Material zurück, so findet sich zunächst, was zu erwarten ist, in sehr zahlreichen Fällen die Vorschrift

mündelsicherer Anlage. Nahezu überall da, wo das Kassenvermögen nicht von der dotierenden Firma verwaltet und verzinst wird, treffen wir jene Vorschrift, die sich dann auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen bezieht. In Betracht kommen hierbei:

§§ 59 und 60 des Gesetzes über die privaten Versicherungs-
gesellschaften,

§§ 1807/8 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,

§ 39 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875, später durch
§ 85 Pr.Ausf.Ges. zum BGB. ersetzt, dementsprechend

§ 85 Pr.Ausf.Ges. zum BGB.

Es braucht hier nicht im einzelnen erörtert zu werden, was unter mündelsicheren Papieren zu verstehen ist. Die Satzungen geben hier wiederholt Hinweise. Ferner enthalten sie, in Übereinstimmung mit oben Erwähntem, vielfach die Vorschrift der Hinterlegung von Wertpapieren, zumeist bei der Reichsbank. Anlage bei Sparkassen tritt in den Satzungen oft mahlweise neben den Kauf von Wertpapieren und Hypotheken, das ist der Grund, warum sie tatsächlich so häufig (und bei den hohen Beträgen oft überraschend) angetroffen wird.

Sehr oft ist der Aufsichtsbehörde eine erhebliche Rolle bei der Auswahl der Sparkassen und der mündelsicheren Anlage zugebach. Es handelt sich dann regelmäßig um die höhere Verwaltungsbehörde.

Im folgenden ist auf die tatsächlichen Verhältnisse zurückzuweisen und zu zeigen, wie die Anlage in der Praxis betätigt worden ist.

1. Anleihen verschiedener Art.

a) Reichs- und Staatsanleihen finden sich bei folgenden Kassen:

Betriebskrankenkasse der Höchster Farbwerke (3½ % Preussische Konsols),
Pensionskasse der Höchster Farbwerke (3½ % Reichs- und 3 % Sächsisch
Anleihe),

Arnholdtscher Pensionsverein (Reichsanleihe),

Schrödersche Papierfabrik (3½ % Preussische Konsols, 3½ % Reichs-
anleihe, 3 % Sächsische Rente),

Pensionskasse der Bergischen Stahlindustrie (3 % Preuß. konsol. Staats-
anleihe, 4 % Preuß. Schatzscheine),

Hoffmannsche Kasse (3 % Reichsanleihe),

Einsiedelscher Pensionsverein (3 % Sächsische Rente, 3½ % Reichs-
anleihe, 4 % Deutsche Schatzanweisungen),

Kasse der Angestellten der Berl. Omnibüsgesellschaft ($3\frac{1}{2}\%$ und 4% Reichsanleihe, 4% Preuß. Schatzanweisungen, 4% Deutsche Schatzanweisungen, 4% Preuß. Staffelanleihe und Staatsanleihe [1909]),
 Pensionskasse Werk Augsburg (Deutsche Reichsschatzscheine),
 Pensionskasse der Beamten der Bad. Anilin- und Sodafabrik ($3\frac{1}{2}\%$ Württembergische Staatsanleihe, $3\frac{1}{2}\%$ Hessische Staatsanleihe, $3\frac{1}{2}\%$ und 4% Reichsanleihe, $3\frac{1}{2}\%$ Bayerische, $3\frac{1}{2}\%$ und 4% Badische Eisenbahnanleihe, 4% Hamburger Staatsanleihe, 4% Preuß. konf. Staatsanleihe),
 Pensionskasse Billeroy & Boch (3% Preuß. Konfols),
 Kasse von Schäffer & Budenberg (3 und $3\frac{1}{2}\%$ Preuß. Konfols),
 Kasse von Röchling ($3\frac{1}{2}$ und 4% konf. Preuß. Staatsanleihe, $3\frac{1}{2}\%$ Reichsanleihe, 4% Badische Staatsanleihe),
 Kasse von Wolf, Netter & Jacobi (Reichsanleihe, Preussische, Sächsische und Badische Staatsanleihe, Reichsschatzanweisungen).

Bei 14 Kassen finden sich hiernach Bestände an Reichs- und Staatsanleihen sowie Schatzanweisungen. Es kommen die Staaten Preußen (neunmal), Bayern (einmal und zwar Eisenbahnanleihe), Sachsen (viermal), Württemberg (einmal), Baden (dreimal, darunter einmal Eisenbahnanleihe), Hessen (einmal), Hamburg (einmal) in Frage. Naturgemäß kann hieraus ein Schluß auf die größere oder geringere Beliebtheit der Anleihen nur sehr bedingt gezogen werden, zumal weil es nahe liegt, daß die Kassen jene Anleihen, die von ihren Staaten ausgehen, bevorzugen.

Der Prozentsatz dieser Anleihen ist 3 , $3\frac{1}{2}$ und 4% . Der mittlere Satz überwiegt durchaus, doch ist die Anlage in den letzten Jahren mehr auf 4% Papiere gerichtet gewesen. Das ist im Zusammenhang mit den sonstigen Anlagemöglichkeiten unten in einem gesonderten Abschnitt über Zinsfuß und Kursrückgang darzulegen.

Eine Anlage in Reichs- und Staatsobligationen hat in etwa der Hälfte der Fälle, in denen der Vermögensausweis und speziell der Effektenausweis im einzelnen bekannt ist, stattgefunden.

b) Anleihen von Stadtgemeinden und öffentlichen Körperschaften (mit Ausnahme der Pfandbriefe). Folgende Kassen kommen in Betracht:

Arnhold'scher Pensionsverein (Schuldverschreibungen inländischer Körperschaften),
 Schröder'sche Papierfabrik ($3\frac{1}{2}\%$ Leipziger Stadtanleihe),
 Kasse der Bergischen Stahlindustrie ($3\frac{1}{2}\%$ Remscheider Stadtanleihe),

Hoffmannsche Kasse (4 % Salzfelder Stadtoobligationen, 4 % Hamburger Stadtanleihe),
 Einfielischer Pensionsverein (3½ und 4 % Kölner Stadtanleihe, 3½ % Dresdner Stadtanleihe, 4 % Hamburger Stadtanleihe, 4 % Schuldscheine der Stadt Leipzig, 4 % Kieler Stadtanleihe, 3½ % Altonaer bzw. Königsberger Stadtanleihe)¹,
 Goldschmidt'sche Kasse (3½ und 4 % Essener Stadtanleihe, 4 % Teltower Kreisanleihe, 3½ % Westfälische Provinzialanleihe),
 Pensionskasse der Beamten der Bad. Anilin- und Sodafabrik (3½ % je Ludwigshafener, Mannheimer, Heidelberger, Stuttgarter, Freiburger, Wiesbadener, 4 % je Nürnberger, Charlottenburger, Mainzer, Darmstädter Stadtanleihe, 3½ % Westfälische Provinzialanleihe),
 Röhlingsche Kasse (3½ % Mindener und Mainzer Stadtanleihe, 3½ % Anleihe der Gemeinde Bülkingen),
 Kasse von Wolf, Netter & Jacobi (Straßburger Stadtanleihe),
 Kasse der Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft (4 % Offenbacher Stadtanleihe²).

Nur neun Kassen kommen hier in Frage. Örtliche Gesichtspunkte spielen bei der Wahl der Anleihe eine gewisse Rolle (so bei den Remscheid, Salzfelder und Bülkinger Anleihen); die Eignung der Kassen für die lokalen Kreditbedürfnisse tritt hier hervor, wird aber noch viel schärfer herauszuheben sein.

Der Prozentsatz ist 3½ und 4 %. 3 %, wie sie bei den älteren Staatsanleihen anzutreffen waren, fehlen gänzlich. Auch hier muß die Frage der Verzinsung bzw. des Kursrückganges zurückgestellt werden.

c) Pfandbriefe und einjährige Obligationen³.

Arnhold'scher Pensionsverein (Pfandbriefe deutscher Hypothekenbanken)⁴,
 Kasse der Schröder'schen Papierfabrik (4 % landwirtschaftliche Kreditbriefe),
 Hoffmann'sche Kasse (3½ % Kur- und Neumärkische Ritterschaft),

¹ Schuldscheinverschreibungen an Gemeinden sind unten unter 3. aufzuführen.

² 1907 für 68 950 Mk. erworben; im übrigen nähere Effektenanlage unbekannt.

³ Hierher sind alle auf den Immobiliarkredit bezüglichen Kapitalanlagen mit Ausnahme der Hypotheken und der Schuldscheindarlehen zu rechnen; so auch Obligationen von Hypothekenbanken (während die übrigen Bankobligationen hernach zu würdigen sind), Grundrentenbriefe, Bodenkreditverschreibungen usw.

⁴ Die hier ebenfalls verzeichneten Pfandbriefe ausländischer Hypothekenbanken sind noch hernach unter e) zu betrachten.

Einfi edelscher Penſionsverein ($3\frac{1}{2}\%$ Schuldscheine der Baubank Dresden, $3\frac{1}{3}\%$ Landeskulturrentenscheine für das Königreich Sachsen, 4% Gothaer Landeskreditobligationen, 4% Pfandbriefe der Grundrentenanstalt der Stadt Dresden),
 Penſionskaſſe Werk Augsburg (Bayr. Grundrentenbriefe),
 Arbeiterpenſionsſtiftung der Bad. Anilin- und Sodafabrik (4% Pfälzische Hypothekenbank, 4% Süddeutsche Bodenkreditbank),
 Penſionskaſſe der Beamten der Bad. Anilin- und Sodafabrik ($3\frac{1}{2}\%$ Pfälzische bzw. Rheinische Hypothekenbank, $3\frac{1}{2}\%$ Süddeutsche Bodenkreditbank, $3\frac{1}{2}\%$ Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, $3\frac{1}{2}\%$ Hessische Landeshypothekenbank, 4% Frankfurter Hypothekenbank),
 Röchlingsche Kaſſe (4% Pommerſche Hypothekenpfandbriefe, Preußische Zentralpfandbriefe, Berliner Hypothekenpfandbriefe u. a., neuerdings meist gegen Hypotheken umgetauscht, ſ. unter 2),
 Kaſſe von Wolf, Netter & Jacobi (Elſäſſiſche Bodenkredit- und Rheinische Hypothekenpfandbriefe).

Nur der kleinſte Teil des Immobilienkredits kommt auf Rechnung der Pfandbriefe, Hypothekenbankobligationen, Bodenkreditbriefe uſw. Wie unten zu zeigen iſt, nimmt die unmittelbare Beleihung des Grund und Bodens unter Rückſicht auf die örtlichen Bedürfniſſe bei weitem den größten Raum ein. Immerhin iſt bemerkenswert, daß ebenſo viel Kaſſen an der hier betrachteten Anlage beteiligt ſind wie vorhin an der Anlage in ſtädtiſchen Werten.

Der Prozentfuß iſt wie oben $3\frac{1}{2}$ und 4% ; 3% ſcheiden auch hier vollkommen aus.

d) Sonſtige Obligationen (mit Ausnahme der hernach zu betrachtenden ausländiſchen):

Arnholdſcher Penſionsverein (Obligationen induſtrieller Unternehmungen)¹,
 Arbeiterpenſionsſtiftung der Bad. Anilin- und Sodafabrik (4% Bayr. Vereinsbank, 4% Bayr. Handelsbank),
 Penſionskaſſe der Beamten der Bad. Anilin- und Sodafabrik ($3\frac{1}{2}\%$ Nürnberger Vereinsbank)².

¹ Daß dem Verein zugute kommende Vermächtnis war in $4\frac{1}{2}\%$ Induſtrie-Obligationen angelegt. Über den Zinsfuß des Ende 1909 mitgeteilten Kapitalſtandes iſt nichts mitgeteilt.

² Das Vermögen des Arbeitervereins vom Werk Augsburg (nicht der Kaſſe) iſt in Aktien und 4% Obligationen der Vereinigten Maſchinenfabrik Augsburg und Maſchinen-Baugesellſchaft Nürnberg angelegt.

Diese Form der Anlage tritt also ganz in den Hintergrund; daß dürfte seine Ursache schon in den Vorschriften über mündelsichere Anlage, die den Ankauf von Industripapieren im allgemeinen verhindern wird, haben. Die Verzinsung ist (vgl. auch unten Anmerkung 1) mit $3\frac{1}{2}$, 4 und $4\frac{1}{2}$ % eine ziemlich hohe.

e) Ausländische Obligationen:

Arnholdscher Pensionsverein (ausländische Staatsanleihen, ausländische Stadtanleihen, Pfandbriefe ausländischer Hypothekenbanken),
Kasse der Schröderschen Papierfabrik (4 % Ungarische Goldrente).

Auch den investierten Beträgen nach handelt es sich um ganz geringe Summen (bei der ersten Kasse um insgesamt etwa 36 000 Mk., bei der zweiten um weniger als 4 000 Mk.). Diese Anlageform, die möglicherweise bei den betreffenden Kassen ganz verschwunden ist, tritt also augenscheinlich durchaus zurück.

f) Effekten allgemein. Neben den hier im einzelnen aufgeführten Beständen ist von einer Anzahl Kassen nur die allgemeine Tatsache bekannt, daß sie Effekten besitzen. In Betracht kommen hier:

Stiftung der Höchster Farbwerke,
Tiele-Winklersche Invalidenkasse,
Kasse der Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft,
Krankenkasse der Bergischen Stahlindustrie,
Kasse der Herrschaft Beuthen-Siemianowitz,
Pensionskasse der Münchener Rückversicherungsgesellschaft¹,
Voithsche Kasse,
Kasse der Ver. Königs- und Laurahütte.

Über die Art der Anlage sind oben für die Kasse der Münchener Rückversicherungsgesellschaft nähere Angaben gemacht worden. Hinsichtlich des Bestandes der Kasse der Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft sei daran erinnert, daß der Kurswert der Effekten (im Nennwert von 1 413 000 Mk.) 1909 nur 1 338 188 Mk. war. Die Effekten der Tiele-Winklerschen Kasse sind zumeist (1909 489 000 Mk.) zu $3\frac{1}{2}$ %, kleine Beträge (1909 21 600 Mk. bzw. 24 000 Mk.) zu 4 bzw. 3 % angelegt. —

2. Hypotheken.

Schon oben, gelegentlich der Anlage in Bodenobligationen verschiedener Art, ist auf die Bedeutung der Kassen für den — insbesondere

¹ Über den Rückgang der Effektenanlage zugunsten der Hypotheken s. unten.

Im einzelnen sind manche Besonderheiten zu besprechen.

Eine Anzahl von Kassen halten sich neben der Hauptanlage in Effekten nur einen kleineren Bestand an Hypotheken; in der Mehrzahl der Fälle aber wächst der Umfang der hypothekarischen Anlage gegenüber den Effekten im Laufe der Berichtszeit erheblich. Schon ist auf die Kasse der Münchener Rückversicherung hingewiesen worden, die von 1906—1909 mit großer Zielsicherheit nach dieser Richtung tätig war. Der Bestand an Wertpapieren war Ende 1906 1 343 342 Mk. gewesen, 1909 betrug er nur mehr 860 843 Mk. Hingegen war der Bestand an Hypotheken von 95 000 Mk. auf 1 814 000 Mk. in der gleichen Zeit gestiegen. Das günstige Ergebnis (1909 ein Durchschnittszinsfuß der Anlagen von 4,15 % gegenüber 3,66 % im Jahre 1907) ist schon erwähnt worden.

Nicht selten handelt es sich um amortisierbare Hypothekendarlehen. So hat die Pensionskasse der Höchster Farbwerke jährlich 25 000 bis 39 000 Mk. am Werte der Hypotheken zufolge der Amortisation abzuschreiben. Hier besteht auch ein Hypotheken-Reservekonto für eventuell sich ergebendem Minderwert der Immobilien beim Verkauf.

Die Kasse der Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft hat im Jahre 1907 die im Besitz der dotierenden Firma befindliche Friedenshütte mit 55 500 Mk. hypothekarisch beliehen. 1909 scheint Ähnliches geschehen zu sein. — Die Kasse der Bergischen Stahlindustrie belieh 15 Beamtenhäuser, die die Firma baute, und 2 Beamteneigenhäuser, im ersteren Falle mit Beträgen bis 50 und 75 % des Tagwertes. Im letzteren Falle liegt eine Beleihung vor, wie sie — ohne hypothekarische Sicherheit — auch unter den hernach zu würdigenden Formen des Personalkredits gegenüber Angestellten und Arbeitern der dotierenden Unternehmung zu würdigen ist. Die von der Bergischen Kasse hierfür angelegten Beträge machen 1907/08 und 1908/09 je über 130 000 Mk. aus; für die beiden Eigenhäuser kommen in den letztgenannten Jahren noch je 91 000 Mk. hinzu.

Die Hypotheken der Hoffmannschen Kasse liegen mit insgesamt 230 000—280 000 Mk. auf 44—54 Objekten (in den Jahren 1906 bis 1909). — Die Hypotheken der Kasse der Berliner Omnibusgesellschaft sind auf Großberliner Grundstücke ausgeliehen. — Hier mag auch der umfangreichen Darlehensgewährung (400 000 Mk.) Erwähnung getan werden, die seitens der Pensionskasse vom Werk Augsburg gegenüber einer zu errichtenden Baugenossenschaft im Jahre 1909 in Aussicht genommen worden war; hypothekarische Sicherheit war zweifellos nach Grunderwerb bzw. Erstellung der Häuser ausbedungen worden.

Nach den vorgebrachten Beispielen ist als sicher anzunehmen, daß

Befriedigung lokaler Immobiliarcreditbedürfnisse im Sinne der Geschäftsführung zahlreicher Kassen liegt.

Hier ist vor allem auch einschlägig, was die Satzung einzelner Kassen bestimmt; nach den Materialien des § 13 kann diese Frage geklärt werden.

So schreibt die Satzung der Kasse der Bergischen Stahlindustrie zu Remscheid vor, daß die verfügbaren Gelder in erster Linie zu Darlehen zwecks Beschaffung guter Arbeiterwohnungen verwendet werden sollen. Ob es sich hier um hypothekariſche oder einfache Verleihung handelt, steht dahin¹. — Die Beamten-Pensionskasse der Donnersmarchhütte soll ländliche Grundstücke innerhalb des 22½fachen Steuerreinertrags beleihen. — Homburger Hypotheken muß die Genzsch und Henjesche Kasse zu Homburg begeben, also ausgesprochenenmaßen Förderung des Lokalkredits. — Die Rarherſche Kasse zu Beddingen soll ihr Geld auf Hypotheken oder Immobilien von Mitgliedern ausleihen.

Diese Bestimmungen dienen zusammen mit den oben dargestellten tatsächlichen Verhältnissen dem Nachweise, daß die Kassenbestände nicht selten für den örtlichen Immobiliarcredit wichtig werden.

Im Anschluß hieran sollen noch die genauen Aufstellungen der Goldschmidtſchen (Stelzer) Kasse in Eſſen über Hypothekenbegebung gewürdigt werden. Die Nachweisung benennt die Lage der Grundstücke, die hier ausſcheiden kann, und ſtellt dann folgende Werte nebeneinander:

Laufende Nr.	Tagwert (Grund- steuer- reinertrag)	Feuer- kassenwert	Betrag des Darlehens	Daß Darlehen läuft aus mit	Zins- fuß	Kündigungsbedingungen
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	%	
1	55 317	56 000	28 000	28 000	4 ¼	½jährig
2	60 000	50 000	25 000	25 000	4 ¼	½jährig
3	24 500	20 000	12 500	12 500	4 ¼	½jährig
4	34 000	22 500	17 000	17 000	4 ¼	nicht vor 30. Novbr. 1914
5	58 000	56 000	28 000	28 000	4 ¼	nicht vor 1. März 1913
6	24 000	19 588	12 500	12 500	4 ¼	nicht vor 30. Juni 1913
7	35 000	25 000	17 500	17 500	4 ¼	½jährig
8	120 000	54 350	31 500	31 500	4 ½	½jährig
9	12 000	6 000	6 000	6 000	5	½jährig
10	41 000	—	20 000	20 000	4 ¼	½jährig

¹ Die Beamtenkasse der Firma läßt Hypotheken auch über die Grenze der Mündelsicherheit, bis 75% des Tagwertes, zu bei gemeinnützigen Wohnungen und bei Grundstücken der Firma.

Das Darlehen bewegt sich demnach zumeist in halber Höhe des Grundsteuerreinertrags oder des Feuerkassenwertes, wobei kleine Abweichungen unterlaufen.

3. Personalkredit.

Hierher mag, solange keine hypothekarische Sicherstellung erfolgte, der eben besprochene Fall der Kreditgewährung an eine Baugenossenschaft gerechnet werden. Ferner gewährte die Kasse der Königs- und Laura-hütte 1902 24 500 Mk. Darlehen. Ebenso gehört hierher die umfangreiche Darlehensgewährung der Stiftung der Höchster Farbwerke (die aber nicht hauptsächlich für diese Zwecke gedacht ist). Hier werden Kapitalien an Kassenmitglieder gegen gerichtliche Sicherheit, in geringem Umfang auch gegen Handschein und Bürgen ausgegeben. Näheres ist oben mitgeteilt, ebenso hinsichtlich einer Kasse, die dem Wohnungsbedarf ihrer Mitglieder (auch ohne Hypothek) dienen soll.

Im übrigen gehört zum nicht hypothekarisch gesicherten Kredit das 4 % ige Schuldscheindarlehen, welches der Einsiedelsche Pensionsverein 4 Gemeinden (Brix, Allenstein, Ems, Godesberg) im Gesamtbetrag von 600 000 Mk. gewährte.

4. Sparkasseneinlagen.

In Betracht kommen (bzw. kamen früher) folgende Kassen:

	Betrag ¹ :
Tiele-Winklersche Kasse	6 500 Mk.
Kasse der Schröderschen Papierfabrik . . .	1 450 "
Krankenkasse der Bergischen Stahlindustrie.	Fast der ganze Betriebsfonds
Kasse der Herrschaft Beuthen-Siemianowitz.	5 978 Mk.
Genzsch-Heyfese Kasse ²	Unbekannt
Einsiedelscher Pensionsverein	37 162 Mk.
Pensionskasse Werk Augsburg	3
Krankenkasse " "	Bei der Sparkasse des Werkes
Voithsche Kasse	Kleine Beträge
Pensionskasse Billeroy & Boch	113 459 Mk.
Kasse von Schäffer & Budenberg	229 "
Höchlingsche Kasse	8 474 "
Kasse von Wolf, Netter & Jacobi	805 "

¹ Im letzten Berichtsjahr.

² Die Sparkassenzinsen stimmen annähernd mit den Hypothekenzinsen überein.

³ Das Beitrittsgehalt der Firma muß in der Sparkasse vom Werk Augsburg angelegt sein. Es betrug bei Gründung 140 000 Mk.

5. Depositen bei Banken usw.

finden sich in folgenden Fällen:

- Sparkasse der Höchster Farbwerke (Depositum bei der Reichsbank [s. u.]);
- Einsiedelscher Pensionsverein (Depositum bei der Reichshauptbank und bei dem Kgl. Amtsgericht Riesa¹, ferner „Bankguthaben“ bei der A.-G. Lauchhammer²);
- Kasse der Angestellten der Berliner Omnibusgesellschaft (Guthaben bei der Seehandlung);
- Arbeiterpensionsstiftung der Bad. Anilin- und Sodafabrik (Guthaben bei der Kgl. Filialbank);
- Beamtenpensionskasse der Bad. Anilin- und Sodafabrik (Guthaben bei der Kgl. Filialbank);
- Pensionskasse der Münchener Rückversicherung (Bankguthaben von 50 000 bis 100 000 Mk.);
- Voith'sche Kasse (Guthaben bei der Bankkommandite Heidenheim³);
- Kasse von Wolf, Netter & Jacobi (Guthaben bei zwei Banken).

Die in 4 und 5 besprochene Art der Anlage ist zumeist nur vorübergehender Natur. Es handelt sich um die schnelle Nugbarmachung kleinerer, in der Kasse entbehrlicher Beträge bzw. um Kontokorrentguthaben bei Banken. Am Schlusse des Geschäftsjahres werden dann öfters Papiere hierfür gekauft. Eine Ausnahme machen nur der Einsiedelsche Pensionsverein, der aber auch früher viel höhere Sparkasseneinlagen (1907: 430 663 Mk.) gehabt hatte, und die Kasse von Willeroy & Voch. Die Anlage der Gelder der beiden Kassen vom Werk Augsburg in der Sparkasse dieser Firma ist ein besonderer Fall, der der Anlage bei der dotierenden Firma selbst, die hernach zu besprechen ist, nicht ferne liegt.

6. Anlage im Betriebe der die Kasse dotierenden Firma.

Handelte es sich bei sämtlichen bisher behandelten Modalitäten der Kapitalanlage um für die allgemeinen oder lokalen Kreditverhältnisse bedeutende Maßnahmen, so nimmt die Anlage bei der Firma, für deren Betrieb die Kasse errichtet ist, durchaus eine Sonderstellung ein. Wir treffen sie in zahlreichen Fällen, die hier — mit den in Frage kommenden Beträgen — aufgeführt sein sollen:

¹ Beide nur bis 1907.

² S. Seite 233 unter Note 5.

³ Außerdem sind die meisten Effekten (s. o.) bei der Reichsbank hinterlegt.

	Angelegt bei der Firma ¹
Betriebskrankenkasse der Höchster Farbwerke	28 234,— Mf.
Pensionskasse der Höchster Farbwerke	218 714,— "
Stiftung der Höchster Farbwerke ²	328 516,— "
Sparkasse der Höchster Farbwerke ³	1 015 342,— "
Arnhold'scher Pensionsverein	64 287,— "
Eisenbahn-Bedarfs-V. u. B. ⁴	— "
Hoffmann'sche Kasse	240 464,— "
Einsiedel'scher Pensionsverein ⁵	8 528,— "
Pensionskasse Werk Augsburg ⁶	425 095,— "
Krankenkasse Werk Augsburg ⁷	unbekannt
Beamtenpensionskasse der Badischen Anilin- und Sodafabrik	2 606 547,— Mf.
Boith'sche Kasse	165 000,— " ⁸
Pensionskasse Villeroy & Boch	91 719,— " ⁹
Kasse von Schäffer & Budenberg ¹⁰	6 621,— "
Röchling'sche Kasse ¹¹	unbekannt
Kasse von Wolf, Netter & Jacobi	{ 38 000,— Mf. ¹² 33 317,— "
Golbschmidt'sche Kasse	23 531,03 "

Es handelt sich nach dieser Aufstellung um 17 Kasseneinrichtungen von 13 Firmen, bei denen Guthaben im Betriebe der Firma vorhanden sind und von dieser verzinst werden. Zieht man hier auch das in § 13 angeführte Material der Satzungsbestimmungen — das oben schon für die Frage der hypothekarischen Beleihung Verwendung fand — heran, so sind folgende Kassen zu nennen, bei denen die gleichen Maßnahmen stattfinden; hier können zwar nicht die investierten Beträge, kann aber dafür zumeist der Zinsfuß namhaft gemacht werden.

	Zinsfuß
Spindlersche Stiftung	5%
Friedrich-August-Stiftung von Thiele & Steinert	4%
Kasse von Siemens & Halske, Berlin	5%
Dieselbe, Nürnberg	5%

¹ Stets im jeweilig letzten Berichtsjahr.

² Sichergestellt durch Einschreibung auf Liegenschaften.

³ Von der Firma bei der Reichsbank deponiert.

⁴ Hypothekendarlehen. S. oben S. 229.

⁵ „Bankguthaben“ bei der die Kasse dotierenden Firma Lauchhammer. S. oben.

⁶ 7 Gründungsbeitrag in der Sparkasse des Werkes festgelegt. S. oben S. 217.

⁸ Die Zuwendungen der Firma, die nach § 29,2 der Satzung im Geschäft angelegt bleiben.

⁹ Der Betrag ist beträchtlich zurückgegangen; er war 1907 158 127 Mf., 1908 128 475 Mf.

¹⁰ Das Guthaben bei der Firma war 1904 noch 12 226 Mf., 1905 6 217 Mf., 1906 aber 30 888 Mf., 1907 nur 907 Mf.

¹¹ 1901 und 1902 Guthaben bei der Firma, 1908 nicht mehr.

¹² Umfassend 3 Stiftungen der Firmeninhaber.

	Zinsfuß
Kasse von Schöller, Bücklers & Co.	5 % ¹
Schlittersche Kasse	4 %
Richtersche Kasse	5 %
Goldschmidtsche Kasse	4 %
Kasse der Sozietäts-Druckerei	3 % ²
Dietelsche Kasse	5 %
Hildegard-Bleichert-Kasse	5 %
Kasse der Herrschaft Beuthen-Siemianowitz	?
Pensionskasse der Bergischen Stahlindustrie	4 %
Albertsche Kasse	5 %
Kallesche Kasse	5 %

Trägt man hier, um hinsichtlich des Zinsfußes einen festen Überblick zu gewinnen, nach, was aus der tatsächlichen Anlage im Geschäftsbetrieb der Firma hierüber bekannt ist, so ist festzustellen: das Werk Augsburg verzinst zu $4\frac{1}{2}$ %, die Badische Anilin- und Sodafabrik zu 4 %.

Zweifellos bietet eine Verzinsung, die in weitaus den meisten Fällen 4—5 %, nur einmal 3 % beträgt, eine ganz andere wirtschaftliche Garantie als der wechselnde, meist fallende Kurs der Effekten, der hernach noch im Zusammenhang darzustellen ist. Immerhin hat die mangelnde finanzielle Selbstständigkeit der Kassen ihre großen Bedenken, die in mehreren Fällen Veranlassung gegeben haben, zur Anlage in Effekten und Hypotheken zu schreiten. Dieser in der beobachteten Zeitstrecke wiederholt bemerkte Prozeß hat sich wahrscheinlich gerade in den allerletzten Jahren noch stärker durchgesetzt. Nicht selten handelte es sich um Zuwendungen der Firma, die nur in den ersten Jahren von dieser verwaltet und verzinst werden sollten, die aber bei wachsender Leistungsfähigkeit der Kasse dieser selbst zur Anlage übergeben wurden. Ganz hat hier natürlich der Fall auszuscheiden, wo die Firma, wie beim Pensionsfonds der Maxos-Union, sich das Eigentum vorbehalten hat.

Für die hier im Vordergrund stehende Frage des Verhältnisses der Kassen zu Kredit und Geldverkehr scheiden die bei der Firma festgelegten Kapitalien zumeist aus, doch ist hier und da in den Satzungen mündelsichere oder sonstige gute Anlage seitens der Firma vorgeschrieben.

§ 16.

6. Zinsfuß und Kursrückgang.

Die Tatsache des Kursrückganges begegnete schon wiederholt und ist nun, gemeinsam mit einer allgemeinen Betrachtung des Zinsfußes (über

¹ Alternativ mit mündelsicherer Anlage.

² Ganz ähnlich gelagert.

den im einzelnen schon früher berichtet wurde), zusammenfassend zu würdigen.

Dabei handelt es sich fast lediglich um die Wertpapiere. Für die Hypotheken sind, soweit möglich, die einschlägigen Verhältnisse schon dargestellt worden, und es konnte gezeigt werden, daß hier meist eine sehr sichere und (schon der Natur des Rechtsinstituts entsprechend) gleichmäßige Anlage vorliegt. Hingegen soll für die wichtigsten Effekten gezeigt werden, wie während der Berichtszeit oft sehr erhebliche Abschreibungen zufolge Kursrückgang notwendig wurden. Abschreibungen finden sich allerdings auch bei Hypotheken, aber nur, wenn Amortisation ausbedungen war; in einem Falle wurde für den Fall der Verschlechterung oder geringerer Verkauflichkeit des Objekts eine Art Reservefonds begründet, dem aber eine ganz andere Bedeutung zukommt als der Erscheinung, mit der sich die nachfolgenden Zeilen zu befassen haben.

In Betracht kommen für das Folgende vor allem:

Deutsche Reichsanleihen, Preussische Konsols und Anleihen anderer deutscher Bundesstaaten, von Städten, Hypothekenbanken usw., sowie Schatzanweisungen.

Von Kursverlusten bei $3\frac{1}{2}\%$ Preussischen Konsols ist die Rede in den Berichten der Betriebskrankenkasse der Höchster Farbwerke¹. Dagegen verzeichnen jene der Pensionskasse genannter Firma einen über den Nominalbetrag hinausgehenden Kurswert bei der $3\frac{1}{2}\%$ Reichsanleihe, während die 3% Sächsische Rente mit 44 213 Mk. weit hinter dem Nominalbetrag von 50 000 Mk. zurückbleibt. Die rückläufige Kursbewegung der Papiere der Schröderschen Kasse geht aus der Aufstellung, die in Anmerkung 2 gegeben ist, klar hervor.

¹ Der Wert der Effekten (Konsols) stellt sich nach dem Kurse vom 31. Dezember 1905 um 3848 Mk. niedriger als beim Einkauf. Die Bewegung der Konsols ist folgende (nominell 74 000 Mk.): 1906: 72 483 Mk.; 1907: 69 412 Mk.; 1908: 69 967 Mk.

²	1904/05	1905/06	1906/07	1907/08
$3\frac{1}{2}\%$ Preussische Konsols, nominell 9 500 Mk. . .	9 623 (101,30)	9 490 (99,90)	8 930 (94,00)	8 702 (91,60)
3% Sächsische Rente, nominell 1 500 Mk. . . .	1 324 (88,30)	1 323 (88,20)	1 258 (83,90)	1 243 (82,90)
$3\frac{1}{2}\%$ Reichsanleihe, nominell 1 500 Mk. . . .	1 520 (101,35)	1 499 (99,95)	1 407 (93,80)	1 372 (91,50)

Aus dem Bericht der Pensionskasse der Bergischen Stahlindustrie geht hervor, daß 1908/09 die 3 % Preussische konsolidierte Staatsanleihe im Nominalbetrag von 50 000 Mk. um 41 750 Mk., 4 % Preussische Schatzscheine nahezu al pari gekauft wurden. Erstere Papiere werteten am 1. Juli 1909 42 700 Mk., letztere 50 600 Mk.

Kursgewinn und -Verlust wird seitens der Kasse der Angestellten der Berliner Omnibusgesellschaft, die — neben den hier ausscheidenden Hypotheken — nur deutsche und preussische Papiere aufweist, folgendermaßen verzeichnet¹:

	1906	1907	1908	1909
Kursgewinn . .	—	—	7 999,90 Mk.	—
Kursverlust . .	6 840 Mk.	22 951 Mk.	—	4 026 Mk.

Eine gleiche Rechnung macht die Pensionskasse der Beamten der Badischen Anilin- und Sodafabrik in folgender Weise auf:

	1905	1906	1907	1908	1909
Kursverlust aus Effekten (vgl. oben; es handelt sich um städtische Anleihen und Papiere von Hypotheken- und Bodenkreditbanken)	3 847	43 167	92 194	—	—
Kursgewinn aus Effekten (f. v.).	—	—	—	25 624	5 227

Ursache von Kursgewinn und Kursverlust war in der Hauptsache die Bewegung der 3½ % Papiere, die oben aufgezählt sind. Hier ist aus dem Geschäftsbericht für 1906, der einen hohen Kursverlust namhaft macht, folgende Stelle wiederzugeben:

„Ein wirklicher Verlust entsteht dadurch der Kasse nicht, da ein Verkauf von Effekten in absehbarer Zeit nicht notwendig werden wird und durch spätere Auslosungen al pari die jetzige Minderwertung sich wieder ausgleichen wird.“

Diese optimistische Auffassung wurde allerdings durch den hohen, fast 100 000 Mk. erreichenden Ausfall des Jahres 1907 nicht eben bestätigt.

Recht genaue Einblicke in die Gestaltung der Kurse einzelner kom-

¹ Für 1908 und 1909 kann der Kurs der Preussischen Konsols, der Deutschen Reichsanleihe und der Preussischen und Deutschen Schatzanweisungen auch im einzelnen verfolgt werden:

	Ende 1908	Ende 1909
3½ % Deutsche Reichsanleihe	94,75	94,20
4 % Preussische Schatzanweisungen . .	100,80	100,40
4 % Deutsche „	100,80	100,50
4 % Preussische Staffelanleihe	101,40	101,50
4 % Deutsche Reichsanleihe von 1908	102,40	102,50

municipaler und provinzieller Papiere gestatten die Berichte der Goldschmidt'schen Kasse¹.

Papier		Kurswert			
		beim	30. April	30. April	30. April
		Einkauf	1906	1907	1908
		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
3½ % Essener Stadtanleihe	zu 1 000 Mk.	920,—	974	—	—
4 % Teltower Kreisankleihe	" 1 000 "	997,50	1 000	—	—
3½ % Westfäl. Prov.-Anleihe	" 4 000 "	4 028,—	3 924	—	—
4 % Essener Stadtanleihe	" 13 000 "	13 130,—	—	13 000	—
4 % Westfäl. Prov.-Anleihe	" 7 000 "	7 028,—	—	—	6 937

Über Kursveränderungen des Gesamteffektenstandes berichtet die Kasse der Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft. Hiernach bewerten sich die Effekten im Nominalbetrage von 1 236 000 Mk. am 31. Dezember 1907 mit 1 156 680 Mk., die Effekten im Nominalbetrage von 1 413 000 Mk. am 31. Dezember 1908 mit 1 344 867,40 Mk., die Effekten mit gleichem Nominalbetrage am 31. Dezember 1909 mit 1 338 188,50 Mk., was einem ständigen Kursrückgang entspricht.

Die Ziele-Windlersche Invalidenkasse weist folgende Vermögensverluste wegen Kursrückgangs der zu 3, 3½² und 4 % verzinslichen Effekten, die nicht im einzelnen ausgewiesen wurden, nach:

1906	1907	1908	1909
10 084,— Mk.	23 236,30 Mk.	20 784,75 Mk. ³	31 725,50 Mk. ³

Die Kasse der Münchener Rückversicherungsgesellschaft hat, wie öfters erwähnt wurde, einen großen Teil ihrer Effektenbestände zugunsten von Hypotheken abgestoßen. Die Kursverluste waren sehr hoch gewesen und betrugen Ende 1907 76 393,50 Mk.; 1908 und 1909 konnten die durch Kursgewinn bei Verkäufen von Wertpapieren und Hypothekenprovisionen 34 000 Mk. und 10 000 Mk. ersetzt werden.

Über Nominalwert und Ankaufspreis von Preussischen 3 % Konjols berichtet die Beamtenpensionskasse von Villeroy & Boch wie folgt:

	1907	1908	1909
Nominalwert	784 800 Mk.	934 800 Mk.	1 084 800 Mk.
Ankaufspreis	705 710 "	834 710 "	962 210 "

¹ Nach einem Vordruck Form. 205, Jahresbericht für Sterbekassen.

² Diese bilden den Grundstock.

³ Aus den Angaben über den Nominalwert, den amtlichen Kurs- und Ankaufspreis errechnet.

Desgleichen macht der Ausweis der Kasse von Wolf, Netter & Jacobi die Höhe des Ankaufswertes verschiedener Papiere namhaft (1909):

	Nominalwert	Ankaufspreis
3 % Deutsche Reichsanleihe . .	2 500 Mk.	(91,60) 2 290,— Mk.
3 1/2 % " " . .	2 500 "	(102,80) 2 570,— "
4 % " " . .	10 000 "	(99,50) 9 950,— "
4 % Reichsschatzanweisungen .	25 000 "	(99,00) 24 750,— "
3 % Preussische Staatsanleihe .	500 "	(91,60) 458,— "
3 1/2 % " " . .	1 500 "	(102,50) 1 537,50 "
3 % Sächsische " . .	4 000 "	(89,63) 3 586,— "
3 1/2 % Badische " . .	10 000 "	(91,20) 9 120,— "
3 1/2 % " " . .	10 000 "	(91,30) 9 130,— "
4 % " Staatsobligationen .	4 000 "	(98,50) 3 940,— "
4 % Straßburger Stadtanleihe .	10 000 "	(99,50) 9 950,— "
3 1/2 % Rhein. Hypoth.-Pfandbriefe .	4 000 "	(97,00) 3 880,— "
3 1/2 % Eisf. Bodentredit . .	2 500 "	(95,00) 2 375,— "

Über Kursverluste und =Gewinn spricht sich der Geschäftsbericht der Pensionskasse von Schäffer & Budenberg aus.

	Kursverlust:				Kurs= gewinn:
	1904	1905	1906	1907	1908
3 1/2 % Preuß. Konfols } 1476,40 Mk.	3331,80 Mk.	11 924,30 Mk.	22 278 Mk.	6726 Mk.	
3 % " " }					

Der Kurs der 3 1/2 % Konfols war: 101,75 — 100,90 — 98,20 — 94 — 94,70.

Der Kurs der 3 % Konfols war 89,90 — 88,90 — 87,20 — 82,70 — 85,50.

Die Rücklingsche Pensionskasse verzeichnet in ihrem Bericht für 1900/01 unter Ausgaben die Differenzen zwischen den Kurswerten der Papiere seit dem 1. Juli 1900 bzw. Ankaufsdatum und den Berliner Börsennotierungen am 1. Juli 1901 mit 10 556,25 Mk.; für 1902/03: 2445,68 Mk.; für 1903/04: 375,85 Mk.; für das zweite Halbjahr 1904: 256,25 Mk.; für 1901/02 ein Kursgewinn von 1998,68 Mk.; 1905 ein Kursgewinn von 671,80 Mk.; desgl. 1906: 7363,10 Mk.¹; für 1909: 722,50 Mk.

In den Berichten dieser Kasse finden sich sehr zahlreiche Notierungen von Anleihen, die z. T. von einschlägigen Einrichtungen gern angekauft werden. Es soll versucht werden, hierüber ein Gesamtbild zu gewinnen, das bis 1900 zurückreicht:

¹ Beim Verkauf der Wertpapiere.

Kursnotierungen.

	1900/01	1901/02	1902/03	1903/04 ¹	Ende 1905	Ende 1906	Ende 1909 ²
4 % Pomm. Hypoth.-Pfandbr.	87,50	89,10	—	—	—	—	—
4 % Preuß. Zentral-Pfandbr.	99,80	100,90	99,60	99,60	99,60	—	—
3 1/2 % Anl. Gem. Böblingen	al pari	al pari	99,50	99,50	97,00	95,00	93,00
3 1/2 % Preußische Konsols .	100,80	101,80	{ 96,30 bis 101,90	{ 100,80 bis 101,50	100,80	97,90	93,75
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	101,70	102,00	98,50	{ 98,50 bis 101,80	98,50	98,00	93,30
4 % Berliner Hyp.-Pfandbr.	—	89,10	89,10	{ 87,50 bis 89,10	{ 87,50 bis 89,10	—	—
3 1/2 % Anl. Prov. Westfalen	—	99,75	99,20	{ 98,80 bis 89,90	98,80	—	—
3 % Preuß. konf. Anleihe .	—	—	91,50	{ 90,25 bis 90,25	89,00	—	—
3 1/2 % Mainzer Stadtanleihe	—	—	98,25	98,25	98,00	94,60	90,70
3 1/2 % Mindener "	—	—	98,75	98,75	98,75	98,75	93,00
3 1/2 % Anl. d. Rheinprovinz	—	—	100,20	99,50	99,50	—	—
Altien d. Verl. Hyp.-Alt.-Bant	—	—	114,00	114,00	—	—	—
4 % Preuß. konf. Staatsanl.	—	—	—	—	—	—	102,40
4 % Badische Staatsanleihe	—	—	—	—	—	—	101,40

Die Hoffmannsche Kasse berichtet über Kurschwankungen an Wertpapieren in folgender Höhe:

1906:	1935,—	Mk. Kursverlust
1907:	3133,75	" "
1908:	1800,—	" Kursgewinn (bei der Deutschen Reichsanleihe)
1909:	1005,—	" Kursverlust.

Die Verluste überwiegen also weitaus.

Der Arnholdtsche Pensionsverein verzeichnet in seiner Bilanz vom 31. Dezember 1909 einen Kursverlust an Wertpapieren³ von 60,50 Mk.

Abschließend läßt sich sagen, daß die hier beobachtete Zeit in den meisten Fällen — was ja bei der allgemeinen Geschäftslage dieser Jahre nicht überraschen kann, aber doch, angesichts der Höhe der Summen be-

¹ Ein Teil der Angaben bezieht sich auf Jahreschluß 1904 und die damals betätigten Ankäufe. Es sind, da das Geschäftsjahr geändert wurde, zwei Berichte herausgegeben worden. Soweit Doppelangaben, beziehen sie sich oft auf die Zinsheine.

² 1907 und 1908 nicht vorhanden.

³ Diese sind oben genau bezeichnet.

achtet werden muß — von erheblichen Kursverlusten begleitet war. Damit hängt dann der öfters beobachtete Übergang zur hypothekarischen Anlage zusammen. Im allgemeinen sind die aus den älteren Beständen übernommenen 3 und $3\frac{1}{2}$ % igen Papiere dem Kursrückgang in besonderem Maße ausgesetzt gewesen.

§ 17.

7. Verwaltungskosten und Unkosten.¹

In einer sehr großen Zahl von Fällen, insbesondere dann, wenn die dotierende Firma Verwaltung und Anlage der Bestände übernimmt (s. oben), erwachsen Verwaltungsausgaben überhaupt nicht. Das ist der Fall bei folgenden Kassen:

Unterstützungskasse der Bergbaugesellschaft Neu-Essen,
Pensionskasse der Höchster Farbwerke,
Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung der Höchster Farbwerke,
Kassen der Bergischen Stahlindustrie,
Kasse der Hedwigs=Wunsch- und Ludwigs=Glück=Grube,
Genzsch & Heyse'sche Kasse,
Invalidenfonds von Spindler,
Goldschmidt'sche Kasse²,
Kasse der Münchener Rückversicherung,
Kasse von Wolf, Netter & Jacobi³,
Fikentscher'sche Kasse,
Unterstützungskasse des Bergwerks Holland,
Schröder'sche Kasse⁴.

In mehreren Fällen ist ausdrücklich gesagt, daß Verwaltungskosten von der Firma getragen werden. In den anderen Fällen war dies aus den mitgeteilten Bilanzen zu entnehmen.

¹ Näheres über diese Begriffe im nächsten Paragraphen.

² Wie oben bereits erwähnt, finden sich die Abschlüsse der Kasse auf einem anscheinend allgemein für Kassenzwecke aufgestellten Vordruck; dieser enthält unter Ausgaben folgende — im Fall der Goldschmidt'schen Kasse nicht ausgefüllte — Rubriken: „2. Verwaltungskosten: a) Entschädigung für den Vorstand; Entschädigung für den Rendanten; Entschädigung für die Revisoren; Entschädigung für die Kassenboten (Einsammler); b) Sonstige (einschließlich Provisionen und Unkosten der Kapitalanlagen).“

³ Der Bericht für 1909 verzeichnet 475,44 Mk. Steuerausgaben.

⁴ In einzelnen Fällen ganz geringe Spesen.

Im übrigen sind die Verwaltungskosten, die freilich durchaus kein feststehender Begriff sind, bei folgenden Kassen bekannt:

Hoffmannsche Kasse.

Gesamtausgabe:		Geschäftsunkosten:
1906:	65 729,65 Mk.	{ 25,40 Mk. ¹ 33,85 " ²
1907:	68 851,20 "	{ 55,20 " ¹ 16,30 " ²
1908:	61 650,62 "	61,05 "
1909:	66 176,05 "	87,60 "

Betriebskrankenkasse der Höpster Farbwerke. (Hier sind die eigentlichen Verwaltungskosten zum Teil nicht ausgeschieden.)

Gesamtausgabe:		Vermaltungskosten einschl. anderer Posten
1905	110 078,82 Mk.	4 969,52 Mk. ³
1906	128 050,76 "	7 460,71 " ³
1907	161 427,29 "	10 293,29 " ³
1908	201 851,22 "	14 654,46 " ⁴
1909	211 394,08 "	{ 289,86 " ⁵ 480,85 " ⁶

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß der Hauptteil der größeren Ausgaben in den Jahren 1905—1908 nicht auf Verwaltungskosten entfällt. Der Posten von 480,85 Mk. ist den Farbwerken in Vorlage gebracht. Die Gesamtausgabe umfaßt auch Zuführungen zum Reservefonds.

Arnhold'scher Pensionsverein.

Gesamtausgaben:		Unkosten:
31. Dezember 1909:	33 526,20 Mk.	2 781,28 Mk.

Kasse der Herrschaft Beuthen=Siemianowiz. Verwaltungskosten 38,18 Mk. bei 189 787,11 Mk. Ausgaben (hierbei 110 352,13 Mk. Kapitalanlage).

¹ Für ärztliche Gutachten (was vielleicht nicht hierher gehört) und Reisekosten.

² Diverse Gebühren.

³ Umfassend Zahlungen für die Berufsgenossenschaft, Eisenbahnfahrten, Transportkosten und Krankentontrolle.

⁴ Dasselbe, ferner Zuschuß zum Krankengeld.

⁵ Als eigentliche Verwaltungsausgaben bezeichnet.

⁶ Eisenbahnfahrkosten.

Einsiedelfcher Pensionsverein.

	Gesamtausgaben:	Verwaltungskosten (gelegentlich einschl. Gerichtskosten, Bankspesen usw.)
1904	157 296,06 Mk.	4 994,44 Mk.
1905	166 866,56 "	3 858,85 " ¹
1906	179 330,21 "	4 179,40 "
1907	198 096,88 "	3 968,48 "
1908	239 161,83 "	{ 4 206,90 " ² 3 174,35 "
1909	240 507,74 "	5 066,31 "

Kasse der Angestellten der Allg. Berliner Omnib sgesellschaft.

	Gesamtausgaben:	Verwaltungsausgaben:
1906	18 211,35 Mk.	2 000,90 Mk.
1907	58 616,42 "	1 542,10 "
1908	57 638,37 "	1 334,96 "
1909	88 428,44 "	498,54 "

Pensionskasse des Werks Augsburg.

1906:	550 Mk.	} Ausgaben für versicherungstechnische Gutachten, während die Kosten der schriftlichen Arbeiten vom Werk getragen werden.
1907:	360 "	
1908:	30 "	

Pensionskasse der Beamten der Bad. Anilin- und Sodafabrik. 1909 wurden 2160 Mk. für ein finanztechnisches Gutachten ausgegeben. Im übrigen dürfte ähnliches wie vorher zutreffen, doch erwachsen Bankspesen ³ in folgender Höhe:

1905:	265,60 Mk.	bei 59 488,46 Mk. Gesamtausgaben
1906:	1158,75 " "	74 741,82 " "
1907:	1170,55 " "	66 931,58 " "
1908:	1270,15 " "	77 864,08 " "
1909:	1152,05 " "	74 809,05 " "

Arbeiterpensionsstiftung der Bad. Anilin- und Sodafabrik.

Unkosten 1909	{ Steuern . . . 10 000,— Mk. ⁴	} bei insgesamt 23 001,65 Mk. Gesamtausgaben.
und zwar:	{ Prozeßkosten . . 628,05 "	
	{ Bankspesen . . 122,10 "	

1908 waren Unkosten nicht entstanden.

¹ Bei den 5 Kassen der A.-G. Lauchhammer erwuchsen 1903 bei 482 019,16 Mk. Gesamtausgaben 10 097,96 Mk. Verwaltungskosten.

² Verschiedenes, versicherungstechnische Gutachten.

³ Depotgebühren, Stempel, Porti.

⁴ Schenkungssteuer; gegen die Steuerpflichtigkeit war Einspruch erhoben worden, der im Berichtsjahr von zwei Instanzen abgelehnt worden war und beim Reichsgericht schwebte.

Kasse der Eisenbahnbedarfs-Aktiengesellschaft¹.

1905:	1829,52	Mf.	„Sonstige Ausgaben“ ²
1906:	4429,30	„	„
1907:	2070,07	„	„
1908:	3622,79	„	„
1909:	2167,02	„	„

Tiele-Windler'sche Invalidenkasse.

	Gesamt- ausgabe	Verwaltungs- kosten	Daneben „Sonstige Ausgaben“ ³
1906:	44 526,75 Mf.	61,25 Mf.	161,25 Mf.
1907:	45 685,35 „	1038,75 „	205,90 „
1908:	44 812,30 „	426,85 „	272,70 „
1909:	46 659,76 „	109,85 „	1424,60 „

Voith'sche Kasse. Der Bericht für 1909 verzeichnet für Unkosten (Steuern, Stempel usw.) 1861,25¹ Mf. Ausgabe.

Kasse von Villeroy & Boch.

	Gesamtausgabe	Unkosten (als solche für „Drucksachen usw.“ oder „sächliche Unkosten“ bezeichnet)
1907:	82 327,62 Mf.	109,60 Mf.
1908:	81 503,93 „	158,70 „
1909:	94 280,63 „	220,10 „

Pensionskasse der Ber. Königs- und Laurahütte. Der nur für 1902 vorliegende Bericht verzeichnet bei 138 336,91 Mf. Gesamtausgabe 2742,43 Mf. Verwaltungskosten.

Kasse von Schäffer & Budenberg.

	Gesamtausgabe	Unkosten (Bankierprovisionen, Stempelgebühren beim Kauf von Effekten, Hinterlegungsgebühr)
1904:	12 074,53 Mf.	367,85 Mf.
1905:	13 340,06 „	992,— „ ⁴
1906:	24 851,67 „	419,45 „
1907:	32 337,60 „	468,75 „
1908:	15 020,33 „	420,— „

¹ Die Gesamtausgaben sind nicht vergleichbar, da sie auch die Ausgabe für Effekten enthalten.

² Jedenfalls wenigstens teilweise Unkosten.

³ Die „Sonstigen Ausgaben“ sind angeführt, da es immerhin nicht ausgeschlossen ist, daß, bei der auffallend niedrigen Höhe der als Verwaltungskosten gebuchten Ausgaben in einzelnen Jahren, einige Unkostenposten unter „Sonstigen Ausgaben“ erscheinen. Eine textliche Darstellung fehlt im Geschäftsbericht.

⁴ In diesem Jahre auch für versicherungstechnisches Gutachten.

Röschling'sche Kasse. Die älteren Berichte verzeichnen lediglich Posten unter „Verschiedenes“: 1900/01 62,20 Mk., 1901/02 56 Mk., 1902/03 747,10 Mk., 1903/04 181,32 Mk.

Im zweiten Halbjahr 1904 finden sich Ausgaben für Unkosten, Provisionen und dergleichen bei Effekturnumsätzen von 90,80 Mk., 1905 166,85 Mk., 1906 720,70 Mk., 1909 79,40 Mk., zu denen aber Unkosten beim Ankauf von Wertpapieren in Höhe von 415,55 Mk. stoßen.

Im folgenden sollen Verwaltungskosten und Unkosten zusammenhängend gewürdigt werden:

Die hier zusammengefaßten Posten sind sehr ungleich und geben kein klares Bild. Trotzdem konnte auf ihre Wiedergabe nicht verzichtet werden, da sie in mehreren Fällen zur Verdeutlichung der finanziellen Lage und des Geschäftsgebarens der Kassen dienen.

Verwaltungskosten im engeren Sinne, vor allem solche persönlicher Natur (Gehälter, Provisionen), erwachen anscheinend, wenn überhaupt, nur in ganz geringem Maße. Meistens stellt die dotierende Firma ihr Buchführungspersonal in die Dienste der Kassen, deren Umfang oft ja nicht so beträchtlich ist, daß eigene Beamte gehalten werden könnten. Natürlich ist dies nur in Zusammenhalt mit starker ehrenamtlicher Inanspruchnahme von Angestellten und Arbeitern als Kassenorganen möglich.

Viel häufiger sind Beträge eingesetzt, die sich aus dem finanziellen Verkehr der Kassen mit Banken usw. erklären (solche für versicherungstechnische Berechnungen mögen hier, da sie meist nur einmaliger Natur sind, ganz ausscheiden). Für Bankgebühren, Stempel, Unkosten bei Ankauf und Veräußerung von Wertpapieren sind oft ganz beträchtliche Summen eingesetzt, die im einzelnen aus der Zusammenstellung dieses Paragraphen ersichtlich sind. In einem Falle erwuchs auch eine bedeutende Schenkungssteuer und auch sonst spielen steuerliche Ausgaben, deren Natur nicht näher auszuweisen ist, eine Rolle.

Allgemeingültiges läßt sich auf Grund der sehr zerstreuten Nachrichten insbesondere über das Verhältnis von Gesamtausgabe und Unkosten nicht sagen. Hier fällt erschwerend ins Gewicht, daß die Bilanzen sehr verschiedenartig aufgemacht sind; angekaufte Wertpapiere sind in einzelnen Fällen unter Ausgaben eingesetzt, in anderen aber nicht. Der Prozentsatz der Unkosten läßt sich allenfalls unter Zugrundelegung der Unterstützungsausgaben berechnen, aber auch diese sind, je nach dem Bestand an berechtigten Mitgliedern, ihrem Altersaufbau usw., sehr ungleich und geben keine sichere Vergleichsbasis ab.

II.

Penfionskaffen der Gemeindevewaltungen.

§ 18.

1. Allgemeines.

Die deutschen Stadtgemeinden haben die Sicherftellung ihrer Arbeiter und Angestellten feit längerer Zeit ins Auge gefaßt. Hierüber ift heute eine ziemlich umfangreiche Literatur vorhanden, die freilich durchwegs andere Fragen als die hier zu erörternden behandelt. Insbefondere hat das Problem, wie die Kaffe auf die Freizügigkeit ihrer Mitglieder einwirkt, fich auch auf die ftädtifchen Einrichtungen erftreckt, hier aber im allgemeinen günstige Verhältniffe angetroffen. Nicht fo fteht es mit der Frage der Rechtsnatur des Anspruchs auf Rente, der, da es fich fehr oft um einfeitig von der Stadt dotierte Kaffen handelt, meift fehlt, was allerdings gegenüber der Mehrzahl der privaten Kaffeeneinrichtungen einen Rückftand bedeutet. Freilich befteht bei den ftädtifchen Verwaltungseinrichtungen und dem Einfluß der ftädtifchen Vertretungen zumeift kein Bedenken in sozialer Hinficht.

Diefe Fragen treten hier, wie auch bei den privaten Kaffen, gegenüber jenen, die fich mit der Stellung der Kaffe in Geld- und Kreditverkehr befaßen, zurück. Aber auch diefe letzteren Fragen können nicht in der Breite wie oben bei den privaten Kaffen erörtert werden. Denn eben die mangelnde finanzielle Selbftändigkeit der meiften Kaffen und die einfeitige Dotierung durch die Städte erfchweren ein felbftändiges Finanzgebaren, das für Kredit- und Geldverkehr wichtig werden kann.

Anschließend fei eine Aufzählung der Einrichtungen, über die Material an Satzungen, Beftimmungen und (felten) Gefchäftsberichten vorlag, vorgenommen; es handelt fich um die Städte¹:

Magdeburg,	Mainz,	Forft (Laufitz),
Düffeldorf,	Dresden,	Elberfeld,
Effen,	Erlangen,	Aachen,
Fürth,	Hagen,	Breslau,
Wiesbaden,	Hildesheim,	Caffel,
Ludwigshafen,	Höchst,	Charlottenburg,
Strafßburg,	Eßlingen,	Chemnitz,
Stuttgart,	Frankfurt a. M.,	Regensburg,

¹ Die Sammlung verdankt ihr Entftehen der Münchener Universitätsbibliothek. Nur ihre Beftände wurden hier verwendet, auf die meift länger zurücliegende Literatur (Rombert, Lindemann u. a.) wurde nicht eingegangen.

Erfeld,	Blauen,	Stettin,
Dortmund,	München,	Ulm,
Raumburg a. S.,	Potsdam,	Neu-Kölln,
Nürnberg,	Leipzig,	Mannheim,
Oberhausen,	Gotha,	Schöneberg,
Offenbach,	Worms,	Spandau,
Bojen,	Zwickau,	Trier.

Es wird hernach festzustellen sein, bei welchen dieser Einrichtungen eine (wenn auch noch so geringe) finanzielle Selbständigkeit vorliegt; diese haben dann als Material der Untersuchung vorwiegend zu dienen. Als teilweise Vorfrage hierfür ist jene nach der Rechtsnatur der Kasse — d. h., ob Rechtsanspruch auf ihre Leistungen gewährt wird oder nicht — zu stellen.

§ 19.

2. Die Frage des Rechtsanspruches.

Keinen Rechtsanspruch gewähren die Einrichtungen der Städte:

Spandau,	Potsdam,	Elberfeld,
Schöneberg,	Blauen,	Forst (Lautitz),
Neu-Kölln,	Bojen,	Frankfurt a. M.,
Ulm,	Offenbach,	Höchst a. M.,
Leipzig,	Oberhausen,	Hildesheim ¹ ,
Stettin,	Dortmund ² ,	Hagen,
Zwickau,	Chemnitz,	Mainz,
Worms,	Charlottenburg,	Stuttgart,
Gotha ¹ ,	Cassel,	Wiesbaden,
Essen,	Fürth,	Magdeburg,
Düsseldorf,	Breslau,	Trier ³ .

Rechtsanspruch indessen gewähren:

Karlsruhe,	Nürnberg,	Straßburg,
Mannheim,	Erlangen,	Ludwigshafen,
München,	Dresden,	Regensburg.

In einzelnen Fällen ist die Frage zweifelhaft, in anderen im Statut offengelassen. Im allgemeinen wird hier kein Rechtsanspruch vorliegen.

¹ Hier ist zwischen klagbarem Recht und Anwartschaft, welche letztere vorhanden ist, unterschieden.

² Hier handelt es sich ferner um Fortgewährung des Lohnes bei Verhinderung an der Dienstleistung.

³ Berufung an das Stadtverordnetenkollegium zulässig.

Zumeist ist die Frage des Rechtsanspruches eng mit der der Beitragsleistung seitens der städtischen Angestellten und Arbeiter verquitt. Die letztere gab häufig insofern den Ausschlag, als man der schwierigen Verwaltung — insbesondere auch den Verpflichtungen bei Ausscheiden aus Dienst und Kasse — aus dem Wege gehen wollte und deshalb die einseitige Dotierung der Kasse durch die Stadt, die dann einseitige Verwaltung durch letztere und mangelnde finanzielle Selbstständigkeit zur Folge hat, beschloß.

Gerade der letztere Punkt ist für das hier behandelte Thema besonders wichtig.

§ 20.

3. Einiges über das finanzielle Gebaren der Kassen.

Die hier mitzuteilenden Materialien sind sehr ungleichartig und können ein sicheres Bild der einschlägigen Verhältnisse in keiner Weise gewährleisten. Immerhin bieten sie einige nicht unwichtige Einblicke. Gemeinsam ist ihnen im allgemeinen die relative Geringfügigkeit der für Versorgungszwecke zur Verfügung stehenden Summe. Es ist eben zu erwägen, daß meist laufende Mittel der allgemein städtischen Verwaltung herangezogen werden, eine Kapitalansammlung, die zu selbständiger Anlage Anlaß geben würde, zumeist völlig entfällt. Nur Kassen wie die vornehmlich mehrerer bayrischer Städte (München, Nürnberg, Regensburg), die auf versicherungstechnischer Grundlage beruhen und auch von den Arbeitern Beiträge verlangen, machen hierin eine Ausnahme.

Mit diesem Vorbehalten sei das durch die Umfrage erlangte Material bekanntgegeben.

Regensburg. Im Gegensatz zu den meisten übrigen Einrichtungen handelt es sich hier um eine versicherungstechnisch fundierte Kasse mit eingehenden Bilanzen seit 1901. Von 1901—1909 ergibt sich folgendes:

Jahr	Vermögen in Mitte des Jahres	Zinsen	Stiftungs- zinsen	Gesamteinnahme pro Jahr
1901:	559 327 Mk.	— Mk.	779,50 Mk.	40 295,87 Mk.
1902:	613 600 "	22 294,03 "	1240,— "	130 882,80 "
1903:	701 655 "	22 352,54 "	1222,81 "	126 715,40 "
1904:	788 200 "	29 146,53 "	1240,— "	127 764,75 "
1905:	872 800 "	38 185,25 "	1240,— "	141 247,49 "
1906:	954 000 "	37 352,86 "	1240,— "	152 393,09 "
1907:	1 035 300 "	35 109,58 ¹ "	1240,— "	176 593,50 "
1908:	1 246 148 "	45 542,46 "	1240,— "	218 736,13 "
1909:	1 287 038 "	49 073,77 "	1240,— "	198 528,43 "

¹ Bemerkenswert ist die Zinsminderung infolge Verschiebung des Zinstermins durch Darlehensgewährung.

Die Bilanz der Kasse vom 31. Dezember 1907 schließt bei Aktiven und Passiven in Höhe von je 6504500 Mk. mit einem rechnungsmäßigen Fehlbetrag von 1039480 Mk. ab, für dessen Verzinsung und Tilgung in 20 Jahren bei Annahme eines Diskontsatzes von $3\frac{1}{2}\%$ jährlich 89772,20 Mk. erforderlich sind. Hinzu kommt dann die Beitragsleistung der Gemeinde mit je ca. 200000 Mk. in den Jahren 1908 und 1909.

Nürnberg. Ende 1908 betragen die

Einnahmen	115 261,26 Mk.
Hierunter:	
Erträgnisse des Vermögens	16 696,17 "
Etatmäßiger Zuschuß der Stadtkasse	20 000,— "
Mitgliederbeiträge	75 504,26 "
Betriebsüberschuß	80 573,50 Mk.

Worms. Aufwendungen insgesamt:

1898/99:	50,97 Mk.	1904:	1857,21 Mk.
1899/00:	120,33 "	1905:	2169,61 "
1900/01:	613,22 "	1906:	2347,65 "
1901/02:	783,08 "	1907:	3467,30 "
1902/03:	1355,47 "	1908:	4719,11 "
1903/04:	1685,68 "	1909:	5480,32 "
1910 (Voranschlag):	5600,39 Mk.		

Plauen. Der Fonds beträgt Ende 1908 16500 Mk.

Offenbach. Aufwendungen für die Versorgung der städtischen Bediensteten und Arbeiter nach den Grundsätzen vom 9. Juni 1899:

1899:	302,— Mk.	1905:	7 187,38 Mk.
1900:	1 128,— "	1906:	8 718,09 "
1901:	2 192,— "	1907:	10 916,49 "
1902:	3 113,20 "	1908:	12 951,01 "
1903:	4 572,— "	1909:	14 884,90 "
1904:	6 174,43 "	Zusammen:	72 139,50 Mk.

Leipzig.

Jahr	Bestand (Ende des Jahres)	Beiträge der Ver- waltungsabteilungen	Zinsen von Wertpapieren
1904:	44 357,77 Mk.	73 377,69 Mk.	— Mk.
1905:	79 339,61 "	72 938,41 "	1103,95 "
1906:	138 332,66 ¹ "	99 126,08 "	2178,25 "
1907:	194 872,53 "	99 797,22 "	3842,50 "
1908:	257 717,96 "	112 067,30 "	6178,25 ² "
1909:	329 729,94 "	122 339,96 "	8544,25 "

¹ 1906 waren 50 Mk. Buße aus einer Beleidigungssache eingenommen worden.

² Einschließlich Kursgewinn.

Esslingen. Vermögen am 31. März 1909 27 635 Mk. Davon ab Mehrausgaben für 1908/09 662,87 Mk.

Haupteinnahmequellen ¹ :	Rech. Ergebnis 1908	Voranschlag 1909	Voranschlag 1910
Eintrittsgelder von den Mitgliedern .	298,24 Mk.	200 Mk.	200 Mk.
Jahresbeiträge von den Mitgliedern .	3383,56	3400 "	3400 "
Beiträge der beteiligten Verwaltungen	3383,56 "	3400 "	3400 "
Kapitalzinsen	1102,87 "	1000 "	850 "

Bemerkenswert hierüber dürfte der Rückgang des Kapitalzinses sein.

München. Bemerkenswert ist das umfangreiche statistische Material, welches die Denkschrift zur Errichtung einer Versorgungskasse für niedere Bedienstete und ständige Arbeiter enthält (bearbeitet von dem damaligen Sekretär des statistischen Amtes Dr. Singer). Die meist für den Stand von 1900 angegebenen Daten sind selbstverständlich veraltet und auch für vorliegende Zwecke kaum verwendbar.

Dagegen liegt der Voranschlag für 1909 und 1910 nebst der Rechnung für 1908 vor. Ihnen ist zu entnehmen, daß das Vermögen Ende Juni 1909 1259 000 Mk. war, wozu dann bis Ende 1909 Zuschüsse der Gemeinde in Höhe von 253 371 Mk. treten. Vom Vermögen der Pensionskasse für das Straßenbahnpersonal wurden 1 150 000 Mk. überwiesen, so daß der Gesamtbetrag 2 662 371 Mk. ist, dessen Zinsertrag mit 100 000 Mk. für 1910 angesetzt wird, während 1908 45 549 Mk. erzielt wurden und im Voranschlag 1909 46 400 Mk. vorgesehen waren.

Neben Posten, die hier nicht weiter interessieren, finden sich Ausgaben für Kursverluste, Stückzinsen usw., 1908 in Höhe von 788,54 Mk., 1909 3000 Mk., 1910 3000 Mk. (Voranschläge.)

Gotha. Auch hier enthält eine Denkschrift über das einzuführende, nicht auf Rechtsanspruch beruhende Institut mannigfache allgemeingültige Ausführungen über die finanzielle Seite der Versorgung, wobei die Anschauungen und Erfahrungen anderer Städte wiedergegeben werden (auf Grund einer Oktober 1901 vorgenommenen, hinsichtlich der Einzelheiten also veralteten Erhebung)². — Für Gotha wird ein jährlicher Aufwand von 6000 Mk. errechnet.

¹ Daneben stehen kleine Einnahmen (Geldstrafen, Ersparnisse während Stellenerebigungen).

² Einiges sei immerhin hier mitgeteilt: Magdeburg: „Die Berechnung erscheint . . . entbehrlich, weil es sich bei den Arbeiterrenten zu einem sehr wesentlichen Teil um Beträge handelt, die nur anders zu buchen sind, statt in der Armenverwaltung in der Allgemeinen Verwaltung.“ — Worms erwartet „keine nennenswerten Ausgaben für die Stadt“. Vgl. hierzu aber die obige, beträchtliche Zahlen

Hier liegen ferner Nachweisungen für die seit Inkrafttreten der Versorgung geleisteten Zahlungen vor. Sie belaufen sich folgendermaßen:

Jahr	nach § 40 bis 44 der Arbeitsordnung	nach den Grundfäden, betr. die In- validen- und Hinterbl.=Versorgung
1904/05:	783,81 Mk.	278,60 Mk.
1905/06:	942,84 "	557,20 "
1906/07:	946,41 "	276,29 "
1907/08:	1316,22 "	434,53 "
1908/09:	1582,93 "	519,33 "
1909/10:	1556,70 "	529,46 "

Hier mag eine Übersicht über die finanziellen Leistungen der Stadt Düsseldorf angefügt werden¹.

Jahr	Zahl der Fälle	Zahl d. empfangsberechtigten In- validen	Witwen	Waisen	über- haupt	Höhe der bewilligten			Renten über- haupt Mk.
						Invaliden	Witwen	Waisen	
						Mk.	Gelder Mk.	Mk.	
1902 ² :	3	2	1	—	3	1 031,25	392,—	—	1 423,25
1903:	11	6	5	6	17	2 664,85	1 146,14	350,82	4 161,81
1904:	18	11	7	13	31	5 606,35	1 596,14	773,82	7 976,31
1905:	27	18	9	12	39	9 504,80	1 896,14	728,82	12 129,76
1906:	43	26	17	13	56	12 741,23	4 067,75	880,39	17 689,37
1907:	54	31	22	16	69	14 425,73	5 371,50	931,43	20 728,66
1908:	66	33	31	21	85	15 974,23	7 485,11	1 293,38	24 752,72
1909:	71	33	36	23	92	15 788,10	8 865,36	1 357,89	26 011,35

In Karlsruhe sind auf Grund des Arbeiterstatuts 1907 79 196 Mk., 1908 84 898 Mk. an Ruhegehalt ujm. aufgewendet worden.

Es ist naturgemäß durchaus unmöglich, auf dieses höchst ungleiche und lückenhafte Material, das freilich den Charakter der Einrichtungen ganz gut zum Ausdruck bringt, Untersuchungen, gleich den über die privaten Kassen vorgenommenen, über Anlage, Zinsfuß und dergleichen aufzubauen. Für den Kredit- und Geldverkehr kommen die städtischen Einrichtungen, das kann als negatives Ergebnis gelten, kaum in Betracht. Immerhin ist es wahrscheinlich, daß ein Teil der Bestände, soweit sie überhaupt selbständig verwaltet werden und nicht — der Regelfall! — nur jährliche Zuwendungen ohne Kapitalisierung stattfinden, in den städtischen Sparkassen angelegt wird, gelegentlich vielleicht auch örtlichem Immobilienkredit dient.

umfassende Aufstellung. — Ähnlich Breslau. — Stuttgart: Der Jahresaufwand wird auf höchstens 28 000 Mk. geschätzt. — Mannheim: Jahresaufwand 20 000 Mk. — Freiburg: 24 000 Mk. jährlich. — Karlsruhe: 20 000 bis 25 000 Mk. jährlich.

¹ Das nur 1909 in drei Fällen in Kraft getretene Gnadenvierteljahr ist ebenso wenig wie die Beträge nach § 7 der Grundfäden berücksichtigt.

² Stets am 1. April.

III. Knappschaftskassen.

§ 21.

1. Allgemeines.

Dr. Jüngst hat für die Erhebung über Versicherungswesen das Kapitel Knappschaftskassen geschrieben. Da Verfasser dieses Abschnitts durch Vermittlung der Universitätsbibliothek München ein besonders reichhaltiges Material gerade über die — in vielen Punkten den Werkpensionskassen verwandten — Knappschaftskassen zur Verfügung gestellt erhalten konnte, ersuchte er den Herrn Herausgeber, insoweit auch auf dies Gebiet übergreifen zu dürfen, als es von seinem eigentlichen Bearbeiter nicht bereits erschöpft war. Die freundlichst zur Einsicht übersandten Druckbogen der Arbeit des Herrn Dr. Jüngst enthalten nun neben den rechtlich-tatsächlichen Unterlagen der Knappschaftskassen alle zusammenfassenden Zahlen über Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der deutschen und preussischen Knappschaftsvereine. Was hingegen den für die vorliegende Abhandlung wohl bedeutungsvollsten Punkt, die Vermögensanlage und angrenzende Fragen, betrifft, so beschränkt sich die Jüngst'sche Darstellung auf fünf große Vereine, ohne auch hier auf Einzelheiten einzugehen:

1. Allgemeiner Knappschaftsverein zu Bochum,
2. Saarbrücker Knappschaftsverein,
3. Oberschlesischer Knappschaftsverein,
4. Niederschlesischer Knappschaftsverein,
5. Hauptknappschaftsverein Klauenthal,

endlich ist 6. die Rückversicherungsanstalt einbezogen. Ausdrücklich heißt es bei Jüngst, daß „für die Gesamtheit der Knappschaftsvereine keine Auskunft“ gegeben werden konnte; von diesem Gesichtspunkte aus kann eine Ergänzung jener Feststellungen nur erwünscht erscheinen.

Aber auch innerhalb des engeren Themas der Werkpensionskassen könnte an einzelnen Knappschaftsvereinen nicht vorbeigegangen werden; an jenen nämlich, die Hüttenarbeiter von Firmen, für deren übrige Betriebe Werkpensionskassen errichtet sind, umfassen. Als Beispiel sei der Knappschaftsverein der Firma Lauchhammer erwähnt, über deren Pensionskasse oben abgehandelt ist. Ganz allgemein ist die Bezeichnung Knappschaftsverein nach der historischen Entwicklung nicht auf den Bergbau be-

beschränkt, um so mehr bestand Veranlassung, hier das Thema etwas weiter zu fassen.

Geschah dies aber, so war Begrenzung in einem anderen Sinne geboten, schon deshalb, um bestimmte Ausführungen von Dr. Jüngst über Zweck und Organisation des Knappschaftswesens nicht zu wiederholen: Lediglich die engsten Fragen der Vermögensanlage und der Vermögensverzinsung konnten für die Knappschaftskassen behandelt werden; wurde bei den Werkpensionskassen weit ausgeholt, um auf Grund der Satzungen die Organisation der Kassen als Unterlage für ihre Geschäftsberichte darzustellen, so stützt sich die Erörterung der Knappschaftskassen fast ausschließlich auf die letzteren, die oft auf Jahre zurückverfolgt werden können und in ihrer Gesamtheit wohl ein gutes Bild von der Bedeutung der Knappschaftsvereine für Geld- und Kreditwesen bieten.

§ 22.

2. Übersicht über das Material.

Das vorhandene Material soll nun vorgeführt werden, wobei auch jene Vereine, die Jüngst schon gestreift hat, mit aufgeführt werden mögen:

1. *Halle'scher Knappschaftsverein zu Halle.
2. *Heller Knappschaftsverein zu Gerdorf.
3. *Halberstädter Knappschaftsverein zu Halberstadt.
4. *Brandenburger Knappschaftsverein zu Guben.
5. *Lauchhammer'scher Knappschaftsverein zu Lauchhammer.
6. *Holzappeler Knappschaftsverein zu Laurenburg a. d. Lahn.
7. *a) Wernigeröder Knappschaftsverein zu Ilsenburg am Harz,
*b) Krankenkasse desselben.
8. Meinerzhagener Knappschaftsverein zu Mechernich.
9. *Knappschaftliches Krankenhaus der Peiner Walzwerke.
10. *a) Knappschaftliche Krankenkasse der Ilseeder Hütte,
*b) Ilseeder Knappschaftsverein.
11. *Hofenbacher Knappschaftskassen.
12. *Müßener Knappschaftsverein.
13. Knappschaftsverein der Grafschaft Wittgenstein zu Wittgenstein.
14. Knappschaftsverein der Saline Saffendorf zu Saffendorf.
15. Knappschaftskrankenkasse der Gebr. Stummschen Bergverwaltung zu Rodheim a. d. Bieber.
16. Knappschaftsverein der Saline Rothenfelde zu Bad Rothenfelde.

17. *Rüdersdorfer Knappschaftsverein zu Ralkberge (Mark).
18. *Niedermendiger Knappschaftsverein.
19. *Knappschaftsverein der Rheinböllerhütte.
20. Quinter Knappschaftsverein.
21. Thüringer Knappschaftsverein.
22. Knappschaftsverein der Salinen Werl, Neuwerk und Höppe zu Werl.
23. *Siegener Knappschaftsverein zu Siegen.
24. *Mansfelder Knappschaftsverein zu Eisleben.
25. Emser Knappschaftsverein.
26. *Eschweiler Knappschaftsverein zu Eschweiler.
27. *Knappschaftsverein von Eschweiler-Pümpchen.
28. *Georgs-Marien-Hütten-Knappschaftsverein.
29. St. Goarer Knappschaftsverein.
30. *Unterharzer Knappschaftsverein zu Goslar.
31. *Plessischer Knappschaftsverein zu Rattowitz.
32. *Krankenkasse der Rattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb zu Rattowitz.
33. *Knappschaftsverein der Bergarbeiter auf den fgl. Steinkohlenbergwerken bei Jbberbüren.
34. *Niederschlesischer Knappschaftsverein zu Waldenburg.
35. *Brühler Knappschaftsverein zu Brühl.
36. *Casseler Knappschaftsverein.
37. *Hauptknappschaftsverein zu Clausthal.
38. Knappschaftsverein der Dillinger Hüttenwerke zu Dillingen (Saar).
39. Knappschaftsverein auf den Hüttenwerken, Messingwerk und Eisenspalterei am Finowkanal.
40. *Deutzer Knappschaftsverein in Bensberg.
41. Rheinischer Knappschaftsverein.
42. *Minden-Ravensberg'scher Knappschaftsverein zu Barchhausen.
43. *Briloner Knappschaftsverein.
44. Knappschaftsverein Theodorshalle zu Bad Kreuznach.
45. Langenhütter Knappschaftsverein zu Langenhütte.
46. *Stolberger Knappschaftsverein zu Stolberg (Rh.).
47. *Olper Knappschaftsverein.
48. Knappschaftsverein der Stromberger Neuhütte.
49. *Burmknappschaftsverein zu Bardenberg.
50. *Moselknappschaft zu Mayen.

51. *Oberschlesischer Knappschaftsverein.
52. *Allg. Knappschaftsverein Nassau zu Weilburg a. d. Lahn.
53. *Allg. Knappschaftsverein zu Bochum.
54. *Saarbrücker Knappschaftsverein.

Für die 36 mit * ausgezeichneten Kasseneinrichtungen liegen Geschäftsberichte vor, die zumeist mit 1909 und 1910 abschließen, in den allermeisten Fällen eine Reihe von Jahren zurückreichen und auf diese Weise einen guten Überblick über die finanzielle Entwicklung der Kassen gewähren. Hierbei ist grundsätzlich zu bemerken, daß die gegen Ende der Berichtszeit bei mehreren Kassen eingetretene Verschmelzung mit anderen, insbesondere den großen Knappschaftsvereinen, für die Untersuchung wenig ausmacht; es handelt sich um Feststellung der Einwirkung auf den Kredit, insbesondere auf den örtlichen Immobiliarkredit, und die Vereinigung mit anderen Kassen kann eine gänzliche Änderung der Vermögensanlagen und der für sie maßgebenden Grundsätze nur bedingt bewirkt haben. Häufig werden entsprechende Bedingungen bei der Verschmelzungsaktion ausgemacht worden sein, im übrigen unterliegt die Anlage, schon aus Rücksicht auf den Kurswert, keiner plötzlichen Änderung. Auch die beobachtete große Konstanz der Anlage bei den meisten Kassen spricht hierfür. Insofern durften auch Kassen, die heute nicht mehr selbständig bestehen, in die finanztechnische Untersuchung mit einbezogen werden.

§ 23.

3. Vermögensansammlung.

Ähnlich wie im ersten Abschnitte dieser Arbeit gilt es, zunächst die Vermögensansammlung der — einschließlich der fünf großen, von Dr. Jüngst behandelten — 39 Knappschaftskassen (von denen ein Teil für Krankenz- und Pensionskasse getrennt berichten) in Augenschein zu nehmen.

1. Halle'scher Pensionsverein¹. Der Bestand des im Halle'schen Verein späterhin aufgegangenen Neupreußischen Knappschaftsvereins war Ende 1904 1 993 696,94 Mk. Gleichzeitig hatte die Haftpflichtkasse einen Bestand von 40 776,80 Mk. Ende 1905 war das Gesamtvermögen 2 193 208,29 Mk.; 37 494,65 Mk. waren in der Haftpflichtkasse vorhanden. Ende 1906 war das Vermögen der — weiterhin allein zu betrachtenden — Knappschaftskasse auf 2 501 314,97 Mk. gestiegen, die Haftpflichtkasse enthielt 34 819,55 Mk.

¹ Früher Neupreußischer und Saalfreier Knappschaftsverein.

Der zweite Verein, der Saalkreiser Knappschaftsverein, hatte zu Beginn 1906 976 772,92 Mk., am Schlusse 1906 1 167 141,11 Mk. Vermögen.

Für 1907 und 1908 wird über den neuen Gesamtverein berichtet.

Vermögen am 1. Januar 1907:	3 668 456,08 Mk.
" Ende 1907:	4 278 533,85 "
" " 1908:	5 491 922,47 "

Anschließend sei über den Halleschen Salinen-Knappschaftsverein berichtet.

Vermögen Ende 1905:	192 452,30 Mk.
" " 1906:	192 454,75 "
" " 1907:	206 810,60 "

2. Heller Knappschaftsverein (1907/08 nur Pensionskasse).

Vermögen Anfang 1904:	612 896,91 Mk.
" Ende 1904:	621 442,69 "
" " 1905:	671 446,36 "
" " 1906:	747 082,20 "
" " 1907:	807 839,65 "
" " 1908:	944 699,98 "
" " 1909:	1 050 487,81 "

3. Halberstädter Knappschaftsverein.

Vermögen ¹	Ende	Knappschaftskasse	Hauptpflichtkasse
	1903:	5 253 181,99 Mk.	94 665,57 Mk.
"	" 1904:	5 680 168,30 "	95 372,17 "
"	" 1905:	6 121 568,31 "	96 976,32 "
"	" 1906:	6 653 553,80 "	99 988,87 "
"	" 1907:	7 244 001,65 "	102 736,54 "
"	" 1908: ²	8 016 778,16 "	114 346,08 "
"	" 1909:	8 970 158,49 "	122 103,07 "

4. Brandenburger Knappschaftsverein.

Vermögen Ende 1903:	2 706 727,32 Mk.
" " 1904:	2 820 286,99 "
" " 1905:	2 943 162,61 "
" " 1906:	3 095 642,72 "
" " 1907:	3 237 731,14 "
" " 1908:	3 823 708,29 "

¹ Nominell; Vermögen unter Berücksichtigung des Kurswertes der Wertpapiere vgl. § 25.

² Nunmehr im Bericht ausgeschieden nach Kranken- und Pensionskasse und verschiedene Fonds.

³ Von kleineren Fonds ist abgesehen.

5. Lauchhammer'scher Pensionsverein¹.

		Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen	Ende 1905:	299 487,98 Mf.	20 172,08 Mf.
"	" 1906:	269 095,56 "	65 070,87 "
"	" 1907:	327 879,25 "	14 174,97 "
"	" 1908:	374 683,98 "	44 668,10 "
"	" 1909:	413 323,26 "	104 675,98 "

6. Holzappeler Knappschaftsverein (Pensionskasse).

Gesamtvermögen	Ende 1904:	132 036,66 Mf.
"	" 1905:	130 621,34 "
"	" 1906:	129 038,57 "
"	" 1907:	121 915,04 "
"	" 1908:	118 158,07 "
"	" 1909:	138 900,44 "

Die Bilanz der Krankenkasse, in der hauptsächlich das Krankenhaus und Mobiliarbesitz erscheint, ist unbeträchtlich.

7. Wernigeröder Knappschaftsverein.

		Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen	Ende 1908:	28 240,— Mf.	25 338,01 Mf.
"	" 1909:	38 813,07 "	24 182,43 "

Über Anlage ufm. ist nichts bekannt.

8. Knappschaftliche Krankenkasse der Peiner Walzwerke.

Vermögen	1907:	132 671,80 Mf.
"	1908:	156 603,11 "
"	1909:	187 426,66 "

9. Slesder Knappschaftsverein.

Vermögen	Ende 1904:	1 447 571,15 Mf.	} einschl. Krankenkasse.
"	" 1905:	1 482 016,8 "	
"	" 1906:	1 578 946,76 "	
"	" 1907:	1 678 813,32 "	
"	" 1908:	1 626 948,66 "	
"	" 1909:	1 782 438,56 "	

¹ Eine interessante Aufstellung im Jahresbericht 1908 führt die Vermögensentwicklung bis 1859 zurück; damals betrug es 18 752 Mf.; 1865: 52 160 Mf.; 1887: 101 534 Mf.; 1895: 150 484 Mf.; 1899: 200 780 Mf.; 1902: 262 455 Mf. Vgl. hinsichtlich des von der gleichen Firma dotierten Ein siedel'schen Pensionsvereins oben bei den Werfkassen.

² 235 000 Mf. wurden an die Krankenkassen überwiesen.

10. Hofenbacher Knappschaftskassen.

		Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen Ende 1905:	452 704,85	Mk.	6168,49 Mk.
" " 1906:	454 736,50	"	3485,75 "
" " 1907:	457 369,29	"	1571,95 "
" " 1908:	471 816,88	"	5627,29 "
" " 1909:	521 650,68	"	6319,60 "

11. Müsener Knappschaftskasse.

Vermögen Ende 1904:	237 451,36	Mk.
" " 1905:	252 839,96	"
" " 1906:	268 303,87	"
" " 1907:	284 119,23	"
" " 1908:	325 135,80	" ¹

12. Niedermendiger Knappschaft.

Vermögen am 1. Januar 1906:	15 530,50	Mk.
" " 1. " 1907:	17 208,64	"
" " 1. " 1908:	18 506,77	"
" " 1. " 1909:	17 865,95	"

13. Knappschaftsverein der Rheinböllerhütte. Nach der vorhandenen Übersicht von 1905—1909, die das Vermögen nicht angibt, bewegen sich Einnahmen und Ausgaben meist in ähnlicher Höhe.

14. Casseler Knappschaftsverein.

		Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen Ende 1904:	166 476,66	Mk.	Mk.
" " 1905:	180 889,66	"	"
" " 1906:	202 850,39	"	"
" " 1907:	231 652,36	"	"
" " 1908:	—	288 800,48	51 465,17
" " 1909:	—	385 732,82	70 575,29

15. Brühlcher Knappschaftsverein.

		Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen Ende 1903:	688 501,26	Mk.	Mk.
" " 1904:	742 809,98	"	"
" " 1905:	768 869,92	"	"
" " 1906:	836 278,78	"	"
" " 1907:	914 582,04	"	"
" " 1908:	—	1 029 086,10	40 067,79

16. Többenbürener Knappschaftsverein.

		Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen Ende 1908:	413 521,10	Mk.	Mk.
" " 1909:	443 441,69	"	"

¹ 284 791,74 Mk. Pensionskasse, 40 344 Mk. Krankenkasse.

² Ohne Kursverlust und Abschreibung an Mobilien.

17. Rüdersdorfer Knappschaftskasse.

Vermögen Ende 1901:	103 575,14	Mf.
" " 1902:	94 241,56	"
" " 1903:	94 859,28	"
" " 1904:	106 424,16	"
" " 1905:	118 219,59	"
" " 1906:	139 719,26	"
" " 1907:	162 495,11	"
" " 1908:	— ¹	"

18. Krankenkasse der Rattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb. Vermögen 1905: 75 837,87 Mf.².

19. Plessischer Knappschaftsverein.

	Krankenkasse	Pensionskasse
Gesamtvermögen Ende 1906:	— Mf.	313 600,— Mf.
" " 1907:	15 000,— "	355 300,— " ³
" " 1908:	27 671,83 "	441 694,62 "
" " 1909:	50 974,17 "	559 838,61 " ⁴

20. Unterharzer Knappschaftsverein.

Vermögen Ende 1904:	794 435,23	Mf.
" " 1905:	802 556,08	"
" " 1906:	795 101,03	"
" " 1907:	774 161,90	"
" " 1908:	815 042,66	"
" " 1909:	846 706,33	"

21. Georgs-Marien-Hütten-Knappschaftsverein.

Vermögen Ende 1903:	887 959,82	Mf.
" " 1904:	904 912,35	"
" " 1905:	888 057,61	"
" " 1906:	881 112,61	"
" " 1907:	873 930,11	"
" " 1908:	1 033 540,46	"
" " 1909:	1 130 592,69	" ⁵

¹ Nach Pensions- und Krankenkasse geschieden. Vermögen aus dem Geschäftsbericht nicht zu ersehen.

² S. auch § 25.

³ Es findet sich auch die Angabe: 398 241,82 Mf.

⁴ Nennwert. — Über Kurswert s. unter § 25.

⁵ An dem schlechten Abschluß mehrerer Jahre hatte wohl die Aufnahme des alten Piesberger Vereins schuld. Die Abschlüsse 1908/09 gelten nur für die Pensionskasse.

22. Eschweiler Knappschaftsverein.

		Pensionskasse
Vermögen Anfang 1904:	397 332,66	Mf.
" Ende 1904:	434 748,15	"
" " 1905:	458 126,05	"
" " 1906:	483 999,60	"
" " 1907:	517 525,98	"
" " 1908:	516 201,77	"

Die Krankenkasse schließt erst 1908 mit einem Vermögen von 37 887,94 Mf. ab.

23. Knappschaft von Eschweiler=Pümpchen.

		Krankenkasse	Pensionskasse
Vermögen Ende 1905:	99 082,60	Mf.	— Mf.
" " 1906:	101 052,94	"	— "
" " 1907:	102 112,61	"	— "
" " 1908:	—	22 927,75	81 978,74
" " 1909:	—	27 703,55	84 702,89

24. Siegener Knappschaftsverein.

		Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen Ende 1904:	337 929,24	Mf.	— Mf.
" " 1905:	361 252,53	"	— "
" " 1906:	435 543,09	"	— "
" " 1907:	480 479,58	"	— "
" " 1908:	—	665 003,14	— "
" " 1909:	—	845 610,84	45 432,76

25. Mansfelder Knappschaftsverein.

Vermögen Ende 1903:	4 376 748,64	Mf.	
" " 1904:	4 631 790,34	"	
" " 1905:	4 913 432,32	"	
" " 1906:	5 100 508,11	"	
" " 1907:	5 187 817,28	{ 603 142,87 Mf. Krankenkasse	
		{ 4 584 674,41 " Pensionskasse	
" " 1908:	5 885 838,06	{ 575 859,06 " Krankenkasse	
		{ 5 309 979,— " Pensionskasse	

26. Minden=Ravensberger Knappschaftsverein. Die Nachweise reichen bis 1899 zurück.

Vermögen Ende 1899:	120 083,26	Mf.
" " 1900:	121 904,57	"
" " 1901:	120 134,31	"
" " 1902:	117 484,57	"
" " 1903:	120 013,24	"
" " 1904:	123 725,77	"

Vermögen Ende 1905:	126 868,41	Mf.
" " 1906:	126 594,62	"
" " 1907:	129 918,40	"
" " 1908:	131 920,64	"
" " 1909:	{ 109 406,29	" Pensionskasse
	{ 27 932,70	" Krankenkasse

27. Rheinische Knappschaftskasse und mit ihr in Verbindung stehende Kassen. Es handelt sich hierbei um folgende Kassen:

1. Knappschaftspensionskasse zu Beuel,
2. Knappschaftsrankenkasse " "
3. Krankenkassen der Wiffener Bergwerke und Hütten-Vereinigung, Wiffershütte-Heinrichshütte, Hohegrethe-Petersbach, St. Andreas,
4. Fried. Krupp'sche Krankenkassen
Bendorf, Sayn-Mühlhofen,
Horhausen, Neuwied,
Hünderoth, Kirchen.

Keine der Kassen mit Ausnahme der beiden zu Beuel verfügt über ein größeres Vermögen (nur eine über mehr als 60 000 Mf.), sie können hier, da auch nichts Näheres über Kapitalanlage mitgeteilt ist, übergangen werden, so daß sich die Darstellung auf die Kassen von Beuel beschränken kann.

Vermögen Ende	1904 ¹ :	Knappschafts- pensionskasse Beuel	Knappschafts- rankenkasse Beuel
		696 359,01 Mf.	82 607,41 Mf.
" " 1905:		726 397,46 "	78 914,02 "
" " 1906:		768 567,44 "	85 661,52 "
" " 1907:		815 383,82 "	90 421,62 "
" " 1908:		877 145,32 "	90 522,62 "
" " 1909:		927 411,96 "	81 417,86 "

28. Deutscher Knappschaftsverein.

Vermögen Ende	1905:	Krankenkasse	Pensionskasse
		53 756,25 Mf.	183 071,95 Mf.
" " 1906:		54 269,89 "	192 174,78 "
" " 1907:		56 993,76 "	198 075,54 "
" " 1908:		51 965,33 "	216 627,32 "
" " 1909:		53 186,70 "	250 496,09 "

¹ Nach dem Anschaffungswert. Über Anschaffungs- und Kurswert der Staatspapiere usw. s. unten § 25.

29. Briloner Knappschaftsverein.

Vermögen Ende			Pensionskasse		Krankenkasse	
			—	Mf.	—	Mf.
1904:	105 949,75	Mf.	—	—	—	—
" " 1905:	116 116,13	"	—	—	—	—
" " 1906:	119 830,81	"	—	—	—	—
" " 1907:	—	"	113 772,03	"	—	—
" " 1908:	—	"	150 280,44	"	—	—
" " 1909:	—	"	182 104,79	"	10 024,32	"

30. Olper Knappschaftsverein.

Vermögen Ende 1904:	37 529,86	Mf.				
" " 1905:	38 036,93	"				
" " 1906:	40 212,03	"				
" " 1907:	46 268,94	"				
" " 1908:	63 180,96	"	, davon 54 049,43 Mf. Pensionskasse			
" " 1909:	78 822,71	"	60 957,44	"		

31. Wurm-Knappschaftsverein. Das Vermögen läßt sich bis 1867 zurückverfolgen, betrug in diesem Jahre 225 425,30 Mf., 1882 309 313,98 Mf., 1892 403 628,22 Mf., 1895 508 642,38 Mf., 1898 603 645,16 Mf., 1900 715 844,23 Mf.; ferner:

1901:	829 839,97	Mf.	1905:	1 051 018,67	Mf.
1902:	943 768,52	"	1906:	1 097 329,86	"
1903:	1 073 558,81	"	1907:	1 152 463,95	"
1904:	1 047 888,80	"	1908:	1 601 384,27	" ¹

32. Moselfn Knappschaft. Vermögen (der allgemeinen Vereinskasse mit den vier Bezirken zusammen):

Ende 1904:	49 019,56	Mf.	Ende 1907:	43 378,51	Mf.
" 1905:	47 487,14	"	" 1908:	41 580,29	"
" 1906:	45 676,14	"			

33. Allg. Knappschaftsverein Nassau. (37 Krankenkassen, 1 Pensionskasse.)

Kasse.)	Gesamtvermögen aller Krankenkassen	Pensionskasse
Anfang 1907:	286 321,47 Mf.	1 017 972,91 Mf.
Ende 1907:	305 737,01 "	1 044 432,26 "
" 1908:	314 551,54 "	1 101 399,45 "
" 1909:	318 242,01 "	1 207 557,73 "

34. Stolberger Knappschaftsverein. Die Denkschrift zur 50-jährigen Feier des Vereins führt die Vermögensübersicht bis 1859 zurück. In diesem Jahr war in der Pensionskasse und den Krankenkassen zusammen 29 405,03 Mf. vorhanden, 1868 103 232,50 Mf., 1895 wurden die beiden Kassen verselbstständigt, 1898 (nach langer Stagnation und teilweisem Rückgang) zählte man 230 305,01 Mf., 1900 397 033,69 Mf., 1901 475 610,63 Mf., 1902 555 920,10 Mf. Seit 1903 ist die Entwicklung der Pensionskasse die folgende (bis 1908):

¹ Pensionskasse: 1 560 814,99 Mf.

1903:	637 194,52 Mf.	1906:	842 025,10 Mf.
1904:	686 689,32 "	1907:	957 914,34 "
1905:	751 550,62 "	1908:	1 024 283,87 "

Die Krankenkassen hatten 1895: 11 697,36 Mf., 1899: 110 811,62 Mf., 1906: 223 457,55 Mf., 1907: 238 914,86 Mf., 1908: 242 701,05 Mf.

35. Niederschlesischer Knappschaftsverein; Pensionskasse.

	Mobiles Vermögen ¹	Gesamtvermögen
Der angelegte Bestand ist Ende 1904:	2 517 578,68 Mf.	2 818 395,86 Mf.
Der " " " 1905:	2 587 668,21 "	2 888 485,21 "
" " " " 1906:	2 496 629,38 "	2 922 446,38 "
" " " " 1907:	2 596 096,10 "	2 929 913,10 "
" " " " 1908:	2 195 156,66 "	3 649 448,66 "

Die Krankenkasse hat 1908 einen Bestand von 254 646,85 Mf. Als Rücklage zum Reservefonds sind 150 000 Mf. 3 1/2 % Preuß. Konsols bestimmt.

36. Oberschlesischer Knappschaftsverein.

Vermögen Anfang 1904:	27 791 706,29 Mf.	
" Ende 1904:	30 222 673,52 "	
" " 1905:	32 316 862,75 "	
" " 1906:	34 634 032,36 "	
" " 1907:	36 463 696,88 "	
" " 1908:	39 221 852,23 " in der Pensionskasse	
	1 427 150,53 " " " Krankenkasse.	

37. Hauptknappschaftsverein zu Clausthal.

	Pensionskasse	Krankenkasse
Vermögen Ende 1903:	3 688 679,59 Mf.	— Mf.
" " 1904:	3 822 849,20 "	— "
" " 1905:	4 010 568,23 "	— "
" " 1906:	4 242 846,86 "	996 192,57 "
" " 1907:	4 537 410,27 "	1 075 760,83 "
" " 1908:	6 078 365,19 "	1 109 975,37 "

38. Saarbrücker Knappschaftsverein.

	Pensionskasse	Invalidenversicherungskasse
Vermögen Ende 1903:	15 395 062,30 Mf.	— Mf.
" " 1904:	17 070 118,76 "	— "
" " 1905:	18 855 108,15 "	— "
" " 1906:	20 962 083,52 "	— "
" " 1907:	15 241 591,— " ²	8 735 287,76 "
" " 1908:	17 308 107,10 "	9 157 281,74 "

¹ Der Verein hat ein beträchtliches Darlehen (1908: 450 000 Mf.) vom Oberschlesischen Verein aufgenommen.

² 1907 sind dem Vermögen der Pensionskasse Wertpapiere im Nennwerte von 8 331 500 Mf. entnommen worden. Sie dienen als Vermögen der neugegründeten Invalidenversicherungskasse.

Die Krankenkasse hat Ende 1907 341 544,18 Mk., Ende 1908 60 994,35 Mk. reines Vermögen.

39. Allgemeiner Knappschaftsverein zu Bochum.

Gesamtvermögen aller Kassen (Rücklage) ¹ Ende 1901:				57 413 422,29	Mk.
"	"	"	"	1902:	63 825 215,68 "
"	"	"	"	1903:	70 824 172,09 "
"	"	"	"	1904:	77 599 506,90 "
"	"	"	"	1905:	84 482 781,19 "
"	"	"	"	1906:	94 252 775,74 "
"	"	"	"	1907:	105 985 752,67 "
"	"	"	"	1908:	130 786 640,21 "

§ 24.

4. Vermögensanlage.

1. Hallescher Knappschaftsverein. a) Neupreußischer Knappschaftsverein. Ende 1904 bzw. 1905 wird die Anlage wie folgt nachgewiesen:

	1904 Mk.	1905 Mk.	1906 Mk.
Hypotheken	522 350,—	505 050,—	470 050,—
Effekten:			
3 1/2 % Prioritätsobligat. der Bergisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft	5 100,—	5 100,—	5 100,—
Anleihecheine des Provinz-Verbandes der Provinz Sachsen	20 000,—	20 000,—	20 000,—
3 1/2 % Landschaftliche Zentral-Pfandbriefe	150 000,—	150 000,—	150 000,—
3 1/2 % Konso. Staatsanleihe, in das Staatsschuldbuch eingetragen.	996 350,—	1 186 350,—	1 459 350,—
3 % desgl.	103 000,—	103 000,—	103 000,—
Sparfasseneinlagen	4 537,36	4 537,36	—
Bankguthaben	—	—	198 363,73
Bar u. Reichsbank-Girofontoguthaben	128 105,39	146 943,36	7 877,65
3 1/2 % Erfurter Stadtanleihe.	—	—	20 000,—
	1 929 442,75 ²	2 120 980,72 ³	2 433 741,88 ³

Das Vermögen der Haftpflichtkasse ist 1904 zu 37 050 Mk., 1905 zu 36 750 Mk., 1906 zu 33 750 Mk. in 3 1/2 % konso. Preuß. Anleihe festgelegt, sonst in bar vorhanden.

¹ Abzüglich 3 Millionen für Betriebsmittel.

² Hierzu das Verwaltungsgebäude mit 62 000 Mk. sowie kleine Einnahmestefte.

³ Ähnlich wie Note 2.

d) Hallescher Salinen-Knappschaftsverein.

	1905	1906	1907
Hypotheken	164 000,— Mf.	164 000,— Mf.	} Fast genau gleich, nur sind die Kure auf 22 770,— Mf. gestiegen.
Spareinlagen	528,37 "	952,26 "	
Wert des Grundeigentums }	14 881,67 "	14 881,67 "	
Kure der Pfännerchaft	2 100,— "	2 100,— "	
Erbzinsen usw. ¹	9 900,— "	9 900,— "	
	116,80 "	116,80 "	

2. Heller Knappschaftsverein.

Vermögens- anlage ² :	Ende 1904	1905	1906	1907	1908	1909
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Hypotheken	45 770,—	54 006,—	75 486,—	110 586,—	122 136,—	157 386,—
Staatsschuldscheine	476 000,—	476 000,—	546 000,—	581 000,—	581 000,—	581 000,—
Guthaben bei der Volksbank in Kirchen	57 076,25	79 871,72	118 990,56 ³	26 552,15	38 657,56	24 620,35
Geschätzte Reserven bei d. Rückversich.-Anstalt	—	—	—	—	102 912,67	230 634,68

3. Halberstädter Knappschaftskasse. Fast die gesamte Anlage geschieht 1904—1906 in Wertpapieren. Über die Differenzen von Nominal- und Kurswert berichtet § 25.

Anlage in Wertpapieren:	1904		1905		1906	
	Pensions- kasse	Haft- pflicht- kasse	Pensions- kasse	Haft- pflicht- kasse	Pensions- kasse	Haft- pflicht- kasse
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Wertpapiere	4 751 900	93 500	5 181 900	93 500	5 736 900	93 500
Davon im Preu- ßischen Staatsschuldbuch eingetragen	4 488 000	Mf.	4 918 000	Mf.	5 473 000	Mf.
Im Reichsschuldbuch eingetragen	30 000	"	30 000	"	30 000	"
Bei der Kgl. Seehandlung eingetragen	287 400	"	287 400	"	287 400	"
Bei der Reichsbankfiliale hinterlegt	40 000	"	40 000	"	40 000	"

¹ Ferner Rückstände.

² Abgesehen von kleinen, wahrscheinlich bar vorhandenen Einnahmestücken und dem nicht hohen Immobilienwert.

³ Dieser Posten ist nicht klar ersichtlich.

(Fortsetzung.)

	1907	
	Pensionstaffe	Haftpflichtstaffe
Wertpapiere	5 908 400 Mf.	93 500 Mf.
Davon im Preussischen Staatsschuldbuch . . .	5 573 000 Mf.	
„ „ Reichsschuldbuch	30 000 „	
Bei der Kgl. Seehandlung	358 900 „	
Bei der Reichsbankfiliale	40 000 „	

In den Jahren 1904—1907 finden sich gleichzeitig folgende Beträge für ausstehende Kapitalien:

697 492,25 Mf.	688 342,25 Mf.
712 742,25 „	1 097 121,25 „

Man wird annehmen müssen, daß es sich (vgl. hernach Abschluß für 1908/09) um Darlehen und Hypotheken handelt.

1908 und 1909 werden diese Nachweise nicht mehr gegeben. Dagegen enthält der Vermögensnachweis — man kann sich auf die Pensionstaffe, die nun selbständig erscheint, beschränken — folgende Aufstellung:

	Wertpapiere zum Nennwert	Hypotheken und Darlehen	Bar, Bankguthaben und Vorschüsse
Ende 1908 ¹	5 908 400,— Mf.	1 807 337,25 Mf.	301 040,91 Mf.
„ 1909	5 908 400,— „	2 641 287,25 „	252 471,24 „

Anscheinend ist die Darlehns- und Hypothekenbegebung, um die es sich auch bei dem Posten „Ausstehende Kapitalien“ in den Abschlüssen für 1905—1907 handeln muß, bedeutend an Umfang gewachsen.

4. Brandenburger Knappschaftsverein.

Vermögens- anlage:	Ende 1904	1905	1906	1907	1908
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bar und in Vor- schüssen ²	78 166,91	85 327,88	120 762,29	156 021,95	89 238,22
Hypotheken	1 224 530,18	1 246 025,18	1 440 215,18	1 562 505,18	1 210 280,18
Eintragungen in das Staatsschuldbuch	1 283 200,—	1 283 200,—	1 323 200,—	1 323 200,—	1 323 200,—
Preuß. konsolidierte Staatsanleihe . . .	50 000,—	—	—	10 000,— ⁴	10 000,— ⁴
Immobilienbesitz ³ .	156 737,29	142 265,29	127 793,29	113 321,29	100 244,29

¹ 1908 wurden für 750 457,50 Mf. Kapitalien ausgeliehen und Wertpapiere angekauft. 1909 für 886 500,— Mf.

² Ferner gleichbleibender Anteil von 15 000 Mf. am Senftenberger Krankenhaus und kleine Bestände.

³ Kleinerer Mobilienbesitz kommt ferner hinzu.

⁴ 3½ %.

	Ende 1904	1905	1906	1907	1908
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Kur- u. Neumärkische Kommun.-Schuld- verschreibung . .	—	120 000,—	—	—	—
Kommunaloblig. der Hessischen Landes- Hypotheken-Bank	—	40 000,—	60 000,—	50 000,—	50 000,—
Städteanleihen (nicht näher spezifiziert)	—	—	—	—	1015 680,—

Bemerkenswert sind unter den Einnahmeposten Amortisationsbeträge von Hypotheken: 1904 1600 Mf., 1905 2405 Mf., 1906 2710 Mf., 1907 4310 Mf., 1908 1680 Mf.

Ferner zurückbezahlte Hypotheken: 1904 181 000 Mf., 1905 109 100 Mf.¹, 1906 149 929,55 Mf.¹, 1907 44 460 Mf., 1908 — Mf.

5. Knappschaftsverein Lauchhammer: Pensionskasse.

Anlage des Vermögens: ²	1905	1906	1907	1908	1909
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Spartasseneinlagen . .	166 200,34	176 744,34	80 951,11	83 649,47	86 955,92
12 Hypotheken ³ . . .	83 250,—	83 250,—	83 250,—	45 250,—	44 050,—
Schuldscheindarlehen der Stadt Ems . .	—	—	100 000,—	100 000,—	100 000,—
Guthaben bei der Knapp- schaftlichen Rückver- Anst. Charlottenburg	—	—	—	72 682,15	137 602,53

6. Holzappeler Knappschaftsverein.

Vermögens- anlage:	Ende 1904	1905	1906	1907	1908	1909
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Hypotheken . .	38 722,37	35 572,88	34 038,—	35 372,96	34 919,96	34 443,02
3 1/2 % Konfols . .	—	37 592,—	37 592,—	34 780,—	35 035,—	34 854,—
Kontokorrent- guthaben ⁴ . .	—	40 561,60	40 517,90	35 524,83	36 922,16	40 697,57
Beteiligung bei der Rückver- sicherung . . .	—	—	—	—	10 981,07	28 610,48

¹ In dieser Summe sind auch verkaufte Wertpapiere enthalten.

² Der Barbestand ist nicht unbeträchtlich. Zum Vermögen gehört ein Krankenhaus. Die Krankenkasse verfügt über Bargeld, Spartasseneinlage und ein Krankenhaus.

³ Anscheinend alle in der Nähe begeben.

⁴ Bei der Rhein.-Nass. Gesellschaft. Ferner Immobilien- und Mobilienbesitz und Zinsrückstände.

7. Knappschaftliche Krankenkasse der Peiner Walzwerke.

Anlage des Vermögens: ¹	1908	1909
Guthaben bei dem Peiner Walzwerk A.-G. . .	12 019,35 Mk.	42 006,65 Mk.
4 % Westfäl. Provinzialanleihe	50 000,— "	50 000,— "
4 % Anleihe der Stadt Altona	49 437,50 "	49 437,50 "
3 1/2 % Preuß. Konsofs.	41 493,65 "	41 493,65 "

8. Ilseder Knappschaftsverein.

a) Pensionskasse; Vermögensanlage:

	Ende 1905	1906	1907	1908 ²	1909
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Bar.	12 525,11	19 301,38	21 920,16	27 277,03	17 572,18
3 1/2 % Preuß. Konsofs, eingetr. im Staats= schuld buch	1 286 500,—	1 386 500,—	1 386 500,—	1 386 500,—	1 386 500,—
3 % Preuß. Konsofs	4 063,50	4 063,50	—	—	—
Ausstehende Forde= rungen.	126 052,51	116 206,11	83 195,09	25 570,83	46 018,75
Anteil am Kranken= haus Peine. . . .	15 000,—	15 000,—	—	—	—
Immobilien u. Geräte	37 875,77	37 875,77	38 198,17	—	—
4 % Westf. Provinzial= anleihe.	—	—	50 000,—	—	40 440,—
4 % Hamburger Staatsanleihe. . .	—	—	100 000,—	—	—
4 % Hannoversche Landeskreditoblig. .	—	—	—	79 800,—	81 827,—
Guthaben bei der Rück= versicherungsanstalt	—	—	—	107 800,80	201 124,29
Guthaben bei der Ilseder Hütte. . .	—	—	—	—	89 56,24

b) Die Krankenkasse verzeichnet³:

	1908	1909
Bar.	8 700,53 Mk.	11 221,48 Mk.
4 % Altonaer Stadtanleihe	50 000,— "	50 000,— "
4 % Hannoversche Landeskreditobligationen . .	34 912,50 "	34 912,50 "
Guthaben bei der Ilseder Hütte	5 350,98 "	371,38 "
Bankguthaben	1 142,15 "	—
4 % Westfälische Provinzialanleihe	—	40 440,— "
Guthaben bei der Berufsgenossenschaft Hannover	—	33,78 "

¹ Außerdem kleine Barbestände.

² Verschiedene Abzüge: Überweisungen an die Krankenkasse des Walzwerks und der Hütte.

³ Außer Immobilien und Geräten; — seit 1908 selbständige Rechnungsablage. In den früheren Jahren erscheint die Krankenkasse im Gesamtabschluß des Vereins.

9. Hofenbacher Knappschaftskassen.

Anlage des Vermögens der Pensionskasse:

	1905 Mk.	1906 Mk.	1907 ³ Mk.	1908 ³ Mk.	1909 Mk.
3 1/2 % Preuß. Konfols . . . {	93 000,—	95 500,—	98 000,—	98 000,—	98 000,—
	2 500,— ¹	2 500,— ²			
3 % Preuß. Konfols . . .	3 000,—	3 000,—	3 000,—	3 000,—	3 000,—
3 1/2 % Preuß. Zentralboden- kreditpfandbriefe	9 000,—	9 000,—	9 000,—	9 000,—	9 000,—
3 1/2 % Pfandbriefe der Berl. Hypothekenbank A.-G. . .	16 000,—	16 000,—	16 000,—	16 000,—	16 000,—
3 1/2 % Anleihe der Gemeinde Böblingen	253 000,—	243 000,—	240 500,—	231 000,—	221 500,—
3 1/2 % Anleihe der Rhein- provinz {	10 000,—	15 500,—	27 000,—	27 000,—	27 000,—
	5 500,— ¹	17 500,— ²			
Hypotheken {	52 187,56	49 034,30	49 084,86	43 102,51	76 711,98
	5 600,— ¹				
Aktien der Berl. Hypotheken- bank A.-G.	2 000,—	2 000,—	2 000,—	3 000,—	3 000,—
3 5/10 % Anleihe der Rhein- provinz	—	—	6 000,—	6 000,—	6 000,—
Baudarlehen	—	—	—	7 800,—	—
Guthaben bei der Gewerk- schaft Hofenbach	—	—	—	—	61 438,70

Das Vermögen der Krankenkasse ist in 3 1/2 % Preussischen Konfols angelegt.

10. Müsener Knappschaftskasse.

	1905 Mk.	1906 Mk.	1907 Mk.	1908 Mk.
Kassenbestand	11 014,19	6 042,61	4 883,03	12 828,15
Hypotheken	57 135,—	56 735,—	65 860,—	288 383,03 ⁵
Staatschuldscheine (Nennwert) .	166 400,—	189 400,—	189 400,—	
Immobilien und Inventar ⁴ . . .	18 276,40	15 315,45	23 976,20	23 824,62

¹ Anlage des Barbestandes Ende 1905. Daneben bleibt kleiner Rest in bar.

² Anlage 1906. Die 2500 Mk. Konfols wurden von der Krankenkasse, die ein Manko zu verzeichnen hatte, übernommen.

³ Etwas größerer Barbestand.

⁴ Ferner geringe Einnahmerefte.

⁵ Als Sammelposten: Zinsbar angelegtes Vermögen angegeben. Hinzu treten 100 Mk. rückständige unverzinsliche Forderungen.

11. Brühler Knappschaftsverein.

Vermögensanlage ¹ :	Ende 1903	1904	1905	1906
Immobilien	19 747,53 Mk.	19 747,53 Mk.	19 747,53 Mk.	42 247,53 Mk.
Mobilien	6 084,49 "	6 612,89 "	6 612,89 "	8 537,89 "
Staatspapiere (Nennwert)	317 500,— "	317 500,— "	357 500,— "	357 500,— "
Hypotheken ²	260 750,— "	345 250,— "	353 650,— "	368 400,— "
Bankdepofiten	52 841,— "	32 143,— "	14 177,— "	33 753,70 "

(Fortsetzung.)

Vermögensanlage:	Ende 1907	Ende 1908	
		Pensionskasse	Krankenkasse
Immobilien	42 247,53 Mk.	42 247,53 Mk.	— Mk.
Mobilien	9 611,94 "	7 172,50 "	172,50 "
Staatspapiere (Nennwert)	357 500,— "	338 625,75 ³ "	— "
Hypotheken	490 650,— "	473 725,63 "	25 000,— "
Bankdepofiten	2 664,50 "	63 325,93 "	10 957,07 "
Guthaben bei der Knappschafts-Rück- versicherungsanstalt Charlottenburg	— "	55 517,98 "	— "

12. Casseler Knappschaftsverein. Bemerkenswert sind die hohen, wahrscheinlich⁴ zum Teil auf ausgedehnten Personalkredit der Mitglieder zurückführenden Beträge für ausgeliehene Kapitalien und Vorschüsse. Sie betragen:

		Pensionskasse	Krankenkasse
1905:	49 970,14 Mk.	— Mk.	— Mk.
1906:	27 808,75 "	— "	— "
1907:	31 260,25 "	— "	— "
1908:	— "	114 870,90 "	45 397,20 "
1909:	— "	95 212,69 "	20 196,55 "

13. Jbberbürener Knappschaftsverein.

Vermögensübersicht 1909:

Wertpapiere im Staatsschuldbuch (Nennwert)	151 200,— Mk.
Ausstehende Kapitalien	280 839,50 "
Bar	1 402,19 "

Die 17 184,37 Mk. der Krankenkasse sind fast ganz bei der Kreissparkasse hinterlegt.

¹ Abgesehen vom Barbestand, dem Einnahmen aus Beiträgen und Rückständen, die erst am 1. Januar nächsten Jahres bezahlt werden, zugerechnet sind.

² „Kapitaldarlehen in Hypotheken.“ 1908 heißt es: „Kapitaldarlehen und Hypotheken.“ Es ist wohl dasselbe gemeint.

³ Nur der Kurswert. S. unten § 25.

⁴ Angaben über Vermögensanlage fehlen.

14. Rüdersdorfer Knappschaftskasse.

	Ende 1903	1904	1905	1906	1907
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Bar	6 022,34	18 204,94	23 400,37	22 900,04	23 276,89
Immobilien	12 249,71	11 946,75	11 795,27	11 658,29	11 506,67
Mobiliar	1 556,17	2 196,48	2 001,82	2 697,15	2 897,17
4½ % Hypotheken	88 219,22	88 219,22	70 219,22	70 219,22	82 619,22 ¹
3½ % Preuß. Konsols	—	—	24 600,—	46 600,—	56 600,—

Das Immobilienvermögen wirft einen Reinertrag ab. 1908: 1791,66 Mk.

15. Krankenkasse der Rattowiger Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb.

Vermögen 1905:

Nominell	75 837,87 Mk. ²
Bar	2 101,20 "
Sparfasseneinlagen	9 236,67 "
Effekten	64 500,— "

16. Pleßischer Knappschaftsverein.

Anlage des Vermögens der Pensionskasse:

	1908	1909
Hypotheken	25 600,— Mk.	308 800,— Mk. (s. unten)
Bar und Bankguthaben	18 248,99 "	10 564,44 "
Bankguthaben auf besonderem Konto ³	279 473,80 "	— "
Wertpapiere	90 700,— "	189 700,— "

283 000 Mk. wurden 1909 auf Arbeiterwohnhäuser des Fürsten Pleß ausgeliehen und zu 4½ % verzinst.

Die Krankenkasse hatte den größten Teil ihres Vermögens in Wertpapieren angelegt.

17. Unterharzer Knappschaftsverein. Der Besitz an Effekten ist mit Nominal- und Kurswert für 1905—1909 unten in § 25 nachzuweisen. Hinzü treten 4 % Hypotheken⁴.

1905	1906	1907	1908	1909
75 323 Mk.	78 717 Mk.	76 709 Mk.	89 001 Mk.	104 643 Mk.

Die Reserve bei der Rückversicherungs-Anstalt wird 1908 auf 79 229,09 Mk., 1909 auf 146 275,67 Mk. geschätzt.

¹ Nunmehr auch 4 % Hypotheken. Anscheinend handelt es sich hierbei um die neu begebenen.

² Kurswert siehe unter § 25.

³ Aus dem Erlös der Breslauer Stadtanleihe, vgl. § 25 über die Verzinsung.

⁴ Ferner Bargeld zwischen 10 000 und 20 000 Mk. und Einnahmerückstände.

18. Georgs-Marien-Hütten-Knappschäftsverein.

Vermögensbestand:	Ende 1903	1904	1905	1906
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Kassenbestand	8 717,40	7 900,06	5 262,06	5 057,72
Debitoren ¹ (darunter Firma)	111 972,86	96 146,60	80 466,44	74 222,04
Effekten	554 490,—	554 403,80	554 183,—	551 653,—
Guthaben bei der städt. Sparkasse	99 202,15	133 456,74	138 794,98	144 346,74
Mobilien und Immobilien	113 577,41	113 005,15	109 351,13	105 833,11

(Fortsetzung.)

Vermögensbestand:	Ende 1907	1908	1909
		Pensionskasse	
Kassenbestand	215,02 Mf.	11 898,50 Mf.	13 412,60 Mf.
Debitoren (darunter Firma)	581 569,59	338 145,23	407 712,35
Effekten	180 256,75	173 112,30	178 418,15
Guthaben bei der städtischen Sparkasse	—	—	—
Mobilien und Immobilien	111 852,75	—	—
Knappschäfts- Rückversicherungsanstalt Charlottenburg:	Geschäftes Deckungskapital vorausbezahlte Beträge:	—	—
		148 531,78	281 796,90
		361 852,65	249 252,69

Die Krankenkasse, über die 1908/09 gesondert berichtet wird, verfügt 1908 über Immobilien und Mobilien im Werte von 155 700 Mf., 1909 von 151 400 Mf.; in diesem Jahre kommen Debitoren im Betrage von 33 286,55 Mf. hinzu.

1908 schuldet die Krankenkasse der Pensionskasse 156 800 Mf. Darlehen und 2706,16 Mf. Vorschuß zur Deckung des Defizits; 1909 ist das Darlehen 153 472 Mf.

Die Debitoren sind seit 1907 in beiden Kassen nicht mehr ausgewiesen. Wenn auch die Krankenkasse der Pensionskasse über 150 000 Mf. schuldet, dürfte doch ein großer Betrag auf die Firma, den Georgs-Marien-Verein, entfallen (näheres s. Anmerkung¹).

19. Knappschafft von Eschweiler-Pümpchen.

	Ende 1905	1906	1907
Barbestand inkl. Sparkasse	20 587,60 Mf.	14 902,94 Mf.	9 135,61 Mf.
Ausgeliehene Kapitalien	50 630,—	58 750,—	56 470,—
Wertpapiere	27 865,—	27 400,—	36 507,—

¹ Hierunter Guthrift beim Georgs-Marien-Verein (der Firma) sowie Vorschuß an den Piesberger Knappschäftsverein. Die Guthrift beim Verein beträgt (mit 4% verzinslich):

1903: 70 193,90 Mf.	1906: 47 415,01 Mf.
1904: 67 640,29	1907: { Nicht nachgewiesen; Debitorenstand ist außerordentlich angeschwollen.
1905: 52 288,77	1908: Ebenso.

(Fortsetzung.)

	1908		1909	
	Krankenkasse	Pensionskasse	Krankenkasse	Pensionskasse
Barbestand inkl. Sparkasse	2 337,75 Mk.	9 771,74 Mk.	7 213,55 Mk.	5 706,39 Mk.
Ausgeliehene Kapitalien . .	20 590,— "	35 700,— "	20 490,— "	29 650,— "
Wertpapiere	— "	36 507,— "	— "	49 352,50 "

20. Siegener Knappschaftskasse.

	1905	1906	1907
Wertpapiere und Kapitalien ¹	232 068,08 Mk.	281 725,97 Mk.	326 134,65 Mk.
Immobilien.	24 751,41 "	24 256,38 "	23 771,25 "
	1908	1909	
		Pensionskasse	Krankenkasse
Kassenbestand ¹	173 543,93 Mk.	138 559,17 Mk.	41 150,50 Mk.
Bankguthaben	19 403,50 "	8 112,50 "	—
Wert der Immobilien . . .	39 757,60 "	78 119,95 "	—
Zinsbar angelegt.	234 225,65 "	234 295,46 "	—
Vorauszahlung bei der Rück- versicherungsanstalt . . .	6 456,39 "	14 373,32 "	—
Geschätzte Reserven (Deckungs- kapital) ebenda	190 528,97 "	369 281,77 "	—

21. Mansfelder Knappschaftsverein.

	1904	1905	1906	1907	Pensionskasse 1908
Vermögens- anlage:	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Barer Bestand ²	12 601,—	50 640,30	59 679,26	38 730,92	31 356,02
Hypotheken	246,63	246,63	246,63	246,63	246,63
Papiere:					
A. Reservefonds.					
Eisenbahner Stadt- Obligationen	23 000,— ³	18 000,— ³	11 000,— ³	9 000,— ³	—
Berg.-Märk. Eisen- bahn-Prior.-Obl.	37 800,— ³	37 800,— ³	37 500,— ³	37 500,— ³	37 500,— ³
Niederjchl.-Märk. Eisenb.-Stamm- Aktien.	300,—	—	—	—	—
3 1/2 % (vorm. 4 %)	2 050 000,— ³	3 665 000,— ³	3 730 000,— ³	3 895 000,— ³	3 769 000,— ³
Preuß. Konfols.	2 085 875,—	3 697 985,—	3 662 860,—	3 661 300,—	3 569 243,—
3 1/2 % Preussische Konfols.	1 535 000,— ³	1 561 862,50			

¹ Ferner kleine Einnahmestücke und Inventar.

² Hierzu kommen rückständige Einnahmen, ab gehen rückständige Ausgaben, die beide das Bild nicht beeinflussen.

³ Die obere Zahl bezieht sich stets auf den Nennwert, die untere auf den Kurswert. Gilt für alle Jahre.

(Fortsetzung.)	1904 Mf.	1905 Mf.	1906 Mf.	1907 Mf.	Pensionskasse 1908 Mf.
4 % Preuß. Konz. } fols. }	—	—	—	—	{ 110 000,— ¹ 112 860,—
3 % Preuß. Konz. } fols. }	115 000,— ¹ 103 385,—	115 000,— ¹ 102 235,—	115 000,— ¹ 100 280,—	115 000,— ¹ 95 105,—	— —
4 % Bayr. Staats- anleihe }	355 000,— ¹ 366 360,—	355 000,— ¹ 359 260,—	355 000,— ¹ 361 035,—	355 000,— ¹ 356 775,—	355 000,— ¹ 361 745,—
3 1/2 % Leipziger Stadtanleihe . . }	40 000,— ¹ 40 200,—	40 000,— ¹ 39 900,—	40 000,— ¹ 38 800,—	40 000,— ¹ 36 880,—	40 000,— ¹ 37 800,—
3 1/2 % Landshaftl. Zentr.-Pfandbr.. }	—	{ 150 000,— ¹ 149 250,— ¹	{ 280 000,— ¹ 270 900,—	{ 280 000,— ¹ 259 000,—	{ 280 000,77 ¹ 261 520,—
B. Fonds zum Bau eines Verwal- tungsgebäudes.					
3 1/2 % Preussische Konfols }	25 000,— ¹ 25 437,50	25 000,— ¹ 25 225,—	— —	Fonds ² 155 865,34	— —
Immobilien . . .	337 092,63	381 946,07	440 611,31	452 803,87	121 605,—
Mobilien	47 660,15	56 791,36	71 074,21	85 811,68	16 934,20
Geschäfte Reserven bei der Knappsch. Rückverf.-Anstalt					759 763,47

Das Vermögen der Krankenkasse des Vereins besteht 1908 in 8000 Mf. Eislebener Stadtsobligationen, in dem Grundstock für das Krankenhaus, in Immobilien und Mobilien.

22. Minden = Ravensbergischer Knappschaftsverein. 1908 war ein Guthaben von 4244 Mf. bei der knappschaftlichen Rückversicherungsanstalt zu Berlin vorhanden. Der nun selbstständigen Krankenkasse wurden neben 4200 Mf. bar 26 800 Mf. Hypotheken übergeben. Das oben genannte Guthaben ist 1909 auf 8342,36 Mf. gestiegen. Im übrigen ist die Vermögensanlage nur 1908 genau ausgewiesen, doch ist bei der großen Konstanz des Vermögens nicht anzunehmen, daß große Änderungen unterlaufen sind.

Pensionskasse 1908	Krankenkasse 1908
Bar ³ 1 218,35 Mf.	Bar 700,44 Mf.
Hypotheken 94 110,— „	Hypotheken 24 800,— „
4 % Westfäl. Prov.-Anl. 4 500,— „	4 % Westfäl. Prov.-Anl. 2 000,— „
Bankguthaben 127,27 „	Guthaben bei d. Deutschen
Guthaben (f. o.) 4 212,60 „	Rationalbank 28,46 „

¹ Siehe Anm. 3 vorige Seite.

² Der Fonds wird mit einer Spende von 1906 zusammen bis auf weiteres als Forderung des Vereins unter den Passiven der Mansfeldischen Gewerkschaft nachgewiesen und dem Knappschaftsverein mit 4 % verzinst. Er diente der Erbauung eines Krankenhauses.

³ Ferner kleine Einnahmenreste.

23. Rheinischer Knappschaftsverein. Beuel'sche Pensions- und Krankenkasse.

	Pensionskasse		Krankenkasse	
	Effekten nach dem		Effekten nach dem	
	Anschaffungswert	Kurswert	Anschaffungswert	Kurswert
1905	709 884,90 Mf.	718 933,75 Mf.	73 181,35 Mf.	71 040,— Mf.
1906	750 409,05 "	738 473,50 "	73 181,35 "	69 360,— "
1907	788 440,25 "	745 310,— "	78 065,80 "	71 020,— "
1908	847 701,38 "	812 350,— "	82 750,25 "	78 470,— "
1909	897 277,17 "	862 087,92 "	77 865,80 "	71 710,— "

24. Deutscher Knappschaftsverein.

	Krankenkasse				
	1905	1906	1907	1908	1909
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Hypotheken	16 600,—	17 600,—	21 300,—	21 300,—	21 700,—
Staatsschuldcheine . .	30 990,—	30 306,—	29 140,—	29 353,—	29 202,—
Sparfängenguthaben . .	1 981,38	147,43	187,04	193,27	200,03
Bar.	4 184,87	6 216,46	6 366,72	1 119,06	2 084,67

	Pensionskasse				
	1905	1906	1907	1908	1909
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Hypotheken	90 475,—	135 225,—	141 225,—	125 525,—	114 725,—
Staatsschuldcheine . .	59 844,30	54 761,—	52 622,—	52 993,—	52 728,—
Sparfängenguthaben . .	23 237,76	122,06	383,09	1 395,86	1 497,21
Bar.	9 514,89	2 066,72	3 845,45	2 723,97	2 440,06
Geschätzte Reserven bei der Knappschaftlichen Rückvers.-Anstalt . .	—	—	—	33 989,49	79 105,82

25. Briloner Knappschaftsverein.

Vermögen:	Pensionskasse			
	Ende 1905	1906 ²	1908	1909
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Kapitalien ¹	—	—	—	—
Staatspapiere (Kurswert)	6 054,—	5 892,—	5 682,—	5 652,—
Eisenbahn-Prioritäten (Kurswert) .	34 278,—	32 849,10	31 473,75	31 104,—
Sparfängerbücher	44 873,86	52 489,95	4 654,11	—
Deckungskapital bei der Knappschaft- lichen Rückversicherungs-Anstalt . .	—	—	70 351,21	129 487,29

¹ Gemeint ist wohl Hypotheken usw.

² 1907 kein Beleg vorhanden

Unter Ausgaben und Einnahmen finden sich

1905	je	3 861,90 Mf.	ausgeliehene bzw. zurückbezahlte Kapitalien,
1906	{	5 900,— „ 900,— „	ausgeliehene } Kapitalien, zurückbezahlte }
1908 ¹	{	11 379,— „ 67 397,75 „	ausgeliehene } Kapitalien, zurückbezahlte }
1909	{	6 300,— „ 11 254,14 „	ausgeliehene } Kapitalien. zurückbezahlte }

26. Opper Knappschaftsverein. 1908 und 1909 kleinere Deckungskapitalien bei der Rückversicherungsanstalt.

Zinstragend angelegt wurden:

1905	35 774,21 Mf.	1908	10 062,81 Mf.
1906	4 798,18 „	1909	4 893,90 „
1907	6 920,66 „		

27. Barm-Knappschaftsverein.

Vermögensanlage:	Ende 1903	1904	1905
Immobilien	289 658,11 Mf.	466 122,22 Mf.	{ 34 139,99 Mf. 373 608,01 „
Mobilien	7 500,— „	63 962,76 „	136 540,70 „
Staatspapiere	{ 100 000,— „ ² 97 850,15 „ ³ }	—	—
Kapitaldarlehen:			
an Private zu 4—4½% . .	401 300,— „	314 700,— „	259 700,— „
„ Knappschaftsmitglieder . .	172 500,11 „	164 537,99 „	146 507,02 „
„ Verein d. Steinkohlenbaum. .	17 600,— „	89 600,— „	107 600,— „
Sparkasseneinlage	41 000,— „	61,46 „	3 295,15 „
Bar (rechnungsmäßig) ⁴	50 150,44 „	21 835,14 „	56 840,80 „
(Fortsetzung.)			
	Ende 1906	1907	1908 ⁵
Immobilien	{ 36 826,49 Mf. 371 636,35 „	36 826,49 Mf. 369 120,95 „	36 826,49 Mf. 361 797,55 „
Mobilien	130 205,14 „	117 105,14 „	112 343,88 „
Staatspapiere	—	19 870,— „	—
Kapitaldarlehen:			
an Private zu 4—4½% . .	243 700,— „	252 700,— „	247 000,— „
„ Knappschaftsmitglieder . .	133 189,62 „	143 449,12 „	163 436,69 „
„ Verein d. Steinkohlenbaum. .	107 600,— „	107 600,— „	107 600,— „
Sparkasseneinlage	16 714,59 „	33 032,72 „	1 000,— „
Bar (rechnungsmäßig) ⁴	61 457,67 „	72 759,53 „	679,81 „

¹ 1907 kein Beleg vorhanden.² Nominell. ³ Anschaffungswert.⁴ Es bestehen Passiven 1903, 1904, 1905 und 1906 je 4000,— Mf. Kaution, 1904 68 930,67 Mf. Guthaben der Vereinigungs-Gesellschaft, 1905 ein solches von 63 213,— Mf.; 1906 ist der Betrag zurückgezahlt; ebenso die Kaution 1907.⁵ Nur Pensionskasse.

Ausweis der Effekten:	Ende 1903	1904	1905	1906	1907	1908
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
4 % Reichsschatzanweisungen. . .	—	—	—	—	{ 10 000 ¹ 9 950 ²	10 000,— ¹ 9 950,— ²
4 % Preussische Bodenkredit-Kom- munal-Obligationen }	—	—	—	—	{ 10 000 ¹ 9 920 ²	10 000,— ¹ 9 920,— ²
4 % Preussische Bodenkredit-Kom- munal-Obligationen }	—	—	—	—	{ 20 000,— ¹ 19 840,— ²	20 000,— ¹ 19 840,— ²
4 % Anleiheheine d. Rheinprovinz	—	—	—	—	{ 30 000,— ¹ 29 700,— ²	30 000,— ¹ 29 700,— ²
Guthaben beim Eschweiler Berg- werksverein	—	—	—	—	—	371 951,87
Guthaben bei den Vereinswerken	—	—	—	—	—	58 768,70

Die Krankenkasse besitzt 1908 4 % Preuß. Schatzanweisungen zu 20 000 Mf. (19 980 Mf.), ein Guthaben bei den Vereinswerken von 40 597,33 Mf., Sparkasseneinlage von 9595,88 Mf. und 396,07 Mf. bar.

Über die Bewegung der ausgeliehenen Kapitalien ist folgendes bemerkenswert:

1. Darlehen an Mitglieder.

	1905	1906	1907	1908
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bestand am Schlusse des Vorjahres	164 537,99	146 507,02	133 189,62	143 449,12
Zurückgezahlt im Berichtsjahr. .	18 030,97	13 317,40	10 590,50	12 322,43
Neu ausgeliehen im Berichtsjahr	—	—	20 850,—	32 310,—
Bestand am Schlusse des Berichtsjahres	146 507,02	133 189,62	143 449,12	163 436,69

2. Darlehen an Private.

	1905	1906	1907	1908
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bestand am Schlusse des Vorjahres	314 700,—	259 700,—	243 700,—	252 700,—
Zurückbezahlt im Berichtsjahr. .	55 000,—	83 000,—	—	34 700,—
Neu ausgeliehen im Berichtsjahr	—	67 000,—	9 000,—	29 000,—
Bestand am Schlusse des Berichtsjahres	259 700,—	243 700,—	252 700,—	247 000,—

3. Darlehen an den Verein der Steinkohlenwerke.

	1905	1906	1907	1908
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bestand am Schlusse des Vorjahres	89 600,—	107 600,—	107 600,—	107 600,—
Zurückbezahlt im Berichtsjahr. .	—	—	—	—
Neu ausgeliehen im Berichtsjahr	18 000,—	—	—	—
Bestand am Schlusse des Berichtsjahres	107 600,—	107 600,—	107 600,—	107 600,—

¹ Nominell.

² Anschaffungswert.

28. **Mosel-Knappschaft.** Die Anlage der in den verschiedenen Klassen (s. o. § 23) vorhandenen Gelder erfolgt:

1. in $3\frac{1}{2}\%$ Preuß. konf. Staatsanleihe (etwa 30 000 Mf.),
2. in den Sparkassen (städtische und Kreis Sparkasse).

29. **Allgemeiner Knappschaftsverein Nassau.** Über die Anlage ist nur hinsichtlich der Pensionskasse und nur für die Jahre 1908 und 1909 berichtet:

	1908	1909
Hypotheken	602,27 Mf.	576,10 Mf.
Eingetragen in den Reichs- und Staatsschuldbüchern	927 900,— ¹ 922 122,54 ²	927 900,— ¹ 922 122,54 ²
Immobilien	28 380,— "	28 380,— "
Mobilien	1 577,07 "	1 500,— "
Guthaben bei der Knappschafts-Rückversicherungsanstalt (geschützte Reserve)	71 165,23 "	176 105,80 "
Bankguthaben	73 744,40 "	75 631,65 "
Barbestand	3 807,94 "	3 241,64 "

30. Niederschlesischer Knappschaftsverein.

Pensionskasse.	Ende 1904	1905	1906	1907	1908 ⁵
Anlage:	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Bar und Vorschüsse.	347 726,36	500 523,21	508 669,38	695 821,10	—
3% Schles. Pfandbriefe	640 000,— ¹ 563 840,— ²	640 000,— 558 080,—	560 000,— 486 640,—	560 000,— 469 840,—	560 000,— 476 560,—
In das Staatsschuldbuch eingetragen	935 000,— ¹ 951 362,50 ²	935 000,— 943 415,—	935 000,— 918 170,—	935 000,— 879 835,—	785 000,— 743 395,—
Hypotheken ³	654 600,— ¹	585 600,—	583 100,—	550 600,—	521 600,—
Grundstücke	300 817,— ²	300 817,—	425 817,—	333 817,— ⁴	1454 292,—
Neftkaufforderung	—	—	—	—	50 000,—
Dedungskapital bei der Rückvers.-Anstalt	—	—	—	—	479 732,87

31. Oberschlesischer Knappschaftsverein.

	Anfang 1904 ⁶	Ende 1904 ⁶	Ende 1905
Immobilien u. Materialien	4 756 579,51 Mf.	5 852 284,30 Mf.	6 483 098,34 Mf.
Effekten	11 304 406,60 "	11 290 058,60 "	10 753 029,60 "
Hypotheken	5 996 107,57 "	5 865 642,34 "	6 290 059,55 "
Darlehensverträge	5 616 846,— "	6 130 283,86 "	8 095 122,76 "
Guthaben bei Banken	—	806 043,45 "	357 393,21 "
Betriebsmittel der Knappschaftskasse	249 442,— "	277 654,56 "	333 805,85 "

¹ Nominell. ² Kurs- bzw. Anschaffungswert.

³ Ferner 1 Anteilsschein der Abfuhrgeoffenschaft.

⁴ Vom Wert in Höhe von 483 817 Mf. kommt die Hypothek der Landesversicherungsanstalt Schlesien in Höhe von 150 000 Mf. in Abzug.

⁵ In Abzug kommt ein Darlehen des Oberschlesischen Knappschaftsvereins in Höhe von 450 000,— Mf.

⁶ Zuzüglich Einnahmesteste, abzüglich Bankschulden von 133 356,63 Mf.

(Fortsetzung.)	Ende 1906	Ende 1907	Ende 1908 (Pens.-Kasse)
Immobilien u. Materialien	7 273 307,88 Mk.	8 130 758,13 Mk.	9 179 934,62 Mk.
Effekten.	10 662 829,60 "	9 932 812,— "	10 019 454,60 "
Hypotheken	5 672 632,32 "	5 833 657,31 "	6 191 262,65 "
Darlehensverträge	9 443 862,78 "	10 856 019,01 "	12 670 669,93 "
Guthaben bei Banken. . .	1 221 160,01 "	1 160 466,55 "	830 807,89 "
Betriebsmittel der Knapp- schafts-kasse	351 036,70 "	549 292,94 "	328 497,41 "

Bei den Darlehen handelt es sich ausschließlich oder meistens um auf Schuldschein gegebene Kreis- und Gemeindedarlehen, die als mündel-sicher gelten. Vgl. Vormort zum Jahresbericht 1907. — Die Krankenkasse besitzt 1908 132 699,08 Mk. Immobilien und Materialien, 507 000 Mk. Effekten, 562 155,31 Mk. Bankguthaben und 225 296,14 Mk. Betriebs-mittel.

32. Hauptknappschaftsverein Clausthal.

Anlage:	Ende 1904	1905	1906
Barer Bestand ¹	193 265,59 Mk.	205 574,79 Mk.	171 223,47 Mk.
Wertpapiere (Nennwert) . . .	2 273 000,— "	2 412 000,— "	2 731 000,— "
Ausstehende Kapitalien . . .	1 319 790,72 "	1 355 635,72 "	1 302 660,72 "
Immobilien und Mobiliar . .	36 000,— "	36 000,— "	36 000,— "
Dedungskapital bei der Knapp- schafts-Rückversicherung . .	—	—	—

(Fortsetzung.)	Ende 1907	1908
Barer Bestand ¹	179 553,31 Mk.	280 148,36 Mk.
Wertpapiere (Nennwert)	3 041 100,— "	3 561 000,— "
Ausstehende Kapitalien	1 279 691,82 "	1 302 501,40 "
Immobilien und Mobiliar	36 000,— "	36 000,— "
Dedungskapital bei der Knappschafts-Rückver- sicherung	—	893 676,25 "

1907 findet sich die Nachricht, daß 3 Millionen Mark in das Rgl. Preussische Staatsschuldbuch eingetragen sind, während 41 000 Mk. auf sonstige Wertpapiere entfallen; 1908 sind 3 520 000 Mk. im Staats-schuldbuch eingetragen.

Vom Krankenkassenvermögen ist 1907 56 524,47 Mk. Barbestand einschl. Bankguthaben, 1 003 791,01 Mk. zinsbar angelegt, der Rest hauptfäch-lich Immobilien- und Mobiliarbesitz. 1908 hat sich nicht viel hierin geändert.

¹ Hierzu kleine Einnahme- und Ausgaberrückstände.

33. Saarbrücker Knappschaftsverein.

	Ende 1903	1904	1905	1906
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
Barbestand	15 608,76	18 499,57	69 233,27	42 754,08
Ausgeliehene Kapitalien . .	2 220 963,73	3 409 954,07	4 644 483,99	6 018 241,01
Staats- ufm.-Papiere . .	11 417 200,—	11 875 200,—	12 347 200,—	13 042 200,—
Ländereien ¹	230 924,49	230 642,85	230 642,85	187 875,10
Gebäude	1 385 990,31	1 400 807,33	1 406 157,14	1 507 647,53
Mobiliar	85 390,47	95 401,80	108 448,99	115 730,14

(Fortsetzung.)	1907		1908	
	Pensionskasse Mf.	Invalidentasse Mf.	Pensionskasse Mf.	Invalidentasse Mf.
Barbestand	727 871,56	98 858,24	1 263 546,18	159 643,59
Ausgeliehene Kapitalien . .	7 476 679,58	8 735 287,76	5 056 759,61	8 997 638,15
Staats- ufm.-Papiere . .	4 907 700,—	—	4 904 700,—	—
Ländereien ¹	117 875,10	—	149 419,60	—
Gebäude	1 823 181,76	—	2 446 141,76	—
Mobiliar	138 135,31	—	153 742,34	—
Geschätztes Guthaben bei der Knappschafts-Rückversicherung			3 296 962,48	—

Die Anlage wird in den „Kapitalwirtschaft“ überschriebenen Abschnitten der Jahresberichte näher nachgewiesen. Es handelt sich hiernach bei der Hypothekenbegebung nur um erste Hypotheken. Über Kommunalbarlehen (diese sind neben den Hypotheken unter „ausgeliehenen Kapitalien“ vorwiegend verstanden) wird gleichmäßig berichtet. Hiernach ist die Bewegung der Hypotheken und der Kommunalbarlehen die folgende:

	Ende 1903	1904	1905
	Mf.	Mf.	Mf.
Hypotheken	1 660 619,31	1 702 215,87	1 750 456,26
Kommunalbarlehen	560 344,42 „	1 707 738,20 „	2 894 027,73 „
	1906	1907	1908
	Mf.	Mf.	Mf.
Hypotheken	1 862 487,18	2 013 600,21	2 296 392,23
Kommunalbarlehen	4 155 753,83 „	5 463 079,37 „	2 760 367,38 „

Die Zahl der an Einzelpersonen gegebenen Hypothekendarlehen ist für die drei letzten Jahre bekannt:

1906: 1412 1907: 1480 1908: 1601.

Ebenso findet sich für diese drei Jahre eine genaue Nachweisung der Kommunalbarlehen, die hier — bei ihrer Wichtigkeit für die Bewertung der Rassen als Institute für Lokalfredit — folgen soll:

¹ Ohne „Kolonieländereien“. Ferner Einnahmestelle.

	Zinssfuß o/o	Zinssung o/o	Ursprüngl. Darlehns- betrag Mf.	Schuld Ende 1906 Mf.	Schuld Ende 1907 Mf.	Schuld Ende 1908 Mf.
Gemeinde Espen	4	2	87 000,—	75 458,63	73 256,98	70 967,26
" Neunkirchen	4	2	30 000,—	26 750,20	26 020,21	25 261,02
" Neunkirchen	3 1/2	3	500 000,—	469 475,—	453 406,63	436 775,86
Stadt Saarbrücken	3,6	2, 2,5 u. 10	1 484 000,—	1 448 720,—	1 412 121,92	1 374 169,11
Gem. Bölfingen	3 3/4	3	725 000,—	710 000,—	784 687,50	—
Stadt Malstatt- Burbach	3 3/4	5	300 000,—	294 250,—	288 284,38	89 879,81
Stadt St. Johann a. d. Saar	3 3/4	1 1/4 u. 3 1/4	270 000,—	256 500,—	242 493,75	—
Gem. Dudweiler	4	10 u. 5	130 000,—	130 000,—	124 000,—	114 260,—
" Sulzbach	3 3/4	1,50	370 000,—	370 000,—	530 000,—	—
" Guichenbach	3 3/4	1,50	325 000,—	325 000,—	842 500,—	—
" Püttlingen	4	2	49 600,—	49 600,—	48 608,—	47 576,32
Stadt Saarbrücken	3,8	2	500 000,—	—	500 000,—	—
Rath. Kirchengem. St. Johann a. d. S.	3,75	1,25	80 000,—	—	80 000,—	—
Rath. Pfarrgemeinde Dttweiler	4	7	13 000,—	—	13 000,—	12 090,—
Gemeinde Rohlfhof	4	2	15 000,—	—	14 700,—	14 388,—
Schulverband Neun- kirchen-Münch- weiler	4	2	30 000,—	—	30 000,—	—
Gem. Guichenbach	4	2	500 000,—	—	—	493 000,—
Gesamt Schulverband Neunkirchen- Münchweiler- Limbach	4	2	50 000,—	—	—	49 000,—
Evang. Kirchengem. Herrnsdorf-Zä- gersreude	4	1	33 000,—	—	—	33 000,—

34. Allgemeiner Knappschaftsverein zu Bochum.

Zusammenfassung des Vermögens der drei Kassen (Rücklage):

	Ende 1904 Mf.	1905 Mf.	1906 Mf.
Wertpapiere (Nennwert)	34 630 036,30	40 962 617,12	48 584 624,43
Eintragungen in das Reichs- oder Staats Schuldbuch	17 647 116,70	15 846 800,—	16 846 800,—
Hypotheken	15 035 668,49	15 720 376,13	16 295 808,69
Bankguthaben	1 335 676,13		
Kassenbestand ²	2 820 229,16	6 370 644,47	6 686 558,28
Einnahmefeste	1 784 851,27		
Grund- und Mobilienvermögen	4 277 637,41	5 582 343,47	6 542 984,34

¹ Zusätzlich ersparter Zinsen jährlich. ² Einschl. Bestände der Zweigbureauz, bei denen aber Barbestand und Bankguthaben nicht ausgeteilt sind.

Die Hauptzahlen können weiter zurückverfolgt werden.

	1902	1903
Wertpapiere.	27 912 628,47 Mf.	30 107 788,98 Mf.
Eintragungen ins Schuldbuch.	15 322 116,70 "	17 647 116,70 "
Hypotheken.	13 867 553,21 "	15 079 644,— "
Grund- und Mobiliarvermögen.	1 577 337,93 "	2 870 398,88 "

Nach dem Bericht für 1903, auf den 1904 verwiesen wird, findet eine Anlegung der verfügbaren Mittel in Hypothekenskapitalien nicht mehr statt.

Die nähere Vermögensaufstellung erfolgt gemeinsam für die Klassenabteilungen A (Krankenkasse) und B (Pensionskasse), während C (Invaliden- und Alterskasse) selbständig verrechnet wird.

1. Spezifikation der Wertpapiere:	Nennwert	Bilanzwert Ende 1904
3% Lübecker Staatsanleihe	500 000,— Mf.	438 500,— Mf.
3% " Stadtanleihe	176 000,— "	159 280,— "
3% Ostpreussische Landschaftliche Zentral- Pfandbriefe	500 000,— "	440 500,— "
3 1/2% Altonaer Staatsanleihe	89 500,— "	88 157,50 "
3 1/2% Barmer Stadtanleihe	412 000,— "	405 408,— "
3 1/2% Bochumer "	22 100,— "	21 724,30 "
3 1/2% Casseler "	66 200,— "	65 273,20 "
3 1/2% Dortmunder "	1 431 000,— "	1 410 966,— "
3 1/2% Duisburger "	89 000,— "	86 775,— "
3 1/2% Düsseldorfener "	340 000,— "	332 520,— "
3 1/2% Hannoversche "	179 000,— "	178 284,— "
3 1/2% Herner "	485 500,— "	476 275,50 "
3 1/2% Mainzer "	4 700,— "	4 620,10 "
3 1/2% Ostpreussische Provinzial-Anleihe	284 000,— "	279 456,— "
3 1/2% Rheinprovinzianleihe	1 616 000,— "	1 591 984,— "
3 1/2% Wiesbadener Stadtanleihe	776 400,— "	769 412,40 "
3 1/2% Württembergische Staatsanleihe	263 000,— "	262 342,50 "
4% Preussische Pfandbriefe	8 000,— "	8 000,— "

2. Spezifikation der Darlehen:	Ende 1904
3 1/2% Darlehen der Gemeinde Annen	188 186,71 Mf.
3 1/2% " " " Bommern.	187 800,83 "
3 1/2% " " Stadt Dortmund	3 000 000,— "
3 1/2% " " " Essen (Altendorf)	948 848,11 "
3 1/2% " " " Zierlohn	300 000,— "

2. Spezifikation der Darlehen: (Fortsetzung.)		Ende 1904
3½ % Darlehen der Gemeinde Langendreer		332 837,91 Mk.
3½ % „ des Amtes Wanne		191 000,— „
3½ % „ der Stadt Wattenscheid		560 699,08 „
3½ % „ des Amtes Werne		287 355,17 „
3. Sparkasseneinlagen bei der Stadt Wattenscheid . . .		300 000 Mk.
4. Eintragungen ¹ :	Nennwert	Bilanzwert 1904
a) im preussischen Staatsschuldbuch 3 %	1 300 316,70 Mk.	9 847 165,50 Mk.
b) „ „ „ 3½ %	6 904 100,— „	
c) „ Reichsschuldbuch 3½ %	1 597 700,— „	
5. Hypotheken-Darlehen zu 4 und 4½ %		12 136 463,79 Mk.

Kasse C:		Nennwert	Bilanzwert 1904
Eintragungen im Reichs- und Staatsschuldbuch		7 845 000,— Mk.	7 873 753,97 Mk.
Wertpapiere:			
3 % Bremer Stadtanleihe	500 000,— „		437 500,— „
3 % Landschaftliche Zentral-Pfandbriefe . . .	18 000,— „		15 966,— „
3 % Ostpreussische Pfandbriefe	152 000,— „		133 912,— „
3 % Rheinprovinz-Anleihe	300 000,— „		267 000,— „
3 % Sächsische Landschaftliche Pfandbriefe . .	130 000,— „		115 830,— „
3½ % Dessauer Stadtanleihe	470 900,— „		469 016,40 „
3½ % Hammer „	1 000 000,— „		982 500,— „
3½ % Herner „	604 000,— „		592 524,— „
3½ % Hildesheimer „	839 100,— „		828 611,25 „
3½ % Mülheimer „	975 000,— „		958 425,— „
3½ % Rheinprovinz-Anleihe	1 248 000,— „		1 241 760,— „
3½ % Saarbrücker Stadtanleihe	1 000 000,— „		990 000,— „
4 % Mülheimer „	1 000 000,— „		1 000 000,— „
		8 237 000,— Mk.	8 033 044,65 Mk.

Eine besonders genaue Aufmachung, die — was sonst zumeist fehlt — Nennwert, Anschaffungswert, Kurs und Kurswert der Papiere zusammenstellt und damit einen lückenlosen Überblick in die Kursbewegung gestattet, soll auf Grund der Verwaltungsberichte für die Jahre 1906, 1907, 1908 gegeben werden. Da von verschiedenen Anleihen Teile zurückbezahlt worden sind und somit die Nominalbeträge schwanken, so gestaltete sich diese Übersicht immerhin etwas verwickelt. Immerhin konnten auch so nicht alle Papiere aufgenommen werden.

¹ Über Kurswert siehe unter § 29.

I. Kassen A und B.

Wertpapier	Nennwert Mf.	Ankaufskurs
3 % Lübecker Stadtanleihe	500 000,—	97,60
3 % Landschaftliche Central-Pfandbriefe	500 000,—	95,40
3 1/2 % Harmer Stadtanleihe	11 000,—	100,60
3 1/2 % Bochumer Stadtanleihe	400 000,—	
3 1/2 % Bochumer Stadtanleihe	18 700,—	100,00
3 1/2 % Dortmunder Stadtanleihe	517 500,— ¹	101,60
3 1/2 % Dortmunder Stadtanleihe	811 000,—	101,75
3 1/2 % Altonaer Stadtanleihe	87 000,— ²	100,75
3 1/2 % Casseler Stadtanleihe	50 700,— ³	101,60
3 1/2 % Düsseldorfener Stadtanleihe	340 000,—	97,80
3 1/2 % Herner Stadtanleihe	423 500,— ⁴	99,75
3 1/2 % Mainzer Stadtanleihe	4 700,—	101,60
3 1/2 % Ostpreussische Provinzialanleihe	284 000,—	101,60
3 1/2 % Rheinprovinz-Anleihe	500 000,—	99,40
3 1/2 % Rheinprovinz-Anleihe	571 000,— ⁵	97,40
3 1/2 % Württembergische Staatsanleihe	247 000,— ⁶	104,60
4 % Preussische Hypothekenbank-Pfandbriefe	8 000,—	100,00
3 1/2 % Preussische Konsols	7 804 100,— ⁷	94,90—102,00
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	1 597 700,—	103,40—104,00

II. Kasse C.

3 % Bremer Stadtanleihe	500 000,—	98,00
3 % Landschaftliche Central-Pfandbriefe	18 000,—	96,90
3 % Ostpreussische landschaftliche Pfandbriefe	100 000,—	96,80
3 % Ostpreussische landschaftliche Pfandbriefe	52 000,—	96,90
3 % Rheinprovinz-Anleihe IX. Ausgabe	300 000,—	89,10
3 % Rheinprovinz-Anleihe IX. Ausgabe	50 000,—	96,50
3 % Sächsisch landschaftliche Pfandbriefe	60 000,—	96,40
3 % Sächsisch landschaftliche Pfandbriefe	20 000,—	96,30
3 1/2 % Hammer Stadtanleihe	1 000 000,—	98,60
3 1/2 % Herner Stadtanleihe	604 000,—	99,55
3 1/2 % Rheinprovinz-Anleihe 13, 16, 26	748 000,—	99,95
3 1/2 % Rheinprovinz-Anleihe 13, 16, 26	500 000,—	99,00
3 1/2 % Saarbrückener Stadtanleihe	1 000 000,— ⁸	102,75
3 1/2 % Bochumer Stadtanleihe	926 000,— ⁹	98,85
3 1/2 % Wormser Stadtanleihe	74 000,—	97,85
3 1/2 % Preussische Konsols	7 250 800,—	94,80—102,60
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe	94 200,—	94,85—94,90

¹ 1906 ist die erste Dortmunder Anleihe im Nominalbetrag von 569 500 Mf.³ 1908 46 800,— Mf. nom.⁴ 1906 443 500,— Mf. nom.⁶ 1906 nom. 263 000,— Mf.⁷ 1907 7 904 600,— Mf.¹⁰ 1907: 7 961 417,70 Mf.

Ankaufswert Mf.	Kurs			Kurs- und Bilanzwert		
	Ende 1906	Ende 1907	Ende 1908	Ende 1906 Mf.	Ende 1907 Mf.	Ende 1908 Mf.
488 000,—	85,00	81,50	82,50	425 000,—	407 500,—	412 500,—
477 000,—	86,40	82,50	83,25	432 000,—	412 500,—	416 250,—
413 466,—	95,00 {	91,60 {	92,00	390 450,— {	10 076,— {	378 120,—
18 700,—	94,80	91,00	93,50	17 727,60	17 017,—	17 484,50
525 780,—	95,75	91,00	93,60	1 321 828,75 ¹	1 208 935,—	1 243 476,—
825 192,50 }						
87 652,50	95,70	90,75	93,60	83 737,50 ²	78 952,50	81 432,—
51 511,20	95,50	91,25	92,75	48 418,50	46 263,75	43 407,— ³
332 520,—	95,75	91,50	92,10	325 550,—	311 100,—	313 140,—
422 441,25	94,50	91,00	94,25	419 107,50 ⁴	385 335,—	399 148,75
4 775,20	94,60	91,00	92,00	4 446,20	4 277,—	4 324,—
288 544,—	94,80	90,00	91,70	269 232,—	255 600,—	260 428,—
497 000,—	95,30	90,80	92,80	1 511 458,— ⁵	1 426 468,—	1 447 680,— ⁶
495 000,—						
556 154,—						
258 362,—	97,50	92,00	93,50	256 425,— ⁶	227 240,—	230 945,—
8 000,—	100,00	95,70	97,80	8 000,—	7 656,—	7 824,—
7 960 935,20 ¹⁰	98,20	94,00	94,70 }	9 330 767,60 {	7 430 324,— ⁷	7 485 182,70
1 656 989,70	98,20	93,60	94,75 }			
490 000,—	84,80	81,50	82,75	424 000,—	407 500,—	413 750,—
17 442,—	86,40	82,50	83,25	15 552,—	14 850,—	14 985,—
96 800,—	85,20	81,40	83,00	129 504,—	123 728,—	126 160,—
50 388,—						
267 300,—	86,40	82,25	85,50	259 200,—	246 750,—	256 500,—
48 250,—	87,25	82,70	86,10	113 425,—	107 510,—	111 930,—
57 840,—						
19 260,—						
986 000,—	95,00	91,00	91,50	950 000,—	910 000,—	915 000,—
601 282,—	94,50	91,00	94,25	570 780,—	549 640,—	569 270,—
747 626,—	95,30	90,80	92,80	1 189 344,—	1 133 184,—	1 158 144,—
495 000,—						
1 027 500,—	98,00	93,80	94,50	980 000,—	938 000,—	933 660,— ⁸
915 351,—	94,80	91,00	93,50	948 000,— ⁹	842 660,—	865 810,—
72 409,—	—	90,60	91,75	—	67 044,—	67 895,—
7 346 094,20	98,20	94,00	94,70 }	7 212 790,— {	6 815 752,—	6 866 507,60
89 358,80	98,20	93,60	94,75 }			

vorhanden.

² 1906 87 500, — Mf. nom.

⁵ 1906 nom. 586 000,— Mf., 1908 nom. 560 000,— Mf.

⁸ 1908 nom. 988 000,— Mf.

⁹ 1906 nom. 1 Million.

§ 25.

5. Die Anlage der Kapitalien. Ergebnisse.

Der in dem vorausgehenden Paragraphen eingehend dargelegte Kapitalienstand der Knappschaftspensions- und Krankenkassen bietet gegenüber den privaten Werfkassen ein besonderes Interesse deshalb, weil es sich meist um wesentlich größere Summen handelt und weil die Anlage dieser Werte im allgemeinen tatsächlich erfolgt; mit anderen Worten, weil es sich nicht, wie bei manchen Werfkassen, zunächst nur um rechnerische Werte handelt, während der Kapitalstock im Betriebe der dotierenden Firma fortarbeitet. Es ist angesichts der engen Umgrenzung, die bei diesem Teile des Themas geboten war, davon abgesehen worden, im einzelnen die Satzungsbestimmungen über die Kapitalanlage wiederzugeben; sie beruhen in viel höherem Maße als jene der Werkpensionskassen auf öffentlichrechtlicher Unterlage, schreiben durchaus mündelichere Anlage vor und bieten im einzelnen wenig Besonderheiten. Damit ist nun gegenüber der anderen Kassengattung auch eine gewisse Einschränkung gegeben, die mannigfachen Verschiedenheiten, die dort anzutreffen waren, treten hier zugunsten mehr oder weniger fester Typen zurück.

Im übrigen sollen die Ergebnisse der Materialsammlung, die für sich selbst spricht, in ähnlicher Weise wie oben in § 15 summarisch zusammengestellt werden.

1. Wertpapiere.

Die Staatsanleihen, und zwar Preussische Konfols und Deutsche Reichsanleihen, beherrschen bei den Knappschaftskassen den Anlagemarkt in viel höherem Maße als bei den Werkpensionskassen; daß preussische Papiere obenan stehen, schreibt sich schon aus der geographischen Lage der großen Mehrzahl der Kassen her.

1. Preussische konsolidierte Staatsanleihen¹ sind bei folgenden Vereinen vorhanden:

Halle'scher Knappschaftsverein (3 $\frac{1}{2}$ und 3 % im früheren Neupreußischen und späteren Halle'schen, 3 $\frac{1}{2}$ % im Saalfreier Verein); Heller Verein, Halberstädter Verein, Brandenburger Verein (3 $\frac{1}{2}$ %); Holzappeler Verein (3 $\frac{1}{2}$ %); Verein der Peiner Walzwerke (3 $\frac{1}{2}$ %); Ilseber Verein (3 $\frac{1}{2}$ und 3 %); Hostenbacher Verein (3 $\frac{1}{2}$ und 3 %); Müsener Verein, Brühler Verein, Ibbenbürener Verein, Rüdersdorfer Verein

¹ Zumeist ins Preussische Staatsschuldbuch eingetragen. — In manchen Fällen ist nur von Staatsschuldscheinen schlechthin die Rede, was im Zweifelsfalle als preussische Schuldscheine zu lesen ist.

(3½ %); Mansfelder Verein (3, 3½ und 4 %); Deuzer Verein, Briloner Verein, Wurm-Knappschaftsverein, Moselknappschaft, Rheinische Knappschaftskassen, Niederschlesischer Verein, Hauptverein Clausthal, Saarbrücker Knappschaftsverein, Allg. Knappschaftsverein Bochum (3½ %); Unterharzer Verein (3½ %).

Im übrigen ist fast überall, wo von Effekten die Rede ist, anzunehmen, daß Konsols vorhanden sind. Immerhin bestanden 1905—1909 einige Vereine ohne deren Besitz¹.

Unzweifelhaft bedeutete der beträchtliche Kursgang der Preussischen Anleihen gerade in den Beobachtungsjahren erhebliche Verluste für die Vereine. Genaue Nachweise, wie sie hierüber der Allgemeine Knappschaftsverein zu Bochum gibt, liegen ja nur in beschränktem Umfange vor; aber auch so läßt sich die, besonders für kleinere Vereine, die sehr häufig versicherungstechnisch ungenügend fundiert sind, sehr bedenkliche Folge der Entwertung nicht verkennen. Im Bochumer Verein notieren die (bei allen drei Kassen zusammen) über 15 Millionen 3½ % Konsols 1907 und 1908 um viele Hunderttausend Mark geringer als der Anschaffungspreis war. Über ungünstige Einwirkungen der 3 und 3½ % Staatsanleihen berichtet ausdrücklich der Hallesche Knappschaftsverein. Ähnlich der Halberstädter Verein, der Holzappeler Verein. Ein kleinerer Verein wie der Deuzer führt in seinen Berichten alljährlich die Einbußen zufolge Kursrückgangs der Staatsschuldscheine auf. Wie das Beispiel des Allgemeinen Knappschaftsvereins zeigt, sind die meisten Konsols zu recht hohen, über pari stehenden Kursen angekauft worden.

Sucht man den Gesamtbetrag an Preussischen Staatsanleihen in den Beständen der Knappschaftsvereine für ein Jahr — 1907 bzw. 1908 — festzustellen, so ergibt sich bei den oben aufgeführten Vereinen folgendes (ohne Rücksicht auf den Kurswert und Zinsfuß)²:

Hallescher Verein	2 582 600,— Mk.
Heller Verein	581 000,— "
Halberstädter Verein	5 573 000,— "
Brandenburger Verein	1 333 200,— "
Holzappeler Verein	34 854,— "
Peiner Verein	41 493,65 "
Übertrag . .	10 146 147,65 Mk.

¹ Und zwar Hallescher Salinenknappschaftsverein; Knappschaftsverein Lauchhammer; Minden-Ravensberger Verein. Der Wurm-Knappschaftsverein hat seinen Papierbestand anscheinend geändert, 1903 besaß er Staatspapiere.

² In einzelnen Fällen scheint aber der Kurswert eingesetzt zu sein. Genau läßt sich dies nicht feststellen, da es nur allgemeine Anhaltspunkte gibt, ist dies

Übertrag . . .	10 146 147,65	Mk.
Isseder Verein	1 386 500,—	"
Hofenbacher Verein	101 000,—	"
Müfener Verein	189 400,—	"
Brühler Verein	338 625,75	"
Unterharzer Verein	620 000,—	"
Zbhenbürener Verein	151 200,—	"
Rüdersdorfer Verein	56 600,—	"
Mansfelder Verein	3 682 103,—	"
Deutzer Verein	{ 29 353,—	"
	52 728,—	"
Briloner Verein	5 652,—	"
Verein Clausthal	3 520 000,—	"
Moselknappschäft	30 000,—	"
Niederschlesischer Verein	743 395,—	"
Allgemeiner Knappschäftsverein . . .	{ 7 485 182,70	"
	6 866 507,60	"
Zusammen . . .	35 404 394,70	Mk.

Ist es gestattet, von jenen Effekten, die nicht näher bezeichnet sind, stets annähernd die Hälfte als Preussische Konsols anzusprechen, so kommen folgende — selbstverständlich nicht sichere — Summen hinzu:

Saarbrücker Verein rund	2 500 000	Mk.
Oberschlesischer Verein rund	5 000 000	"
Verein Nassau rund	500 000	" ¹
Siegener Verein rund	1 500 000	"
Eschweiler-Pümpchen rund	25 000	"
Georgs-Marien-Hüttenverein rund . . .	100 000	"
Rattowiger Krankenkasse rund	25 000	"
Plessischer Verein rund	100 000	"
Zusammen . . .	9 750 000	Mk.

Vielleicht läßt sich ohne zu große Fehler der Besitz an Preussischen Konsols in den Beständen der Knappschäftsvereine² schon 1908 mit ca. 45 Millionen Mark annehmen, die sich bis heute jedenfalls auf weit über 50 Millionen Mark vermehrt haben.

auch nicht nötig. Um Kurswert handelt es sich z. B. beim Peiner und Brühler Verein, beim Mansfelder und Briloner Verein und beim Niederschlesischen und Allgemeinen Knappschäftsverein.

¹ In Wahrheit jedenfalls mehr. 927 900 Mk. sind ins Reichs- und Staatsschuldbuch eingetragen.

² Soweit hier aufgeführt.

2. Deutsche Reichsanleihe und Schatzanweisungen.
Folgende Vereine besaßen sie:

Halberstädter Verein, Wurm-Knappschaftsverein (4 %), Verein Nassau, Allg. Knappschaftsverein Bockum.

Auch wenn man annimmt, daß unter den nicht spezifizierten Effekten und „Staatsschuldcheinen“ Reichsanleihen sind, so ist doch die Zurückhaltung der Knappschaftskassen gegenüber dem Reichskredit eine fast allgemeine, freilich angesichts der Kursverhältnisse nicht unverständliche. Bei den Wertpensionskassen sah es in dieser Richtung recht wesentlich günstiger aus. Eine Besserung dürfte seit 1908/10 schwerlich eingetreten sein.

3. Sonstige Staatspapiere. Sie sind selten. Wir treffen 3½ % Württembergische Staatsanleihe (Allg. Knappschaftsverein), 3½ % Braunschweigische Landesschuldverschreibungen (Unterharzer Verein), 4 % Bayerische Staatsanleihe (Mansfelder Verein), 4 % Hamburger, 3 % Lübecker Staatsanleihe. Wenn auch unter den nicht spezifizierten Effekten gelegentlich Papiere deutscher Bundesstaaten anzutreffen sein sollten, so kann dies doch nicht in großem Umfange sein.

Auswärtige Staatspapiere sind — im Gegensatz zu einigen Wertpensionskassen — bei keinem Knappschaftsvereine vorhanden.

4. Kommunale Anleihen. In auffälligem Gegensatz zu der geringen Beteiligung von Staatspapieren — von Preußen natürlich abgesehen — steht der beträchtliche Besitz an kommunalen Anleihen. Der Kursstand kann hierbei kaum allein ausschlaggebend sein, denn, wie in §§ 24 und 26 ersichtlich, steht es um sehr viele kommunale Papiere nicht besser als um Konsols oder Reichsanleihen. Maßgebend ist vielmehr, daß wir hier eine wichtige Form von Lokalkredit vor uns haben, was im einzelnen näher darzulegen ist.

Kommunale Obligationen sind im Besitz folgender Vereine:

Halle'scher Verein (4 % Erfelder Anleihe, 3½ % Erfurter Anleihe); Brandenburger Verein (nicht spezifiziert); Lauchhammer Verein (Schuldscheindarlehen der Stadt Ems); Peiner Verein (4 % Anleihe an Altona); Ilseher Verein (4 % Altona); Hostenbacher Verein (3½ % Anleihe der Gemeinde Völklingen); Mansfelder Verein (Eisleber Obligationen, 3½ % Leipziger Anleihe); Oberhessischer Verein (mündelsichere Schuldscheindarlehen an Kreise und Gemeinden).

Viel klarer als hier tritt das lokale Moment beim Saarbrücker und Bockumer Verein hervor.

Saarbrüder Verein: Anlehen der Gemeinden Spiesen, Neunkirchen, Saarbrücken, Völklingen, Malstatt-Burbach, St. Johann a. d. Saar, Dudweiler, Sulzbach, Guichenbach, Püttlingen, Kohlhof, ferner der kath. Pfarr- und Kirchengemeinden St. Johann, Ottweiler, mehrerer Schulverbände und einer evangelischen Kirchengemeinde. Hier ist das deutlichste Beispiel einer systematischen Unterstützung des Lokalkredits, bedingt zweifellos durch die hohen Anforderungen, die die gewerblichen Betriebe in bezug auf Kultus, Schule usw. an die Gemeinden stellen.

Nicht in gleichem Maße kommt dieser Gesichtspunkt beim Allgemeinen Verein — der ja auch weniger örtlich konzentriert ist wie der Saarbrüder — zum Durchbruch. Doch finden wir neben der Bremer, Dessauer, Hannoverscher, Hildesheimer, Lübecker, Altonaer, Casseler, Wiesbadener, Mainzer Anleihe u. a. solche von Mühlheim, Barmen, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Herne, Hamm und anderen Städten, die sämtlich im oder nahe am Ruhrrevier liegen. Handelte es sich hierbei um Wertpapiere, so ist die Sachlage bei der Darlehensgewährung gegen Schuldschein noch viel klarer: Solche erhielten die Gemeinden Annen, Bommern, Dortmund, Essen, Iserlohn, Langendreer, Wanne, Watten-scheid, Werne und andere mehr.

Dieser Lokalkredit wird aber nicht nur Städten und Landgemeinden, sondern auch in ziemlich großem Umfange weiteren Kommunal- und Provinzialverbänden eingeräumt. Insbesondere die letzteren interessieren hier.

5. Provinzialanleihen. Der eben genannte Bochumer Verein hat Bestände von $3\frac{1}{2}\%$ Ostpreussischen und $3\frac{1}{2}\%$ Rheinprovinz-Anleihe, letztere im Betrage von etwa 3 Millionen Mark (1908). Diese findet sich auch beim Barm-Knappschaftsverein und beim Hostenbacher Verein. Der Minden-Ravensbergische Verein besitzt 4% Westfälische Provinzialanleihe, ebenso die Pensions- und Krankenkasse des Ilseder Vereins und die Krankenkasse der Peiner Walzwerke. Der Hallesche Verein übernahm Papiere der Provinz Sachsen ($3\frac{1}{2}\%$), der Provinz Westfalen (4%). Kur- und Neumärkische Kommunalschuldverschreibungen besitzt der Brandenburger Verein. Jedenfalls handelt es sich hierbei um wesentlich größere Summen als etwa bei den Anleihen außerpreussischer Bundesstaaten oder des Reichs. Aber erst die Berücksichtigung der auf Bodenkredit im weitesten Sinne bezüglichen Objekte ergibt ein abgeschlossenes Bild von der Bedeutung des Lokalkredits (auch dieses Wort in einem weiteren Sinne genommen).

6. Pfandbriefe und Bodenkreditobligationen.

3¹/₂ % Landschaftliche Zentral-Pfandbriefe: Hallescher Verein, Hostenbacher Verein, Mansfelder Verein.

Kommunalobligationen der Hessischen Landeshypothekenbank: Brandenburger Verein.

3¹/₂ % Pfandbriefe der Berliner Hypothekenbank: Hostenbacher Verein.

4 % Hannoversche Landeskreditobligationen: Ilseher Verein.

4 % Preussische Bodenkredit-Kommunalobligationen: Wurm-Knappschaftsverein.

3 % Schlesische Pfandbriefe: Niederschlesischer Verein.

3 % Ostpreussische Zentral-Pfandbriefe: Allg. Knappschaftsverein.

4 % Preussische Pfandbriefe: Allg. Knappschaftsverein.

3 % Sächsische Landsh. Pfandbriefe: Allg. Knappschaftsverein.

3¹/₂ % Schuldschreibungen des Ritterschaftl. Kreditvereins Braunschweig: Unterharzer Verein.

7. Sonstige Papiere. Hier seien Eisenbahn-papiere genannt: Prioritätsobligationen der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft (Hallescher Verein, vor ihm der Neupreussische Verein, Mansfelder Verein); Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn-Stammobligationen (Mansfelder Verein); Eisenbahnprioritäten (Briloner Verein).

Ferner Rüge (Hallescher Salinenverein).

Es braucht hier nicht noch auf jene Vereine hingewiesen zu werden, bei denen keine nähere Auscheidung der Effekten vorliegt. Das Bild erscheint auch so genügend konturenreich. Als Ergebnis sei die Reihenfolge festgestellt, in der die Vereine dem Kreditbedürfnis entgegenkamen:

Preussische Konsols,
Städtische Anleihen und Schuldscheindarlehen,
Pfandbriefe,
Provinziale Anleihen,
Reichsanleihen,
Anleihen nichtpreussischer Bundesstaaten,
Sonstige Papiere.

2. Hypotheken.

Ähnlich wie bei den Preussischen Konsols soll versucht werden, einen Gesamtüberblick über die hypothekari-sche Beleihung zu geben, wobei die Jahre 1907, 1908 oder 1909 (meist 1908) in Frage kommen:

Hypotheken im Betrag von:	
Hallescher Verein	555 900,— Mf.
Hallescher Salinenverein	164 000,— "
Heller Verein	157 386,— "
Halberstädter Verein	2 641 287,25 "
Brandenburger Verein	1 210 280,18 "
Lauchhammerscher Verein	44 050,— "
Holzappeler Verein	34 443,02 "
Hofenbacher Verein	76 711,97 "
Müfener Verein	65 860,— "
Brühlter Verein	{ 473 725,23 "
	25 000,— "
Rüdersdorfer Verein	82 619,22 "
Plessischer Verein	308 800,— "
Unterharzer Verein	104 643,— "
Mansfelder Verein	246,63 "
Minden-Havensb. Verein	118 910,— "
Deutzer Verein	{ 21 700,— "
	114 725,— "
Verein Nassau	576,10 "
Niederschlesischer Verein	521 600,— "
Oberschlesischer Verein	6 191 262,65 "
Saarbrücker Verein	2 296 392,23 "
Allgemeiner Knappschaftsverein	16 846 800,— " ¹
32 057 918,48 Mf.	

In sehr vielen Fällen ist von ausgeliehenen Kapitalien die Rede, ohne daß die hypothekarische Deckung ausdrücklich erwähnt wird. Ein Teil dieser Darlehen wird dennoch Hypotheken sein. Rechnet man aus den nicht spezifizierten Kapitalbeständen einen Teil hierher, so wird wohl nicht unter 40—50 Millionen Hypothekarkredit bleiben. Daß es sich nur um rohe Annäherungswerte handeln kann, geht schon daraus hervor, daß in obiger Zusammenstellung nicht immer gleiche Jahre eingehalten sind. Allerdings ist der hypothekarische Bestand ein ziemlich konstanter, so daß allzu große Abweichungen von Jahr zu Jahr seltener sein mögen.

In der genannten Aufstellung ist manches überraschend. So fehlen größere Vereine, über deren Vermögensanlage wir unterrichtet sind, und andere, wie der Mansfelder und Nassauer Verein, verzeichnen Beträge von wenigen hundert Mark. Im ganzen nimmt der Bestand in den Beobachtungsjahren eher ab als zu. Der Allgemeine Verein zu Bochum schreibt 1903/04 ausdrücklich, daß neue Hypotheken nicht mehr ausgeliehen wurden. Zu dieser Haltung steht jene der privaten Werkpensionskassen

¹ 1906.

in scharfem Widerspruch; hier ging man vielfach von Wertpapieren zu Hypotheken über und machte hiermit (vgl. z. B. Münchener Rückversicherung) gute Geschäfte.

Über die Art der Hypothekenbegebung ist nicht besonders viel bekannt. Der Zinsfuß ist meist 4 %, auch $4\frac{1}{4}$, $4\frac{1}{2}$ und 5 %, selten geringer. Näheres über die Amortisation ist u. a. beim Brandenburger Knappschaftsverein mitgeteilt. Die Beleihung von Arbeiterwohnhäusern kommt z. B. vor im Pleßischen Verein, der 283 000 Mk. 1909 hierfür bestimmte und mit $4\frac{1}{2}$ % verzinst erhielt. Um Lokalkredit scheint es sich zumeist zu handeln, speziell läßt sich dies beim Verein Lauchhammer feststellen.

3. Personalkredit und Darlehen (insbesondere an Firmen und Mitglieder).

Ein solcher scheint in recht großem Umfange zu unterlaufen. Allerdings drücken sich die Berichte nicht selten unklar genug aus; oben ist schon auf Zweifel aufmerksam gemacht worden, die darüber bestehen, ob ein Hypothekendarlehen oder ein gewöhnliches, wie es hier zu betrachten ist, vorliegt. Noch weniger klar ist, inwieweit es sich um Konsumtiv- oder Produktivdarlehen handelt. Hier ist der nicht seltene Fall einschlägig, daß Firmen, die zum Knappschaftsverein gehören, dessen Schuldner sind, was meist in der Form auftritt, daß der Verein ein Guthaben (etwa gestundete Beiträge) bei der Firma hat. Doch ist selbstverständlich bei den auf öffentlich rechtlicher Basis ruhenden Vereinen der Fall, daß das ganze Vermögen oder ein großer Teil im Betriebe der Firma mitarbeitet und von dieser nur die Zinsen zur Verfügung gestellt werden, kaum vorhanden. Es kann deshalb von einer selbständigen Besprechung solcher Art von Vermögensanlagen abgesehen werden, angrenzende Fälle gehören in diesen Abschnitt.

Ob der Besitz des Haleschen Salinen-Knappschaftsvereins an Rugen der Pfännerschaft (s. auch o.) hierher gehört, ist beim Mangel an Unterlagen im Verwaltungsbericht zweifelhaft. Klar ist, wenn die Knappschaftskasse der Peiner Walzwerke ein Guthaben (1909 über 40 000 Mk.) bei der Firma feststellt. Unter den Debitoren des Georgs-Marien-Hütten-Knappschaftsvereins (Summe 1907 fast 600 000 Mk.) befindet sich auch die Hütte, wohl mit beträchtlicher Schuld¹.

Der Ilseeder Verein verzeichnet hohe Posten als „ausstehende Forderungen“, über die nichts Näheres mitgeteilt wird. Hier findet sich wiederum ein Guthaben bei der Firma, der Ilseeder Hütte (gegen 9000 Mk.) —

¹ Daneben ist die Krankenkasse Schuldnerin der Pensionskasse. Dieses Verhältnis ist häufig; es handelt sich meist nur um kurzfristige Vorschüsse.

Ein Baudarlehen gab mit 78 000 Mk. 1908 der Hostenbacher Knappschaftsverein; er hat 1909 bei der Gewerkschaft Hostenbach ein Guthaben von über 60 000 Mk.

Ausgeliehene Kapitalien verzeichnet die Knappschaft von Eschweiler-Pümpchen. Besonderen Charakter hat ein Fonds zum Bau eines Verwaltungsgebäudes, den die Mansfelder Gewerkschaft dem Vereine überwies, der aber zunächst nicht ausbezahlt, sondern mit 4 % verzinst wurde. Der Wurm-Knappschaftsverein hat ein Guthaben an den Eschweiler Bergwerksverein (1908 fast 372 000 Mk.), ferner Guthaben bei den Vereinswerken (fast 60 000 Mk. im gleichen Jahre).

Sehr hohe Darlehnsbeträge (5 bis über 12 Millionen) verzeichnet der Oberschlesische Knappschaftsverein. Daß es sich um hypothekarisch gesicherte Darlehen handelt, ist nicht anzunehmen, da Hypotheken besonders ausgewiesen werden. Vielmehr sind es die Schuldscheindarlehen an Gemeinden, von denen oben die Rede war, ferner ein großes Darlehen an den Niederschlesischen Knappschaftsverein. Sie können ebensogut hierher gerechnet werden. Gleiches gilt für den Saarbrücker Verein. Die Form des Schuldscheindarlehens an (wohl nur im Bereich des Knappschaftsprengels gelegene) Gemeinden fand sich auch bei den privaten Werkpensionskassen.

Ausführlich ist oben des umfangreichen Darlehenverkehrs des Wurm-Knappschaftsvereins gedacht worden. Darlehen werden an Mitglieder gegeben — also wohl reiner Konsumtivkredit, der sich etwa um 150 000 Mk. jährlich bewegt; an Fremde, wobei der Zweck des Darlehens nicht genannt ist; endlich an den Verein der Steinkohlenwerke (d. h. die dotierende Firma) in Höhe von etwa 100 000 Mk.

4. Sparkassen- und Bankeinlagen.

Sparkasseneinlagen spielen bei den meist größeren Kapitalien in den Knappschaftsvereinen eine geringere Rolle wie in den Werkpensionskassen. Dagegen ist der Verkehr mit den Banken ein sehr reger; neben den großen Zentralinstituten, unter denen besonders die Seehandlung er scheint, ziehen auch kleine örtliche Banken ihren Nutzen hieraus.

Ein umfangreiches Zusammenarbeiten mit Banken läßt sich nach der Höhe der Bankguthaben vermuten u. a. beim Halleschen, Heller, Halberstädter Verein (der im besonderen bei der Seehandlung und der Reichsbank hinterlegt), in geringerem Maße: Ilse der Hütte, in höherem wieder: Brühler Verein. Der Pleßsche Verein hat sein großes Bankguthaben von 1908 im Jahre 1909 fast ganz zurückgezogen. Der Verein Nassau hat

gleichmäßig 1908 und 1909 beträchtliche Bankguthaben; der Oberschlesische Verein solche von mehrmals über 1 Million. Endlich arbeitet der Allgemeine Knappschaftsverein naturgemäß vielfach mit Bankguthaben. Sparkasseneinlagen finden sich beim Neupreußischen Verein (nicht mehr bei dessen Rechtsnachfolger, dem Halleschen Verein), beim Halleschen Salinenverein; die in den ersten Beobachtungsjahren sehr beträchtlichen (über 175 000 Mk.) Einlagen beim Verein Lauchhammer erscheinen in der Folge stark reduziert. Das Vermögen der Krankenkasse Ibbenbüren ist fast ganz bei der Kreissparkasse hinterlegt, z. T. jenes der Krankenkasse der Rattowitzer Aktiengesellschaft. Stark aufwärts, bis fast 150 000 Mk., bewegt sich die Einlage des Georgs-Marien-Hütten-Knappschaftsvereins. Mittlere Einlagen haben der Deutzer Verein, der Briloner Verein, der Wurm-Knappschaftsverein, die Moselknappschaft.

5. Immobilien und Mobilien.

In viel höherem Maße als bei den Pensionskassen des ersten Teils finden sich in den Bilanzen der Knappschaftsvereine Immobilien- und Mobilienwerte. Das Nähere ist der Übersicht des § 25 zu entnehmen, auf die hier nicht mehr eingegangen werden kann. Für die Fragen des Kredits ist der Besitz an Immobilien usw. höchstens insofern wichtig, als durch sie Gelder festgelegt werden. Die Abschreibungen sind meist durch die Satzung und die Aufsichtsbehörden geregelt und bieten gleichfalls kein besonderes Interesse.

6. Rücklagen bei der Knappschaftlichen Rückversicherungsanstalt zu Charlottenburg.

Meist 1907 und 1908 erscheinen in den Abschlüssen Rücklagen bei der Rückversicherungsanstalt. Sie hängen derart rege mit dem versicherungstechnischen Bestand der Kassen zusammen, daß sie ohne Eingehen auf hier fern liegende Fragen nicht besprochen werden können.

Nur, um ein Bild von dem Geldverkehr mit der Rückversicherung, der 1907—1909 noch ziemlich in den Anfängen war, zu ermöglichen, sei folgende Übersicht gegeben:

Ein Konto in meist geschätzter Höhe (Deckungsreserve) bei der Rückversicherungsanstalt hatten:

Heller Knappschaftsverein	1909	rund	230 000 Mk.
Verein Lauchhammer	1909	"	138 000 "
Holzappeler Verein	1909	"	29 000 "
Isleber Verein	1909	"	201 000 "
Brühler Verein	1908	"	56 000 "
Unterhärzger Verein	1909	"	146 000 "

Georgs-Marien-Hüttenverein	1909	rund	{	282 000 Mk. geschätztes Deckungskapital
			{	249 000 „ vorausbezahlte Beiträge
Siegener Knappschaftsverein.	1909	„	{	369 000 „ geschätztes Deckungskapital
			{	14 000 „ vorausbezahlte Beiträge
Mansfelder Verein	1908	„		760 000 „
Briloner Verein	1909	„		130 000 „
Olper Verein	1909	„		? „
Verein Nassau.	1909	„		176 000 „
Niederschlesischer Verein. . .	1909	„		480 000 „
Verein Clausthal	1908	„		894 000 „

Ferner hatte der Saarbrücker Verein 1908 3 297 000 Mk. geschätztes Guthaben bei der Rückversicherung. Allein für die genannten 15 Vereine läßt sich schon 1908/09 ein Guthaben von etwa $7\frac{1}{2}$ Millionen feststellen. Dies soll in keiner Weise erschöpfend sein, da gewiß manche der nicht aufgeführten Vereine schon ein Guthaben hatten, jedenfalls jetzt haben. Das Geschäftsgebahren der Rückversicherungsanstalt ist damit ein wichtiger Faktor für den Kredit und Geldverkehr geworden. Die Entnahme beträchtlicher Mittel aus dem verfügbaren Vermögen der einzelnen Knappschaftsvereine kann möglicherweise mit der Zeit auch dem Lokalkredit, dem sie in so hohem Maße entgegenkamen, fühlbar werden.

§ 26.

6. Einiges über Verzinsung und Kursverluste.

1. Hallescher Knappschaftsverein. Die Haftpflichtkasse berichtet in ihrem Abschluß für 1908 über 1959,09 Mk. Kursverlust beim Verkauf von $3\frac{1}{2}\%$ Preuß. Konsols zu 33 750 Mk.

Die Pensionskasse berichtet 1908 über die Verzinsung, die sich im Durchschnitt aller Anlagen auf $3,82\%$ stellt, ungünstig beeinflusst durch die 3% und $3\frac{1}{2}\%$ Zinssätze der Staatsanleihen. Verfügbare Gelder wurden neu zu 4% mit 2% Provision, zu $4\frac{1}{4}\%$ und $4\frac{1}{2}\%$ mündelsicher angelegt¹.

In den Berichten des früher selbständigen Neupreußischen Knappschaftsvereins finden sich die Kursverluste beim Ankauf von Wertpapieren usw. (in übrigens geringen Beträgen) unter „Sonstigen Ausgaben“. Ähnliches verzeichnet der frühere Saalkreiser Verein.

2. Halberstädter Knappschaftsverein. Die älteren Berichte verbreiten sich über den Unterschied von Nominal- und Kurswert

¹ Anscheinend handelt es sich hier vorwiegend um Schuldscheindarlehen an Gemeinden (S. § 25.)

der (leider nicht näher bezeichneten) Effekten. Aus dem Umstand, daß (vgl. oben § 28) der weitaus größte Teil im Preußischen Staatsschulbuch eingetragen ist, kann mit Bestimmtheit angenommen werden, daß es sich um Preußische Konsols handelt. Nur kleinere Beträge sind, im Reichsschulbuch eingetragen, als Reichsanleihe anzusprechen. Die bei der Seehandlung hinterlegten Papiere mögen auch anderen Anleihen zugehören.

Das Vermögen beträgt unter Berücksichtigung

Jahr	des Nominalwertes	des Kurswertes
	der Wertpapiere	
Ende 1903:	5 253 181,99 Mk.	5 337 757,99 Mk.
" 1904:	5 680 168,30 "	5 756 797,90 "
" 1905:	6 121 568,31 "	6 163 078,31 "
" 1906:	6 653 553,80 "	6 544 818,55 "
" 1907:	7 244 001,65 "	6 883 052,40 "

Ähnliche Feststellungen werden für die Haftpflichtkasse gemacht.

Leider ist diese wertvolle Gegenüberstellung 1908 und 1909 nicht fortgesetzt worden.

3. Holzappeler Knappschaftsverein. Die beträchtlichen Vermögensminderungen, die oben (in § 23) nachgewiesen sind, sind z. T. durch Kursrückgang der $3\frac{1}{2}\%$ Konsols begründet. Diese, zum Nominalwert von 37 000 Mk., notieren:

Ende 1905 und 1906 zu	101,60 =	37 592 Mk.
" 1907	" 94,— =	34 780 "
" 1908	" 94,70 =	35 035 "
" 1909	" 94,20 =	34 854 "

4. Knappschaftliches Krankenhaus der Reiner Werke. Die 4% Anleihe der Stadt Altona zu 50 000 Mk. hat 1908 und 1909 einen Kurswert von 49 437,50 Mk.

Die $3\frac{1}{2}\%$ Preuß. Konsols zu 45 000 Mk. werten in beiden Jahren 41 493,65 Mk.

5. Brühler Knappschaftsverein. Der Kurswert der 1908 eingesetzten 357 500 Mk. Staatspapiere ist 338 625,75 Mk. Gleichzeitig wird ein Kursverlust an Wertpapieren (der sich nur auf die Staatspapiere beziehen kann) in Höhe von 18 874,25 Mk. angegeben.

6. Krankenkasse der Rattowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb. Das Vermögen wertet 1905 nominell 75 837,87 Mk., bei Berücksichtigung des Kurs- bzw. Ankaufswertes der (nicht näher ausgewiesenen) Effekten 74 873,87 Mk.

7. Plessischer Knappschaftsverein. Verschiedene Einzelheiten berichten die Jahresberichte für 1908/09: Die $3\frac{1}{2}\%$ Breslauer Stadtanleihe von 303 000 Mk. wurde für 279 473,80 Mk. im Jahre 1908 verkauft (Kurs 91,9 einschl. Stückzinsen).

Der Kurswert stellt sich (1909) folgendermaßen:

Krankenkasse:		Invalidenversicherung:	
Nominell:	Kurswert:	Nominell:	Kurswert:
32 516,74 Mk.	31 442,24 Mk.	508 864,44 Mk.	505 366,59 Mk.

Der Rattowitzer Bankverein verzinst den zunächst bei ihm stehenden geliebten Erlös aus der Breslauer Stadtanleihe (s. o.) mit 4% .

8. Unterharzer Knappschaftsverein.

Nachrichten über Kurswert.

			Mk.		Mk.
1905	3 $\frac{1}{2}\%$ Preussische konsolidierte Staatsanleihe	Kurs 100,90	nominell 677 000,—	Kurswert	683 093,—
1906		" 98,20	" 690 000,—	"	677 580,—
1907		" 94,00	" 700 000,—	"	658 000,—
1908		" .	" 620 000,—	"	587 140,—
1909		" .	" 561 100,—	"	528 556,20
1905	3 $\frac{1}{2}\%$ Herzoglich Braunschweig. Landesschuld- verschreibungen	" 100,00	" 11 250,—	"	11 250,—
1906		" 97,75	" 11 250,—	"	10 996,88
1907		" 94,50	" 11 250,—	"	10 575,—
1908		" .	" 11 250,—	"	10 575,—
1909		" .	" 11 250,—	"	10 575,—
1905	3 $\frac{1}{2}\%$ Schuld- verschreibungen des Ritterchaftl. Kreditvereins Braunschweig	" 100,00	" 10 500,—	"	10 500,—
1906		" 98,75	" 10 500,—	"	10 368,75
1907		" 97,50	" 10 500,—	"	10 237,50
1908		" 100,00	" 10 500,—	"	10 500,—
1909		" .	" 10 500,—	"	10 578,75

Ferner 16 000 Mk. $3\frac{1}{2}\%$ Braunschweigische Leihhausobligationen; sie notieren 1908 mit 16 080 Mk., 1909 16 160 Mk.

9. Georgs-Marien-Hütten-Knappschaftsverein. Als Kursverluste sind unter Ausgaben gebucht:

1904	86,20 Mk.	
1905	220,80 "	
1906	2 530,— "	
1907	14 908,65 "	
1908	7 144,45 "	(Pensionskasse).

Kursgewinn (unter Einnahme):

1909	5 305,85 Mk. (Pensionskasse).
--------------	-------------------------------

10. Mansfelder Knappschaftsverein. Für den Nominal- und Kurswert der Papiere ist die detaillierte Aufstellung in § 24 zu vergleichen. Zur Ergänzung sei hier noch mitgeteilt, was über den Ankaufspreis insbesondere von Preussischen Konsols in den einzelnen Bilanzen berichtet wird.

Es wurden angekauft:

1905:	80 000 Mk.	3 1/2 % Preussische Konsols zu	82 071,10 Mk. ¹
	150 000 "	3 1/2 % Landtschaftl. Zentral-Pfandbriefe zu	149 750,05 " "
1906:	130 000 "	3 1/2 % " " " " " " " " " "	129 653,45 "
	65 000 "	3 1/2 % Preussische Konsols zu	65 025,95 "
1907:	165 000 "	3 1/2 % " " (Schuldbuch) zu	157 900,90 " ²

1908 sind die Ankäufe (264 808,85 Mk.) nicht spezifiziert.

Über Kursdifferenzen liegen folgende Nachrichten vor: 1904 17 766,60 Mk., 1905 40 139,60 Mk. Kursverlust an Wertpapieren; 1906 108 035,50 Mk., 1907 182 317,50 Mk.

11. Deutscher Knappschaftsverein.

Krankenkasse:

Kursrückgang der Staatsschuldcheine ³				Kurssteigung der Staatspapiere
1905	1906	1907	1909	1908
182,— Mk.	684,— Mk.	1166,— Mk.	151,— Mk.	213,— Mk.

Pensionskasse:

Kursrückgang der Staatsschuldcheine				Kurssteigung der Staatsschuldcheine
1905	1906	1907	1909	1908
459,— Mk.	1427,70 Mk.	2139,— Mk.	265,— Mk.	371,— Mk.

12. Oberschlesischer Knappschaftsverein. Unter „Kursverluste, Vermögensausfälle und Rechnungsvergütungen“ wird bei den Ausgaben gebucht 1908: 35 880,07 Mk.

Im Jahre 1907 sind nicht weniger als 719 556,60 Mk. Kursverlust an Wertpapieren gebucht.

Da im übrigen nicht von Kursdifferenzen die Rede ist und da es sich um eine sehr hohe Summe handelt, muß wohl angenommen werden, daß sie sich tatsächlich auf mehrere Jahre bezieht.

¹ Kleine Abweichungen im Jahresbericht (S. 15 und 19) rühren vielleicht von Abschlußprovisionen her.

² Kurswert am Ende des Jahres nur noch 156 415,— Mk.

³ Nicht näher ausgewiesen.

13. Allgemeiner Knappschaftsverein zu Bochum. Die Verwaltungsberichte enthalten über Kursdifferenzen (meist Verluste) mannigfache Hinweise, lassen diese Summen aber oft nicht isoliert für sich, sondern mit anderen Bilanzzahlen vermengt, auftreten. Ein weit klareres Bild gewährt die dankenswerte und in diesem Umfang einzigartige Nachweisung der Wertpapiere nach Nominalwert, Ankaukskurs und =Wert und Kurs= bzw. Bilanzwert. Diese Aufstellung ist, soweit möglich, im vorigen Paragraphen für drei Jahre zurückverfolgt worden; auf sie ist hier zu verweisen.

Der Jahresbericht von 1904 verzeichnet einen Kursgewinn beim Einkauf von Wertpapieren in Höhe von 30 400 Mk.

Anschließend soll der Nominal- und der Bilanzwert des Vermögens für 1904 und 1906—1908 gegenübergestellt werden:

I. Abteilung A und B (Kranken- und Pensionskasse).

		Nennwert	Bilanzwert
Wertpapiere 1904		17 044 516,70 Mk.	16 866 644,— Mk.
Gesamtvermögen 1906		54 929 196,11 Mk.	54 338 541,26 Mk.
" 1907		63 613 383,05 "	62 342 308,30 "
" 1908 { (Krankenkasse)		3 819 097,38 Mk.	
" { (Pensionskasse)		80 989 420,83 Mk.	79 909 194,78 Mk.

II. Abteilung C (Invalidenkasse).

		Nennwert	Bilanzwert
Wertpapiere 1904		16 082 000,— Mk.	15 906 798,62 Mk.
Gesamtvermögen 1906		39 323 579,63 Mk.	38 727 876,13 Mk.
" 1907		42 372 369,62 "	41 131 686,62 "
" 1908		45 978 122,— "	44 933 905,40 "

§ 27.

Schluß.

Sucht man zum Abschlusse der Arbeit gewisse Hauptlinien, auf die die Ergebnisse gebracht werden können, auf, so ist zunächst an eine, im Thema selbst liegende Einschränkung zu erinnern: nicht das *Rassenwesen* in Industrie und Bergbau schlechthin war darzustellen, sondern seine Bedeutung für Geld und Kreditwesen; nur gelegentlich, so bei Besprechung der Bestimmungen über Beiträge und Leistungen, Mitgliedschaft und Rechtsstellung des ausscheidenden Mitglieds, konnten Fragen der Verbrauchswirtschaft und der Bedeutung des Versicherungswesens in ihr berührt werden. Ausdrücklich sei nochmals betont, daß der Weg in den Kern dieser Frage auf anderen Methoden, *haushaltsstatisti-*

ischer Natur, liegt. Ihnen hofft Verfasser schon in nächster Zeit gelegentlich größerer Arbeiten gerecht werden zu können.

Mit der Beschränkung auf die Bedeutung der Kassen in volkswirtschaftlicher Beziehung für Geld- und Kreditwesen und mit der (durch das Material und die schon länger zurückliegende Inangriffnahme der Arbeit bedingten) Begrenzung auf die Zeit vor 1910 dürfte immerhin ein recht deutliches Bild gezeichnet worden sein. Die Vermögensanlage stand im Mittelpunkt. Sie ist für eine hinreichend große Zahl von Kasseneinrichtungen deutlich gemacht worden. Auf sie und die angrenzenden Fragen kann sich im wesentlichen die abschließende Zusammenfassung beschränken.

Die Vorschriften über mündelsichere Anlage gelten für private Pensions- und Knappschaftskassen nicht in gleichem Maße. Das kommt insofern deutlich zum Ausdruck, als eine Form der Kapitalverwertung nur bei den erstgenannten Einrichtungen in großem Umfange, oft dominierend, auftritt: die Anlage im Betrieb der dotierenden Firma. Gewiß haben die Knappschaftsvereine an ihre Firmenmitglieder oft beträchtliche Guthaben, aber hier handelt es sich doch mehr um vorübergehende Erscheinungen, während Verwaltung und Verzinsung durch die Firma bei den Werkkassen recht systematisch vor sich geht.

Die sonstige Anlage läßt sich auf einige Typen zurückführen: Wertpapiere (staatliche und städtische, kommunale, Pfandbriefe u. a.), Hypotheken, Personalkredit in verschiedenem Umfang, Bankguthaben und Sparkasseneinlagen, Immobilial- und Mobilarbeseiz. Hatte bei den privaten Wertpensionskassen die hypothekarische Beleihung oft die Anlage in Papieren zurückgebrängt, wozu Kursverluste die unmittelbare Veranlassung waren, so dominieren die Wertpapiere und unter diesen die Preußischen Konjols bei den Knappschaftskassen durchaus. Hier liegt ein starker Gegensatz vor. Die zweite bedeutame Tatsache ist das Vorniegen des Lokalkredits in verschiedenen Formen: Städtische Anleihen und Gemeindedarlehen auf Schuldschein, Pfandbriefe und Provinzialanleihen geben hierfür Zeugnis, vor allem natürlich die Art der hypothekarischen Beleihung, bei der die Bevorzugung nähergelegener Grundstücke fast selbstverständlich ist. Die Bedeutung der Kassen in dieser Richtung ist ganz außerordentlich; das Zurückziehen dieses Kredits würde in vielen Fällen örtliche Krisen hervorrufen können. Zweifellos wird den Gemeinden, die durch die Industrie und die industrielle Arbeiterschaft oft schwer belastet werden, in dieser Form ein gewisser Ausgleich geboten. Die genossenschaftliche und sonstige Wohnungsfürsorge scheint an den

Verfassen mehr Unterstützung zu finden als an den Knappschaftskassen. Doch konnte die Forschung in dieser Richtung bei dem Schweigen der meisten Verwaltungsberichte nicht tief dringen. — Den Knappschaftskassen eigen ist der gegenüber den Werkkassen meist sehr große Immobilienbesitz und die Deckungsreserve bei der Knappschaftlichen Rückversicherungsanstalt.

Die Verzinsung der Kapitalien ist nicht in gleichem Maße klar gestellt worden wie die Anlage. Doch konnte hinreichend Material beigebracht werden, um auch diese Frage zu beleuchten. Schon ist davon die Rede gewesen, daß Rückgang der Kurse öfters zu Wechsel in der Anlage führte und daß dann die festverzinslichen Hypotheken vorgezogen wurden. Was über Kursrückgang der Papiere, zumal der staatlichen, bekannt ist, läßt dies verständlich erscheinen. Wo, wie beim Allg. Knappschaftsverein in Bochum, in dieser Beziehung Ankauftspreis, Nennwert und Kurswert zusammenhängend für mehrere Jahre verfolgt werden kann, sind die Verluste sehr einleuchtend. Leider läßt die Aufstellung der Bilanzen in dieser Richtung viel zu wünschen übrig. Sehr häufig sind die Papiere mit dem (längst nicht mehr vorhandenen) Nominalwert eingesetzt. Eine Revision in dieser Richtung würde die Kapitalien nicht selten beträchtlich reduzieren. Aber auch wo der Kurswert eingesetzt ist, sind oft die Ankauftspreise nicht genannt, so daß die Feststellung des endgültigen Gewinnes oder Verlustes schwierig ist.

Für die Beurteilung des finanziellen Ergebnisses, wie es hier erscheint, ist nun natürlich die allgemeine Geschäftslage der Jahre 1904 bis 1910 in Rechnung zu ziehen, die ja wechselte, die aber im ganzen, vor allem hinsichtlich der Staatspapiere, ungünstig liegt. Ein gut Stück preußischer, deutscher und kommunaler Finanzgeschichte prägt sich in ihren Ergebnissen in den Zahlenreihen der Arbeit aus. Die Anleihopolitik mit ihren für die älteren Anleihen verhängnisvollen Folgen macht sich geltend. Der schlechte Stand der $3\frac{1}{2}\%$ Papiere ist es auch gewesen, der zur Emission der 4% igen drängte; auch dieser Wechsel im Zinsfuß wird im Material deutlich. —

Zum Schlusse mag eine Hoffnung ausgesprochen werden: Möge das Durcharbeiten der vielen, vielleicht oft nicht unmittelbar überzeugenden, für die Erreichung des Zieles aber wesentlichen Zahlenreihen und sonstigen Tatsachen für den Leser nicht so mühsam geworden sein wie die Verarbeitung der sehr umfangreichen, ungleichen und ungleichwertigen Verwaltungsberichte von nicht viel weniger als hundert Kasseneinrichtungen für den Verfasser. Die durchaus nicht stets gleichmäßige Darstellung ist fast stets

in der Eigenart des Materials, das wohl innere Berührungspunkte, aber sehr wenig Übereinstimmung in der Aufmachung hat, bedingt.

Fragen, die nebenher Erwähnung fanden, wie insbesondere jene der Rechtsstellung ausgeschiedener Kassenmitglieder — zu der immerhin, gerade vom versicherungstechnischen Standpunkt aus, Material beigebracht sein dürfte —, können hier nicht mehr berührt werden. Des Verfassers Wunsch ist, daß sie künftig mit der Objektivität behandelt werden, die auf diesem umstrittenen Gebiet allein Aussicht auf befriedigende Lösung bietet. —

Nachtrag.

§ 28.

Erst nachträglich ist es möglich gewesen, die Kassen zweier der größten Unternehmungen: Krupp und Preußisch-Hessische Eisenbahngemeinschaft an der Hand ihrer Geschäftsberichte für die Zwecke vorliegender Arbeit zur Darstellung zu bringen. Hierauf konnte um so weniger verzichtet werden, als die umfangreichen Kasseneinrichtungen von Fried. Krupp bis in die neueste Zeit herein beobachtet und damit gewisse Schlußfolgerungen dieser Arbeit, die sich insbesondere auf den fortwährend sinkenden Kurs der Wertpapiere und auf die hierdurch bedingten Einbußen beziehen, vervollständigt und fortgeführt werden konnten. Auch in anderer Hinsicht ist die Krupp'sche Kasse bemerkenswert: der von ihr am längsten und schärfsten aufrechterhaltene Grundsatz, daß beim Ausscheiden eines Kassenmitglieds aus dem Dienst der Firma keine Rückvergütung stattfindet, erfuhr in neuester Zeit eine erhebliche Abschwächung.¹

Im übrigen sollen hier nur die wichtigsten Fragen der Vermögensansammlung und -anlage gewürdigt werden.

I. Krupp'sche Kassen.

a) Vermögensentwicklung.

1. Pensionskasse.

Vermögen Ende 1907	18 960 048,91 Mk.
„ „ 1908.	20 551 309,47 „
„ „ 1909.	21 958 151,21 „
„ „ 1910.	23 596 198,81 „
„ „ 1911.	24 665 968,69 „
„ „ 1912.	26 960 593,12 „

¹ Der Jahresbericht 1912 der Arbeiter-Pensionskasse besagt hierüber (S. 4): „Während bisher ausscheidende Mitglieder keinerlei Abgangsvergütung erhielten, wird künftig solchen Mitgliedern, die der Kasse mindestens fünf Jahre lang an-

2. Invalidenstiftung.

Ende 1907	5 700 000,— Mf.
" 1908	5 700 000,— "
" 1909, 1910, 1911, 1912 . . .	6 300 000,— "

3. Stiftung für Gesundheitspflege.

Ende 1908 und in den späteren Jahren . 500 000 Mf.

4. Krankenkasse¹.

Reservefonds (Buchwert) Ende 1908 . .	1 506 528 Mf.
" " " 1909 . .	1 499 083 "
" " " 1910 . .	1 542 250 "
" " " 1911 . .	1 509 267 "
" " " 1912 . .	1 533 080 "

5. Beamtenpensionskasse.

Vermögen (Buchwert) 1907/08 . . .	8 091 673,73 Mf.
" " 1908/09 . . .	9 306 163,76 "
" " 1909/10 . . .	9 636 083,71 "
" " 1910/11 . . .	11 028 516,64 "
" " 1911/12 . . .	11 351 086,57 "

6. Lebensversicherungsverein².

Vermögen Ende 1908	138 566,86 Mf.
" " 1909	144 935,18 "
" " 1910	153 671,25 "
" " 1911	159 986,06 "
" " 1912	162 015,73 "

Über die Zusammenfassung des Vermögens mag gleich hier das Nötige gesagt werden. Es besteht aus einem Guthaben bei der Firma und aus Darlehen an Mitglieder (also Personalkredit). Beide Bestände bewegen sich wie folgt:

	Guthaben bei der Firma ³	Darlehen an Mitglieder ⁴
Ende 1908	96 786,21 Mf.	41 780,65 Mf.
" 1909	100 779,68 "	44 655,50 "
" 1910	105 321,05 "	48 350,20 "
" 1911	105 869,86 "	54 116,20 "
" 1912	106 419,53 "	55 596,20 "

gehört haben, eine Abgangsvergütung gewährt; sie bemisst sich nach der Summe der Beiträge, die das Mitglied nach Ablauf der ersten drei Jahre einbezahlt hat." Von bestimmten Fällen abgesehen, wird diese Vergütung als einmalige Prämie für eine Lebensversicherung einer Versicherungsbank überwiesen.

¹ Daneben kleinere besondere Fonds. ² Seit 1877. Grundlage sind Verträge über Lebens- und Schadens-(Unfall-, Haftpflicht-, Einbruchs- usw.) Versicherung mit verschiedenen Lebensversicherungs Gesellschaften, die die Firma zugunsten der Mitglieder des Vereins abgeschlossen hat. ³ Zu 5% verzinst. ⁴ Bei erstmaliger Entnahme zinsfrei, sonst 3%.

3. Krankenkasse (Reservefonds).

	Buchwert:				
	1908 Mf.	1909 Mf.	1910 Mf.	1911 Mf.	1912 Mf.
3 1/2 % Deutsche Reichsanleihe ¹ . . .	568 500	565 200	564 000	550 800	531 000
3 % Preussische Konsole ¹	256 500	255 600	254 700	248 100	233 400
3 1/2 % desgl. ¹	22 728	22 608	22 560	22 032	21 240
3 % Hessische Staatsanleihe ¹ . . .	518 125	515 000	509 375	498 125	473 750
desgl.	—	—	—	—	94 750
3 % Deutsche Reichsanleihe ¹ . . .	140 675	140 675	140 675	190 210	178 940
desgl.	—	—	50 940		

4. Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für die Beamten.

	Buchwert:				
	1907/08 Mf.	1908/09 Mf.	1909/10 Mf.	1910/11 Mf.	1911/12 Mf.
3 1/2 % Reichsanleihe ¹	3 104 200	3 420 000	3 348 000	3 373 200	3 240 000
3 % desgl. ¹	1 151 500	1 195 600	1 185 800	1 171 800	1 124 200
4 % desgl. ¹	—	—	509 500	510 500	503 500
4 % Preussische Konsole ¹	224 100	512 500	510 000	513 000	503 500
3 1/2 % desgl. ¹	45 650	1 045 000	1 023 000	1 029 600	990 000
3 % Sächsishe Rente ¹	828 000	853 000	834 000	829 000	800 000
3 1/2 % Anleihe d. Rheinpr. ²	543 600	558 000	547 800	546 000	531 600
3 % Hessische Anleihe ¹	1 527 600	1 567 500	1 520 000	1 520 000	1 472 500
4 % Anleihe der Stadt Köln	—	—	—	1 000 000	1 000 000
4 % Anl. d. Stadt Nürnberg	—	—	—	—	750 000
Stückzinsen	19 406	22 156	22 156	22 156	22 156
Kassenbestand	505	467	741	1 120	173
Guthaben bei der Firma	634 331	120 193	117 998	474 591	363 208
Rückständige Eintrittsgelder	12 787	11 748	17 089	11 626	23 297
Postcheckkonto	—	—	—	25 924	26 953

c) Einiges über Verzinsung und Kursverluste.

1. Pensionskasse. Die durch Kursverluste entstandenen Einbußen veranlaßten die Pensionskasse 1911 und 1912, vom Einkauf neuer Staatspapiere abzusehen und Darlehen zu 4 % auszugeben. Die Stadt Essen erhielt solche zweimal zum Gesamtbetrag von 1 Million, also eine beträchtliche Inanspruchnahme des Lokalkredits. Bemerkenswert ist, daß als Darlehnsnehmerin auch eine Krupp'sche Stiftung erscheint.

¹ Sämtliche Papiere sind in die Schuldbücher des Reichs bzw. der Bundesstaaten eingetragen.

² Hinterlegt bei der Landesbank der Rheinprovinz.

Über Kursverluste wird in den Jahresberichten seit 1908 regelmäßig geflagt. Es handelte sich um folgende Summen:

1909	90 352 Mf.	1911	444 000 Mf.
1910	89 148 "	1912	912 000 "

1908 war hingegen noch ein Kursgewinn von 316 315,75 Mf. verzeichnet worden.

Genauer sind die folgenden Nachweisungen, bei denen zunächst für das Gesamtvermögen an Effekten, dann für die einzelnen Anlagen der Buchwert dem Ankaufswert gegenübergestellt wird.

Ankaufswert des Gesamteffektenbestandes	Buchwert des Gesamteffektenbestandes		
	1910	1911	1912
24 129 000 Mf.	22 833 000 Mf.	22 389 000 Mf.	21 477 000 Mf.

Hiernach erscheint es allerdings sehr verständlich, wenn man neue Wege in der Anlage wenigstens der neuen Bestände suchte. Überraschenderweise fand keine hypothekariſche Beleihung statt (wenn man von dem einen, der Margarete-Krupp-Stiftung gegebenen und hypothekariſch gesicherten Darlehen abſieht).

Im einzelnen läßt sich über den Kursstand der Effekten aus den verschiedenen Jahresberichten folgendes ermitteln:

Wertpapiere¹:

Art der Papiere	Nennwert Mf.	Ankaufswert Mf.	Kurswert am 31. Dezember				
			1908 Mf.	1909 Mf.	1910 Mf.	1911 Mf.	1912 Mf.
3 1/2 % Deutsche Reichsanl.	9 050 000	9 335 812	8 574 875	8 525 100	8 507 000	8 307 900	8 009 250
3 % " "	1 780 000	1 472 950	1 525 460	1 517 450	1 514 780	1 472 060	1 384 840
3 1/2 % Preuß. Konſols {	50 000	51 379	47 350	47 100	893 000	872 000	840 750
	900 000	858 150	—	847 800			
3 % " " {	4 900 000	4 426 000	4 189 500	4 174 800	4 669 500	4 548 500	4 279 000
	600 000	507 513	—	511 200			
4 % " " {	1 000 000	993 000	1 026 000	1 024 000	1 025 000	1 022 000	1 000 000
3 1/2 % Anl. der Rheinpr. (19. Ausg.) {	900 000	887 400	835 200	834 750	823 500	810 000	792 000
3 1/2 % Anl. der Rheinpr.	1 000 000	995 000	928 000	927 500	915 000	900 000	880 000
3 1/2 % Württ. Anleihe	476 000	444 108	445 060	443 156	438 396	428 400	412 930
3 % Hessische Anleihe	2 675 000	2 294 377	2 217 575	2 204 200	2 180 125	2 610 175	2 482 450
3 % " "	600 000	481 920	—	—	489 000		
3 1/2 % " " {	500 000	455 055	—	—	460 000	450 000	434 500
3 1/2 % Ostpr. Prov.-Anl.	505 500	455 203	463 543	461 521	456 972		
3 1/2 % fönv. Bad. Anl.	500 000	473 250	—	—	467 500	466 500	457 875 ²

¹ Der Berechnung liegt die Ministerialverfügung vom 24. Dez. 1897 zugrunde.

² Da 5000 Mf. ausgelöst worden waren, bezieht sich diese Zahl auf einen Nennwert von 495 000 Mf.

2. Krankenkasse.

Kursgewinn 1908	24 218	Mf.
Kursverlust 1909	8 210	"
" 1910	7 773	"
" 1911	32 983	"
" 1912	71 162	"

3. Beamten-Pensionskasse.

Kursverlust 1907/08	156 887,50	Mf.
Kursgewinn 1908/09	262 412,50	"
Kursverlust 1909/10	182 500,—	"
Kursgewinn 1910/11	15 000,—	"
Kursverlust 1911/12	327 800,—	"

II. Die Pensionskasse für die Arbeiter der preussisch-heftischen Eisenbahngemeinschaft¹

zerfällt in die Abteilungen A und B, die mit getrennter Vermögensverwaltung nebeneinander bestehen. Abteilung A ist eine als „besondere Einrichtung“ im Sinne der §§ 8 und 9 des F. B. G. anerkannte Arbeiterpensionskasse² und hat als solche die Aufgaben einer Versicherungsanstalt; gehört sie somit im strengen Sinne nicht mehr in den Rahmen dieser Abhandlung, so ist es doch von Interesse, die Angaben für ihre Vermögensgestaltung neben jene für Abteilung B, die als Wohlfahrtseinrichtung im engeren Sinne² unmittelbar hierher gehört, zu stellen. Auf andere Gesichtspunkte kann hier indessen nicht eingegangen werden.

	Vermögensbestände	
	der Abteilung A	der Abteilung B
Ende 1896	13 882 203 Mf.	32 091 054 Mf.
" 1897	16 410 694 "	35 643 196 "
" 1898	19 072 740 "	39 432 613 "
" 1899	21 750 579 "	43 560 691 "
" 1900	21 921 097 "	47 119 016 "
" 1901	24 677 433 "	53 278 797 "
" 1902	26 909 599 "	58 857 422 "
" 1903	28 961 286 "	64 167 700 "
" 1904	30 467 014 "	69 563 190 "
" 1905	32 156 603 "	75 249 034 "

¹ Vgl. „Gesundheitspflege und Wohlfahrtseinrichtungen im Bereiche der vereinigten Preussischen und Heftischen Staats-Eisenbahnen“, 1907, S. 75. Leider reicht die Aufstellung nur bis 1905.

² A. a. O. S. 40 und 59.

Hiernach haben sich die Vermögensbestände in beiden Abteilungen in 10 Jahren mehr als verdoppelt; Abteilung B hat weitaus den größeren Kapitalbestand.

Die Zusammenfassung des Vermögens ist Ende der Berichtszeit (Ende 1905) die folgende:

	Abteilung A	Abteilung B
Bar.	404 198 Mk.	874 441 Mk.
Darlehen usw. (f. u.).	8 551 675 "	19 125 371 "
Wertpapiere	21 284 986 "	55 249 222 "
Grundstücke	1 915 744 "	—
Zusammen	32 156 603 Mk.	75 249 034 Mk.

Von den zu Buch stehenden Darlehen sind an Baugenossenschaften, denen ausschließlich oder in größerer Zahl Eisenbahnarbeiter und untere Eisenbahnbeamte angehören, nach und nach 13 Millionen Mark gegen einen Zinsfuß von 3—3½ % bewilligt worden. Der Bericht schließt, daß hierdurch „den Bestrebungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse des unteren Eisenbahnpersonals eine wesentliche Förderung zuteil geworden ist.“ Diese Feststellung würde man gerne auch bei zahlreichen anderen Kassen antreffen! —

Altenburg
Pierer'sche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.